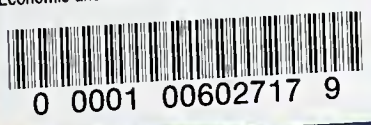


STATE LIBRARY OF PENNSYLVANIA
main,slks 940.9C216au
Economic and social history of



0 0001 00602717 9

REFERENCE



COLLECTIONS



Digitized by the Internet Archive
in 2014



CARNEGIE-STIFTUNG
FÜR INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND GESCHICHTE

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL
GENERALSCHRIFTFLEITER

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE

VORSITZENDER DER GEMEINSAMEN SCHRIFTFLEITUNG
Prof. Dr. James T. Shotwell

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFLEITUNG

Minister a. D. Prof. Dr. Friedrich Wieser

Vorsitzender

Gesandter Richard Riedl

Sektionschef Prof. Dr. Richard Schüller

UNGARISCHE SCHRIFTFLEITUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

SCHRIFTFLEITUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Prof. Dr. Clemens Pirquet

Der Plan des ganzen Werkes ist am Schlusse dieses Bandes abgedruckt

DIE
ÄUSSERE WIRTSCHAFTSPOLITIK
ÖSTERREICH-UNGARNS
MITTELEUROPÄISCHE PLÄNE

VON

MINISTER A. D. DR. GUSTAV GRATZ

UND

SEKTIONSCHIEF PROFESSOR DR. RICHARD SCHÜLLER

WIEN

HÖLDER-PICHLER-TEMPSKY A. G.

YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

1925

UNIVERSITÄTS-BUCHDRUCKEREI
ADOLF HOLZHAUSEN
WIEN

INHALTSVERZEICHNIS.

VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS.	Seite IX
I. DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK ÖSTERREICH-UNGARNS IM KRIEGE IN IHREN BEZIEHUNGEN NACH AUSSEN.	
I. VORGESCHICHTE:	
1. Österreich und der deutsche Zollverein	5
2. Zollunionsbestrebungen vor dem Kriege	5
3. Die Bewegung für ein Wirtschaftsbündnis während des Krieges . .	7
II. BEGINN DER OFFIZIELLEN VERHANDLUNGEN MIT DEUTSCH- LAND:	
1. Das Promemoria der deutschen Regierung 1915	9
2. Die Antwort Österreich-Ungarns	12
III. DER LETZTE AUSGLEICH ZWISCHEN ÖSTERREICH UND UNGARN	
1. Österreich will einen langfristigen Ausgleich	15
2. Die ungarische Forderungsliste	17
3. Die Bedeutung einer längeren Ausgleichsdauer	20
4. Die Industriezölle	22
5. Der Streit um die landwirtschaftlichen Zölle	24
6. Gegensätze in der Frage des Viehverkehres	26
7. Die Quote.	30
8. Die Schlußverhandlungen	31
9. Der Inhalt des letzten Ausgleiches	32
a) Die Bestandteile des Ausgleiches. Seine Geltung für 20 Jahre . .	32
b) Die finanziellen Zugeständnisse Österreichs.	33
c) Die Verschärfung des Agrarschutzes	35
d) Die indirekten Steuern	36
e) Der Eisenbahnverkehr.	38
f) Die Währung.	39
g) Die allgemeinen Klauseln	41
10. Die Geheimhaltung des Ausgleiches. — Ungarische Versuche, ihn wieder aufzulösen. — Abschluß eines Provisoriums	42
IV. FORTSETZUNG DER VERHANDLUNGEN MIT DEUTSCHLAND:	
1. Die ersten mündlichen Besprechungen	44
2. Die Herstellung eines einheitlichen Zolltarifschemas	46
3. Der Plan eines Wirtschaftsbündnisses	48
V. DIE ARGUMENTE FÜR UND GEGEN DIE ANNAHERUNG:	
1. Die Argumente pro	50
2. Die Argumente contra	54
3. Die Formen des Bündnisses	56

	Seite
VI. DIE ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN INSTRUKTIONEN FÜR DIE EINZELVERHANDLUNGEN:	
1. Österreich-Ungarn stellt seinen Plan fest	59
2. Die deutschen Delegierten gehen auf den Plan ein	63
VII. DIE KOMMISSIONSVERHANDLUNGEN IN WIEN:	
1. Die deutschen Unterhändler verlangen die Zollunion	67
2. Die österreichisch-ungarischen Unterhändler lehnen die Zollunion ab	69
VIII. KOMMISSIONSVERHANDLUNGEN AUF DER MARGARETHEN- INSEL UND ANSCHLIESSENDE WIENERFACHBERATUNGEN:	
1. Die Differenzen vergrößern sich	71
2. Ein Wirtschaftsbündnis kann nicht auf das Abwägen der Zugeständ- nisse aufgebaut werden.	72
3. Detailverhandlungen	76
IX. NEUE VORBEREITUNGEN. BREST-LITOWSK UND BUKAREST:	
1. Die polnische Frage	78
2. Das Eingreifen der Minister des Äußern	79
3. Ein großer Fortschritt	81
4. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest	82
X. DIE KOMMISSIONSVERHANDLUNGEN IN SALZBURG:	
1. Das Abkommen von Spaa	85
2. Beginn der Salzburger Verhandlungen	86
3. Zwischenzölle, Zollgesetzgebung und Verwaltung	87
4. Die auswärtige Handelspolitik	91
5. Die Richtlinien	93
6. Die Zolltarife	100
7. Die Ergebnisse	103
II. DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN IN BREST-LITOWSK.	
I. DIE LAGE DER MITTELMÄCHTE 1917.	115
II. BREST-LITOWSK	119
III. DIE FRIEDENSGRUNDLAGEN.	121
Diskussion über die Hauptgrundsätze des Friedens.	124
IV. TRENNUNG DER UKRAINE VON RUSSLAND	127
V. WIEDERERÖFFNUNG DER VERHANDLUNGEN MIT RUSSLAND	129
VI. DIE LAGE ÖSTERREICH-UNGARNS VOR DEM UKRAINISCHEN FRIEDEN:	131
1. Mangel an Nahrungsmitteln	131
2. Verhandlungen mit den Zentralmächten.	134
3. Revolutionäre Bewegungen	139
VII. DIE VORBEREITUNG DES UKRAINISCHEN FRIEDENS	141
VIII. DIE LETZTEN VERHANDLUNGEN MIT TROTZKI	143
IX. UNTERZEICHNUNG DES UKRAINISCHEN FRIEDENS.	148
X. DER BRUCH MIT RUSSLAND	151
XI. DER FRIEDE MIT RUSSLAND	154

XII. DIE WIRTSCHAFTLICHEN BESTIMMUNGEN DER BRESTER	
FRIEDENSVERTRÄGE	157
1. Kriegskosten und Reparationen	158
2. Staatsschulden	160
3. Die Wiederherstellung der Privatrechte	161
4. Handelsschiffe	163
5. Die Handelsverträge	164
6. Die Donau-Frage	168
7. Das Warenaustauschübereinkommen mit der Ukraine	169

III. DIE BUKARESTER FRIEDENSVERHANDLUNGEN.

1. Der Krieg mit Rumänien	177
2. Die Verwaltung des rumänischen Okkupationsgebietes	178
3. Die Vorgeschichte des Bukarester Friedens	179
4. Die Hauptprobleme des rumänischen Friedens	181
5. Der Standpunkt Rumäniens	189
6. Die einzelnen Verhandlungsphasen	192
7. Die Vorverhandlungen	193
8. Die Grenzrekifikationen	195
9. Die Schiffswerft von Turn-Severin	198
10. Die Dobrudschafrage	200
11. Der Hafen von Constantza	201
12. Der Negotiner Kreis	202
13. Die Grenzfragen an der Maritza	204
14. Endgültige Regelung der Dobrudschafrage	205
15. Angliederung Beßarabiens an Rumänien	206
16. Verlängerung der Okkupationsdauer	207
17. Regelung des Geld- und Zahlungsverkehrs für die Dauer der Okkupation	210
18. Das Erdölabkommen und die rumänische Erdölindustrie	211
19. Die deutschen Vorschläge	213
20. Beteiligung Österreich-Ungarns am Erdölvertrag	216
21. Die Verhandlungen über das Erdölabkommen	220
22. Das Wirtschaftsabkommen	222
23. Wechselseitige Bereitstellung von Zahlungsmitteln	224
24. Wiederherstellung von Friede und Freundschaft	226
25. Inkrafttreten der alten Verträge	226
26. Unterdrückung irredentistischer Agitationen	227
27. Konsularkonvention	227
28. Gleichheit der Konfessionen. Judenfrage	228
29. Handelsvertrag	230
30. Besitzerwerb von Ausländern in Rumänien	232
31. Post- und Telegraphenwesen	233
32. Beitritt Rumäniens zur Donauakte	234
33. Abgabefreiheit auf der Donau	236
34. Schifffahrtskonvention	237
35. Die Eisernen-Tor-Gebühren	239
36. Eisenbahnfragen	239

	Seite
37. Eisenbahnanschlüsse	241
38. Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Vereinbarungen	242
39. Anerkennung der neuen Leinoten	243
40. Verrechnungen und Schadenersatzforderungen	244
41. Beteiligung der Türkei am wirtschaftlichen Gewinn	247
42. Die Frage des Wirtschaftsbündnisses mit Rumänien	249
43. Die Grundtendenzen des Bukarester Friedens	255

IV. DIE POLNISCHE FRAGE.

1. Die Anfänge der polnischen Frage	261
2. Die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten	264
3. Die Pufferstaatlösung	267
4. Einigung über die Pufferstaatlösung	271
5. Die Frage der zollpolitischen Stellung Polens im Fall der Pufferstaatlösung	274
6. Delegiertenverhandlungen über die zollpolitische Stellung Polens im Fall der Pufferstaatlösung	275
7. Proklamierung des Königreiches Polen	283
8. Stillstand in den Verhandlungen über das definitive Schicksal Polens	283
9. Vordringen der austropolnischen Lösung	286
10. Verfassungsrechtliche Form der eventuellen Angliederung Polens an Österreich-Ungarn	289
11. Deutscherseits verlangte Gegenkonzessionen	291
12. Deutsche Grenzforderungen	291
13. Das Dombrowaer Kohlenrevier	292
14. Das handelspolitische Verhältnis Polens zu Rußland	298
15. Handelspolitisches Verhältnis Polens zu Deutschland im Fall der austropolnischen Lösung	302
16. Staatsschuldenfrage	305
17. Eisenbahnfrage	307
18. Polnische Krondomänen	311
19. Der ukrainische Friede und die austropolnische Lösung	312
20. Die «Kandidatenlösung» und die Vorbereitung der Septemberbesprechungen 1918	314
21. Österreichisch-ungarische Instruktionen zur politischen Frage	318
22. Politisches Ergebnis der Septemberbesprechungen	321
23. Instruktionen für die wirtschaftlichen Fragen	323
24. Handelspolitische Fragen	323
25. Staatsschuldenübernahme seitens Polens	326
26. Domänenfrage	328
27. Eisenbahnfrage	329
28. Zusammenfassende Mitteilung über die austropolnische Idee	331

VORWORT

DES GENERALHERAUSGEBERS.

Im Herbst 1914 ist mit einem Male, an Stelle der Theorie, der Geschichtschreibung die Aufgabe zugefallen, die Wirkungen zu erforschen, die der Krieg auf die moderne Gesellschaft hat. Dieser veränderten Sachlage mußte auch die Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden das Programm anpassen, nach welchem ihre Abteilung für Wirtschaft und Geschichte ihre Untersuchungen zu führen hatte. Der Leiter der Abteilung machte demzufolge den Vorschlag, man solle versuchen, im Wege geschichtlichen Nachweises die Größe der wirtschaftlichen Aufwendungen und Verluste zu ermitteln, die die Kriegskosten ausmachen, und ebenso das Maß der Umwälzungen zu bestimmen, die der Krieg für die moderne Zivilisation zur Folge hat. Wenn mit einer solchen Untersuchung Männer besonnenen Urteils und entsprechender Schulung betraut würden, die sich der Pflicht wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit und Treue bewußt sind, so durfte man wohl annehmen, daß Ergebnisse gefunden würden, an denen sich eine gesunde öffentliche Meinung bilden konnte. Es war zu erwarten, daß eine in solchem Sinne gearbeitete Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges den Friedensgedanken fördern werde, dem die Carnegie-Stiftung gewidmet ist.

Wie groß das Bedürfnis nach einer solchen mit historischem Sinne geplanten und durchgeführten Forschung sei, wurde immer klarer, je weiter der Krieg fortschritt, der bei allen Nationen gedrängte Kräfte entfesselte, nicht nur, um sie in einem ungeheuren Zerstörungsprozeß zu verbrauchen, sondern auch, um die produktive Arbeit zu erhöhter Leistungsfähigkeit anzutreiben. Dieses neue wirtschaftliche Leben, das für die Gesellschaft unter den normalen Verhältnissen des Friedens hätte

ein Gewinn sein können, und die überraschende Fähigkeit der kriegführenden Völker, lang andauernde und immer zunehmende Verluste zu ertragen — Tatsachen, die oft genug äußerlich den Anschein eines neuen Aufschwunges boten —, erforderten eine Neubearbeitung des ganzen Gebietes der Kriegswirtschaft. Die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte konnte dem Problem, das sich ihr darbot, nur gerecht werden, wenn sie ihre volle Kraft darauf konzentrierte und wenn sie es zugleich mit dem Sinne und den Methoden des Historikers, das heißt als ein zusammenhängendes Ganzes untersuchte. Geradeso wie der Krieg selbst ein Ereignis für sich war, dessen Wirkungen aber doch auf scheinbar ganz getrennten Wegen bis in die entlegensten Gebiete der Welt drangen, so mußte auch seine wissenschaftliche Erforschung nach einem Plane vorgenommen werden, der in sich geschlossen war, der aber trotzdem bis zu den Grenzen reichte, bis zu denen man brauchbare Daten praktisch noch zu finden vermochte.

Während des Krieges konnte jedoch ein wissenschaftlicher und objektiver Forscher nicht daran denken, diesen Plan in großem Maßstabe und mit Aussicht auf Verläßlichkeit durchzuführen. Gelegentliche Studien und Teilforschungen konnten wohl gemacht werden und wurden auch unter der Leitung der Abteilung gemacht, eine umfassende geschichtliche Untersuchung war aber aus offenliegenden Gründen nicht zu machen. Erstens hatte jede autoritative Aufstellung über die Hilfsmittel der kriegführenden Mächte ihren unmittelbaren Zusammenhang mit der Leitung der Armee im Felde, was die Folge haben mußte, daß die wirtschaftlichen Daten der kriegführenden Länder so weit als möglich dem forschenden Beobachter entzogen wurden, während sie im Frieden der wissenschaftlichen Bearbeitung bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden waren. Zu dieser Schwierigkeit, welche die Mittel der Forschung betraf, kam die weitere hinzu, daß fast alle zur Bearbeitung berufenen Forscher in ihren Ländern zur Dienstleistung im Kriege herangezogen und für wissenschaftliche Arbeit nicht zu haben waren. Daher wurde der Plan einer Kriegsgeschichte bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben, da die Verhältnisse in den Ländern, um die es sich handelte, den Zugang zu den entscheidenden Quellen und die Zusammenarbeit von Historikern, Nationalökonomen und Männern des öffentlichen Lebens gestatten würden, ohne daß

ihr gemeinsames Wirken nach Absicht und Inhalt einer Mißdeutung ausgesetzt war.

Nach Beendigung des Krieges nahm die Carnegie-Stiftung ihren Plan einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges wieder auf, indem man erkannte, daß er sich unter den gegebenen Umständen mit nur ganz geringen Änderungen durchführen ließe. Im Sommer und Herbst 1919 wurde die Arbeit begonnen. Der ökonomische Beirat der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte trat zu einer Konferenz in Paris zusammen. Bald wurde es jedoch klar, daß für das Unternehmen einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges eine neue, feiner gegliederte Organisation geschaffen werden mußte, die weniger auf internationaler Zusammenarbeit als auf nationaler Grundlage aufgebaut wäre. Man konnte so lange zur vergleichenden Forschung nicht vorsehreiten, als nicht in jedem einzelnen Lande die Tatsachen einwandfrei festgestellt waren. Und wie mannigfaltig und verwickelt waren diese nicht bei jedem einzelnen Volk! Es wurde daher der alte europäische Arbeitsausschuß aufgelöst und es wurde beschlossen, in jedem der größeren Länder Schriftleitungen zu bilden und in den kleineren Einzelherausgeber zu ernennen, die sich — wenigstens vorläufig — auf die wirtschaftliche und soziale Kriegsgeschichte ihrer eigenen Länder zu beschränken hätten.

Die Bildung dieser Schriftleitungen war der erste Schritt, den der Generalherausgeber in jedem Lande zu tun hatte, in welchem man an die Arbeit heranging. Und wenn es überhaupt einer Rechtfertigung für den Arbeitsplan der Carnegie-Stiftung bedarf, so ist sie durch die Namen der ausgezeichneten Gelehrten und Staatsmänner gegeben, welche das verantwortliche Amt der Leitung des Werkes auf sich genommen haben. Ihre Verantwortung darf nicht gering eingeschätzt werden, denn sie haben die aufgestellten allgemeinen Grundsätze den ganz verschiedenartigen Anforderungen der nationalen Verhältnisse und Arbeitsmethoden anzupassen. Von dem Grade der Hingebung und Gewissenhaftigkeit, mit dem die leitenden Männer der beteiligten Länder zusammenwirken, wird der Erfolg abhängen, der errungen werden kann.

Sobald einmal die Organisation für die Herausgabe des Werkes zustande gekommen war, konnte kaum ein Zweifel darüber sein, was der nächste Schritt sein mußte, der zu tun war.

Ohne Quellen kann es keine Geschichtsforschung geben. Es mußten daher alle Dokumente des Krieges, die örtlich zerstreuten ebenso wie die in den Zentren befindlichen, aufbewahrt und, soweit dies mit dem öffentlichen Interesse vereinbar war, der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden. Diese rein archivarische Arbeit, die sehr groß ist, fällt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Inhabern von historischen Dokumenten zu, nicht aber den Geschichtsforschern und Nationalökonomern, die sie benützen wollen. Es ist dies eine Verpflichtung des Eigentümers, alle solchen Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. Sache der Mitarbeiter bei dieser Aufgabe der Kriegsgeschichte war es, die Lage, wie sie sie vorfanden, zu überblicken, die Ergebnisse ihrer Forschungen in Form von Handbüchern oder Führern herauszugeben und vielleicht durch Anregung zum Vergleich dazu zu verhelfen, daß schließlich die beste Arbeitsmethode allgemein angewendet werde.

Mit dieser rein archivarischen Tätigkeit schienen zunächst die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeit erschöpft zu sein. Hätte sich der Plan der Kriegsgeschichte darauf beschränkt, die Untersuchung auf Grund amtlicher Dokumente zu führen, so hätte wohl nur wenig mehr getan werden können, denn wenn auf diesen einmal der Vermerk «geheim» steht, so werden sich nur wenige Beamte finden, die Mut und Initiative genug besitzen, das Geheimsiegel zu lösen. Ausgedehnte Massen von Quellenmaterial, die dem Historiker unentbehrlich sein mußten, würden seiner Hand entzogen gewesen sein, mochte auch ein großer Teil davon aus jedem Gesichtspunkte ganz harmlos sein. Nachdem die Bedingungen des Krieges auf diese Weise fortführen, die Untersuchung zu hindern, und dies voraussichtlich noch durch lange Jahre tun mußten, so war es notwendig, irgendeinen Ausweg zu finden.

Glücklicherweise ließ sich ein anderer gangbarer Weg auf die Weise finden, daß man, auf Grund eines reichlichen Quellenmaterials, solche Männer zur Berichterstattung berief, die während des Krieges irgendeine wichtige Rolle bei der Leitung der Staatsgeschäfte innegehabt hatten oder die als genaue Beobachter in irgendeiner bevorzugten Stellung imstande waren, aus erster oder wenigstens aus zweiter Hand die Geschichte der verschiedenen Wirtschaftsphasen des großen Krieges und seines

Einflusses auf die Gesellschaft zu schildern. So kam man auf den Plan einer Reihe von Einzeldarstellungen, die man am besten als ein Mittelding zwischen Blaubüchern und Memoiren bezeichnen könnte und die zum größten Teil aus nicht offiziellen, jedoch zuverlässigen Schilderungen oder Geschäftsdarstellungen bestehen sollten. Diese Monographien machen den Hauptteil des bisher geplanten Werkes aus. Sie sollen sich nicht auf Studien über die Kriegszeit allein beschränken, denn eine Wirtschaftsgeschichte des Krieges muß sich mit einer längeren Periode als der des tatsächlichen Kampfes befassen. Sie muß ebenso die Jahre des «Abflauens» wenigstens für so lange umfassen, bis sich ein verlässlicherer Maßstab für die wirtschaftlichen Umwälzungen finden läßt, als dies dem Urteil der unmittelbaren Zeitgenossen möglich wäre.

Bei diesem Abschnitt der Arbeit kam für die Herausgeber eine neue Seite ihrer Aufgabe heraus. Die Monographien mußten in erster Linie mit Rücksicht auf die Mitarbeiter ausgewählt werden, die man aufzufinden vermochte, während sonst das verfügbare Quellenmaterial dem Geschichtschreiber die Aufgabe stellt; denn die Mitarbeiter waren es ja, welche die Quellen beherrschten. Dieser Umstand brachte seinerseits wieder eine neue Einstellung gegenüber den hochgehaltenen Idealen des Historikers, der festen Geschlossenheit der Darstellung und der Objektivität. Man konnte sich unmöglich auf ganz strenge gezogenen Linien halten, wenn man von jedem Mitarbeiter eben dasjenige herausbringen wollte, was er vor allem zu sagen in der Lage war, gewisse Tatsachen mußten wiederholt und von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, auch mußte man gelegentlich aufnehmen, was, strenge genommen, nicht in das Gebiet der Geschichte gehörte. Volle Objektivität konnte hierbei nicht immer gewahrt werden. Das Verlangen der Anklage oder der Rechtfertigung mochte wohl manche partiische Anschauung zum Ausdruck bringen. Aber solche Anschauungen bilden ja in einer ganzen Zahl von Fällen ein wesentliches Element der Geschichte, da die zeitgenössische Beurteilung von Tatsachen oft so bedeutungsvoll ist wie die Tatsachen selbst. Übrigens ist unser Werk in seiner Gesamtheit so angelegt, daß es sich selbst korrigiert — und wo es das nicht tut, werden es andere tun.

Neben diesen monographischen Behandlungen des Quellenmaterials sind auch noch Einzelstudien in Aussicht genommen, die über technische oder statistische oder enger begrenzte geschichtliche Materien von besonderen Fachmännern geliefert werden sollen. Sie haben bis zu einem gewissen Grade auch den Charakter von Arbeiten aus erster Hand, da sie die geschichtlichen Tatsachen in einer Tiefe fassen, wie diese einer späteren Zeit nicht mehr erreichbar wäre. Sie gehören auch zum Werke des Aufbaues, durch das die Geschichte von der Analyse zur Synthese schreitet. An diesem mühsamen und langwierigen Werke hat die Arbeit eben erst begonnen. Indem wir die ersten Vorarbeiten zu einer Geschichte leisten, wie die von uns geplante es sein soll, gleichen wir, um es im Bilde zu sagen, dem Arbeiter, der die Baumwollkapsel von der Staupe bricht. Die verschlungenen Fäden der Ereignisse müssen dann erst zu dem reichgemusterten Stoffe der Geschichte verwoben werden, und für dieses schöpferische und formende Werk werden wohl recht verschiedene Weisen der Anlage und der Arbeitsverbände notwendig sein.

Bei einem Werk, welches das Erzeugnis einer so weit angelegten und wechselnd zusammengesetzten Arbeitsgemeinschaft ist, ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeiner Weise das Maß der Verantwortlichkeit zu bestimmen, das die Herausgeber und Verfasser in Rücksicht auf den Inhalt der einzelnen Darstellungen zu tragen haben. Der Generalherausgeber ist für den allgemeinen Plan zu dieser Geschichte und für dessen wirksame Durchführung verantwortlich. In jedem besonderen Falle haben aber die verschiedenen Schriftleitungen und Einzelherausgeber in weitem Maße die Feststellung der Untersuchungsprogramme bestimmt und ihnen fällt es auch zu, die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften zu lesen. Jedoch kann man sie bei den von ihnen gebilligten Monographien keineswegs für die Schlüsse und Meinungen der Verfasser verantwortlich machen. Wie ein Herausgeber sonst, verbürgen sie sich hinsichtlich der Schriften, die in die veröffentlichten Serien aufgenommen werden, wohl für deren wissenschaftlichen Wert, für ihre Angemessenheit und Brauchbarkeit, im übrigen haben aber die Verfasser volle Freiheit, ihre persönlichen Beiträge auf ihre eigene Weise zu schreiben. Ebenso wenig läßt die Tatsache der Veröffentlichung der Monographien den Schluß zu, daß die Car-

negie-Stiftung sich mit allen einzelnen darin enthaltenen Schlußfolgerungen einverstanden erkläre. Die Carnegie-Stiftung ist nur der Geschichte verantwortlich; gegenüber den wechselnden Darstellungen und Anschauungen der Verfasser — insoweit sie für das Verständnis des Krieges in seinem vollen Inhalt wesentlich sind — hat sie nicht die Verpflichtung, sie als unzulässig abzuweisen, sondern ihre Verpflichtung ist die, sie in Treue zu pflegen und zu bewahren.

J. T. SHOTWELL.

•

I.

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK
ÖSTERREICH-UNGARNS IM KRIEGE IN
IHREN BEZIEHUNGEN NACH AUSSEN.

I. Vorgeschichte.

1. Österreich und der deutsche Zollverein.

Während des Weltkrieges wurden zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn Verhandlungen zur Herstellung eines größeren in sich geschlossenen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes geführt, die ein doppeltes Interesse darbieten. Sie sind historisch und politisch von Wichtigkeit, weil sie eine neue Phase der auf Jahrzehnte zurückreichenden Bestrebungen zur engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen den beiden großen mitteleuropäischen Mächten darstellen und, wenn der Krieg ein anderes Ende genommen hätte, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung Europas für die nächste Zeit wesentlich beeinflußt haben würden. Sie sind aber auch wirtschaftlich und praktisch lehrreich, da sie einen in langwierigen Verhandlungen wenn auch nur grundsätzlich gelungenen Versuch darstellen, zwei Reiche, unter Wahrung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit nach innen und außen und unter Aufrechterhaltung eines gewissen Zollschutzes auch gegeneinander, zu einem in einem gewissen Maße einheitlichen Wirtschaftsgebiete zu vereinigen. In historischer und politischer Hinsicht sind die Verhandlungen wichtig für die während des Weltkrieges verfolgten Ziele und Bestrebungen der schließlich unterlegenen Mittelmächte. In praktisch-wirtschaftlicher Hinsicht bieten sie wertvolle Anregungen und Belehrungen angesichts des Umstandes, daß ähnliche Zollvereinigungspläne der in Europa infolge des Weltkrieges neu entstandenen, wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Staaten und auch in allen anderen Erdteilen aufgetaucht sind, ohne bisher zu einem praktischen Ergebnis geführt zu haben.

Um diese Bestrebungen in der richtigen Perspektive zu sehen, ist es nötig, auch auf ihre Vorgeschichte kurz hinzuweisen.

Ein Jahrhundert vor Ausbruch des Weltkrieges zerfiel das mitteleuropäische Gebiet in eine Unzahl kleiner Zollgebiete.

Das zwischen den einzelnen deutschen Staaten bestehende Bundesverhältnis ließ auf Grund des am Wiener Kongreß im Jahre 1815 abgeschlossenen Bundesvertrages jedem einzelnen Staate die Freiheit, an seinen Grenzen Zollschranken zu errichten, und jeder Staat machte von diesem Rechte Gebrauch. Schon im Jahre 1819 setzte jedoch, zuerst in Süddeutschland, eine Agitation für die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes — des deutschen Zollvereines — ein, deren Ergebnis es war, daß sich am Ende der zwanziger Jahre drei gesonderte Zollvereine für Nord-, Mittel- und Süddeutschland bildeten, die sich dann vom 1. Jänner 1834 angefangen zu einem einheitlichen deutschen Zollverein vereinigten. Österreich, das die Zollschranken zwischen seinen einzelnen Kronländern schon 1775 aufgehoben hatte, blieb außerhalb des Zollverbandes. Ungarn hatte ebenfalls seine eigene Zollgrenze, deren zu jener Zeit ungarischerseits angestrebte Aufhebung an dem Widerstand Österreichs scheiterte. Erst 1850 wurde die Zollgrenze zwischen Österreich und Ungarn aufgehoben.

Im Jahre 1850 trat der österreichische Handelsminister Freiherr von Bruck, ein Mann voll großzügiger Ideen, zum erstenmal dafür ein, daß Österreich — damals ein auch Ungarn umfassender einheitlicher Staat — dem deutschen Zollverein beitrete, und seine beiden Denkschriften vom 30. Dezember 1849 und vom 30. Mai 1850 bilden den Ausgangspunkt jener Bestrebungen zur Schaffung eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes, deren letzte Phase die während des Krieges geführten Verhandlungen über die Schaffung eines österreichisch-ungarisch-deutschen Wirtschaftsbündnisses waren. Preußen stemmte sich diesen Bestrebungen Österreichs, durch die es seine auf Erringung der Hegemonie in Deutschland gerichteten Bestrebungen gefährdet sah, mit aller Wucht entgegen und vermochte durch seine geschickte und energische Politik den Eintritt Österreichs in den deutschen Zollverein zu verhindern. Der für Österreich unglückliche Ausgang des österreichisch-preussischen Krieges im Jahre 1866 besiegelte die Niederlage Österreichs in dieser Frage; durch die Bildung des Deutschen Reiches, dessen Verfassung vom 16. April 1871 das gesamte Zollwesen zu einer Reichsangelegenheit erklärte, schien die Frage ihre Aktualität verloren zu haben.

2. Zollunionsbestrebungen vor dem Kriege.

Kurze Zeit darauf wurde jedoch der Plan einer deutsch-österreichisch-ungarischen Zollvereinigung in theoretischen Erörterungen von neuem erwogen, so z. B., wie aus den «Gedanken und Erinnerungen» des Fürsten Bismarck hervorgeht, bald nach Abschluß des Dreibundes 1879. Infolge der ablehnenden Haltung Bismarcks haben diese Erörterungen keine faßbare Form angenommen. In der Mitte der achtziger Jahre hatten unter dem Druck der überseeischen Konkurrenz in landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Agrarier den Gedanken aufgegriffen, durch eine Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ihren Erzeugnissen einen genügend großen geschützten Markt zu sichern. Ein 1885 in Budapest abgehaltener internationaler landwirtschaftlicher Kongreß, bei dem auch die deutsche Landwirtschaft vertreten war, nahm für ein mitteleuropäisches Vertragssystem Stellung, «dessen Grundgedanke in einem ausreichenden Zollschutz gegen die der Vereinigung nicht angehörenden Länder und in der Förderung des freien Handelsverkehrs innerhalb der verbündeten Länder» bestehen sollte. Für die Verwirklichung des alten Planes wäre dieser Zeitpunkt wohl geeignet gewesen. Man begnügte sich jedoch damit, in den am 6. Dezember 1891 abgeschlossenen sogenannten Caprivi-Verträgen ein mitteleuropäisches Vertragssystem zu schaffen, dessen Bedeutung als Ausgangspunkt einer neuen handelspolitischen Ära seinerzeit stark überschätzt wurde. Man sprach damals von einem «zollpolitischen Zusammenschluß Mitteleuropas», von einem mit Hilfe dieser Handelsverträge zustande gebrachten großen Wirtschaftsgebiet, während tatsächlich nur normale Handelsverträge abgeschlossen wurden und bei den Verträgen mit Italien, der Schweiz und Belgien eine Kooperation Deutschlands mit Österreich-Ungarn stattfand.

Diese Verträge wurden nicht der Ausgangspunkt einer neuen handelspolitischen Entwicklung, da sich während ihrer Dauer die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich verschoben. Die Agrarier in Ungarn und Österreich hatten infolge der Steigerung des inneren Konsums innerhalb des österreichischen Zollgebietes ihr Interesse an der Zolleinigung mit Deutschland verloren; der innere Markt begann ihnen zu genügen. In Deutschland wandten sich die Agrarier aus Furcht vor der

eventuellen Konkurrenz des einer intensiveren Ausgestaltung seiner Landwirtschaft fähigen Ungarn — einer Konkurrenz, die sich vorläufig allerdings nur in Gerste, Wein und bis zu einem gewissen Grade in Vieh bemerkbar machte — gegen ein Wirtschaftsbündnis mit Österreich-Ungarn. Die österreichisch-ungarische Industrie lehnte 1899 in einer Generalversammlung des «Central-Verbands der Industriellen Österreichs» den Gedanken einer Zollvereinigung ab. Im Kreise der Industriellen Deutschlands gab es, wie sich 1900 in der Generalversammlung des Bundes der Industriellen zeigte, starke Stimmung für den wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Reiche, aber auch — besonders von Seiten der Regierungsvertreter — ernste Bedenken dagegen, so daß die Frage zurückgestellt werden mußte. In den wissenschaftlichen und parlamentarischen Kreisen wurde das Pro und Kontra in der Frage der Zollvereinigungspläne viel erörtert, ohne daß sich eine einheitliche Meinung herausgebildet hätte. Besondere Beachtung verdienen die Erörterungen, die über die Zollvereinsfrage in der Gesellschaft der österreichischen Volkswirte unter dem Vorsitz des Professors v. Philippovich vom 23. Jänner bis zum 13. Februar 1900 stattfanden und in welchen die ablehnenden Stimmen stark dominierten.

In einzelnen wissenschaftlichen, politischen und Wirtschaftskreisen hatte jedoch der Gedanke festen Fuß gefaßt und verschwand nicht mehr von der Bildfläche. Zu seiner Vorbereitung wurden in der Mitte des ersten Jahrzehnts des gegenwärtigen Jahrhunderts die drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Österreich und Ungarn geschaffen, die viele repräsentative Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens und der Wirtschaftspolitik zu ihren Mitgliedern zählten und in einer Reihe von Kongressen der Idee die Bahn zu ebnen und die ihrer Verwirklichung im Wege stehenden Hindernisse zu erörtern und zu beseitigen trachteten. Diesen Vereinen schlossen sich die während des Krieges in denselben drei Ländern gebildeten deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbände an, die sich die Aufgabe stellten, weite Kreise für die Idee zu gewinnen. In allen diesen Bestrebungen war der leitende Gedanke der Wunsch, ein Wirtschaftsgebiet zu schaffen, das an Seite der großen einheitlichen Wirtschaftsgebiete Großbritanniens und seiner Kolonien, der Vereinigten Staaten von Amerika und Ruß-

lands seine Interessen besser wahrnehmen könnte. In vielen Kreisen hoffte man, durch Zusammenlegung kleinerer Wirtschaftsgebiete zu größeren und später der größeren Wirtschaftsgebiete zu noch umfassenderen Einheiten den Weg gefunden zu haben, der allmählich zu einer Zurückdrängung der schutzzöllnerischen Richtung und zur Anbahnung einer neuen Epoche des Freihandels führen sollte.

3. Die Bewegung für ein Wirtschaftsbündnis während des Krieges.

Neuen mächtigen Aufschwung nahm der Gedanke einer innigeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland während des Weltkrieges, der das Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden Reiche steigerte. Vom Frühjahr 1915 angefangen steht die Frage ständig auf der Tagesordnung der wirtschaftlichen Vereinigungen und Körperschaften und der politischen Parteien und es entsteht eine ganze Bibliothek von wissenschaftlichen Werken und Broschüren, welche die Frage vom politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus nach allen Seiten hin erörtern. Das einflußreichste und populärste Buch war Friedrich Naumanns «Mitteleuropa». Zwischen Anhängern und Gegnern der Bündnispläne überhaupt sowie auch ihrer einzelnen Abarten kam es zu angeregten polemischen Erörterungen, die denn auch auf einzelnen aus Deutschland, Österreich und Ungarn zahlreich beschickten Konferenzen ihre Fortsetzung fanden und erst mit dem Ende des Krieges aufhörten. Als im November 1915 auch die Regierungen den Gedanken aufgriffen, taten sie dies zum Teil unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß in all diesen Erörterungen die wirtschaftlichen Erwägungen die weitaus überwiegende Rolle spielten. Im allgemeinen lassen sich die Auffassungen über die Frage im folgenden zusammenfassen:

Die Agrarier Deutschlands hatten sich bis zu einem gewissen Grade durch die Erwägung beruhigen lassen, daß Österreich-Ungarn aufgehört hatte, ein landwirtschaftliches Exportland zu sein, doch zeigten sie für die Sache keinen besonderen Enthusiasmus und bestanden in gewissen Artikeln (Mehl, Gerste, Wein usw.) auf einem Zollschutz auch gegen Österreich-Ungarn. Die Agrarier Österreichs und Ungarns machten die Bewegung williger mit, zeigten sich aber ziemlich desinteressiert, weil sie

die Hebung des inneren Konsums, die nur von einer Erstarkung der durch das geplante Zollbündnis auch ihrer Ansicht nach gefährdeten Industrie zu erwarten war, für wichtiger hielten als die Förderung des Exportes. Die Industrie war in Deutschland überwiegend für die Zolleinigungsbestrebungen, denen jedoch jener Teil der Industrie opponierte, der auf den Absatz in den westlichen und überseeischen Staaten angewiesen war und befürchtete, daß ein mit Österreich-Ungarn wirtschaftlich verbundenes Deutschland, infolge der in der Meistbegünstigung gelegenen Schwierigkeiten, im Abschluß günstiger Handelsverträge behindert sein werde. In Österreich schwankte die Industrie zwischen der Furcht vor der deutschen Konkurrenz, die stellenweise so groß war, daß man die Zolleinigung als einen «industriellen Selbstmord» bezeichnete, und dem Wunsche, durch eine Erweiterung ihres Absatzgebietes die Möglichkeit zu stärkerer Spezialisierung zu erlangen, die als einer der wichtigsten Vorteile der deutschen Industrie über die österreichische angesehen wurde. Die ungarische Industrie verhielt sich gegen die Zolleinigungsbestrebungen bis zum Ende kühl und machte sie, von wenigen Ausnahmen wie z. B. der Mühlenindustrie abgesehen, nur widerwillig oder gar nicht mit. Die Handelskreise waren schon wegen ihrer natürlicherweise mehr freihändlerischen Tendenzen im allgemeinen für die Annäherung und das gleiche kann von den Konsumenten gesagt werden.

Diese widerspruchsvollen Auffassungen und Interessen bildeten den Hintergrund, auf dem sich die Verhandlungen zur Herbeiführung der wirtschaftlichen Annäherung abspielten. Zwischen ihnen mußte, sollte das Werk gelingen, ein allen Teilen vorteilhaftes, niemand unerträgliches Opfer auferlegendes Kompromiß geschaffen werden. Diese Aufgabe war nicht eben eine leichte.

Das Deutsche Reich hatte vor dem Kriege eine Ausdehnung von 541.000 Quadratkilometern, Österreich-Ungarn eine solche von 676.000 Quadratkilometern; das aus beiden Reichen bestehende Wirtschaftsgebiet würde also einen Flächeninhalt von 1.217.000 Quadratkilometern gehabt haben. An Bevölkerung zählten im Jahre 1910 Deutschland 64'9, Österreich-Ungarn 51'4 Millionen, beide Reiche zusammen also 116'3 Millionen Einwohner. Die Produktion dieses so umgrenzten mitteleuro-

päischen Gebietes an Weizen und Roggen belief sich auf 27 Millionen Tonnen. Der Bestand an Rindern betrug in Deutschland und Österreich-Ungarn 36 Millionen Stück; der Bestand an Schweinen 37 Millionen Stück, an Schafen und Ziegen 22 Millionen Stück. An Steinkohle und Braunkohle produzierten die beiden mitteleuropäischen Reiche vor dem Kriege 307 Millionen Tonnen. Die Roheisenerzeugung in den mitteleuropäischen Staaten belief sich auf 20 Millionen Tonnen; an Eisenerzen produzierten Deutschland und Österreich-Ungarn 38 Millionen Tonnen.

Innerhalb der drei Länder war in Deutschland die Industrie, in Ungarn die Landwirtschaft dominierend, während Österreich eine Mittelstellung einnahm. Von der erwerbsfähigen Bevölkerung entfielen auf die Industrie in Deutschland 39'3%, in Österreich 21'4% und in Ungarn 16'5%, während auf die Urproduktion in Deutschland 37'7%, in Österreich 52'7% und in Ungarn 62'5% der Bevölkerung entfielen.

Im Jahre 1912 betrug die Einfuhr des Deutschen Reiches 10.691, die Ausfuhr 8956 Millionen Mark, die Einfuhr Österreich-Ungarns 3670, die Ausfuhr 2927 Millionen Kronen. Im Verkehr mit Deutschland betrug der Import Österreich-Ungarns 1441, wovon zwei Drittel auf Industrieartikel entfielen, der Export 1141 Millionen Kronen, darunter ein Drittel Industrieartikel.

II. Beginn der offiziellen Verhandlungen.

1. Das Promemoria der deutschen Regierung 1915.

Die offiziellen Verhandlungen zur Schaffung eines vorerst das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn umfassenden einheitlichen Wirtschaftsgebietes wurden durch ein Promemoria der deutschen Regierung im November 1915 eingeleitet. *) In diesem erscheint der Gedanke einer Vereinheitlichung der beiden Wirtschaftsgebiete als Bestandteil einer größeren Konzeption, welche sich eine Erweiterung des politischen Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zum Ziele steckt. Der größte Teil der Note ist dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Reiche gewidmet, andere zur

*) Promemoria des deutschen Ausw. Amtes an das k. u. k. österr.-ungar. Ministerium des Äußern vom 13. November 1915.

Vertiefung und Festigung des Bündnisses angeregte Fragen politischer und militärischer Natur werden darin nur kurz erwähnt.

Schon in dieser ersten offiziellen Anregung kommen die Schwierigkeiten zum Ausdruck, auf welche die Schaffung eines nicht nur nach außen, sondern auch nach innen geschlossenen und einheitlichen Wirtschaftsgebietes, die eine Aufhebung der zwischen den beiden Reichen bestehenden Zollschränken zur Voraussetzung gehabt hätte, während der ganzen Dauer der Verhandlungen immer gestoßen ist. Als Endziel bezeichnet das Promemoria die Verschmelzung der beiden Reiche zu einer wirtschaftlichen Einheit, doch wird vorläufig bloß ein Zollbündnis mit gegenseitiger Zollbevorzugung (Präferenzzölle) vorgeschlagen. Um dem deutschen Handel für das im Abschluß eines Zollbündnisses liegende Risiko ein Äquivalent zu bieten, sollen die deutschen und österreichisch-ungarischen Zollsätze in der Richtung eines Abbaues der Zölle einander angenähert und das Zollschemata und die Zollsätze in weitestem Umfange möglichst einheitlich gestaltet werden. Das Zollbündnis wird auf 30 Jahre beantragt, jedoch mit Revisionen von zehn zu zehn Jahren. Bei jeder dieser periodischen Revisionen soll an der Tendenz der Ermäßigung der Zölle festgehalten werden. Ein Zusammenwirken der beiden Reiche bei der Regelung ihrer handelspolitischen Beziehungen zu den Außenstaaten wird als wünschenswert bezeichnet. Das Promemoria weist sodann darauf hin, daß das Zustandekommen eines solchen Zollbündnisses an gewisse Voraussetzungen geknüpft sei. Als solche wird vor allem die Verbesserung der durch die verschiedenen kriegswirtschaftlichen Maßregeln beeinträchtigten Bedingungen für die deutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn bezeichnet, wobei zugegeben wird, daß auch der Ausfuhr Österreich-Ungarns nach Deutschland günstigere Bedingungen zu bieten seien.

Als eine wesentliche Voraussetzung des Zollbündnisses mit Präferenzzöllen, wie es im Promemoria vorgeschlagen wird, betrachtet es die deutsche Regierung, daß in die Friedensverträge eine Klausel eingefügt werden könne, laut welcher die Meistbegünstigung, die beide Reiche auch den feindlichen Staaten einzuräumen gedachten, auf jene Zugeständnisse, welche Deutschland und Österreich-Ungarn einander gegenseitig gewähren, nicht angewendet werden könne. Endlich hält es die

deutsche Regierung für notwendig, die Möglichkeit des Beitrittes dritter Staaten zu dem zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn abzuschließenden Zollbündnis offen zu lassen. Die Beschränkung des geplanten Wirtschaftsbündnisses auf Deutschland und Österreich-Ungarn würde, wie das Promemoria sagt, die Lösung der sich aus dem Meistbegünstigungsprinzip ergebenden Schwierigkeiten wohl erleichtern, dagegen würde sich jedoch bei einem grundsätzlichen Ausschluß dritter Staaten die Nützlichkeit der Konstruktion für die Ausfuhr verringern.

Das Promemoria geht sodann auf die Einzelheiten ein und sucht die Grundlagen für das vorgeschlagene Zollbündnis mit beiderseitigen Zollbevorzugungen näher zu umschreiben. Eine Erhöhung des bestehenden Niveaus der Zölle soll vermieden werden. Es soll die Möglichkeit bestehen, gewisse Waren von der Bevorzugung auszuschließen; welche Waren als solche anzusehen wären, hätten die Regierungen einander ehestens mitzuteilen (Ausschlußliste). Ebenso hätten die Regierungen einander zur Kenntnis zu bringen, für welche Waren sie vom anderen Teile eine Herabsetzung der bestehenden Vertragszollsätze verlangen (Forderungsliste). Da im allgemeinen das österreichisch-ungarische Zollniveau höher war als das deutsche, Österreich-Ungarn also eher in die Lage kommen mußte, seine Zollsätze zu vermindern, erklärte die deutsche Regierung, daß Österreich-Ungarn für die Opfer, die es durch Herabsetzung seiner Zölle bringe, eventuell durch einen Verzicht Deutschlands auf seine Ansprüche auf Russisch-Polen kompensiert werden könnte. Des weiteren wurde eine Bindung von Mindestsätzen für die Handelsvertragsverhandlungen angeregt. Innerhalb des Zollbündnisses soll die Meistbegünstigung im vollen Umfang zur Geltung kommen. Im Falle wirtschaftlich schädlicher Maßnahmen der Außenstaaten aber sollen sich beide Teile über ein gemeinsames Vorgehen verständigen.

In bezug auf das Eisenbahnwesen verlangt das deutsche Promemoria, daß beide Reiche sich im Verkehr nach und von Rußland, dem Balkan und dem Orient gegenseitig unterstützen und die Beförderungsgebühren für Güter auf ein Mindestmaß herabsetzen, dessen Höhe den Gegenstand einer dauernden Vereinbarung zwischen den beiden Reichen bilden soll. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der nach dem Balkan führenden Verkehrswege sei eine unmittelbare deutsch-österreichisch-

ungarisch-bulgarische Eisenbahnverbindung anzustreben. Die dauernde Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Handelsvertrages über die gleichmäßige tarifarische Behandlung gleichartiger Güter auf den gleichen Strecken soll gegenseitig zugesichert werden. Auf dem Gebiete der Wasserstraßen endlich wird die Erleichterung des Verkehrs auf der Donau und Elbe als das Ziel der Bestrebungen zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß bezeichnet. Es werden vertragsmäßige Vereinbarungen angeregt zur Sicherstellung der ungehinderten Befahrung beider Ströme innerhalb der einzelnen Reiche, zwischen den beiden Reichen und im Durchgang nach dritten Staaten. Endlich wird eine Verbesserung der Wasserstraßen (besonders am Eisernen Tor) vorgeschlagen. Schiffsabgaben zur Kostendeckung sollen zugelassen bleiben, doch sollen sie die Vorteile der Stromverbesserung nicht aufheben, sondern die Entwicklung des Verkehrs ermöglichen.

2. Die Antwort Österreich-Ungarns.

Die österreichisch-ungarische Antwort auf dieses Promemoria lautete wesentlich kürzer und reservierter. *) Nach der allgemeinen Erklärung, daß Österreich-Ungarn bereit sei, über eine Erweiterung des Bündnisvertrages zu verhandeln, geht sie auf die Frage der «wirtschaftlichen Annäherung» über und bezeichnet diese als erstrebenswert. Die deutschen Vorschläge werden angenommen als Grundlage für Verhandlungen, welche zeigen werden, inwieweit es unbeschadet der beiderseitigen Souveränität und handelspolitischen Aktionsfähigkeit zu einer Zusammenfassung des ganzen Gebietes durch eine beide Teile kräftigende wirtschaftliche Annäherung kommen kann. Österreich-Ungarn erklärt sich einverstanden damit, daß die Verhandlungen auf der Grundlage gegenseitiger Zollbevorzugungen geführt werden. Was die Langfristigkeit der neuen Abmachungen — 30 Jahre — betrifft, so wird dem deutschen Wunsche eine sorgfältige Prüfung in Aussicht gestellt; eine endgültige Beschlußfassung hierüber werde erst dann möglich sein. Die österreichisch-ungarische Antwort verweist darauf, daß die Durchsetzung der über den Rahmen eines gewöhnlichen Handelsvertrages hinausgehenden Abmachungen der beiden Reiche

*) Note des k. u. k. Ministeriums des Äußern vom 22. November 1915.

bei den feindlichen und neutralen Staaten schwierig sein werde; über den dabei einzuschlagenden Weg werde jedenfalls das gegenseitige Einvernehmen zu suchen sein. Eines der Ziele der wirtschaftlichen Annäherung sei die Verbesserung der Bedingungen der österreichisch-ungarischen Ausfuhr nach Deutschland. Den Beitritt dritter Länder offen zu halten, liege auch Österreich-Ungarn am Herzen. Was den deutscherseits angeregten Austausch von Ausschlußlisten und Forderungslisten betrifft, so müssen sich diese auf den wirtschaftlichen Notwendigkeiten aufbauen. Eine Verquickung der wirtschaftlichen Annäherungsbestrebungen mit der Polenfrage wurde somit in diesem Stadium von Österreich-Ungarn abgelehnt.

Bereits dieser erste Notenwechsel läßt die Verschiedenheit der beiderseitigen Auffassungen klar erkennen. Während auf deutscher Seite die politischen Momente stark in den Vordergrund geschoben werden, hielt man sich in Österreich-Ungarn streng auf der Grundlage nüchterner wirtschaftlicher Erwägungen. Auf deutscher Seite wird als das Ziel der Verhandlungen ein Zollbündnis bezeichnet, welches die Verschmelzung beider Reiche zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet vorbereiten soll, auf österreichisch-ungarischer Seite begnügt man sich mit dem vorsichtigen Ausdruck einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen den beiden Reichen. Deutscherseits werden die Grundlinien des neuen wirtschaftlichen Verhältnisses bereits ziemlich scharf umrissen, in Österreich-Ungarn dagegen wird alles vom Ergebnis der Verhandlungen über die Einzelfragen abhängig gemacht. Bei der deutschen Regierung besteht eine gewisse Besorgnis, daß die neue wirtschaftliche Konstruktion dazu führen könnte, Deutschland die höheren österreichisch-ungarischen Zölle aufzunötigen und daß überhaupt die handelspolitische Aktionsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigt werden könnte. Auf österreichisch-ungarischer Seite wieder spielt die Besorgnis mit, daß durch die wirtschaftliche Kooperation mit dem wirtschaftlich unleugbar stärkeren Deutschland die Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs und Ungarns geschmälert werden könnte. Beide Teile jedoch begegnen sich darin, daß sie das künftige wirtschaftliche Verhältnis zueinander auf dem System der Präferentialzölle aufbauen wollen, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Ausnahme der auf diesem System fußenden besonderen Begünstigungen, welche die beiden

Reiche einander gewähren wollen, von dem allgemeinen Grundsatz der Meistbegünstigung den feindlichen und neutralen Staaten gegenüber durchzusetzen. Damit war die gemeinsame Verhandlungsgrundlage gegeben.

Die erste Voraussetzung für die Verhandlungen war jedoch, daß zuvor zwischen Österreich und Ungarn, deren Zollbündnis Ende 1917 ablief, ein neuer Ausgleich geschlossen werde. Es wurde daher der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß vor Beginn der Verhandlungen über die Regelung der künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland die Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn aufgenommen und beendet werden müssen.

III. Der letzte Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn.

Die Gemeinsamkeit der Person des Herrschers, des Heeres und der Vertretung nach außen war für beide Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie dauernd festgelegt; die wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen aber waren auf Grund des österreichischen Gesetzes vom 21. Dezember 1867 und des ungarischen Gesetzes Art. XII vom Jahre 1867 von Zeit zu Zeit zu regeln. Der Inhalt dieses sogenannten «Ausgleiches» war in der Hauptsache der folgende:

Österreich und Ungarn bilden eine Zollunion. Die Gebiete beider Staaten sind von einer einheitlichen Zollgrenze umgeben. Zwischen ihnen besteht keine Zollgrenze und werden keine Ein-, Aus- oder Durchfuhrabgaben erhoben. Der gemeinsame Zolltarif und die Zollvorschriften werden durch Vereinbarungen zwischen den Regierungen erstellt und können nur im Einvernehmen abgeändert werden. Handelsverträge werden durch den gemeinsamen Minister des Äußern auf Grund der Vereinbarungen beider Regierungen abgeschlossen. Die Eisenbahnen werden nach gleichen Grundsätzen gebaut, betrieben und verwaltet, die See- und Flußschifffahrt in der nämlichen Weise administriert. Das Salz- und das Tabakmonopol und die indirekten Steuern sind durch gleichartige Gesetze geregelt. Durch einen Münz- und Währungsvertrag wird das gleiche Geldwesen für beide Staaten gesichert. Im Zusammenhange mit dem Ausgleich wird die Beitragsleistung Österreichs und Ungarns

für die gemeinsamen Ausgaben bestimmt. Hiefür werden zunächst die Zolleinnahmen verwendet. Der Rest wird in bestimmtem Prozentverhältnis geteilt. An diese Hauptpunkte schließt sich die Regelung anderer wirtschaftlicher Fragen an, in denen ein Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen wünschenswert erscheint.

Während des Krieges stand der Ausgleich in Geltung, der im Jahre 1907 für zehn Jahre in Kraft trat. Die Verhandlungen über den neuen letzten Ausgleich begannen im Jänner des Jahres 1916 und wurden am 24. Februar 1917 abgeschlossen. Bevor der neue Ausgleich den Parlamenten vorgelegt wurde, erfolgte die Auflösung der Monarchie. Er wurde deshalb niemals veröffentlicht, auch die Verhandlungen blieben geheim; nur vereinzelt Nachrichten drangen in die Öffentlichkeit. Dieser letzte Akt der Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie blieb so im Verborgenen und würde für den Geschichtsforscher, wenn die Unterhändler nicht mehr sind, schwer zu rekonstruieren sein.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen über den Ausgleich, die zwischen Österreich und Ungarn während des Krieges geführt wurden, können ein allgemeineres Interesse beanspruchen, weil sie einen Teil der Ursachen der Auflösung der Doppelmonarchie und ihres ungünstigen Verhältnisses zu den Balkanstaaten beleuchten und zugleich Aufschluß über die Ideen zur handelspolitischen Neugestaltung Zentraleuropas geben, die auch nach der Niederlage der Mittelmächte ihre Bedeutung nicht verloren haben. Außerdem ist der Ausgleich das interessante Beispiel einer halbhundertjährigen Zollunion zweier Staaten ohne gemeinsame Gesetzgebung und Verwaltung. Es gibt in der Geschichte keinen zweiten solchen Versuch zur Lösung dieses Problems, denn der deutsche Zollverein, zu dem sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die deutschen Staaten verbanden, hatte ein Zollparlament und war nur eine Entwicklungsstufe der deutschen Reichseinheit.

1. Österreich will einen langfristigen Ausgleich.

Bei der einleitenden Besprechung über den neuen Ausgleich, die am 28. Jänner 1916 in Budapest stattfand, schlug der österreichische Ministerpräsident Graf *Stürgkh* folgende von der

österreichischen Ministerkonferenz am 24. August 1915 festgestellte Richtlinien vor:

«1. Der bestehende Ausgleichsvertrag wird erforderlichenfalls für die Dauer der Verhandlungen verlängert, welche die Neuordnung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu dem Deutschen Reich im Sinne eines engeren Zusammenschlusses bezwecken.

2. Führen diese Verhandlungen zur Herstellung eines engeren Verhältnisses zum Deutschen Reiche, das über einen auf der Meistbegünstigung beruhenden Handelsvertrag hinausgeht, so ist der geltende Ausgleichsvertrag ohne andere Abänderungen als jene, die sich aus den mit dem Deutschen Reiche getroffenen Abmachungen ergeben, für die Dauer des neuen Vertragsverhältnisses zum Deutschen Reiche verlängert.

3. Sollte sich bei den Verhandlungen ergeben, daß ein derartiges engeres Verhältnis zum Deutschen Reiche nicht zustande kommt, so werden Verhandlungen über die Erneuerung des Ausgleiches einzuleiten sein. Zum Zwecke dieser Verhandlungen wird der bestehende Ausgleichsvertrag erforderlichenfalls über seine gegenwärtige Dauer hinaus verlängert, jedoch auf nicht mehr als zwei Jahre.»

Es sollte also nur ein prinzipieller Beschluß über die Erneuerung des Ausgleiches gefaßt und dann in die Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche eingetreten werden. Die österreichische Regierung begründete dies damit, daß die Verhandlungen mit Deutschland sonst zu lange hinausgeschoben werden müßten und daß der Ausgleich je nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen und der Friedensschlüsse Änderungen erfahren werde, so daß vorher Beratungen über die einzelnen Ausgleichsfragen nicht mit Erfolg geführt werden könnten.

Diesen Plan der österreichischen Regierung lehnte der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza ab; er bestand darauf, daß die wichtigsten Ausgleichsfragen bereinigt und zu diesem Zwecke Forderungslisten ausgetauscht werden. Der Ausgleich müsse in allen seinen wichtigen Teilen fertig sein, ehe Verhandlungen mit dem Auslande beginnen können. Dies war rechtlich korrekt, denn die beiden Teile der Monarchie mußten sich erst wirtschaftlich einigen, um nach außen gemeinsam auftreten zu können. Die österreichische Regierung ließ deshalb ihren Antrag fallen.

Die Verhandlungen begannen demnach am 7. Februar in Budapest. Graf Stürgkh beantragte, die Verhandlungen auf einige wenige Hauptfragen zu komprimieren. Die politische und internationale Situation löse das Bedürfnis nach Stabilisierung und Konsolidierung der Verhältnisse aus und mache es notwendig, den Ausgleich für eine längere Zeit abzuschließen. Graf Tisza erwiderte, Ungarn denke bloß an Abmachungen für zehn Jahre; wenn aber einer Reihe von ungarischen Wünschen Rechnung getragen werde, so könnte eine Vereinbarung bis äußerstenfalls 20 Jahre eintreten.*)

2. Die ungarische Forderungsliste.

Hierauf wurden die Forderungslisten ausgetauscht. In der österreichischen Liste waren nur geringfügige Retuschen des Ausgleiches vorgeschlagen. Die ungarische Forderungsliste enthielt folgende Hauptforderungen:

Erhöhung der Finanzzölle und der Viehzölle. Beseitigung des Grundsatzes, daß bestehende Verzehrungssteuern und Monopole nur im Einvernehmen beider Regierungen und nach gleichen Grundsätzen geregelt werden können. Festlegung niedriger Tarife für die Durchfuhr ungarischer Produkte durch Österreich. Konzession des direkten Anschlusses der ungarischen Bahnen an die preußischen Bahnen bei Annaberg. Herabsetzung der ungarischen Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben von 36¼ % auf 34¼ % und im Falle eines langfristigen Ausgleiches auf 32¼ %. Ferner:

«Für den Fall, als bezüglich der territorialen Verhältnisse der Monarchie und innerhalb derselben, der beiden Staaten, jene Veränderungen eintreten sollten, die infolge der gegenwärtigen Kriegslage als voraussichtlich erscheinen, wäre schon jetzt nachstehendes zu vereinbaren:

Der Anschluß Bosniens und der Herzegowina oder auch Dalmatiens, beziehungsweise eines Teiles des letztgenannten Landes an die Länder der heiligen ungarischen Krone kann die im Sinne des obigen zu erfolgende Festsetzung des Quotenverhältnisses zwischen Ungarn und Österreich nicht beeinflussen und insbesondere nicht zur Folge haben, daß die auf obiger

*) Aufzeichnung über die Konferenz im kgl. ungar. Finanzministerium am 7. Februar 1916, Z. 844/M. P.

Grundlage zu bestimmende Quotenbelastung der Länder der heiligen ungarischen Krone mit Rücksicht auf diesen Gebietszuwachs erhöht werde.

Für den Fall der Erwerbung Russisch-Polens oder eines Teiles dieses Landes für die Monarchie und des Abschlusses dieses Gebietszuwachses an die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder (Österreich) wäre:

1. das neuerworbene Gebiet einer Belastung in dem Maße zu unterwerfen, welches der Staatsschuldenlast der beiden Staaten der Monarchie entspricht, wie sie vor dem Kriege bestand;

2. bei der Feststellung des Quotenverhältnisses zwischen Ungarn und dem durch die Angliederung Russisch-Polens oder eines Teiles desselben zu einem Kräftezuwachs gelangten Österreich die gegenwärtig geltende, beziehungsweise die im Sinne des obigen abzuändernde Quote entsprechend der wirtschaftlichen Kraft und Belastungsfähigkeit des neuen Gebietes zu modifizieren.»

Daneben wurde eine Reihe weniger wichtiger Forderungen erhoben.

Die Vorlesung der ungarischen Liste machte auf die österreichischen Delegierten einen konsternierenden Eindruck. Graf Stürgkh sagte, die ungarische Liste übersteige alles, was man je als möglich in Erwägung gezogen habe. Vor allem müsse er dagegen Verwahrung einlegen, daß die ungarische Regierung von der Abtrennung des österreichischen Landes Dalmatien von Österreich spreche. In der Konferenz, die am nächsten Tage stattfand, erklärte Graf Stürgkh unter anderem:

«Die verehrten Herren von der ungarischen Regierung sind nicht im Unklaren darüber, daß jene Mitteilungen, die sie uns gemacht haben, eine Impression hervorriefen, der gegenüber die bei solchen Konferenzen gewöhnlich übliche Stille und Ruhe nicht aufrecht bleiben konnte, sondern bei deren Anhörung sich unserer eine innere Erregung bemächtigt hat, die wir nicht meistern konnten. Im allgemeinen muß ich konstatieren, daß durch dieses Elaborat die Tendenz geht, die Trennung zu erweitern und auszugestalten, während wir von den höchsten politischen Interessen beider Staatsgebiete unserer Monarchie ausgehen und der Auffassung sind, daß der große Moment, soll er auch ein großes Geschlecht finden, zur Verinnerlichung der Beziehungen zwischen beiden Staaten führen sollte, ebenso wie

eine solche innige Verbindung auf dem Gebiete der gemeinsamen Verteidigung und der Außenpolitik eingetreten ist. Anstatt dessen zieht das Streben nach einer weiteren Trennung auf wirtschaftlichem Gebiete sich wie ein roter Faden durch die Vorschläge der ungarischen Regierung, und zwar gerade auf solchen Gebieten, in denen in vergangenen Perioden heiße Kämpfe zu gewissen Kompromissen und zu Ruhepunkten geführt haben. Im Wege einer Rückbildung sollen nunmehr nach den ungarischen Wünschen diese Vereinbarungen wieder außer Kraft gesetzt werden, was mitten in jenen Streit zurückführen würde, der vergangene Perioden mit heftigen Kämpfen erfüllt hat.»

Es sei wahrscheinlich, daß Veränderungen des Territoriums beider Staaten eintreten werden.

«Die künftige Quote von 1918 angefangen wird also nach der Leistungsfähigkeit eines anderen Ungarn, eines anderen Österreich als der gegenwärtigen abgestellt werden müssen.»

Die österreichische Regierung glaube nicht, daß die Verhandlungen auf der von Ungarn vorgeschlagenen Grundlage in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen können. Sie gehe von dem Standpunkt aus, daß «Hand in Hand mit den großen Erfolgen der Armeen die Verinnerlichung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie» angestrebt werden müsse. Die ungarische Regierung denke vielleicht, daß sie als parlamentarische Regierung einer österreichischen Beamtenregierung gegenüberstehe, die augenblicklich ohne Parlament regiert. Es gebe aber keine Beamtenregierung, die der österreichischen Bevölkerung einen solchen Ausgleich annehmbar machen könnte.

Graf T i s z a erwiderte:

«Ich muß mich entschieden gegen die Auffassung verwahren, als ob aus unserem Werk eine gewisse systematische und kunstvoll durchgedachte Tendenz herausgelesen werden könnte, die darauf abzielt, die Trennung weiter auszubilden und die Fragen aus dem Gesichtspunkte einer Beseitigung der Gemeinsamkeit zu behandeln.

Ich glaube auch schon ziemlich viele Proben gegeben zu haben, daß bei mir ein Liebäugeln mit solchen Tendenzen nicht vorausgesetzt werden kann.

Die Verlängerung des Ausgleiches würde in ganz Österreich als ein großer Triumph bewertet werden, in Ungarn als eine

große Niederlage. Man würde wieder von Besiegten und Siegern sprechen. Die Verlängerung der Ausgleichsdauer ist ein alter Wunsch Österreichs. Stammt doch das Schlagwort von der Monarchie auf Kündigung aus den Ausgleichsverhandlungen der siebziger Jahre. Die Verlängerung wird aus wirtschaftlichen und politischen Gründen von Österreich angestrebt, demgegenüber andere Sachen in den Kauf genommen werden können. Eine Quote zu unseren Gunsten würde gewiß in Österreich als Niederlage aufgefaßt werden, wie die Verlängerung des Ausgleiches als ein Triumph. Letztere wäre viel wichtiger als ein Unterschied in der Quote um einige Prozente.» *)

3. Die Bedeutung einer längeren Ausgleichsdauer.

Graf Tisza beruhigte dadurch, daß er die Konsequenzen eventueller territorialer Veränderungen aus den Verhandlungen ausschaltete, und noch mehr durch die Eröffnung der Aussicht auf einen langfristigen Ausgleich die österreichischen Minister einigermassen. Die Frage, wie viele Jahre der neue Ausgleich gelten sollte, bildete den Schwerpunkt der ganzen Verhandlung. Der Ausgleich wurde seit dem Jahre 1867 immer nur für zehn Jahre abgeschlossen. Im Kriege nun hatten die politischen Kreise, insbesondere in Österreich, das Gefühl, daß diesmal eine längere Vertragsdauer festgesetzt werden müßte, um die Festigung der Verbindung zwischen den beiden Staaten zu erweisen und die mit jeder Erneuerung des Ausgleiches verbundenen politischen und wirtschaftlichen Krisen für längere Zeit zu vermeiden. Was vor dem Kriege nicht möglich war, sollte jetzt wahr werden: ein langer Ausgleich. Dies war auch deshalb notwendig, weil er mindestens so lange gelten mußte wie der künftige Vertrag mit Deutschland und die deutsche Regierung zur Schaffung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses mit Österreich-Ungarn nur bereit war, wenn es für längere Zeit festgelegt würde, damit es sich einleben könne und nicht an den Kinderkrankheiten zugrunde gehe.

Die Vertragsdauer hatte jedoch für die österreichische Regierung eine andere Bedeutung als für die ungarische. Österreich war immer für die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Wirt-

*) Aufzeichnung über die Besprechung im kgl. ungar. Finanzministerium am 8. Februar 1916, Z. 756/M. P. 16.

schaftsgebietes mit Ungarn und empfand die sich in jedem Decennium wiederholenden Verhandlungen über den Ausgleich und die dadurch verursachte wirtschaftliche Unsicherheit und politische Unruhe als schwere Nachteile. Die österreichische Regierung wollte auf 30 Jahre abschließen. In Ungarn dagegen war eine große Partei überhaupt gegen die Wirtschaftsgemeinschaft mit Österreich und wollte aus politischen Gründen die Verbindung mit Österreich auf die Person des Herrschers — Personalunion — beschränken, um Ungarn möglichst volle Unabhängigkeit zu sichern. Doch auch sonst wurde die Ungewißheit der Ausgleichserneuerung von mancher ungarischer Seite als Vorteil empfunden, weil die Möglichkeit der Errichtung ungarischer Zollschranken österreichische Industrielle veranlaßte, Fabriken in Ungarn zu errichten. Die Verlängerung der Vertragsdauer mußte aus den angeführten Gründen als Erfolg Österreichs angesehen werden. Doch konnte die österreichische Regierung daran denken, ihn als Nebenwirkung eines langfristigen Vertrages mit Deutschland zu erreichen. Die ungarische Regierung war zwar für den Ausgleich und sah ein, daß seine Langfristigkeit auch im ungarischen Interesse gelegen sei, konnte aber der Opposition gegenüber eine Verlängerung der Ausgleichsperiode nur durch erreichte Zugeständnisse rechtfertigen und war entschlossen, solche zu erlangen. Demgemäß gab die ungarische Regierung am Schlusse ihrer Forderungsliste folgende Erklärung ab:

«Die ungarische Regierung nimmt den Standpunkt ein, daß der Ausgleich — wie bisher — auf zehn Jahre abgeschlossen werden soll. Sie erachtet den jetzigen Zeitpunkt zum Abschluß eines langfristigen Ausgleiches in Anbetracht der auf wirtschaftlichem Gebiete zu gewärtigenden großen Umwälzungen für ungeeignet.

Von einem langfristigen Ausgleich könnte — wenn die österreichische Regierung auf diesem Wunsche beharren sollte — auf die Dauer des mit Deutschland eventuell auf längere Zeit abzuschließenden Handelsvertrages, jedoch keinesfalls auf mehr als 20 Jahre und nur in dem Falle gesprochen werden, wenn nebst Erfüllung aller Forderungen der ungarischen Regierung die ungarische Quote um weitere zwei Prozente ermäßigt wird, eine genügende Sicherung für den Schutz des Bestandes und der Förderung der ungarischen Industrie, des Gewerbes und der Vieh-

zucht gefunden werden kann, wenn ferner in allen Richtungen günstige Verkehrs- und Transportbedingungen für die ungarischen Produkte und die weitgehendste Befriedigung der Kreditbedürfnisse der ungarischen Volkswirtschaft institutionsmäßig sichergestellt werden.»

Der Sinn dieser Klausel ist, daß die ungarische Regierung nicht über 20 Jahre hinausgeht, dafür finanzielle und andere Zugeständnisse verlangt und sich die Entscheidung bis zum Schlusse der Verhandlungen vorbehalten will. Die österreichischen Unterhändler beschlossen deshalb, die Quotenfrage, die das wichtigste Zugeständnis an Ungarn bilden sollte, bis zu dem Moment offen zu lassen, in dem über die Ausgleichsdauer verhandelt würde.

4. Die Industriezölle.

Bei der nächsten Konferenz am 19. Februar 1916 erklärte Graf Stürgkh, daß sämtliche Erklärungen der österreichischen Regierung unter der Voraussetzung einer langfristigen Ausgleichsperiode erfolgten. *) Hierauf begann die Verhandlung über die einzelnen Fragen. In dieser und den folgenden Konferenzen sowie in den inzwischen abgehaltenen Beratungen der Spezialkommissionen wurde zunächst eine *Novelle zum Zolltarif* fertiggestellt. Es handelte sich um die Erhöhung einer Reihe von Zöllen auf *Industrieartikel*, in denen sich während der letzten Vertragsperiode die ausländische Konkurrenz stark fühlbar gemacht hatte, wobei auch Rücksicht darauf genommen werden mußte, die Zölle so festzusetzen, daß für die künftigen Handelsvertragsverhandlungen ein entsprechender Spielraum geschaffen wurde. Solche industrielle Zollerhöhungen waren immer Schwierigkeiten begegnet, weil Ungarn auf die Einfuhr von Industrieartikeln aus Österreich angewiesen war und sein Konsum durch die höheren Zölle belastet wurde. Doch empfand die wachsende ungarische Industrie selbst vielfach das Bedürfnis nach stärkerem Schutz gegen die ausländische Konkurrenz. Auch waren auf dem Gebiete des Zollwesens die österreichischen und ungarischen Fachleute durch dauerndes Zusammenarbeiten zu einem so guten Verhältnis gelangt, daß sie ihren Regierungen zum großen Teile übereinstimmende Vorschläge

*) Resumé über die Konferenzen im Februar 1916, S. 1.

machen konnten und eine Einigung leicht zu erzielen war. Die Novelle erhöhte die Zölle in 26 wichtigen Positionen des Tarifs, was überwiegend im Interesse der österreichischen Industrie, zum großen Teil insbesondere der Industrie Böhmens, Mährens und Schlesiens gelegen war. Erhöht wurden die Zölle für feine Baumwollwaren, für Hanf und Jutegarne. Für Wollwaren wurden neben geringeren festen Zöllen 15%ige Wertzölle festgesetzt. Die Zölle für Seidenwaren wurden von 1200 K auf 1200 bis 1600 K, für Schuhwaren von ungefähr 1 K auf 3 K 50 h per Paar erhöht. Wesentliche Steigerungen erfuhren auch die Zölle für Leder und für Maschinen sowie für Automobile. Bemerkenswert ist, daß ein großer Teil dieser Zollsteigerungen sich gerade gegen die deutsche Konkurrenz richtete, die sich in Österreich-Ungarn mehr als die aller anderen Staaten fühlbar machte. Man war sich des Widerspruches zwischen einer solchen Erhöhung des Zollschatzes und der Idee eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland bewußt, behielt aber die Lösung den Verhandlungen mit Deutschland vor.*)

Eine Neuerung gegenüber den früheren Ausgleichsverträgen bestand darin, daß zugleich Vereinbarungen für die Vertragsverhandlungen über die Herabsetzung der Zölle getroffen wurden. Das eigenartige Verhältnis eines von zwei selbständigen Regierungen und Parlamenten zu beschließenden gemeinsamen Zolltarifs hatte zur Folge, daß jede autonome oder vertragsmäßige Änderung nur im gemeinsamen Einvernehmen möglich war. Wenn einer der beiden Teile eine Änderung ablehnte, mußte sie unterbleiben. Wer nein sagte, mußte immer Recht behalten. Dies führte dazu, daß im überwiegenden Interesse der Volkswirtschaft Österreich-Ungarns notwendige Änderungen oft unterbleiben mußten, weil einer der beiden Teile sie mit seinen speziellen Interessen nicht übereinstimmend fand. Das Bewußtsein, daß ein erhöhter autonomer Zoll ohne Zustimmung des anderen Teiles nicht herabgesetzt werden könnte, verhin-

*) Die Zolltarifnovelle bildet die Anlage 4 zu Punkt II des Protokolles, aufgenommen zu Wien, am 24. Februar 1917, aus Anlaß der Paraphierung der Ergebnisse der Beratungen über die Regelung des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Österreich und den Ländern der heiligen ungarischen Krone. Dieses Protokoll, das mit seinen Anlagen den neuen, zwischen Österreich und Ungarn abgeschlossenen Ausgleich enthält, wird weiterhin kurzweg als «Protokoll» zitiert werden.

derte Zollerhöhungen, die für die Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten notwendig gewesen wären, und bei diesen Verhandlungen selbst mußten rationelle Zollermäßigungen in vielen Fällen unterbleiben, weil sie einer der beiden Staaten als für ihn nachteilig ansah. Die österreichischen und ungarischen Fachleute hatten sich deshalb geeinigt, im neuen Ausgleich zugleich mit dem Zolltarif Herabsetzungen zu beschließen, denen über Antrag des einen Teiles vom anderen zugestimmt werden mußte. Die Liste wurde unter dem Titel «Vereinbarungen für die Vertragsverhandlungen» festgelegt. *) Schwierigkeiten bildeten dabei die Eisenzölle. Die österreichische Regierung hielt diese Zölle, die ungefähr 30 % des Wertes betrugen, für zu hoch und für ein Hindernis der Entwicklung der Eisenwaren- und Maschinenindustrie. Obgleich sich der weitaus größte Teil der Eisenindustrie auf österreichischem Boden befand, war die ungarische Regierung gegen die Herabsetzung der Zölle, weil in Ungarn neben einigen anderen Eisenwerken ein sehr ungünstig arbeitendes staatliches Eisenwerk bestand. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich darauf, den Zoll für Stabeisen von 6 K auf 4 K 50 h, für Grobbleche von 9 K auf 6 K per 100 kg herabzusetzen. Ein Zugeständnis an Ungarn bestand darin, daß die ungarischen Petroleumraffinerien rumänisches Rohöl zu einem stark ermäßigten Zollsatz einführen konnten, um sich von der galizischen Rohölproduktion unabhängiger zu machen. Im ganzen kam die Vereinbarung der industriellen Zölle rasch und leicht zustande.

5. Der Streit um die landwirtschaftlichen Zölle.

Anders war es mit den landwirtschaftlichen Zöllen. Die Agrarbewegung, die auch in Österreich zu Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Drucke der überseeischen Konkurrenz in Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten mächtig angewachsen war, unterstützte die ungarische Regierung bei der Aufrechterhaltung und Erhöhung der Agrarzölle, insbesondere des für Getreide etwa 30 % des Wertes betragenden Zollsatzes, und bei der Absperrung gegen die Vieh- und Fleischeinfuhr. Aber der Mangel an Nahrungsmitteln in Öster-

*) Anlage 5 zu Punkt II des Protokolles.

reich während des Krieges, die Verringerung der Zufuhren aus Ungarn und die Überzeugung, daß man sich nach dem Kriege zu den Balkanstaaten schon aus politischen Gründen in ein besseres wirtschaftliches Verhältnis setzen müsse, beeinflußte die Stellung der österreichischen Regierung, während die ungarische Regierung an dem Agrarschutz unbedingt festhielt und seine Erhöhung verlangte, weil sie in der Sicherung des österreichischen Absatzmarktes zu höheren als den Weltmarktpreisen den wichtigen Vorteil des gemeinsamen Zollgebietes für Ungarn und die Kompensation für die Österreich aus den industriellen Zöllen zufließenden Vorteile sah.

Der erste Streitpunkt waren die Minimalzölle für Getreide. In der österreichischen Liste befand sich der Antrag, die Frage der Herabsetzung der Getreidezölle den Vertragsverhandlungen vorzubehalten. Im Zolltarif vom Jahre 1906 waren nämlich für Getreide — und zwar nur für Getreide — Minimalzölle festgelegt, unter die bei den Vertragsverhandlungen nicht herabgegangen werden konnte. Die österreichische Regierung erblickte in diesen Minimalzöllen ein unüberwindliches Hindernis für ein engeres handelspolitisches Verhältnis zu den Balkanstaaten. Die ungarische Regierung hielt an dem status quo fest. Zum Schluß wurden die Differenzen folgendermaßen ausgeglichen:

«Hinsichtlich der Getreideminimalzölle einigt man sich dahin, daß an den bestehenden Getreideminimalzöllen festgehalten wird. Für den Fall, als es zu einem handelspolitischen Vorzugsverhältnis mit dem Deutschen Reiche, beziehungsweise mit anderen Staaten kommen sollte, erklärt sich die königliche ungarische Regierung bereit, der Frage einer Herabsetzung der Getreideminimalzölle für den Fall näherzutreten, als die Gesamtheit der in Betracht kommenden Länder den Charakter eines Getreideimportgebietes behält.»

Die ungarische Regierung verlangte, daß den ungarischen Mühlen gestattet werde, Getreide zollfrei einzuführen, wenn sie eine entsprechende Menge Mehl wieder ausführen. Dieser berechtignte Wunsch war von der österreichischen Regierung seit langem abgelehnt worden, weil die kleinen österreichischen Mühlen von einem solchen Veredlungsverkehr selbst keinen Gebrauch machen konnten, aber die daraus entspringende Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Großmühlen

fürchteten. Schließlich wurde die ungarische Forderung, wenn auch mit Einschränkungen angenommen.*)

Die ungarische Regierung beantragte die Einführung von Zöllen auf Schafwolle im Interesse der ungarischen Wollschafzucht. Die österreichische Regierung war entschieden dagegen, weil sie eine Schädigung der bedeutenden Schafwollindustrie der Sudetenländer und ihres Exportes fürchtete und es für unmöglich hielt, die inländische Schafzucht durch eine relativ geringe Steigerung der Wollpreise zu heben. Da es sich zeigte, daß es bei Geweben, die mit Baumwolle und anderen Materialien gemischt sind, nicht möglich ist, die Menge der darin enthaltenen Schafwolle zu bestimmen und den Zoll bei der Ausfuhr der fertigen Waren zurückzuerstatten, ließ die ungarische Regierung den Antrag schließlich fallen.**)

6. Gegensätze in der Frage des Viehverkehres.

Am schwierigsten aber gestalteten sich die Verhandlungen über die Viehzölle und die Vieheinfuhr. Diese Fragen hatten seit jeher, insbesondere in den Verhandlungen mit den Balkanstaaten eine große Rolle gespielt; die Sperrung der Vieheinfuhr aus Rumänien und die Einschränkung und Erschwerung der Vieheinfuhr aus Serbien hatten wiederholt zu Zollkriegen geführt und viel dazu beigetragen, die politischen Beziehungen zu diesen Staaten zu verschlechtern. Die ungarische Regierung verlangte im neuen Ausgleich starke Erhöhungen der Viehzölle, so für Ochsen von 12 auf 22 K, für Schweine von 10 auf 34 K per 100 kg Lebendgewicht. Nur für eine Übergangszeit bis Ende 1921 sollten Ochsen zu beiläufig den alten Vertragszöllen, Schweine bis Ende 1923, aber nur zu einem höheren Zoll (16 und 20 K) und in kontingentierten Mengen (von 250.000 Stück sinkend bis 120.000 Stück) eingeführt werden können. Über diese Forderungen kam es anfangs Mai zu heftigen Diskussionen zwischen den beiden Regierungen. Der österreichische Ministerpräsident hatte Bedenken, weil ein Ausgleich mit erhöhten Nahrungsmittelzöllen nicht sozial wäre, doch ließ er sich vom Grafen Tisza, der die Annahme der beantragten Viehzölle als *Conditio sine qua*

*) Vertrag Art. XIII, Punkt 4, und Anlage IV zu § 5 des Vertrages.

**) Resumé über die Konferenz im April 1916, S. 2.

non erklärte, schrittweise zur Annahme der ungarischen Forderungen bewegen, an denen Graf Tisza starr festhielt.

Obgleich vor dem Kriege die Vieheinfuhr aus den Ländern, die größere Viehmengen liefern konnten, tatsächlich verboten und nur der Import bestimmter Kontingente geschlaechteten Viehs zugelassen war, hätten die Erhöhungen der Viehzölle in Österreich lebhaften Widerstand hervorgerufen, weil die öffentliche Meinung schon vor dem Kriege und noch mehr im Kriege, durch den Mangel an Lebensmitteln erregt, eine wesentliche Erleichterung der Einfuhr von Vieh und Fleisch verlangte. Dessenungeachtet wurden die ungarischen Forderungen in der Hauptsache zunächst angenommen.

Über die Vieheinfuhr aus den Balkanländern wurde vereinbart, daß lebendes Vieh zu den erhöhten autonomen Zöllen und nur bestimmte Kontingente (80.000 Rinder und 120.000 Schweine) zu erhöhten Vertragszöllen (15 und 22 K) zugelassen werden sollten. Überdies wurde die Einfuhr von lebendem Vieh davon abhängig gemacht, daß die Balkanstaaten eine Kontrolle ihrer veterinären Einrichtungen durch die Organe Österreichs und Ungarns zulassen. Die Kontingente sollten noch verkürzt werden, wenn «ein Teil des Balkans in das Vertragszollgebiet der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie einbezogen» würde.*)

Die Zulassung der Einfuhr von lebendem Vieh aus den Balkanstaaten hätte an und für sich eine Besserung bedeutet. Aber die Bedingung, daß diese Staaten in eine von österreichischen und ungarischen Organen auszuübende Kontrolle ihrer Veterinärpolizei einwilligen, konnte jeden Vertrag unmöglich machen. Wegen der Forderung solcher Kontrollen war seinerzeit der Zollkrieg mit Rumänien ausgebrochen. Die Kontrolle der Veterinärpolizei im Auslande kann eine politische Frage sein (Spionagegefahr); sie war in den Veterinärübereinkommen mit Ungarn, Deutschland und der Schweiz vorgesehen, weil da keine politischen Bedenken bestanden; dagegen nicht in dem Veterinärübereinkommen mit Italien. Schon dies zeigt, daß die Kontrolle im Auslande durch die Kontrolle an der Grenze er-

*) Diese Vereinbarungen über den Viehverkehr sind enthalten in der Beilage B der Gegenüberstellung der österreichischen und der ungarischen Forderungen, Wien, 12. Mai 1916.

setzt werden kann. Das Beharren auf jener machte die Einfuhr von Lebendvieh unwahrseheinlich.

Die Kontingente, die zu niedrigeren Zöllen zugelassen werden sollten, waren überdies so niedrig bemessen, daß sie zum Abschluß von Handelsverträgen ungenügend waren. So begreiflich das Interesse Ungarns an dem Schutz seiner Viehzucht war, so zeigt sich die ängstliche Beschränkung der Einfuhr doch deutlich, wenn man die bewilligten Kontingente mit dem Konsum Österreich-Ungarns vergleicht, der jährlich ungefähr 2 Millionen Rinder, 12 Millionen Schweine und eine nicht feststellbare, aber die Zahl der Rinder übersteigende Menge an Kälbern betrug. Der Wunsch der österreichischen Regierung, zur Abhilfe gegen die Fleischnot nach dem Kriege überseeisches Fleisch einzuführen, hatte nur das geringe Ergebnis, daß die Stadt Wien durch 3 Jahre je 20.000 t argentinisches Fleisch importieren sollte. Nach diesen 3 Jahren wäre die Einfuhr überseeischen Fleisches wieder vollständig verboten. Eine besonders arge Übertreibung lag darin, daß nach ungarischer Auffassung auch die bis dahin unbeschränkte Einfuhr von Vieh aus Deutschland und anderen westlichen Staaten, nach denen Österreich-Ungarn Vieh ganz überwiegend ausführte, in den festgesetzten Kontingenten inbegriffen sein sollte, während man von diesen Staaten die Zulassung unkontingentierter Vieheinfuhr aus Österreich-Ungarn zu niedrigen Vertragszöllen verlangte. Im Falle eines besonderen Verhältnisses zu Deutschland sollte allerdings die Ordnung des Viehverkehrs gegenüber dem Deutschen Reiche neuerlich erwogen werden. Von einer Revision im Falle eines engeren Verhältnisses zu den Balkanstaaten war aber nicht die Rede.

Durch diese zwischen den beiden Ackerbauministerien unter dem Drucke der beiden Ministerpräsidenten getroffenen Abmachungen waren die übrigen österreichischen Unterhändler überrascht und sie erklärten, daß diese Vereinbarungen in Österreich kaum durchsetzbar und für die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten verhängnisvoll sein würden. Daher begann der Kampf um diese Fragen bald von neuem und dauerte bis zum Abschluß des Vertrages. Es ist von Interesse, ihn zu verfolgen, weil er ein Beispiel für die Schwierigkeiten der von zwei selbständigen Regierungen gemeinsam betriebenen Handelspolitik und im besonderen der zwischen Österreich und

Ungarn bestehenden Schwierigkeiten ist. Er beleuchtet einen Teil der Ursachen des ungünstigen Verhältnisses der Monarchie zu den Balkanstaaten und gewährt Einblick in die Pläne der beiden Regierungen für die künftige Gestaltung der Beziehungen zum Auslande. Über die Diskussion, die bei den Konferenzen im Mai 1916 in Budapest über diese Frage stattfand, heißt es im Protokoll:

«Die Vertreter der k. k. Regierung weisen darauf hin, daß sich das bezüglich der Viehzölle vereinbarte Regime nach Inhalt und Tendenz der bezüglichlichen Verhandlungen nur auf das Verhältnis gegenüber den Balkanstaaten beziehe. Gegenüber den Staaten des Westens, in erster Linie gegenüber Deutschland, müßten daher entweder die im Balkanregime vereinbarten vertragsmäßigen Sätze ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Kontingent gelten oder es müßte Klarheit darüber bestehen, daß der gegenüber diesen Staaten zu schaffende Zustand durch die zu führenden Vertragsverhandlungen festzustellen sei. Der königlich ungarische Ministerpräsident tritt dieser Auffassung entgegen und erklärt, daß eine Lebendvieheinfuhr aus den Weststaaten auch nur im Rahmen der festgesetzten Kontingente die Befriedigung finden könnte. Andernfalls müßte das Vieh zu den autonomen Sätzen eintreten. Der k. k. Handelsminister weist demgegenüber darauf hin, daß die Feststellung dieses Standpunktes zu unübersehbaren Schwierigkeiten bei den Vertragsverhandlungen führen müßte.»

«In Angelegenheit des Charakters der vereinbarten Viehzölle ergibt die Diskussion, daß die königlich ungarische Regierung an dem Minimalcharakter dieser Positionen, und zwar in analoger Weise wie bei den Eisenzöllen festhält, während die k. k. Regierung erklärt, den in Frage stehenden Zollsätzen den Charakter von Minimalzöllen nicht zubilligen zu können.» *)

Bei den Konferenzen im Juli und August wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Das vorläufige Ergebnis bildete folgende merkwürdige Vereinbarung:

«Man ist darüber einig, daß die in der Anlage angeführten Vertragszölle jene Grenze darstellen, unter welche bei den Vertragsverhandlungen mit den hiebei interessierten Staaten nicht herabgegangen werden soll. Österreichischerseits wird jedoch

*) Resumé über die Konferenzen im Mai 1916.

bemerkt, daß man für den Fall, als es sich im Laufe der Vertragsverhandlungen erweisen sollte, daß das Festhalten an diesen Grundsätzen ein absolutes Hindernis für das Zustandekommen von Handelsverträgen mit den betreffenden Staaten darstellt, sich vorbehalten müsse, eventuell auch eine unter voller Berücksichtigung des tatsächlichen Schutzbedürfnisses der inländischen Viehzucht zulässig erscheinende weitergehende Ermäßigung der betreffenden Zollsätze in Erwägung zu ziehen und diesbezügliche Anträge zu stellen. Diese Auffassung wird ungarischerseits mit dem Vorbehalte zur Kenntnis genommen, daß die ungarische Regierung an dem Standpunkte und an der diesbezüglich zustande gekommenen Vereinbarung festhalten muß, wonach die oben bezeichneten Vertragszollsätze mit Rücksicht auf die unter allen Umständen zu wahren Lebensinteressen unserer Volkswirtschaft unbedingt das äußerste Maß des unsererseits den hierbei in Betracht kommenden Staaten gegenüber zu betätigenden Entgegenkommens darstellen.» *)

Der Streit über diese Fragen ging, wie wir sehen werden, noch lange weiter.

7. Die Quote.

In der zweiten Augustwoche drohte eine Krise auszubrechen. Man war nach Erledigung der meisten Fragen nun endlich doch zur *Quotenfrage* gekommen. Der österreichische Finanzminister, der von einer Erhöhung der österreichischen Quote nichts mehr hören wollte, hatte finanziellen Konzessionen an Ungarn zugestimmt, in der Hoffnung, mit diesen durchzukommen. Die Rechnung war aber falsch, weil die Quote politisch für Ungarn der wichtigste Punkt war. Nun zeigte es sich, daß die österreichische Regierung die schon gemachten Zugeständnisse und eine Herabsetzung der ungarischen Quote gewähren müsse. Darüber entstand innerhalb der österreichischen Regierung und in den Verhandlungen mit Ungarn eine Krise. Die Lage für die Österreicher war um so schwieriger als sie befürchteten, daß diese Konzessionen nicht als dem wirtschaftlich schwächeren Teil gewährt, sondern als von dem politisch stärkeren erzwungen erscheinen würden. Nach dem Ausgleich vom Jahre 1907 hatte Österreich 63'6 %, Ungarn 36'4 % zu den ge-

*) Resumé über die Konferenzen im Juli und August 1916, Beilage 3.

meinsamen Auslagen beizutragen. Graf Stürgkh machte nun folgendes Anbot: Die österreichische Quote sollte 10 Jahre lang unverändert bleiben, dann für 5 Jahre um $\frac{1}{2}$ und für weitere 5 Jahre um $1\frac{1}{2}\%$ erhöht werden. Die ungarische Regierung reduzierte ihre ursprüngliche Forderung, die auf 4% für den Fall eines langfristigen Ausgleiches gelaute hatte, in folgender Weise: Die österreichische Quote sollte in den ersten 5 Jahren um 1% , in den nächsten 5 Jahren um 2% und in den letzten 10 Jahren um 3% erhöht werden.

8. Die Schlußverhandlungen.

Die Verhandlungen erfuhren infolge des Ausbruches des Krieges mit Rumänien eine längere Unterbrechung. Inzwischen wurde in Berlin das gemeinsame Tarifschema fertiggestellt. Als diese Arbeiten im Oktober zu Ende waren, mußte der Ausgleich wieder aufgenommen werden, um die Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland zu ermöglichen. Am 21. Oktober wurde Graf Stürgkh erschossen. Der neue Ministerpräsident Dr. Körber verhandelte mit dem Grafen Tisza über die noch offenen Punkte, insbesondere über die Quote und die Vieheinfuhr und lehnte den ungarischen Wunsch ab, daß ungarische Pfandbriefe in Österreich die Pupillarsicherheit genießen sollen.

Am 21. November 1916 starb Kaiser Franz Josef.

Der österreichische Handelsminister Dr. Stibral, der Ackerbauminister Graf Clam-Martinie und Ministerialrat Dr. Schüller griffen in Budapest in einer achtstündigen Sitzung einige Teile des Ausgleiches, namentlich die Bestimmungen über den Viehverkehr lebhaft an. Kaiser Karl ließ Körber und Tisza ins Hauptquartier kommen, um dort vor ihm über den Ausgleich zu verhandeln, und drängte darauf, daß dieser rasch beendet werde. Körber beharrte jedoch auf einigen Änderungen, und da der Kaiser auch in Fragen der inneren Politik mit ihm nicht einverstanden war, gab Körber am 13. Dezember seine Demission. Der neue Ministerpräsident Graf Clam-Martinie nahm am 29. Dezember die Verhandlungen in Budapest auf. Ende Jänner wurde die Einigung über die Quote und die Vieheinfuhr erzielt und zugleich festgestellt, daß der Vertrag für 20 Jahre gelten sollte. Der Ausgleich war fertig. Einige Wochen lang dauerte die Schlußredaktion und die

Beseitigung einiger noch auftauchender Differenzen. Am 24. Februar 1917 wurde der Ausgleich unterzeichnet.*)

9. Der Inhalt des letzten Ausgleiches.

a) *Die Bestandteile des Ausgleiches. Seine Geltung für 20 Jahre.*

Der Ausgleich enthält folgende Stücke:

Das Paraphierungsprotokoll (22 Seiten), den Vertrag betreffend die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen Österreich und den Ländern der heiligen ungarischen Krone (42 Seiten), die Anlagen zu diesem Vertrag (157 Seiten), den geheimen Anhang zum Paraphierungsprotokoll (13 Seiten), die Vereinbarungen über die Österreichisch-ungarische Bank und das Gesetz über die Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten, das Protokoll über die Benützung des Oderberger Bahnhofes und über den Import von überseeischem Gefrierfleisch.**)

Der Vertrag betreffend die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen besteht aus sechs Paragraphen.

§ 1 stellt fest, daß die Bestimmungen des Vertrages vom Jahre 1907, die im folgenden nicht geändert werden, während der Dauer dieses Vertrages weiter gelten.

§ 2 enthält die geänderten Artikel,

§§ 3 und 4 die geänderten Bestimmungen des Schlußprotokoll,

§ 5 die Veränderungen des Zolltarifes,

§ 6 lautet:

«Dieser Vertrag tritt am 1. Jänner 1918 in Kraft und hat bis zum 31. Dezember 1937 wirksam zu bleiben. Spätestens zu

*) Die Unterzeichnung erfolgte österreichischerseits durch den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic, den Eisenbahnminister Dr. Freiherrn v. Forster, den Finanzminister Dr. v. Spitzmüller, den Handelsminister Dr. Urban; ungarischerseits durch den Ministerpräsidenten Grafen Tisza, den Finanzminister Dr. v. Teleszky, den Ackerbauminister Baron Ghillány, den Handelsminister Baron Harkányi.

**) Das Ausgleichsoperat ist sehr schwer und auch für Fachleute nur nach langwierigem Studium verständlich. Dies ist auf die Kompliziertheit der Materien und der Anlage sowie insbesondere auch darauf zurückzuführen, daß alle Vereinbarungen Zusätze zu dem letzten Ausgleich vom Jahre 1907 darstellen.

Beginn des Jahres 1935 sind Verhandlungen über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten für die Zeit vom 1. Jänner 1938 einzuleiten.»

b) Die finanziellen Zugeständnisse Österreichs.

Für das Zugeständnis, daß der Ausgleich statt für 10 für 20 Jahre abgeschlossen wurde, brachte die österreichische Regierung vor allem finanzielle Opfer. Diese bestanden zunächst in der Erhöhung der Quoten. Die Vereinbarung über diese lautete:

«Die zur Bestreitung des verbleibenden Restes von Österreich und den Ländern der heiligen ungarischen Krone aufzubringenden Beiträge (Quoten) sind in der Zeit vom 1. Jänner 1918 bis 31. Dezember 1937 in folgendem Ausmaß zu leisten:

1. Für die Zeit vom 1. Jänner 1918 bis 31. Dezember 1922 von Österreich 63'6 ‰, von den Ländern der heiligen ungarischen Krone 36'4 ‰;

2. für die Zeit vom 1. Jänner 1923 bis 31. Dezember 1927 von Österreich 64'6 ‰, von den Ländern der heiligen ungarischen Krone 35'4 ‰;

3. für die Zeit vom 1. Jänner 1928 bis 31. Dezember 1932 von Österreich 65'1 ‰, von den Ländern der heiligen ungarischen Krone 34'9 ‰;

4. für die Zeit vom 1. Jänner 1933 bis 31. Dezember 1937 von Österreich 65'6 ‰, von den Ländern der heiligen ungarischen Krone 34'4 ‰.*)

Die Quoten waren dem Gesetze gemäß zwischen den Parlamenten zu vereinbaren und diese waren an die Verabredungen der Regierungen nicht gebunden. Deshalb ist in dem geheimen Anhang zum Paraphierungsprotokoll die Abmachung getroffen, daß die Regierungen ihren Einfluß mit allem Nachdruck im Sinne der vereinbarten Quoten geltend zu machen haben und sich verpflichten, in die Gesetzesvorlagen über den Ausgleich ein Junktum mit dem Gesetz über die Quote aufzunehmen. Im Falle einer Änderung des Territoriums solle die Quote einer entsprechenden Revision unterzogen werden.

*) Anlage 2 zum Anhang zum Paraphierungsprotokoll. Zur Spezialvereinbarung V. Gesetz über die Beitragsleistung Österreichs zum Aufwande für die den beiden Staaten der österr.-ungar. Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten.

Da nach dem Ausgleich vom Jahre 1907 Österreich 63'6, Ungarn 36'4 % zu zahlen hatte, bedeuteten die neuen Vereinbarungen, daß die Quote in den ersten 5 Jahren unverändert bleibe, dann Österreich für 5 Jahre eine Erhöhung um 1, für weitere 5 Jahre um $1\frac{1}{2}$ und für die letzten 5 Jahre um 2 % übernehme. Es war unbestimmt, wie groß die gemeinsamen Ausgaben sein würden, doch wurde 1 % der Quote nach den Verhältnissen der Vorkriegszeit mit ungefähr 3 Millionen Kronen veranschlagt. Die österreichische Regierung würde unter der Voraussetzung, daß sich die quotenmäßig zu deckenden gemeinsamen Ausgaben nicht wesentlich geändert hätten, in den zweiten 5 Jahren ungefähr jährlich 3 Millionen Kronen, weitere 5 Jahre $4\frac{1}{2}$ Millionen Kronen und in den letzten 5 Jahren 6 Millionen Kronen mehr als nach dem alten Vertrag beizutragen haben.

Zu der Quotenerhöhung kamen noch andere finanzielle Zugeständnisse: Die Steigerung der Finanzzölle um 50 % bedeutete, da die Zolleinnahmen zu den gemeinsamen Ausgaben verwendet wurden und von dem Konsum der Finanzzollartikel 80 % auf Österreich entfielen, eine Mehrbelastung Österreichs zugunsten Ungarns mit ungefähr 5 Millionen Kronen jährlich. Die Österreich aus dem Übereinkommen über die Eisenbahnen und über die indirekten Steuern erwachsenden Kosten sind mit $6\frac{1}{2}$ Millionen Kronen veranschlagt worden. Im ganzen hätte die finanzielle Mehrbelastung Österreichs 15 bis 18 Millionen jährlich betragen.

Neben diesen zahlenmäßig faßbaren machte die österreichische Regierung noch das folgende finanzielle Zugeständnis:

«Beide Regierungen kommen überein, daß die an einer österreichischen Börse kotierten ungarischen Staatsschuldverschreibungen sowie die an der Budapester Börse kotierten österreichischen Staatsschuldverschreibungen, mit Ausnahme jedoch der künftig etwa zu emittierenden Prämienanleihen, während der Dauer der Geltung des Vertrages betreffend die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen gegenseitig auch im Gebiete des andern vertragschließenden Teiles zur fruchtbringenden Anlegung von Kapitalien und Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten und des Postsparkassenamtes, dann von Pupillar-, Fideikommiß- und Depositengeldern, ferner, und zwar

zum Börsenkurse, jedoch nicht über dem Nennwerte, zu Dienst- und Geschäftskautionen verwendbar sein werden.

Beide Regierungen kommen überein, daß die an einer österreichischen Börse kotierten, im eigenen Lande pupillarsicheren ungarischen Pfandbriefe sowie die an der Budapester kotierten, im eigenen Lande pupillarsicheren österreichischen Pfandbriefe gegenseitig auch im Gebiete des andern vertragsschließenden Staates zur Anlage von Geldern der Sparkassen und der Versicherungsanstalten aller Art, soweit es sich nicht um an Mündelsicherheit gebundene Anlagen handelt, sowie zur Verwendung für Geschäftskautionen in allen Zweigen der Staatsverwaltung und zur Kautionsleistung im gerichtlichen Verfahren als geeignet behandelt werden sollen.» *)

Trotz der formellen Gegenseitigkeit bedeuteten diese Bestimmungen materiell fast ausschließlich für Ungarn einen Vorteil, und zwar einen sehr schwerwiegenden, weil dadurch das österreichische Kapital den Bedürfnissen der ungarischen Wirtschaft unter besonders günstigen Bedingungen in ungewöhnlicher Weise zur Verfügung gestellt wurde.

c) Die Verschärfung des Agrarschutzes.

Eine andere Konzession von großer Tragweite, die Österreich für die Langfristigkeit des Ausgleiches machte, war die Erhöhung des Agrarschutzes, insbesondere der Viehzölle. Die Regierungen Körber und Clam-Martinic hatten gegen die von der Regierung getroffenen Vereinbarungen über den Viehverkehr eingewendet, daß sie unrationell, unklar und undurchführbar seien. In harter Verhandlungsarbeit wurden einige Klarstellungen und Änderungen erzielt. Die Vertragszölle sollten für die ersten zwei Jahre für Rinder ohne zahlenmäßige Beschränkung, bei der Einfuhr von Schweinen aber nur für ein Kontingent von 200.000 Stück gelten. Während der folgenden Jahre bis Ende 1923 sollte ein Übergangsregime eintreten. Man wollte es vermeiden, daß die Bevölkerung durch die trotz der herrschenden Fleischnot beabsichtigten Zollerhöhungen in zu starke Erregung gerate. Die ungarische Regierung ließ ferner den Passus fallen, in dem sie jeden künftigen Antrag auf Herabsetzung der Viehzölle abgelehnt hatte. Dagegen enthält auch der endgültige

*) Vertrag § 3 Spezialbestimmung II.

Text die Bestimmung, daß die Einfuhr von Lebendvieh aus den Balkanstaaten von der Kontrolle der veterinären Einrichtungen dieser Länder durch österreichische und ungarische Organe abhängig gemacht, daß die ermäßigten Zölle nur für bestimmte Kontingente gewährt werden und daß diese Kontingente entsprechend zu kürzen seien, wenn ein Teil des Balkans in das Vertragszollgebiet der Monarchie einbezogen würde.*)"

Über den Viehverkehr zwischen Österreich und Ungarn wurden, den ungarischen Wünschen entsprechend, sehr ins Detail gehende Verhandlungen getroffen.**)

Der vertragsmäßig zugesicherte freie Verkehr innerhalb Österreich-Ungarn war während des Krieges für Nahrungsmittel und Rohstoffe in einer für Österreich empfindlichen Weise gehemmt worden. Die österreichische Regierung beantragt deshalb, daß künftige Beschränkungen des freien Verkehrs zwischen den beiden Staatsgebieten auch im Kriegsfall nur im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen stattfinden dürfen.

Die ungarische Regierung nahm dies nur mit dem Zweck der Bestimmung nahezu aufhebenden Zusatz an, daß solche Beschränkungen im Notfalle provisorisch auch einseitig vorgenommen werden könnten. Zu Beginn des Krieges waren ferner die im Interesse der Versorgung notwendigen Aufhebungen der Nahrungsmittelzölle durch den Widerstand der ungarischen Regierung verzögert worden. Daher kam man überein, daß im Kriege die Zölle auf Wunsch einer der beiden Regierungen provisorisch herabzusetzen oder aufzuheben seien.***)

d) Die indirekten Steuern.

Wichtig waren die Bestimmungen über die indirekten Steuern. Ein aus zwei Staaten bestehendes einheitliches Zollgebiet hat zur Voraussetzung, daß die indirekten Steuern in beiden Staaten die gleichen sind, weil sonst die Erzeugung und die Einfuhr der Steuerartikel nur in dem Staate erfolgen würde, dessen Steuern geringer sind. Der Bedarf des anderen, durch keine Zollgrenze getrennten Staates, dessen Verbrauchssteuern höher sind, würde durch die Einfuhr aus dem anderen Staate

*) Anlage 6 zu Punkt II des Protokolles «Vieheinfuhr aus dem Auslande».

**) Vertrag § 4, Durchführungsmodalitäten zum Art. XX und Anhang zum Paraphierungsprotokoll ad Art. XX.

***) Vertrag § 3 zu Art. I.

gedeckt, so daß seine Steuern wirkungslos blieben und seine Produktion geschädigt wäre. Deshalb hatten Österreich und Ungarn die gleichen indirekten Steuern. Aber auch so ergab sich eine Schwierigkeit. Es ist natürlich, daß jeder der beiden Staaten die Einnahmen, die sich aus den von seinem Konsum getragenen Steuern ergeben, voll erzielen will. Da aber die Verbrauchssteuern meist in den erzeugenden Fabriken eingehoben wurden und die Waren innerhalb des gemeinsamen Zollgebietes frei zirkulierten, wurde ein Teil des Verbrauches des einen Staates durch die Einfuhr aus dem anderen Staate gedeckt, der so eine Steuereinnahme auf Kosten des Konsums des ersteren Staates erzielte. Deshalb war schon in den früheren Ausgleichen das sogenannte Überweisungsverfahren eingeführt worden, d. h. es mußte für Zucker, Bier, Branntwein und Petroleum, die aus dem Gebiete des einen Staates in das des anderen gebracht wurden, die Steuern der betreffenden Mengen an die Regierung des importierenden Staates abgeführt werden. Eine weitere Komplikation bestand bei den Waren, zu deren Erzeugung Verbrauchssteuergegenstände verwendet wurden, z. B. Zuckerwaren, Arzneiwaren, Parfümeriewaren usw. In dem neuen Ausgleich wurde vereinbart, daß auch für solche Waren nach gewissen Schlüsseln die Steuern an den importierenden Staat abzuführen seien, was dem Verkehr Schwierigkeiten bereitet hätte. Der freie Verkehr des Zuckers war übrigens schon seit längerer Zeit auf bestimmte Mengen eingeschränkt. Über diese hinausgehende Importe aus dem anderen Staatsgebiete mußten eine sogenannte Surtaxe, d. h. einen Zoll zahlen, der K 350 per 100 kg betrug. Die ungarische Regierung hatte diese im Interesse ihrer die Inlandspreise höher haltenden Zuckerindustrie durchgesetzt, indem sie ihren Beitritt zu der Brüsseler Zuckerkonvention davon abhängig machte. Im neuen Ausgleich wurde diese Taxe auf K 460 erhöht, zugleich aber bestimmt, daß die beiden Staaten den durch die Brüsseler Konvention bestimmten Außenzoll von K 570 nicht erhöhen würden, auch wenn diese internationale Konvention nicht wieder zustande kommen sollte.

Die ungarische Regierung sicherte sich ferner das Recht, neben dem in beiden Staaten bestehenden Tabak- und Salzmonopol noch ein Petroleum- und Spiritusmonopol unter gewissen Voraussetzungen auch einseitig durchzuführen, in welchem Falle die Freiheit des gegenseitigen Verkehrs dieser

Waren, wie dies bei Monopolartikeln der Fall war, aufgehoben worden wäre.**) Auch erlangte die ungarische Regierung von der österreichischen die Zustimmung, daß diese einem einseitigen ungarischen Versicherungsmonopol nicht entgegentreten würde, wenn die österreichischen Versicherungsgesellschaften nicht ungünstiger behandelt seien als die ungarischen.***)

e) *Der Eisenbahnverkehr.*

Einen großen Raum nahmen im Ausgleich die Bestimmungen über den Eisenbahnverkehr ein. Aufrecht erhalten wurden die alten Vereinbarungen, daß die Bahnen nach gleichen Grundsätzen verwaltet werden und für sie das nämliche Betriebsreglement gilt, das nur im Einvernehmen abgeändert werden kann. Neu war insbesondere die folgende Bestimmung:

«Falls auf den Staatseisenbahnen des einen Staates der Monarchie der Einfuhr oder der Durchfuhr eines dritten Staates Frachtermäßigungen gewährt werden, so sind den gleichen Erzeugnissen des anderen Staates der Monarchie auf allen Staatseisenbahnlinien des die Frachtermäßigungen gewährenden Staates von den in Betracht kommenden Übergangspunkten, und zwar in der Durchfuhr nach denselben Austrittsstationen und in der Einfuhr nach denselben Bestimmungsstationen, unabhängig davon, auf welchen Staatseisenbahnlinien die betreffende Austrittsstation, beziehungsweise Bestimmungsstation erreicht wird, dieselben prozentuellen Ermäßigungen von den für die in Betracht kommenden Staatseisenbahnstrecken geltenden normalen Frachtsätzen des Lokalgütertarifs unter den gleichen Bedingungen zuzugestehen, welcher der Einfuhr oder der Durchfuhr dritter Staaten im Vergleich zu diesen normalen Frachtsätzen bewilligt werden. Eine derartige Übertragung der Frachtermäßigungen hat jedoch nicht einzutreten, insofern es sich um solche Ermäßigungen handelt, deren Zweck ausschließlich darin besteht, diese Sendungen, welche sonst über einen außerhalb der beiden Staaten der Monarchie gelegenen Weg befördert würden, für die Staatseisenbahnen oder die Seehäfen eines der beiden Staaten zu gewinnen (Wegekonkurrenz).»

*) Drei Bestimmungen über die indirekten Steuern sind enthalten im Vertrag § 2, Art. XIII, und § 3 zu Art. XIII, ferner Protokoll ad Art. XIII.

**) Protokoll D, Spezialvereinbarung 4.

In einem sehr ausführlichen Übereinkommen wurden niedrige Tarife für den Transit durch das andere Staatsgebiet vereinbart. Diese kamen überwiegend dem ungarischen Export zugute, mit Ausnahme der sogenannten Orienttaxen für den Verkehr mit dem Balkan, die tatsächlich nur für Österreich von Bedeutung waren. Die österreichischen Bahnverbindungen mit Bosnien und der Herzegowina sowie mit Dalmatien waren durch die ungarische Regierung, insbesondere aus politischen Gründen, sehr erschwert worden. Die österreichische Regierung verlangte Erleichterungen für diesen Verkehr, die sie aber auch im neuen Ausgleich nicht durchzusetzen vermochte.

Österreich hinwieder lehnte den Annaberger Anschluß der ungarischen an die preußischen Bahnen ab. Diese Verbindung ging 70 km lang über österreichisches Staatsgebiet. Hiedurch war die österreichische Bahnverwaltung in der Lage, bei den Verhandlungen mit den preußischen und ungarischen Bahnen über die Verkehrsteilung und die Tarifbildung ihre Interessen geltend zu machen. Sie hatte auch die Möglichkeit, dem Verkehr zwischen Ungarn und Preußen Schwierigkeiten zu bereiten, von der sie jedoch nie Gebrauch gemacht hat. Es wurde vielmehr alles getan, um die früher mangelhaften Verkehrseinrichtungen des Bahnhofes in Oderberg entsprechend auszugestalten, und die österreichische Regierung sicherte den Bestand der Verträge für die Benützung dieses Bahnhofes für die Ausgleichsdauer zu. Aber das Gefühl der Abhängigkeit dieses Verkehrs von dem guten Willen Österreichs und die Gefahr, daß dieses im Falle des Scheiterns künftiger Ausgleichsverhandlungen durch die Verfügung über diese Bahnstrecke Ungarn vom direkten Verkehr mit Deutschland abschließen könnte, veranlaßte die ungarische Regierung, zu verlangen, daß der ungarischen Kaschau—Oderberger-Bahn der direkte Anschluß an die preußischen Staatsbahnen gewährt werde. Die österreichische Regierung wendete ein, daß sie sich der staatlichen Oberhoheit über eine auf ihrem Territorium gelegene Bahnstrecke nicht begeben könne und lehnte die Forderung ab, die schließlich von Ungarn fallengelassen wurde.

f) Die Währung.

Einen notwendigen Teil der Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Österreich und Ungarn bildete die *E i n h e i t l i c h k e i t*

der Währung. Strittig war es, ob auch die Notenbank gemeinsam sein müsse, was in Ungarn aus politischen Gründen von der Unabhängigkeitspartei bekämpft wurde. Deshalb hatte sich die ungarische Regierung im Ausgleich vom Jahre 1907 das Recht vorbehalten, selbständig eine Notenbank zu errichten, hievon aber keinen Gebrauch gemacht. Der neue Ausgleich enthielt wieder den Münz- und Währungsvertrag, durch den die einheitliche Währung festgestellt wurde, und die Verpflichtung der beiden Regierungen zur Verlängerung des Privilegiums der österreichisch-ungarischen Notenbank für die Dauer des neuen Ausgleiches. Hierbei wurden zwei Konzessionen an Ungarn gemacht: die eine bestand darin, daß der von der Bank während des Krieges erzielte bedeutende Gewinn aus dem Devisen- und Valutengeschäfte, von dem 85 % auf Österreich und nur 15 % auf Ungarn entfielen, dem Fonds zur Wiederherstellung der Währungsparität zugewiesen werden soll. Das zweite Zugeständnis war, daß die Bank 200 Millionen Kronen für Wechsel kleiner Landwirte und Gewerbetreibender 1 % unter dem Bankzinsfuß zur Verfügung stellen sollte. Aus den Vereinbarungen über die Bank sind ferner folgende Bestimmungen hervorzuheben:

«Beide Regierungen kommen dahin überein, daß eine der Monarchie etwa zufließende Kriegsentschädigung in erster Linie zur quotenmäßigen Abstattung der Schulden beider Staaten der Monarchie an die österreichisch-ungarische Bank zu verwenden sein wird.

Beide Regierungen kommen darin überein, daß seitens beider Staaten alles aufzubieten ist, um die Parität der Währung ehestens herzustellen. Zu diesem Behufe sollten spätestens gleichzeitig mit dem Friedensschluß zwischen den beiden Staaten konkrete Vereinbarungen getroffen werden, die geeignet sind, es sicherzustellen, daß die infolge des Krieges entstandene noch restliche Schuld der beiden Staaten an die Notenbank längstens binnen fünf Jahren getilgt werde und die hiezu nötigen Geldmittel seitens beider Staaten beschafft werden.

Nach erfolgter Tilgung dieser Schulden hat die Verpflichtung der Österreichisch-ungarischen Bank zur Aufrechterhaltung der Parität des Wertes ihrer Noten unbedingt wieder in Kraft zu treten.»

Die übrigen Bestimmungen des Ausgleiches sind von geringer Bedeutung. Es wurden Vereinbarungen über den *Terminhandel in Getreide* getroffen, der in Österreich verboten, in Ungarn erlaubt war. Österreich verlangte, daß auch Ungarn ihn verbiete, konnte dies aber nicht erreichen, sondern nur ausführliche, aber sachlich wenig bedeutende Zusagen einer Reform dieses Handels an der Budapester Börse. Die strengen beiderseitigen *Weingesetze* wurden gebunden, so daß sie nur im Einvernehmen abgeändert werden konnten, worauf Ungarn wegen seines bedeutenden Weinbaues Gewicht legte.*)

Die Übereinkommen über die Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über die Behandlung der Binnenschiffahrtsunternehmungen enthielten einige geänderte Bestimmungen.

g) Die allgemeinen Klauseln.

Dies der wesentliche Inhalt des Ausgleiches. Es waren nicht alle in Betracht kommenden Fragen geregelt worden. Deshalb wurde die folgende allgemeine Klausel aufgenommen:

«Über die im Laufe der Verhandlungen besprochenen, aber vorläufig zurückgestellten Fragen des Vertragszolltarifs und des gewerblichen Rechtsschutzes finden weitere Verhandlungen statt; auch über andere in den angeschlossenen Vereinbarungen nicht enthaltene Fragen des wirtschaftlichen Ausgleiches wird verhandelt werden, falls eine der beiden Regierungen dies beantragt. Doch wird festgestellt, daß in allen solchen Fällen, wenn eine Einigung über eine Abänderung nicht erzielt wird, die derzeit geltenden Bestimmungen auch in dem neuen Ausgleichswerke unverändert aufrechterhalten werden.

Es sind somit die Voraussetzungen für die Verhandlung über das wirtschaftliche Verhältnis zum Deutschen Reiche geschaffen.

Abänderungen und Ergänzungen infolge der Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zu dritten Staaten, insbesondere zum Deutschen Reich oder infolge der Friedensverträge bleiben gesonderten Vereinbarungen der beiden Regierungen vorbehalten.

*) Vertrag § 2, Art. XXI.

Mit Rücksicht auf die Möglichkeit solcher Änderungen und Ergänzungen werden die beiden Regierungen den Zeitpunkt der Veröffentlichung und legislativen Behandlung der hiemit unterfertigten Vereinbarungen einvernehmlich feststellen. Vorbehaltlich dieser Feststellung herrscht zunächst Einverständnis darüber, daß die Veröffentlichung und legislative Behandlung dieser Vereinbarungen vor Klarstellung des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche nicht erfolgen soll.»

10. Die Geheimhaltung des Ausgleiches.

Der Öffentlichkeit wurde nur die Tatsache des Vertragsabschlusses mitgeteilt, der Inhalt des Ausgleiches aber wurde geheimgehalten. Doch wurde sofort bekannt, daß er für 20 Jahre abgeschlossen sei, was in Österreich mit Befriedigung aufgenommen wurde. Eine Wiener Zeitung schrieb am 25. Februar:

«Ein historisches Geschehnis ist zu verzeichnen. Die Entente erhält den Beweis, daß Österreich und Ungarn in unlösbarer Eintracht zueinander gehören. Die Feinde, die Österreich Ungarn aufteilen wollen, erleben eine blutige Enttäuschung, der Ausgleich ist eine siegreiche Schlacht. Mitten unter den Trümmern wird das Gerüst für die zukünftige Zollpolitik aufgestellt. Die Monarchie geht aus den Stürmen des Weltkrieges unbestrittener und dauerhafter hervor, als sie zuvor gewesen.»

Als dann aber die Nachrichten über die finanziellen Belastungen und über die Viehzölle durchsickerten, kündigte sich in Österreich eine lebhafte Opposition an. In Ungarn regte sich sofort die Gegnerschaft gegen die zwanzigjährige Dauer. Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurden am 26. Februar 1917 Interpellationen über den Ausgleich eingebracht. Graf Apponyi sagte, es heiße, daß der Ausgleich auf 20 Jahre abgeschlossen worden sei, dies bedeute eigentlich eine Preisgabe der im Ausgleichsgesetze niedergelegten Verfassungsgarantien. Es sei möglich, daß sich künftig die Mehrheit der öffentlichen Meinung Ungarns für die wirtschaftliche Selbstständigkeit aussprechen werde. Graf Karolyi kündigte an, daß die Verwirklichung des langfristigen Ausgleiches Szenen und Gewaltmaßregeln hervorrufen werde, die der Welt zeigen würden, welche Diktatur in Ungarn herrsche.

Nach der Demission der Regierung Tisza im Mai 1917, die infolge der Ablehnung einer weitgehenden Wahlrechtsreform

durch den Grafen T i s z a erfolgte, war es zweifelhaft, ob die neue Regierung den abgeschlossenen Ausgleich übernehmen werde. Am 26. Mai fand in Gegenwart des Ministers des Äußern Graf C z e r n i n ein Gespräch zwischen den ungarischen Grafen A n d r a s s y und K a r o l y i einerseits und den österreichischen Ministern B a e r n r e i t h e r und U r b a n a n d e r e r s e i t s statt. Andrassy teilte mit, daß Apponyi, der in die neue Regierung eintreten solle, den zwanzigjährigen Vertrag mit Deutschland abzuschließen bereit sei, sich aber keinesfalls auf einen zwanzigjährigen Ausgleich einlassen wolle. Ungarischerseits wurde die Idee entwickelt, Österreich und Ungarn sollten selbständig zwei identische Verträge mit Deutschland abschließen. Der Ausgleich mit Österreich solle im Falle des Zustandekommens eines zwanzigjährigen Vertrages mit Deutschland so lange wie dieser, sonst aber nur für 10 Jahre gelten. Es tauchte auch der Gedanke auf, den Ausgleich so zu ändern, daß er nach 10 Jahren von jeder der beiden Regierungen gekündigt werden könnte, was nur eine Umschreibung der Verkürzung der Vertragsdauer von 20 auf 10 Jahre gewesen wäre. Kurz, ungarischerseits wollte man mit Rücksicht auf die Unabhängigkeitspartei den zwanzigjährigen Ausgleich wieder los werden. Da aber Österreich die Zugeständnisse eben für die Langfristigkeit machte, hätten die von Ungarn vorgeschlagenen neuen Formeln das vollständige Fallenlassen des vereinbarten Ausgleiches zur Folge gehabt. Das ganze Problem des Dualismus wäre aufgerollt worden und es würde kaum möglich gewesen sein, einen neuen Ausgleich zustande zu bringen. So würde eine dauernde Ausgleichskrise entstanden sein. Die Verhandlungen mit Deutschland wären unmöglich geworden und die Monarchie wäre nach außen nicht aktionsfähig gewesen. Infolge der Übernahme der ungarischen Regierung durch W e k e r l e, der ein Anhänger des langfristigen Ausgleiches war, wurde die Ausgleichskrise vermieden und beschlossen, die Verhandlungen mit Deutschland nunmehr rasch weiterzuführen und den Ausgleich erst mit dem deutschen Vertrag in den Parlamenten einzubringen.

Da jedoch der alte Ausgleich vom Jahre 1907 am 31. Dezember 1917 ablief, mußte inzwischen ein P r o v i s o r i u m geschaffen werden. Am 18. November 1917 wurde deshalb der Vertrag über die provisorische Verlängerung des Ausgleiches

bis 31. Dezember 1919 abgeschlossen, der von den beiden Parlamenten angenommen und am 27. Dezember sanktioniert wurde. Die Parlamente einigten sich bei dieser Gelegenheit nicht über die Quote. Sie stimmten darin überein, daß sie für das nächste Jahr unverändert bleiben sollte. Aber das ungarische Parlament bestand darauf, daß dies für 2 Jahre wie der Ausgleich bestimmt werde, während das österreichische die Quote nur für 1 Jahr festsetzen wollte. Daher mußte, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, der Monarch die Quote für das nächste Jahr festsetzen. Mit diesem Provisorium, vor dessen Ablauf der Zusammenbruch Österreich-Ungarns erfolgte, endigte die Geschichte des österreichisch-ungarischen Ausgleiches.

IV. Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland.

1. Die ersten mündlichen Besprechungen.

Während der Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn, die ein volles Jahr in Anspruch nahmen, kamen die Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn nicht ganz zum Stillstand.

Schon am 8. März 1916, kaum daß die Ausgleichsverhandlungen begonnen hatten, überreichte der deutsche Botschafter in Wien, Graf W e d e l, im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern die Abschrift eines Erlasses,^{*)} in welchem die deutsche Regierung auf die Frage der wirtschaftlichen Annäherung zurückkommt. In diesem Schriftstück verweist die deutsche Regierung darauf, daß die Einleitung der Verhandlungen wegen Anbahnung einer engeren wirtschaftlichen Gemeinschaft zwischen den beiden Reichen nicht so lange auf sich warten lassen dürfe, bis die Verhandlungen über einen neuen Ausgleich abgeschlossen seien. Die deutsche Regierung begreife durchaus, daß Österreich und Ungarn sich Deutschland gegenüber nicht binden können, bevor eine Einigung zwischen ihnen selbst über ihr künftiges wirtschaftliches Verhältnis zueinander erzielt ist. Da aber ein solches Ereignis mit Zuversicht erhofft werden könne,

^{*)} Erlaß des kais. deutschen Staatssekretärs v. Jagow an den kais. deutschen Botschafter in Wien vom 6. März 1916, Nr. II, W. 435—44, 801.

so dürfte nichts entgegenstehen, daß alsbald zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn zunächst ganz unverbindlich erörtert werde, auf welchen Gebieten ein enger Zusammenschluß der beiden Reiche möglich und erstrebenswert erscheint und wie die erforderlichen Vorkehrungen — z. B. durch Bildung von Kommissionen der Fachreferenten — getroffen werden können. Außer der wichtigen, aber schwierigen Frage der Höhe der Zölle im wechselseitigen Verkehr gebe es eine Reihe anderer Punkte, welche zum Inhalt eines die wirtschaftliche Annäherung verkörpernden langfristigen Vertrages gemacht werden könnten. Dazu gehören insbesondere zahlreiche, schon in den bestehenden Verträgen enthaltene Bestimmungen, die an sich unstrittig sind, deren Grundlage aber formell nicht gesichert ist, weil sie sich in Verträgen finden, die mit kürzerer Frist gekündigt werden können und daher durch Übernahme in das für eine lange Reihe von Jahren abzuschließende Wirtschaftsbündnis auf eine dauernde Grundlage gestellt werden müssen. Als solche werden besonders erwähnt die Bestimmungen über die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, das Verbot der Durchgangsabgaben, der Grenzverkehr, das Zollkartell usw. Dabei wäre in verschiedener Hinsicht ein weiterer Ausbau nach der Richtung möglich, um — wie beispielsweise durch weitere Begünstigungen in der Zollabfertigung — einander Erleichterungen zuzuwenden, die von anderen Staaten nicht in Anspruch genommen werden können. Es frage sich ferner, ob in den Vorschriften über das gewerbliche Eigentum sowie auf dem Gebiete des Verkehrswesens (Eisenbahnen und Wasserstraßen) eine Annäherung erfolgen könnte. Großes Gewicht sei ferner darauf zu legen, daß — unvorgreiflich der Frage der Zollsätze — die Schemata der beiderseitigen Zolltarife in tunlichste Übereinstimmung gebracht werden, da ohne eine solche das dringend erwünschte gemeinsame handelspolitische Vorgehen der beiden Reiche gegenüber dritten Staaten außerordentlich erschwert sein würde. Aus all diesen Gründen hielt es die deutsche Regierung für erwünscht, daß alsbald noch vor Abschluß des Ausgleiches in eine prinzipielle Erörterung dieser Punkte eingegangen werde.

Nachdem dieser Wunsch der deutschen Regierung österreichisch-ungarischerseits zustimmend beantwortet worden war, fand in der Zeit vom 27. April bis 1. Mai 1916 die erste persönliche Begegnung deutscher und österreichisch-ungarischer Bevoll-

mächtigster zur Verhandlung der Frage der wirtschaftlichen Annäherung statt. *)

Die Aussprache hatte naturgemäß etwas Tastendes und Unbestimmtes. In seiner Eröffnungsrede wies der österreichisch-ungarische Vorsitzende Botschafter v. Merey darauf hin, daß es sich um den Versuch handle, das langjährige politische und militärische Bündnis zwischen den beiden Mächten in Hinkunft durch einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zu ergänzen und so ein Werk zu schaffen, welches bestimmt ist, weit über den Krieg hinaus den ökonomischen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands, bei voller Aufrechthaltung auch ihrer wirtschaftlichen Souveränität zu dienen. In seiner Erwidernng bezeichnete es der deutsche Botschafter v. Tschirsky als die Aufgabe der Verhandlungen: «die verbündeten Mächte auch auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst eng aneinanderzuschließen.»

Die Beratungen der Fachreferenten ergaben Übereinstimmung darüber, daß die Vereinheitlichung der Zollschemata einen wertvollen und wichtigen Behelf für ein engeres handelspolitisches Verhältnis zwischen den beiden Zentralmächten und für ein gemeinsames Vorgehen in Handelsvertragsverhandlungen dritten Mächten gegenüber darstellt. «Hiebei wird» — fügt das Protokoll hinzu — «allseits von der Voraussetzung ausgegangen, daß einem solchen Zusammenwirken keine aggressive Tendenz gegen die anderen Mächte zugrunde liegt, sondern hiemit nur die Förderung der beiderseitigen Volkswirtschaft durch möglichste Entwicklung der eigenen Hilfsquellen sowie durch einvernehmliche Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen anderer Staaten gegenüber bezweckt werden soll.» Zur Vorbereitung des einheitlichen Tarifschemas wurde eine Kommission eingesetzt, für deren Arbeiten von vornherein gewisse Richtlinien aufgestellt wurden.

2. Die Herstellung eines einheitlichen Zolltarifschemas.

Im Mai 1916 trat diese Kommission in Berlin zusammen. Sie arbeitete vom 12. bis 27. Mai und dann vom 18. September bis 12. Oktober. Die Aufgabe war, aus den beiden Zolltarifen

*) Protokoll über die in der Zeit vom 27. April bis 1. Mai 1916 in Wien im k. u. k. Ministerium des Äußern zwischen Österreich-Ungarn und Deutsch-

Deutschlands und Österreich-Ungarns einen gemeinsamen Tarif zu schaffen, wobei zunächst die Zollsätze offen blieben und nur der Tariftext herzustellen war, der die Klassifikation der Waren nach Tarifklassen und -nummern enthält. Eine solche Verschmelzung zweier Zolltarife ist eine schwierige technische Aufgabe. Die tarifarischen Einteilungen und Unterscheidungen der Waren haben sich in jedem Staate historisch entwickelt, unter dem Einfluß der Interessenten und ihrer Organisationen und gemäß den Traditionen der Zollfachleute. Es war für diese eine harte Arbeit und bedurfte viel guten Willens, um zu einem gemeinsamen Schema zu gelangen. Relativ einfach war dies dort, wo einer Position des deutschen Zolltarifs mehrere Positionen des österreichischen entsprachen oder umgekehrt. Die von einem Teil gewünschten Unterscheidungen wurden in dem gemeinsamen Tarif aufgenommen und der andere Teil behielt sich vor, alle diese Positionen mit dem gleichen Zoll zu belegen. So hatte z. B. Deutschland nur eine Tarifpost «Kinderspielwaren», weil es bei seinem überwiegenden Exportinteresse keinen Wert auf die unterschiedliche Behandlung der Einfuhr des Kinderspielzeuges legte. In Österreich-Ungarn dagegen zogen sich die Spielwaren je nach ihrem Material durch alle Klassen des Zolltarifs und fielen in der nämlichen Klasse oft unter verschiedene Nummern. Man einigte sich nun dahin, die Kinderspielwaren nach dem deutschen Beispiel zusammenzufassen, behielt aber den österreichischen Wünschen entsprechend die Unterscheidung nach dem Material bei; die Einteilung wurde möglichst vereinfacht, so daß im gemeinsamen Zolltarif mit einer Tarifnummer und sieben Unterpositionen das Auslangen gefunden wurde. Schwieriger war die Aufgabe dort, wo die beiden Tarife verschiedene Einteilungsgründe hatten. Man konnte diese allerdings kombinieren, lief aber dabei Gefahr, den Tarif schwerfällig zu machen. Dies wurde meist vermieden, indem entweder Deutschland oder Österreich-Ungarn auf seine Einteilung verzichtete und sich der des anderen Teiles anbequeme; in manchen Fällen fand man eine neue, beiden Teilen entsprechende Einteilung. Die schwierigsten Fälle waren jene, in denen die

land abgehaltenen kommissarischen Besprechungen betreffend die Vereinheitlichung der Zolltarifsystemata und die Rohstoffversorgung nach dem Kriege, gefertigt am 1. Mai 1916 von den Botschaftern v. M e r c y und v. T s c h i r s k y.

beiden Tarife einander durchschneidende oder miteinander nicht vereinbare Gliederungen enthielten und jeder Teil aus wirtschaftlichen Gründen an der seinen festhalten zu müssen glaubte. Doch wurden alle diese Schwierigkeiten überwunden und ein technisch gut gearbeitetes, wenn auch in manchen Tarifklassen allzusehr gegliedertes Tarifschema hergestellt, das 1336 Tarifnummern enthielt.

3. Der Plan eines Wirtschaftsbündnisses.

Neben diesen Arbeiten fanden zahlreiche Besprechungen mit den Mitgliedern der deutschen Regierung und anderen maßgebenden deutschen Funktionären über die Richtlinien statt, nach denen die wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Reichen durchzuführen wäre. Es zeigte sich, daß in Berlin noch keine einheitliche Auffassung vorhanden war. Im allgemeinen war die Stimmung für die Annäherung, doch hatte insbesondere der preußische Handelsminister *Sydow* Bedenken wegen der Meistbegünstigung. Der österreichische Delegierte, Ministerialrat *Schüller*, vertrat folgenden Plan, der die vorläufige Zustimmung der österreichischen und der ungarischen Minister gefunden hatte: Jedes der beiden Reiche behält seine Außenzölle bei. Im Verkehr zwischen den beiden Reichen gewährt jeder Teil dem anderen Zollfreiheit für alle dadurch nicht bedrohten Produktionszweige; im übrigen Zwischenzölle, durch die die Außenzölle auf die Hälfte, aber um nicht mehr als den Außenzoll des anderen Vertragsteiles herabgesetzt werden. Wenn also für Baumwollwaren der österreichisch-ungarische Außenzoll 300, der deutsche Außenzoll 200 beträgt, gewährt Österreich den deutschen Baumwollwaren den Zwischenzoll von 150, Deutschland den österreichisch-ungarischen Baumwollwaren den Zwischenzoll von 100 oder die Zollfreiheit. Beträgt der österreichisch-ungarische Bleichzoll 9, der deutsche 3, so setzt Österreich den Zoll Deutschland gegenüber nicht um $4\frac{1}{2}$, sondern um 3, also auf 6 herab. Eine stärkere Herabsetzung wäre schon deshalb nicht möglich, weil sonst Eisen, von anderen Staaten nach Deutschland gebracht, dort mit 3 M. verzollt und dann mit einem Zoll von $4\frac{1}{2}$ nach Österreich gebracht werden könnte, im ganzen also $7\frac{1}{2}$ statt der vorgeschriebenen 9 zahlen würde. Die Handelsverträge sollten gemeinsam geschlossen werden.

Dieser Plan bot den Vorteil eines verhältnismäßig einfachen, gemeinverständlichen Prinzips und wahrte die zollpolitische Selbständigkeit der beiden Reiche, was schon aus innerpolitischen Gründen insbesondere in Österreich-Ungarn notwendig war. Auch wurde sozusagen automatisch der notwendige Zollschutz für die eigene Produktion ermöglicht. Denn in den Fällen, in denen ein Produktionszweig z. B. in Österreich-Ungarn schutzbedürftiger war als in Deutschland, hatte er dort schon bisher in der Regel einen höheren Zollschutz und die Herabsetzung wäre nur in dem Ausmaße des niedrigeren deutschen Außenzolles erfolgt. Der Plan wurde in Berlin viel besprochen: deutscherseits hätte man es vorgezogen, gleiche Außenzölle und nur wenig Zwischenzölle zu schaffen, doch gelang es wenigstens zum Teile schon damals, die Mitglieder der deutschen Regierung davon zu überzeugen, daß diesen deutschen Intentionen von Österreich-Ungarn nicht entsprochen werden könne. Es bedurfte, wie die weitere Darstellung zeigen wird, noch langer wechselreicher Verhandlungen, ehe man sich über ein Projekt einigte, das in der Hauptsache auf dem eben dargelegten Plan beruhte. Dieser stellte eine neuartige handelspolitische Mittellinie dar, auf der man sich erst finden konnte, nachdem weitergehende Pläne sich als undurchführbar, enger begrenzte sich als unzureichend erwiesen hatten. Hierbei gelangte man durch komplizierte Fragen und Lösungsversuche hindurch schließlich zu einer Formel, die noch klarer und einfacher ist als die zuerst vom österreichischen Handelsministerium vertretene.

Noch vor Abschluß der Arbeiten über die Vereinheitlichung des Zolltarifschemas fanden vom 21. bis 26. Juli 1916 in Wien auch Verhandlungen über einige allgemeine Fragen statt, die im Rahmen des Wirtschaftsbündnisses geregelt werden sollten. *) Es kamen dabei zur Sprache: der Erwerb von beweglichem Vermögen, die Ausübung von Handel und Gewerbe, die Stellung der Handels- und Aktiengesellschaften, das Verbot von Durchgangsabgaben, der Messe- und Marktverkehr, der Grenzverkehr

*) Protokoll über die in der Zeit vom 21. bis 26. Juli 1916 in Wien im k. u. k. Ministerium des Äußern zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland abgehaltenen kommissarischen Besprechungen betreffend einige Bestimmungen des Handelsvertrages, gefertigt am 26. Juli von den Botschaftern v. Merey und v. Tschirsky.

usw. Die Vereinbarungen in all diesen Fragen gingen über eine in einzelnen Punkten verbesserte Formulierung der Bestimmungen des bestehenden Handelsvertrages kaum hinaus. Etwas weiter gingen die Anregungen, die deutscherseits zu dem bestehenden Zollkartell gemacht wurden. Es wurde nämlich mit Rücksicht auf die infolge der Vereinheitlichung des Tarifschemas eingetretene Änderung der Verhältnisse ein weiterer Ausbau des Zollkartells vorgeschlagen, wonach die Grenzzollämter eines jeden Teiles die Ermächtigung erhalten sollten, Zollabfertigungen für den anderen Teil vorzunehmen. Die Zollbeamten sollten auch auf das Interesse des anderen Teiles verpflichtet werden, jeder der beiden Teile sollte die vom anderen ausgestellten Bescheinigungen, Bleie, Stempel usw. anerkennen, die Grenzüberwachung sollte vereinfacht werden dadurch, daß Beamte des einen Teiles die Grenzen nach beiden Richtungen überwachen usw. Diese Vorschläge führten jedoch, obgleich sie österreichisch-ungarischerseits sympathisch aufgenommen wurden, vorläufig zu keiner Vereinbarung. Auch in den Fragen des Veredelungsverkehrs und gewerblichen Rechtsschutzes mußte nach eingehender Aussprache die Einigung späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Dagegen gelang es, leitende Grundsätze zur Vorbereitung einer einheitlichen Handelsstatistik aufzustellen.

Nach Abschluß der Beratungen über diese allgemeinen Fragen und über das einheitliche Zolltarifschema trat in den Verhandlungen eine Pause ein, da alle Kräfte in Österreich-Ungarn auf die Fertigstellung des Ausgleiches konzentriert waren. Erst als im Februar 1917 der Ausgleich von beiden Regierungen genehmigt und paraphiert war, trat die Frage der Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn wieder in den Vordergrund.

V. Die Argumente für und gegen die Annäherung.

1. Die Argumente pro.

Elle wir mit der Geschichte der weiteren Verhandlungen beginnen, dürfte es am Platze sein, die Ziele und Formen der Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, die Argumente dafür und dagegen kurz darzustellen, die in der durch diese Frage stark bewegten öffentlichen Meinung, in zahl-

losen Diskussionen der Korporationen, in Schriften und Zeitungsstimmen und in den Erörterungen der Fachleute und der Regierungen hervortraten. *) Eine solche Darstellung ist notwendig, um das Problem, dessen Lösung durch die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mittelmächte versucht wurde, tiefer zu erfassen. Sie ist aber auch von allgemeinem Interesse, weil trotz des besonderen Charakters des Verhältnisses zwischen diesen Mächten viele Punkte der Diskussionen für jeden Versuch einer engeren Verbindung selbständiger Staaten von Bedeutung sind.

Die wichtigsten Argumente für die Annäherung waren die folgenden:

Der Zweck der wirtschaftlichen Annäherung ist die Stärkung des Bündnisses der Mittelmächte und ihrer wirtschaftlichen Stellung gegenüber den anderen Weltmächten. Es soll eine dauernde, nach außen wirkende und dem Empfinden der Völker entsprechende enge Verbindung zwischen den verbündeten Reichen durch deren wirtschaftliches Zusammenwirken sichergestellt werden.

Nach dem Kriege wird ein Bündnis und wirtschaftliche Gegnerschaft oder auch nur Kühleit nebeneinander nicht bestehen können. Die auswärtige Politik ist heute wirtschaftlich viel mehr beeinflußt als früher. Durch Ausschließung des wirtschaftlichen Kampfes gegeneinander sowohl in den gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen wie nicht minder in dem handelspolitischen Verhältnisse zu dritten Staaten und im Wettbewerbe im Auslande hätte die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte nicht nur im Sinne der Förderung weiterer politischer Annäherung, sondern auch als Schutzmittel gegen politische Entfremdung zu dienen.

Da nur große Staaten in der nun kommenden Geschichtsperiode der Staatenverbände etwas zu bedeuten haben, und Einzelstaaten wie Deutschland, Österreich, Ungarn gegen die ganze Weltteile umfassenden Koalitionen nicht aufkommen können, soll das politisch, militärisch und wirtschaftlich vertiefte

*) Eine vollständige Darstellung der Argumente gibt eine im März 1917 fertiggestellte Denkschrift des Ministeriums des Äußern: «Die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte, Richtlinien für die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland» (95 Seiten).

und erweiterte Bündnis die beiden Mittelmächte in die Lage setzen, sich den bestehenden oder im Entstehen begriffenen Staatenverbänden gegenüber zu einem auf völkerrechtlicher (nicht staatsrechtlicher) Grundlage aufgebauten Verbands zu vereinigen, welcher den Kernpunkt für den Anschluß anderer Staaten zu bilden berufen ist und eine in der Weltpolitik und Weltwirtschaft nicht zu überschende Größe darstellen wird.

Der Zusammenschluß sichert den verbündeten Mächten einen erhöhten Einfluß auf die Weltwirtschaft und die wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande durch gemeinsames Auftreten nach außen. Dieses soll zunächst, defensiv wirkend, die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges verhindern, sodann aktiv die Erreichung größerer Vorteile bei Abschluß von Handelsverträgen ermöglichen; auch sollen die beiden Mächte durch ihre Verbindung vom Auslande sowohl bei der Deckung ihres Bedarfes an Lebensmitteln und Rohstoffen wie bei der Unterbringung ihrer eigenen Erzeugnisse unabhängiger werden.

Neben diesen allgemeinen Momenten der politischen und wirtschaftlichen Position der Mittelmächte nach außen kamen noch die besonderen Beziehungen zu den Balkanstaaten und Polen in Betracht. Für Österreich-Ungarn war es notwendig, seine Beziehungen zu den Balkanstaaten nach dem Kriege günstiger zu gestalten als vorher. Die Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn haben schon gezeigt, welche Schwierigkeiten dem entgegenstanden, weil die insbesondere durch Ungarn vertretenen landwirtschaftlichen Interessen gegen die Einfuhr von Agrarprodukten aus den Balkanstaaten gerichtet waren. Wenn aber Deutschland mit seinem großen Importbedürfnis für Nahrungsmittel sich mit Österreich-Ungarn vereinigte, dann konnten den Balkanstaaten die notwendigen Zugeständnisse für ihre Exporte gemacht werden. Die Landwirtschaft Österreich-Ungarns brauchte die Einfuhr aus dem Südosten nicht abzuwehren, wenn ihren eigenen Produkten der große deutsche Markt geöffnet wurde. Für das Deutsche Reich hinwieder war Österreich-Ungarn die Brücke nach dem Balkan und Kleinasien, von Berlin nach Bagdad, zur Sicherung seiner politischen und wirtschaftlichen Einflußsphäre im europäischen Orient und Vorderasien.

Über die Frage, wie die Beziehungen zwischen den Zentralmächten und Polen geregelt werden sollten, wurden lang-

wierige schwankende Verhandlungen geführt. Bald stand die Selbständigkeit Polens, bald seine Angliederung als autonomes Land an Österreich, dann wieder an Deutschland im Vordergrund. Für alle Fälle aber sollte eine engere Verbindung Polens mit den beiden Mächten hergestellt werden, die ein näheres Verhältnis dieser Mächte zueinander zur Voraussetzung hatte. So wurde für die sogenannte austropolnische Lösung, die Österreich-Ungarn und Polen in ein Wirtschaftsgebiet vereinigt hätte, von Deutschland die Bedingung gestellt, daß es auf dem polnischen Markt nicht schlechter gestellt sein dürfe als Österreich-Ungarn, also auch zwischen Deutschland und Polen der freie Verkehr hergestellt werden müsse. Da aber zwischen Polen und Österreich-Ungarn keine Zollgrenze bestanden hätte, würden die deutschen Waren über Polen zollfrei nach Österreich-Ungarn eingetreten sein. Es hätte daher auch zwischen diesen und Deutschland eine Zollunion oder eine diesen Verhältnissen Rechnung tragende besondere Kombination geschaffen werden müssen.

Zu den aus den äußeren Beziehungen der Mittelmächte sich ergebenden Argumenten für die wirtschaftliche Annäherung kamen folgende aus den *i n n e r e n* Verhältnissen entspringende:

Das Bestreben der deutschen Parteien Österreichs, ihre Position gegenüber den anderen Nationalitäten dieses Staates durch den Zusammenschluß mit Deutschland, mit dem Österreich seit seinem Bestand Jahrhunderte hindurch bis 1866 verbunden war, dauernd zu verstärken.

Die Erwartung, daß sich das deutsche Kapital, welches im weiteren Auslande nicht mehr eine gleich günstige Anlage fände wie vor dem Kriege, für Österreich-Ungarn interessieren und dadurch belebend auf seine Volkswirtschaft wirken würde. Im besonderen wurde die Beteiligung des deutschen Kapitals bei der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen der Monarchie, in erster Linie des Donau—Main— und des Donau—Oder—Kanals, sowie beim Ausbau der Wasserkräfte erhofft.

Die Verbindung mit Deutschland und der gesteigerte Wettbewerb mit der konsequenten Energieentfaltung der deutschen Produktion würde belebend auf die Bevölkerung Österreich-Ungarns wirken. Für seine Landwirtschaft wäre die Beseitigung oder Ermäßigung der deutschen Agrarzölle vorteilhaft. Durch Erleichterung der Kapitalsbeschaffung aus Deutschland könnte

sich der Hypothekarzinsfuß bessern und durch billigere Einfuhr von Kunstdünger, Maschinen etc. würden die Bedingungen für eine erhöhte Produktion geschaffen werden.

Für Deutschland war es innerpolitisch bedeutungsvoll, in der Vereinigung mit Österreich-Ungarn einen Erfolg des furchtbaren Krieges zu erreichen. Dies sollte einen wenigstens teilweisen Ersatz dafür bilden, daß selbst bei einem günstigen Kriegsausgang die Erlangung von äußeren Vorteilen, die auch nur einigermaßen im Verhältnis zu den Opfern gestanden wären, ausgeschlossen erschien. Wirtschaftlich war für die deutsche Industrie die Vergrößerung des österreichischen Marktes und die Erweiterung ihrer Produktionsbasis ein wesentlicher Vorteil.

Für beide Mächte sollte das Wirtschaftsbündnis durch Erweiterung des inneren Marktes fruchtbringend auf die Volkswirtschaft einwirken, durch die Möglichkeit größerer Arbeitsteilung und Spezialisierung, Vervielfältigung der Produktions- und Absatzmöglichkeiten und durch die damit verbundene allgemeine Befruchtung der Volkswirtschaft und Hebung der Konsumkraft.

Der Plan der Annäherung beruht auf dem Grundgedanken, beide Teile zu einem wirtschaftlich möglichst festgeknüpften Gebilde zu vereinigen, durch welches ihre Kräfte nicht bloß summiert, sondern potenziert werden.

2. Die Argumente contra.

Die wichtigsten Argumente gegen den Anschluß waren die folgenden:

In Österreich-Ungarn die Befürchtung, daß Deutschland als der stärkere Teil die Führung an sich reißen würde. Diese auch in einem großen Teil der deutschen Bevölkerung Österreichs lebendigen Empfindungen wurden bei den nichtdeutschen Nationalitäten, insbesondere bei den Tschechen und Südslawen, noch durch die Besorgnis verstärkt, daß die Deutschen Österreichs, auf Deutschland gestützt, das Übergewicht erlangen und behaupten könnten. Das größte wirtschaftliche Bedenken bildete die Gefahr, daß viele Industrien Österreich-Ungarns durch die mächtige deutsche Konkurrenz erdrückt werden würden.

In Deutschland waren die aus inneren Verhältnissen abgeleiteten Argumente gegen den Anschluß von geringerer Tragweite. In protestantischen Kreisen entstand ein gewisses Unbehagen aus der Vorstellung, daß innerhalb der Union das ganz überwiegend katholische Österreich-Ungarn und die starke katholische Partei Deutschlands das Übergewicht haben würde. Wirtschaftliche Besorgnisse wegen der österreichischen Konkurrenz wurden nur in einem Teil der agrarischen Parteien Süddeutschlands und in vereinzelten deutschen Industrien laut.

In beiden Staaten wurde dagegen, daß schon während des Krieges über den Anschluß verhandelt werde, geltend gemacht, daß solche Verhandlungen nur hypothetisch sein könnten, weil die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege sich noch nicht voraussehen lasse. Als Kriegsfolgen seien zu erwarten: eine ungeheure wirtschaftliche Revolution in der ganzen Welt, hervorgerufen durch den großen Menschen- und Kapitalsverlust; die gewaltige Umschichtung der Kapitalien sowohl im Inlande zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen wie auch von Land zu Land; die dadurch bewirkten, gar nicht absehbaren Veränderungen der Kaufkraft und der Absatzmöglichkeiten; die Entwertung der Valuta, welche eine vollständige Umgestaltung aller Verhältnisse von Lohn, Gehalt, Zins, Kredit und Verschuldung herbeiführe. Die Unbestimmbarkeit der sich hieraus ergebenden Folgen schließe es aus, die Richtung der Zoll- und Handelspolitik im voraus zu bestimmen.

Schwerwiegend waren die Argumente gegen den Anschluß, die aus den äußeren Beziehungen der Mittelmächte abgeleitet wurden. In Deutschland wurde darauf hingewiesen, daß von dem deutschen Export nur etwa 12 % nach Österreich-Ungarn gingen, die Beziehungen zu den anderen Staaten daher viel wichtiger seien und daß Deutschland durch den Zusammenschluß mit der Donaumonarchie in seiner Bewegungsfreiheit nach außen behindert und der Gefahr handelspolitischer Verwicklungen ausgesetzt sei. Insbesondere wurde befürchtet, daß andere Mächte in der Durchführung des Planes eine Verletzung der Meistbegünstigung erblicken würden und die hieraus entspringenden Nachteile für Deutschland größer wären als die Vorteile des Anschlusses Österreich-Ungarns. Diese Besorgnis spielte in Deutschland die größte Rolle und beherrschte die ganzen Verhandlungen. Auch für Österreich-Ungarn war dies eine wichtige Seite

des Problems, wenn auch mit Rücksicht auf seinen hinter dem deutschen zurückstehenden Außenhandel von nicht ebenso großer Bedeutung.

Wie wir sehen werden, haben die Argumente gegen den Anschluß nicht das Übergewicht erlangt; trotz vielerlei Schwierigkeiten und Bedenken setzten die Regierungen der Mittelmächte die Verhandlungen fort und brachten sie zum Abschluß.

3. Die Formen des Bündnisses.

Nicht weniger lebhaft als die Diskussion für und wider den Anschluß selbst waren die Erörterungen über die Formen, in denen er vollzogen werden sollte. Im Vordergrund standen zunächst zwei Projekte: die Zollunion und die Vorzugsbehandlung.

Für die *Zollunion*, die engste Form des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, wurde angeführt, daß sie allein den beabsichtigten vollen Erfolg bringen und das unbedingte Erfordernis einer gemeinsamen auswärtigen Handelspolitik sichern könne; daß ferner nur sie das große gemeinsame Wirtschaftsgebiet und damit den vollen Ausgleich innerhalb desselben schaffe; endlich daß sie allein vom Standpunkte der Meistbegünstigung unanfechtbar sei.

Das letzte Argument war besonders bedeutsam, weil die Scheu, die Meistbegünstigung zu verletzen und sich dadurch Repressalien zuzuziehen, das größte Hindernis des Planes bildete. In den meisten Handelsverträgen ist ausdrücklich bestimmt, daß durch eine Zollunion gewährte Vorteile auf Grund der Meistbegünstigung nicht in Anspruch genommen werden können.

Gegen eine Zollunion sprachen folgende Momente, die in der Hauptsache bei jeder Zollvereinigung in Betracht kommen:

Sie setzt voraus, daß die zollgeeinten Staaten von einem einheitlichen Außentarif umgeben werden. Sie müssen also gemeinsam einen solchen Tarif schaffen und können Änderungen der Zölle, die durch innere wirtschaftliche Verhältnisse oder durch Handelsverträge mit anderen Staaten notwendig werden, nur gemeinsam vornehmen; auch müssen sie die indirekten Steuern und Monopole nach gleichen Grundsätzen regeln. Österreich und Ungarn, die eine Zollunion bildeten, haben die not-

wendige Einheitlichkeit dadurch erzielt, daß die Regierungen sich jeweils über den Zolltarif und die indirekten Steuern und Monopole einigten und ihre Vereinbarungen dann von den Parlamenten beider Staaten angenommen wurden. Es ist oben bereits dargestellt worden, welche dauernden Schwierigkeiten sich hieraus für beide Staaten ergeben haben. Die verschiedenen Interessen Österreichs und Ungarns und ihre abweichende Auffassung führten zu Streitigkeiten, mit deren Beilegung sich die Regierungen immer wieder zu beschäftigen hatten; der Teil, der «nein» sagte, mußte Recht behalten, weil das Einvernehmen die Voraussetzung jeder Aktion war.

Die komplizierte, schwerfällige Maschinerie solcher Einvernehmen auf drei oder mehr Regierungen und Parlamente auszuweiten, ist kein gangbarer Weg zur Herstellung einer Zollunion. Es erschien deshalb ausgeschlossen, eine solche zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn auf diese Weise herzustellen. Man hätte vielmehr zu diesem Zweck ein gemeinsames Zoll- und Steuerparlament der drei Staaten und gemeinsame Regierungsstellen schaffen müssen. Das war aber aus staatsrechtlichen und politischen Gründen unmöglich; die österreichische und die ungarische Regierung würden einem solchen nicht zugestimmt haben und der aus der Befürchtung der Vorherrschaft Deutschlands entspringende Widerstand wäre auf das höchste gesteigert worden, so daß der Plan hätte scheitern müssen.

Eine Zollunion hat ferner zur Voraussetzung, daß in den zollgeeeinten Staaten die gleiche Währung besteht. Dies erschien für Österreich wünschenswert, weil seine Währung schon während des Krieges eine, wenn auch gemessen an der späteren, relativ geringe Entwertung zeigte. Es ist deshalb bereit gewesen, zur Markwährung überzugehen. Trotz der schwierigen Frage der Relation zwischen Krone und Mark war die Währungsfrage lösbar.

Eine sehr ernste Schwierigkeit bildete dagegen die Gefahr, die vielen Industrien Österreichs drohte, wenn ihnen der Zollschatz Deutschland gegenüber sofort vollständig entzogen worden wäre. Die industriellen Interessen Österreich-Ungarns verstärkten noch wesentlich die allein schon unüberwindlichen politischen Strömungen gegen die Zollunion.

Die zweite Methode der wirtschaftlichen Annäherung, die *Vorzugsbehandlung* (Präferenz) besteht darin, daß die

vertragsschließenden Teile einander für den gegenseitigen Verkehr niedrigere Zölle einräumen als allen anderen Staaten gegenüber. Es ist das System, wie es z. B. die Dominions Großbritanniens auf englische Waren anwenden. Hierbei kann entweder ein genereller Abschlag von den allgemein geltenden Zollsätzen oder es können individuell für die einzelnen Tarifpositionen niedrigere Zollsätze festgestellt werden. Eine solche Konstruktion vermeidet die innerpolitischen und staatsrechtlichen Schwierigkeiten der Zollunion und ist von den Voraussetzungen einer solchen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung unabhängig. Sie ermöglicht die Aufrechterhaltung des Schutzes der eigenen Produktion auch gegenüber den Staaten, denen die Vorzugsbehandlung eingeräumt wird.

Die Argumente gegen dieses System waren: Die Vorzugsbehandlung ist zwar im Verhältnis zwischen den Gliedern eines Reiches wie im Falle Großbritanniens international anerkannt, nicht aber als ein Verhältnis zwischen verschiedenen selbständigen Staaten. Daher ist zu befürchten, daß die Vorzugsbehandlung als Verletzung des Grundsatzes der Meistbegünstigung angefochten und diese den beteiligten Staaten entzogen wird. Den schwerwiegenden Folgen solcher Verwicklungen konnten sich die Mittelmächte nicht aussetzen. Die Vorzugsbehandlung bildete ferner keine entsprechende Grundlage für das gemeinsame handelspolitische Auftreten nach außen, das einen essentiellen Bestandteil der wirtschaftlichen Annäherung bilden sollte. Diese wäre so zu unvollständig durchgeführt worden, was weder den dazu treibenden politischen Tendenzen entsprach, noch die günstigen wirtschaftlichen Wirkungen, die von der Verbindung erwartet wurden, in genügendem Maße auslösen konnte. Die Vorteile wären voraussichtlich geringer gewesen als die aus der Störung der äußeren Handelsbeziehungen entspringenden Nachteile.

Beide durch die Praxis gegebenen Formen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses erwiesen sich demnach als unanwendbar, weil es sich um einen neuen Fall der ökonomischen Verbindung mehrerer selbständiger und ihre Selbständigkeit aufrecht haltender Staaten handelte. Es mußte ein Verhältnis *sui generis* geschaffen werden. Aus der folgenden Geschichte der Verhandlungen wird sich ergeben, daß und wie dieses Problem gelöst wurde.

VI. Die österreichisch-ungarischen Instruktionen für die Einzelverhandlungen.

1. Österreich-Ungarn stellt seinen Plan fest.

Nach Abschluß der Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn wurde beschlossen, die Spezialverhandlungen über den zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland abzuschließenden Vertrag ehestens in Angriff zu nehmen. Am 6. Mai 1917 trat in Wien unter dem Vorsitz des Ministers des Äußern Grafen C z e r n i n eine gemeinsame Ministerkonferenz zusammen, welche im Beisein der österreichischen und der ungarischen wirtschaftlichen Ressortminister die Instruktionen für die Verhandlungen ausarbeitete. Die Ministerkonferenz begnügte sich damit, einige allgemeine Richtlinien aufzustellen, und überließ die Ausarbeitung der Einzelheiten der Zoll- und Handelskonferenz, einer auf dem österreichisch-ungarischen Ausgleich fußenden ständigen Einrichtung, die unter der Leitung des gemeinsamen Ministeriums des Äußern aus Vertretern der wirtschaftlichen Ministerien Österreichs und Ungarns bestand und die Aufgabe hatte, die oft abweichenden Standpunkte Österreichs und Ungarns miteinander in Einklang zu bringen.

Die Beschlüsse der gemeinsamen Ministerkonferenz vom 6. Mai zerfallen in eine Instruktion für die Zoll- und Handelskonferenz und in ein Promemoria für die weiteren Ministerbesprechungen, beziehungsweise für Vereinbarungen im Notenwege. Sie haben folgenden Wortlaut:

«Für die Beratungen der Zoll- und Handelskonferenz über die Vorbereitung der Verhandlungen mit der deutschen Regierung werden folgende Richtlinien aufgestellt:

Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich schließen einen Vertrag, in dem ein gemeinsames Vorgehen und gegenseitige Unterstützung auf dem Gebiete der Handelspolitik, der Finanzpolitik und des Verkehrswesens — sowie der Übergangswirtschaft — verabredet werden.

I. Handelspolitik.

1. Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich schließen einen Vertrag mit gegenseitigen Zollbevorzugungen und Zollfreiheiten namentlich für Agrarprodukte, die anderen Staaten nicht einzuräumen sind, wofern nicht anderen Staaten im Ein-

vernehmen Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche der Beitritt zu diesem Vertrage zugestanden wird.

2. Die Grundlage der Verhandlungen bildet unser geltender autonomer Zolltarif mit den im Ausgleich vorgenommenen und den noch vorzunehmenden Änderungen.

Die Zollherabsetzungen und Zollfreiheiten sollen beiderseits so weit gehen, als dies ohne Gefährdung wichtigster Produktionsinteressen möglich ist.

Der einzuräumende Vorzugszoll kann jedoch nicht niedriger sein als die Differenz zwischen den Außenzöllen der beiden Teile.

3. Bei den Waren, bei denen die Bevorzugung stattfindet, kann bei Verhandlungen mit vierten Staaten das Maß der eingeräumten Bevorzugung nur im Einvernehmen verringert werden.

4. Die Bevorzugung soll sich auf möglichst viele Tarifpositionen erstrecken. Bei der Verhandlung über jede Zolltarifklasse wird jeder Teil — statt gegenseitiger Präsentierung von Forderungslisten — die Herabsetzungen und Zollfreiheiten, die er zu gewähren bereit ist, dem anderen Teil anbieten, worauf über die eventuell weitergehenden Forderungen der Gegenseite zu verhandeln sein wird.

Im Zusammenhange mit der im obigen Sinne erfolgenden Ausarbeitung der Liste der unsererseits anzubietenden Konzessionen ist aber seitens der Zoll- und Handelskonferenz auch die Liste unserer Forderungen auszuarbeiten, welche letztere aber der deutschen Regierung vorläufig nicht mitzuteilen sein wird.

Übrigens sind die mit dem Deutschen Reiche aufzunehmenden Verhandlungen derart zu führen, daß die deutsche Regierung sich über ihre übrigen Wünsche schon im Zusammenhange mit den Zolltariffragen in möglichst erschöpfender Weise äußere.

5. Möglichst günstige Veterinärvereinbarungen auf jener Basis, auf der diese Fragen in den letzthin zustande gekommenen Ausgleichsbestimmungen zwischen Österreich und Ungarn ihre Regelung erfahren haben.

6. Schutz gegen die nachteiligen Folgen des letzthin zustande gekommenen deutschen Reichs-Kohlensteuergesetzes.

7. Die Zoll- und Handelskonferenz hat sich auch mit der Frage zu befassen, welchen anderen Staaten und unter welchen

Voraussetzungen und Bedingungen der Beitritt zu dem Vertrag offenzuhalten wäre.

In den Verhandlungen mit Deutschland ist jedoch diesbezüglich die Initiative Deutschlands abzuwarten.

8. Der Vertrag wird auf die Dauer von 20 Jahren geschlossen; längstens 5 Jahre nach seinem Inkrafttreten wird eine Revision einzelner Bestimmungen stattfinden, wobei mangels einer Einigung des Status quo aufrecht bleibt.

Es ist durch die Zoll- und Handelskonferenz auch die Möglichkeit der Art und Weise der Lösung der Frage zu prüfen, ob es heute bei den gänzlich verschobenen Preisverhältnissen nicht nötig wäre, zum Zwecke der Sicherung des erzielten Effektes des Zollschatzes solche Vereinbarungen zu treffen, welche es ermöglichen, daß die Zölle mit jenen Preiserhöhungen, die sich den Friedenspreisen gegenüber ergeben werden, in Einklang gebracht werden.

II. Ü b e r g a n g s w i r t s c h a f t.

Auf dem Gebiete der Übergangswirtschaft wäre einverständliches Vorgehen bei der Beseitigung der während des Krieges vorgenommenen Verkehrsbeschränkungen und gemeinsame Stellungnahme bei den Friedensverhandlungen behufs Verhütung eines Wirtschaftskrieges zu vereinbaren. Ferner wäre Vorsorge zu treffen für gemeinsames Vorgehen und wechselseitige Unterstützung bei der Beschaffung von Rohstoffen, ausländischen Zahlungsmitteln und Schifffraum sowie auf dem Gebiete des Kreditwesens, Hintanhaltung einer Zurückflutung von im Auslande placierten heimischen Effekten durch die im Friedensvertrage gemeinschaftlich zu verlangenden zweckdienlichen Maßnahmen der fremden Regierungen.

III. V e r k e h r s f r a g e n.

Hinsichtlich der verkehrspolitischen Fragen wäre die Initiative der deutschen Regierung zu überlassen.

IV. S o n s t i g e W i r t s c h a f t s f r a g e n.

Auch auf anderen Gebieten wäre eine möglichste Assimilierung der wirtschaftlichen Gesetzgebung anzustreben. Aufgabe der Zoll- und Handelskonferenz wäre die Ausarbeitung von Vorschlägen und die Vorbereitung des Materials hiefür.»

Das Promemoria für die weiteren Ministerbesprechungen, beziehungsweise für Vereinbarungen im Notenwege enthält folgende zwei Punkte:

«1. Auf handelspolitischem Aktionsgebiet bezüglich der mit auswärtigen Staaten abzuschließenden handelspolitischen Vereinbarungen ist ein gemeinsames Vorgehen seitens Österreich-Ungarns und Deutschlands anzustreben, jedoch bei Wahrung der gegenseitigen Aktionsfreiheit und handelspolitischen Unabhängigkeit. Das gemeinsame Vorgehen hätte auf Grund von jeweils erfolgenden Abmachungen zu erfolgen. Jedenfalls sollte man aber bestrebt sein, sich in die nach außen hin geführten Verhandlungen mit gegenseitiger Loyalität Einsicht zu gewähren, und es wäre auch bezüglich der mit auswärtigen Staaten abzuführenden handelspolitischen Verhandlungen eine freundschaftliche Kooperation und gegenseitig volle Unterstützung zu beobachten.

2. Es erheischt auch jene Eventualität eine Vorsorge, daß ein fremder Staat die aus der mitteleuropäischen Gestaltung sich ergebende Sachlage nicht anerkennen und Gegenmaßregeln in Anwendung bringen sollte. Deshalb wäre österreichisch-ungarischerseits der Standpunkt zu vertreten (um nicht geradezu hieraus einen Kündigungsfall unseres deutschen Vertrages zu konstruieren), daß jenen fremden Staaten gegenüber die Konsequenzen eventuell bis zum vertragslosen Zustande, ja sogar bis zum Zollkriege gezogen werden sollen. Mag sein, daß deutscherseits für diese Eventualität andere Propositionen gemacht werden; selbe wären behufs entgegenkommender Erwägung zu übernehmen.»*)

Auf Grund dieser Instruktionen arbeitete hierauf die Zoll- und Handelskonferenz die Stellungnahme Österreich-Ungarns zu den bevorstehenden Verhandlungen auch im einzelnen aus.

Hiebei wurde beschlossen, die Zollfreiheit für Getreide, Vieh und alle anderen Agrarprodukte anzustreben und zu gewähren. Es zeigte sich also ein beträchtliches Fortschreiten von dem engen Standpunkt der Ausgleichsverhandlungen, in denen die Bereitwilligkeit zum Verzicht auf die Minimalzölle für Getreide noch nicht ausgesprochen und die Einfuhr von Vieh aus

*) Gedrucktes Resumé des k. u. k. Ministeriums des Äußern, ohne Zahl und Datum.

Deutschland nur für ein Kontingent Vertragszölle enthalten sollte. Es wurde ferner beschlossen, Mehl, Malz, Mineralölprodukte, Leinen und Hanfgarne, Hüte, Handschuhe, einen Teil der Holzwaren, Glaswaren, Töpfergeschirr, Zelluloid, Teerfarben und zahlreiche Chemikalien zollfrei zu machen. Für die meisten anderen Industrieartikel sollten die halben Zölle gewährt werden. Bei Eisen und Eisenwaren, Maschinen, Lederwaren, Papierwaren und anderen sollten Zwischenzölle in der Höhe der Differenz zwischen den österreichisch-ungarischen und den deutschen Zöllen bestimmt werden.

2. Die deutschen Delegierten gehen auf den Plan ein.

Bevor auf Grund dieser Instruktionen die formellen Verhandlungen aufgenommen worden waren, kam es am 16. Juli 1917 noch zu einer gemeinsamen Aussprache zwischen den österreichischen und ungarischen Fachministern einerseits und den leitenden wirtschaftspolitischen Funktionären des Berliner Auswärtigen Amtes anderseits über die Grundlage der Verhandlungen, die kurz darauf in Wien beginnen sollten. Nach einer darüber vorliegenden gedruckten Aufzeichnung*) legte in dieser Besprechung Ministerialdirektor im deutschen Auswärtigen Amte Johannes den Standpunkt der deutschen Regierung in einem längeren Exposé dar, in welchem er zunächst auf die Undurchführbarkeit einer vollständigen Zollunion verwies und dann das Einverständnis der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung darüber konstatierte, daß beide Reiche einander für möglichst viele Gegenstände ihrer Erzeugung den wechselseitig zollfreien Verkehr und möglichst niedrige Zwischenzölle gewähren sollen; wie weit man dabei gehen könnte, würde man deutscherseits im wesentlichen den österreichisch-ungarischen Wünschen anheimstellen. Man sei bereit, so weit zu gehen, als Österreich-Ungarn gehen wolle, vorausgesetzt, daß etwas Brauchbares herauskomme. In Deutschland

*) Aufzeichnung über die am 16. Juli 1917 im k. u. k. Ministerium des Äußern unter Vorsitz des k. u. k. Ministers des Äußern und in Anwesenheit des k. k. österr. Ministerpräsidenten, der österr. und der ungar. Ressortminister und des kais. deutschen Botschafters mit den Delegierten des kais. deutschen Ausw. Amtes, Ministerialdirektor Johannes und Geh. Legationsrat v. Stockhammern, abgehaltenen Besprechung über die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Ad 70, 787/9, 1917.

sei man bereit, gegebenenfalls sehr weit zu gehen. Die Durchführung denke man sich auf deutscher Seite etwa folgendermaßen:

Das bereits fertiggestellte einheitliche Tarifschema wäre der Aufstellung neuer Zolltarife in beiden Reichen zugrunde zu legen, wobei der Erwägung anheimzustellen wäre, inwieweit bei einzelnen Positionen übereinstimmende Zollsätze aufgestellt werden könnten. Neben dem Zolltarife wäre ein Zollgesetz nach einheitlichen Grundsätzen auszuarbeiten, ferner die Verpflichtung einzugehen, die Ausführungsbestimmungen zum Zolltarife, die Handhabung desselben einheitlich durchzuführen, einheitliche Erläuterungen zum Zolltarife aufzustellen und zu erhalten. Im Verkehre zwischen den beiden Teilen hätten niedrige Zwischenzölle zu gelten oder die Zollfreiheit. Wie weit in dieser Beziehung gegangen werde, hänge von Österreich-Ungarn ab. Deutscherseits würden nur geringe Vorbehalte gemacht werden. Eine Gemeinschaft der Zolleinnahmen sei nicht in Aussicht zu nehmen. Jeder Teil erhebe die Zolleinnahmen bei seinen Kassen und behalte sie. Nur bei einzelnen Artikeln des Massenverkehrs wäre zu erwägen, ob nicht eine Vergütung zu erfolgen hätte. Die Selbständigkeit der Handelspolitik dritten Ländern gegenüber bliebe grundsätzlich gewahrt. Insoweit allerdings einheitliche Zollsätze vereinbart wären, könnte der eine Teil ohne den anderen eine Änderung nicht eintreten lassen. Auch müßte natürlich bei wichtigeren Verträgen tunlichst einheitlich vorgegangen werden. Eine unbedingte Festlegung auf gemeinsame Verhandlungen mit dritten Staaten solle jedoch nicht erfolgen, sie wäre auch nicht zweckmäßig, denn der eine Teil könnte zu Schwierigkeiten kommen, die dem anderen nicht erwachsen würden. In einem Geheimprotokolle wäre von vornherein festzulegen, in welchen Punkten der eine Teil seine Zustimmung dazu gibt, daß der andere seine Zölle dritten Staaten gegenüber herabsetzt. Dadurch wäre eine größere Bewegungsfreiheit möglich und auch die Möglichkeit gegeben, eine Spannung zwischen Annäherungs- und Außenzoll dritten Ländern gegenüber entsprechend zu verwerten. Der Abschluß von Handelsverträgen solle stets selbständig erfolgen. Die Vereinbarungen über die Zölle würden zu ergänzen sein durch Vereinbarungen über die Handhabung der Verkehrsverbote, über die Frage, inwieweit Steuern von den Erzeugnissen des anderen Teiles zu

erheben seien, über die Durchfuhr- und über die Ausfuhrprämien. Auch die bestehenden Abmachungen über das Schifffahrts- und Eisenbahnwesen müßten weiter ausgebaut werden. Endlich müsse man in eine Erörterung der Eisenbahntarife im Verkehr mit dem Balkan und der Donaudampfschiffahrt eingehen, wobei vorzubehalten sei, ob diese letzteren Fragen im Wirtschaftsbündnis oder nur im Zusammenhang damit, aber getrennt, zu regeln wären.

Von Seiten der österreichischen Regierung erklärte Ministerpräsident Dr. Seidler seine Übereinstimmung mit den deutscherseits ausgesprochenen Grundgedanken, er betonte jedoch, daß bei der Festsetzung der Zollbegünstigungen mit Vorsicht vorgegangen werden müsse. Lebensbedingungen der Produktion können nicht außer acht gelassen werden. Österreich-Ungarn habe einen schweren Stand, weil es in den Industrieartikeln gerade gegenüber dem Deutschen Reich passiv ist. Auch die Konstruktion werde Schwierigkeiten bieten. Man könne die beiden Tarife nicht unabhängig voneinander sein lassen. Gleich können sie nicht sein. Diese Gleichstellung sei schon bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit Schwierigkeiten verbunden, bei den Industrieartikeln erscheine sie unmöglich. Es werde also eine gewisse Beengung entstehen: der Staat mit dem höheren Zoll werde nicht beliebig heruntergehen können, weil der andere Staat Anspruch auf ein gewisses Maß von Präferenz haben wird. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, werde man konkretisierend, Artikel für Artikel durchgehen müssen. In bezug auf das Verhältnis zu dritten Staaten soll jeder der beiden Teile seine volle Selbständigkeit wahren, wobei ein Zusammengehen von Fall zu Fall nicht ausgeschlossen wäre. Es bestehen somit keine wesentlichen Differenzen der Auffassung. Die wirtschaftlichen Existenzbedingungen werden vorsichtig zu behandeln sein und es werde viel auf sorgsame Arbeit im Detail ankommen.

Von ungarischer Seite erklärte sich Finanzminister Dr. Gratz mit dem Prinzip der gegenseitigen Bevorzugung einverstanden. Ein Abschluß der Verhandlungen auf dieser Grundlage werde jedoch nur möglich sein, wenn ihr Ergebnis zeigen werde, daß bei einem Vorzugsverhältnis 1. die wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns im Wesen vollständig gewahrt werden können, 2. seine Selbständigkeit

gegenüber Deutschland und dritten Staaten nicht in den Schatten gestellt und 3. anderen Staaten gegenüber jede feindselige Schärfe vermieden werde. Vor Durchbesprechung der ganzen Materie könne man sich kein Urteil darüber bilden, ob die Befürchtung, daß die österreichische und ungarische Industrie im Falle einer zollpolitischen Annäherung an Deutschland von der stärkeren deutschen vollständig überrannt werden könnte, gerechtfertigt sei oder nicht. Erst wenn das Ergebnis der Referentenbesprechungen vorliegen werde, werde daher in Kenntnis aller Einzelheiten eine Entscheidung darüber möglich sein, ob das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland tatsächlich auf der Grundlage der gegenseitigen Bevorzugung aufgebaut werden könne. Der ungarische Finanzminister wünschte aber auch die Erweiterung des vom Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes umschriebenen Rahmens der Verhandlungen. Es müsse die Frage der deutschen Kohlensteuer, beziehungsweise ihrer Einhebung von der aus Deutschland nach Österreich-Ungarn eingeführten Kohle eine die österreichischen und ungarischen Abnehmer nicht belastende Regelung finden, was am besten im Zusammenhang mit der auch deutscherseits erwähnten Frage der inneren Steuern geschehen könne. Ferner werde ungarischerseits Gewicht gelegt auf den Abschluß einer Veterinärkonvention, welche es ausschließe, daß mit Verschiebung veterinärpolizeilicher Bedenken handelspolitische Wirkungen erzielt werden, dann ein gemeinsames Vorgehen im Kartellwesen, ein Zusammenwirken in den Fragen der Übergangswirtschaft und endlich eine Abmachung über valutarische Fragen. Schließlich entspann sich noch eine Erörterung über die Frage, auf welche Staaten im Falle einer weiteren Ausdehnung des Vorzugsverhältnisses gedacht werden könnte. Ministerialdirektor Johannes erklärte, man sei diesbezüglich in Deutschland der Ansicht, daß von einem Anschluß der Schweiz und der skandinavischen Staaten vorläufig wohl keine Rede sein könne, dieser Gedanke werde erst eine weitere Entwicklung durchzumachen haben. Anders stehe die Frage des Anschlusses des Balkans, insbesondere Bulgariens. Hier würde die Frage der Zollfreiheit des vom Balkan kommenden Getreides von entscheidender Bedeutung sein; doch seien auch diese Fragen von den Erörterungen noch weit entfernt.

Es wurde dann beschlossen, daß die Kommission, welche sich nunmehr mit der Ausarbeitung der so vielfach, aber immer nur im allgemeinen erörterten Grundgedanken zu beschäftigen haben werde, am 23. Juli 1917 in Wien zusammentreten solle. Damit rückten nun die Pläne zur wirtschaftlichen Annäherung in ein ernsteres Stadium vor.

VII. Die Kommissionsverhandlungen in Wien.

1. Die deutschen Unterhändler verlangen die Zollunion.

Die am 23. Juli eröffneten Kommissionsverhandlungen*) begannen mit einem Mißklang. Der Vorsitzende der deutschen Delegation Unterstaatssekretär Dr. Richter entwickelte in seiner Eröffnungsrede ein ausführliches Programm für die wirtschaftlichen Annäherungsbestrebungen, das viel weiter ging, als nach den kurz vorher abgegebenen Aufklärungen des Ministerialdirektors Johannes anzunehmen war. Richter fand, daß seit den ersten Verhandlungen im Frühjahr 1916 die Verhältnisse sich wesentlich geändert hätten. Damals sei der Annäherungsgedanke neu gewesen, man sei vorsichtig vorführend und tastend an ihn herangetreten. Seither jedoch sei die Überzeugung von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Annäherung der drei Staaten gewissermaßen ein Gemeingut nicht nur der Regierungen, sondern auch der Bevölkerung geworden. Richter meinte, man müsse damit rechnen, daß die Entente auch nach beendetem Krieg einen scharfen Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte führen werde, dagegen sei rechtzeitig Vorsorge zutreffen. Dazu sei es notwendig, daß Österreich-Ungarn und Deutschland miteinander einen Wirtschaftsvertrag schließen, der die im Inland und im Ausland sofort ins Auge springenden Merkmale einer über den Rahmen eines bloßen Handels- und Zollvertrages hinausgehenden Vereinbarung an sich trage.

Dies glaubte Dr. Richter vor allem durch Aufnahme einer Bestimmung zu erreichen, nach welcher die beiden Teile übereinkommen würden, die Gesetzgebung auf dem Gebiete von

*) Niederschrift über die in der Zeit vom 23. Juli bis 4. August 1917 in Wien im k. u. k. Ministerium des Äußern abgehaltenen kommissarischen Verhandlungen betreffend die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche. Ohne Zahl.

Handel und Verkehr, der Gesundheits- und Nahrungsmittelpolizei, des Veterinärwesens, der Sozialpolitik sowie des gewerblichen und geistigen Eigentums in den verbündeten Reichen möglichst gleichmäßig zu gestalten. Was nun das Zoll- und Handelsbündnis angehe, müsse man von dem Grundsatz der Aufrechterhaltung der vollen und uneingeschränkten Souveränität der drei Staaten ausgehen. Der Vertrag dürfe daher kein staatsrechtlicher sein, sondern müsse sich ganz auf dem Boden völkerrechtlicher Vereinbarungen halten. Deswegen müsse auch von einer vollen Zollunion abgesehen werden, denn diese würde die Schaffung gewisser staatsrechtlicher Gemeinschaftsorgane zur Folge haben. Anderseits aber werde man sich hüten müssen, dem Vertragsinstrument den Charakter eines auf dem Grundsatz bloßer Vorzugszölle aufgestellten Zollvertrages zu geben. Wenn in der überwiegenden Mehrzahl der Gruppen des Zolltarifs Vorzugszölle vereinbart werden sollten, die über die allen Staaten im Wege der Handelsverträge gewährten Vergünstigungen wesentlich hinausgehen, so sei zu befürchten, daß ein derartiger Präferenzvertrag weder von den feindlichen noch von den neutralen Staaten anerkannt würde. Selbst wenn die militärische Lage der Mittelmächte beim Friedensschluß eine so günstige wäre, daß sie den Frieden diktieren könnten, was kaum zu erwarten sei, würde es fraglich sein, ob ein solcher Vertrag sich über die erstmalige Vertragsdauer hinaus aufrecht halten ließe. Ein Vertrag mit durchlaufenden Zwischenzöllen werde in den feindlichen und in den neutralen Staaten als ein Vertrag zur Umgehung der Meistbegünstigung angesehen werden, und es sei zu befürchten, daß auch neutrale Staaten, wie die Schweiz und Schweden, seitens der Entente vor die Wahl gestellt werden könnten, ein so beschaffenes Zollbündnis der Zentralmächte ihrerseits durch Nichtabschluß von Handelsverträgen mit diesen Mächten zu bekämpfen oder aber mit den Ententestaaten einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika in Zollkrieg zu geraten. Zur möglichsten Vermeidung dieser Gefahren schlug Richter vor, die in die gleichzeitig in Kraft zu setzenden Zolltarife aufzunehmenden Außenzölle im wesentlichen in gleicher Höhe zu halten, so daß man also zu einem möglichst einheitlichen Zollgebiete mit gemeinsamer Außenzolllinie gelangen würde. Im Binnenverkehre zwischen den beiden Reichen wären, von Aus-

nahmen abgesehen, Zwischenzölle wirtschaftlichen Charakters möglichst zu vermeiden, so daß der Handel im ganzen Gebiete sich möglichst frei bewegen könnte. Bei Gegenseitigkeit wäre Deutschland bereit, von jeder Einhebung von Zwischenzöllen abzusehen. Gelänge es, in der überwiegenden Mehrzahl der Abschnitte des Zolltarifs eine solche Vereinheitlichung der Außenzölle bei Zollfreiheit im Binnenverkehr herbeizuführen, so würde damit ein Wirtschaftsgebiet von so enormer Kraft, von so starker landwirtschaftlicher und industrieller Leistungsfähigkeit und von so allgemeiner kultureller Bedeutung geschaffen werden, daß sich die Drittstaaten unter allen Umständen gezwungen sehen würden, mit einem solchen großen Wirtschaftsgebiete möglichst ausgiebigen Handelsverkehr zu suchen. Es werde ihnen dann auch jede Möglichkeit genommen sein, aus dem Prinzip der Meistbegünstigung Gründe oder Vorwände für den Nichtabschluß von Handelsverträgen mit den Zentralmächten abzuleiten.

2. Die österreichisch-ungarischen Unterhändler lehnen die Zollunion ab.

Da diese Ausführungen des deutschen Verhandlungsleiters — besonders so weit sie sich auf die Frage der Zwischenzölle bezogen — weit darüber hinausgingen, was österreichisch-ungarischerseits als möglich und zweckmäßig angesehen wurde, gab der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation, Sektionsehef I p p e n, in der nächsten Sitzung eine längere Gegenerklärung ab. Österreichisch-ungarischerseits sei man einverstanden damit, daß ein wirtschaftliches Abkommen besonderer Art, welches über den Rahmen eines gewöhnlichen Handelsvertrages hinausgeht, anzustreben sei, daß dieses Abkommen auf völkerrechtlicher Grundlage aufgebaut werden solle und nicht den Charakter einer Zollunion haben könne, daß ferner die zu treffenden Vereinbarungen das ganze Gebiet der den gegenseitigen Handel und Verkehr regelnden Gesetze und Verordnungen umfassen solle und daß endlich alles vermieden werde müsse, was dritten Staaten einen berechtigten Anlaß geben könnte, dem Annäherungsvertrag mit feindseligen Maßnahmen entgegenzutreten. Dagegen halte man es auf österreichisch-ungarischer Seite nicht für zweckmäßig, im vorhinein eine Methode festzulegen, welche sich ohne genaue Abschätzung

und Wertung der in Betracht kommenden konkreten einzelnen Interessen von allgemeinen Erwägungen allein leiten läßt. In diesem Punkte also befänden sich die österreichischen und ungarischen Delegierten nicht in Übereinstimmung mit Dr. Richter, wenn er mit möglichst wenigen wirtschaftlichen Zwischenzöllen, also auf Basis weitgehender gegenseitiger Zollfreiheiten im wechselseitigen Zwischenverkehr vorerst möglichst übereinstimmende Zolltarife nach außen herzustellen wünscht, um dann nach Maßgabe der von den verbündeten Reichen mit dritten Staaten selbständig abzuschließenden Verträge, wo sich die Notwendigkeit ergeben sollte, ein System von Zwischenzöllen im gegenseitigen Verkehr auszubauen. Der österreichisch-ungarischen Delegation schwebte eine solche Methode vor, welche vor allem die Zollsätze und Zollfreiheiten im gegenseitigen Verkehr festzulegen hätte. Es solle eine Grundlage für die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen geschaffen, dann erst die Regelung der Beziehungen zu dritten Staaten vorbereitet werden. Da sich die Zollfragen nicht im allgemeinen entscheiden lassen, sehe jedoch die österreichisch-ungarische Delegation in der bestehenden Meinungsverschiedenheit kein Hindernis, in die Einzelverhandlungen einzutreten.

Deutscherseits wurde diesem Antrag zugestimmt und es begannen hierauf die Einzelberatungen, die bis zum 4. August währten und die als eine Probe angesehen werden müssen, die angestellt wurde, um zu sehen, wie sich die dem Gedanken einer wirtschaftlichen Annäherung in Form eines Vorzugsvertrages zugrunde liegenden Grundsätze auf einzelne wichtigere Klassen des Zolltarifs anwenden ließen.

Bei den Agrarzöllen erklärten die deutschen Vertreter die Zollfreiheit für Weizen und Roggen, Obst und Gemüse sowie für Vieh; für Gerste boten sie nur eine Herabsetzung und für Malz den geltenden Zoll an, wodurch die Zollspannung zugunsten der deutschen Malzindustrie noch erhöht worden wäre. Auch für Mehl sollte der deutsche Zollschutz im Verhältnis zum Getreide nicht verringert werden. Die deutschen Zölle für Holz und Sägewaren wurden nur unwesentlich ermäßigt. Österreichisch-ungarischerseits wurde für Glaswaren die Zollfreiheit angeboten, für Baumwollwaren die halben Zölle, für Eisenwaren Herabsetzungen um durchschnittlich 25 % der geltenden Zölle. Diese Ermäßigungen der Industriezölle wurden

deutscherseits mit reziproken perzentuellen Herabsetzungen der deutschen Industriezölle beantwortet, also für Baumwollwaren die halben Zölle usw. Bei dieser ersten Verhandlung über die Zollsätze zeigten die deutschen Vertreter große Zurückhaltung, die in der Aufrechterhaltung des Zollschutzes für die wichtigsten Exportartikel Österreich-Ungarns und auch darin zum Ausdruck kam, daß selbst für Industrieartikel, wie Eisenwaren, in denen Deutschland im Verhältnis zu Österreich-Ungarn einen großen Export, aber fast keinen Import hatte, nicht die Zollfreiheit, sondern nur Herabsetzungen gewährt wurden, die perzentuell den österreichisch-ungarischen Ermäßigungen gleich waren, absolut genommen aber hinter ihnen zurückblieben. Dieses Verhalten stand im Widerspruch damit, daß die deutschen Unterhändler bei der Besprechung der allgemeinen Grundsätze in der Annäherung viel weiter gehen wollten als die österreichisch-ungarischen.

VIII. Kommissionsverhandlungen auf der Margaretheninsel und anschließende Wiener Fachberatungen.

1. Die Differenzen vergrößern sich.

Am 18. September 1917 traten auf der Margaretheninsel in Budapest die Delegationen Österreich-Ungarns und Deutschlands von neuem zusammen, in der Absicht, das, was im Juli bezüglich einiger Klassen des Zolltarifs gewissermaßen als Stichprobe versucht wurde — nämlich die Zollsätze zu besprechen und Außenzölle und Zwischenzölle in einen brauchbaren Einklang zu bringen — bezüglich des ganzen Zolltarifs durchzuführen und so das durch die Wiener Verhandlungen relativ wenig geförderte Werk der wirtschaftlichen Annäherung vorwärts zu bringen. Es wurde denn auch tatsächlich die größere Hälfte der Posten des Zolltarifs einer Besprechung unterzogen.*)

Es gelang jedoch nicht, zu Ergebnissen zu gelangen, die Aussichten auf das Gelingen des Werkes eröffnet hätten. Öster-

*) Niederschrift über die in der Zeit vom 18. September bis 12. Oktober in Budapest und sodann vom 5. November bis 5. Dezember in Wien abgehaltenen kommissarischen Verhandlungen betreffend die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche. Ohne Zahl.

österreichisch-ungarischerseits hielt man daran fest, daß die meisten österreichischen Industrien des Zollschatzes gegen die deutsche Konkurrenz nicht entbehren könnten und daher durch, wenn auch ermäßigte, Zwischenzölle geschützt werden müßten. Deutscherseits erwiderte man dies mit dem Festhalten von Zwischenzöllen für die meisten deutschen Produktionszweige auch in den zahlreichen Fällen, in denen von einer Gefährdung durch die österreichische Konkurrenz nicht die Rede sein konnte. Auch wurden für die wichtigsten österreichischen Exportwaren keine wesentlichen Zugeständnisse gemacht. Die deutschen Vertreter erklärten zunächst, für österreichisch-ungarische Mineralölprodukte keine bestimmte Zusicherung geben und auf den Zoll für Holz nicht verzichten zu können. Die österreichisch-ungarischen Vertreter gestanden nur für einen Teil der Teerfarben die Zollfreiheit zu. Die von ihnen für Leinen und Hanfgarne, in denen die Spinnereien der beiden Reiche ungefähr gleich konkurrenzfähig waren, beantragte gegenseitige Zollfreiheit wurde deutscherseits abgelehnt, weil Deutschland, dessen Bedarf größer war, mehr solche Garne aus Österreich-Ungarn ein- als dahin ausführte. Als dann die bei der Wiener Besprechung für Gerste, Malz und Mehl angegebenen Zölle aufrechterhalten wurden, gestanden die österreichisch-ungarischen Vertreter für diese Produkte demonstrativ einseitig die Zollfreiheit zu. Bei der darauf folgenden Besprechung der Zölle für Holz und Sägewaren hielten die Deutschen an Zwischenzöllen fest und es wurde so klar, daß man sich bei der Fortsetzung der Verhandlungen einander nicht nähern, sondern immer weiter voneinander entfernen werde.

2. Ein Wirtschaftsbündnis kann nicht auf das Abwägen der Zugeständnisse aufgebaut werden.

Die Unzufriedenheit mit dem Fortgang und den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen kam auch in der grundsätzlichen Erörterung zum Ausdruck, welche bei Unterbrechung der Verhandlungen über den Zolltarif stattfand und in welcher die Empfindung, daß man vom eigentlichen Ziel der Annäherungsbestrebungen weit entfernt sei, rückhaltlos einbekannt wurde.

Der den Vorsitz führende Vertreter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, Sektionschef Dr. G r a t z, knüpfte in seinem Schlußwort an die Ergebnisse der Minister-

besprechung vom 16. Juli an, in welcher sich beide Teile das Recht vorbehalten hatten, am Ende der seither in Gang gesetzten Einzelberatungen zu prüfen, ob die Annahme des für die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Reiche in Aussicht genommenen Vorzugsverhältnisses ihren wirtschaftlichen Interessen auch wirklich entspreche. Wenn diese Frage jetzt nach Abschluß der Verhandlungen auf der Margaretheninsel endgültig zu beantworten wäre, so wäre es kaum möglich, sie zu bejahen. Die Absicht sei gewesen, die gegenseitige Annäherung so weit auszudehnen, als es möglich sei, ohne wichtige Produktionsinteressen preiszugeben, und bloß jene Zölle aufrecht zu halten, die zur Erhaltung wichtiger Produktionsinteressen unbedingt nötig sind. Wenn man jedoch prüfe, inwieweit es gelungen sei, den Grundsatz durchzusetzen, daß die beiden Reiche einander ohne kleinliches Feilschen alles anbieten sollen, was sie ohne Schädigung wesentlicher Produktionsinteressen anbieten können, so sei das Bild, das man am Ende der Verhandlungen habe, ein durchaus ungünstiges. Es seien Zollsätze für den Zwischenverkehr deklariert worden bei Artikeln, in welchen eine ernste Konkurrenzierungsgefahr seitens des anderen Teiles keineswegs bestanden hat. Es sei in vielen Fällen auch die angestrebte Bevorzugung nur dadurch erreicht worden, daß man die autonomen Sätze in die Höhe schraubte, um die heutigen, für den anderen Teil vielfach unüberwindlichen Zölle in Form von Vorzugszöllen in Kraft halten zu können. Es sei bei vielen Posten genau darauf gesehen worden, was der schutzbedürftige Teil mache, und das Verhalten des anderen Teiles wurde vielfach davon und nicht von den eigenen wirtschaftlichen Interessen abhängig gemacht. Auf diesem Wege werde man zu einem Zerrbild eines Annäherungsvertrages kommen, zu einem Vertrag, der alle Nachteile der Annäherung — Verringerung des Produktionsschutzes und Schwierigkeiten mit dritten Staaten — nach sich ziehen wird, ohne die Vorteile der Annäherung, die Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes — auch nur in dunklen Umrissen — aufzuweisen, und der daher von den Gegnern der Annäherung wie auch von ihren Anhängern gleichermaßen als unbefriedigend zurückgewiesen werden wird. Opfer müsse es geben, aber sie können nur erklärlich gemacht werden, wenn man in dem ganzen Werke den großen Zug sehe. Es sei daher eine günstige Fügung, daß in den Arbeiten der Kommission eine

Unterbrechung eintreten müsse. Diese sollte dazu benützt werden, damit jeder Teil mit sich selbst und mit seinen Regierungen zu Rate gehe, um den richtigen Weg zu einem gedeihlichen und ersprießlichen Abschluß der Verhandlungen zu finden und das Grundprinzip der Annäherung zu verwirklichen: Annäherung auf allen Gebieten, wo es nicht wesentliche wirtschaftliche Interessen zu schützen gibt.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Ministerialdirektor J o h a n n e s, begrüßte den Appell des Vorsitzenden, die größeren Gesichtspunkte bei den Erörterungen mehr als bisher in den Vordergrund zu stellen. Auf deutscher Seite stehe man unter dem Eindruck, daß das deutsche Angebot auf agrarischem Gebiete, besonders bezüglich des Brotgetreides, ein sehr großes Entgegenkommen darstelle. Für die Durchsetzung des gesetzgeberischen Werkes seien aber die großen Gesichtspunkte weniger maßgebend als die sich eventuell ergebenden Widerstände der Interessenten. Dieser Widerstand sei gerade bei den Agrariern in Deutschland sehr stark, da diese die Zölle aufrecht halten wollen. Leicht falle dieses Zugeständnis der deutschen Regierung nicht und wenn es aufrecht gehalten werde, so geschehe das, um Österreich-Ungarn etwas zu bieten, was für die Zukunft von großer Bedeutung sein kann. Dieses Angebot sei aber auch entsprechender Gegenkonzessionen wert und man müsse deutscherseits daher wünschen, daß es auf Österreich-Ungarns Seite bei den anderen Abschnitten des Zolltarifs berücksichtigt und nicht jeder Abschnitt getrennt beurteilt werde. Eine andere Meinungsverschiedenheit bestehe bezüglich der Frage, wie weit man bei jenen Tarifpositionen, wo es sich nicht um ein wirkliches Schutzinteresse handelt, in der Ermäßigung der Zölle gehen könne. Man sei deutscherseits bereit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf industriellem Gebiet überall den zollfreien Verkehr herzustellen. Auf österreichisch-ungarischer Seite habe man Bedenken, das gleiche zu tun. Nun werde aber zu Unrecht österreichisch-ungarischerseits die Meinung vertreten, daß Österreich-Ungarn den Zoll beibehalten, Deutschland aber, als der stärkere Teil, auf die Zölle verzichten könne. Dies sei die Hauptdifferenz. Man könne der deutschen Öffentlichkeit nicht ein Vertragswerk vorlegen, in dem die Zollschranken in Österreich-Ungarn fast durchwegs erhalten bleiben, während Deutschland die Zollfreiheit einführt. Viele Streitfragen

werden übrigens bei der zweiten Lesung bereinigt werden können, die wichtigsten allerdings erst, wenn den Regierungen ein Gesamtbericht erstattet werden kann.

Der Vertreter des österreichischen Handelsministeriums, Hofrat Dr. Schüller, erwiderte, daß man auf österreichisch-ungarischer Seite keinesfalls die Notwendigkeit verkenne, die Zugeständnisse auf agrarischem und industriellem Gebiete zusammenzufassen. Man müsse sich aber hiebei auch die Tatsache vor Augen halten, daß die handelspolitische relevante Ausfuhr Deutschlands nach Österreich-Ungarn viel bedeutender sei als die Ausfuhr Österreich-Ungarns an handelspolitisch relevanten agrarischen und industriellen Artikeln nach Deutschland. Schon in dieser Verschiedenheit der gegenseitig ausgetauschten Handelswerte liege eine Schwierigkeit für die Durchführung des Kompensationsprinzips. Man müsse ferner daran denken, daß der Vertrag für Österreich-Ungarn auch industriell möglich werde. Trotz des industriellen Schutzbedürfnisses Österreich-Ungarns habe man sich bemüht, weit über den letzten Handelsvertrag hinausgehende Zollermäßigungen eintreten zu lassen. Dies sei nicht nur aus dem Grunde als Zugeständnis von hohem Wert zu beurteilen, weil der Handelsverkehr mit Deutschland in der laufenden Vertragsperiode schon infolge der natürlichen Verhältnisse eine für Österreich-Ungarn sehr ungünstige Entwicklung genommen habe, sondern auch wegen der durch den Krieg bewirkten außerordentlichen Preissteigerung, wodurch die Zölle an Gewicht und Bedeutung verlieren. Auch bezüglich der künftigen Gestaltung der allgemeinen Handelsverhältnisse liege das Risiko ganz ungleich mehr auf österreichisch-ungarischer Seite, denn die Landwirtschaft Österreich-Ungarns würde Deutschland nicht gefährlich werden können, während der Wettbewerb der deutschen Industrie die österreichische und die ungarische Industrie gefährden könne. Die Grundidee, auf welche die Verhandlungen eingestellt werden sollten, hätte darin zu bestehen, daß jeder Teil rückhaltslos die Zugeständnisse anzubieten hätte, bis zu welchen er ohne wesentliche Schädigung der eigenen Interessen gehen könne.

Dieser Auffassung wurde beiderseitig zugestimmt. Der Vorsitzende, Sektionschef Dr. Gratz, war demnach in der Lage, die Besprechung der allgemeinen Gesichtspunkte mit der Feststellung abzuschließen, daß eine weitgehende Übereinstimmung

darin bestehe, das Werk in dem Sinne fortzuführen, daß die wirtschaftliche Entwicklung beider Teile durch Beseitigung aller überflüssigen Schranken des gegenseitigen Verkehrs gefördert werden solle. Man stimme auch darin überein, daß das Ergebnis der Verhandlungen in seiner Gänze beurteilt werden müsse, nicht innerhalb der einzelnen Warengruppen und Tarifnummern. Ebenso sei man darüber einig, daß dasjenige, was bisher erledigt wurde, nicht zu dem Urteil berechtige, daß es gelungen sei, diesen Grundgedanken in genügendem Maße zur Durchführung zu bringen. Die Abweichung in den beiderseitigen Anschauungen liege in der Meinungsverschiedenheit darüber, wo die größere Zurückhaltung beobachtet wurde.

3. Detailverhandlungen.

Die am 12. Oktober unterbrochenen Verhandlungen wurden vom 5. November bis 5. Dezember in Wien fortgeführt. Man sprach die übrigen Klassen des Zolltarifs durch, doch hatte man beiderseits die Überzeugung, daß man sich auf einem nicht zum Ziele führenden Wege befinde, und arbeitete nur mechanisch weiter, um den Faden der Verhandlungen nicht abreißen zu lassen. Wertvoll war der gemeinsam hergestellte Entwurf eines *Z o l l g e s e t z e s*, das in beiden Reichen in Kraft treten sollte. Auch wurde eine Reihe von allgemeinen Fragen besprochen, so das Verhältnis der autonomen zu den Zwischenzöllen, das Vorgehen beim Abschlusse von Handelsverträgen mit anderen Staaten, der Veredelungsverkehr, die Fragen der Verbrauchssteuern und der Monopole.

Am 25. Oktober trat in Wien eine Spezialkommission zusammen, welche die in den Annäherungsvertrag aufzunehmenden *eisenbahnpolitischen* Vereinbarungen vorzubereiten hatte.*) Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens war Deutschland der fordernde, Österreich-Ungarn der gebende Teil. Ein großer Teil der deutschen Ausfuhr nach dem Balkan nahm den Weg über Österreich-Ungarn, Deutschland hatte also ein erhebliches Interesse daran, den Verkehr seiner Waren auf den österreichischen und ungarischen Bahnen durch entsprechende Abmachungen besonders tarifarischer Natur zu fördern, wäh-

*) Eisenbahnpolitische Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche. Gedrucktes Resumé, verfaßt vom k. k. Ministerialrat Dr. v. Boschan.

rend von der österreichisch-ungarischen Ausfuhr nur ein unbedeutender Bruchteil den Weg über deutsche Eisenbahnen nahm. Dieser Sachlage entsprechend war man auf österreichisch-ungarischer Seite bemüht, Abmachungen über eine Bindung in eisenbahntarifarischer Hinsicht hinauszuschieben, bis man sich über den gesamten Inhalt des Annäherungsvertrages ein Bild machen könnte. Ein deutscherseits vorgelegter Entwurf, in dem beide Staaten den Transporten des anderen Teiles in derselben Verkehrsrichtung und auf derselben Verkehrsstrecke die gleiche Behandlung zusichern, welche die einheimischen Transporte genießen, in dem ferner die gegenseitige Parität ausgesprochen und die Herstellung direkter Personen- und Gütertarife vorgeschlagen wird, bildete den Gegenstand eingehender Erörterungen, doch blieben einige Einzelfragen auch am Schlusse der Besprechung noch offen. Dem Wunsche Deutschlands nach Aufnahme in die zwischen Österreich-Ungarn, Serbien, Bulgarien und der Türkei abgeschlossenen Eisenbahnkonvention vom 9. Mai 1883 (die sogenannte Convention à quatre), welche einige wertvolle Bestimmungen enthielt (Parität, Meistbegünstigung, Unkündbarkeit usw.), wurde insoweit entsprochen, als sich Österreich-Ungarn bereit erklärte, für die Aufnahme Deutschlands bei den Mitkontrahenten einzutreten. Bezüglich einer deutschen Anregung auf Bindung gewisser ermäßigter Eisenbahntarife Österreichs und Ungarns, besonders im Verkehr mit den Balkanländern, kam eine endgültige Vereinbarung nicht zustande.

Auch die Beratungen über ein neues Veterinärübereinkommen gediehen nicht zum Abschluß.*) In Österreich-Ungarn wurde seit längerer Zeit Klage darüber geführt, daß Deutschland unter Vorschützung veterinärpolizeilicher Bedenken sowohl die Einfuhr von lebendem Vieh aus Österreich-Ungarn als auch die Einfuhr von Fleisch (deutsches Fleischbeschaugesetz) erschwere, und es wurde in einem österreichisch-ungarischerseits vorgelegten Entwurf eines neuen Tierseuchenübereinkommens der Versuch unternommen, dieses Vorgehen in Zukunft unmöglich zu machen. Dieser Entwurf wurde jedoch

*) Niederschrift über die in der Zeit vom 22. November bis 5. Dezember 1917 im k. u. k. Ministerium des Äußern geführten Verhandlungen wegen Abschlusses eines neuen Tierseuchenübereinkommens zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche. Ohne Zahl.

deutscherseits abgelehnt, weil er eine präventive Sperrung der Vieheinfuhr nicht gestattet hätte und weil deutscherseits auch bezüglich der Konstruktion des Nachweises der seuchenfreien Herkunft der Tiere sowie bezüglich der Einschränkung der Sperrmaßnahmen gegen die Rinderpest schwere Bedenken bestünden. Es wurde hierauf österreichisch-ungarischerseits ein zweiter Entwurf verfaßt, der jedoch deutscherseits noch immer für unannehmbar gehalten wurde. In der darauf folgenden Aussprache wurde es für möglich gehalten, durch eine Neuformulierung einzelner Bestimmungen und durch die Festlegung näherer Details über die Verhängung, den Umfang und die Zeitdauer der Sperren eine Einigung zu erzielen, doch wurde diese einer späteren Aussprache vorbehalten. Auch die österreichisch-ungarischen Wünsche auf Erleichterung der Fleischeinfuhr wurden zunächst abgelehnt, doch behielt es sich Österreich-Ungarn vor, auch auf diese Frage noch zurückzukommen.

IX. Neue Vorbereitungen. Brest-Litowsk und Bukarest.

1. Die polnische Frage.

Am Schlusse der Kommissionsberatungen, die Mitte September 1917 auf der Margaretheninsel begonnen hatten und am 5. Dezember in Wien abgeschlossen wurden, hatte man die Empfindung, daß die Annäherungsbestrebungen auf größere Schwierigkeiten stoßen, als anfangs angenommen wurde. Auf jeder Seite wurde die Schuld daran dem anderen Teile zugeschoben und in den zahlreichen politischen Besprechungen, die zu jener Zeit zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland über einige brennende politische Fragen — besonders über die polnische Frage — stattfanden, spielte die Frage des Wirtschaftsbündnisses stets eine wesentliche Rolle. Es war damals von einer Lösung der Polenfrage die Rede, bei der Polen mit Galizien vereint und in nähere Beziehungen zu Österreich-Ungarn gebracht worden wäre (austropolnische Lösung). Deutscherseits hatte man schon im ersten Notenwechsel über die wirtschaftliche Annäherung auf die Möglichkeit angespielt, Österreich-Ungarn für die Opfer, die es der wirtschaftlichen Annäherung zu bringen bemüßigt wäre, durch einen Verzicht auf die deutschen Ansprüche auf Polen zu entschädigen, doch wurde damals diese Anregung abgelehnt, weil man die Frage des wirtschaft-

lichen Verhältnisses zu Deutschland ausschließlich nach wirtschaftlichen Erwägungen, ohne Verquickung mit politischen Fragen behandeln wollte. Nun kam Deutschland, das zu diesem Zeitpunkt bereit war, der austropolnischen Lösung zuzustimmen, auf seine ursprüngliche Anregung zurück. Als Handhabe dazu diente besonders die Frage, welche handelspolitische Stellung das künftige mit Österreich-Ungarn in irgendeiner Form vereinigte Polen haben sollte. Es wurde auf deutscher Seite als undiskutierbar bezeichnet, daß infolge der Vereinigung Polens mit Österreich-Ungarn zu einem geeinigten Wirtschaftsgebiet dort eine Lage entstehe, kraft deren die österreichische Industrie in Polen zollfreien Eingang hätte, die deutsche dagegen die österreichisch-ungarischen Zölle bezahlen müßte. Um diese Gefahr zu beseitigen, wurden deutscherseits neue Anstrengungen gemacht, Österreich-Ungarn zur Schaffung eines einheitlichen deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes zu bewegen, das wiederholt als die Voraussetzung der austropolnischen Lösung bezeichnet wurde. Gegen diese Verquickung des Annäherungsgedankens mit der politischen Frage der Zukunft Polens wurde von Seiten der wirtschaftlichen Fachmänner Österreich-Ungarns immer erwidert, daß die Schwierigkeiten und Nachteile, die sich in handelspolitischer Hinsicht für Deutschland aus der austropolnischen Lösung ergeben könnten, stark überschätzt werden. Für Deutschland bedeute es nur eine Verbesserung des Status quo ante, wenn es in Zukunft bei seiner Ausfuhr nach Polen statt des hohen russischen Schutzzolltarifs nur den niedrigeren österreichisch-ungarischen Vorzugstarif zu überwinden haben werde. Überdies könne man vielleicht auch in der Einführung von Ursprungszeugnissen einen allerdings wenig verlockenden Ausweg aus den immer wieder betonten Schwierigkeiten finden. In den politischen Erörterungen aber erklärten die österreichisch-ungarischen Staatsmänner, daß auch schon in dem Vorzugsverhältnis, das Österreich-Ungarn dem Deutschen Reiche einzuräumen bereit sei, ein so erhebliches Zugeständnis liege, daß dadurch die Zustimmung Deutschlands zur austropolnischen Lösung völlig aufgewogen werde.

2. Das Eingreifen der Minister des Äußern.

In einer Unterredung, die sich unmittelbar vor Weihnachten in Brest-Litowsk, wo damals die Friedensverhandlungen

mit Rußland stattfanden, zwischen dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Grafen Czernin und dem deutschen Staatssekretär für Äußeres v. Kühlmann abspielte, wurde endlich beschlossen, die anfangs Dezember unterbrochenen Verhandlungen über das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn so bald als möglich von neuem aufzunehmen und bei dieser Gelegenheit einen ersten Versuch zur Überbrückung der bestehenden Differenzen zu unternehmen. Diesen Versuch wollte Herr v. Kühlmann auch dadurch unterstützen, daß er mit der Leitung der weiteren Verhandlungen deutscherseits diesmal Herrn v. Koerner betraute, der als der gewiegteste handelspolitische Unterhändler Deutschlands galt. Herr v. Kühlmann äußerte bei dieser Gelegenheit die Ansicht, daß die bisherigen Verhandlungen auf zu enger Basis geführt worden seien; österreichisch-ungarischerseits wurde geantwortet, daß der mangelhafte Erfolg der bisherigen Besprechungen nicht ausschließlich an der zu engen Basis gelegen wäre. Die beiderseits erteilten Instruktionen, bloß jenen Zollschatz aufrecht zu halten, der zur Verteidigung wesentlicher Produktionsinteressen nötig ist, hätte auch ein Weitergehen gestattet, es sei aber aus diesen Instruktionen nicht alles herausgeschöpft worden, was sich aus ihnen herausholen ließ. Besonders sei dies auf deutscher Seite der Fall gewesen, wo man, so oft das wirtschaftlich unleugbar schwächere Österreich-Ungarn bei irgendeinem Posten einen Zollschatz für nötig erklärte, sofort ebenfalls einen Zollschatz verlangte, selbst wenn eine österreichisch-ungarische Konkurrenzmöglichkeit gar nicht vorlag. Auf die weitere Frage v. Kühlmanns, wie man sich in Österreich-Ungarn das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland vorstelle, wurde österreichisch-ungarischerseits erwidert, daß Deutschland den Gedanken, an dem man dort vielfach noch immer festzuhalten scheint, daß zwischen den beiden Reichen am besten eine volle Zollunion zu schaffen wäre und daß man sich von dieser Form mindestens nicht weit entfernen dürfe, endgültig fallen lassen müsse. Eine solche Zollunion würde weder im österreichischen noch im ungarischen Parlament eine Mehrheit finden. Von den 1300 Zollpositionen des neuen Tarifs könne Österreich-Ungarn etwa 700, Deutschland mindestens 1000 für völlig frei erklären, das gäbe auf beiderseits gerechnet 2600 Positionen 1700 Zollfreiheiten

und nur 900 Zollsätze, sei also gewiß ein Vertrag *sui generis*, der sich gegen Meistbegünstigungsschwierigkeiten, die andere Staaten erheben könnten, verteidigen ließe. Kühlmann meint, daß sei immerhin etwas, doch müsse auch der völlige Abbau der Zölle vorhergesehen und für einen nicht allzufernen Termin vereinbart werden, — ein Wunsch, der österreichisch-ungarischerseits als unerfüllbar bezeichnet wurde. Im Zusammenhang mit der Polenfrage erklärte Herr v. Kühlmann nachdrücklich, daß eine differentielle handelspolitische Behandlung Deutschlands in Polen unter keinen Umständen stattfinden dürfe. Das deutsche Staatsministerium habe sich mit dieser Frage befaßt und habe dieses Postulat als *Conditio sine qua non* der austropolnischen Lösung bezeichnet. Es wäre daher auch in dieser Hinsicht am besten, gleich das gegenseitige wirtschaftliche Verhältnis der beiden Reiche so einzurichten, daß sich in diesem Zusammenhange Schwierigkeiten nicht ergeben können.

3. Ein großer Fortschritt.

Im Auftrag Herrn v. Kühlmanns trafen am Neujahrstage 1918 Geheimrat v. Koerner und Legationsrat v. Stockhammern in Wien ein, um über eine neue Grundlage für die Wiederaufnahme der handelspolitischen Verhandlungen einen Meinungsaustausch zu pflegen. In dieser Besprechung, an welcher der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, der österreichische Handelsminister Frh. v. Wieser, die Sektionschefs im österreichischen Handelsministerium Riedl und Dr. Schüller und von seiten des gemeinsamen Ministeriums des Äußeren Sektionschef Dr. Gratz teilnahmen, trat Herr v. Koerner für eine Konstruktion ein, derzufolge zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn grundsätzlich schon jetzt die Zollfreiheit ausgesprochen würde und diese nur durch eine beschränkte Anzahl provisorisch noch aufrecht zu haltender Zölle, die überdies nicht im Vertrag selbst, sondern in einem Annex dazu aufgezählt wären, übergangsweise beschränkt erschiene. Auch trat v. Koerner dafür ein, daß schon jetzt ein verhältnismäßig naher Zeitpunkt für den Abbau aller Zölle und für die Verwirklichung einer vollständigen Zollunion fixiert werde. Österreichisch-ungarischerseits wurde die Entscheidung über die Frage, ob eine grundsätzliche, allgemeine Zollfreiheit mit gewissen Ausnahmen möglich sein werde oder nicht, auf die Zeit

nach Abschluß der Spezialverhandlungen verschoben, da erst diese ein Bild darüber gewähren werden, in welchem Umfang die wirtschaftliche Annäherung möglich ist. Bezüglich der Festsetzung eines fixen Termins für den Abbau aller Zölle nahmen die österreichisch-ungarischen Vertreter einen ablehnenden Standpunkt ein; statt dessen schlugen sie eine von Sektionschef Dr. Schüller ausgearbeitete Formel vor, laut welcher alle fünf Jahre eine Revision der Zollsätze stattfinden solle und schon bei der ersten Revision nach Ablauf von fünf Jahren die präferentiellen Zwischenzölle, die auf der einen oder der anderen Seite für nötig gehalten werden, auf höchstens 50% der für dritte Staaten geltenden entsprechenden Zollsätze ermäßigt werden müssen. Trotz der aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten hatte man nach der Besprechung den Eindruck, daß ein Kompromiß zwischen den einander entgegenstehenden Standpunkten möglich sei und daß es keinen Grund gebe, die Möglichkeit eines den Interessen beider Teile entsprechenden Annäherungsvertrages von vornherein zu verneinen.

Diese Konferenz war ein für die Verhandlungen entscheidender Moment; in ihr zeigt sich bei allen drei Regierungen sichere Überzeugung und fester Wille, die Arbeit zu vollbringen.

4. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest.

Die Verhandlungen über die Neuregelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland konnten jedoch vorerst nicht wieder aufgenommen werden, da beide Teile mit den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und später in Bukarest vollauf beschäftigt waren. In diesen Verhandlungen mußten mit den dritten Staaten Vereinbarungen erzielt werden, laut welchen sie darauf verzichten, die Begünstigungen, die Deutschland und Österreich-Ungarn einander im Rahmen eines Präferenzvertrages gegenseitig gewähren, auf Grund des Meistbegünstigungsprinzipes auch für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Zum erstenmal kam diese Frage in einer Besprechung zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Fachreferenten einerseits und den russischen Friedensdelegierten Joffe und Pokrowski andererseits am 27. Dezember 1917 zur Sprache, und es gelang ohne Mühe, die Zustimmung der russischen Delegierten zu einer solchen Klausel über die Beschränkung der Meistbegünstigung

zu erlangen. Auch in dem ersten Friedensvertrag, den die Mittelmächte zum Abschluß brachten, im Friedensvertrag mit der Ukraine, der am 9. Februar 1918 unterzeichnet wurde, war eine solche Klausel enthalten. Sie war reziprok und lautete folgendermaßen: *)

«Im wirtschaftlichen Verkehr zwischen dem Vertragszollgebiete der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits wird die ukrainische Volksrepublik keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Österreich-Ungarn an Deutschland oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Österreich-Ungarn unmittelbar oder durch ein anderes, mit ihm oder Deutschland zollverbündetes Land mittelbar angrenzt. Kolonien, auswärtige Besitzungen und Schutzgebiete werden in dieser Beziehung dem Mutterlande gleichgesetzt.

Österreich-Ungarn wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche die ukrainische Volksrepublik an ein anderes mit ihr durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an die Ukraine unmittelbar oder durch ein anderes mit ihr zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihr zollverbündeten Länder gewährt.»

Analoge Bestimmungen enthielt der Vertrag für das Verhältnis zwischen Deutschland und der Ukraine. (Art. VII, Abschnitt IV A.)

In der reziproken Fassung der Bestimmung kam die Tendenz der Mittelmächte zum Ausdruck, daß der zwischen ihnen untereinander angestrebte Annäherungsvertrag nicht eine Kampforganisation mit aggressiven Zwecken sein sollte, sondern einfach dem Wunsch nach Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebietes entsprang, das der eigenen Wirtschaft ungleich größere Entwicklungsmöglichkeiten geboten hätte. Ähnliche Bestrebungen bei anderen Staaten sollte in keiner Weise entgegengetreten werden. Auch im russischen Vertrag, vor dessen Unterzeichnung die russischen Delegierten erklärt hatten, daß sie

*) Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits. Artikel VII, Abschnitt IV B.

jeden ihnen vorgelegten Text unterzeichnen werden, erscheint die Klausel über die Beschränkung der Meistbegünstigung in der gleichen reziproken Form.

Inzwischen wurden auch die Vorbereitungen für den Frieden mit Rumänien fortgesetzt. Dabei tauchte die Frage auf, ob man Rumänien in das geplante Wirtschaftsbündnis einbeziehen solle oder nicht. Die Ansichten hierüber waren geteilt. Österreich war unbedingt dafür, Ungarn aus Furcht vor der Konkurrenz der rumänischen Agrarprodukte dagegen. Deutschland erblickte in dem Anschluß Rumäniens Vorteile und Nachteile und verhielt sich ziemlich indifferent. Angesichts dieses Widerstreites der Meinungen wurde in einer am 31. Dezember 1917 im Ministerium des Äußeren in Wien abgehaltenen Sitzung der Zoll- und Handelskonferenz der Ausweg gewählt, es solle versucht werden, in den Friedensvertrag eine Klausel einzufügen, laut welcher Rumänien sich verpflichten würde, in das zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland geplante Wirtschaftsbündnis einzutreten, falls Österreich-Ungarn dies von ihm verlangen sollte. Unmittelbar vor der Abreise der Friedensdelegation nach Bukarest wurde jedoch ein Versuch unternommen, die Zustimmung der ungarischen Regierung dazu zu erlangen, daß in dem Friedensvertrag, welchen man mit Rumänien zu schließen gedachte, der Beitritt Rumäniens zu dem zwischen den beiden Mittelmächten geplanten Wirtschaftsbündnis, falls Rumänien ihn als in seinem Interesse gelegen ansehen würde, nicht bloß bedingungsweise, sondern gleich in definitiver Form ausgesprochen werde. Am 22. Februar fand über diese Frage in Budapest eine Besprechung statt, an welcher der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, Handelsminister Szterényi und Ackerbauminister Graf Serényi, ferner der Sektionschef im österreichischen Handelsministerium Dr. Schüller und der Sektionschef im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren Dr. Gratz teilnahmen. Es gelang jedoch nicht, den Widerstand der ungarischen Regierung gegen eine Einbeziehung Rumäniens in das geplante Wirtschaftsbündnis zu überwinden, und es wurde bloß erklärt, daß die Frage einem ungarischen Ministerrat vorgelegt werden würde. Am 8. März traf dann in Bukarest die Nachricht ein, die ungarische Regierung habe die Einbeziehung Rumäniens in ein Wirtschaftsbündnis, wie es zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland geplant war, ab-

gelehnt. Damit war wieder die in der Zoll- und Handelskonferenz vom 31. Dezember erörterte bedingungsweise Formulierung des eventuellen Anschlusses Rumäniens in den Vordergrund gerückt, welcher die ungarische Regierung am 2. Mai ihre Zustimmung gab. Im Laufe der mit den rumänischen Friedensunterhändlern gepflogenen Besprechungen wurde jedoch davon abgesehen, eine solche Klausel in den Friedensvertrag selbst einzufügen, es wurden bloß gewisse Abmachungen getroffen, in denen Rumänien sich bereit erklärte, seinerzeit, falls es hiezu eingeladen wird, über seinen Eintritt in das Wirtschaftsbündnis unter noch zu vereinbarenden Bedingungen in Verhandlungen zu treten.

Die auf die Beschränkung der Meistbegünstigung bezügliche Klausel dagegen war selbstverständlich auch in dem am 7. Mai unterzeichneten Friedensvertrag mit Rumänien enthalten. In den hierüber geführten Verhandlungen mit den rumänischen Unterhändlern wurde der Aufnahme einer solchen Klausel ebenfalls nicht der geringste Widerstand entgegengesetzt.

Der Vollständigkeit halber ist noch zu erwähnen, daß die auf die Beschränkung der Meistbegünstigung bezügliche Klausel auch in dem am 29. Mai in Wien unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Finnland Aufnahme fand. *)

X. Die Kommissionsverhandlungen in Salzburg.

1. Das Abkommen von Spaa.

Nach Abschluß der Bukarester Friedensverhandlungen mußte abermals an die Verhandlungen über die Neuregelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland herangetreten werden. Diese Frage spielte in den politischen Erörterungen über die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland anhaltend eine große Rolle und wurde auch in dem sogenannten Spaaer Abkommen in die Liste jener Aufgaben aufgenommen, welchen sich die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands zu widmen gedachten. In dem Spaaer Abkommen wurde diese Aufgabe folgendermaßen umschrieben:

*) Österreichisch-ungarisch-finnischer Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Finnland vom 29. Mai 1918, Artikel 6.

«Abschluß eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland und stufenweiser Ausbau mit dem Endziele, einen vollständig zollfreien Verkehr zwischen den vertragsschließenden Mächten anzubahnen.

Das Zoll- und Handelsbündnis soll keinerlei aggressiven Charakter gegen andere Staaten haben und freundschaftliche Handelsbeziehungen mit denselben nicht erschweren.»

Als Endziel der Abmachungen wurde hier — österreichisch-ungarischerseits zum ersten Male — der Wegfall aller Zölle zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bezeichnet. Der Sinn dieser Vereinbarung wurde jedoch unmittelbar darauf einigermaßen eingeschränkt durch eine Verbalnote *) des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, in welcher der österreichisch-ungarische Standpunkt folgendermaßen präzisiert wurde:

«Im Sinne des Spaar Übereinkommens wird das Programm der bevorstehenden Beratungen darin bestehen, daß unter der Voraussetzung der befriedigenden Lösung der polnischen Frage ein enges wirtschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn angestrebt werde, wobei grundsätzlich Zwischenzölle insoweit aufrechterhalten werden sollen, als die wirtschaftlichen Verhältnisse diese unbedingt erfordern, mit der Absicht, stufenweise einen vollständig zollfreien Verkehr zwischen den vertragsschließenden Mächten anzubahnen. Die Prüfung der Frage, ob der Wegfall aller Zwischenzölle im Wege der geplanten Revision von fünf zu fünf Jahren noch während der Dauer des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses erfolgen soll und kann, wird gleichfalls den bevorstehenden Verhandlungen vorbehalten sein.»

2. Beginn der Salzburger Verhandlungen.

Dieses Programm war unbestimmt genug, um die Referenten, die zu seiner Ausarbeitung am 8. Juli zusammentreten sollten, vor eine sehr schwierige Aufgabe zu stellen. Die für das Programm gewählte Formel verhüllte wohl die Differenzen, überbrückte sie aber nicht.

Doch faßten die handelspolitischen Unterhändler, die in Salzburg zusammentrafen, das Problem großzügig an und es

*) Verbalnote des Ministeriums des Äußern 61.041/9 an die kais. deutsche Botschaft in Wien.

gelang ihnen, die Schwierigkeiten zu überwinden. *) Die Salzburger Verhandlungen, die am 9. Juli 1918 begannen, zerfielen in zwei Teile: in die Feststellung der allgemeinen Grundsätze des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Reichen und in die Vereinbarung der Außen- und der Zwischenzölle.

3. Zwischenzölle, Zollgesetzgebung und Verwaltung.

Man war darüber einig, daß ein Zoll- und Wirtschafts-bündnis geschlossen werden sollte. Jetzt zum erstenmal wurde als Endziel die Anbahnung des zollfreien Verkehrs zwischen den beiden Reichen hingestellt. Die wichtigste Differenz bestand darin, daß Österreich-Ungarn für sich einige hundert Zwischenzölle als notwendig erachtete, während man deutscherseits nur einige wenige zugeben wollte. Der österreichisch-ungarische Antrag lautete: «Die Waren sollen teils zollfrei, teils zu Zwischenzöllen zugelassen werden.» Der deutsche Antrag: «Nur wenn dies durch die wirtschaftliche Lage unbedingt erforderlich erscheint, können vorläufig für

*) Die Vertreter der beteiligten Regierungen, neben denen abwechselnd zahlreiche Fachdelegierte mitwirkten, waren:

Für Österreich-Ungarn: Sektionschef Gratz und Konsul Wildner vom Ministerium des Äußern.

Für Österreich: Sektionschef Schüller, die Sektionsräte Mörth und Kusy, die Ministerialsekretäre Allmayer-Beek, Halmschlag, Breza, Peroutka vom Handelsministerium, Sektionschef Cnobloch und Binder, Ministerialsekretär Rößler vom Ackerbauministerium, Sektionschef Mühlvenzl und Ministerialrat Schauburger vom Finanzministerium.

Für Ungarn: Ministerialrat Baron Wimmersperg, Sektionsrat Péteri, Ministerialsekretär Kunosi vom Handelsministerium, Ministerialrat Dubravszky, Sektionsrat v. Kövess und Ministerialsekretär Várossy vom Ackerbauministerium, Ministerialrat König und Direktor Bognar vom Finanzministerium.

Für das Deutsche Reich: Geheimer Rat v. Körner, Auswärtiges Amt, Ritter v. Kohl, Bayrischer Staatsrat, v. Siehart, Sächsischer Geheimer Rat, Johannes, Direktor im Auswärtigen Amt, Meuschel, Direktor im Reichsschatzamt, Lusensky, Direktor im preußischen Handelsministerium, die Legationsräte v. Stockhammern und Dr. Boyé vom Auswärtigen Amte, die Geheimräte Wolfram vom preußischen Finanzministerium, Dr. v. Schoenebeck, Reichsamt des Innern, Dr. Trautvetter, Reichsschatzamt, Neuhaus, preußisches Handelsministerium, Dr. Abicht, preußisches Landwirtschaftsministerium, Dr. Morgenstern, sächsisches Ministerium des Innern.

einzelne Artikel Zwischenzölle beibehalten werden.» Nach zahlreichen Versuchen einigte man sich auf die Formel, daß Zwischenzölle «vorläufig insoweit aufrecht erhalten werden können, als es zum Schutze wesentlicher Produktionsinteressen unbedingt notwendig ist.» Damit war das Problem allerdings nicht gelöst, sondern es handelte sich um die konkrete Entscheidung darüber, in welchen Fällen diese Voraussetzung zutreffe. Dies bildete den Hauptgegenstand der Detailverhandlungen über den Zolltarif.

Von deutscher Seite wollte man festlegen, daß die Zwischenzölle in jedem Falle niedriger sein müssen als die bisher geltenden Zölle. Da man aber in Österreich für einzelne Waren, wie für Schuhwaren und einige Gattungen von Maschinen, einen erhöhten Schutz gegen deutsche Konkurrenz für notwendig hielt, wurde nur zugestanden, daß die Zwischenzölle «grundsätzlich» niedriger sein sollten als die bisher für den gegenseitigen Gütertausch maßgebenden Zölle.

Bei den Zollverhandlungen war man bisher hauptsächlich deshalb nicht weitergekommen, weil die deutschen Delegierten an dem bei Handelsverträgen üblichen System des Abwägens der gegenseitigen Zugeständnisse festhielten und daher Zollermäßigungen und Zollfreiheiten nur in dem Maße gewährten, als dies ihrer Ansicht nach den Konzessionen der österreichisch-ungarischen Unterhändler entsprach. Diese vertraten dagegen den Standpunkt, daß bei der Schaffung eines solchen Zoll- und Wirtschaftsbündnisses jeder Teil, ohne die erreichten Zugeständnisse zu berechnen, so weit gehen müsse, als dies ohne Gefährdung wichtiger Produktionsinteressen möglich sei. Es gebe keinen deutschen Produktionszweig, der durch die Konkurrenz der Donaumonarchie ernstlich gefährdet werden könne. Deutschland solle daher im allgemeinen die Zollfreiheit zugestehen und sich mit wenigen niedrigeren Zwischenzöllen begnügen. In die Richtlinien wurde nun tatsächlich der Grundsatz aufgenommen, daß es bei der Feststellung der Zwischenzölle nicht in Betracht kommen solle, ob ein Zugeständnis durch ein entsprechendes Gegenzugeständnis aufgewogen werden, und daß jeder Teil so weit gehen solle, als dies ohne Gefährdung wichtiger Produktionszweige möglich sei.

Gegensätze bestanden ferner hinsichtlich des Abbaues der Zwischenzölle. Deutscherseits wollte man be-

stimmen, daß diese in spätestens 15 Jahren beseitigt werden müssen. Österreich-Ungarn wollte nur eine Revision der Zwischenzölle nach fünf Jahren zugeben, ohne sich weiter zu binden. Man vereinbarte einen etwas umständlichen Artikel in dem Sinne, daß die Zwischenzölle von fünf zu fünf Jahren «unter Herabsetzung des allgemeinen Niveaus» zu revidieren seien. Da vorauszusehen war, daß unmittelbar nach dem Krieg bei dem herrschenden Warenmangel das Bedürfnis nach Zollschutz zunächst nicht vorhanden sein werde, beschloß man, zu prüfen, ob man während einer Übergangszeit auf Zwischenzölle ganz verzichten könne. Nachher sollten die vereinbarten Zwischenzölle in Kraft treten, wobei jedoch eine neuerliche Überprüfung stattzufinden hätte.

Man war darüber einig, daß ein gemeinsames Zollparlament und gemeinsame Zollbehörden aus staatsrechtlichen und politischen Gründen ausgeschlossen seien; eine solche Gemeinsamkeit bestand nicht einmal innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie. Man beschloß jedoch, daß die Zollgesetzgebung und Verwaltung übereinstimmend gestaltet werde. Diesem Zweck diene zunächst das bereits vereinbarte Zollgesetz und das einheitliche Tarifschema. Auch die Durchführungsverordnungen sollten übereinstimmend sein und ständige Konferenzen für die gleiche Auslegung und Handhabung des Zolltarifs und der Zollvorschriften sorgen.

Eine technisch schwierige Frage bildete das Verhältnis der Außenzölle zu den Zwischenzöllen. Hierbei mußte der Grundsatz sein, daß die Außenzölle des einen Teiles nicht durch indirekte Einfuhr über den anderen Teil umgangen werden können. Es war von vornherein klar, daß die Außenzölle für diejenigen Waren, in denen gegenseitige Zollfreiheit gewährt wird, gleich hoch sein müssen. Denn der höhere Zoll würde sonst nur auf dem Papier stehen und zur Folge haben, daß die Ware dort importiert würde, wo der Zollsatz niedriger ist. Es wurde daher vereinbart, daß in diesen Fällen eine Änderung der Außenzölle nur mit Zustimmung beider Vertragsteile stattfinden könne. Anders dort, wo Zwischenzölle bestehen. Da können die Außenzölle ungleich sein und der durch den Zwischenzoll geschützte Staat kann den Außenzoll ohne Einvernehmen mit dem anderen Teil ermäßigen, wodurch bei Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten eine größere

Bewegungsfreiheit erzielt wird. Doch ergeben sich naturgemäß auch hiefür weitgehende Einschränkungen. Denn durch die Ermäßigung des Außenzolles wird die Spannung zwischen diesem und dem Zwischenzoll und damit der dem anderen Teil eingeräumte Vorzug vermindert. Es wurde daher die Herabsetzung des Außenzolles an die Bedingung geknüpft, daß der zugesicherte Unterschied der Zölle durch gleichzeitige entsprechende Ermäßigung des Zwischenzolles gewahrt werde. Wenn also Österreich-Ungarn gegen das Ausland einen Zoll von 100, gegen Deutschland einen Zwischenzoll von 60 hat und den deutschen Waren eine Spannung von 40 garantiert, kann es den Außenzoll z. B. auf 70 herabsetzen, muß aber dann auch den Zwischenzoll auf 30 ermäßigen.

Eine andere Bindung wurde aus folgendem Grunde notwendig. Die Tarife müssen so konstruiert werden, daß die Summe des niedrigeren Außenzolles und des Zwischenzolles nicht geringer ist als der höhere Außenzoll, weil dieser sonst durch indirekte Einfuhr umgangen werden könnte. Wenn der österreichisch-ungarische Außenzoll 100, der deutsche Außenzoll 60 ist, kann der österreichisch-ungarische Zwischenzoll nicht niedriger sein als 40. Setzt nun Deutschland seinen Außenzoll auf 50 herab, so muß Österreich-Ungarn entweder seinen Zwischenzoll um 10 erhöhen oder seinen Außenzoll um 10 ermäßigen. Wegen dieser Zusammenhänge wurde für solche Fälle das gegenseitige Einvernehmen als notwendig erklärt.

Als wichtiges Material zur Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes sollte auch der Veredlungsverkehr dienen. Halbfabrikate sollen in möglichst weitem Umfange zur weiteren Verarbeitung zollfrei in das Gebiet des anderen Teiles gebracht und dann wieder zollfrei zurück ausgeführt werden können. Für Waren, denen nicht der zollfreie Verkehr gestattet würde, wäre der Schutz der Veredlungsindustrie doch gegenüber dem anderen Teile niedriger als gegenüber dem Auslande zu bemessen. Wenn also Seidengewebe aus Österreich-Ungarn nach Deutschland zum Färben gesendet werden, sind sie dort zollfrei einzulassen und auch wieder zollfrei in Österreich-Ungarn aufzunehmen oder doch zu einem Zollsatz, der niedriger ist als derjenige, durch den das Färben in Österreich-Ungarn gegenüber anderen Staaten geschützt ist.

Für die Verbrauchsa b g a b e n wurde der Grundsatz festgestellt, daß sie demjenigen Teile zugute kommen sollen, in dessen Gebiet die besteuerte Ware zum Verbrauch gelangt. Zu diesem Zwecke muß für besteuerte Waren, die aus einem Reich in das andere gehen, die Steuer an dieses abgeführt werden. Hierbei bereitete die Verschiedenheit der Verbrauchsabgaben Schwierigkeiten; doch hoffte man, sie sobald als möglich auf gleiche Grundlagen zu stellen und in der gleichen Höhe einzuheben. Deutscherseits wurde zugestanden, daß auch die deutsche Kohlensteuer, durch die der österreichisch-ungarische Verbrauch belastet worden war, als Verbrauchsabgabe zu behandeln und der auf die exportierten Mengen entfallende Betrag Österreich-Ungarn zu vergüten sei.

Während des Krieges wurden vom Auslande für Waren, auf deren Bezug es angewiesen war, auf Grund von Regierungsmaßnahmen höhere als die inländischen Preise verlangt. Es wurde nun vereinbart, daß solche Preisaufschläge zwischen den beiden Reichen nicht stattfinden dürften, doch mußte sich der Importstaat verpflichten, die notwendigen Vorkkehrungen dagegen zu treffen, daß solche Waren über ihn ins Ausland gehen.

Österreich-Ungarn wünschte auch die finanziellen Fragen in die Verhandlungen einzubeziehen, in denen es der fordernde Teil war und die Hilfe Deutschlands bei der Abtragung seiner Kriegsschulden, bei der Beschaffung der Rohstoffe und bei der Ordnung seiner Währungsverhältnisse erwartete. In Salzburg wurde aber nicht mehr zugestanden, als daß diese Fragen im Rahmen der Verhandlungen über das Zoll- und Wirtschaftsbündnis zu lösen seien. Dieses sollte überdies durch möglichst gleichartige Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung ergänzt und in seiner Durchführung gefördert werden. Bezüglich des Eisenbahnwesens und der Schifffahrt begnügte man sich vorläufig mit dem Hinweis auf ein künftiges Übereinkommen, das den beiderseitigen Verkehr möglichst erleichtern sollte.

4. Die auswärtige Handelspolitik.

In der auswärtigen Handelspolitik waren beide Teile gegen zu weitgehende Bindungen und für die Wahrung möglicher Selbständigkeit. In Deutschland fürchtete man nämlich die Opposition der deutschen Exportkreise, die in der

Bindung an das Einvernehmen mit Österreich-Ungarn eine Gefährdung ihrer Interessen erblickten. In Österreich-Ungarn hinwieder wollte man den Anschein vermeiden, daß die Monarchie sich handelspolitisch von Deutschland ins Schlepptau nehmen lasse. Man konnte sich deshalb nicht entschließen, auszusprechen, daß die auswärtige Handelspolitik gemeinsam zu führen sei, sondern begnügte sich mit ziemlich losen Formeln, die ständige Fühlungnahme und jeweils zu treffende Abmachungen vorsahen «unter Wahrung der handelspolitischen Aktionsfreiheit jedes der vertragsschließenden Teile». Doch waren die Unterhändler darüber im klaren, daß die aus den Zollvereinbarungen sich ergebenden Verpflichtungen es unmöglich machen würden, die äußere Handelspolitik anders als im Einvernehmen zu betreiben.

In betreff der Stellung der Zollverbündeten zu den anderen Staaten herrschte darüber Einigkeit, daß die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges vermieden und sowohl mit den neutralen als auch mit den feindlichen Staaten möglichst freundschaftliche Handelsbeziehungen hergestellt werden sollten. Dagegen kam trotz vielfacher Besprechungen keine Vereinbarung darüber zustande, daß das Zollbündnis auf andere Staaten ausgedehnt werden könnte. Die Absicht, andere Staaten zum Beitritt einzuladen und den Kreis möglichst weit auszudehnen, war vorhanden, doch war bei der Eigenartigkeit der ganzen Konstruktion und ihrer anfänglich komplizierten Gestaltung die Frage der Aufnahme weiterer Mitglieder technisch nicht leicht zu lösen. In betreff der Balkanstaaten wollte überdies die ungarische Regierung ihre Zustimmung nicht geben, weil sie das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland nur unter der Voraussetzung als für Ungarn vorteilhaft ansah, daß das vereinte Gebiet auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen sei und der agrarische Zollschutz daher zur Wirksamkeit gelange. Obgleich dies auch die Einbeziehung der Balkanstaaten im ganzen unzweifelhaft der Fall gewesen wäre, fürchtete die ungarische Regierung doch, es könnte durch die Zunahme der Balkanproduktion in einigen Agrarprodukten die Notwendigkeit der Einfuhr entfallen. Auch die deutsche Regierung war noch im ungewissen, wie sie sich zur Erweiterung des Zollbündnisses stellen würde. So wurde diese wichtige Frage in den Vereinbarungen überhaupt nicht berührt. Man beruhigte sich damit, daß sie in den

Punktationen mit inbegriffen sei, durch die übereinstimmendes Vorgehen bei mit anderen Staaten abzuschließenden Verträgen vorgesehen wurde.

5. Die Richtlinien.

Der Text der Salzburger Vereinbarungen, der, hauptsächlich vom Geheimen Rat v. L u s e n s k y redigiert, das Ergebnis der Verhandlungen zur wirtschaftlichen Einigung der beiden Zentralmächte darstellte und sowohl historisch als handelspolitisch-technisch von Interesse ist, lautet wie folgt:

Bei den in Salzburg in der Zeit vom 9. Juli bis . . . erfolgten Vorbesprechungen haben sich die beiderseitigen Vertreter dahin geeinigt, daß den kommissarischen Verhandlungen über den Abschluß eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn folgende Richtlinien zugrunde gelegt werden sollen:

1. Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis hat den Zweck, eine möglichst enge wirtschaftliche Verbindung zwischen den beteiligten Staaten herbeizuführen und den zollfreien Verkehr zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn anzubahnen, wobei vorläufig Zwischenzölle insoweit aufrechterhalten werden können, als es zum Schutze wesentlicher Produktionsinteressen unbedingt notwendig ist und nur in der Höhe, wie sie vom Standpunkte dieser Interessen unbedingt geboten sind.

Diese Zwischenzölle müssen niedriger sein als die anderen Staaten gegenüber angewandten Zölle und sollen grundsätzlich auch niedriger sein als die bisher für den gegenseitigen Güter-austausch maßgebenden Zölle. Es soll hiebei nicht in Betracht kommen, ob ein Zugeständnis durch ein entsprechendes Gegen-zugeständnis aufgewogen wird.

Die Zahl der Zwischenzölle ist möglichst zu beschränken und ihre Höhe möglichst niedrig zu bemessen.

2. Die für den Zwischenverkehr aufrecht erhaltenen Zölle sind allmählich abzubauen.

Wenn anläßlich der gemeinsamen Regelung der Übergangswirtschaft eine besondere Vereinbarung über die während dieser Übergangszeit auf den gegenseitigen Verkehr anzuwendenden Zollsätze getroffen wird, so werden die vertragschließenden Teile für deren Dauer, die mangels anderwärtiger Vereinbarung auf fünf Jahre zu bemessen ist, die Zwischenzölle, soweit auf

deren Erhebung in dieser Zeit nicht ganz verzichtet werden kann, entsprechend den besonderen Verhältnissen dieser Periode mit der Maßgabe anderweitig regeln, daß über die für die Zwischenzölle festgesetzten Beträge nicht hinausgegangen werden darf.

In diesem Falle werden die festgelegten Zwischenzölle erst nach Ablauf der Übergangsperiode in Wirksamkeit treten, wobei jedoch in gegenseitigem Zusammenwirken geprüft werden soll, ob die dann vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bereits in diesem Zeitpunkte eine Revision der Zwischenzölle gestatten.

Von da ab soll in Zeiträumen von je fünf Jahren eine Revision der Zwischenzölle im Sinne der weiteren Annäherung und der Ausgestaltung des freien Verkehrs unter Herabsetzung des allgemeinen Niveaus der Zwischenzölle erfolgen.

Erfolgt bei gemeinsamer Regelung der Übergangswirtschaft keine Verständigung über besondere, auf den gegenseitigen Verkehr während der Übergangszeit anzuwendende Zollsätze, so gelten für den Abbau der Zwischenzölle die im vorhergehenden Absatz angeführten Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die erste Periode mit dem Inkrafttreten des Bündnisvertrages zu laufen beginnt.

Beide Teile behalten sich vor, nach Besprechung des Zwischenzolltarifs auf diesen Punkt zurückzukommen.

3. Von der Errichtung gemeinsamer Organe der Zollgesetzgebung ist abzusehen, dagegen ist die Übereinstimmung der Zollgesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften durch gemeinsame Vorbereitung herbeizuführen.

Es soll ein einheitliches Tarifschema geschaffen werden. Auch werden Einrichtungen getroffen werden, durch welche die übereinstimmende Anwendung und die Auslegung der zolltarifarischen Bestimmungen sichergestellt wird. Ebenso sollen übereinstimmende Tariferläuterungen erlassen werden.

Ferner sollen übereinstimmende Zollgesetze ergehen und die zur Ausführung dienenden Zollordnungen nach gleichmäßigen Grundsätzen aufgestellt werden.

4. Die Außenzölle sollen auf Grund des einheitlichen Zolltarifschemas möglichst in Übereinstimmung gebracht werden. Soweit diese Übereinstimmung zurzeit nicht erreicht werden kann, ist Vorkehrung zu treffen, daß für Auslandswaren, welche

verschiedenen Zöllen unterliegen, die höheren Außenzölle des einen Teiles nicht umgangen werden können.

Für die Ausführung dieses Grundsatzes haben die nachstehenden Bestimmungen Zustimmung gefunden:

I. Insoweit der zollfreie Zwischenverkehr erreicht ist, sind für Waren, die beim Eingang aus dritten Staaten zollpflichtig sind, übereinstimmende Außenzölle festzusetzen. Jede Änderung dieser Außenzölle bedarf der vorgängigen Zustimmung beider Vertragsteile.

II. Bei jenen Waren, für die noch Zwischenzölle bestehen, können die Außenzölle der beiden Vertragsteile zwar verschieden sein, doch soll zur Erleichterung der künftigen Beseitigung der Zwischenzölle auf eine Annäherung der Außenzölle Bedacht genommen werden. Um zu verhindern, daß bei Verschiedenheit der Außenzölle der höhere Außenzoll umgangen wird, sind die Zölle so zu bemessen, daß die Summe des niedrigeren Außenzolles und des entsprechenden Zwischenzolles des anderen Teiles mindestens den Betrag des höheren Außenzolles erreicht.

Wenn infolge des Abbaues der Zwischenzölle diese Relation nicht mehr eingehalten ist, so werden sich die Vertragsteile über die dadurch notwendig werdende Neuordnung der Außenzölle verständigen und zu einer weiteren Annäherung der Außenzölle schreiten, sei es durch Erhöhung des niedrigeren, sei es durch Ermäßigung des höheren Außenzolles, sei es schließlich durch eine Kombination dieser beiden Maßregeln.

Im übrigen kann jedem Teile die einseitige Änderung der Außenzölle auf Waren, für die Zwischenzölle bestehen, mit folgenden Einschränkungen überlassen werden:

a) Wenn infolge der Änderung die Summe des niedrigeren Außenzolles und des entsprechenden Zwischenzolles geringer werden würde als der höhere Außenzoll, so bedarf es der vorgängigen Verständigung der beiden Vertragsteile darüber, wie der hieraus erwachsenden Möglichkeit der Umgehung des höheren Außenzolles vorzubeugen ist.

b) In Fällen, in denen die Änderung eines Außenzolles zwar nicht die unter lit. a) angegebene Folge hat, aber zu einer Erhöhung des zwischen den beiderseitigen Außenzöllen bestehenden Unterschiedes führen und dadurch der als Schlußziel angestrebten Vereinheitlichung der Außenzölle entgegenwirken würde, soll der die Änderung planende Teil dem andern Teile

von seiner Absicht Kenntnis und dadurch die Möglichkeit geben, etwaige Bedenken gegen dieses Vorgehen geltend zu machen.

c) In den Fällen, in denen ein Vertragsteil dem andern zugesichert hat, daß ein Außenzoll den entsprechenden Zwischenzoll um einen jedenfalls einzuhaltenden Betrag übersteigen werde, ist zu einer Herabsetzung des Außenzolles die Zustimmung des anderen Teiles erforderlich, es sei denn, daß der zugesicherte Unterschied zwischen dem Außen- und dem Zwischenzolle durch gleichzeitige Ermäßigung des Zwischenzolles in voller Höhe aufrecht erhalten wird.

5. Das Verlangen von Ursprungszeugnissen ist für Waren, die aus dem freien Verkehr des anderen Teiles kommen, soweit als irgend tunlich zu vermeiden.

6. Das gegenseitige Zusammenwirken bei der Herstellung und der Verfeinerung von Waren ist dadurch zu fördern, daß im Verkehr der vertragsschließenden Teile wechselseitiger zollfreier Veredlungsverkehr insoweit sichergestellt wird, als dem nicht ein besonderes Schutzbedürfnis entgeht.

Bei der Veredlung im Vormerkverkehr bezogener Erzeugnisse fremder Staaten ist die Überführung des veredelten Erzeugnisses aus den Gebieten des einen Teiles in die Gebiete des anderen Teiles dadurch zu erleichtern, daß nicht nur eine höhere Belastung vermieden wird als das veredelte Erzeugnis bei Eingang aus einem fremden Staate zu tragen haben würde, sondern vielmehr dem sich innerhalb des Bundesgebietes vollziehenden Veredlungsvorgang ein Vorsprung gegenüber der Veredlung in fremden Staaten zuteil wird.

Die von einem Teile auf Rechnung des Besitzers der zu veredelnden Waren gestattete Veredlung in den Gebieten des anderen Teiles (passive Lohnveredlung) ist jedenfalls bei Einhaltung der erforderlichen, auf das zulässige Mindestmaß zu beschränkenden Überwachungsvorschriften im anderen Teile zu zulassen.

7. Die vertragsschließenden Teile werden bei Führung ihrer auswärtigen Handelspolitik in ständiger Fühlung miteinander bleiben.

Für die mit anderen Staaten abzuschließenden Verträge ist unter Wahrung der handelspolitischen Aktionsfreiheit jedes der vertragsschließenden Teile, jedoch unter Einhaltung der aus dem Zoll- und Wirtschaftsbündnis sich ergebenden Verpflichtungen,

ein übereinstimmendes Vorgehen Österreich-Ungarns und Deutschlands zu vereinbaren.

Dieses Vorgehen hat auf Grund jeweils zu treffender Abmachungen zu erfolgen. Auch in den handelspolitischen Aktionen, für die solche Abmachungen nicht getroffen werden, sollen die vertragschließenden Teile freundschaftlich kooperieren und einander volle Einsicht in die Verhandlungen gewähren, auch sich gegenseitig jede Unterstützung zuteil werden lassen.

Soweit ausschließlich oder ganz überwiegend das Interesse eines der beiden Teile in Frage kommt, kann es diesem Teil überlassen werden, die Verhandlungen allein zu führen, wobei die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes in entsprechender Weise Anwendung finden.

Die Abwehr feindlicher wirtschaftlicher Maßnahmen hat ebenfalls gemeinsam zu erfolgen, auch wenn sie nur gegen einen der beiden vertragschließenden Teile gerichtet sind.

8. Beide Teile sind darüber einverstanden, daß das engere wirtschaftliche Verhältnis zwischen ihnen keinen aggressiven Charakter gegen andere Staaten hat, vielmehr nicht nur mit den neutralen, sondern auch mit den feindlichen Staaten möglichst freundschaftliche Handelsbeziehungen hergestellt werden sollen.

9. Gemeinsamkeit der Zolleinnahmen ist im allgemeinen nicht in Aussicht zu nehmen. Bei der Regelung der Frage der Zolleinnahmen hat als leitender Gesichtspunkt zu gelten, daß die erhobenen Zölle demjenigen Lande zufallen sollen, in welchem die verzollte Ware zum Verbrauch gelangt.

10. Innere Verbrauchsabgaben eines Teiles, die bei der Ausfuhr aus dessen Gebiete weder unerhoben bleiben noch vergütet werden, sollen bei der Ausfuhr in das Gebiet des anderen Teiles diesem überwiesen werden, soweit er eine in den Grundzügen und der Höhe gleiche innere Verbrauchsabgabe eingeführt hat, die bei der Ausfuhr ins Ausland ebenfalls weder unerhoben bleibt noch vergütet wird. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so ist auf Wunsch eines jeden Teiles für jede einzelne derartige Abgabe eine Vereinbarung zu treffen, um den Grundsatz, daß die innere Verbrauchsabgabe demjenigen Teile zugute kommt, in dessen Gebiet die mit dieser Abgabe belegte Ware zum Verbrauch gelangt, möglichst vollständig durchzuführen.

Als innere Verbrauchsabgabe gelten auch Staatsmonopole; desgleichen ist die Kohlensteuer als innere Verbrauchsabgabe im Sinne des Absatzes 1 anzusehen.

Die Bestimmungen des Absatzes 1 über die Überweisung innerer Verbrauchsabgaben erstrecken sich auch auf diejenigen Abgaben, welche von ausländischen Waren als Ausgleich für die inländische Steuerbelastung erhoben werden.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen überwiesenen Beträge dürfen weder beim Verbrauch der damit belasteten Waren in den Gebieten des empfangenden Teiles noch im Falle der Ausfuhr aus diesen Gebieten erstattet werden, es sei denn, daß sich die vertragschließenden Teile über Ausnahmen von diesem Grundsatz verständigen.

11. Wie die Schwierigkeiten zu überwinden sind, die sich bei der Durchführung der vorhergehenden Punkte aus der Verschiedenheit der Währung ergeben, wird besonders geprüft werden.

12. Wenn durch behördliche Maßnahmen eines Teiles für Waren, die ins Ausland abgesetzt werden, ein Preisaufschlag gegenüber den im eigenen Gebiet abgesetzten Waren vorgesehen wird, so ist der andere Teil nicht als Ausland zu behandeln, vorausgesetzt, daß er die Verpflichtung übernimmt, alle nötigen Verfügungen zu treffen, damit der wirtschaftliche Zweck und die finanzielle Wirksamkeit dieser Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden.

13. Neben dem Zollbündnis ist eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der wirtschaftlichen Gesetzgebung einschließlich des Gebietes der indirekten Steuern, Monopole u. dgl. sowie der sozialpolitischen Gesetzgebung anzustreben. Ferner sind auf dem Gebiete des Verkehrswesens Vereinbarungen zu treffen, welche sowohl im Eisenbahnwesen wie bei der Schifffahrt die gleiche Behandlung der zwischen den Gebieten beider Teile sich bewegenden Transporte ohne Rücksicht auf ihren Ursprung aus dem einen oder anderen Gebiete sicherstellen, die Erschwerung der Durchfuhr durch tarifarische und sonstige verkehrspolitische Maßregeln ausschließen und überhaupt den Verkehr zwischen den Gebieten der vertragschließenden Teile möglichst erleichtern.

Weiters sollen Vereinbarungen darüber getroffen werden, daß beide Teile sich während der Dauer der Übergangswirtschaft bei der Versorgung mit Rohstoffen gegenseitig unterstützen.

Soweit die Beschaffung von Rohstoffen und anderen Waren auf Grund vertragsmäßiger Abmachungen mit anderen Staaten erfolgt oder in beiden Vertragsteilen durch staatliche Stellen oder staatlich überwachte Organisationen durchgeführt wird, wird ein gemeinsames Vorgehen nach noch festzulegenden Grundsätzen zu vereinbaren sein.

Im Rahmen der Verhandlungen über das Zoll- und Wirtschaftsbündnis werden auch die für den Handelsverkehr der Verbündeten entscheidenden finanziellen Fragen zu lösen sein, d. i. die Ordnung und Konsolidierung der Kriegsschulden Österreichs und Ungarns und Deutschlands, die Herstellung einer einverständlichen Behandlung der Valutafragen sowie das Zusammenwirken bei der Wiederherstellung normaler Valutaverhältnisse in ihren Gebieten.

14. In bezug auf die Veterinärpolizei sind Vereinbarungen zu treffen, welche gegen die Einschleppung von Viehseuchen ausreichend schützen, ohne den gegenseitigen Verkehr über das durch diesen Schutz gebotene Maß hinaus zu erschweren.

15. Streitigkeiten aus diesem Vertrage sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Dasselbe soll aus fünf Mitgliedern bestehen, von denen jeder Teil je zwei ernennt. Der Obmann muß einem der beiden Teile angehören. Sollten sich beide Teile über die Person des Obmannes nicht einigen, erfolgt seine Bestellung in der Weise, daß in jedem Falle jeder der beiden Vertragsteile zwei geeignete Persönlichkeiten aus den Angehörigen des anderen Teiles bestimmt; unter den vier vorgeschlagenen Persönlichkeiten entscheidet das Los. Der Obmann darf durch Regierungsinstruktionen nicht gebunden werden.

16. Der staats- und völkerrechtlichen Bedeutung des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses entsprechend und um der Notwendigkeit von Änderungen enthoben zu sein, die sich aus dem Wechsel der Verhältnisse ergeben, sollen in den Bündnisvertrag nach Möglichkeit nur allgemeine Grundsätze aufgenommen werden. Die erforderlichen Einzelvorschriften sind in Ausführungsanweisungen übereinstimmend zusammenzufassen, die

von den Vertragsschließenden übereinstimmend zu erlassen sind und nur im gegenseitigen Einverständnis geändert werden können. Dabei ist Bedacht darauf zu nehmen, daß die Ausführungsbestimmungen, soweit es die staatsrechtlichen Verhältnisse der vertragsschließenden Teile gestatten, von deren Regierungen getroffen werden.

17. Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis soll auf 20 Jahre geschlossen werden.

6. Die Zolltarife.

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Zolltarife war in großen Zügen das folgende:

Im Verkehr zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland:

Getreide und Hülsenfrüchte beiderseits frei, nur für Gerste ein deutscher Zwischenzoll von 3 M.

Sämereien, Gemüse, Handelspflanzen beiderseits zollfrei, nur für Hopfen ein deutscher Zwischenzoll von 12 M.

Blumen, Obst frei.

Deutscher Zwischenzoll für Malz 4/40 M., für Mehl 3 M.

Österreichisch-ungarischer Zwischenzoll für Stärke 8 K.

Wein, Vieh, Wild, Fische, Eier, Milch und andere tierische Produkte frei.

Fette und Öle deutscherseits frei, österreichisch-ungarischerseits teils frei, teils Zwischenzölle für Kunstspeisefett und Öle.

Nahrungs- und Genußmittel frei.

Holz- und Sägewaren frei.

Bei den landwirtschaftlichen Produkten kamen die Vereinbarungen einer Zollunion sehr nahe. Es wurden nur wenige, wenn auch wichtige Zwischenzölle aufrecht erhalten, und zwar in keinem Falle gegenseitige Zwischenzölle. Die österreichisch-ungarischen Delegierten haben, ihren eigenen Standpunkt konsequent verfolgend, auch in den Fällen, wo die Deutschen Zwischenzölle nicht aufheben wollten, ihrerseits die Zollfreiheit erklärt, was von den deutschen Unterhändlern mit dem gleichen Vorgehen beantwortet wurde.

Eine Schwierigkeit ergab sich bei der Feststellung einer Reihe von *autonomen* Zöllen für agrarische Produkte. Die deutschen Agrarzölle waren für viele dieser Produkte höher, dagegen für Schweine und Schweinefett niedriger als die im Aus-

gleich festgestellten österreichisch-ungarischen Zölle. Der zollfreie Verkehr zwischen den beiden Reichen in diesen Produkten bedingte die Gleichstellung der Außenzölle. Deutschland, das hier der gebende Teil war, wünschte seine autonomen Zölle, die ein Kampfobjekt zwischen den agrarischen Parteien und ihren Gegnern bildeten, nicht zu ändern. Die österreichische Regierung war bereit, die durch die Gleichstellung mit den deutschen Zöllen gegebenen Erhöhungen unter der Bedingung in Kauf zu nehmen, daß auch die sich daraus ergebenden Ermäßigungen durchgeführt und angesichts der von Deutschland gewährten freien Vieheinfuhr die Ausgleichsbestimmungen über die Kontingentierung der Vieheinfuhr aus dem Balkan fallengelassen würden. Hiedurch wären die in Österreich als besonders bedenklich empfundenen Viehzölle des neuen Ausgleiches ermäßigt worden. Da diese aber in Ungarn als eine der wichtigsten Erzeugungseigenschaften angesehen wurden, lehnte die ungarische Regierung die österreichischen Anträge ab und es kam so zu keiner Einigung über die Ausgleichung der österreichisch-ungarischen an die deutschen Agrarzölle. Hierüber fand anfangs Juli ein Notenwechsel zwischen den Ministerpräsidenten Seidler und Wekerle statt, der zu keinem Ergebnis führte. Auch eine Konferenz der österreichischen und ungarischen Minister, die am 29. Juni 1918 in Wien abgehalten wurde, kam über die Schwierigkeiten nicht hinweg. Die beiden Ministerpräsidenten versuchten es anfangs Juli nochmals auf schriftlichem Wege, was sich jedoch wieder als vergeblich erwies. Die Frage der autonomen Agrarzölle mußte deshalb in den Salzburger Verhandlungen offengelassen werden.

In den folgenden Tarifklassen: Gerbstoffe; Erden, Steine, Erze; Kohlen, wurde die gegenseitige Zollfreiheit vereinbart.

Seifen und Kerzen deutscherseits zollfrei, in Österreich-Ungarn Zwischenzoll für Seifen.

Farben und Gerbstoffextrakte zollfrei mit einigen österreichisch-ungarischen Zwischenzöllen (für Mineralfarben).

Parfümerien und Arzneiwaren frei, nur für zubereitete Arzneiwaren ein österreichisch-ungarischer Zwischenzoll.

Zündwaren und künstliche Düngemittel frei.

Chemische Erzeugnisse deutscherseits frei, österreichisch-ungarischerseits teils frei, teils mit Zwischenzöllen, die z. B. für Schwefelsäure 0·80 K, für Soda 1 K betrugen.

Leder, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle für mineralgares Leder 100 und 120 K und für Handschuhleder 40 K, sonst frei.

Lederwaren, Deutschland frei, nur für Handschuhe 100 M. Österreich-Ungarn mit Ausnahme von Handschuhen Zwischenzölle.

Kautschukwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle.

Seidenwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle von 400 bis 1000 K.

Kammgarne, Österreich-Ungarn Zwischenzoll, Deutschland vorbehalten.

Schafwollwaren, beiderseits Zwischenzoll.

Grobe Baumwollgarne frei, mittlere beiderseits Zwischenzoll, feine frei.

Baumwollwaren, beide Zwischenzoll.

Wirkwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle.

Leinengarne, Österreich-Ungarn frei, Deutschland 4 M Zwischenzoll.

Jutegarne und Hanfgarne frei.

Leinenwaren frei.

Jutewaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzoll.

Filze, wasserdichte Gewebe, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle.

Hüte, beide frei.

Schirme, Schmuckfedern, beide frei.

Bürsten und Pinsel, Deutschland frei, Österreich-Ungarn teils frei, teils Zwischenzoll.

Holzwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn teils frei, teils Zwischenzoll.

Waren aus Perlmutter, Schildpatt, Elfenbein, Knöpfe usw., beiderseits frei.

Papier, Deutschland frei, Österreich-Ungarn teils frei, teils Zwischenzoll.

Papierwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle.

Steinwaren und Tonwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn teils frei, teils Zwischenzölle.

Glaswaren, beiderseits frei.

Eisen und Eisenwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle von 1 K für Roheisen, 3 K für Stabeisen, Draht und Blech, 8 bis 30 K für Blechwaren, abgestuft bis 45 K für Werkzeuge.

Metallwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn teils frei, teils Zwischenzölle.

Maschinen und Apparate, Deutschland frei, Österreich-Ungarn überwiegend Zwischenzölle von 10 bis 30 K, für einzelne Maschinengattungen höher.

Fahrzeuge, Deutschland frei, Österreich-Ungarn überwiegend Zwischenzölle.

Instrumente, Deutschland frei, Österreich-Ungarn teils frei, teils Zwischenzoll.

Bücher und Bilder frei.

Spielwaren, Deutschland frei, Österreich-Ungarn Zwischenzölle.

7. Die Ergebnisse.

Wie diese Ergebnisse zeigen, haben die deutschen Unterhändler fast allgemein die Zollfreiheit gewährt und — von einigen Ausnahmen abgesehen — nur für einzelne wichtige Exportartikel Österreich-Ungarns Zwischenzölle aufrecht erhalten. Die österreichisch-ungarischen Unterhändler dagegen haben eine beträchtliche Anzahl von Zwischenzöllen festgestellt. Dieses Ergebnis entsprach den realen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Konkurrenzfähigkeit der Produktionszweige der beiden Reiche. Man hatte bei dieser Verhandlung den Standpunkt, daß jedes Zugeständnis kompensiert werden müsse, fallen gelassen und war von dem Gesamtverhältnis ausgegangen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß trotz der dem Anscheine nach ungleich größeren Zugeständnisse Deutschlands das größere Risiko von Österreich-Ungarn zu tragen war, welches seinen industriellen Schutz Deutschland gegenüber stark verringerte. Die österreichisch-ungarischen Unterhändler konnten hoffen, daß durch die fast vollständige und zum Teil einseitige Öffnung des deutschen Marktes die drohenden Nachteile überwogen werden würden. Man war bei dieser Verhandlung unzweifelhaft auf dem Wege zu einer rationellen Konstruktion. Die Unterhändler waren sich bewußt, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Österreich-

Ungarn hätte noch einige Zollherabsetzungen und Befreiungen vorgenommen, Deutschland aber in allen Fällen, in denen beiderseits Zwischenzölle aufrecht erhalten wurden, seine Zwischenzölle fallen gelassen. Das Endergebnis, dem man schon sehr nahe war, wäre gewesen:

Deutscherseits allgemeine Zollfreiheit für österreichisch-ungarische Waren und nur einige wenige Zwischenzölle. In Österreich-Ungarn für etwa die Hälfte der Tarifnummern die Zollfreiheit, für die übrigen Zwischenzölle, die viel niedriger gewesen wären als die Außenzölle. Für keine Ware beiderseitig Zwischenzölle. Auf die kürzeste Formel gebracht:

Für alle Waren teils beiderseitige, teils einseitige Zollfreiheit; die Zwischenzölle gleich der Differenz der Außenzölle.

Man kann diese Formel am besten in einem praktischen Fall verdeutlichen. Österreich-Ungarn hatte z. B. für Baumwollwaren einen Zoll von 300 M., der deutsche Zoll für Baumwollwaren betrug 200 M. Nach der Formel hätte Österreich-Ungarn einen Zoll von $300 \text{ M.} - 200 \text{ M.} = 100 \text{ M.}$ Deutschland gegenüber behalten, während Deutschland die österreichisch-ungarischen Baumwollwaren zollfrei hereingelassen hätte. Diese Lösung beruhte auf folgenden Erwägungen: Die österreichisch-ungarische Baumwollindustrie ist schwächer als die deutsche und bedarf daher für eine Übergangszeit des Schutzes. Welches Maß dieses Schutzes berechtigt ist, wird darnach beurteilt, um wie viel bis dahin der österreichisch-ungarische Zoll höher war als der deutsche. Man ging dabei von der im ganzen zutreffenden Voraussetzung aus, daß das Schutzzollsystem Deutschlands und Österreich-Ungarns sich auf dem gleichen Niveau bewege und daher die zwischen den Zöllen für eine bestimmte Ware bestehenden Differenzen das Schutzbedürfnis kennzeichnen. Daher Deutschland gegenüber Österreich-Ungarn für Baumwollwaren kein Schutzbedürfnis hat, Österreich-Ungarn gegenüber Deutschland aber ein Schutzbedürfnis, das dem Unterschied zwischen den bisherigen Außenzöllen ungefähr entspricht. Dabei wurden geringe Unterschiede in den Zöllen vernachlässigt und ebenso zufällige Unterschiede, die nicht in einem tatsächlich größeren Schutzbedürfnis ihre Ursache hatten. Es wurde so möglich, für ungefähr die Hälfte des Zolltarifes gegenseitige Zollfreiheit zu vereinbaren.

Aus den Verhandlungen selbst hatte sich eine einfache Formel herauskristallisiert. Sie stellt eine in der handelspolitischen Praxis und Theorie neue Lösung des Problems der wirtschaftlichen Vereinigung selbständiger Staaten dar. Die betreffenden Staaten sollen ein Wirtschaftsgebiet mit möglichst freiem Verkehr im Innern bilden und nach außen gemeinsam auftreten, ohne ihre staatliche und politische Selbständigkeit aufzugeben und ohne wichtige Teile ihres Wirtschaftslebens zugrunde gehen zu lassen. Um diese zu vermeiden, bedürfen die gefährdeten Produktionszweige für eine längere Übergangszeit des Schutzes gegen die Konkurrenz des verbündeten Staates und auch nach außen eines höheren Schutzes als die gleichen Produktionszweige des verbündeten Staates. Es handelt sich darum, wie dies mit der Entwicklung des freien Verkehrs im Innern und einer gemeinsamen Handelspolitik in Einklang gebracht werden kann. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die verschiedenen Außen- und Binnenzölle miteinander zusammenhängen und die Änderung jedes Zolles Rückwirkungen auf die anderen hat, so daß eine automatisch wirkende Verbindung zwischen den Zöllen hergestellt werden muß, um zu vermeiden, daß die handelspolitische Aktionsfreiheit unterbunden und durch jede Tarifänderung eine Verwirrung hervorgerufen wird. Dies ist der Sinn der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn getroffenen Vereinbarungen. Zur Durchführung eines solchen Planes bedarf es des guten Willens beider Teile. Er hat seine Fehler, die hauptsächlich daraus entspringen, daß eine auf prinzipiellen Erwägungen beruhende allgemeine Formel in ihrer Anwendung auf die einzelnen Teile nicht allen Verhältnissen Rechnung zu tragen vermag. Doch kann ein solches Werk nicht ohne Feststellung entsprechender Grundsätze vollbracht werden, weil man sich sonst unrettbar in ein Netz von Einzelinteressen und Detailfragen verstrickt und auch den zur Überwindung der Widerstände notwendigen Eindruck auf die öffentliche Meinung nicht erzielen kann.

Wo immer das gleiche Problem auftaucht, wird das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn der Beachtung wert sein. Gegenwärtig leidet das europäische Wirtschaftsleben unter den vielen Hindernissen, die sich dem Handelsverkehr entgegenstellen. Inmitten dieser Schwierigkeiten ist aber die Empfindung von der Notwendigkeit

eines freieren Handelsverkehrs und der Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete lebendig. Besonders dringend ist dieses Bedürfnis in Mittel- und Osteuropa, wo durch den Krieg zahlreiche neue Staaten entstanden, die ohne starken Warenaustausch nicht bestehen können. Doch zeigt sich in den Erörterungen über die Notwendigkeit der ökonomischen Vereinigung, daß man sich der Voraussetzungen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses nicht bewußt ist. Neben gleichem Geld und gleicher indirekter Besteuerung bedarf es zu einer Zollunion vor allem eines aktionsfähigen Apparates für die Herstellung eines einheitlichen Zolltarifs und für die gemeinsame Handelspolitik. Ein solcher Apparat kann zwischen zwei Staaten durch das Zusammenwirken ihrer Gesetzgebung und Verwaltung geschaffen werden, was aber nur unter bestimmten politischen Bestimmungen möglich und immer schwierig ist. Zwischen mehreren Staaten ist ein derartiges Zusammenarbeiten schon wegen der zu großen Kompliziertheit der Maschinerie nicht durchführbar. Der andere Weg ist die Schaffung eines Zollparlamentes und gemeinsamer Grundsätze für wichtige Teile der Wirtschafts- und Finanzpolitik, was jedoch ein inniges, auf dauernden Grundlagen beruhendes Verhältnis der sich so verbindenden Staaten voraussetzt. Für die Erkenntnis der Voraussetzungen und der technisch möglichen Lösungen der wirtschaftlichen Verbindung zweier oder mehrerer Staaten ist der österreichisch-ungarische Ausgleich und das Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reiche von großer Bedeutung.

Der Vertrag über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns war seiner Vollendung nahe, die Verhandlungen in Salzburg wurden am 11. Oktober 1918 beendet. Wenige Wochen nachher erfolgte der Zusammenbruch. Unter seinen Trümmern liegt das Werk begraben.

Bibliographische Daten.

Die Literatur der auf eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche gerichteten Bestrebungen ist überaus umfangreich. In folgendem sollen für diejenigen, die sich in den Gegenstand vertiefen wollen, nur die wichtigsten Fingerzeige gegeben werden.

Die Geschichte des deutschen Zollvereins ist vielfach behandelt worden, vor allem in den die Geschichte Deutschlands bis 1870 behandelnden historischen Werken wie z. B. von

Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. «Die Anfänge des Zollvereins.» «Der letzte Akt der Zollvereinsgeschichte.» Rankc, Geschichte des Zollvereins. «Zur Geschichte der deutschen, insbesondere der preußischen Handelspolitik 1818—1828.» Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs. Eine urkundliche Darstellung der Geschichte des Zollvereins gibt Dittmar, Der deutsche Zollverein. 2 Bände, 1867/68. An französischen Werken seien erwähnt: Richelot, L'Association douanière Allemande ou le Zollverein. Son histoire, son organisation, ses relations avec l'Autriche, ses résultats, son avenir. 2^e édition 1859, ferner Worms, L'Allemagne Économique ou Histoire du Zollverein.

Die von 1850 an fortgesetzten Bemühungen Österreichs, in den deutschen Zollverein einbezogen zu werden, sind am besten dargestellt in den beiden Werken Friedjungs, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—1866 und Österreich von 1848 bis 1860.

Für die Kenntnis der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn sind die Hauptwerke Louis Eisenmann, Le compromis Austro-Hongrois, Paris 1904 und Sieghart, Zolltrennung und Zolleinheit. Die Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzolllinie, Wien 1915.

Eine ausgezeichnete zusammenfassende Darstellung der Zollvereinigungsbestrebungen im 19. Jahrhundert gibt du Bosc in seinem Buche Unions douanières et projets d'unions douanières, das in Paris bei Arthur Rousseau im Jahre 1904 erschienen ist. Neben einer guten Beleuchtung der theoretischen Seite der Frage gibt das Werk auch eine treffende Schilderung nicht nur der deutschen und deutsch-österreichischen, beziehungsweise deutsch-österreichisch-ungarischen Zollvereinigungsbestrebungen, sondern auch der anderwärts aufgetauchten ähnlichen Projekte.

Die Bestrebungen zur Herbeiführung eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bis zum Ausbruch des Weltkrieges, die übrigens auch in dem eben erwähnten Buche du Boscs dargestellt werden, haben ebenfalls eine reichhaltige Literatur. Aus ihr sind hervorzuheben unter den deutschen Werken:

Calwer, Eine mitteleuropäische Zollunion, Berlin 1903. Egner und Schuhmacher, Brennende Agrar-, Zoll- und Handelsfragen, Karlsruhe 1902. Frankc, Zollpolitische Eini-

gungsbestrebungen in Mitteleuropa während des letzten Jahrzehntes. In den Beiträgen zur neuesten Handelspolitik Deutschlands, Band I, herausgegeben unter den Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 90, Leipzig 1900. Sch m o l l e r, Die Wandlungen der Handelspolitik des 19. Jahrhunderts. In den Jahrbüchern für Gesetzgebung, Verwaltung usw., Jahrgang 1900.

Von den Werken österreichischer und ungarischer Wirtschaftspolitiker über denselben Gegenstand sind zu erwähnen:

B a z a n t, Die Handelspolitik Österreich-Ungarns 1875—1892 in ihrem Verhältnisse zum Deutschen Reiche und zum westlichen Europa, Leipzig 1894. B e c r, Die österreichische Handelspolitik im 19. Jahrhundert, Wien, 1891. G r u n z e l, Die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns. In den Beiträgen zur neuesten Handelspolitik Österreichs, herausgegeben in den Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 93, Leipzig 1901. M a t l e k o v i t s, Die Zollpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches seit 1868 und deren nächste Zukunft, Leipzig 1891.

Eine Fülle von Stoff enthalten auch die Veröffentlichungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine über ihre periodischen Tagungen.

Unter den während des Krieges erschienenen Veröffentlichungen über die deutsch-österreichisch-ungarische wirtschaftliche Annäherung ist in erster Reihe zu erwähnen das in den Schriften des Vereines für Sozialpolitik von H e r k n e r herausgegebene Sammelwerk: «Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten», das in seinen ersten beiden Bänden eine Anzahl hervorragender Fachgelehrter über die Annäherungsfrage zu Worte kommen läßt und in seinem dritten Band eine in dem genannten Verein stattgefundene Diskussion über die Frage wiedergibt. Neben den fortlaufenden Veröffentlichungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine über ihre auch während des Krieges fortgesetzten Zusammenkünfte ist auch auf die stenographischen Berichte der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbände zu verweisen. In den Aussprachen beider Vereinigungen sind Vertreter aller Berufsstände und aller Schattierungen der Auffassungen in der Annäherungsfrage zu Wort gekommen.

Das populärste Werk über den Gegenstand ist F r i e d r i c h N a u m a n n s «Mitteleuropa», Berlin, bei Georg Reimer,

1915, das zur Verbreitung der Idee in der Öffentlichkeit am meisten beigetragen hat. Das Buch ist auch in englischer Übersetzung erschienen (Central-Europe. With an introduction by W. J. Ashley. Translated by M. Meredith, London 1916).

Von österreichischen Arbeiten sind zu erwähnen das Buch eines überzeugten Anhängers der Vereinigungsbestrebungen, Stolper, Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem (Wien-Leipzig, 1917) und das ausführliche Buch Battaglias: Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Geschichte, Konstruktion, Einwendungen. (Wien, 1917.)

Eine Zusammenstellung der in Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen über den Gegenstand veröffentlichten Arbeiten findet man in dem Hefte Emmerich Barczas: Bibliographie der mitteleuropäischen Zollunionsfrage. (Budapest, 1917.)

II.

DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN IN BREST-LITOWSK.

Die Friedensverträge, welche Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei Anfang 1918 in Brest-Litowsk mit Rußland und der Ukraine, in Bukarest mit Rumänien abgeschlossen haben, sind für die wirtschaftliche Geschichte des Weltkrieges nach mehreren Seiten hin von Wichtigkeit.

Von unmittelbarer Bedeutung waren sie für die Kriegswirtschaft der Mittelmächte während der letzten Phase des Weltkrieges, weil sie die Blockade durchbrachen, die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus den Oststaaten ermöglichten und so die wirtschaftliche Erschöpfung der Mittelmächte linderten.

Eine hierüber hinausgehende historische und insbesondere wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung haben diese Friedensverträge für die Darstellung der wirtschaftspolitischen Tendenzen, die die Mittelmächte als Sieger — die sie zur Zeit der erwähnten Friedensschlüsse Rußland und Rumänien gegenüber waren — in die europäische Wirtschaftspolitik einführen wollten. In dieser Hinsicht sind die Verträge ein Pendant zu den Pariser Friedensverträgen. Zweimal wurde in diesem Weltkrieg Frieden geschlossen, einmal von den siegreichen Zentralmächten, das andere Mal mit ihnen als Besiegte. Wenn man die beiden Gruppen von Verträgen prüft, um festzustellen, wie im Rahmen der einen und wie im Rahmen der anderen Gruppe die gleichen wirtschaftspolitischen Probleme behandelt wurden, so findet man, daß sie in vielen Beziehungen in Widerspruch zueinander stehen, in vielen anderen Beziehungen wieder übereinstimmen. Die weitgehenden Abweichungen zwischen ihnen lassen sich nur zum Teil daraus erklären, daß der Sieg der Zentralmächte zur Zeit der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest bloß ein partieller war, und daß die Verhandlungen über den Frieden mit den Oststaaten unter dem Druck der Fortführung des Krieges mit den Westmächten stattfanden. Denn mindestens der Friede mit Rußland war ein ausgesprochener Diktatfriede, und so wie die territorialen Fragen in diesem Frieden nicht schonend gelöst wurden, hätte sich auch für die wirtschaftlichen Fragen eine rücksichtslose Lösung durchsetzen lassen. Daß dies nicht geschah, beweist, daß den wirtschaftlichen Bestimmungen

der Friedensverträge von 1918 eine abweichende Konzeption der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zugrunde lag. Es zeigen sich jedoch in den Friedensverträgen des Vierbundes auch bereits ähnliche Tendenzen, wie in den später von der Entente geschlossenen Verträgen. Aus dieser Übereinstimmung geht hervor, daß gleiche Bestrebungen bei allen kriegführenden Staaten wirksam waren und auf typische weltwirtschaftliche Kräfte des 20. Jahrhunderts, auf den typischen Charakter des Krieges in unserer Zeit schließen lassen. Ein solch gemeinsamer Zug ist das Streben der Sieger, die besiegten Länder zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Machtposition zu benutzen. Wir kennen diesen Zug seit Jahrhunderten an den merkantilistischen Kriegen; er tritt jetzt als Imperialismus auf und bedient sich einer anderen, modernen Technik. So bemühen sich z. B. in allen Friedensschlüssen des Weltkrieges die Sieger, sich die Verfügung über die Rohstoffe der besiegten Staaten auf möglichst lange Zeit zu sichern. Sie fordern die Lieferung unter günstigen Bedingungen, in einem Falle gegen Kredit, im anderen sogar ohne Bezahlung, d. h. zu Lasten des Budgets des besiegten Landes. Sie suchen ferner Einfluß auf wichtige Industrien zu gewinnen, indem sie die Majorität von Aktiengesellschaften in Anspruch nehmen, Monopole konstruieren oder Industriegebiete besetzt halten. Auch die Tendenz, Handelsverträge, Eisenbahn- und Schifffahrtsübereinkommen im Interesse des industriellen Absatzes der Siegerstaaten den Besiegten aufzuzwingen, Bahnen und Häfen der besiegten Staaten der Kontrolle zu unterwerfen, läßt sich, trotz gradueller Unterschiede im einzelnen, auf allen Seiten erkennen.

Ein weiteres Moment, welches das Interesse an den östlichen Friedensschlüssen erhöht, ist darin gelegen, daß mindestens im Frieden mit Rußland zwei verschiedene Weltanschauungen — nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche — einander gegenüberstanden. Die Mittelmächte trafen hier mit dem Bolschewismus, und zwar mit dessen ursprünglichen Formen zusammen. Für die althergebrachten Formen des Wirtschaftsverkehrs zeigten die Bolschewisten, aber auch die sozialistischen Ukrainer keinerlei Verständnis, andererseits wußten sie aber auch nicht gleich jene neuen Formen anzugeben, in welchen sich der internationale Wirtschaftsverkehr ihren eigenen Grundsätzen gemäß abspielen sollte. Daraus ergab sich eine geradezu

verblüffende Leichtigkeit der Lösung einzelner Probleme, die auf große Hindernisse gestoßen sein würden, wenn beide verhandelnden Teile auf dem gleichen Standpunkt gestanden wären; dagegen entstanden außerordentliche Schwierigkeiten bei relativ einfachen Fragen, wie beispielsweise beim Abschluß eines Handelsvertrages.

I. Die Lage der Mittelmächte 1917.

In dem den Friedensschlüssen vorhergehenden Jahre 1917 war die Lage der Mittelmächte eine solche, daß auf einen entscheidenden Sieg in den maßgebenden politischen Kreisen kaum mehr gerechnet wurde.

In Österreich-Ungarn mehrten sich die Anzeichen einer unter dem Druck der Blockade von Monat zu Monat stärker akzentuierten gänzlichen Erschöpfung. Der anfangs Dezember 1916 unmittelbar nach der Thronbesteigung des Kaisers und Königs Karl eingeleitete Versuch, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, war gescheitert und in einem am 5. Jänner erschienenen Armeebefehl mußte der friedenswillige Monarch selbst die Losung ausgeben, daß weitergekämpft werden müsse. Die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Jänner 1917 bot wohl einige Anhaltspunkte zur Fortsetzung der Friedensaktion, aber die Anmeldung des verschärften Unterseebootkrieges, (31. Jänner 1917), und der unmittelbar darauf erfolgte Abbruch der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Mittelmächten (3. Februar) sowie die Proklamierung des Kriegszustandes zwischen Amerika und Deutschland (7. April) verschlechterten die Lage der Mittelmächte noch mehr. Der Friedensversuch, den Kaiser Karl um diese Zeit durch Vermittlung seines Schwagers, des Prinzen Sixtus von Parma, bei dem französischen Präsidenten Poincaré und dem Ministerpräsidenten Briand unternehmen ließ, blieb gleichfalls ergebnislos. Im Sommer 1917 ließ sich Kaiser Karl von den Leitern der wirtschaftlichen Ressorts in Österreich und in Ungarn Denkschriften über die Frage geben, wie lange die Monarchie den Krieg noch überhaupt fortsetzen könne. Die Denkschriften nahmen ohne Ausnahme für eine baldige Beendigung des Krieges Stellung und verlangten, daß der Friede bis zum Ende des Jahres, spätestens aber im Frühjahr 1918 unter allen Umständen abgeschlossen werde, da sonst

die Erschöpfung eine vollständige sein werde und selbst für die Ernährung der Bevölkerung nicht mehr vorgesorgt werden könne.

Die einzige Erleichterung, welche in der Lage der Mittelmächte im Jahre 1917 eingetreten war, bildete der Zusammenbruch des zaristischen Regimes in Rußland. Rußland hatte keine offene, entscheidende militärische Niederlage erlitten, aber Niederlagen eines Volkes nehmen mitunter jenen Charakter der inneren Auflösung an, den sie auch in Rußland aufwiesen. Am 11. März 1917 hatte die russische Revolution dem Regime des Zaren ein Ende bereitet. Einen Monat später, am 14. April, bot die österreichisch-ungarische Monarchie der revolutionären Regierung in Rußland einen Frieden an. Die hieran geknüpften Hoffnungen sollten sich jedoch vorerst noch nicht realisieren, denn am 21. Mai lehnte die russische Regierung einen Sonderfrieden entschieden ab. Erst am 7. November, als die bolschewistische Partei unter der Führung Lenins und Trotzki's die Macht in Rußland an sich gerissen hatte, schienen die Aussichten auf einen Frieden mit Rußland günstiger zu werden. Am 10. November verlangte der Kongreß der russischen Sowjets sofortige Friedensverhandlungen und den Abschluß eines Waffenstillstandes. Am 20. November erklärte Rußland in einem Funkspruch seine Bereitwilligkeit zum Frieden. Am 1. Dezember wurde der Kampf längs der ganzen russischen Front eingestellt. Im Dezember fanden sodann in Brest-Litowsk Verhandlungen wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes statt. Am 5. Dezember wurde ein zehntägiger Waffenstillstand abgeschlossen, der dann am 15. Dezember um 30 Tage verlängert wurde.

Bei der geschilderten Sachlage war es ein eminentes Interesse der Mittelmächte, zu einem Frieden mit Rußland zu gelangen. Die militärischen Gesichtspunkte waren dabei nicht einmal das wichtigste. Die Revolution hatte die Widerstandskraft der russischen Armee so sehr untergraben, daß sie zu einem wirksamen Widerstand nicht mehr fähig war. Da die in Polen verlaufende Schützengrabenlinie unter allen Umständen bis zum allgemeinen Frieden gehalten werden mußte, war doch nicht daran zu denken, daß die ganzen im Osten stehenden Truppen zum Kampf an der Westfront verwendet werden könnten, die Abziehung eines Teiles dieser Truppen wäre aber

angesichts des Zusammenbruches Rußlands auch ohne Friedensschluß möglich gewesen. Immerhin konnte man hoffen, durch einen Friedensschluß mehr Divisionen frei zu machen. Wichtiger war die politische Bedeutung eines Friedens nach außen und nach innen hin. Man hoffte, daß der russische Friede, der die Befreiung der Mittelmächte aus jener Umklammerung bedeuten würde, in der sie sich bis dahin zwischen West und Ost befunden haben, die Friedenswilligkeit der Entente stärken werde. Zum mindesten aber war zu erwarten, daß Rumänien, das den Krieg nur an die russische Front angelehnt führen konnte, im Falle eines Friedens der Mittelmächte mit Rußland aus der Reihe der kriegführenden Mächte ausscheiden werde. Nach innen hin aber erwartete man von einem Frieden, den die Mittelmächte als Sieger abschlossen, eine Festigung der Stimmung und eine Erstarkung des Willens, im Krieg auszuhalten, bis ein Verständigungsfriede sich als möglich erweisen werde. Endlich aber sprach das wirtschaftliche Motiv, die Notwendigkeit einer Durchbrechung der Blockade durch die Verbindung mit den an Rohprodukten reichen Oststaaten, zwingend für einen Friedensschluß. Doch muß konstatiert werden, daß die Position Deutschlands, wo im Inneren noch Ruhe und Ordnung herrschten, Regierung und Heeresleitung den Sieg erhofften und sich durch die Erfolge im Osten darin bestärkt fühlten, eine wesentlich günstigere war, als diejenige Österreich-Ungarns, weshalb denn auch während der ganzen Dauer der Friedensverhandlungen Österreich-Ungarn stärker auf einen Frieden drängte, während Deutschland der Frage, ob es zu einem Frieden kommen werde, gleichmütiger gegenüberstand. Diese verschiedene Position der beiden leitenden Mittelmächte kam in der Unterredung zum klaren Ausdruck, welche im Februar 1918 zwischen Kaiser und König Karl und dem Kaiser Wilhelm in Homburg stattfand. Kaiser Karl konstatierte bei dieser Gelegenheit die Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung Österreich-Ungarns und erklärte sich außerstande, den Krieg noch viel länger fortzusetzen.

Das Interesse Rußlands, zu einem Frieden mit den Mittelmächten zu gelangen, war ebenso groß. Die russische Front war zusammengebrochen, das Heer löste sich auf. Der von den Bolschewiken in Petersburg, Moskau und anderen Städten organisierte Terror war die einzige öffentliche Gewalt. Nur am süd-

lichen Frontteile hielt sich die Front unter dem Kommando des Generals Schtscherbatschow, doch konnte auch sie an eine Fortführung des Feldzuges nicht mehr denken. Der zur Regelung des Gefangenenaustausches nach Petersburg entsendete Generalkonsul Hempel berichtete über die Verhältnisse in Rußland an das Ministerium des Äußern:

«Die dermaligen Verhältnisse in Rußland machen den Eindruck eines auf die Dauer unhaltbaren chaotischen Zustandes. Vorläufig reicht die Macht der jetzigen Regierung nicht über Moskau hinaus, sie besitzt keine telegraphischen Verbindungen mit Sibirien, Kaukasus, Kiew, Odessa, Samara. Die Eisenbahnverbindung ab Moskau geht nur bis Kursk, von dort ist die Linie unterbrochen. Friedensschnsucht hat alle Kreise der Bevölkerung ergriffen. Angesichts der Desorganisation des Verkehrswesens und der fortschreitenden Demobilisierung scheint jede weitere krieglerische Beteiligung Rußlands ausgeschlossen. Infolge der Verkehrsstörungen hat sich die Versorgung Petersburgs bedenklich verschlimmert, es herrscht Brot-, Kohlen- und Fleischmangel. Brot überhaupt viel schlechterer Qualität als bei uns. In einem Aufrufe der Räte wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch an der Front Lebensmittelnot herrsche. Die Teuerung ist hier enorm, die Kaufkraft des Rubels außerordentlich gesunken. Für eine Wagenfahrt, die in normalen Zeiten 120 Rubel kostete, sind jetzt 30 Rubel zu entrichten. Ähnlich bewegen sich die Preise für alle anderen Dienste und Waren.»

Ähnliche Erfahrungen machten die deutschen Delegierten, die anfangs Januar von ihrer Regierung nach Rußland entsendet wurden, um dort Rohstoffe zu kaufen. Sie mußten sich bald davon überzeugen, daß in der herrschenden Verwirrung nichts zu machen war. Die russischen Banken wurden sequestriert, die Financiers eingesperrt, alle Geschäfte stockten.

Dazu kam die Auflösung des russischen Reiches in eine Anzahl kleinerer Republiken. In Kiew hatte die ukrainische Volksvertretung, die «Rada», die Ukraine als selbständige Republik erklärt, die allerdings irgendeiner Verbindung mit dem übrigen Rußland in Form einer föderativen Republik vorerst nicht abgeneigt war. Aber schon Mitte Dezember fand eine Sezession der bolschewistischen Mitglieder der Rada statt, die sich nach Charkow begaben und dort mit Unterstützung aus Petersburg eine Gegenregierung etablierten. Infolgedessen

wurden die Vertreter der ukrainischen provisorischen Regierung, als sie sich zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach Brest-Litowsk begeben wollten, von den Russen anfangs gar nicht durchgelassen; erst nach längerem Zaudern gestatteten sie ihnen, zu passieren. Ende Dezember brachen dann auch offene Feindseligkeiten zwischen Russen und Ukrainern aus. Für die Unsicherheit der Verhältnisse in Rußland charakteristisch war z. B. eine Episode, die sich am 22. Jänner 1918 in Brest-Litowsk zugetragen hatte. Bei der Friedensdelegation der Mittelmächte meldete sich nämlich ein gewesener Oberleutnant der österreichisch-ungarischen Armee, der in russische Kriegsgefangenschaft geraten war und sich nun plötzlich als Delegierter der im Entstehen begriffenen «mohammedanisch-kaukasischen Republik» in Baku vorstellte.

II. Brest-Litowsk.

Für die Friedensverhandlungen bestimmte man die russische Festung Brest-Litowsk, wo sich damals das Hauptquartier der deutschen Ostarmee befand.

Die Stadt Brest-Litowsk war abgebrannt und menschenleer. In ihren Straßen befand sich kaum ein einziges bewohnbares Haus. Nur die etwa eine halbe Stunde von der Stadt entfernt gelegene Festung war relativ unversehrt. In den ursprünglich als Offizierswohnungen dienenden roten Backsteingebäuden der weitläufig angelegten Festung waren die Delegationen untergebracht. Grauer Winterhimmel, nur selten ein Sonnenblick. An kalten Tagen herrlicher Rauhreif an den Bäumen, bei Tauwetter die Straßen mit unergründlichem Kot bedeckt. Bei den Mahlzeiten traf sich die ganze Delegation im Offizierskasino, wo der Oberkommandierende, Prinz Leopold von Bayern, ein 73 jähriger rüstiger Greis mit frischen, funkeln den Augen, unterstützt von General Hoffmann, den Hausherrn spielte. Anfangs nahmen auch die russischen Vertreter an diesen gemeinsamen Mahlzeiten teil; als jedoch am 7. Jänner Trotzki ankam, ließ er dies nicht mehr zu, um den privaten Verkehr der russischen Delegierten mit den Delegationen der Mittelmächte zu verhindern und den Gegensatz schärfer zu markieren. Die ukrainischen Delegierten waren bis zu Ende regelmäßige Gäste des Offizierskasinos. Die eigentlichen Ver-

handlungen fanden in einem anderen Kasinogebäude statt, in dessen großem Saale — er hatte früher offenbar zu Tanzunterhaltungen und Theateraufführungen gedient — in Hufeisenform roh gehobelte Tische aufgestellt waren, an welchen an der Außenseite die Diplomaten und Offiziere der Mittelmächte, an der inneren Seite die Vertreter Rußlands und der Ukraine saßen.

Die Hauptdelegierten der Mittelmächte waren: deutscherseits Staatssekretär v. Kühlmann, österreichisch-ungarischerseits Minister des Äußern Graf Czernin, bulgarischerseits erst Justizminister Popow, dann Ministerpräsident Radoslawow, türkischerseits erst der türkische Minister des Äußern Nessimi Bey und Botschafter Hakki Pascha, dann Großvezier Talaat Bey. Die führende Rolle spielt Herr v. Kühlmann. Gewandt, intelligent, glatt und geschmeidig, spricht leicht und tadellos französisch. Steht den Dingen ruhig und kühl, mit einer starken Dosis Fatalismus gegenüber und hat der Heeresleitung gegenüber, die nicht gut auf ihn zu sprechen ist, einen schweren Stand, so daß er während der Verhandlungen wiederholt mit seiner Demission drohen muß. In diametralem Gegensatz zu seiner vielleicht etwas absichtlichen Ruhe steht der ungeduldige, temperamentvolle Graf Czernin, sich oft nur mit Mühe beherrschend, der einzige unter den vorsitzenden Staatsmännern, der den kommenden Zusammenbruch voraussieht und unter den wechselvollen Wendungen der Friedensverhandlungen geradezu physisch leidet. Der türkische Großvezier Talaat Pascha mit breiten, brutalen Zügen, von zynischem Ausdruck — ein Zigeunergesicht. Hakki Pascha mit klugen, kleinen Augen, untersetzt und klein, hat immer ein kluges und vernünftiges Wort in Bereitschaft. Radoslawow mit seinem langen, grauen Bart ist eine Patriarchengestalt, meist still und passiv.

Der Führer der russischen Delegation ist Trotzki, ein Revolutionär von Beruf. Blasses Gesicht, kurzsichtige und doch stechende, graue Augen hinter einem Zwickel, langes, schwarzes Haar und Knebelbart. Er sitzt meist mit verdrossenem, finsterem Gesichtsausdruck da. Im äußerem Auftreten sicher, ja herausfordernd, zeigte er sich in den Verhandlungen als ein Dialektiker ersten Ranges. Sein Stellvertreter der Arzt Joffe. Unter den zahlreichen schweigenden russischen Delegierten eine Frau, die wegen eines politischen Mordes lange in Sibirien in der Verbannung

lebte, Studenten und Soldaten, während ein Vizeadmiral des alten Regimes und ein Oberst als Experten in untergeordneten Stellungen fungierten. Die ukrainische Delegation bestand ganz aus jungen Leuten. Ihr Führer war erst Sewrjuk, ein junger Schriftsteller von großem Selbstbewußtsein, mit müdem Gesichtsausdruck, dann Holubowicz, der noch während der Verhandlungen zum Ministerpräsidenten ernannt und wieder von Sewrjuk abgelöst wurde. Ljubinsjkij, das revolutionäre Herz auf der Zunge. Ein litauischer Lateinprofessor, Woldemar, ruhig, skeptisch. Der Lehrer Ostapenko, charakteristischer slawischer Kopf, scharfsinnig und umständlich. Alle ukrainischen Unterhändler ohne jede praktische Erfahrung, zäh auf ihren Theorien verharrend.

Der Kontrast zwischen den Diplomaten und Offizieren der Mittelmächte und den russischen und ukrainischen Revolutionären wurde noch durch den Rahmen verschärft, welchen das deutsche Hauptquartier für das erste Zusammenprallen dieser so verschiedenen Gesellschaften abgab.

III. Die Friedensgrundlagen.

Angesichts des klaffenden Unterschiedes in den Weltanschauungen der in Brest-Litowsk am Verhandlungstisch einander gegenüberstehenden Parteien war es trotz des beiderseitigen starken Friedensbedürfnisses nicht von vornherein klar, wie man zu einer gemeinsamen Grundlage gelangen würde, auf welcher ein Friedensschluß aufgebaut werden könnte. Erschwert wurden die Verhandlungen auch dadurch, daß die russischen Delegierten grundsätzlich nur in öffentlichen Plenarsitzungen verhandeln wollten und an diesem Grundsatz bis zu Ende festhielten, so daß sie jedes Wort, das in den Verhandlungen gesprochen wurde, sofort in die Welt hinaus telegraphierten. Das legte allen Teilnehmern an den Verhandlungen Vorsicht auf und machte eine Annäherung ursprünglich abweichender Standpunkte aneinander ungemein schwierig.

Am 22. Dezember kamen die Friedensdelegationen zum ersten Male zusammen und die russischen Delegierten nahmen die Gelegenheit wahr, um ihre Grundsätze, auf denen sie den Frieden aufbauen wollten, auseinanderzusetzen. Sie verlangten einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne

Kriegsentschädigungen und die Anerkennung der politischen Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker, auch derjenigen in Österreich und Ungarn. Die Mittelmächte bezeichneten in ihrer Antwort, die am 24. Dezember festgelegt und am 25. den Russen übergeben wurde, die Leitsätze des russischen Vorschlags als eine «diskutable Grundlage» für einen «allgemeinen gerechten Frieden». Sie erklärten sich mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen einverstanden. «Wenn die russische Delegation — heißt es in der Antwort — die Fortsetzung des Krieges lediglich zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an.» «Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet. Es muß aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollen. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen.»

Diese Fassung knüpfte somit die Anerkennung des russischen Friedensprogramms eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen an einen wichtigen Vorbehalt: daß nämlich auf dieser Grundlage ein alle kriegführenden Staaten umfassender allgemeiner Friede zustandekommen müsse. Er ließ jedoch den Mittelmächten für den Fall, daß Rußland allein einen Frieden schließen werde, vollkommen freie Hand. Diese Reservation gestaltete später, als man Rußland allein gegenüberstand, die Verhandlungen über einzelne Fragen schwierig. Indes ermöglichte es diese Fassung, überhaupt zu einer gemeinsamen Verhandlungsgrundlage zu gelangen. Mit der eben hervorgehobenen Reservation ist auch die Stellungnahme der Vierbundmächte zu den Einzelheiten des russischen Friedenspro-

grammes zu lesen. «Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den zurzeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einzelnen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.» Gegen diesen letzteren Evakuationspassus wurden besonders türkischerseits Einwendungen erhoben, da südlich vom Kaukasus weite türkische Gebiete von den Russen okkupiert waren und die Türkei diese gern frei bekommen hätte. Indes ließ die Lage nur eine bilaterale Fassung der Räumungsbestimmungen zu, und da von einer Räumung des von den Mittelmächten besetzten russischen Gebietes aus Gründen der Kriegführung nicht die Rede sein konnte, mußte die türkische Einwendung abgelehnt werden. Zu den auf die Selbständigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen betreffenden russischen Forderungen wurde erklärt: «Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Krieg ihre staatliche Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben. Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkt der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staate selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen. Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.» Zu einem gegenseitigen Verzicht auf den Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschäden erklärten sich die Mittelmächte bereit, nur die Aufwendungen für Kriegsgefangene und die durch völkerrechtswidrige Gewaltakte Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden sollten ersetzt werden. Der letzte Punkt bezog sich auf die Kolonien, welchen Deutschland das Selbstbestimmungsrecht noch nicht zuerkennen wollte.

Trotz der Reservation, unter der die ganze Antwort zu verstehen war, gab es Schwierigkeiten, besonders die bulgarische Regierung zur Zustimmung für diese Antwort zu bewegen. In der Besprechung vom 24. Dezember, in welcher die Antwort for-

muliert wurde, verlangte der bulgarische Vertreter Popow, es solle ausgesprochen werden, daß der Verzicht auf Annexionen für Bulgarien keine Geltung habe. Als ihm Herr v. Kühlmann vorhielt, daß diese Hinzufügung den Wert und das moralische Gewicht der Deklaration verringern würde, erklärte der bulgarische Vertreter, daß Bulgariens in zwei Manifesten dargelegtes Kriegsziel die Befreiung der bulgarischen Brüder in der Dobrudscha und in Mazedonien sei; wenn also Bulgarien auf Annexionen verzichten müßte, so müßte es sein Kriegsziel preisgeben. Der bulgarische Delegierte mußte sich um neue Instruktionen nach Sofia wenden, wodurch sich die Überreichung der Antwort an die russische Delegation stark verzögerte. Sie konnte erst in den Abendstunden des 25. Dezember, als mittlerweile auch die bulgarische Regierung zugestimmt hatte, den Russen mitgeteilt werden.

Im Namen der russischen Delegation bezeichnete Joffe die Antwort der Mittelmächte bis auf den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht als befriedigend. Man konstatierte daher im gegenseitigen Einvernehmen, daß die Grundlage für einen Frieden — wohlgemerkt, für einen allgemeinen Frieden — damit gegeben sei und vereinbarte eine zehntägige Unterbrechung, während welcher Rußland die Entente auffordern wollte, sich den Verhandlungen auf dieser Grundlage anzuschließen. Natürlich war das nur eine Form, da nicht der geringste Zweifel darüber bestand, daß die Entente auf Verhandlungen auf dieser Basis nicht eingehen werde.

Diskussion über die Hauptgrundsätze des Friedens.

Bevor sich die Delegationen aus Brest-Litowsk entfernten, wurden in zwei Besprechungen, am 26. und 27. Dezember, noch die Hauptgrundsätze des Friedens besprochen.

In der Frage der Aufnahme der Vertragsbeziehungen erklärten die Russen, daß sie Verträge nur anerkennen könnten, soweit sie nichts enthielten, was den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland widersprechen würde.

Mit der Einstellung des Wirtschaftskrieges erklärte sich Rußland völlig einverstanden, da «Ausnahmsgesetze gegen irgendeinen Staat im heutigen Rußland überhaupt nicht möglich» seien.

Die Gegensätze in den beiderseitigen Weltanschauungen traten bei der Frage der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs noch deutlicher in Erscheinung. Herr v. Kühlmann schlug vor, bis zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages den alten in Kraft zu lassen. (Der ursprüngliche deutsche Plan, die Erneuerung des alten Vertrages auf 20 Jahre durchzusetzen, wurde gar nicht zur Sprache gebracht, da er sich in den Privatbesprechungen mit den Russen als aussichtslos erwies.) Joffe meinte in seiner Antwort, Rußland wünsche die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen; indes seien in Rußland neue Grundsätze und neue Verhältnisse zur Herrschaft gelangt, unter denen eine einfache Wiederherstellung des alten Vertrages unmöglich ist. Der russische Delegierte Pokrowski ergänzte seine Ausführungen, das neue Rußland könne nicht in Kraft belassen, was «zwischen zwei Gruppen von Handelsleuten und Kapitalisten» beschlossen wurde. Es wäre «der gewöhnliche Zustand wiederherzustellen», bis ein neuer Vertrag vereinbart werden kann. Herr v. Kühlmann fragte, was die russischen Delegierten unter dem «gewöhnlichen Zustand» verstehen? Eine spätere Neuregelung sei allen Teilen erwünscht, was solle aber bis dahin geschehen? Soll der Verkehr ganz frei sein? Soll ein Vertragsverkehr eingeführt werden? Pokrowski antwortete, daß russischerseits gegen beides Bedenken bestehen. Die Inkraftsetzung des alten Vertrages sei für Rußland unmöglich. Der freie Verkehr aber würde «den nationalen Ausbau hindern», besonders wegen der Meistbegünstigung. Joffe meinte, die Lösung wäre vielleicht in einer planmäßigen Organisation des Warenaustausches zu erblicken. Es könnten beide Möglichkeiten in Betracht kommen. Eine Spezialkommission könnte die Details ausarbeiten. Kühlmann fragte, wie sich die russische Delegation zur Frage der Meistbegünstigung stelle? Joffe erwiderte, daß Rußland keinen Widerspruch dagegen erhebe, daß Deutschland und Österreich-Ungarn nicht schlechter behandelt werden dürfen als irgendein anderer dritter Staat. Es wurde schließlich festgestellt, daß Rußland den verbündeten Mittelmächten die Meistbegünstigung einräumt.

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen erklärte sich die russische Delegation einverstanden. Pokrowski warf dabei die Frage auf, wie sich die Mittelmächte zur Frage der Wählbarkeit der Konsuln verhalten würden. Herr v. Kühl-

mann fragt, wer wählen und wer wählbar sein soll? Pokrowski formuliert seinen Gedanken dahin, daß die Angehörigen des betreffenden Staates in einem ausländischen Gebiet das Recht haben sollen, ihre Konsuln aus ihrer eigenen Mitte zu wählen. Kühlmann erwidert, der Anwendung dieses Prinzips von russischer Seite stehe nichts im Wege, die Mittelmächte wollen jedoch das bestehende System der Berufskonsuln nicht ändern.

Bezüglich der Entschädigung der Zivilgeschädigten erklärte Kamenew russischerseits, daß die Entschädigungspflicht für jene Schäden, die nicht in der Kriegszone vorgefallen sind, prinzipiell festgestellt werden müsse. Umfang und Zeitpunkt können indes erst fixiert werden, wenn die Schäden festgestellt sind.

In der Frage der Wiederherstellung annullierter Konzessionen von Ausländern erklärte Kamenew, daß Rußland gegen Ausländer keine Ausnahmen statuieren wolle, wenn aber eine allgemeine Nationalisierung (Verstaatlichung oder staatliche Kontrolle) gewisser Unternehmungen durchgeführt wird, könne auch ein ausländisches Unternehmen in Rußland ihr nicht entzogen werden.

Mit der Rückgabe der gekaperten Schiffe erklärten sich die russischen Delegierten einverstanden.

In dem Grundsatz, daß Kriegsschäden infolge militärischer Maßnahmen einschließlich der Requisitionen und Kontributionen gegenseitig kompensiert werden sollen, war man von vornherein einig.

Bezüglich der Zivilinternierten und Verschiedenen wurde vorgeschlagen, daß diese kostenfrei heimbefördert werden sollen. Joffe erklärt sich damit einverstanden, wünscht aber auch die Freilassung derjenigen, die wegen ihrer Teilnahme an der Friedenspropaganda leiden. Kühlmann erwidert, daß es solche Leute in Deutschland nicht gebe und Graf Czernin fügt mit einer Anspielung auf die Angriffe, denen er ebenso wie Herr v. Kühlmann wegen ihrer friedensfreundlichen Haltung in gewissen Kreisen ausgesetzt waren, hinzu: «Wegen Friedenspropaganda werden bei uns höchstens die Minister verfolgt.»

Während sich die Diskussion über diese Fragen glatt anließ, spitzte sich die Lage sofort zu, als die territorialen Fragen zur Sprache kamen. Die Mittelmächte verlangten, Rußland solle anerkennen, daß Polen, Kurland, Litauen und Teile von Livland und Esthland ihren Willen, sich von Rußland zu trennen und

sich den Mittelmächten anzuschließen, bereits geäußert haben. Joffe erwiderte, daß Rußland das nicht tun könne. Eine wirkliche Willensmeinung könne nur geäußert werden, wenn die militärische Besetzung dieser Gebiete aufgehört haben werde. Indes erklärte er sich mit der Entsendung einer Kommission zur Prüfung dieser Frage einverstanden, und damit war die Brücke gegeben, wenigstens vorläufig auch über diesen Punkt, der dann die Verhandlungen für mehrere Wochen verbarrikadierte, hinwegzukommen. Herr v. Kühlmann ging darauf noch einen Schritt weiter und fragte, ob die russische Regierung unter gewissen Bedingungen bereit sein würde, die russischen Truppen aus jenen Teilen Livlands und Esthlands, die noch von Russen besetzt sind, zurückzuziehen, um dadurch der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die Vereinigung mit ihren Stammbrüdern durchzuführen. Joffe antwortete vorsichtig, daß die russische Regierung wiederholt ihren Entschluß geäußert hat, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ohne militärischen Druck zu ermöglichen. Es stehe außer Zweifel, daß sie auch auf Livland und Esthland dieselben Grundsätze anwenden werde, deren Befolgung sie von anderen Staaten fordere.

Damit war auch die allgemeine Besprechung der Hauptfragen des Friedens erledigt und es fand am 28. Dezember bloß noch eine feierliche Schlußsitzung rein formalen Charakters statt. Selbstverständlich hatte man das Gefühl, daß die allgemeine Aussprache große Gegensätze, besonders in den territorialen Fragen, offen gelassen habe. Die Friedensaussichten wurden daher auf Seiten der Mittelmächte keineswegs durchaus optimistisch beurteilt.

IV. Trennung der Ukraine von Rußland.

Als die russische Delegation am 7. Jänner 1918 nach Brest-Litowsk zurückkehrte, war die Situation in einzelnen wichtigen Punkten verschoben. Die Entente hatte, wie vorauszusehen war, das Eingehen in Verhandlungen auf der im Dezember vereinbarten Grundlage abgelehnt, so daß nunmehr ein Sonderfriede mit Rußland in Betracht kam. Für diesen Fall aber hatten die Mittelmächte von vornherein erklärt, sich an die in den Dezemberklärungen enthaltenen Grundlagen nicht weiter gebunden zu halten. In der kurzen Zwischenzeit war auch manches ge-

schehen, was die Stimmung zwischen den verhandelnden Parteien nicht eben verbesserte. An der Spitze der russischen Delegation war jetzt Trotzki selbst in Brest-Litowsk erschienen. Er erklärte sofort, daß die russischen Delegierten von nun an den bis dahin gemeinschaftlich eingenommenen Mahlzeiten nicht mehr beiwohnen würden, womit die letzte Möglichkeit eines privaten Verkehrs zwischen den beiden verhandelnden Parteien abgeschnitten oder doch außerordentlich erschwert wurde. Endlich hatte sich das Verhältnis zwischen Rußland und der Regierung der ukrainischen Rada in Kiew, die durch die bolschewistische Agitation bedroht wurde, so sehr verschlechtert, daß die Ukrainer nicht mehr mit den Russen gemeinsam, sondern selbständig Friedensverhandlungen führen wollten. Sie ergänzten ihre bis dahin vier Mann zählende Delegation auf die Zahl von 17 Mitgliedern, die mit dem Auftrag gekommen waren, die Anerkennung der Selbständigkeit der Ukraine durchzusetzen und dann ohne Rücksicht auf Rußland selbständig über einen Frieden zu verhandeln. Die Zuspitzung der Beziehungen zwischen den Mittelmächten und den Russen, die bei vielen Zweifel erregten, ob es überhaupt zu einem russischen Frieden kommen werde, kamen den Ukrainern zustatten. Man hätte ihre Unabhängigkeit unter den gegebenen Verhältnissen wohl auf alle Fälle anerkannt; so wie die Dinge lagen, erblickte man aber darin sogar einen besonderen Vorteil, obgleich es zweifelhaft war, ob sich die Kiewer Regierung halten werde. Aber sie und das Kiewer Parlament waren zur Zeit die einzigen politischen Vertreter und öffentlichen Gewalten der Ukraine, so daß man nur mit ihnen über den Frieden verhandeln konnte.

In der Konferenz vom 10. Jänner ergriff der mit der Führung der ukrainischen Delegation betraute Holubowicz das Wort. Gleich zu Beginn der Konferenz verlas er eine Erklärung, in der er, nach Hervorhebung der Friedenssehnsucht aller Völker, das Erscheinen einer ukrainischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk auf die am Weihnachtstage an alle kriegsführenden Völker gerichtete Aufforderung zum Friedensschluß zurückführte und das Recht einer selbständigen Vertretung für die Ukraine in Anspruch nahm. Sein Mitdelegierter Ljubinsjkij verlas darauf die Note, in welcher die Ukraine formell ihre Anerkennung als selbständiger Staat verlangte. Gleichzeitig überreichte er je ein mit den Unterschriften des Präsidenten

der ukrainischen Republik, Winnitschenko, und ihres Ministers des Äußern, Schulgin, versehenes Exemplar der Unabhängigkeitserklärung den Hauptvertretern der vier verbündeten Mächte.

Der Vorsitzende, Herr v. Kühlmann, richtete hierauf an den ebenfalls anwesenden russischen Vertreter Trotzki die Frage, ob dieser nach der Selbständigkeitserklärung der Ukraine noch weiter die Angelegenheiten ganz Rußlands vertreten zu können glaube. Trotzki erwidert ganz allgemein, daß Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine bis zur vollen Lösung von Rußland anerkenne. Kühlmann sucht etwas Genaueres herauszubekommen und fragt, ob nach Ansicht Trotzki's die ukrainische Delegation der russischen untergeordnet oder ein selbständiger Verhandlungsfaktor ist. Trotzki antwortet, nachdem die ukrainische Delegation als selbständiger Verhandlungsfaktor aufgetreten sei, nachdem Rußland diese Vertretung anerkannt habe und nachdem von keiner Seite Widerspruch erhoben wurde, sei die Frage eigentlich als erledigt zu betrachten. Nachdem Kühlmann gedankt und die Stellungnahme der Mittelmächte zur Frage der Unabhängigkeit der Ukraine für später in Aussicht gestellt hatte (die Unabhängigkeit der Ukraine wurde zwei Tage darauf feierlich anerkannt), dankte Holubowicz schon jetzt für die selbständige Stellung, die der Ukraine eingeräumt wurde und bat um die Feststellung, daß Rußland und die Ukraine in Hinkunft zwei getrennte Staaten seien, die sich aus dem alten russischen Reich gebildet haben.

Damit war die Trennung der Ukraine von Rußland vollzogen, was für die weiteren Verhandlungen von Wichtigkeit sein sollte. Sie schien sich anfangs ganz glatt und schmerzlos abzuspielen, was sich allerdings später als eine Täuschung erwies.

V. Wiedereröffnung der Verhandlungen mit Rußland.

Als am 9. Jänner die Verhandlungen zwischen den beiden Friedensdelegationen wieder aufgenommen wurden, erklärte zunächst Herr v. Kühlmann im Namen der Vierbundmächte die im Dezember gewechselten Deklarationen für nichtig, da sie an die Voraussetzung des Anschlusses der Entente geknüpft waren, diese aber innerhalb der ihr russischerseits gestellten zehntägigen Frist sich den Verhandlungen

nicht angeschlossen hatte. Er wies dann den in der Zwischenzeit russischerseits geäußerten Wunsch zurück, die Friedensverhandlungen in einen neutralen Ort, z. B. Stockholm, zu verlegen, und bezeichnete es als den «feststehenden und unänderlichen» Entschluß der Mittelmächte, die Verhandlungen in Brest-Litowsk abzuführen. Herr v. Kühlmann beschwerte sich darauf über eine völlig falsche, durch die Petersburger Telegraphenagentur verbreitete Darstellung einer angeblichen Antwort, die Joffe auf die das Selbstbestimmungsrecht betreffende Erklärung der Mittelmächte gegeben haben sollte. Ebenso entschieden sprach Graf Czernin aus, daß mit Rußland nunmehr nur über einen Sonderfrieden verhandelt werde. Er verlangte das sofortige Zusammentreten der schon besprochenen Kommissionen. Talaat Pascha und Popow schlossen sich im Namen der Türkei, beziehungsweise Bulgariens diesen Erklärungen an. General Hoffmann beklagte sich dann darüber, daß in Funksprüchen, welche aufgefangen wurden, teils die verbündeten Mächte beschimpft, teils ihre Truppen aufgewiegelt werden. Da das dem Geiste des Waffenstillstandes nicht entspreche, müsse er gegen Form und Inhalt der Funksprüche Protest einlegen. Diesem Trommelfeuer von Angriffen setzte Trotzki, als Führer der Delegationen, vollkommenes Schweigen entgegen. Erst als er von Herrn v. Kühlmann aufgefordert wurde, sich zu äußern, ersuchte er um eine Unterbrechung der Beratung zur Vorbereitung seiner Antwort.

Am nächsten Tage erklärte Trotzki die Meldung der Petersburger Agentur als ein bedauerliches Mißverständnis, berief sich General Hoffmann gegenüber auf die volle Agitationsfreiheit und fügte sich dem Standpunkt der Mittelmächte in der Frage des Verhandlungsortes, «um die Verhandlungen nicht an einer Nebenfrage scheitern zu lassen». Er erklärte schließlich, daß, wenn die russische Delegation in Brest bleibe, sie das nur tue, um keine Möglichkeit zur Herbeiführung des Friedens unausgenützt zu lassen. Sie wolle sich von neuem bemühen, zu erfahren, ob ein Friede ohne Vergewaltigung von Polen, Litauern, Letten, Esthen und Armeniern, denen die russische Regierung schon jetzt das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht gewähre, möglich sei.

Noch am selben Tage begannen die Kommissionsberatungen über die territorialen Fragen, die dann auch an den folgenden

Tagen fortgesetzt wurden, aber nicht vom Fleck kamen. Rußland verlangte konsequent die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nach vollzogener Räumung der besetzten Gebiete. Deutschland verlangte anfangs, daß man die vorliegenden Willensäußerungen verschiedener Körperschaften der okkupierten Gebiete als erfolgte Selbstbestimmung ansehe und wäre höchstens bereit gewesen, eine Art von Volksbefragung während der Dauer der militärischen Okkupation durchzuführen. Die Verhandlungen gerieten daher vollständig ins Stocken. Trotzki drohte am 16. Jänner mit der Abreise, weil die weiteren Besprechungen keinen Sinn hätten, Herr v. Kühlmann dachte an ein Ultimatum. Graf Czernin, der aus Wien eine Hiobsbotschaft nach der anderen erhielt, fürchtete, daß die Verhandlungen endgültig scheitern würden und trat — wie übrigens auch Herr v. Kühlmann — dem Gedanken eines Friedensschlusses mit der Ukraine allein immer näher, da er wenigstens mit einem Frieden nach Hause kommen wollte. Schließlich wurde vereinbart, daß Trotzki wohl nach Petersburg fahren, am 29. Jänner aber zurückkommen werde, um die Verhandlungen fortzusetzen. Tatsächlich reiste er am 18. Jänner ab.

VI. Die Lage Österreich-Ungarns vor dem ukrainischen Frieden.

Die Nachrichten, welche Mitte Jänner in Brest-Litowsk eingetroffen waren, ließen die Lage in Österreich-Ungarn als außerordentlich kritisch erscheinen.

1. Mangel an Nahrungsmitteln.

Im Jänner 1918 mußte in Österreich die ohnedies ungenügende Brot- und Mehlquote von 200 g auf 165 g pro Tag herabgesetzt werden. Auch diese Quote konnte um Mitte Jänner nicht mehr beschafft werden. Die Situation wird durch folgende Telegramme beleuchtet, deren Diktion noch mehr sagt als die darin enthaltenen Tatsachen. Am 15. Jänner telegraphierte Minister Graf Czernin aus Brest-Litowsk an Kaiser Karl:

«Ich erhalte soeben einen Brief des Statthalters Grafen Coudenhove, welcher alle meine Euerer Majestät immer wiederholten Befürchtungen rechtfertigt und konstatiert, daß wir in der Ernährungsfrage unmittelbar vor der Katastrophe stehen.

Die Situation ist furchtbar, und ich fürchte, es ist bereits zu spät, um den völligen Niederbruch, welcher in den nächsten Wochen zu erwarten ist, aufzuhalten. Graf Coudenhove schreibt darüber:

„Von Ungarn erhalten wir nur geringe Mengen, von Rumänien noch 10.000 Waggons Mais, es bleibt dann ein Abgang von mindestens 30.000 Waggons Getreide, ohne welche wir einfach zugrunde gehen müssen. Ich ging, als ich diese Sachlage erfahren hatte, zum Ministerpräsidenten, um mit ihm hierüber zu sprechen. Ich sagte, wie die Situation ist, wird in wenigen Wochen unsere Kriegsindustrie, unser Bahnverkehr stillestehen, die Versorgung der Armee wird unmöglich sein, sie muß zusammenbrechen, und diese Katastrophe muß zum Zusammenbruche Österreichs und infolgedessen auch Ungarns führen. Er beantwortete mir jede einzelne dieser Fragen mit «Ja, so ist es» und fügte bei, es geschehe alles, um eine Änderung herbeizuführen, insbesondere bezüglich der ungarischen Lieferungen, niemandem aber, auch nicht Seiner Majestät, sei es gelungen, etwas zu erzielen. Man könne nur hoffen, daß ein Deus ex machina uns vor dem Ärgsten bewahren werde.“

Wie oft und inständig habe ich Eure Majestät gebeten, endlich energisch einzugreifen und den österreichischen Ministerpräsidenten einerseits, den ungarischen Ernährungsminister andererseits zu zwingen, Ordnung zu machen; noch von hier aus habe ich Eure Majestät schriftlich beschworen, zu handeln, so lange es noch Zeit ist. Alles war umsonst.

Wenn es überhaupt noch möglich ist, das Ärgste zu verhüten, so kann es nur geschehen, wenn man gleichzeitig alle noch erübrigenden Möglichkeiten zu erschöpfen versucht.

I. Müßte General Landwehr sofort mit einem Brief Eurer Majestät zu Kaiser Wilhelm fahren und ihm die Situation völlig klar darlegen und ihn ersuchen, uns auszuhelfen. (Ohne direkten Appell an Kaiser Wilhelm geht es nicht.)

II. Damit der Schritt Aussicht auf Erfolg hat, muß natürlich gleichzeitig in Österreich und in Ungarn mit der allergrößten Energie vorgegangen werden. Die Landwirte sollen dort allerdings nicht mehr viel haben, weil — wie ich Eurer Majestät bereits gemeldet — das Ministerium Eszterházy-Hadik seinerzeit den furchtbaren Fehler gemacht hat, den Verkauf freizugeben. Es scheint aber, daß Händler und Konsumenten, Städte und

andere Kommunen, Industrien, Fabriken, Hotels etc. große Vorräte aufgestapelt haben. Dieselben müssen herausgegeben werden. Nur unter Festsetzung drakonischer Strafen (Zuchthaus) wird es möglich sein, dies vielleicht zu erreichen. Dafür muß aber natürlich vor allem ein Ernährungsminister ernannt werden, der zu handeln bereit ist.

III. Die Kopfquote muß dauernd gekürzt bleiben.

IV. Es wäre zu erforschen, ob unser Polen nicht noch Vorräte abliefern könnte. Zweifellos lebt man in Lublin besser als bei uns. Auch dies ginge nur auf direkten kaiserlichen Befehl, da Graf Szeptycki sonst bestimmt in passive Resistenz verfallen wird.

V. Ich mache alle denkbaren Anstrengungen, um einiges Getreide aus der Ukraine zu bekommen. Es wird vielleicht gelingen, doch nur in sehr geringen Quantitäten und erst spät im Frühjahr.

Ich beschwöre Eure Majestät nochmals, sich dieser Ernährungsfrage zu widmen und sich nicht über den Ernst der Situation zu täuschen. Wenn diese beispiellose Wirtschaft weitergeht, dann haben wir bestimmt in wenigen Wochen den großen Niederbruch und die Revolution.»

Am 16. Jänner telegraphierte der österreichische Ministerpräsident Seidler an Czernin:

«Ich beehre mich Euer Exzellenz zur Information über die innere Situation nachstehendes zur Kenntnis zu bringen:

In der Situation der Mehl- und Brotversorgung in Österreich ist die von der österreichischen Regierung wiederholt vorhergesagte akute Krise eingetreten.

In Triest konnte vorläufig noch durch Aushilfe, die die Marine aus Vorräten von Pola geleistet hat, die Versorgungsnot behoben werden. Doch mußte die Brot ration auf die Hälfte gekürzt werden. Die Folge waren Arbeiterdemonstrationen. Statthaltereien befürchtet Ausbreitung der Bewegung.

In Krakau haben laut telegraphischer Mitteilung des Fürstbischofs sozialdemokratische wie auch Hungerrevolten stattgefunden.

In der Nähe von Wien (Gebiet von Wiener-Neustadt) sind infolge des Mehlmangels Streiks ausgebrochen, deren Ausdehnung auf das Personal der Südbahn befürchtet wird.

Wien konnte trotz Heranziehung der weitesten noch verfügbaren Reserven nur bis Montag mit Mehl versorgt werden. Eine Aushilfe für die Reichshauptstadt kann nur noch aus Deutschland zeitgerecht eintreffen, falls Verladungen sofort erfolgen, weshalb Ministerium des Äußern um nachdrücklichste Intervention im Wege der Botschaft Berlin gebeten wird.

Mit solcher Aushilfe kann aber naturgemäß nur über wenige Tage hinweggekommen werden. Zu einer wirklichen Sanierung der unhaltbaren Zustände könnten bis zum Wiedereinsetzen rumänischer Zufuhr, das heißt Freiwerden der Donau, nur Bezüge aus Ungarn führen, die eine wirklich ernste Durchführung dort angeordneter Requisitionen zur Voraussetzung haben. Die österreichische Regierung kann nicht umhin, Euer Exzellenz hievon mit der Bitte in Kenntnis zu setzen, eventuell auch die deutsche Delegation auf die ungemein kritische Sachlage aufmerksam zu machen, die durch unvorhergesehene Schwierigkeiten leicht zur Katastrophe gesteigert werden kann.»

Ministerpräsident Seidler fügte telephonisch hinzu, daß derzeit keine Frage die Bevölkerung so sehr errege als jene des Ganges der Verhandlungen in Brest, da der Wunsch nach Frieden absolut vorherrsche.

An demselben Tag meldete der Ernährungsminister Höfer dem Ministerium des Äußern, daß die seit Kürzung der Mehllration unter der Arbeiterschaft in Wiener-Neustadt herrschende Erregung nunmehr geradezu revolutionären Charakter angenommen habe. Es befanden sich gerade die Vertrauensmänner der Arbeiter bei ihm, um deren Forderungen vorzulegen. Dieselben wären:

- I. Erhöhung der derzeit gekürzten Mehllration;
- II. Zusicherung für einen günstigen Ausgang der Friedensverhandlungen.*)

2. Verhandlungen mit den Zentralmächten.

Österreich-Ungarn wendete sich nach Deutschland und auch nach Bulgarien um Aushilfe. Von beiden Seiten kamen zunächst Ablehnungen. Der österreichische Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe, telegraphiert am 16. Jänner aus Berlin:

*) Telegramm Baron Flotows an Czernin vom 16. Jänner 1918.

«Das hiesige Kriegsministerium und Ernährungsamt haben die vorschußweise Abgabe von 2000 Waggons Mehl an unsere Heeresverwaltung trotz meiner nachdrücklichsten diesbezüglichen Schritte unter Hinweis auf den eigenen Mangel abgelehnt.

General Ludendorff hat erklärt, daß aus den Heeresbeständen unter keinen Umständen etwas abgegeben werden könne. Auf meine Schritte bei der Reichsernährungsstelle hat Unterstaatssekretär v. Braun erwidert, es sei ganz unmöglich, unseren Wunsch zu erfüllen, zumal man eben im Begriffe stehe, die Mehrlation hier herabzusetzen.

Eine Anfrage Generals Landwehr an die Botschaft, ob Aussicht vorhanden sei, daß er durch persönliches Herkommen etwas erreichen könne, mußte ich daher nach den gemachten Erfahrungen negativ beantworten lassen. Heute hat mich Seine k. u. k. Apostolische Majestät telephonisch aufgerufen, um mir zu sagen, Er beabsichtige hierüber einen Brief an Seine Majestät Kaiser Wilhelm zu schreiben, jedoch wenn Allerhöchstderselbe die Gewißheit habe, daß dieser Brief nicht abschlägig beantwortet werden würde. Auf die Frage Seiner Majestät, ob ich hiefür die Verantwortung übernehmen könnte, mußte ich pflichtgemäß erwidern, daß mir dies nicht möglich sei. Ich bin fest überzeugt, Seine Majestät Kaiser Wilhelm würde sich in diesem Falle an die hiefür maßgebenden hiesigen Stellen wenden und nach den Auskünften, die mir von denselben in der allerbestimmtesten Form hierüber gegeben wurden, muß ich als sicher annehmen, daß auch Seine Majestät Kaiser Wilhelm in merito ablehnend antworten würde.

Da Seine k. u. k. Apostolische Majestät von der dringlichen Notwendigkeit der Approvisionierung sprach, so werde ich nunmehr noch versuchen, vielleicht die Abgabe eines kleineren Quantum als die 2000 Waggons durchzusetzen, fürchte aber leider, daß auch dies nicht zu erreichen sein wird.»

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Sofia telegraphiert am 17. Jänner 1918 an Minister Czernin:

«Der Ministerpräsident Radoslawow verständigte sofort Seine Majestät den König und telegraphierte dringend an bulgarische Vertretung in Bukarest um dringende Äußerung, ob und welches Quantum Bulgarien uns aus den ihm in Rumänien zustehenden Vorräten sofort abtreten könnte. Bulgarien habe ein absolutes Recht auf dortige Vorräte, welche derzeit in

Deutschlands Verwahrung seien, uns aber unter diesen Verhältnissen abgetreten werden müßten. Allerdings bezweifle Ministerpräsident, daß wir von dort im besten Falle mehr als einige hundert Waggons erhalten würden. Was Getreidelieferung aus Bulgarien anlange, so waren beide Herren solidarisch in der Erklärung, daß es absolut ausgeschlossen sei, auch nur einige Waggons von hier abzugeben. General Protogeroff bewies mir an der Hand der Daten, daß er von dem täglichen Bedarf von zirka 40 Waggons für die Front mit Serbien mühselig mit militärischen Gewaltrequisierungen täglich die Hälfte, oft auch nur ein Drittel erhalte. Dasselbe gelte auch für die größeren Städte. Eine Reserve ist überhaupt nicht vorhanden, sondern täglich werden die Mindestquantitäten aus allen Landesteilen zusammengesucht und verfrachtet. Im April werde auch diese langsam fließende Quelle versiegen und was dann geschehen werde, sei ihm nicht klar.

Natürlich benützte Ministerpräsident und Protogeroff diese Situation, um mir zu sagen, die allgemeine Lage im Vierbunde erheische in erster Linie selbst opferreiche Frieden mit Rußland, speziell Ukraine.»

Am 18. Jänner entschloß sich die deutsche Regierung, statt der verlangten 2000 Waggons doch 450 Waggons Mehl nach Österreich zu senden. Prinz Hohenlohe berichtet an diesem Tage:

«Der Reichskanzler, dem ich gestern die dringende Notwendigkeit, daß uns deutscherseits mit Mehl ausgeholfen werde, nachdrücklichst auseinandergesetzt hatte, versprach mir, den maßgebenden Stellen noch vor der heutigen Sitzung dementsprechende Instruktionen zukommen zu lassen.

In der heutigen Sitzung erklärte sich die deutsche Regierung bereit, nachstehendes Abkommen zu treffen:

Die Deutsche Reichsgetreidestelle liefert an Österreich-Ungarn zur Verfügung des gemeinsamen Ernährungsausschusses 4500 t 94 %iges Weizenmehl; Ungarn erstattet dafür 4500 t Weizenmehl oder 5600 t Mais Korn zurück.

Österreich wird die Durchführung aus Ungarn nach Deutschland gestatten und fördern. Die ungarische Rückerstattung wird am 15. März 1918 beendet sein.»

Durch diese geringe Aushilfe konnte die Katastrophe in Österreich natürlich nicht verhindert werden. Die Rettung war

nur durch Zufuhren aus dem Osten möglich. Eine klare Darstellung der Verhältnisse enthält das folgende Telegramm des Ministeriums des Äußern an Czernin nach Brest vom 19. Jänner:

«Österreichischer Ministerpräsident bittet Euer Exzellenz im Einvernehmen mit Generalmajor Landwehr um dringende Absendung nachstehenden Telegrammes an deutsche oberste Heeresleitung:

Von politischen Motiven ausgehend, hat zunächst als Demonstration für einen baldigen Friedensschluß vor drei Tagen in der Nähe von Wien ein Streik begonnen, der in den Kreisen der unorganisierten Arbeiterschaft begann, alsbald auf die organisierte übergriff und so lauffeuerartig um sich griff, daß die Arbeiterführer, die der Bewegung Einhalt tun wollten, ihr machtlos gegenüberstanden. Die Bewegung hätte nicht so großen Umfang angenommen, wenn nicht die Ernährungsverhältnisse auf einen als unerträglich empfundenen Tiefstand gesunken wären.

Die von der Reichsgetreidestelle Berlin gewährte Aushilfe von 4500 t Mehl kann knapp über die Woche vom 21. bis 27. weghelfen. Dann sind rumänische Zuschübe unerläßlich, da Ungarn kaum den eigenen und Armeebedarf decken kann. Somit ist für österreichischen Abgang von 1300 t pro Tag keinerlei weitere Deckung gegeben. Österreichische Regierung stellt daher dringendst das Ersuchen, daß die in Orsova und Turn-Severin für Deutschland in Schleppern verladene 4000 bis 4500 t Brotgetreide schleunigst verladen und vorsehußweise an Österreich-Ungarn überwiesen werden. Weiters muß dringendst gebeten werden, daß Militärverwaltung Rumäniens alles nur Mögliche veranlaßt, um Bahnverladung zu forcieren, damit Österreich in der nächsten Zeit täglich mindestens 1000 t aus Rumänien erhält. Nur so kann gekürzter Mehlbedarf in den großen Konsumzentren gedeckt werden. Situation ist leider in diesem Jahre weit kritischer geworden als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wo mit einer deutschen Aushilfe von 20.000 t die Stockung im Jänner und Februar überwunden werden konnte. Versorgungsstand ist in diesem Jahre aus mehrfachen Gründen schlechter als im Vorjahre. Ernte an Brotfrucht im allgemeinen gleich, das heißt besseres Ergebnis mancher Gebiete durch schlechteres in anderen aufgehoben. Dagegen drei Momente, die auch nur ungünstig gewirkt haben:

1. Durch Frühdruseh wurde Ernte um vier bis sechs Wochen früher in Anspruch genommen.

2. Während im Vorjahre 300.000 t Gerste vermahlt wurden, konnten in diesem Jahre infolge der katastrophalen Mißernte trotz schärfster Aufbringung nicht mehr als 142.000 t zur Versorgung verwendet werden.

3. Die wiedereroberten Gebiete Ostgaliziens und der Bukowina waren teils brachliegend, teils von den beiderseitigen Armeen vollkommen in Anspruch genommen worden, so daß nicht nur Ernährung der Bevölkerung, sondern auch Saatgut zugehoben werden mußte. Ungarn hat bisher etwa 44.000 t Aushilfe geleistet, was ebenso gegenüber dem Bedarf ganz unzureichend ist wie der rumänische Zuschub. Von einer Gesamtmenge von 405.000 t hat Österreich-Ungarn 176.000 t erhalten, wovon rund 30 % für den Heeresbedarf in Anspruch genommen wurden, so daß für die österreichische Zivilbevölkerung 70 % oder 124.000 t zur Verfügung standen. Diese rumänische Zufuhr deckt nicht einmal den Ausfall an heimischer Gerste. Im übrigen kann angenommen werden, daß hiesige Sachlage Berichte des Vertreters deutschen Kriegsernährungsamtes hinreichend bekannt.

Schluß der an die deutsche oberste Heeresleitung zu richtenden Depesche.

Zur Information Euer Exzellenz füge ich bei:

Es ist beabsichtigt, wenn deutscherseits das in Orsova und Turn-Severin für Deutschland verladene Getreide nicht freiwillig gegeben wird, dasselbe zu beschlagnahmen.

Auf Befehl Seiner Majestät, Allerhöchstwelehe durch die Ereignisse sehr impressioniert sind, verhandeln heute beide Ministerpräsidenten und Landwehr wegen Hebung der Zufuhr aus Ungarn.»

Die Aufbringung von Getreide im Inlande durch militärische Requisitionen wurde nunmehr ernstlich betrieben. In Österreich wurden 12 Bataillons, in Ungarn 21 von der Armee im Felde zur Requirierung herangezogen. Polen mußte täglich 50 Waggons liefern. Anfangs Februar kam dann eine Vereinbarung mit Deutschland zustande, nach der Österreich-Ungarn aus Rumänien mit täglich 200—250 Waggons Getreide beliefert werden sollte, die zum Teile aus dem deutschen Kontingent entnommen wurden.

3. Revolutionäre Bewegungen.

Im Zusammenhange mit der Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse brachen um Mitte Jänner in ganz Österreich Streiks aus, bei denen neben den Ernährungsfragen deutlich das Drängen auf rasche Friedensschlüsse mitspielte.*)

«Land Niederösterreich: Gesamtzahl der Streikenden 95.600. In dieser Zahl Hietzing-Umgebung 10.000, Stadt Wiener-Neustadt 8900, Land Wiener-Neustadt 43.000, darunter die gesamte Belegschaft von Wöllersdorf mit 34.000, Baden 19.000. Überall Forderung Erhöhung der Mehlquoten, Beschleunigung der Friedensverhandlungen. Keine besonderen Ausschreitungen. Wien: Seit gestern von 84.000 auf 88.000 gestiegen, stellenweise erzwungene Einstellung des Straßenbahnverkehrs durch Intervention der Wach- und Vertrauensmänner behoben. Versammlungen der Streikenden in verschiedenen Lokalen. Steiermark: Ausbreitung des Streiks auf Graz, 20.000 Mann, Bruck a. d. Mur, Böhlerwerke, Felten-Guillaume.»

Gleichzeitig kam es zu politischen Aktionen der Nationalitäten Österreichs. Am 7. Jänner fand eine Sitzung der tschechischen Abgeordneten in Prag statt, die heftig dagegen protestierten, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten Österreichs auf dem verfassungsmäßigen Wege gelöst werden solle, wie dies Graf Czernin bei den Verhandlungen in Brest erklärt hatte. Die tschechischen Abgeordneten verlangten, daß die österreichischen Nationalitäten auf dem Friedenskongreß selbständig ihre Rechte vertreten sollten. Die südslawischen Abgeordneten schlossen sich den Tschechen an. Beide Gruppen erklärten, Czernin spreche nicht im Namen der Völker der Monarchie, sondern nur im Namen einer privilegierten Minorität.

Alle diese Ereignisse fanden ihren Ausdruck in folgendem Telegramm des Kaisers Karl aus Laxenburg an Czernin vom 17. Jänner:

«Ich muß nochmals eindringlichst versichern, daß das ganze Schicksal der Monarchie und der Dynastie von dem möglichst baldigen Friedensschluß in Brest-Litowsk abhängt. Für Kurland und Livland und polnische Träumereien können wir hier nicht die Situation umwerfen. Kommt der Friede in Brest nicht zu-

*) Aus dem Polizei-Streikbericht vom 17. Jänner 1918.

stande, so ist hier die Revolution, wenn auch noch so viel zu essen ist. Dies ist eine ernste Weisung in ernster Zeit.»

Tatsächlich drängte Czernin in Brest unbedingt auf den Abschluß des Friedens.

In dieser Lage — Gefahr einer Hungersnot und revolutionärer Streikbewegungen — gewannen auch die Schwierigkeiten, an denen der russische Friede zu scheitern drohte, eine besondere Bedeutung. In dieser Frage beschränkte sich Österreich-Ungarn darauf, dem Standpunkt Deutschlands nicht entgegenzutreten. Von seinem eigenen Standpunkt aus hätte es indessen in der gegebenen Sachlage gegen die Annahme der russischen Formel des Selbstbestimmungsrechtes kaum etwas Wesentliches einzuwenden gehabt. Polen, wo Österreich-Ungarn interessiert war, hätte in diesem Falle nach vollzogener Räumung sich darüber auszusprechen gehabt, ob es ganz selbstständig bleiben oder sich einem anderen Lande — Österreich-Ungarn, Deutschland oder Rußland — anschließen wolle. Das hätte Österreich-Ungarn ruhig hinnehmen können. Im Falle eines Sieges der Mittelmächte wären die Chancen, daß sich Polen der Monarchie anschließen wolle, noch immer recht günstige gewesen, in jedem anderen Falle aber konnte von einer Angliederung Polens überhaupt nicht die Rede sein. Infolgedessen mußte der Gedanke auftauchen, und er ist Mitte Jänner auch tatsächlich aufgetaucht, ob es nicht im äußersten Falle notwendig wäre, einen Separatfrieden zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu schließen. Das wäre aber ein äußerst folgenschwerer Entschluß gewesen. Bei aller Erschöpfung Österreich-Ungarns war zu bedenken, daß ein solcher Schritt der Trennung von Deutschland die Monarchie und ihre Regierungen dem Vorwurf ausgesetzt haben würde, daß sie es waren, die, indem sie Deutschland in einem kritischen Moment im Stiche ließen, die Niederlage der Mittelmächte heraufbeschworen haben.

Rechnet man noch hinzu, daß auch die Verhandlungen mit den Ukrainern, denen diese Lage nicht unbekannt bleiben konnte, die Notwendigkeit schwerer politischer Opfer ergab, und daß Graf Czernin in diesen Tagen, unter der Last der Verantwortlichkeit ohnehin fast zusammenbrechend, überdies noch nicht unbedenklich erkrankt war und an hohem Fieber litt, so hat man ein annäherndes Bild von der Lage, welcher der ukrainische Friede seine Entstehung verdankte.

VII. Die Vorbereitung des ukrainischen Friedens.

Als die Kommissionsverhandlungen mit Rußland wegen der territorialen Frage ins Stocken geraten waren, also um den 15. Jänner, trat der Gedanke, in erster Reihe mit den Ukrainern einen Frieden zu schließen, immer mehr in den Vordergrund. Während der russische Friede nur um den Preis einer Nachgiebigkeit Deutschlands in der territorialen Frage erreichbar zu sein schien, legte der ukrainische Friede ausschließlich Österreich-Ungarn Opfer auf; Österreich-Ungarn aber war in der bereits geschilderten Lage nicht imstande, diese Opfer zu verweigern. Auch deutscherseits wurde zu dem ukrainischen Frieden gedrängt.

Vom 15. Jänner angefangen wurde mit den Ukrainern über verschiedene Einzelfragen verhandelt, wobei sie, abweichend von ihren früheren Versicherungen, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten der Monarchie auch zugunsten der galizischen Ruthenen (Ukrainer) nicht einmischen wollen, ein reges Interesse gerade für diese Frage kundgaben. Es fehlte nicht an Leuten, die hinter den Ukrainern geheime Einflüsse zu erkennen wähnten, durch die die Monarchie zu Zugeständnissen an die Ukrainer gezwungen und so die Polen in Galizien verstimmt und zu Gegnern der Regierung gemacht werden sollten, was dann die Undurchführbarkeit der damals viel erörterten austro-polnischen Lösung automatisch nach sich ziehen mußte. Gewiß ist, daß die Zwangslage Österreich-Ungarns und die Schwierigkeit des Friedens mit Rußland den Ukrainern nicht unbekannt blieb und ihre Begehrlichkeit steigerte.

Die Verhandlungen mit den Ukrainern wurden in den entscheidenden Fragen zwischen dem Grafen Czernin und der ukrainischen Delegation unter Vermittlung des Generals Hoffmann geführt. Am 18. Jänner, noch während der Krankheit des Grafen Czernin, führten sie zu dem Ergebnis, daß den Ukrainern der ganze Cholmer Bezirk, auf den auch die Polen Anspruch erhoben, zugestanden wurde. Sie sollten ferner die Erklärung erhalten, daß Österreich-Ungarn die nationale und sprachliche Entwicklung der auf seinen Gebieten lebenden Ruthenen (Ukrainer) nicht hindern werde. Endlich wurde ihnen zugesagt, aus den in der Mehrheit von Ruthenen bewohnten Bezirken Ostgaliziens und der Bukowina ein selbständiges öster-

reichisches Kronland zu machen. Diese Abmachungen waren von überaus weittragender Bedeutung. Die Abtretung des Cholmer Kreises mußte zur Folge haben, daß sich alle Polen in eine scharfe Opposition gegen die Regierung stürzten. Dadurch war aber die austropolnische Lösung, die ernstlich geplant war, mindestens gefährdet, eventuell sogar unmöglich gemacht. Daß aber die Monarchie sich herbeiließ, in internationalen Traktaten über innere Fragen, wie es die sprachlichen Rechte der Ruthenen, die Gewährung einer Kronlandsautonomie an sie usw. zweifellos waren, Bestimmungen aufzunehmen, bedeutete eine Nachgiebigkeit, wie sie einem Staate, der sich den Ukrainern gegenüber in der Rolle eines Siegers befand, schwerlich jemals zugemutet wurde. Indes ließ die Lage der Monarchie auch ernste Opfer als geboten erscheinen. Den Gegenwert dieser Opfer sollten die Getreidelieferungen aus der Ukraine bilden, die allerdings recht problematisch waren.

Die folgenden zehn Tage verstrichen in Wien und in Berlin mit Versuchen, die durch den geplanten ukrainischen Frieden und die den Ukrainern gewährten Zugeständnisse in Verwirrung geratene Lage zu klären und den österreichisch-ungarischerseits trotz aller Bedenken geplanten Sonderfrieden mit Rußland, der am 22. Jänner auch in einem Kronrat gebilligt wurde, überflüssig zu machen. Die Nachrichten aus Kiew, wo der Präsident der Republik, Winitschenko, und sein «Generalsekretariat» (Ministerium) abgedankt hatte und die bolschewistische Charkower Regierung auf Kosten der Kiewer Rada Fortschritte machte, ließen den Wert eines Friedens mit der Ukraine in zweifelhaftem Lichte erscheinen. Auch wurde es, als man Ende Jänner in Brest-Litowsk von neuem zusammenkam, klar, daß man durch einen Friedensschluß mit der Ukraine sich um die letzte Möglichkeit bringe, mit Rußland einen Frieden zu schließen; erklärte doch Trotzki, der zwei Wochen vorher die Selbständigkeit der Ukraine anerkannt hatte, am 30. Jänner, daß nunmehr, da sich die Industriegegend bei Jekaterinoslaw, das Kohlenbecken am Donez und die Gegend von Charkow und Pultawa in bolschewistischer Hand befänden, ein mit der Kiewer Rada geschlossener Friede nicht mehr als ein mit der ukrainischen Republik geschlossener Friede angesehen werden könne. Andererseits bestanden aber auch die Schwierigkeiten des russischen Friedens unvermindert fort. Deutscherseits wollte man den Frieden mit

der Ukraine haben, in der Erwartung, daß dieser den Frieden mit Rußland nach sich ziehen werde. Man fürchtete aber auch den Bruch mit Rußland nicht. Da in Rußland zu jener Zeit eine Reihe von Kriegen tobte, konnte von einer Degardierung der deutsch-österreichisch-ungarischen Ostfront überhaupt nicht die Rede sein. Man konnte ja nie wissen, wozu es noch kommen werde. Unter solchen Umständen aber meinte man, daß ein Bruch mit Rußland nicht viel schaden, ein Friede mit Rußland nicht viel nützen könne. Der moralische Effekt eines Friedensschlusses sei nicht so groß, daß man ihm zuliebe Opfer bringen müßte — er verpuffe ohnehin in acht Tagen.

VIII. Die letzten Verhandlungen mit Trotzki.

In dieser Lage mußte österreichisch-ungarischerseits doch noch ein Versuch unternommen werden, ob es nicht möglich wäre, mit Rußland zu einem Frieden zu gelangen, der den der Monarchie so schwere Opfer auferlegenden ukrainischen Frieden überflüssig gemacht oder doch wenigstens die Lage so weit geändert haben würde, daß den Ukrainern andere Bedingungen zu stellen gewesen wären.

Der Gedanke, der dem letzten Friedensversuch mit Trotzki zugrunde lag und der österreichisch-ungarischerseits vorgebracht wurde, war etwa der folgende:

Seit Wochen wird darüber gestritten: 1. ob in jenen Gebieten, in denen infolge des Krieges territoriale Veränderungen angestrebt werden, das Selbstbestimmungsrecht bereits ausgeübt ist oder eine Volksbefragung erst stattfinden soll; 2. ob diese Befragung die Form eines Plebiszits oder einer Konstituante haben soll; 3. ob sie vor oder nach der Evakuation vor sich gehen soll, und 4. welcher Art sie organisiert sein soll (allgemeines Wahlrecht? Kurienwahlrecht? usw.). Es wäre auch vom russischen prinzipiellen Standpunkt aus entsprechender, die Entscheidung in diesen Fragen den betreffenden Völkern selbst zu überlassen und sie in jene «temporären Selbstverwaltungsorgane» zu verlegen, deren Einsetzung im Laufe der Diskussionen auch russischerseits als nötig bezeichnet wurde. Die ganze Erörterung könnte dann auf den einzigen Punkt konzentriert werden: wie diese temporären Organe zusammengesetzt werden sollen. Hier ließe sich ein Kompromiß gewiß finden, wenn Ruß-

land zugäbe, daß auch die bestehenden Organe, auf welche die Deutschen sich stützen, befugt seien, einen Teil des Volkswillens zum Ausdruck zu bringen, Deutschland aber zugäbe, daß diese Organe noch während der Besetzung durch Elemente ergänzt werden, die dem russischen Standpunkt entsprechend aus freier Wahl hervorgingen.

Am 6. Februar unternahm es als Erster Sektionschef Dr. Schüller, mit Trotzki im Hinblick auf ein eventuelles Kompromiß zu sprechen und ihm klar zu machen, daß er sich einem Ultimatum aussetze, wenn er bei seiner Haltung verharre. Auf die Bemerkung Schüllers, daß nur um Worte gestritten, aber nicht ernstlich verhandelt werde, erwiderte Trotzki, der Wortstreit entstehe daraus, daß Kühlmann immer beweisen wolle, Annexionen seien keine Annexionen. Nach Ansicht der Deutschen solle der Vertrag lauten: § 1. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird anerkannt und es finden keine Annexionen statt. § 2. Deutschland annektiert alles. Einen solchen Frieden erklärte Trotzki nicht schließen zu können. Schüller betonte, daß es ihm doch mehr auf die Lösung der einzelnen Fragen als auf die Formeln und Qualifikationen anzukommen scheine, worauf Trotzki replizierte: Für uns sind auch diese sehr wichtig, denn wir sind überzeugt, daß die Zustände, die jetzt geschaffen werden, nur vorübergehend sind und von der allgemeinen Revolution abgelöst werden. — «Ich kann auch einen Frieden schließen» — fügte er hinzu — «in welchem Rußland vergewaltigt wird, aber dann muß diese Absicht von der anderen Seite offen zugegeben werden. Es darf nicht noch ein Sittenzeugnis von uns verlangt werden.» Schüller äußerte darauf seine Ansicht, daß das vielleicht ein Weg zur realen Verständigung sein könnte. Graf Czernin werde sich jedenfalls in dieser Richtung bemühen.

Am nächsten Tag, dem 7. Februar, teilte Graf Czernin seinem deutschen Kollegen, Herrn v. Kühlmann, die Absicht mit, noch einen Versuch zu unternehmen, um mit Rußland zu einem Frieden zu gelangen. Herrn v. Kühlmann war dieser Plan nicht unsympathisch, dagegen wurde er von den deutschen Militärs, besonders General Hoffmann, die Rußland in einem letzten Vorstoß niederwerfen und dann zur Annahme eines Friedens zwingen wollten und die auch sonst mehr für den Frieden mit der Ukraine waren, entschieden bekämpft.

Graf Czernin suchte in Begleitung des Sektionschefs Dr. Gratz Trotzki abends in seiner Wohnung auf und erklärte ihm, daß er jetzt, wo man die Empfindung habe, daß die Verhandlungen vor dem Abbruch stehen, sich entschlossen habe, eine vertrauliche Aussprache herbeizuführen in der Hoffnung, daß sich vielleicht dennoch ein Weg finden lassen werde, um zu einem Frieden zu gelangen. Die spitzfindigen theoretischen Erörterungen über allgemeine politische Fragen, welche die bisherigen Verhandlungen füllten, führen nicht zum Zweck. Es wäre besser, die theoretischen Auseinandersetzungen beiseitezuschieben und eine praktische Lösung jener Fragen zu versuchen, welche dem Friedensschluß im Wege stehen.

Trotzki erwiderte, er sei damit einverstanden. Es sei Kühlmann, der die Diskussion im theoretischen Geleise halte. Er wolle ihn — Trotzki — zwingen, anzuerkennen, daß jene Angliederungen fremder Gebiete, die Deutschland vornehmen wolle, keine Annexionen seien und daß sie kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes an Deutschland fallen. Das könne er nie zugeben und wenn darob das neue Regime in Rußland zusammenbrechen sollte. Die russische Regierung könne sich vor gewissen Tatsachen beugen, sie könne aber nicht im ersten Artikel des Vertrages erklären, daß es keine Annexionen gebe und im zweiten Artikel dann solche Annexionen zulassen und sich blind stellen. Deshalb habe er auch in den Kommissionsitzungen wiederholt erklärt: möge sich Deutschland offen auf den Standpunkt der Annexionen stellen, dann sei eine Lösung möglich. Es sei eine Lösung zu finden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, was er zu Weihnachten gehofft habe; doch habe sich das als eine trügerische Hoffnung erwiesen, weil Deutschland ein falsches Spiel gespielt habe. Man könne auch eine Lösung auf der Basis von Annexionen finden, nur müsse das offen eingestanden werden.

Dr. Gratz erwiderte Trotzki, wenn er sich nicht zwingen lassen wolle, etwas als keine Annexion zu qualifizieren, was seiner Ansicht nach eine Annexion ist, könne er nicht verlangen, daß Deutschland etwas als eine Annexion anerkenne, was seiner Ansicht nach keine solche ist.

Trotzki: «Daß Deutschland im Vertrag anerkenne, daß es Annexionen vornehmen wolle, ist nicht nötig. Ich muß mir

aber das Recht sichern, dasjenige, was Deutschland vornimmt, als Annexionen zu bezeichnen.»

Sektionschef Dr. Gratz: «Man könnte also im Vertrag davon absehen, diese Frage zu berühren und der Vertrag könnte einfach lauten: es werden die folgenden territorialen Veränderungen durchgeführt. Sie können diese Veränderungen dann als Annexionen qualifizieren, die Deutschen können sagen, daß die betreffenden Völker kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes sich Deutschland angeschlossen haben.»

Trotsky: «Ich glaube, der Weg ist gangbar.»

Nachdem so eine gemeinsame Grundlage gefunden war, wurden die sachlichen Schwierigkeiten des Friedens geprüft. Trotsky bezeichnete die von Deutschland geforderte Grenzlinie an drei Punkten für unannehmbar. Die Moonsundinseln könne Rußland nicht abtreten, weil in diesem Falle Petersburg ständig bedroht wäre. Die Abtretung von Riga bezeichnete er ebenfalls als unannehmbar. Endlich verlangte er die Verschiebung der litauischen Grenze. Über diese Fragen fanden dann Besprechungen zwischen Österreich-Ungarn, das sich als Vermittler anbot, und Deutschland statt, doch scheiterten diese Versuche an der absolut unnachgiebigen Haltung der deutschen Heeresleitung, die von einem Zugeständnis nichts wissen wollte und bereits zu jenem Vormarsch auf Petersburg entschlossen war, mit dem sie Rußland zur bedingungslosen Unterwerfung zwingen wollte. Die Stellungnahme Trotskys ließ es jedoch als wahrscheinlich erscheinen, daß der Friede an diesen Forderungen nicht scheitern werde.

Noch größeren Nachdruck legte Trotsky auf die Forderung, daß nicht auch mit der Ukraine gleichzeitig ein Vertrag geschlossen werde. Er erklärte, daß die Rada, mit deren Vertretern die Mittelmächte verhandelt haben, zur Stunde eigentlich nicht mehr existiere. Als Graf Czernin die Mitteilungen Trotskys in Zweifel zog, verlas ihm Trotsky eine ihm zugekommene Radiodepesche, laut welcher Kiew am 29. Jänner von den Bolschewisten eingenommen wurde, das Ministerium geflohen sei, die Rada sich aufgelöst habe, die Mitglieder eines Kompromißministeriums verhaftet worden seien, die Armee Sehtscherbatsehow sich den Bolschewisten angeschlossen habe usw. Schließlich erklärt Trotsky, wenn man ihm nicht glauben wolle, so möge man doch einen Offizier nach Kiew entsenden,

der sich dort selbst davon überzeugen könne, daß die Rada nicht mehr existiere. Bevor aber dieser Offizier seine Meldung erstattet habe, möge man den ukrainischen Frieden aufschieben.

Am nächsten Tag, dem 8. Februar, konnte Trotzki auf Grund von Besprechungen mit den deutschen Delegierten mitgeteilt werden, daß, wenn auch in den territorialen Fragen eine Nachgiebigkeit kaum möglich sei, die Form dennoch gefunden werden könne, um zu einem Frieden zu gelangen, der die Frage «Annexionen oder Selbstbestimmungsrecht» unberührt läßt. Trotzki erklärte sich damit einverstanden, behielt es sich allerdings vor, seinen Protest vorzubringen.

Dagegen mußte ihm in der Frage des Friedens mit der Ukraine mitgeteilt werden, daß die Verhandlungen mit den ukrainischen Delegierten zu weit gediehen seien, als daß sich die baldige Unterzeichnung des Friedens noch aufhalten ließe. Es sei übrigens erwiesen, daß die ukrainische Delegation noch am 5. Februar aus Kiew Hughes-Depeschen erhalten und mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Holubowicz gesprochen habe, Trotzki's Informationen, daß Kiew sich seit dem 29. Jänner in den Händen der Bolschewisten befinde, seheine also nicht zutreffend zu sein. Wie dem aber auch sei, es sei nicht recht einzusehen, wie der ukrainische Friede den russischen Frieden gefährden solle. Die Mittelmächte schließen einfach einen Vertrag mit der Ukraine über das südrussische Gebiet. Sie schließen einen zweiten Vertrag mit der Petersburger Regierung für das ganze Gebiet, auf welches sich der Einfluß dieser Regierung erstreckt. Entwickeln sich die Dinge so, wie Trotzki meine, dann werde eben der Petersburger Vertrag für ganz Rußland gelten und der ukrainische als nicht existierend betrachtet werden.

Trotzki erwiderte, daß ihm das nicht als möglich erscheine. Die Rada suche sich durch eine Anlehnung an die Mittelmächte die Existenzmöglichkeit gegenüber der russischen Regierung zu sichern. Die russische Regierung könne nicht durch ihre Unterschrift bekräftigen, daß die Regierung der Rada bestche. Auch als man ihm einwandte, daß der Vertrag gar keinen Bezug auf den ukrainischen Frieden zu nehmen brauche, blieb er dabei, daß die Abschließung des ukrainischen Vertrages ein unfreundlicher Akt gegen Rußland wäre und einen Frieden ausschließen würde. Er habe den Verdacht, daß man mit diesem Friedensvertrag eine Basis für eine Intervention schaffen wolle. Da

Trozkis entschieden bei seiner Weigerung blieb, einen Vertrag mit den Mittelmächten zu unterzeichnen, wenn gleichzeitig auch mit der Ukraine ein Friedensvertrag geschlossen werde, mußten die Verhandlungen unterbrochen werden. Es stellte sich jedoch heraus, daß eine Unterzeichnung des ukrainischen Friedens sich nicht mehr vermeiden ließ. Das wurde auch Trozki mitgeteilt. Dieser erklärte hierauf, man könne doch bei dem vereinbarten Modus procedendi bleiben und in der nächsten Sitzung der Friedenskonferenz solle der Antrag gestellt werden, daß der Friede mit Ausschließung der theoretischen Fragen abgeschlossen werde.

IX. Unterzeichnung des ukrainischen Friedens.

Am selben Abend wurde denn der ukrainische Vertrag auch tatsächlich unterfertigt.

Er enthielt die vereinbarten politischen Bestimmungen: Zuerkennung des Cholmer Kreises an die Ukrainer, Sicherung der sprachlichen Rechte der ruthenischen (ukrainischen) Bevölkerung in Galizien und die Bildung eines eigenen ukrainischen Kronlandes im Rahmen der Monarchie. Seit den Ukrainern diese Zugeständnisse gemacht wurden, waren sie auch mit neuen Forderungen, insbesondere mit solchen bezüglich der ruthenischen Gegenden Ungarns, erschienen, Graf Czernin war aber zu einer Diskussion über weitere Zugeständnisse überhaupt nicht mehr zu haben.

Die große Schwierigkeit lag darin, die erwähnten politischen Zugeständnisse von den Getreidelieferungen, welche die Ukraine an die Monarchie in Aussicht gestellt hatte, in aller Form abhängig zu machen. Die erste Idee, die Verpflichtung zur Getreidelieferung in den Friedensvertrag selbst aufzunehmen, wurde von den ukrainischen Delegierten als unannehmbar bezeichnet. Man einigte sich schließlich auf eine komplizierte Konstruktion, welche den folgenden Gedankengang hatte:

Die Ukraine verpflichtet sich im Friedensvertrag, ihre landwirtschaftlichen Überschüsse den Mittelmächten zur Verfügung zu stellen. Diese Verpflichtung bildet einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages und ihre Nichterfüllung entbindet auch Österreich-Ungarn seiner im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen. Unmittelbar nach der Unter-

zeichnung des Friedens tritt in Kiew eine Kommission zusammen, um festzustellen, wie groß die Überschüsse der Ukraine sind. Die ukrainische Regierung übernimmt mündlich und privat die Garantie, daß dabei ein Überschuß von mindestens einer Million Tonnen festgestellt werden wird. Die Ratifizierung des Friedens wird Österreich-Ungarn nur vornehmen, wenn ein Lieferungsvertrag über mindestens eine Million Tonnen Getreide abgeschlossen wird. Kommt ein solcher Lieferungsvertrag nicht zustande, so ist der ukrainische Friedensvertrag als nichtratifiziert überhaupt ungültig. Kommt er zustande und wird er nicht erfüllt, so ist Österreich-Ungarn seiner Verpflichtungen entbunden, weil dann auch die Ukraine ihrer Verpflichtung auf Ablieferung ihrer vertraglich festgelegten Überschüsse nicht nachgekommen ist.

Diesem Gedankengang entsprechend wurde mit den ukrainischen Delegierten das folgende Protokoll aufgenommen:

«Bei der heutigen Sitzung der österreichisch-ungarisch-ukrainischen Kommission für die Abfassung des Kollektivfriedensvertrages zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits hat der Vorsitzende, Gesandter von Wiesner, folgende Erklärung abgegeben:

Bei Vereinbarung der Bestimmung des Artikels VII, Ziffer I,*) gehen die Mächte des Vierbundes auf Grund der von der ukrainischen Delegation mitgeteilten Daten von der Voraussetzung aus, daß die in der ukrainischen Republik vorhandenen Überschüsse an Brotgetreide mindestens eine Million Tonnen betragen, daß die einzusetzende Kommission das Vorhandensein dieser Menge konstatieren und deren reechzeitige Aufbringung und Abbeförderung innerhalb kürzester Frist sicherstellen wird.

Diese Erklärung wurde von der ukrainischen Delegation mit folgender Bemerkung zur Kenntnis genommen:

Zur Frage über die Menge an Brotgetreide, welche die ukrainische Volksrepublik zu liefern vermag, glauben wir erklären zu können, daß die erwähnte Menge vorhanden ist; die Aufbringung und Abbeförderung hängen aber davon ab, daß die ukrainischen Getreideproduzenten ein entsprechendes Äqui-

*) Dieser Artikel regelt den Warenaustausch mit der Ukraine.

valent von Waren, die wir benötigen, erhalten, und daß die Mächte des Vierbundes bei Abbeförderung sowie auch bei Verbesserung der Transportorganisation in der Ukraine mitwirken werden.

Brest-Litowsk, 7. Februar 1918.

Wiesner m. p.

M. Ljubinskij m. p.

Anschließend an die in diesem Protokolle festgelegte Erklärung hat der Gesandte von Wiesner noch beigelegt, daß die Mächte des Vierbundes die Ratifizierung des Friedensvertrages davon abhängig machen, daß die von ihm mitgeteilten Voraussetzungen erfüllt werden.

Die ukrainische Delegation hat erklärt, auch diese Mitteilung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, hat sich jedoch dringend erbeten, nicht gehalten zu werden, auch diesen Teil der Erklärung des Gesandten von Wiesner mitzufertigen, da ihnen dies aus parlamentarischen Gründen unmöglich sei. Die ukrainische Delegation war sich, wie ausdrücklich festgestellt wird, vollkommen klar, daß der Vertrag von Seite der Vierbundmächte nicht ratifiziert werden wird, wenn die vom Vorsitzenden formulierten, im vorstehenden niedergelegten Voraussetzungen nicht erfüllt werden sollten.»

Österreich-Ungarn beschleunigte die Verhandlungen mit den ukrainischen Delegierten sehr und brachte sie am 8. Februar zu Ende. Im letzten Augenblick mußten noch die wirtschaftlichen Bestimmungen für die Türkei und Bulgarien mit den Ukrainern gemacht werden. Der deutsche Legationsrat v. Stockholm und Sektionsschef Schüller diktieren den Vertrag erst einigen Soldaten, die zu langsam schreiben, dann Geheimräten und anderen Beamten. Um 1 Uhr nachts wurde man fertig und las den Vertrag mit den Ukrainern durch. Am 9. Februar um 2 Uhr früh wurde der Friede im Kasino bei dem grellem Lichte der Kinophotographen unterzeichnet.

Daß die Aussichten auf erhebliche Getreidezuschüsse aus der Ukraine auch im Zeitpunkte des Friedensschlusses nicht eben überspannte waren, geht aus einer um jene Zeit verfaßten Depesche des Grafen Czernin klar hervor. Er telegraphierte aus Brest an das Ministerium des Äußern am 10. Februar 1918:

«Obwohl der Friedensschluß mit der Ukraine berechtigte Hoffnung gibt, daß wir mit der Zeit ansehnliche Quantitäten

von Getreide werden erhalten können, so mache ich dringend und ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese Vorräte erst nach langer Zeit zu uns gelangen können und daß sich dem Transporte vorerst noch fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. So ist insbesondere die Zufuhr ohne Friedensschluß mit Rumänien kaum denkbar. Es sind Anzeichen vorhanden, daß wir auch mit Rumänien zum Frieden kommen werden. Ich bin voller Hoffnung, daß der Friede mit der Ukraine seine Früchte tragen wird, aber ich bitte inständigst, in allen Instruktionen der Versorgung nicht auf das zukünftige ukrainische Getreide zu rechnen, nicht mit der Kopfquote hinaufzugehen und die größte Sparsamkeit in jeder Hinsicht weiter walten zu lassen, damit nicht bei verzögerten Transporten eine Katastrophe eintritt. Es muß auch bedacht werden, daß die Verhältnisse in der Ukraine dermaßen wenig gesichert sind, daß ein Umsturz dortselbst möglich ist und eine Herrschaft der Petersburger Regierung in der Ukraine die Situation wesentlich verschlechtern würde.»

X. Der Bruch mit Rußland.

Trotsky hatte für den Fall des Abschlusses eines Friedens mit der Ukraine einen Friedensschluß mit Rußland als unmöglich erklärt, es jedoch gleichzeitig als wünschenswert bezeichnet, die Verhandlungen über einen solchen Frieden mit Ausschaltung der theoretischen Fragen fortzuführen. Es schien hierin ein gewisser Widerspruch zu liegen, der mehrfach so gedeutet wurde, daß Trotsky sich am Ende, wenn auch widerwillig, den Friedensbedingungen doch unter Protest fügen und den Frieden unterzeichnen werde.

Am Tage nach der Unterzeichnung des ukrainischen Friedens hatte Sektionschef Schüller eine neue Begegnung mit Trotsky, dem er bestätigte, daß der Vertrag mit der Ukraine unterzeichnet sei. Trotsky erklärte darauf:

«Da kann ich nicht weiter verhandeln, es ist eine Einmischung in unsere inneren Verhältnisse. Sie werden die Rada irgendwo an die österreichische Grenze hinsetzen und sie als Ausrede benützen, um gegen uns weiter Krieg zu führen.»

Schüller: «Wenn man dies will, braucht man nicht gegen Kiew, sondern kann gegen Petersburg marschieren. Wenn wir mit der Ukraine Frieden schließen, um gegen Rußland zu

gehen, hätte es doch keinen Sinn, sich jetzt um den Friedensschluß mit Ihnen zu bemühen.»

Trotzki: «Ich habe nachdrücklich gesagt, daß die Rada ganz machtlos ist und angeboten, dies durch die Reise eines Offiziers in die Ukraine festzustellen.»

Schüller: «Wir können nichts dafür, daß in Rußland so unklare Verhältnisse bestehen. Dies ist für uns arg genug. Jeder Friede wird so weit reichen als die Macht der Regierung, mit der er geschlossen ist.»

Trotzki: «Ich werde verlangen, daß mit uns für ganz Rußland verhandelt werde. Im ukrainischen Frieden wollen Sie sich Getreide sichern, aber auch wir beziehen Getreide aus der Ukraine. Ich bin doch überzeugt, man will diese militärisch gegen uns unterstützen.»

Schüller: «Das beste Mittel dagegen ist der Friede. Wenn Sie ihn nicht schließen, riskieren Sie, daß die Deutschen nach Petersburg vorrücken.»

Trotzki: «Die Deutschen werden es nicht wagen, gegen Petersburg zu marschieren, denn es wurde zwar mit dem Namen ‚Verteidigung des Vaterlandes‘ viel Mißbrauch getrieben, aber ein Zug nach Petersburg könnte jetzt damit nicht begründet werden. Er würde die Revolution in Deutschland hervorrufen.»

Schüller: «Darauf können Sie nicht mit Sicherheit rechnen, und wenn die Revolution kommt, ist es fraglich, ob sie für Sie rechtzeitig kommt.»

Mittlerweile wurden die Verhandlungen mit den Russen fortgesetzt, als ob eine Einigung zu erwarten gewesen wäre, und sie wurde auch besonders auf deutscher Seite tatsächlich erwartet. Am 9. Februar, noch vor der Unterzeichnung des ukrainischen Friedens, war vereinbarungsgemäß vom Grafen Czernin beantragt worden, daß mit Beiseiteschiebung der theoretischen Erörterungen versucht werde, die Bedingungen des Friedens sachlich zu formulieren. «Seit Wochen» — sagte Graf Czernin — «führen wir einen unfruchtbaren Streit darüber, ob gewisse territoriale Veränderungen, die auf Grund der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse eintreten sollen, als ein Ausfluß des bereits zum Ausdruck gebrachten Selbstbestimmungsrechtes der Völker betrachtet oder aber nach den Behauptungen von russischer Seite als Annexionen angesehen werden sollen. Auch ein noch so langes Hinausziehen dieser in ihrem Wesen theo-

retischen Erörterungen bietet wenig Hoffnung auf eine Einigung. Ich möchte aber die Frage aufwerfen, ob eine solche Einigung vom Standpunkte des Zustandekommens des Friedens auch wirklich unbedingt nötig ist. Bei dem ganzen Streit handelt es sich doch eigentlich mehr nur darum, wie die Veränderungen, die eintreten sollen, qualifiziert werden. Davon aber braucht der Friedensschluß nicht abzuhängen. Es scheint mir auf Grund der bisherigen Diskussion trotz dieser Differenz in der Auslegung des Charakters der in Rede stehenden territorialen Veränderungen bisher keineswegs festzustehen, daß sich bezüglich dieser Veränderungen selbst eine Einigung nicht erzielen lassen wird. Lassen wir also die Frage offen, wie die geplanten Veränderungen aufzufassen sind, und trachten wir, ohne diese Streitfrage zu berühren, festzustellen, ob die Durchführung dieser Veränderungen dem Abschluß eines Friedens tatsächlich Hindernisse in den Weg legen würde.»

Trotz des scharfen polemischen Wortgefechtes, das in derselben Konferenz zwischen Herrn v. Kühlmann und Trotzki stattfand und in dessen Verlauf sich Trotzki vergeblich bemühte, den Standpunkt Deutschlands in der Grenzenfrage herauszubekommen, fand die Anregung des Grafen Czernin auf allen Seiten Anklang. Man entsendete eine Kommission zur Vorbereitung der Einigung in den Grenzfragen. Diese Kommission hielt am nächsten Tage zwei Sitzungen, die jedoch wegen der intransigenten Haltung der deutschen militärischen Delegierten ganz ergebnislos verliefen. Die Situation hatte sich sogar womöglich verschärft, weil man auf deutscher Seite Funkgespräche der russischen Regierung aufgefangen hatte, aus denen die Absicht hervorging, das deutsche Heer mit revolutionären Schlagworten aufzuwiegeln. In der Zwischenzeit fand eine neue Begegnung mit Trotzki statt, um diesen trotzdem zu einem Friedensschluß zu bewegen. Trotzki erklärte, er werde seine Antwort erst in der öffentlichen Sitzung erteilen und fügte auf die Bemerkung, die ihn vor einem Bruch warnte, orakelhaft hinzu: «Ich habe nicht gesagt, daß es zu einem Bruch kommen werde.» Abends wurde dann öffentlich konstatiert, daß die Einigung nicht gelungen sei und Trotzki verließ den Saal mit einer Erklärung, welche dem Wesen nach besagte, daß Rußland die Feindseligkeiten einstelle, aber einen Friedensvertrag nicht abschließen könne.

Als am Abend die Mitglieder der Delegation zusammenberufen wurden, um zu dieser Wendung Stellung zu nehmen, gab es eine einzige Stimme, die des deutschen militärischen Vertreters, Generals Hoffmann, die sich dafür aussprach, daß unter solchen Verhältnissen der Krieg mit Rußland wiederaufzunehmen sei. Sie war aber gewichtiger als alle anderen Stimmen, denn das war der Kurs, den die Dinge genommen hatten.

XI. Der Friede mit Rußland.

Infolge des Abbruches der Verhandlungen mit der russischen Delegation kündigte Deutschland am 18. Februar den Waffenstillstand und rückte in Esthland ein. Bald standen die deutschen Truppen am Peipus-See. Infolgedessen waren die Russen, die sich in Petersburg bedroht fühlten, gezwungen, nachzugeben. Am 19. Februar ersuchten Lenin und Trotzki um Frieden und erklärten, alle in Brest-Litowsk gestellten Bedingungen anzunehmen. Am 21. Februar antwortete die deutsche Regierung mit einem Ultimatum, das zum Teil neue Bedingungen enthielt. Die Grenze sollte im Osten bis zur Grenze Kurlands verschoben werden, Livland und Esthland wären von den Russen zu räumen und von Deutschland zu besetzen. Rußland müsse sofort Frieden mit der Ukraine schließen und seine Truppen herausziehen, ebenso aus Finnland. Der alte Handelsvertrag mit Deutschland soll mit bestimmten Modifikationen wieder in Kraft treten und die Meistbegünstigung bis Ende 1925 gesichert werden. Am 24. Februar nahmen die Russen die Bedingungen des Ultimatums telegraphisch an. Am 26. trafen die russischen Unterhändler wieder in Brest ein. Hier wurde ihnen über Verlangen der Türken erklärt, daß außer den im Ultimatum enthaltenen Bedingungen noch eine Forderung gestellt werde: das künftige Schicksal von Erdchan, Kars und Batumi hätte auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu erfolgen. Die Türken wollten diese Gebiete behalten.

In der Eröffnungssitzung am 1. März begrüßte der deutsche Vorsitzende, von Rosenberg, namens der Delegation des Vierbundes die russische Delegation. Nach einer Mahnung, unnötige Reden zu unterlassen und sich ganz auf sachliche Arbeit zu konzentrieren, entwickelte der Vorsitzende den Plan, einen einheitlichen kollektiven Friedensvertrag aller Vierbundmächte

mit Rußland zu vereinbaren und diesem vier gesonderte Anlagen beizugeben, welche die wirtschaftlichen Beziehungen der vier Verbündeten mit Rußland regeln, weiters vier gesonderte Zusatzverträge über die Regelung der Rechtsbeziehungen zu schließen. Er schlug weiters vor, die Plenarsitzung sofort als Sitzung der politischen Kommission fortzusetzen und dann die Einsetzung von speziellen Rechts- und handelspolitischen Kommissionen zu vereinbaren. Der Vorsitzende der russischen Delegation, Sokolnikow, dankte für die Begrüßung, erklärte sich mit einer konzisen Verhandlungsmethode einverstanden und wies darauf hin, daß Rußland die Bedingungen annehme, die ihm Deutschland mit den Waffen in der Hand diktiert habe. Ohne sich über die technische Konstruktion der Verträge zu äußern, erklärte er, die Bildung von Spezialkommissionen abzulehnen, jedoch einverstanden zu sein, daß sofort in die sachlichen Verhandlungen eingegangen werde. Die russische Delegation wünsche den ganzen Verhandlungsstoff in Plenarsitzungen zu erledigen. Nachdem Herr von Rosenberg darauf verwiesen hatte, daß Deutschland nicht Bedingungen diktiert habe, sondern Rußland vollkommen frei war, diese anzunehmen oder abzulehnen, erklärte er sich damit einverstanden, daß zunächst in Plenarsitzungen verhandelt werde. Da sich dies jedoch nicht als ökonomisch erweisen werde, wovon sich auch die russische Delegation überzeugen werde, glaube er die Frage der Bildung von Spezialkommissionen offen halten zu sollen. Der Versuch, die russische Delegation zum sofortigen Verhandeln über die einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrages zu veranlassen, mißlang, da sie sich auf den Standpunkt stellte, sie müsse vorerst den ganzen Komplex unserer Vorschläge kennen, bevor sie sich äußere. Es wurde ihr sohin unter eingehender Darstellung an der Hand des Ultimatums vom Vorsitzenden der Entwurf des Kollektivvertrages und die Entwürfe für die Rechts- und Handelsbeziehungen übergeben. Hierauf wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

In der Nachmittagssitzung beantragte Sokolnikow, die Plenarsitzung zu unterbrechen und eine Unterredung der Vorsitzenden der Delegationen abzuhalten. In dieser Besprechung führte er aus, daß Rußland unter dem Diktate der Waffen Deutschlands, das seinen Vormarsch nicht einmal jetzt einstelle, einen Frieden zu schließen gezwungen sei, der kein Verständi-

gungsfriede sei. Es bestehe unter diesen Umständen für die russische Delegation keine Möglichkeit, die ihr vorgelegten Vertragsentwürfe eingehend zu beraten und zu prüfen. Sie wolle aber unterzeichnen, und das womöglich schon morgen. Über die Frage der Unterzeichnung wolle er hier die Entschließung der Vierbundmächte hören.

Herr von Rosenberg erwiderte darauf, daß Rußland nicht sagen könne, es müsse einen Gewaltfrieden schließen, der ihm diktiert werde. Zur Beratung und Prüfung des Verhandlungsstoffes standen die sechs Wochen der ersten Verhandlungsperiode zur Verfügung, deren Ergebnisse im Ultimatum zusammengefaßt waren, so daß der russischen Delegation alles bekannt war und ist, was Gegenstand der Vertragsentwürfe bildet. Der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation, von Mérey, schloß sich diesen Ausführungen an und betonte, daß Österreich-Ungarn ebensowenig wie seine Verbündeten einen Gewaltfrieden anstrebe, sondern den Abschluß eines Verständigungsfriedens wünsche und auch heute noch wünsche. Österreich-Ungarn sei seinem seit Jahresfrist verkündeten Prinzip, einen Frieden ohne Annexionen anzustreben, treu geblieben. Die der russischen Delegation vorgeschlagenen Friedensbedingungen seien die Frucht langer gemeinsamer Arbeit mit der russischen Delegation und des von der russischen Regierung nach ausreichender Überlegungsfrist angenommenen Ultimatums. Wenn die russische Delegation andeuten wolle, daß sie die Verträge gewissermaßen «blind unterschreiben» müsse, so könne dies nicht akzeptiert werden. Der bulgarische Minister Toscheff und der türkische Minister Hakki Pascha schlossen sich diesen Bemerkungen an. Sokolnikow entgegnete, daß er an seinem Standpunkte festhalten müsse. Von einer Beratung der Verträge in dieser Atmosphäre der Gewalt könne für die russische Delegation nicht die Rede sein. Sie unterzeichnen die ihr vorgelegten Entwürfe im Angesichte der Arbeiter, Soldaten und Bauern der ganzen Welt, die über diese Verträge urteilen würden. Er wiederhole seinen Vorschlag, schon morgen zu unterzeichnen und schlage vor, zunächst nur die deutschen Texte zu unterschreiben, unter Vorbehalt der Nachtragung der anderen Vertragstexte. Nach Beratung dieses Vorschlages unter den Verbündeten wurde der russische Vorschlag angenommen und nur ausdrücklich bedungen, daß die anderen Texte als Originaltexte

raschestens nachgetragen werden. Wenn technisch möglich, solle morgen, spätestens übermorgen unterschrieben werden.

Ein zweimal vorgebrachter Vorschlag, Kommissionen einzusetzen, wurde russischerseits beharrlich abgelehnt. Die Russen wiesen jede sachlich beratende Zusammenarbeit von sich.

Am 3. März wurde der Friedensvertrag mit Rußland unterzeichnet.

XII. Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Brester Friedensverträge.

Bei der Regelung der wirtschaftlichen Fragen in den Verträgen mit Rußland und der Ukraine waren die Zentralmächte vor allem bestrebt, dem Wirtschaftskrieg ein Ende zu machen und die Wiederaufnahme der Beziehungen, wie sie vor dem Kriege bestanden hatten, zu ermöglichen. Sie waren sich der Schwierigkeiten, die sich nach dem Friedensschluß für die Wiederherstellung des internationalen Verkehrs ergeben würden, bewußt, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, in dem die Schwierigkeiten später tatsächlich eingetreten sind. Auch dachten die Zentralmächte daran, einen günstigen Eindruck auf die Westmächte zu machen, mit denen der Krieg fort dauerte, und ein gutes Beispiel für die künftigen Friedensschlüsse zu geben. Dies hinderte nicht, daß die Brester Verträge von der öffentlichen Meinung der alliierten Mächte sehr ungünstig beurteilt wurden, was allerdings mehr auf die territorialen als auf die anderen Friedensbedingungen zurückzuführen war. Die wirtschaftlichen Bestimmungen beruhen, wie wir sehen werden, fast durchwegs auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Die Brester Wirtschafts- und Rechtsverträge unterscheiden sich in dieser Hinsicht sehr von den Pariser Verträgen, die den besiegten Staaten fast ausschließlich einseitige Verpflichtungen auferlegen.

Das rationelle Bestreben, den gegenseitigen Verkehr möglichst rasch und vollständig wiederherzustellen, scheiterte nicht erst deshalb, weil die Brester Verträge durch den Sieg der Westmächte zu Ende des Jahres 1918 unwirksam wurden, sondern schon daran, daß die anarchischen Verhältnisse Rußlands die Wiederanknüpfung geordneter Beziehungen unmöglich machten. Selbst die in den Verträgen vereinbarten Bezüge von Nahrungs-

mitteln und Rohstoffen konnten nur in geringem Ausmaße durchgeführt werden, weil die ökonomischen und Verkehrsverhältnisse Rußlands vollständig desorganisiert waren. Die Eröffnung des großen russischen Reiches, das in Friedenszeiten einen so bedeutenden Export von Lebensmitteln und Rohstoffen hatte, bedeutete daher für die Sieger nur eine relativ geringe Aushilfe.

Die in Brest abgeschlossenen Verträge sind die folgenden: Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits vom 9. Februar 1918.

Vier Zusatzverträge vom 12. Februar 1918 zwischen jeder der vier Zentralmächte und der ukrainischen Volksrepublik.

Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland anderseits vom 3. März 1918.

Zusatzverträge vom 3. März 1918 zwischen jeder der vier Zentralmächte und Rußland.

1. Kriegskosten und Reparationen.

Artikel V des Friedensvertrages mit der Ukraine lautet: «Die vertragsschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller im Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.»

Wörtlich gleichlautend ist der Artikel IX des Friedensvertrages mit Rußland.

Die Zentralmächte haben also auf Ersatz von Kriegskosten und Reparationen vollständig verzichtet. Die österreichischen Kronländer Galizien und Bukowina sowie einzelne Teile Nordungarns waren in den Kämpfen mit Rußland verwüstet worden und mußten wieder aufgebaut werden; auch Ostpreußen hatte unter dem russischen Einfall gelitten. Die österreichische Regierung wünschte, es sollte wenigstens erreicht werden, daß die Gewalthaber der russischen Territorien der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des galizisch-ukrainischen Kriegsschauplatzes die möglichste Förderung angedeihen lassen. Dies sollte insbe-

sondere durch Beschaffung von Pferden, Vieh und Saatgut gesehen. Das Ministerium des Äußern lehnte diesen Wunsch ab, weil es den Standpunkt «keine Reparationen» aufrecht erhalten wollte und die Inanspruchnahme des Wohlwollens Rußlands für nicht angemessen hielt.*)"

Noch weniger als von Reparationen war von Ersatz der Pensionen und anderem die Rede.

Die russischen Delegierten behaupteten, daß in dem Vertrage doch eine versteckte Kriegskostenentschädigung enthalten sei. Sie konnten hierfür nur die Bestimmung anführen, daß die Unterhaltskosten für Kriegsgefangene gegenseitig zu ersetzen seien.**)

Diese Bestimmung wollte Österreich-Ungarn nicht aufnehmen, weil es weniger russische Gefangene hatte als Deutschland, dagegen die Zahl seiner Gefangenen in Rußland viel größer war als die der Deutschen. Um ihren Standpunkt durchzusetzen, war die deutsche Regierung bereit, mit der österreichischen Regierung folgende Vereinbarung zu treffen:

«Österreich-Ungarn unterstützt den deutschen Vorschlag auf gegenseitige Aufrechnung der Unterhaltskosten für Kriegsgefangene.

Deutschland erklärt sich bereit, den auf Grund eines solchen Abkommens von Österreich-Ungarn an Rußland zu zahlenden Betrag selbst zu decken, und zwar bis zur Höhe der Hälfte jener Summe, welche Deutschland auf Grund des Friedensvertrages von Rußland ausbezahlt erhält.

Österreich-Ungarn verpflichtet sich dagegen, in dem Falle, daß bei der gegenseitigen Verrechnung der Aufwendungen für den Unterhalt der Kriegsgefangenen im Vertrag mit Italien ein Plus zugunsten Österreich-Ungarns resultieren sollte, von diesem Plus in erster Reihe jenen Betrag für sich zu behalten, den Österreich-Ungarn trotz des deutschen Beitrages noch an Rußland auszuzahlen hatte, in zweiter Reihe aber von dem übrigbleibenden Betrag an Deutschland jene Summe zurückzuerstatten, die Deutschland auf Grund der obigen Abmachungen für Österreich-Ungarn an Rußland beglichen hat.

*) Note des österr. Finanzministeriums vom 8. Februar 1918, Z. 284, Note des Ministeriums des Äußern vom 22. Februar 1918 an das österr. Finanzministerium, Z. 13.273.

**) Art. VI, Punkt 4 des österr.-ungar.-russischen Zusatzvertrages.

Über den etwaigen Rest kann Österreich-Ungarn frei verfügen.»

Tatsächlich kam diese Vereinbarung nicht zustande.

Die Russen wiesen darauf hin, daß durch die Verwendung der Gefangenen zu Arbeiten bei niedrigen Löhnen ein Gewinn erzielt worden sei, der die durch sie verursachten Auslagen übersteige. Daher beantragten sie gegenseitige Streichung der Unterhaltskosten oder Beschränkung des Ersatzes auf Offiziere und Kranke, die nicht zur Arbeit herangezogen wurden. Trotzki veranschlagte die Zahlungen, die Rußland hauptsächlich aus dieser Bestimmung erwachsen würden, auf vier bis acht Milliarden Goldrubel. Deutscherseits wurde dies für eine starke Überreibung erklärt. Die Richtigkeit der Berechnungen läßt sich nicht kontrollieren, weil sie nie durchgeführt wurden. Die einzige Zahlung, die tatsächlich geleistet wurde, war die Überführung von 120 Millionen Goldrubel nach Berlin im Herbst 1918. Diese Summe wurde dann auf Grund des Waffenstillstandsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich vom 11. November 1918 an Frankreich ausgeliefert.

2. Staatsschulden.

Über die gegenseitigen Staatsschulden enthalten die Verträge mit der Ukraine und Rußland nur folgende Bestimmung: «Wegen Ordnung der gegenseitigen staatlichen Verbindlichkeiten aus dem öffentlichen Schuldendienste, ferner aus Abrechnungen der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen und dergleichen werden die vertragschließenden Teile sich in besonderen Abkommen verständigen.»

Zur Beurteilung dieser Bestimmung muß man sich vor Augen halten, daß insbesondere Deutschland Rußland gegenüber ein Gläubigerstaat war. Er hatte deshalb auch einen Zusatz zu diesem Artikel beantragt, der lauten sollte: «Jeder der vertragschließenden Teile mit Einschluß seiner Gliedstaaten wird sofort nach Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des andern Teiles wieder aufnehmen. Die vor der Ratifikation fälligen Verbindlichkeiten werden binnen drei Monaten nach der Ratifikation bezahlt werden.»

Diese Bestimmung ist gegenseitig gefaßt und enthält keinen Anspruch auf Valorisation der Kupons, d. h. auf ihre Bezahlung in vollwertigem Gelde. Sie wurde dessenungeachtet nicht aufgenommen, weil Österreich-Ungarn sich dagegen mit der Begründung aussprach, daß dadurch ein Präjudiz zur raschen Begleichung der Staatsschuldenrückstände für die Westmächte geschaffen würde, denen gegenüber Österreich-Ungarn ein Schuldnerstaat war.

3. Die Wiederherstellung der Privatrechte.

Sie ist in den Artikeln 4 und 5 des Zusatzvertrages mit der Ukraine und in dem gleichen Artikel des Zusatzvertrages mit Rußland geregelt, die folgende Grundsätze enthalten:

Alle im Krieg verfügten Regelungen der feindlichen Privatrechte treten außer Kraft. Das Eigentum der feindlichen Ausländer ist unverzüglich freizugeben.

Die Brest-Litowsker Verträge anerkennen sogar (Artikel 4, Punkt 7 der Zusatzverträge), daß Grundstücke, Unternehmungen und Aktien nicht zurückgestellt werden müssen, «soweit die veräußerten Vermögensgegenstände auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitz verbleiben».

Hiedurch wurde dem revolutionären Umsturz in Rußland, der dort vorgenommenen Überlassung des Grundbesitzes an die Bauern und der Übernahme der Unternehmungen in das Staatseigentum Rechnung getragen.

In dem ukrainischen Verträge ist nicht einmal bestimmt, daß die enteigneten ausländischen Eigentümer entschädigt werden müssen. Das Schlußprotokoll enthält nur folgenden Passus:

«Weiters wird österreichisch-ungarischerseits nachstehende Erklärung abgegeben: Nach Artikel 4, Punkt 4, zweiter Absatz, und Punkt 7, zweiter Absatz, sollen gewisse Vermögenswerte, die infolge von Kriegsgesetzen den Berechtigten entzogen worden sind, nicht wiederhergestellt oder zurückgegeben werden, wenn sie inzwischen auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetz-

gebung verstaatlicht worden sind. Die österreichisch-ungarische Delegation hält auf Grund eines allgemein anerkannten völkerrechtlichen Satzes daran fest, daß für verstaatlichte Vermögenswerte von Ausländern unter allen Umständen eine angemessene Entschädigung zu leisten ist.

Die ukrainische Delegation vertritt nach wie vor die Auffassung, daß bei Verstaatlichungen von Vermögensgegenständen Ausländer die gleiche Rechtslage wie Inländer haben.»

Im russischen Zusatzvertrag dagegen ist die Entschädigungspflicht im Artikel 4, Punkt 7, Absatz 2, ausgesprochen und im Artikel 5 geregelt. Zur Feststellung des den Eigentümern zu ersetzenden Schadens soll eine Kommission zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und aus neutralen Mitgliedern gebildet wird. Die festgestellten Entschädigungen sind innerhalb eines Monats nach der Feststellung zu bezahlen.

Später wollte man österreichisch-ungarischerseits auf Drängen der polnischen Großgrundbesitzer, denen ihre Güter in der Ukraine enteignet worden waren, doch auch dort eine Entschädigung erreichen. Graf Czernin gab von Bukarest aus nach Kiew den Auftrag, dies zu versuchen. Die dort anwesenden Delegierten erklärten jedoch, daß dies unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sei. Man mußte darauf verzichten, für die Enteignungen in der Ukraine eine Entschädigung durchzusetzen.

Die Brester Verträge bestimmen ferner, daß die privaten Schulden wieder hergestellt werden und vom Tage ihrer ursprünglichen Fälligkeit an mit 5% zu verzinsen sind (Artikel 4, Punkt 2). Auf die Geldentwertung ist dabei keine Rücksicht genommen. Die den beiderseitigen Angehörigen zugefügten Schäden sind gemäß Artikel 5 der Zusatzverträge zu ersetzen, und zwar bezieht sich dies auf die Schäden, «die sie infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten, Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen erlitten haben. Das gleiche gilt für die Schäden, die den Zivilangehörigen jedes Teiles während des Krieges außerhalb der Kriegsgebiete von den staatlichen Organen oder der Bevölkerung des anderen Teiles durch

völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.»

Im ukrainischen Zusatzvertrag ist die Durchführung dieses Grundsatzes einer besonderen Vereinbarung vorbehalten, weil die ukrainischen Delegierten einwendeten, sie könnten eine Verpflichtung zum Ersatz nicht übernehmen, solange ihre Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des russischen Reiches nicht durchgeführt sei (Artikel 5, Absatz 2). Im russischen Vertrag gelten für den Schadenersatz die gleichen Vereinbarungen wie für die Entschädigung des entzogenen Privatigentums.

4. Handelsschiffe.

Über die Handelsschiffe, die bei Kriegsausbruch in den Häfen des anderen Teiles lagen, bestimmt der Zusatzvertrag mit der Ukraine, daß sie ebenso wie ihre Ladungen zurückgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden (Zusatzvertrag Artikel 10, Absatz 1). Die als Preisen aufgebrachten Handelsschiffe sollen, «wenn sie vor der Ratifikation des Friedensvertrages durch rechtskräftiges Urteil eines Prisengerichtes kondemniert worden sind und nicht unter die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes fallen, als endgültig eingezogen angesehen werden; im übrigen sind sie zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen. Diese Bestimmungen finden auf die als Preisen aufgebrachten Schiffsladungen von Angehörigen der vertragschließenden Teile entsprechende Anwendung.» (Artikel 10, Absatz 2.)

Nach dem russischen Vertrag dagegen findet (Zusatzvertrag Artikel 11) «auf die Handelsschiffe der vertragschließenden Teile und auf deren Ladungen ohne Rücksicht auf entgegenstehende Prisenerurteile das sechste Haager Abkommen über die Behandlung der feindlichen Handelsschiffe beim Ausbruche der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907 mit nachstehenden Maßgaben Anwendung».

Diese Fassung ist auf folgende Erwägungen zurückzuführen. Österreichische und deutsche Schiffe waren mehrere Tage vor Kriegsausbruch russischerseits beschlagnahmt worden. Die Zentralmächte wollten wegen der Völkerrechtswidrigkeit der Beschlagnahme vor Kriegsausbruch eine prisengerichtliche Verurteilung nicht anerkennen und ihre hieraus sowie aus der In-

hibierung aller an die Kapitäne und Konsulate abgeschickten Telegramme entspringenden Ansprüche wahren.

Von einer Ablieferung der russischen Handelsflotte an die siegreichen Mächte ist in den Brester Friedensverträge nicht die Rede.

5. Die Handelsverträge.

Bei der Regelung der Handelsbeziehungen standen die Zentralmächte auf dem Standpunkt, daß die Sicherung der Wiederaufnahme des gegenseitigen Verkehrs die Hauptsache sei und die Grundlagen dieses Verkehrs auf möglichst lange Zeit sichergestellt werden sollten. Während aber die deutschen Vertreter sehr ins Detail gehende Abmachungen wünschten, wurden solche österreichisch-ungarischerseits für nicht durchführbar, zu langwierig und unpraktisch angesehen. So wurde deutscherseits beantragt, den Handelsvertrag vom Jahre 1904 bis Ende 1930, also noch 12 Jahre nach Friedensschluß, in Kraft zu lassen, und zwar mit einer Reihe von Abänderungen zugunsten Deutschlands (Beseitigung einiger Ausfuhrzölle, Erhöhung des deutschen Zolles für Futtergerste von 1'30 auf 2 Mark, ferner der Zölle für Kleesaat, Hopfen, Pferde, Schmieröl); außerdem sollte die Meistbegünstigung bis Ende 1940 gelten. Insoweit an Stelle der alten russischen Zölle neue treten würden, sollten diese, soweit es sich nicht um Finanzzölle handelt, 50% des Wertes der Waren nicht übersteigen, eine Klausel, die gegen die übertriebenen, oft 100% und mehr des Wertes betragenden russischen Zölle gerichtet war.

Weder Russen noch Ukrainer gingen auf diese Vorschläge ein. Die Russen wollten, daß ein Handelsvertrag überhaupt erst nach allgemeinem Schluß des Weltkrieges vereinbart werden solle. Im Brester Verträge sollte nur eine provisorische Regelung bis zur Herstellung des Weltfriedens stattfinden. Russen und Ukrainer erklärten zunächst, daß sie den alten zaristischen Handelsvertrag nicht erneuern wollten. Während sich die Russen in dieser Frage nur negativ verhielten und noch nicht wußten, wie der Handelsverkehr künftig geregelt werden sollte, entwickelten die Ukrainer ihre Ansichten, die aber einer realen Grundlage entbehrten. Das Prinzip der Schutzzölle müsse durch das Prinzip der Kontingentierung ersetzt werden, d. h. es müsse die Einfuhr einer bestimmten Menge Waren innerhalb eines

festgesetzten Termins ohne jede Zollbeschränkung geregelt werden. Das Prinzip der Meistbegünstigung sei zu ersetzen durch das Prinzip der Gegenseitigkeit unter der Bedingung, daß keine von beiden Parteien einer dritten Partei günstigere Positionen einräumt. Der gesamte Außenhandel solle entweder von staatlicher Stelle oder durch der staatlichen Kontrolle unterstellte Zentralstellen erfolgen. Auf derselben Grundlage könnten jedoch schon jetzt bis Ende 1919 laufende provisorische Abmachungen über gegenseitigen Warenaustausch getroffen werden. Sowohl den Russen als den Ukrainern kam es mehr auf scheinbare Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes als auf die materiellen Vereinbarungen an.

Schließlich wurden sowohl im Vertrag mit der Ukraine als in dem mit Rußland alle wesentlichen Bestimmungen der alten Handelsverträge inklusive der Vertragstarife wieder in Kraft gesetzt. Für Österreich-Ungarn war dies der Vertrag vom 15. Februar 1906. In dem Vertrag mit der Ukraine geschah dies so, daß die Artikel der alten Verträge aufgezählt wurden, die wieder gelten sollten. Gestrichen wurde z. B. Artikel 3, in dem ein alter Vertrag Rußlands mit Schweden und Norwegen von der Meistbegünstigung ausgenommen war, was für die Ukraine keinerlei praktische Bedeutung hatte, ferner das Schlußprotokoll zu Artikel 1 und 12, Alinea 3, nach welchem die Bestimmungen über die Paßvisa auch für Juden gelten sollten. Die Streichung erfolgte, weil die ukrainischen Delegierten es als selbstverständlich erklärten, daß der neue Staat keine Unterschiede zwischen den Religionen mache. Ebenso wurde das Schlußprotokoll zu Artikel 22, Absatz 2 über Wunsch der Ukrainer ausgelassen, weil darin die Bestimmung enthalten war, daß Zeitungen und Druckschriften für diplomatische Vertreter von der russischen Zensur frei sein sollen. Die ukrainischen Delegierten meinten, die Zensur sei ohnedies abgeschafft und die neue Republik könne deshalb keine auf die Zensur bezügliche Bestimmung in den Vertrag aufnehmen.

In dem Vertrag mit Rußland wurde dem Bestreben der Sowjetregierung, keine Verträge des zaristischen Regimes wieder aufleben zu lassen, durch Alinea 1 der Anlage 3 Rechnung getragen, das lautet: «Der österreichisch-ungarisch-russische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vom 15. Februar 1906 tritt nicht wieder in Kraft.» Aber der ganze Inhalt dieses Vertrages wurde

durch die darauf folgenden Bestimmungen der Anlage 3 und der Unteranlage 1 in den Friedensvertrag wieder aufgenommen. Dazu kam die für Rußland onerose Bestimmung, daß der russische Tarif vom Jahre 1903 auch in jenen Positionen, die nicht vertragsmäßig gebunden waren, bis Ende 1925 nicht erhöht werden könne (Anlage 3, Punkt 7), auch keine neuen Ausfuhrzölle sollten während dieses Zeitraumes auferlegt werden können (Anlage 3, Punkt 3). Demgegenüber sprachen die Zentralmächte nur die Bereitwilligkeit aus, alsbald in Verhandlungen einzutreten, um soweit als tunlich die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen vorübergehend noch länger aufrecht zu erhalten und weiter auszudehnen (Anlage 3, Punkt 9). Im ukrainischen Vertrag erfolgte die Bindung des russischen Zolltarifs vom Jahre 1903 provisorisch bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages, jedenfalls aber bis zum Ablauf von mindestens sechs Monaten nach Abschluß des allgemeinen Friedens.

Geändert wurden die Artikel 4 und 8 des alten Handelsvertrages über die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote. Während nämlich nach dem alten Handelsvertrag die Durchfuhr nur «auf den dem Transithandel geöffneten Wegen» gestattet war, was praktisch bedeutete, daß die freie Durchfuhr nach Persien nicht gestattet war, wurde in den Friedensverträgen die Durchfuhr auf allen Wegen, also auch nach Persien, für frei erklärt. In der Voraussicht, daß nach dem Kriege die Verbote nicht sofort abgeschafft werden könnten, wurden ferner Verbote «aus schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere im Zusammenhange mit der auf den Krieg folgenden Übergangszeit» gegenseitig als zulässig erklärt.

Bedeutsam waren die Bestimmungen über die Meistbegünstigung. Die Zentralmächte haben mit der Ukraine und Rußland die gegenseitige Meistbegünstigung vereinbart (ukrainischer Friedensvertrag Artikel VII, Punkt II, russischer Friedensvertrag Anlage 3, Punkt 2). In den Pariser Friedensverträgen mußten die besiegten Staaten den alliierten und assoziierten Mächten einseitig die Meistbegünstigung zugestehen.

Von der Meistbegünstigung ausgenommen wurden Zollbündnisse mit unmittelbar angrenzenden Ländern, wodurch dem Plan des wirtschaftlichen Anschlusses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland Rechnung getragen worden ist (ukrai-

nischer Friedensvertrag Artikel VII, Punkt IV, russischer Vertrag Anlage 3, Punkt 4).

Deutscherseits war eine andere Fassung gewünscht worden. Es sollten Rußland und der Ukraine Zollbündnisse nur mit «in einem engeren staatsrechtlichen Verhältnis mit ihnen verbleibenden neuen Staaten» gestattet werden. Diese Fassung hätte Polen, Litauen usw. von einer engeren wirtschaftlichen Verbindung mit Rußland ausgeschlossen. Dagegen waren jedoch nicht nur die Russen, sondern auch die Delegierten Österreich-Ungarns, die insbesondere den Standpunkt vertraten, daß man die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Polens, dessen Industrie auf den russischen Markt angewiesen sei, nicht unmöglich machen dürfe. Sie beantragten vielmehr, daß Polen für eine Reihe von Jahren ein bevorzugter Verkehr mit Rußland im Friedensvertrag selbst gesichert werde. Österreichisch-ungarischerseits dachte man hierbei an die austropolnische Lösung. Gerade diese aber war für die deutschen Unterhändler ein Argument gegen die Begünstigung Polens auf dem russischen Markt. Es kam im Friedensvertrag zu keiner Sonderregelung des Verkehrs zwischen Polen und Rußland.

Über die Geltungsdauer der Verträge wurde bestimmt: Der Vertrag mit der Ukraine gilt bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages, jedenfalls bis sechs Monate nach Friedensschluß mit den Westmächten (Artikel VII, Punkt II). Der Vertrag mit Rußland enthält die gleiche Formel, außerdem aber die Bestimmung, daß die Meistbegünstigung bis Ende 1925 gilt und für weitere drei Jahre, wenn die Kündigung später als am 31. Dezember 1922 erfolgt.

Sowohl bei der Formulierung der Meistbegünstigung als bei der Bestimmung der Vertragsdauer ergaben sich zwischen Österreich und Ungarn Schwierigkeiten, die für ihr gegenseitiges Verhältnis charakteristisch waren. Der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn war nämlich zwar für 20 Jahre abgeschlossen, aber von den Parlamenten noch nicht genehmigt, so daß das Verhältnis nur ein provisorisches war. Die ungarische Regierung verlangte deshalb, daß die Meistbegünstigungsklausel hierauf Rücksicht nehmen müsse. Hierüber wurde lange verhandelt. Österreich wollte von der Möglichkeit der Trennung Österreichs von Ungarn aus inner- und außenpolitischen Gründen nicht ausdrücklich sprechen. Ungarn aber legte aus innerpoliti-

sehen Gründen gerade darauf Wert, obgleich der ungarische Ministerpräsident Wekerle ein entschiedener Anhänger der Aufrechterhaltung der Gemeinschaft war. Österreich schlug vor, nur von dem Fall «der Neuordnung der Zollverhältnisse innerhalb eines oder beider vertragschließenden Teile» zu sprechen. Dies nahm Ministerpräsident Wekerle nicht an. Der Kaiser mußte eingreifen. Schließlich einigte man sich auf die Formel, daß im Falle der Trennung die Meistbegünstigung Rußland gegenüber für Österreich und Ungarn gesondert gelten sollte.

Die gleiche Schwierigkeit ergab sich hinsichtlich der Vertragsdauer. Sie wurde dadurch gelöst, daß jedem der vertragschließenden Teile ab 30. Juni 1919 die sechsmonatliche Kündigung des Handelsvertrages mit der Ukraine und mit Rußland freigestellt wurde.

Einseitige Verpflichtungen enthielten die Brester Handelsverträge nur insofern, als der frühere russische Zolltarif für eine gewisse Zeit gebunden wurde, auch soweit er nicht durch die vor dem Kriege abgeschlossenen Handelsverträge gebunden war, während die Zentralmächte in dieser Hinsicht freie Hand behielten. Im übrigen waren die Verträge durchaus gegenseitig. Es wurde auch die einseitige Besteuerung der Handlungsreisenden in Rußland von den Zentralmächten gemäß den früheren Verträgen festgelegt, während russische Handlungsreisende in Deutschland und Österreich-Ungarn keine Steuer zu entrichten hatten. Selbst die veterinärpolizeilichen Erleichterungen des Handelsvertrages mit Österreich vom Jahre 1906 wurden in den russischen Friedensvertrag aufgenommen.

Im Eisenbahnverkehr wurde gleichfalls die gegenseitige Meistbegünstigung und die Parität in dem Sinne vereinbart, daß gleichartige Waren auf der gleichen Strecke und in derselben Richtung die gleichen Tarife wie die inländischen Waren zahlen sollten.

6. Die Donau-Frage.

Deutschland und Österreich-Ungarn waren darin einig, daß die Verwaltung der Schifffahrt auf der Donau künftig nur von den an der Donau und dem Schwarzen Meer gelegenen Staaten geführt und daß die bis zum Krieg in der Donaukommission vertretenen Westmächte davon ausgeschlossen werden sollten. Es standen sich aber verschiedene Meinungen darüber entgegen,

wie die Neuregelung zu erfolgen hätte. Österreichisch-ungarischerseits ließ man sich dabei von dem Gedanken leiten, daß «einheitliche Bestimmungen für die ganze Donau bis zur Mündung das wichtigere Interesse darstellen». «Deutschland betrachte dagegen den Ausschluß Rußlands oberhalb Braila als das wichtigere Interesse. Dies ließe sich aber nur dann erreichen, wenn das Regime oberhalb und unterhalb Brailas getrennt würde, indem es unterhalb Brailas von der Donaumündungskommission, also einschließlich Rußlands, oberhalb Brailas aber von den Uferstaaten dieser Streeke, also ausschließlich Rußlands, bestimmt worden wäre.» Schließlich einigte man sich über folgenden Antrag: «Die vertragsschließenden Teile sind einverstanden, daß die europäische Donaukommission, die hinfort den Namen Donaumündungskommission führen wird, dauernd mit der Verwaltung des ganzen Mündungsgebietes der Donau betraut und nur aus Vertretern von Staaten, die an der Donau oder am Schwarzen Meere liegen, gebildet wird und daß die Rechtsverhältnisse der Donau oberhalb Brailas von den an diesem Stromteile liegenden Staaten zu regeln sind.»

Aber die ukrainischen Delegierten wollten keine Erklärung über die Donaukommission abgeben, weil sie durch Ausschließung der Westmächte Anstoß bei der Entente zu erregen fürchteten, auf deren Kredithilfe sie rechneten. Da es überdies bei der Unsicherheit der neuen Grenzen noch nicht klar war, welche Staaten künftig an der Donau und am Schwarzen Meere gelegen sein würden, verschob man schließlich die Lösung der Donaufrage bis zur endgültigen Regelung der Gebietsfragen.

7. Das Warenaustauschübereinkommen mit der Ukraine.

Neben dem dringenden Wunsch, die Bevölkerung durch erfolgreichen Beginn der Friedensverhandlungen zu beruhigen, spielte für die Zentralmächte, insbesondere für Österreich-Ungarn, die Notwendigkeit, sich die Lieferung von Nahrungsmitteln aus dem Osten zu sichern, die größte Rolle. Bezüglich Rußlands war es klar, daß dort Mangel an Nahrungsmitteln herrsche und daher ein Export nicht in Betracht komme. Die Sowjets selbst wollten auf das Getreide der Ukraine greifen. Es wurde deshalb nur mit der Ukraine ein Übereinkommen über den Warenaustausch abgeschlossen, das im Artikel VII des Friedensvertrages enthalten ist. In diesem Artikel wird fest-

gesetzt, daß bis 31. Juli 1918 die Mächte des Vierbundes und die Ukraine ihren Überschuß an landwirtschaftlichen und industriellen Produkten zur Deckung der laufenden Bedürfnisse austauschen werden. Hierbei wurde von der Ukraine «mindestens» eine Million Tonnen Getreide versprochen. In dem Artikel heißt es ferner: «Die Mengen und die Art der Produkte, deren Austausch im vorhergehenden Absatz vorgesehen ist, werden auf jeder Seite durch eine Kommission festgestellt, die aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern beider Staaten besteht und sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammentritt; die Preise der Produkte beim erwähnten Warenaustausch werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarung durch eine Kommission festgestellt, die aus der gleichen Zahl von Mitgliedern der beiden Staaten besteht. Der Austausch der Waren erfolgt durch die staatlichen Zentralstellen oder durch vom Staate kontrollierte Zentralstellen.»

Auf Grund dieser Bestimmungen wurde dann nach längeren Verhandlungen zwischen der Ukraine einerseits und Deutschland und Österreich-Ungarn anderseits in Kiew am 23. April ein Wirtschaftsabkommen abgeschlossen. Diesem gemäß verpflichtete sich die Ukraine, zu den von ihr gesetzlich festgelegten Preisen mit gewissen Zuschlägen (Exporttaxen) 60 Millionen Pud Getreide und Erzeugnisse daraus, Futtermittel, Hülsenfrüchte und Ölsaaten zu liefern. Deutschland und Österreich-Ungarn errichteten in Kiew eine Zentralstelle für den Export von Nahrungsmitteln, die diese von den Organen des ukrainischen Ernährungsministeriums übernehmen, unter gewissen Beschränkungen auch durch Kommissäre aufkaufen und ihren Transport und ihre Bezahlung durchführen sollte. Dieses Wirtschaftsabkommen wurde durch eine ganze Reihe von Spezialvereinbarungen ergänzt. Die Zahl dieser Anlagen beträgt 20 und umfaßt 68 Druckseiten.*) Die Anlagen enthalten z. B. Vereinbarungen über die Eierlieferungen aus der Ukraine, Vereinbarungen über die Lieferung von Rindvieh aus der Ukraine, Protokoll über die Einfuhr von Rohstoffen aus der Ukraine, Protokoll über die Lieferung von Maschinen und Geräten, Eisenwaren,

*) Friedensverträge mit der Ukraine, Rußland und Finnland samt den dazugehörigen wirtschaftlichen Vereinbarungen, publiziert vom Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft im k. k. Handelsministerium, Wien 1918.

Textilien, Chemikalien, Arzneiwaren durch die Zentralmächte an die Ukraine, wobei Listen der Waren und der zu liefernden Mengen fixiert wurden, Vereinbarungen über die Lieferung von Kohle und Mineralöl.

Auffallend ist die Ausführlichkeit und Genauigkeit, mit der alle diese Fragen durch Vereinbarungen geregelt wurden, und die Größe des Apparates, der für die Durchführung des gegenseitigen Warenverkehrs errichtet oder doch vorgesehen wurde und in keinem Verhältnis zu den realen geschäftlichen Möglichkeiten stand. Die ukrainische Regierung übernahm Verpflichtungen, die sie zu erfüllen nicht in der Lage war. Trotz ihrer Ohnmacht beharrte sie darauf, alles durch ihre Organe zu machen. So lehnte sie es ab, mit den Zentralmächten gemeinsam eine Kohlenstelle für die gemeinsame Bewirtschaftung der inländischen und der von Deutschland zu liefernden Kohle zu errichten, «da dies als ein Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine aufgefaßt werde». Sie erklärte eine ganze Reihe von Waren als Monopole, so Kohle, landwirtschaftliche Maschinen, Eisenwaren und Geräte, Textilien, Papier, Chemikalien und Arzneiwaren. Diese Waren sollten nur von der Regierung bezogen werden. Ebenso hätten Nahrungsmittel und Rohstoffe in der Regel nur von offiziellen ukrainischen Stellen bezogen werden dürfen, die zwar nominiert wurden, aber keine Waren aufzubringen vermochten.

Die Zentralmächte verpflichteten sich, der Ukraine monatlich 105.000 t Kohle, dann bis 31. Juli wenigstens 101.500 Stück Pflüge bestimmter Marken und andere landwirtschaftliche Geräte, darunter sofort 350.000 Stück Sensen sowie andere Industrieartikel, insbesondere Chemikalien und Mineralöle, zu liefern. Dagegen erklärten sie sich wegen des bei ihnen selbst herrschenden Mangels an Kleidungen außerstande, Gewebe zu liefern, wenn ihnen nicht die Rohstoffe von der Ukraine zur Verfügung gestellt würden.

In einer Nachtragserklärung vom 16. April übernahm die Ukraine die Verpflichtung, vor Lieferung des zugesagten Quantums von Nahrungsmitteln an die Zentralmächte die Ausfuhr nach anderen Staaten nicht ohne Zustimmung der Zentralmächte zu gestatten.

Zwischen den Zentralmächten selbst war unmittelbar nach Friedensschluß mit der Ukraine im Februar 1918 in Berlin eine

ganze Reihe von Abkommen getroffen worden, in denen ein gemeinschaftliches Vorgehen Deutschlands und Österreich-Ungarns bei der Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit den einzelnen Teilen des ehemaligen russischen Reiches vereinbart wurde. Am 5. Februar war in Berlin festgesetzt worden, daß Deutschland und Österreich-Ungarn gleiche Teile von der Getreideeinfuhr aus der Ukraine zukommen sollten. Am 21. Februar kamen ergänzende Vereinbarungen über die Aufteilung anderer Nahrungsmittel und Rohstoffe zustande, die mit ihren Anlagen 44 Druckseiten füllen.**) Für jede einzelne Warengruppe wurden besondere Bestimmungen getroffen, in denen die Einkaufsstellen organisiert und die schließliche Aufteilung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Artikel für Artikel normiert wurde. Der Einkauf wurde in der Hauptsache den kriegswirtschaftlichen Organisationen oder besonderen zu diesem Zwecke gegründeten Syndikaten übertragen, die durch eine für Österreich-Ungarn und Deutschland gemeinsame Stelle einkaufen sollten. Beim Durchsehen dieser Protokolle entrollt sich vor dem Leser die ganze unübersehbare Fülle der im Kriege geschaffenen wirtschaftlichen Zentralen.

Schließlich wurde zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein Finanzabkommen über die Beschaffung von Zahlungsmitteln für den Einkauf der Waren aus Rußland geschaffen.***) Dazu kamen dann Vereinbarungen zwischen den kriegswirtschaftlichen Organisationen der Zentralmächte zur Durchführung des Berliner Übereinkommens.***)

Am 27. Juli 1918 wurden neue Abkommen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über das gemeinsame Vorgehen in Rußland und Rumänien fertiggestellt, durch die die Abkommen vom Februar ergänzt und abgeändert wurden. Sie füllen mit ihren acht Anlagen wieder 44 Druckseiten.†) Vorher waren am 19. April Abkommen mit Bulgarien und am 27. April mit der Türkei über deren Beteiligung an dem Warenverkehr mit den Teilen des ehemaligen russischen Reiches zustande gekommen.††)

*) ibid. S. 171—215.

**) ibid. S. 202.

***) ibid. S. 278—362.

†) ibid. S. 213—257.

††) ibid. S. 259—275.

Noch am 10. September 1918 folgte ein neues Wirtschaftsabkommen Deutschlands und Österreich-Ungarns mit der Ukraine für das Wirtschaftsjahr 1918/19, das 57 Druckseiten füllte.**) In bezug auf Getreide wurde bestimmt, daß 65 % der aufzubringenden Mengen für den inländischen Bedarf dienen sollten, 35 % für den Export an die Mittelmächte. Bis zum 1. Dezember wollte man 40 Millionen Pud, bis zum 15. Juni 1919 75 Millionen Pud für die Mittelmächte aufbringen.

Die Requisitionen durch die Truppen der Zentralmächte sollten eingestellt, die Aufbringung dem ukrainischen Staatsgetreidebureau überlassen werden. Wieder wurden genau die Ausfuhrtaxen, die Preise und die Übernahmsbedingungen festgesetzt. Ein besonderes Abkommen regelte die Errichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrates, in dem auch die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung vertreten waren. Ebenso genaue Bestimmungen wie für Getreide wurden für andere Nahrungsmittel und Rohstoffe getroffen, von denen 11.200 Wagons Holz, 750.000 Pud Hanf, 300.000 Stück Rindshäute und 700.000 Stück Kalb- und Schaffelle, ferner 250.000 Pud Tabak zur Ausfuhr freigegeben wurden. Deutschland übernahm dagegen die Lieferung von monatlich 3 Millionen Pud Kohle, Österreich-Ungarn gewisse Mengen von Mineralöl. Die Mittelmächte sicherten sich von der ukrainischen Regierung die Überlassung von 1600 Millionen Karbowanzen (ukrainische Rubel), die in Berlin angefertigt wurden, und stellten ihr dafür Mark und Kronen zum Kurse von 0·85 Karbowanzen für die Mark und 0·50 Karbowanzen für die Krone zur Verfügung, über die die Ukraine zum Einkauf von Waren in diesen Staaten, sonst aber nicht vor Ablauf eines Jahres nach allgemeinem Friedensschluß verfügen durften.***) Die Mittelmächte sagten zu, die Ukraine bei der Durchführung einer Währungsreform zu unterstützen.

*) Friedensverträge mit der Ukraine, Rußland und Finnland samt den dazugehörigen wirtschaftlichen Vereinbarungen, I. Nachtrag, publiziert vom Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft im k. k. Handelsministerium, Wien 1918.

**) In dem Wirtschaftsabkommen vom April 1918 war 1 M. = 75 Kopeken und 1 K = 50 Kopeken festgesetzt worden. Im September war also die deutsche Mark im Verhältnis zum ukrainischen Geld höher, die österreichische Krone unverändert bewertet worden. Noch mehr als die relative Stabilität des Geldes der kriegführenden Mächte bis zur Entscheidung des Krieges, ja noch eine

So umfassend und genau alle diese Übereinkommen abgeschlossen wurden, so gering waren die praktischen Ergebnisse. Deutschland und Österreich-Ungarn machten in den dem Friedensschlusse folgenden Monaten große Anstrengungen, um Nahrungsmittel und Rohstoffe aus der Ukraine zu beschaffen. Sie unternahmen zu diesem Zweck ausgedehnte militärische Operationen und besetzten die wichtigsten Plätze des Landes. Aber die Erfolge standen in keinem Verhältnis zu den Bemühungen; im ganzen wurden von den Zentralmächten nur rund 40.000 Waggonladungen Nahrungsmittel aus der Ukraine herausgebracht. Die Ursachen lagen darin, daß die Verhältnisse dort infolge des Mangels einer öffentlichen Verwaltung die Aufbringung fast unmöglich machten und daß die Zentralmächte nicht mehr in der Lage waren, den für die tatsächliche Beherrschung eines so großen Gebietes notwendigen Apparat herzustellen. Mit dem Zusammenbruch im Oktober 1918 fanden die Versuche zur Durchführung der Brester Verträge ihr Ende; durch die Pariser Verträge wurden sie dann auch formell beseitigt.

Zeitlang nachher, fällt die Tatsache auf, daß das Papiergeld eines auf so unsicheren Füßen stehenden Staates, wie es die Ukraine war, von den Mittelmächten doch ernstlich und verhältnismäßig hoch bewertet wurde.

III.

DIE BUKARESTER
FRIEDENSVERHANDLUNGEN.

1. Der Krieg mit Rumänien.

Am 26. August 1916, ungefähr um die Mitte des Weltkrieges, hatte das Königreich Rumänien Österreich-Ungarn den Krieg erklärt. Die Kriegserklärung kam nicht ganz unerwartet, da ihr Wochen vorher Gerüchte über eine bevorstehende Einmischung Rumäniens in den Krieg auf seiten der Entente vorhergegangen waren. Doch gab es Optimisten, die mit Rücksicht auf das enge politische Verhältnis, das bis zum Weltkrieg zwischen der Monarchie und Rumänien bestanden hatte, und mit Rücksicht auf ältere, aus dem Jahre 1884 stammende und noch in Geltung stehende Vertragsabmachungen, die Rumänien an die Seite der Mittelmächte stellten, den Glauben daran, daß Rumänien die Mittelmächte niemals angreifen werde, nicht aufgeben wollten. Auf wirtschaftlichem Gebiete allerdings war Rumänien, auf dessen Produkte, besonders Getreide und Erdöl, die Mittelmächte im Kriege vielfach angewiesen waren, schon zur Zeit seiner Neutralität nichts weniger als entgegenkommend. Das Eintreten Rumäniens in den Krieg vollzog sich im Lande selbst nicht widerspruchsflos. In dem Kronrat, in dem es beschlossen wurde, fand die Politik der Kriegserklärung beantragenden rumänischen Ministerpräsidenten und Führers der Liberalen, Jonel Bratianu, eine Opposition von seiten der Führer der konservativen Partei Marghiloman und Carp; diese Opposition konnte aber die Kriegserklärung nicht verhindern.

Wenige Tage später standen rumänische Truppen, die gleich nach der Kriegserklärung die von militärischen Kräften mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der auf den anderen Kriegsschauplätzen in Gang befindlichen Operationen fast ganz entblößten Grenzen Ungarns überschritten hatten, weit in den den südöstlichen Teil des alten Ungarn bildenden Siebenbürgen, dessen Bevölkerung haufenweise in das Innere Ungarns flüchtete. Erst jetzt wurden Anstalten getroffen, um den rumänischen Feind aus dem Lande zu werfen. Unter der Leitung des deutschen Generals Falkenhayn wurde Siebenbürgen in einem mehrere Wochen währenden Feldzug wieder befreit und die verbündeten Armeen der Mittelmächte überschritten die Karpathenkette

und bedrängten die Rumänen nunmehr auf dem Gebiete des alten rumänischen Königreiches selbst. Kurz darauf wurde auch die Hauptstadt Bukarest genommen, und die ganze Walachei — der sich längs der Donau hinziehende südliche Teil des rumänischen Königreiches — wurde von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt, während der rumänische Hof und die Regierung sich in Jassy etablierten, wo ihre Herrschaft auf den nördlichen Teil des alten Rumänien, die sogenannte Moldau, begrenzt war. Damit hörten die großen Operationen auf der rumänischen Front auf: die Front erstarrte auch hier.

2. Die Verwaltung des rumänischen Okkupationsgebietes.

Das rumänische Okkupationsgebiet hat die Mittelmächte während des weiteren Verlaufes des Krieges mit einer Reihe äußerst wichtiger Rohstoffe, besonders Nahrungsmittel, Erdölprodukte und Holz, versehen. Seiner wirtschaftlichen Ausnützung, die an dieser Stelle nicht geschildert werden kann, kam daher eine überaus große Bedeutung zu. Daher bildete denn auch die Organisierung der rumänischen Okkupationsverwaltung eine wichtige Aufgabe, welche die beiden Heeresleitungen im Einvernehmen miteinander zu lösen hatten.

Die Verwaltung im okkupierten Gebiete wurde als militärische Verwaltung den Deutschen überlassen. An ihrer Spitze stand Generalfeldmarschall Mackensen mit einem größeren Stab von Offizieren, die als das «Oberkommando Mackensen» (OKM.) bezeichnet wurden. Die speziellen Interessen Österreich-Ungarns sollten von einem Militärbevollmächtigten (dem Obersten und später General Sendler) gewahrt werden; Militärbevollmächtigte hielten in dem Okkupationsgebiete auch Bulgarien (General Tantilow) und die Türkei (Osman Nizami Pascha).

Im übrigen wurde in den Abmachungen zwischen den beiden Heeresleitungen zwischen der militärischen Verwaltung und der wirtschaftlichen Ausnützung des Landes unterschieden. In diesen Abmachungen wird der deutsche Militärgouverneur in allen Verwaltungsfragen als die «allein maßgebende Behörde» bezeichnet. Seine in bezug auf die Verwaltung ausschließlichen Rechte übte er mit Hilfe des «Verwaltungsstabes» aus, ungefähr wie ein Minister mit Hilfe seiner Beamten regiert. Der Verwaltungsstab bestand, dem von Österreich-Ungarn zugegebenen deutschen Charakter der Verwaltung entsprechend, ausschließ-

lich aus deutschen Beamten, Österreich-Ungarn hatte in dieser Körperschaft keinerlei Vertretung. Die auf die Ausnützung der Landesressourcen bezüglichen Agenden wurden in diesen Abmachungen wohl ebenfalls dem Militärgouverneur zugewiesen, doch wird ihm in diesen Fragen «als beratende Stelle» ein paritätisch aus Deutschen und Österreichern, beziehungsweise Ungarn zusammengesetzter «Wirtschaftsstab» untergeordnet. In den wirtschaftlichen Angelegenheiten konnten also die speziellen österreichisch-ungarischen Interessen durch direkte Einflußnahme gewahrt werden. Zur Wahrung seiner Interessen in der Verwaltung des Okkupationsgebietes stand Österreich-Ungarn lediglich der Militärbevollmächtigte zur Verfügung, dessen Funktionen und Wirkungskreis jedoch ganz unzulänglich bloß im folgenden umschrieben waren: «Die Funktion des Militärbevollmächtigten in Rumänien umfaßt die militärische und repräsentative Vertretung der Monarchie, die Wahrung der österreichisch-ungarischen Interessen bei der wirtschaftlichen Ausnützung des Landes, die damit zusammenhängenden finanziellen und kommerziellen Agenden sowie die Ingerenz auf staatspolizeiliche Fragen.» *)

Mit der Zeit entwickelte sich jedoch die Übung, daß auch die wichtigsten wirtschaftlichen Angelegenheiten in den Wirkungskreis des Verwaltungsstabes einbezogen wurden, so daß der Wirtschaftsstab nur mehr den Charakter eines ausführenden Organes erhielt. Wiederholte Verhandlungen, den Einfluß Österreich-Ungarns zu stärken, blieben bis zum Ende der Okkupation ohne Erfolg.

3. Die Vorgeschichte des Bukarester Friedens.

Als Rußland zusammengebrochen war und aus dem Kriege ausschied, konnte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß auch Rumänien den Krieg nicht fortsetzen und zu einem Frieden bereit sein werde. Da es sich nicht mehr an die russische Armee anlehnen konnte, wäre eine eventuelle Fortsetzung seines Widerstandes angesichts seiner isolierten Lage leicht zu brechen gewesen. Vielfach bestand die Meinung, daß Rumänien vielleicht schon gleichzeitig mit Rußland einen Frieden anbieten werde

*) Note des österr.-ungar. Armee-Oberkommandos an die deutsche Heeresleitung vom 24. März 1917, Z. 60.076.

und daß diese Verhandlungen gleichzeitig mit denen in Brest-Litowsk stattfinden könnten, eine Eventualität, die man besonders auf deutscher Seite eher fürchtete als erhoffte. Rußland gegenüber konnte man in den Friedensverhandlungen teils aus geographischen Gründen, teils wegen der Größe des Reiches, teils auch wegen der dortigen Revolution in mancher Hinsicht nicht so vorgehen, wie man es Rumänien gegenüber, dessen Naturschätze für die Mittelmächte mindestens bis zum Abschlusse des allgemeinen Friedens unentbehrlich schienen, tun zu können glaubte. Um ein rumänisches Friedensangebot zu verhindern, wurde daher Rumänien deutscherseits vertraulich verständigt, daß man mit ihm nicht verhandeln wolle, solange der rumänische König Ferdinand den Thron und die damalige Regierung Bratianu ihren Platz nicht verlassen haben. Ob infolge dieser Mitteilung oder aus anderen Gründen, Tatsache ist, daß Rumänien um diese Zeit keinen ernstesten Friedenswillen zeigte.

Als die Verhandlungen mit Rußland bereits im Gange waren und Erfolg zu verheißen schienen, ergriff Kaiser Karl die Initiative, um Rumänien zu einem Friedensschluß zu bewegen.*) Ende Jänner schickte er den früheren Militärattaché bei der rumänischen Regierung, Oberst Randa, nach Rumänien mit dem Auftrag, eine Verbindung mit König Ferdinand zu suchen und ihm ein Handschreiben des Kaisers zu übermitteln, in welchem er seine Bereitwilligkeit zu einem für Rumänien ehrenvollen Frieden, der auch die rumänische Dynastie erhalten würde, Ausdruck gab. Oberst Randa konnte sich dieser Mission mit Erfolg entledigen. Er hatte am 4. und 5. Februar eine Begegnung mit dem Adjutanten des Königs, Oberst Stircea, durch den er seine Mitteilungen an den König gelangen ließ. Er erhielt die Antwort, daß Rumänien erst wissen möchte, ob alle Vierbundmächte hinter diesen Schritt stehen und ob das besetzte Rumänien freigegeben werden würde. Erst dieser Schritt hat den Friedenswillen in Rumänien zur Reife gebracht.

Um diese Zeit war übrigens auch in Deutschland, das von der Berührung zwischen Kaiser Karl und König Ferdinand wohl Kenntnis hatte, ohne indes zu wissen, daß die Initiative zu diesem Schritt von österreichisch-ungarischer Seite ausgegangen war, die Absicht vorhanden, zu einem Frieden mit Rumänien zu ge-

*) Ottokar Czernin: «Im Weltkriege», S. 354 f.

langen. In einer Besprechung, die im Berliner Reichskanzleramt am 5. Februar 1918 stattfand, erklärte Ludendorff nachdrücklich, daß Deutschland aus militärischen Gründen die in Rumänien stehenden Divisionen brauche, weshalb er einen Friedensschluß mit Rumänien befürwortete. Jedenfalls müsse man Rumänien vor die Wahl stellen: militärische Niederringung oder Frieden.

Kurz darauf ersetzte man in Rumänien das Kabinett Bratianu durch ein Ministerium Avarescu, welches die Mittelmächte verständigte, daß Rumänien zu Friedensverhandlungen bereit sei und am 23. Februar 1918 trafen die deutschen und die österreichisch-ungarischen Friedensunterhändler in Bukarest ein.

4. Die Hauptprobleme des rumänischen Friedens.

Von den verbündeten Mittelmächten hatte sich eine jede für die Verhandlungen ihre eigenen Friedensziele zurechtgelegt.

A. Österreichisch-ungarische Forderungen.

Die Ziele Österreich-Ungarns waren:

1. **Grenzrekifikationen**, durch welche eine Wiederholung des Ende August 1916 durchgeführten plötzlichen Überfalls der Monarchie durch Rumänien erschwert würde.

Diese Forderung wurde von dem österreichisch-ungarischen Armee-Oberkommando aus militärischen und von der ungarischen Regierung und den ungarischen Parlamentariern *) aus politischen Motiven und aus Gründen der Sicherheit des Landes nachdrücklich vertreten, während die österreichische Regierung, obgleich die Grenzverschiebung auch Österreich zugute gekommen wäre, sich an dieser Forderung in Übereinstimmung mit Kaiser Karl ziemlich desinteressierte. Gegenüber noch weiter gehenden Wünschen, welche besonders in der ungarischen Öffentlichkeit erhoben wurden, einigte man sich schließlich auf eine Grenzforderung, deren wichtigste Punkte die folgenden waren:

Im Westen wäre die Grenze so weit vorgeschoben worden, daß die Stadt Turn-Severin Ungarn zugefallen wäre. An diesem Punkte waren militärische Erwägungen bestimmend, insbesondere der Umstand, daß dadurch einerseits das Eiserne Tor an der Donau in österreichisch-ungarischen Besitz gekommen und

*) Siehe das Promemoria des Grafen Stephan Tisza vom 27. Februar 1918, wiedergegeben in Ottokar Czernins: «Im Weltkriege», S. 352 f.

andererseits auch die Schiffswerft von Turn-Severin, welche vom Standpunkt der militärischen Beherrschung des unteren Laufes der Donau große Bedeutung besaß, Österreich-Ungarn zugefallen sein würde. Ungarischerseits wurde auf diesen Punkt geringes Gewicht gelegt, einzelnen ungarischen Staatsmännern, wie z. B. dem Grafen Stephan Tisza, der die rumänische Bevölkerung Ungarns nicht gerne durch Angliederung rein rumänischer Städte vermehrt sehen wollte, ging sie sogar direkt gegen den Strich.

Nordöstlich von diesem Punkte sollte die Grenze so weit vorgeschoben werden als zum besseren Schutz der Bergwerke im Zsiltale notwendig war. Die alte Grenze ermöglichte es nämlich, diese Bergwerke von rumänischem Gebiete aus zu beschließen, was sowohl aus militärischen Gründen als auch im Interesse der ungarischen Volkswirtschaft ein bedenklicher Zustand war.

Noch weiter östlich sollte die Grenze vom ersten Karpathenkamm bis jenseits Cainenî verlegt werden. In diesem Gebiete befanden sich die sogenannten Siebenrichterwäldungen, die der sächsischen Universität gehörten und deren Ertrag zu kulturellen Zwecken — ein Teil auch zugunsten der siebenbürgischen Rumänen — verwendet wurde. Die Ausnützung dieser Wäldungen war von der rumänischen Regierung immer erschwert worden und es mußten kostspielige Prozesse geführt werden, um sie überhaupt zu ermöglichen. Aus diesem Grunde legte besonders die ungarische Regierung auf diese Grenzrektifikation Gewicht.

Weiter östlich sollte die Grenze nördlich von Sinaia verlaufen, welches man den Rumänen lassen wollte, weil sich an diesen beliebtesten Sommeraufenthalt der Bukarester Bevölkerung gewisse nationale Empfindungen knüpften.

Von hier aus wandte sich die Grenze so nach dem Norden, daß die Salzgebiete von Slanik und die Erdölterrains von Okna teilweise auf neues ungarisches Gebiet gefallen wären. Endlich sollte die sogenannte Dreiländerecke, die sich im alten Rumänien zwischen Ungarn und der zu Österreich gehörenden Bukowina einschob und in welcher es wertvolle Wäldungen gab, Österreich zufallen. Die letzterwähnten Grenzrektifikationen — mit Ausnahme der in der Dreiländerecke — wurden besonders von der ungarischen Regierung verlangt, weil seit einer 1888 vor-

genommenen freundschaftlichen Grenzrckifikation ungarische Staatsbürger auf rumänischem Gebiet Besitz hatten, in dessen Ausnützung sie von den rumänischen Behörden immer wieder gestört wurden. Aber auch im allgemeinen glaubte die ungarische Regierung sich politisch und parlamentarisch nicht halten zu können, wenn sie nicht im Frieden eine Verbesserung der ungarischen Grenze erreichte.

Obgleich aus den angeführten Gründen die Stellung dieser Grenzforderungen in den Friedensverhandlungen beschlossen wurde, entschied Kaiser Karl dennoch, daß diese unter keinen Umständen ein Hindernis für den Frieden sein dürfen. Diese Weisung erteilte er auch dem Minister des Äußern Grafen Czernin Mitte Februar, bevor dieser sich als österreichisch-ungarischer Verhandlungsbevollmächtigter nach Bukarest begab. *) Graf Czernin war daher entschlossen, an den von militärischer Seite vorgeschlagenen und von ungarischer Seite unterstützten Grenzrckifikationen nur insofern festzuhalten, als dies auf Grund einer loyalen, ein künftiges freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien nicht ausschließenden Verständigung mit Rumänien geschehen könne. Er nahm daher von vornherein in Aussicht, auf alle jene Gebietsabtretungen, welche für Rumänien besonders schmerzhaft wären, zu verzichten und sie nur zu taktischen Zwecken zu Beginn der Verhandlungen in den Vordergrund zu schieben, um die Lage der ungarischen Regierung zu erleichtern und vielleicht auch den rumänischen Unterhändlern durch Fallenlassen wichtiger Forderungen Österreich-Ungarns ein Nachgeben in anderen Fragen zu ermöglichen. Damit ein Zurückweichen von der ursprünglich vorgeschlagenen, nur aus taktischen Gründen erhobenen Grenzforderung im steten Einvernehmen mit der ungarischen Regierung möglich sei, wurde in der Person des Handelsministers Szterényi ein Vertreter der ungarischen Regierung nach Bukarest gebeten. Die österreichische Regierung ließ sich durch den Handelsminister Freiherrn v. Wieser vertreten, der jedoch, entsprechend dem Standpunkt des österreichischen Ministeriums, keinerlei Grenzrckifikation forcierte und gegebenenfalls eher den Verzicht auf diese Forderungen befürwortete.

*) Siehe Telegramm des Grafen Czernin aus Bukarest an den Kaiser und König Karl vom 25. März 1918 und Telegramm des Grafen Demblin an den Grafen Czernin vom 23. Februar 1918.

Den deutschen Stellen waren die Grenzforderungen Österreich-Ungarns anfangs Februar mitgeteilt worden. Sie begegneten auf deutscher Seite wenig Sympathien, wohl weil man fürchtete, daß der Friede durch diese Forderungen zu sehr belastet werde, so daß die Durchsetzung der deutscherseits in Aussicht genommenen Forderungen sich schwierig gestalten würde. Besonders auf militärischer Seite war in Deutschland die Abneigung gegen die Grenzforderungen groß. In den deutschen diplomatischen Kreisen trat man ebenfalls für eine Milderung der österreichisch-ungarischen Forderungen ein, ließ jedoch Österreich-Ungarn auch in dieser Frage die nötige Unterstützung. Für Bulgarien und die Türkei waren diese Forderungen gleichgültig.

2. Während die ungarische Regierung das größte Gewicht auf die Grenzfragen legte und die österreichische Regierung ihr dabei nur unwillig folgte, war bei einer anderen Forderung Österreich-Ungarns das Gegenteil der Fall. Die österreichische Regierung wollte den Friedensschluß mit Rumänien dazu benutzen, um Rumänien in das damals geplante deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsbündnis einzubeziehen, wodurch die österreichische Industrie, indem sie zu dem rumänischen Absatzgebiet leichteren Zugang erhalten hätte, teilweise für jene Benachteiligung entschädigt worden wäre, welche das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland für sie bedeuten konnte. Die ungarische Regierung war jedoch vor Beginn der Bukarester Verhandlungen nicht zu bewegen, einem solchen Wirtschaftsbündnis zuzustimmen, weil sie davon eine Schädigung der ungarischen Landwirtschaft befürchtete. Unmittelbar vor Beginn der Bukarester Verhandlungen wurde versucht, die Zustimmung der ungarischen Regierung dazu zu erlangen, daß wenigstens bedingungsweise für den Fall der Verwirklichung des geplanten Zollbündnisses mit Deutschland ein Wirtschaftsbündnis mit Rumänien ins Auge gefaßt werden könne. Diese Zustimmung war jedoch damals nicht zu erlangen.

Deutschland verhielt sich dieser Forderung gegenüber passiv. Es wollte erst sehen, wie das geplante Wirtschaftsbündnis zwischen den beiden leitenden Mittelmächten beschaffen sein werde, indes wurde diesem Wunsche von deutscher Seite auch kein Widerstand entgegengesetzt. Bulgarien und die Türkei zeigten sich auch in dieser Frage desinteressiert.

3. Selbständige wirtschaftliche Forderungen hatte Österreich-Ungarn im Frieden mit Rumänien nicht in Aussicht genommen. Es war jedoch den österreichisch-ungarischen Friedensunterhändlern schon seit Monaten bekannt, welche Forderungen Deutschland in dieser Hinsicht zu erheben gedachte. Ihre Aufgabe war also darauf beschränkt, darauf zu achten, daß einerseits in diesen wirtschaftlichen Fragen nicht Forderungen erhoben würden, welche den österreichischen und ungarischen Interessen nachteilig sein könnten, und andererseits dahin zu wirken, daß an den Vorteilen, welche Deutschland auf diesem Wege erwürbe, auch die Monarchie entsprechend beteiligt werde.

Außerdem wurde österreichisch-ungarischerseits Gewicht gelegt auf eine die Freiheit der Schifffahrt besser sichernde Regelung der Donaufragen, auf die Unterdrückung der irredentistischen Bewegungen in Rumänien, auf eine Regelung der Judenfrage usw. Das Hauptziel der Politik der Monarchie war jedoch, Rumänien zum dauernden Freund der Monarchie zu machen und zwischen den beiden Staaten abermals eine Situation zu schaffen, wie sie vor dem Kriege auf Grund des Geheimvertrages zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien seit 1884 bestanden hatte.

B. Deutsche Forderungen.

Die Ziele, welche sich die deutschen Unterhändler in den Friedensverhandlungen mit Rumänien steckten, waren vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Die ersten von diesen wurden Österreich-Ungarn bereits im Mai 1917 in den sogenannten Kreuznacher Besprechungen mitgeteilt, in welchen Deutschland die Bedingungen formulierte, unter denen es der sogenannten austropolnischen Lösung seine Zustimmung zu geben bereit war. Unter diesen Bedingungen figurierte unter anderem ein Desinteressement Österreich-Ungarns in der Frage des rumänischen Erdöls und in der Frage der rumänischen Eisenbahnen, ferner gewisse Zugeständnisse in der Donaufrage. Dazu kamen später Pläne auf Abtretung eines Teiles der rumänischen staatlichen Domänen, der Wunsch nach einer Verlängerung der Okkupation Rumäniens durch die Mittelmächte auf fünf Jahre nach dem allgemeinen Frieden, die Forderung eines Wirtschaftsabkommens, durch welches den Mittelmächten die Überschüsse der rumäni-

schen Produktion gesichert werden, Wünsche bezüglich der Handels- und Rechtsverhältnisse usw. Über einen Teil dieser Wünsche haben schon vor Beginn der Bukarester Verhandlungen zwischen den beiden Mächten Besprechungen stattgefunden. Vor Beginn der Verhandlungen von Bukarest war die Lage in diesen Fragen die folgende:

Die wichtigste deutsche Forderung bezog sich auf die rumänischen Erdölterrains. Um diese Forderung zu verstehen, muß man sich die Lage vergegenwärtigen. In den rumänischen Erdölgebieten war in der Zeit vor dem Kriege österreichisches und ungarisches Kapital nicht interessiert; dieses hatte sich mehr dem galizischen Erdölvorkommen zugewendet. Deutscherseits waren in der Ausbeutung der Erdölquellen zwei große Kapitalgruppen — die Deutsche Bank und die Discontogesellschaft — vertreten. Außerdem gab es in Rumänien staatliche Erdölterrains, welche nach der Besetzung von Rumänien von der deutschen Militärverwaltung einer aus den beiden deutschen Hauptinteressenten bestehenden Betriebsgemeinschaft für Kriegsdauer überlassen wurden; ferner Erdölterrains von Angehörigen der den Mittelmächten feindlich gegenübergestandenen Staaten, die unter Zwangsverwaltung gestellt waren; endlich einige Terrains von Angehörigen neutraler Staaten.

Um die staatlichen Terrains entspann sich seit Jahrzehnten ein scharfer Wettbewerb. *) Ihr Umfang betrug mehr als 200.000 ha, von denen die allerdings unzulängliche geologische Erforschung des Gebietes 70.000 ha als ölführend angesehen hatte. Als Rumänien um 1900 in einer schweren Finanzkrise befangen war, tauchte der Gedanke einer Heranziehung der Erdölterrains zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt stark in den Vordergrund. Die Regierungen — liberale und konservative — waren in ihrer Not immer geneigt, sich mit diesem Gedanken zu befassen, die Opposition trat ihm immer auf das schärfste entgegen. Zwischen 1900 und 1905 wurden zahlreiche Projekte zur Ausnützung der staatlichen Terrains verhandelt, an welchen die deutschen Gesellschaften und die Standard Oil Company einen hervorragenden Anteil hatten. Der Gegendruck der öffentlichen Meinung war jedoch so groß, daß nicht bloß keines dieser

*) Eine gute Darstellung dieser Frage findet sich in der Broschüre: «Die Erdölinteressen der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft in Rumänien» von Dr. Friedrich Haase (Berlin, Verlag für Fachliteratur), S. 33 f.

Projekte verwirklicht werden konnte, sondern im Gegenteil eine Reihe von Gesetzen ein förmliches Prohibitivreglement für die Ausbeutung der erdöhlhaltigen Staatsländereien aufstellten, was auch die Entwicklung der deutschen Unternehmungen stark beeinträchtigte. Dabei waren fortwährend Gerüchte im Umlauf, daß man ein förmliches Monopol für Erdöl errichten wolle. Deutscherseits wurden nicht bloß diese Pläne, die nie eine greifbare Gestalt angenommen hatten, als eine Gefahr, sondern auch die rumänische Prohibitivgesetzgebung als eine drückende Fessel empfunden, und man wollte daher den Friedensvertrag benutzen, um die Gefahr endgültig zu beseitigen und die Fessel abzustreifen.

Der erste deutsche Plan, der den österreichisch-ungarischen Unterhändlern noch während der Verhandlungen in Brest-Litowsk mitgeteilt wurde, ging nun dahin, die staatlichen Erdöltrains in Rumänien an Deutschland abtreten zu lassen und diese Bedingung Rumänien im Friedensschluß aufzuerlegen. Österreich-Ungarn sollte eine minimale Beteiligung an der Ausbeutung dieser Terrains erhalten.

In ähnlicher Weise wurde von einer Rumänien auferlegten Abtretung seiner staatlichen Domänen gesprochen. Nähere Auskünfte über die Durchführung dieser Abtretungen sind Österreich-Ungarn nicht erteilt worden.

Ferner wurde der Plan der Überlassung der rumänischen Eisenbahnen an eine unter deutscher Leitung stehende Eisenbahnbetriebsgesellschaft erörtert.

Endlich aber sollte Rumänien verschiedene Hafenplätze und Anlagen an der Donau an Deutschland abtreten.

Österreichisch-ungarischerseits wurde dieses «System der wirtschaftlichen Servitute» aus politischen Gründen von Anfang an bekämpft. Die Monarchie als unmittelbarer Nachbar Rumäniens hatte ein stärkeres Interesse an dauernd freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien als das geographisch fern gelegene Deutschland und daraus ergab sich eine Verschiedenheit in der Rumänien gegenüber zu verfolgenden Politik. Österreich-Ungarn war anhaltend bestrebt, selbst in dem Falle, wenn der Weltkrieg sich zu seinen Gunsten entscheiden würde, in ein freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien zu gelangen, wo — wie sich auch in den Beratungen vor der rumänischen Kriegserklärung zeigte — das Zusammengehen mit den Mittel-

mächten auch Freunde hatte. Man fürchtete also, daß Forderungen, welche Rumänien dauernd belasten und in seiner Bewegungsfreiheit hindern, Institutionen, die sich wie Fremdkörper in das nationale Leben Rumäniens einschoben, eine freundschaftliche Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Monarchie und Rumänien erschweren würden. Daher nahmen die Vertreter Österreich-Ungarns in einer Besprechung am 5. Februar 1918 im Berliner Reichskanzleramt nachdrücklich gegen übermäßige wirtschaftliche Forderungen, die Rumänien gestellt werden könnten, Stellung. Am 16. Februar richtete Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm auch ein persönliches Telegramm, um ihn zu ersuchen, nach dieser Richtung hin dämpfend auf die deutschen Unterhändler einzuwirken. Nebstbei liefen Verhandlungen über die Beteiligung Österreich-Ungarns an jenen wirtschaftlichen Vorteilen, welche Rumänien im Friedensschluß Deutschland zuzugestehen bereit sein werde.

Als die Bukarester Friedensverhandlungen begannen, waren die Forderungen Deutschlands bereits wesentlich herabgesetzt:

1. In der Erdölfrage bestand Deutschland nicht weiter darauf, daß Rumänien die definitive Abtretung der staatlichen Erdölterrains auferlegt werde und begnügte sich damit, die pachtweise Ausnützung dieser Ländereien einer unter ihrem Einfluß stehenden Gesellschaft für die Dauer von 90 Jahren sicherzustellen.

2. In der Eisenbahnfrage hat Deutschland auf den Plan verzichtet, die rumänischen Staatsbahnen einer privaten Betriebsgesellschaft unter deutscher Führung abtreten zu lassen.

3. Die Forderung bezüglich der rumänischen Donauhafenplätze wurde dahin formuliert, daß lediglich die während des Krieges von Deutschland und Österreich-Ungarn geschaffenen Hafeneinrichtungen einer Hafenbetriebsgesellschaft mit rumänischer Majorität übergeben werden.

4. Das geplante Wirtschaftsabkommen endlich wurde auf die Verpflichtung Rumäniens beschränkt, Deutschland und Österreich-Ungarn in den nächsten fünf Jahren alle Getreideüberschüsse zu verkaufen und ihnen für weitere fünf Jahre die Option auf dieselben zuzugestehen.

Die anderen wirtschaftlichen Fragen sind erst während der Verhandlungen aufgetaucht und genauer formuliert worden.

C. Bulgarische Forderungen.

Das Ziel, das die bulgarische Politik in den Bukarester Friedensverhandlungen in erster Reihe verfolgte, war ein territoriales: es bestand in der Erwerbung der ganzen Dobrudscha bis zur Donau.

Nun hatte der am 6. September 1915 zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien abgeschlossene Allianzvertrag, dem auch der deutsch-bulgarische Vertrag entsprach, Bulgarien für den Fall, daß auch Rumänien in den Krieg gegen die Mittelmächte eintreten sollte, nicht die ganze Dobrudscha, sondern bloß die Rückgabe der im rumänisch-bulgarischen Frieden von Bukarest an Rumänien abgetretenen Gebietsteile zugesichert. Für die Zustimmung der verbündeten Mächte zur Angliederung der ganzen Dobrudscha an Bulgarien wurden daher von den einzelnen Mächten Kompensationsforderungen erhoben, und zwar:

1. von Deutschland hauptsächlich Sonderrechte im Hafen von Constantza;

2. von Österreich-Ungarn ein Verzicht Bulgariens auf gewisse, ihm auf Kosten Serbiens in Aussicht gestellte Gebiete im Kreise Negotin (nordöstliches Serbien);

3. von der Türkei die Rückgabe jenes Gebietsteiles bei Adrianopel, den sie im Jahre 1915 an Bulgarien zedierete, um das Bündnis zwischen Bulgarien und den Mittelmächten zu ermöglichen.

In wirtschaftlicher Hinsicht war den Bulgaren am meisten daran gelegen, Rumänien zum Ausbau der Donaubrücke zwischen Giurgiu und Rustschuk zu verhalten.

D. Türkische Forderungen.

Die Türkei hatte in den rumänischen Friedensverhandlungen keine unmittelbaren Ziele. Abgesehen von der eben erwähnten, von Bulgarien verlangten Grenzrektifikation strebte die Türkei lediglich eine ihr günstige finanzielle Abrechnung im Zusammenhange mit der Okkupation Rumäniens an, welche dann auch zustande kam.

5. Der Standpunkt Rumäniens.

Welchen Standpunkt vor Beginn der Verhandlungen Rumänien zu diesen Fragen einnahm, geht aus einer Aufzeichnung gut hervor, welche der spätere rumänische Ministerpräsident

Marghiloman noch vor Beginn der Verhandlungen, Anfang Februar 1918, durch einen ungarischen Abgeordneten (J. Muzsa) dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle zukommen ließ und welche von diesem an das Ministerium des Äußern weitergeleitet wurde.

«Grenzrektifikationen, und seien sie auch ausschließlich militärischer Natur» — heißt es in dieser Aufzeichnung —, «können nicht unabhängig vom sonstigen Inhalt eines Friedensvertrages in Erwägung gezogen werden. Es ist die Gesamtheit der in einem Vertrag geregelten Fragen, welche die zugestandenen Rektifikationen erklären, vielleicht sogar rechtfertigen muß. Selbstverständlich schließt der Begriff der strategischen Grenzrektifikationen jede Grenzberichtigung ökonomischer Natur aus. Auf alle Fälle sind solche Rektifikationen auch durch das Programm der Mittelmächte: ‚Friede ohne Annexionen‘ ausgeschlossen.

Was die Donau betrifft, hat Rumänien die Aufrechterhaltung des freien Verkehrs auf diesem Strome stets sorgfältig beobachtet und es hat auch die für die Schifffahrt nötigen wasser-technischen Arbeiten durchgeführt. Da der Donauverkehr besonders stromaufwärts bestimmt ist, eine große Entwicklung zu nehmen, wird Rumänien seinen Anteil an den Kosten — die wichtigen Arbeiten am Eisernen Tor inbegriffen — gern übernehmen.

In bezug auf die Territorialfragen muß Rumänien alles aufbieten, um die Dobrudscha zu retten, da Constantza sein einziger ständiger Seezufahrtsort ist. Ihm Constantza zu nehmen, hieße ihm eine Lunge zu nehmen. Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß ihm in Beßarabien eine — auch sonst sehr problematische — Kompensation gewährt werden könnte, indem ihm dort die Möglichkeit offensteht, einen Seehafen auszubauen. Die beßarabische Küste ist dazu nicht geeignet, dies zeigt der alte Hafen Ackermann, der immer mehr versandet. Will man, daß Rumänien, sobald es in die Einflußsphäre der Mittelmächte zurückgelangt, ein wirtschaftlicher Faktor mit Kaufkraft und Produktionsfähigkeit bleibe, muß man ihm die Dobrudscha belassen. Geschichtlich war die Dobrudscha niemals bulgarisches Gebiet. Sie wurde zu Beginn des 15. Jahrhunderts von den Türken und rumänischen Fürsten erobert und auf dem Berliner Kongreß den Türken genommen, um den Rumänen gegeben zu

werden. Ethnographisch befinden sich die Bulgaren in der Dobrudscha in einer fast verschwindenden Minderheit, da von 389.000 Einwohnern bloß 51.000 Bulgaren sind. Politisch müßten die der Zukunft bedachten besonnenen Männer es sich überlegen, ob es nicht inkonvenient wäre, wenn alle Wege, die von Mitteleuropa nach Konstantinopel führen, ausschließlich durch das Gebiet eines und desselben Staates, Bulgariens, laufen würden. Die Utopie, an der Linie Cernavoda—Constantza einen Couloir offenzuhalten, welcher internationalisiert werden könnte, hält die nähere Prüfung nicht aus. In einer unruhigen Zeit würden ein Korporal und sechs Bulgaren genügen, um ihn abzubringen.»

Nach einigen Bemerkungen über das beßarabische Problem sagt die Aufzeichnung:

«Da das Regime, das aus dem Kriege entstehen wird, die politischen und wirtschaftlichen Bande zwischen Rumänien und den Mittelmächten fester schmieden wird, werden sich die künftigen Beziehungen zwischen Rumänien und der Ukraine jenen Beziehungen anpassen, die zwischen der Ukraine und den Mittelmächten bestehen werden. Das System der Geheimabkommen, wie es der rumänisch-österreichisch-ungarische Vertrag von 1884 gewesen ist, schadet der Festigkeit dieser Abkommen. Es ist den Nationen verdächtig. Solche Abkommen müssen bekannt und offen zugegeben werden, wodurch die Massen an dem Ehrgefühl, das ihre Einhaltung fordert, mitbeteiligt werden.

Was die ernste Frage der Rumänen in Siebenbürgen betrifft, welche den Stützpunkt der Kampagne für die Einbeziehung Rumäniens in den Krieg gebildet hat, so hat sich keine der konservativen Regierungen, denen ich angehört habe, einer absoluten Respektierung der Souveränität eines jeden Staates entzogen. Nach den letzten Erfahrungen gebietet es die elementarste Klugheit, hieran festzuhalten.

In der Erdölfrage wurden die famosen Monopolprojekte des liberalen Regimes öffentlich nie bestätigt. Für lange Zeit wird davon nicht die Rede sein können und die ausländischen Kapitalisten haben nichts zu befürchten. Die dem Staat gehörigen Ölterrains müssen sorgfältig geschont werden. Sie werden eine der besten Bürgschaften bieten, auf die man zurückgreifen kann, um sich jene Ressourcen zu schaffen, deren man bedürfen wird, um das wirtschaftliche Leben des Landes zu rekonstituieren.»

Die Aufzeichnung Marghilomans setzt sich dann warm dafür ein, daß die Frage des rumänischen Thrones unberührt bleibe und schließt folgendermaßen:

«Was die allgemeinen Beziehungen zur Monarchie betrifft, so gibt es bei uns keine Spur einer Feindschaft. Ich glaube, daß der Friede eine Nation vorfinden wird, die vollkommen geneigt ist, sich ohne jede Anstrengung sofort in die besten Beziehungen mit ihren Nachbarn im Norden einzulassen.»

6. Die einzelnen Verhandlungsphasen.

Aus den bisher geschilderten verschiedenen und teilweise divergierenden Interessen und Bestrebungen der einzelnen Verhandlungsteilnehmer ergab sich in Bukarest ein äußerst verwickeltes Netz teils parallel miteinander laufender, teils einander kreuzender Verhandlungen, über die man einen Überblick bloß gewinnen kann, wenn man die einzelnen Fragen, sowohl diejenigen, die schon zu Beginn der Verhandlungen sich präsentierten und welche im obigen aufgezählt sind, als auch diejenigen, die im Laufe der Verhandlungen auftauchten, voneinander trennt und gesondert ins Auge faßt. Bevor wir aber an diese Aufgabe herantreten, ist es notwendig, den äußeren Verlauf der Verhandlungen und die einzelnen Phasen, in welche sie zerfallen, kurz zu kennzeichnen, da sich im Laufe der Verhandlungen selbst wesentliche Verschiebungen in den verschiedenen Umständen einstellten, welche für den Gang der Verhandlungen von Wichtigkeit waren.

Als erste selbständige Phase der Verhandlungen muß jene Periode bezeichnet werden, die am 5. März mit dem Vorvertrag von Buftea endete. In dieser Phase war ausschließlich von den Gebietsfragen die Rede.

Die zweite Phase der Verhandlungen füllt die Zeit zwischen dem Vorvertrag von Buftea und der Mitte März erfolgten Demission des rumänischen Kabinetts Avarescu, welches die Friedensverhandlungen ursprünglich eingeleitet hatte.

Die dritte Phase beginnt mit der Ernennung des Kabinetts Marghiloman am 15. März und dauert bis zur Paraphierung der Hauptverträge am 25., beziehungsweise 29. März.

Eine vierte Phase, die mit Detailarbeit ausgefüllt ist, setzt nach der Paraphierung der Hauptverträge ein und dauert bis zur

Demission des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Grafen Czernin, die am 14. April erfolgte.

Die fünfte und letzte Phase endlich ist die Zeit, die von da an österreichisch-ungarischerseits unter der Leitung des neuen Ministers des Äußern Baron Burián mit den abschließenden Verhandlungen und Redaktionsarbeiten ausgefüllt war und am 7. Mai mit der Unterzeichnung des Friedens endete.

Die ersten Verhandlungen fanden im Stirbeysehen Schlosse in Buftea statt. Da aber dieses zu entlegen war, einigte man sich dahin, die eigentlichen Verhandlungen im Schlosse Cotroeni bei Bukarest abzuführen. Indes haben nur die feierlichen Sitzungen hier stattgefunden, die eigentlichen Referentenverhandlungen wurden im Bibliotheksaae des rumänischen Domänenministeriums, die politischen Verhandlungen meist in den Wohnungen des deutschen Staatssekretärs v. Kühlmann oder des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Grafen Czernin, beziehungsweise später des Barons Burián geführt.

7. Die Vorverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen begannen in Form einer Besprechung, die im Königschlosse Cotroeni zwischen dem deutschen Staatssekretär v. Kühlmann, dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Grafen Czernin und dem rumänischen Ministerpräsidenten Avarescu am 24. Februar stattfand. *) In dieser Unterredung wurde dem rumänischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß die Mittelmächte von Rumänien die Abtretung der gesamten Dobrudseha und gewisse Grenzrekifikationen zugunsten Österreich-Ungarns, die nicht näher bezeichnet wurden, als Voraussetzung des Friedens betrachten. Avarescu erklärte besonders die Abtretung der Dobrudseha für unannehmbar. Er erklärte, er müsse die Entscheidung dem König anheimstellen und reiste nach Jassy zurück. Er überbrachte dem König auch den Wunsch des Grafen Czernin nach einer persönlichen Begegnung mit dem König, bei dem Czernin seinerzeit als Gesandter akkreditiert war.

Am 27. Februar kam die Begegnung zwischen dem Grafen Czernin und dem König von Rumänien auf der Bahnstation

*) Vgl. Ottokar Czernin: «Im Weltkriege», S. 357.

Rakaeiuni zustande. Der König bezeichnete die Bedingungen der Mittelmächte als furchtbar drückend. Besonders gelte das von der verlangten Abtretung der Dobrudseha. Rumänien brauche den Zugang zum Meer, als Seehafen für das Land käme jedoch nur Constantza in Betracht, das jetzt abgetreten werden solle. Constantza sei die Lunge Rumäniens, ohne die es nicht atmen könne. Graf Czernin versprach, Mittel und Wege zu suchen, um Rumänien die Benützung des Hafens von Constantza im bisherigen Umfang zu ermöglichen. Czernin redete dem König eindringlich zu, die Friedensmöglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Das Land sei nicht widerstandsfähig, es könne zum Frieden gezwungen werden, aber das könne möglicherweise dann ein viel drückenderer Friede sein, der auch die Stellung des Königs und die der Dynastie in Frage stellen könnte. Schließlich verlangte Graf Czernin, daß Rumänien sich binnen 48 Stunden, also bis zum 1. März, abends 7 Uhr, erkläre, ob es zu Verhandlungen auf Grund der mitgeteilten Bedingungen bereit sei. *)

Am 1. März früh traf eine Depesche ein, in welcher König Ferdinand darum bat, einen Bevollmächtigten zu Kaiser Karl schicken zu dürfen, bevor er auf die ihm von Grafen Czernin gestellte Frage eine endgültige Antwort erteilt. Es wurde ihm geantwortet, daß sich während der im Falle einer günstigen Antwort Rumäniens einzuleitenden Verhandlungen eine Möglichkeit zu einem solchen Besuch ergeben werde. Sollte aber die Antwort Rumäniens ablehnend sein, so sei der gewünschte Besuch unmöglich, weil dann der Krieg fort dauere.

Abends vor 7 Uhr traf dann die Verständigung ein, daß Rumänien bereit sei, in die Verhandlungen einzutreten, in der Voraussetzung, daß diese im Geiste gegenseitiger Versöhnlichkeit und gegenseitiger Konzessionen geführt werden sollen. Gleichzeitig wurden auch die rumänischen Unterhändler namhaft gemacht. Da diese Antwort eine Stellungnahme Rumäniens zu den ihm bereits mitgeteilten territorialen Bedingungen vermissen ließ, wurde von seiten der Mittelmächte bis zum Mittag des 2. März eine klare Erklärung darüber verlangt, daß es bereit sei, die Dobrudseha ganz abzutreten und die österreichisch-ungarischen Grenzrektifikationen im Prinzip anzunehmen. Sollte eine vorbehaltlose Erklärung Rumäniens, daß es zu Friedensver-

*) Vgl. Ottokar Czernin: «Im Weltkrieg», S. 359 f.

handlungen auf dieser Basis bereit sei, bis zum Mittag des 2. März nicht eintreffen, so werde der Waffenstillstand mit dreitägiger Frist gekündigt werden. Am nächsten Tage traf — mit einer Verspätung von einigen Stunden, welche zur Folge hatte, daß der Waffenstillstand tatsächlich gekündigt wurde — die zustimmende Antwort Rumäniens ein, worauf dieses aufgefordert wurde, bis zum 5. März, dem Ablauf des Waffenstillstandes, einen Präliminarfrieden zu unterzeichnen, der die von Rumänien angenommenen Forderungen und die Verpflichtung zur Demobilisierung der halben rumänischen Armee enthalten solle. Am 5. März, abends 6 Uhr, wurde denn auch dieser Präliminarfriede in Buftea unterzeichnet.

8. Die Grenzrektifikationen.

Mit dem Vorfrieden von Buftea war die Abtretung der Dobrudscha — ein bulgarisches Interesse — entschieden, aber die österreichisch-ungarischerseits angestrebten Grenzberichtigungen, die bloß «im Prinzip» angenommen wurden, waren den Rumänen nicht einmal bekannt, noch weniger waren sie akzeptiert. In den Einzelheiten wurden die rumänischen Delegierten über sie erst am Mittag des 6. März in einer neuen Besprechung in Buftea aufgeklärt. Graf Czernin motivierte die Grenzforderungen mit der Art und Weise, wie Rumänien die Monarchie vor anderthalb Jahren, sozusagen ohne vorherige Kriegserklärung, überfallen habe. Diese Möglichkeit solle die neue Grenze tunlichst beseitigen. Die rumänischen Unterhändler, Justizminister Argetoianu und General Lupescu, erklärten, daß die gegenwärtige rumänische Regierung keine Verantwortung für die Kriegserklärung trage. Was Österreich-Ungarn verlange, sei mehr als eine Grenzrektifikation. Czernin entgegnete, daß mit dem Auswechseln einer Regierung Geschehenes nicht ungeschehen gemacht werden könne.

Am 7. März wird im Schloß Cotroceni die Besprechung fortgesetzt. Graf Czernin erklärt neuerdings, daß er ohne Grenzrektifikationen, die «ungefähr» den mitgeteilten Vorschlägen entsprechen, einen Frieden nicht schließen könne. Damit ist bereits die österreichisch-ungarischerseits von Anbeginn ins Auge gefaßte Möglichkeit von Zugeständnissen ausgesprochen. Argetoianu erwiderte, was Österreich-Ungarn verlange, sei keine

Grenzrektifikation, sondern eine neue Grenze. Über eine solche zu verhandeln sei er nicht bevollmächtigt. General Lupescu formulierte seine militärischen Einwendungen gegen die vorgeschlagene Grenzlinie. Als er dabei erwähnte, daß es auch andere Mittel gebe, um die militärischen Interessen Österreich-Ungarns zu wahren, fällt ihm Graf Czernin ins Wort: «Sie meinen Verträge», sagte er. «Wir haben sie mit Rumänien gehabt und wir wissen, was sie wert sind.» Schließlich erklären die Rumänen, sie müßten nach Jassy fahren, um Bericht zu erstatten und neue Vollmachten zu holen.

Als es am 15. März zur Fortsetzung der Besprechungen kommt, werden die Verhandlungen bereits mit Marghiloman geführt, der damals bereits zum Ministerpräsidenten bestimmt war und kurz darauf dazu auch ernannt wurde. Mit Marghiloman hatten schon vor seiner Ernennung, die übrigens eine Folge der rumänischerseits in der Unterredung zwischen dem König von Rumänien und dem Grafen Czernin gewonnenen Erkenntnis war, daß ein den Mittelmächten freundlich gesinnter Staatsmann, von dem man eine dauernde freundschaftliche Haltung erwarten kann, einen besseren Frieden erzielen kann, Besprechungen über die Grundlagen des Friedens stattgefunden. In diesen Besprechungen hatte ihm Graf Czernin erklärt, «daß er das Hauptgewicht darauf lege, nach dem Kriege in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zu Rumänien zu kommen und daher von dem Wunsche beseelt sei, die verlangten Abtretungen auf jenes Maß zu reduzieren, welches Rumänien auch seinerseits als erträglich bezeichnen würde.»*) Trotzdem ließen sich die Verhandlungen über diesen Punkt hart an.

Von den verlangten Grenzkorrekturen bewilligt Rumänien erst bloß einen Landstreifen zum Schutze von Czernowitz und die Dreiländerecke, sonst in der Moldau gar nichts, in der Walachei unwesentliche Grenzverschiebungen. Graf Czernin erklärt diesen Standpunkt für unannehmbar und verspricht einen Gegenvorschlag, wobei er von vornherein erklärt, daß er, falls Marghiloman die Kabinettsbildung übernimmt auf die Abtretung der Städte Turn-Severin und Okna verzichten wolle.

Der neue Vorschlag, den Österreich-Ungarn ausarbeitete, reduzierte die ursprünglichen Grenzforderungen auf etwa ein

*) Ottokar Czernin: «Im Weltkriege», S. 361.

Drittel. Die neue Grenze sicherte das Eiserne Tor und zog sich dann zum Schutze Siebenbürgens längs der ganzen südlichen Grenze dieses Landes hin, stellenweise bis zur alten Grenze zurückgehend. Am weitesten ging die neue Grenzlinie im Rotenturmpaß (bis zur Lotrica) und südlich von Kronstadt (bis einschließlich Busteni). In der Moldau sollte bis auf die Dreiländerecke die Grenze die alte bleiben.

Am nächsten Tage macht Marghiloman unmittelbar vor seiner Reise nach Jassy, von der er als Ministerpräsident zurückkehrte, Einwendungen auch gegen diese vorgeschlagene Grenzziehung. Es werden nun einige weitere Zugeständnisse gemacht, insbesondere soll das Bad Slanie bei Rumänien verbleiben und ebenso der Ort Busteni südlich von Kronstadt. Trotzdem kommt auch in der nach der Rückkehr Marghilomans stattgefundenen Konferenz vom 22. März eine Einigung nicht zustande. Endlich, am Palmsonntag, den 24. März, verzichtet Österreich-Ungarn auch auf den Ort Azuga und auf die Hälfte des südlich vom Rotenturmpaß beanspruchten Lotrugebietes. Nun erst erklärt sich Rumänien mit den Grenzrektifikationen einverstanden.

Die an Ungarn und Österreich abgetretenen Gebiete waren durchaus unbevölkert und höchstens im Sommer von Holzarbeitern und Hirten bewohnt. Es war somit die Hoffnung berechtigt, daß sie keine bleibende Benachteiligung des Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien nach sich ziehen würden.

Noch war jedoch die Zustimmung der heimischen Stellen einzuholen. Das Armee-Oberkommando beanständete besonders den Verzicht auf Turn-Severin und auch die ungarische Regierung hätte an einzelnen Punkten zum Schutze einiger empfindlicher Punkte der ungarischen Grenze "gerne weitergehende Grenzkorrekturen gesehen. Es war nötig, die Entscheidung des Kaisers und Königs Karl anzurufen.

«In der Frage der Grenzrektifikationen» — telegraphierte Graf Czernin*) — «sind Schwierigkeiten eingetreten, an denen der Friede mit Rumänien zu scheitern droht. Ich war den von Euer Majestät erhaltenen Befehlen entsprechend bemüht, die Verhandlungen mit den Rumänen über diese Fragen so zu füh-

*) Telegramm des Grafen Czernin an Kaiser und König Karl vom 25. März 1918.

ren, daß die zu erreichenden Grenzrektifikationen das Ergebnis eines freundschaftlichen Einvernehmens mit Rumänien darstellen, keinen Stachel zurücklassen und das Kabinett Marghiloman nicht in eine Lage bringen, welche ihm das Festhalten an einer uns freundschaftlichen Richtung unmöglich machen könnte. Ich glaubte im Geiste Euer Majestät zu handeln, als ich alle Punkte, in welchen eine Nichtberücksichtigung der Bitten Rumäniens bezüglich der Ziehung unserer neuen Grenze in Rumänien das Gefühl einer offenen Wunde erwecken konnte, nach und nach aufgegeben habe. Trotzdem ist es gelungen, unsere Grenzen wesentlich zu verbessern.» Graf Czernin berichtet darauf über die Einwendungen der ungarischen Regierung und erklärt, daß er deren Vertretung nur übernehmen könnte, wenn Se. Majestät dies ihm direkt anbefehlen sollte.

Die Antwort lautete, daß Grenzrektifikationen den Frieden absolut nicht verhindern dürfen. Er billige daher den Standpunkt der ungarischen Regierung nicht und ermächtige den Minister des Äußern, das Kompromiß mit Marghiloman abzuschließen. *) Der brennende Wunsch des Kaisers, zu einem Frieden zu gelangen, der als ein Verständigungsfriede bezeichnet werden konnte, war übrigens während der ganzen Zeit der Verhandlungen über die Grenzrektifikationen klar erkennbar. Für seine Auffassung war die Äußerung charakteristisch, welche er am 7. März vor dem Botschafter Baron Müller, der in des Grafen Czernin Abwesenheit das Ministerium des Äußern leitete, getan hatte: «Wenn ich, um einen Verständigungsfrieden zu erzielen, etwas hergeben muß, so ist mir das lieber als eine gewonnene Schlacht.» **)

9. Die Schiffswerft von Turn-Severin.

Im Zusammenhang mit der Frage der Grenzrektifikationen stand auch die Frage der Schiffswerft von Turn-Severin. Als Österreich-Ungarn die ursprünglich vorgeschlagene Grenzlinie so modifizierte, daß dabei die Stadt Turn-Severin bei Rumänien verbleiben konnte, geschah das ausdrücklich unter der Bedin-

*) Telegramm des Grafen Demblin in Baden an den Grafen Czernin in Bukarest vom 25. März 1918.

**) Telegramm des Ministeriums des Äußern an den Grafen Czernin in Bukarest vom 7. März.

gung, daß gleichzeitig die Werft von Turn-Severin für längere Zeit an Österreich-Ungarn verpachtet werde. Nun, nachdem bezüglich der Grenzrekifikationen eine endgültige Einigung erzielt war, wurde das Abkommen über diesen Pachtvertrag aktuell. Die Verhandlungen darüber fanden am 28. März statt und führten zu einer Einigung. In der hierauf bezüglichen, vorläufig nur paraphierten Abmachung erklärte sich Rumänien bereit, vom Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages an pachtweise, vorläufig auf 30 Jahre, die Werft von Turn-Severin mit allen ihren Anlagen, das Donauufer und das vorliegende Gewässer, soweit es für Anlageplätze in Betracht kommt, endlich das Hinterland dieser Donauuferstrecke bis zum Eisenbahndamm Österreich-Ungarn zu überlassen. Österreich-Ungarn übernimmt die Verpflichtung, als Anerkennungszins für die pachtweise Überlassung Rumänien jährlich 1000 Lei zu zahlen und die Werft niemals an eine andere Macht weiterzuverpachten. Österreich-Ungarn wird ferner das Recht zugestanden, die Donauinseln Simianu, Corbu und Ostrovo Mare zu dem gleichen Zweck und unter den gleichen Bedingungen in Pacht zu nehmen. Die für die Werft bestimmten Materialien und die nach der Monarchie beförderten Erzeugnisse der Werft sollten in Rumänien Zollfreiheit genießen; auch soll die Werft und deren Angestellte keiner Steuer unterworfen werden können, die nicht schon zur Zeit des Abschlusses des Vertrages für rumänische Untertanen bestanden hat.*)

Nachdem dieser Vertrag paraphiert war, trat Deutschland mit dem Wunsch hervor, die Turn-Severiner Werft, in welcher es während des Krieges einen Sonderbetrieb hatte, mitbenützen zu können. Nach langwierigen Verhandlungen einigte man sich am Tage vor dem definitiven Friedensschluß, am 6. Mai, dahin, daß Deutschland seinen Sonderbetrieb in der Werft auflassen, dafür aber ein eigenes Gelände innerhalb des Pachtgebietes zur Schaffung einer eigenen Werft erhalten würde. Österreich-Ungarn sollte dafür eine zehnprozentige Beteiligung an der deutschen Schiffswerft in Giurgiu erhalten.**)

*) Österr.-ungar.-rumänischer Vertrag wegen Pachtung der Werft in Turn-Severin vom 7. Mai 1918.

**) Vereinbarung zwischen der deutschen und österr.-ungar. Regierung, datiert vom 7. Mai 1918.

10. Die Dobrudschafrage.

Die zweite Territorialfrage, welche die Friedenskonferenz in Bukarest viel beschäftigte, war die Frage der Abtretung der Dobrudscha. Obgleich die Frage Rumänien gegenüber eigentlich schon im Präliminarfrieden von Bufta bereinigt war, in dem sich Rumänien verpflichtete, die Dobrudscha bis zur Donau den vier verbündeten Mächten abzutreten, knüpften sich an diese Frage dennoch schwierige Verhandlungen, die sich bis knapp vor Unterzeichnung des Friedensvertrages hinschleppten.

Zunächst traten Meinungsverschiedenheiten darüber zutage, wie der Ausdruck des Präliminarfriedens «bis zur Donau» aufzufassen sei. Am 23. März erhielt die österreichisch-ungarische Delegation von einem Mitglied der bulgarischen Delegation die Verständigung, daß Bulgarien auch das Donaudelta zur Dobrudscha rechne, die erwähnte Bestimmung des Präliminarfriedens also dahin auslege, daß Rumänien auch dieses Donaudelta an die vier verbündeten Mächte abgetreten habe. Die künftige Grenze Bulgariens werde somit nicht der südlichste Donauarm des Deltas, der Sankt-Georgs-Arm, sondern der nördlichste, nämlich der Kiliaarm sein. Österreichisch-ungarischerseits wurde eingewendet, daß der Text des Vorfriedens, laut welchem die Dobrudscha «bis zur Donau» abgetreten werde, keine andere Interpretation zulasse, als daß die Abtretung bis zum Sankt-Georgs-Arm erfolge. Am folgenden Tage fand eine Besprechung der vier Hauptdelegierten der verbündeten Mächte statt, in welcher der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow die bulgarische Auffassung wiederholte. Es trat jedoch bei allen anderen Delegierten die übereinstimmende Auffassung zutage, daß es sich dabei eigentlich um eine neue Forderung handeln würde, die Rumänien zu stellen wäre, und damit wurde der Wunsch Bulgariens abgelehnt. Die Austragung einer ähnlichen Differenz, welche sich auf eine vor dem Donaudelta zwischen den Städten Braila und Tirsowo gelegene Donauinsel bezog, wurde einem Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz übertragen.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen, welche über die Frage der definitiven Zuerkennung der ganzen Dobrudscha an Bulgarien geführt wurden. Da nämlich, wie bereits erwähnt, Bulgarien vertraglich nur einen Teil des von

Rumänien abgetretenen Gebietes und nicht die ganze Dobrudscha beanspruchen konnte, einigte man sich im Vorfrieden von Buftea dahin, die Dobrudscha vorläufig an die vier verbündeten Mächte in ihrer Gesamtheit abtreten zu lassen. In der Zwischenzeit sollten jene Verhandlungen über gewisse Zugeständnisse Bulgariens durchgeführt werden, welche es ermöglicht haben würden, im definitiven Friedenstext die Abtretung der Dobrudscha an Bulgarien allein festzulegen.

Die bulgarischen Delegierten konnten sich mit dieser Regelung schwer abfinden. Sie nahmen gleich nach dem Vorfrieden von Buftea in einer Note dagegen Stellung und drängten auch später in verschiedenen Unterredungen dahin, daß im definitiven Text des Friedensvertrages das Kondominium der vier verbündeten Mächte in der Dobrudscha fallen gelassen werde. Von österreichisch-ungarischer Seite wurde, ebenso wie auch deutscherseits, niemals in Abrede gestellt, daß die Dobrudscha schließlich nur Bulgarien zufallen könne und daß das Kondominium lediglich einen Notbehelf darstelle, mit dessen Hilfe man über jene Zeit hinwegkommen wolle, welche nötig sei, um mit Bulgarien über eine Reihe anderer wichtiger Fragen eine Einigung zu treffen. Sollte diese Einigung noch im Laufe der Friedensverhandlungen möglich sein, so werde die ganze Dobrudscha im Friedensvertrag Bulgarien zuerkannt werden. Wenn nicht, so könne man diese Frage erst gleichzeitig mit anderen wichtigen Territorialfragen später lösen.

Da Bulgarien auf eine definitive Einigung drängte, wurden die Verhandlungen über die als Entgelt für die Auflösung des Kondominiums verlangten Zugeständnisse sofort in Bukarest in Angriff genommen. Deutscherseits wurde die Forderung nach Vorrechten im Hafen von Constantza, österreichisch-ungarischerseits der Wunsch nach Zugeständnissen in dem vertragsmäßig Bulgarien zufallenden Negotiner Kreis des alten Serbien, türkischerseits die Forderung von Grenzrckifikationen im Maritzatale bei Adrianopel zur Diskussion gestellt.

11. Der Hafen von Constantza.

Deutschland hatte seine Zustimmung zur Abtretung der ganzen Dobrudscha an Bulgarien davon abhängig gemacht, daß es in dem einzigen wertvollen Seehafenplatz der Dobrudscha, in Constantza am Schwarzen Meere, gewisse Sondervorrechte er-

halte. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden zwischen Deutschland und Bulgarien direkt geführt, in Österreich-Ungarn war bloß die Tatsache bekannt, und man wußte, daß im Laufe derselben die verschiedensten Möglichkeiten, von einer territorialen Abtretung des Hafenortes an Deutschland bis zur Festlegung gewisser Hafen- und Eisenbahnvorrechte, zur Sprache kamen. Die Bestrebungen Österreich-Ungarns gingen lediglich dahin, die Interessen der Monarchie auch für den Fall des Zustandekommens derartiger Abmachungen sicherzustellen. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Vertreter einigten sich schon in einer internen Konferenz vom 28. Februar dahin, daß an allen Rechten, welche im Hafen von Constantza erlangt werden können, Deutschland und Österreich-Ungarn paritätisch beteiligt sein sollen. Sollte für die Bahn Cernavoda—Constantza eine Betriebsgesellschaft gebildet werden, so werde man in dieser Österreich-Ungarn den gleichen Einfluß anbieten, den Deutschland darin hat.*)

Im übrigen verfolgte Deutschland mit der Erhebung seiner Forderungen auf Constantza in erster Reihe taktische Zwecke, und aus verschiedenen Äußerungen der deutschen Unterhändler ging hervor, daß man auf diese Forderung ganz verzichtet hätte, wenn es um diesen Preis gelungen wäre, Bulgarien für die Bewilligung der von der Türkei verlangten, als durchaus gerechtfertigt empfundenen Grenzberichtigung günstiger zu stimmen.

12. Der Negotiner Kreis.

Von seiten Österreich-Ungarns wurde der Wunsch auf eine Abtretung des sogenannten Negotiner Winkels erhoben. Diese Gegend Serbiens war auf Grund jenes Vertrages, auf Grund dessen Bulgarien sich im Krieg an die Seite der Mittelmächte stellte, als am rechten Ufer der Morawa gelegen, für den Fall eines Sieges Bulgarien zugesprochen. Für Österreich-Ungarn waren bei der Stellung dieser Forderung verschiedene Umstände maßgebend. Zunächst wäre es ein Vorteil gewesen, wenn die unter dem Namen des Eisernen Tores bekannte Donaustrecke in ein und dasselbe Staatsgebiet gefallen wäre,

*) Telegramm des Grafen Czernin aus Bukarest an das Ministerium des Äußern vom 28. Februar 1918.

da der Umstand, daß jedes Ufer einen anderen Territorialherrn hatte, für die Schifffahrt in diesem heiklen Teile der Donau (Stromschnellen) nachteilig war.

Da im Falle dieser Gebietserwerbung durch Ungarn sich das ganze Eiserne Tor auf ungarischem Gebiete befunden hätte, würde dies auch jene Beschwerden gegenstandslos gemacht haben, welche sich darauf richteten, daß der Berliner Vertrag mit der Durchführung der Regulierungsarbeiten am Eisernen Tor Ungarn betraut habe, obgleich schon der Artikel 113 der Wiener Kongreßakte vom Jahre 1815 die Durchführung solcher Regulierungsarbeiten ausschließlich den an dem betreffenden Uferbesitz beteiligten Staaten (in diesem Falle Serbien und Bulgarien) vorbehalten hatte und dieser Grundsatz im Londoner Vertrag vom 13. März 1871 auch bezüglich des Eisernen Tores ausdrücklich wiederholt worden war.

Österreich-Ungarn verfolgte dabei aber auch weitergehende Ziele. Es hatte die Absicht, zwischen den beiden Donauhafenplätzen Dolni Milanovac und Brza Palanka einen Kanal auszubauen, welcher es der Schifffahrt ermöglicht hätte, das Eiserne Tor auf einem kürzeren Wege ganz zu vermeiden. Dieser Kanal hätte jedoch nur gebaut werden können, wenn er ganz auf eigenem Gebiete gelegen gewesen wäre. Endlich hatte Österreich-Ungarn die Absicht, die drei Donauinseln Simianu, Corbu und Ostrovo Mare zu großen Donauhäfen auszubauen, ein Plan, der ebenfalls an die Voraussetzung der unbestrittenen Territorialherrschaft im Negotiner Winkel geknüpft war. Das Gebiet, das Österreich-Ungarn beanspruchte, war südlich im Anfang der Verhandlungen von der Linie Ó-Moldova bis zur Einmündung der Bjela Rieka in den Timok, dann von der Linie Ó-Moldova bis zur Timokmündung und endlich von der Linie Milanovac—Brza Palanka begrenzt. Bulgarien verhielt sich jedoch diesem Wunsche Österreich-Ungarns gegenüber schlechterdings ablehnend.*) Bloß die Möglichkeit wurde zugestanden, daß Bulgarien die Linie Milanovac—Brza Palanka zugestehen werde, wenn es gegebenenfalls das alte Serbien nicht bloß bis zur Morawa, sondern dazu noch eine etwa zehn Kilometer breite Strecke am linken Morawaufer erhalte. Auf dieser Grundlage wollte Österreich-Ungarn eine Einigung nicht herbeiführen, und

*) Telegramme des Grafen Otto Czernin aus Sofia an den Minister des Äußern Grafen Ottokar Czernin vom 9. und 12. März 1918.

schließlich wäre auch Österreich-Ungarn bereit gewesen, diese Forderung fallen zu lassen, wenn Bulgarien zu einer Nachgiebigkeit gegenüber der Türkei zu bewegen gewesen wäre.

13. Die Grenzfragen an der Maritza.

Am schwierigsten gestalteten sich jedoch die Verhandlungen bezüglich der bulgarisch-türkischen Grenze im Maritza-tale. Die Türkei hatte hier an Bulgarien gewisse Zugeständnisse gemacht, um 1915 dessen Eintritt in den Krieg an Seite der Mittelmächte zu erleichtern. Nun, da Bulgarien auf Kosten Rumäniens einen Gebietszuwachs erhalten sollte, welcher über denjenigen, der ursprünglich in Aussicht genommen und vertraglich festgelegt war, noch hinausging, wurde türkischerseits der Wunsch geäußert, das im Maritzaabkommen von 1915 abgetretene Gebiet zurückzuerhalten. Es handelte sich insbesondere darum, daß Karagač, ein Vorort Adrianopels, der sich in bulgarischem Gebiet befand, an die Türkei zurückgegeben werde und daß die türkische Grenze, welche in dieser Gegend — der Gümüldzsina — diesseits der Maritza verlief, um eine entsprechende Strecke jenseits der Maritza verlegt werde. Obgleich aber diese Gebietsfragen von relativ geringer Bedeutung waren, entfaltete Bulgarien gegenüber den türkischen Forderungen den zähesten Widerstand.

Die Versuche, zwischen Bulgaren und Türken einen Ausgleich zu erzielen, wurden während der ganzen Dauer der Bukarester Verhandlungen eifrig fortgesetzt, ohne jedoch zu einem Erfolg zu führen. Am 21. März bezeichnete es der bulgarische Unterhändler Tontschew als die äußerste Möglichkeit, der Türkei das Gebiet bis zur Maritza abzutreten. Da sich die damalige Grenze knapp östlich der Maritza hinzog, war dieses Zugeständnis ein so minimales, daß es auf der von Tontschew mitgebrachten Landkarte gar nicht zu erkennen war, es mußte erst eine in einem größeren Maßstabe gehaltene Karte herbeigeschafft werden. Bezüglich des Vorortes Karagač verhielt sich der bulgarische Unterhändler ablehnend, er hielt an dem status quo fest, nach welchem die Grenze sozusagen Adrianopel selbst durchschneidet, und motivierte diesen Standpunkt damit, daß Bulgarien die Eisenbahnlinie beherrschen müsse, hielt aber an seiner Ablehnung auch fest, als die Idee aufgeworfen wurde, Bulgarien

als Entschädigung eine eigene Eisenbahn auf bulgarischem Gebiete zu erbauen. Denselben schroff=ablehnenden Standpunkt vertrat in Sofia Ministerpräsident Radoslawow. *)

Am Palmsonntag, den 24. März, wurde ein Versuch unternommen, in einer direkten Aussprache zwischen dem bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow und dem türkischen Großvezier Talaat Pascha in Beisein des deutschen Staatssekretärs v. Kühlmann und des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Grafen Czernin ein Kompromiß in dieser Frage herbeizuführen. Die Türkei vertrat ihren Standpunkt mit Billigkeitsgründen, Bulgarien stützte sich auf sein 1915er Vertragsrecht. Graf Czernin trachtete zu vermitteln, indem er zugab, daß die Türkei kein Recht auf das strittige Gebiet habe, aber anderseits darauf hinwies, daß auch Bulgarien kein verbrieftes Recht auf die ganze Dobrudscha besitze, so daß eine Nachgiebigkeit von bulgarischer Seite angezeigt wäre. Die Konferenz endete jedoch ohne Erfolg. Talaat Pascha erklärte, daß er sich ohne Gewährung der verlangten Zugeständnisse nicht halten könne, Radoslawow versicherte, daß er über die Zugeständnisse, die er der Türkei machen würde, zum Falle käme.

14. Endgültige Regelung der Dobrudschafrage.

Infolge dieser Schwierigkeiten verfügte auch der definitive Text des Friedensvertrages, daß die Dobrudscha von Rumänien nicht an Bulgarien, sondern an die verbündeten Mächte in ihrer Gesamtheit abgetreten werde. **) Um neuen Mißverständnissen vorzubeugen, wurde ausdrücklich von einer Abtretung der Dobrudscha «bis zum Sankt=Georgs=Arm» gesprochen. Gleichzeitig wurde Rumänien versprochen, daß es einen gesicherten Handelsweg nach Constantza erhalten werde.

In einem besonderen Protokoll, datiert vom 7. Mai 1918, wurde ausgesprochen, daß die Dobrudscha unter gemeinsame Verwaltung der vier Mächte treten werde, und zwar auf Grund einer in Bukarest von Vertretern der Obersten Heeresleitungen zu treffenden Vereinbarung. Meinungsverschiedenheiten, die sich in diesen Verhandlungen ergeben, sollten vom Generalfeldmarschall v. Mackensen endgültig entschieden werden.

*) Telegramm des Grafen Otto Czernin aus Sofia an den Minister des Äußern Grafen Ottokar Czernin vom 12. März 1918.

**) Art. X des Friedensvertrages.

15. Angliederung Beßarabiens an Rumänien.

Während der Friedensverhandlungen gab Rumänien seinen Entschluß kund, das bis dahin zu Rußland gehörige Beßarabien seinem Gebiete anzugliedern. Für den Fall, daß Rumänien die Zustimmung Österreich-Ungarns zu diesem Akte einholen sollte, wurde schon jetzt ein Gedankenaustausch über die Bedingungen geführt, unter denen Österreich-Ungarn seine Zustimmung zu diesem Landerwerb Rumäniens in Erwägung zu ziehen bereit wäre. Als solche kamen — abgesehen von verschiedenen eisenbahntechnischen Forderungen, die nur für die Kriegszeit Bedeutung hatten — vornehmlich zwei Wünsche in Betracht.

Zunächst bestand das Armeekorpskommando auf Grund der im Kriege gewonnenen Erfahrungen darauf, daß ein Teil des Chotiner Kreises in Beßarabien, etwa bis zu der Linie, welche von Nowosielica bis zu dem Punkte verläuft, an welchem die galizische Grenze den Dnjestr berührt, zum Schutze von Czernowitz mit der Bukowina vereinigt werde. Eine prinzipielle Einwendung gegen diesen Wunsch wurde rumänischerseits nicht erhoben. Die Bevölkerung dieses Gebietes gehörte übrigens auch nicht der rumänischen Nationalität an.

Zweitens wurde österreichisch-ungarischerseits eine Vereinbarung bezüglich der Schifffahrtsverhältnisse am Pruth und Dnjestr angestrebt. Es wurde damit gerechnet, daß im Falle der Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien der Pruth aufhören werde, ein Grenzfluß zu sein. Da in diesem Falle der Pruth, abgesehen von seinem nichtschiffbaren Oberlauf, ausschließlich auf rumänischen Gebiet laufen würde, mußte angenommen werden, daß die Internationale Pruthkommission in ihrer früheren Zusammensetzung nicht mehr bestehen können werde. Dagegen würde die Angliederung Beßarabiens an Rumänien den Dnjestr, der bisher in seinem schiffbaren Teil ein ausschließlich russischer Fluß war, zum Grenzfluß verwandeln, er würde also zu einem internationalen Fluß werden, auf welchem Österreich-Ungarn, schon um seine Interessen im Zusammenhange mit dem geplanten Weichsel-Dnjestr-Kanal zu wahren, ein internationales Regime nach Muster der Pruthkonvention anstrebte. Bezüglich beider Flüsse wurden Abmachungen in Aussicht genommen, laut welchen Rumänien die Verpflichtung übernehmen sollte, für die Schifffbarkeit der Flüsse zu sorgen,

keinerlei die Schifffahrt behindernde Wasserbauten auszuführen, die Freiheit der Schifffahrt auf den Flüssen (auch für Flöße) sicherzustellen, den Kabotageverkehr (Verkehr zwischen den Uferplätzen eines und desselben oder verschiedener Uferstaaten) ohne jede Einschränkung zuzulassen, im Transit keinerlei Durchgangsabgaben einzuhoben, die österreichischen Schiffe mit den eigenen Schiffen und denen der von Rumänien meistbegünstigten Staaten gleich zu behandeln, bezüglich des Abgabenregimes die Grundsätze der neuen Donauakte anzunehmen und endlich das Schifffahrts- und Sanitätsreglement auf der Donau auch auf dem Pruth und Dnjestr einzuführen.

16. Verlängerung der Okkupationsdauer.

Es galt allen Verhandlungsteilnehmern als ausgemacht, daß eine gewisse Kontrolle der Verwaltung des für die Kriegführung der Mittelmächte so wichtigen Rumäniens sich auch nach dem Abschlusse des rumänischen Friedens als notwendig erweisen werde. Meinungsverschiedenheiten gab es jedoch hinsichtlich des Umfanges und der zeitlichen Ausdehnung dieser Kontrollrechte.

Ganz im allgemeinen wurde diese Frage schon in Berlin anläßlich der Besprechung im Reichskanzleramt am 5. Februar berührt, die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Verbündeten begannen jedoch erst in Bukarest am 6. März.

Die deutschen militärischen Vertreter betonten in dieser Konferenz die Notwendigkeit, die bestehende Okkupation Rumäniens jedenfalls bis zum allgemeinen Friedensschluß, eventuell aber auch noch für etwa fünf Jahre darüber hinaus zu verlängern. Das Interesse der Mittelmächte an der rumänischen Getreideaufbringung und an der rumänischen Erdölproduktion besitze vom Standpunkt der weiteren Kriegführung eine so eminente Wichtigkeit, daß man es unbedingt wirksam wahren müsse. Durch Vertragsabmachungen allein sei eine derartige Sicherung der in Rede stehenden Interessen nicht zu erzielen, es sei dazu vielmehr notwendig, die wirkliche Hoheit auszuüben. In jedem anderen Falle werde man über die passive Resistenz Rumäniens nicht hinwegkommen.

Der österreichisch-ungarische Delegierte, Minister Graf Czernin, vertrat demgegenüber eine andere Ansicht. Auch er gab zu, daß es nötig sein werde, gewisse Rechte in Rumänien

bis zum allgemeinen Friedensschluß auch weiter auszuüben, doch könne die bisherige Okkupation wesentlich gemildert werden. Den Einfluß der rumänischen Regierung in der Walachei auch nach dem Frieden mit Rumänien ganz auszuschließen, sei unmöglich. Das Bestreben der Mittelmächte müsse dahin gehen, daß dasjenige, was sie in Rumänien erreichen wollen, auf normalem Wege erreicht werde, durch jene Politiker, die geneigt sind, eine den Mittelmächten freundliche Politik zu verfolgen. Das könne die Interessen der Mittelmächte auch für die Zukunft sichern, die rohe Gewalt könne das nicht. Auf dem anderen Wege erreiche man etwas für zwei Jahre und zahle mit der ganzen Zukunft.

Die deutschen diplomatischen Vertreter suchten zwischen den beiden Standpunkten zu vermitteln, der Eindruck war jedoch der, daß auch sie gegen eine allzu große zeitliche oder sachliche Ausdehnung der Okkupationsgewalt seien.

Als Mitte März Marghiloman seine Regierung bildete, wurde ihm der Standpunkt der deutschen Heeresleitung mitgeteilt. Er erklärte, daß er im Falle der Aufrechterhaltung dieses Standpunktes die Regierung überhaupt nicht übernehmen könne. Um diese Zeit wandte sich auch der über diese Vorgänge unterrichtete Kaiser Karl von neuem an den deutschen Kaiser und bat ihn, seinen Einfluß dahin aufzubieten, daß diese deutsche Forderung gemildert werde. In dem Telegramm befürwortet der Kaiser nachdrücklich eine Politik, welche das Einlenken Rumäniens in die Bahnen einer den Mittelmächten freundlichen Politik ermöglichen würde, und eigenhändig fügte er hinzu: «Meine Monarchie braucht unbedingt an ihren Grenzen ein freundlich gesinntes Rumänien. Ein unterdrücktes Rumänien würde immer ein Herd großrumänischer Agitation bleiben, denn ein Volk läßt sich heute nicht durch Gewalt in seiner nationalen Expansion hindern. Druck erzeugt Gegendruck.»*)

Den deutschen diplomatischen Vertretern gelang es dann, die ursprüngliche Forderung der Heeresleitung auf eine Aufrechterhaltung, beziehungsweise Verlängerung der Okkupation auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen. Die bezüglichen Abmachungen sind im fünften Kapitel des Friedensvertrages ent-

*) Telegramm des Grafen Demblin an den Minister des Äußern Grafen Czernin nach Bukarest vom 16. März 1918.

halten. Es heißt darin, daß die besetzten Gebiete zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkte geräumt werden sollen. Die Stärke des Besatzungsheeres dürfe jedoch sechs Divisionen nicht übersteigen. Obgleich die Okkupationsverwaltung mit ihren bis dahin ausgeübten Befugnissen bis zur Ratifikation des Friedensvertrages bestehen bleiben soll, sei die rumänische Regierung doch schon gleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages befugt, zur Ergänzung des Beamtenkörpers die ihr geeignet erscheinenden Ernennungen und Entlassungen vorzunehmen. Bis zur Räumung der besetzten Gebiete werde den rumänischen Ministerien je ein Zivilbeamter der Okkupationsverwaltung beigegeben werden, um den Übergang der Zivilverwaltung auf die rumänischen Behörden tunlichst zu erleichtern. Auch haben die rumänischen Behörden den Anordnungen zu entsprechen, welche der Befehlshaber des Besatzungsheeres im Interesse der Sicherheit des besetzten Gebietes sowie seiner Truppen für erforderlich hält. Eisenbahnen, Post und Telegraphen bleiben bis auf weiteres in militärischer Verwaltung, werden jedoch der Bevölkerung Rumäniens zur Verfügung gestellt. Die Gerichtsbarkeit wird den rumänischen Gerichten übergeben, nur die Gerichtsbarkeit über die Angehörigen des Besatzungsheeres verbleibt den verbündeten Mächten. Auch strafbare Handlungen gegen das Besatzungsheer werden von dessen Militärgerichtsbarkeit abgeurteilt. Die Rückwanderung aus dem unbesetzten in den besetzten Teil Rumäniens wird in dem Umfange gestattet werden, in welchem die rumänische Regierung den Unterhalt der Rückwanderer durch eine entsprechende Einfuhr von Lebensmitteln in das besetzte Gebiet sicherstellen kann. Das Recht des Besatzungsheeres zur Requisition von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln, Wolle, Vieh und Fleisch aus den Erzeugnissen des Jahres 1918, ferner von Hölzern, Erdöl und Erdölerzeugnissen bleibt bestehen, sonst wird das Besatzungsheer Requisitionen, sei es in Geld, sei es in Naturalien, nach der Ratifikation des Friedensvertrages nicht mehr vornehmen.

In einem besonderen Geheimprotokoll zu diesen Abmachungen verpflichtet sich die rumänische Regierung, die militärischen Transporte in der Moldau und in Besarabien glatt abzuwickeln und den hiezu dienenden Anordnungen des Chefs des deutschen Feldeisenbahnwesens, der sich jedoch sonst einer

Einmischung in die Verwaltung der rumänischen Eisenbahnen enthalten muß, zu entsprechen. Die rumänische Gendarmerie soll schon vor dem Übergange der besetzten Gebiete auf die rumänischen Landesbehörden wiederhergestellt werden. Bei der Ausübung ihres Rechtes, nach Unterzeichnung des Friedensvertrages Beamte zu ernennen und zu entlassen, wird die rumänische Regierung den Wünschen des Oberkommandos des Besetzungsheeres entsprechen, sofern es sich um Personen handelt, die den Interessen der verbündeten Mächte zuwidergehandelt haben oder bei denen nach ihrer politischen Vergangenheit ein Zuwiderhandeln gegen diese Interessen zu besorgen ist. Die den rumänischen Behörden beizugebenden Zivilbeamten sollen Gelegenheit erhalten, sich über die von den Zentralstellen beabsichtigten allgemeinen Anordnungen zu unterrichten und eventuell ihre Bedenken dagegen geltend zu machen.

17. Regelung des Geld- und Zahlungsverkehrs für die Dauer der Okkupation.

Eine besondere Bestimmung des Artikel XVII des Friedensvertrages sah eine spezielle Vereinbarung über die Mitwirkung des Oberkommandos bei der Regelung des Geld- und Zahlungsverkehrs, insbesondere auch bei der Geschäftsführung der Rumänischen Nationalbank (Notenbank) und bei der Zentralkasse der Volksbanken vor. Während im Laufe der Verhandlungen wiederholt von einer Finanzkontrolle über Rumänien gesprochen wurde, sprach das über die Räumungsfragen handelnde Geheimprotokoll bereits aus, daß es sich bei der Regelung des Geld- und Zahlungsverkehrs in erster Reihe um Valutafragen handle und daß die Unabhängigkeit der Finanzgebarung des rumänischen Staates, seiner Distrikte und seiner Kommunen dadurch nicht beeinträchtigt werden solle.

Eine solche Vereinbarung wurde in der rumänischen Finanzkonferenz in Berlin am 8. Juli 1918 entworfen. Sie sprach aus, daß das Oberkommando die Zwangsverwaltungen der Nationalbank und der Zentralkasse der Volksbanken aufheben werde, sobald die Zentralverwaltungen der beiden Institute nach Bukarest zurückgekehrt sind. Ihre Bücher und Vermögenswerte werden ihnen wiedergegeben, letztere auf Grund einer von den Zwangsverwaltern aufzustellenden Rohbilanz, sie müssen indes alle von den Zwangsverwaltern vorgenommenen oder gebilligten

Rechtshandlungen als verbindlich anerkennen. Die landwirtschaftliche Darlehenskasse bei der Rumänischen Nationalbank werde ihre Aktiva und Passiva an eine von der rumänischen Regierung zu bezeichnenden Stelle übergeben, ein eventueller Gewinn fällt jedoch dem Verfügungsrecht des Oberkommandos zu. Dem Kommissär der rumänischen Regierung bei der Nationalbank und bei der Zentralkasse werden bis zur Räumung des Gebietes zwei Zivilbevollmächtigte des Oberkommandos beigegeben, welche zu prüfen haben werden, ob die Beschlüsse und Maßnahmen der beiden Institute mit den vom Oberkommando zu wahren Interessen in Einklang stehen. Ihren Bedenken sei Rechnung zu tragen.

In demselben Abkommen wurde auch die Errichtung einer Devisenzentrale in Bukarest zur Konzentrierung des gesamten Devisenverkehrs Rumäniens in Aussicht genommen. Ihr sollte je ein Kommissär Deutschlands und Österreich-Ungarns beigegeben werden und nur im Einvernehmen mit diesem sollten Devisengeschäfte abgewickelt werden können. Doch verpflichteten sich die Mittelmächte, den nach Lage der internationalen Wechselkursverhältnisse berechtigten Maßnahmen zur Hebung der rumänischen Valuta nicht entgegenzutreten.

18. Das Erdölabkommen und die rumänische Erdölindustrie.

Aus dem wirtschaftlichen Inhalt des Friedensvertrages mit Rumänien hat keine Abmachung zu so viel Schwierigkeiten Anlaß gegeben und so viel Staub aufgewirbelt wie das Erdölabkommen. Das findet seine Erklärung in der Wichtigkeit des rumänischen Petroleums für die Wirtschaft der Mittelmächte. Die rumänische Rohölproduktion war in den letzten Jahrzehnten zu großer Bedeutung gelangt. Sie belief sich vor dem Kriege bereits auf 20 Millionen Meterzentner und die Ausfuhr von Erdölerzeugnissen aus Rumänien betrug mehr als 8 Millionen Meterzentner. Infolge der Kriegssereignisse war die Rohölherzeugung allerdings gesunken, doch war ihr neueres Ansteigen sicher zu erwarten.

Es wurde bereits im Rahmen der Darstellung der Hauptprobleme des Friedensvertrages auf die Gründe hingewiesen, aus welchen gerade Deutschland auf die Forderung der Erwerbung eines starken Einflusses auf die rumänische Petroleumindustrie großes Gewicht legen mußte. Für Österreich-Ungarn hatte diese

Frage schon deshalb geringere Bedeutung, weil die Monarchie in Galizien über eigene Erdölgebiete verfügte, was bei Deutschland nicht der Fall war. Man muß sich auch vergegenwärtigen, daß die rumänische Erdölindustrie durch ausländisches und nicht in letzter Reihe durch deutsches Kapital auf jene Höhe gebracht wurde, welche sie vor dem Kriege erreicht hatte. Von 1850 an, als man das rumänische Erdöl mit vorerst recht primitiven Mitteln (durch Anlegung offener Brunnen) auszubeuten begann, bis um das Jahr 1900, als die in Amerika seit 1859 angewendeten mechanischen Bohrungen auch in Rumänien in größerem Maßstab eingeführt wurden, machte die Erdölindustrie in Rumänien nur langsame Fortschritte.*) Die mechanischen Bohrungen erforderten Kapital, das in Rumänien nicht zu haben war. Ebenso war das Transportwesen in einem desolaten Zustand. Das Öl mußte in Karren zu den Verladeplätzen geführt werden und auch für diese waren die Wege oft unpassierbar. Erst das Eingreifen ausländischen Kapitals schuf hierin Wandel, während sich die rumänische Regierung bis gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts der Erdölindustrie gegenüber ganz passiv verhielt. Endlich erforderte die Errichtung von modernen Raffinerien bedeutende Kapitalien und Fachkenntnisse, die aus dem Ausland herbeigeschafft werden mußten. Als jedoch mit Hilfe des fremden Kapitals die rumänische Erdölindustrie erstarkte, erkannten auch Regierung und Parlament ihre Bedeutung. Sie hielten ihre Hand besonders auf den staatlichen Domänen, um deren Erwerbung sich die kapitalkräftigen ausländischen Unternehmungen vergeblich bemühten. Diese Domänen waren um so verlockender, als sie einen einheitlichen großen Besitz darstellten, während sonst die Besitzverhältnisse auf den erdölführenden Ländereien stark zersplittert waren. Der rumänische Staat verfolgte von ungefähr 1895 an konsequent das Ziel, eine monopolistische Ausgestaltung der Erdölausbeutung zu verhindern und die Staatsterrains als Reserve zu behalten, was ihm mit Hilfe der Prohibitivgesetze von 1905 und 1909 und durch die ausschließliche Beherrschung der Beförderungsmittel auch gelungen ist. Von dem gewonnenen Rohöl wurden bedeutende Abgaben eingehoben, so z. B. auf Grund des Gesetzes von 1905 eine prozentuelle Redevenz von 10 bis 14% der Bruttoproduktion, eine Pacht-

*) Siehe Haases bereits angeführtes Werk.

gebühr von 20 Fres. pro Hektar und eine Gewinnbeteiligung von einem Drittel bis zu einer Hälfte des Reingewinnes. Noch stärker prohibitiv wirkten jedoch andere einschränkende Bestimmungen, die nach dem Gesetze von 1909 (ähnliche waren auch in dem früheren Gesetz enthalten) darin lagen, daß Terrains nur in Parzellen bis zu 30 ha (in einzelnen Bezirken sogar nur bis zu 10 ha) und nur für dreißig Jahre abgegeben wurden; zwischen den einzelnen Konzessionen desselben Interessenten mußte eine Entfernung von mindestens einem Kilometer liegen.

19. Die deutschen Vorschläge.

An diese rumänische Gesetzgebung knüpfte der deutsche Vorschlag zur Regelung der Erdölfrage an. Er paßte sich verschiedenen durch die rumänischen Gesetze geschaffenen Institutionen möglichst an, kehrte diese jedoch in deutschem Interesse um und ergänzte sie besonders mit Bestimmungen über ein Handelsmonopol für Erdölprodukte, dessen Besitzer zum Beherrscher der rumänischen Erdölindustrie werden mußte. Die Vorschläge sind ziemlich unverändert durchgedrungen und hatten in ihrer definitiven Form den folgenden Gedankengang:*)

Die rumänische Regierung wird verpflichtet, das ausschließliche Ausbeuterecht für Erdöl und andere Erdölprodukte auf den staatlichen Terrains, und zwar auch auf jenen, die in den militärisch von den Mittelmächten nicht besetzten Gegenden der Moldau gelegen waren, der unter der Kontrolle des Deutschen Reiches stehenden Ölländereien Pacht-Gesellschaft m. b. H. in Berlin für einen Zeitraum von 30 Jahren zu verpachten. Es wird den Zentralmächten das Recht vorbehalten, die Rechte der Ölländereien Pacht-Gesellschaft später eventuell auf eine andere von ihnen zu bezeichnende Gesellschaft zu übertragen. Der Pachtvertrag muß von der rumänischen Regierung, falls es verlangt wird, zweimal um weitere je 30 Jahre verlängert werden, so daß seine Geltungsdauer eigentlich 90 Jahre betragen sollte. Der 30 jährige Konzessionstermin bedeutete eine Anlehnung an das rumänische Gesetz von 1909, welches ähnliche Konzessionen nur für diese Zeitdauer zuließ, allerdings wurde durch die Verpflichtung zur zweimaligen Verlängerung des Pachtvertrages die

*) Deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänisches Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen. Erster Teil.

Bedeutung dieser Beschränkung wieder aufgehoben. Dagegen sollte der neue Zustand die Beschränkung der Konzessionen auf 30 ha zusammenhängender Parzellen beseitigen und die im Gesetz von 1909 enthaltene Verpflichtung aufheben, laut welcher ein Viertel der Staatsländereien dem rumänischen Staat, ein zweites Viertel den rumänischen Kapitalisten, ein Drittes den bestehenden größeren Gesellschaften in Rumänien reserviert bleiben und nur das letzte Viertel anderen Reflektanten zufallen sollte. Das Kapital der genannten Pachtgesellschaft sollte in Vorzugsaktien mit fünfzigfachem Stimmrecht, die nicht mehr als 8% Dividende erhalten, und aus Stammaktien, auf die der restliche Gewinn verteilt wird, zerfallen — eine Bestimmung, durch welche sich Deutschland und das mit ihm durch ein besonderes, später zu erörterndes Abkommen verbundene Österreich-Ungarn die ausschließliche Beherrschung der Gesellschaft sicherten, denn über die Vorzugaktien sollten Deutschland, Österreich und Ungarn allein verfügen.

Der rumänische Staat sollte für die Überlassung der Pacht der ölführenden Staatsländereien eine Vergütung erhalten, deren Konstruktion sich ebenfalls mehrfach an die ältere rumänische Gesetzgebung anlehnt. Dieser ist insbesondere der Begriff der staatlichen Redevenz entnommen, welche nach dem Marktwert des gewonnenen Rohöls entrichtet werden sollte. Die Höhe dieser Redevenz sollte in den ersten 30 Jahren 8%, in der zweiten 30 jährigen Pachtperiode 9% und in der dritten Periode 10% betragen. (Das rumänische Gesetz von 1905 kannte eine Redevenz von 10 bis 14%.) Zu der Vergütung, die der rumänische Staat erhalten sollte, gehörte weiter die Kapitalsbeteiligung, die ihm bei der neuen Gesellschaft eingeräumt wurde, welche jedoch mit 25% der Stammaktien, die der rumänischen Regierung zum Bezug angeboten werden sollten, begrenzt war. Es war dies eine, vom rumänischen Standpunkt allerdings unzulängliche Anpassung an jenen Grundsatz des rumänischen Gesetzes von 1909, wonach ein Viertel der staatlichen Ländereien dem rumänischen Staat reserviert bleiben sollte. Eine dritte Form der Vergütung, die dem rumänischen Staat zugebilligt wurde, bestand in einem Gewinnanteil des rumänischen Staates an den Erträgen der Pachtgesellschaft. Dieser Gewinnanteil sollte bei einer Dividende von 8 bis 15% mit 25% des den Satz von 8% übersteigenden Mehrbetrages berechnet werden und sollte sich im Falle von

Dividenden, die über 15 % hinausgehen, staffelweise um weitere 5 bis 10 % erhöhen. Endlich sollte dem rumänischen Interesse durch jene Bestimmung entgegengekommen werden, welche der Pachtgesellschaft die an sich nicht schwer zu erfüllende Verpflichtung auferlegte, während der ersten 15 Jahre in je 5 Jahren 100 Sonden anzusetzen und in Betrieb zu halten. Um die Gesellschaft gegen die Gefahr sicherzustellen, daß die rumänische Gesellschaft auf Umwegen ihre Tätigkeit erschwere, sollten besondere Bestimmungen die Rohrleitungen und Bahngleise von Abgaben befreien, es sollte der Gesellschaft auf allen öffentlichen Verkehrseinrichtungen die meistbegünstigte Behandlung zugestanden werden, sie sollte weiter das Recht haben, eigene Verkehrseinrichtungen und Rohrleitungen herzustellen und in Betrieb zu halten, aus den staatlichen Forsten billiges Holz zu beziehen usw. Die Gesellschaft sollte nach deutschem Recht als deutsche Gesellschaft errichtet werden und den im rumänischen Recht für die Zulassung ausländischer Gesellschaften enthaltenen Beschränkungen nicht unterworfen sein.

Die Zwangsliquidationen feindlicher Gesellschaften, die während der Besetzung Rumäniens durchgeführt wurden, sollten von der rumänischen Regierung ausdrücklich anerkannt werden. Die liquidierten Gesellschaften sollten von einer «Erdölindustrie-Anlagen A. G.» übernommen werden, deren Aufbau dem der Ölländereien Pacht-Gesellschaft analog gedacht war.

Die durch diese Abmachungen angebahnte Beherrschung der rumänischen Petroleumindustrie durch Deutschland sollte durch die Einführung eines Handelsmonopols vervollständigt werden, welches einer auf ganz analoge Weise, jedoch nach rumänischem Recht konstruierte, von den Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns noch näher zu bezeichnende Gesellschaft übertragen werden sollte. Auch das Kapital dieser Gesellschaft sollte somit aus Vorzugs- und Stammaktien bestehen, von welchen letzteren der rumänischen Regierung ebenfalls 25 % zum Bezug angeboten werden sollten. Diese Gesellschaft sollte das ausschließliche Recht erhalten, das in ganz Rumänien gewonnene Rohöl zu beziehen und zu verwerten, insbesondere sollte sie allein zur Ausfuhr von Erdöl und Erdöl-erzeugnissen aus Rumänien berechtigt sein. Die rumänische Regierung darf die Ausfuhr nicht beschränken noch verbieten, auch nicht durch Ausfuhrzölle oder sonstige Abgaben erschweren.

Der Übernahmepreis wäre von der Gesellschaft halbjährig festzustellen gewesen. Die Gesellschaft sollte alle für ihren Betrieb notwendigen Rechte erhalten: so die kostenfreie Benützung öffentlicher Wege und Staatsgelände, den Anspruch auf Expropriation von Grundstücken und Anlagen, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf usw. Die Gesellschaft hatte auch das Recht, die Verteilung des Rohproduktes auf die einzelnen Raffinerien vorzunehmen. Die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Raffinerien war ebenfalls von der Genehmigung der Handelsmonopolgesellschaft abhängig gemacht. Auch für die Überlassung des Handelsmonopols war der rumänischen Regierung eine Vergütung zugesichert: für jede Tonne Rohöl, die exportiert wird, sollten der rumänischen Regierung Lei 3.40, für jede Tonne Erdölzeugnisse Lei 4.— vergütet werden. Andere Steuern und Abgaben sollte die Handelsmonopolgesellschaft nicht zu entrichten haben. Der Zeitpunkt der Einführung des Handelsmonopols sollte von den Mittelmächten bestimmt werden; er war der rumänischen Regierung drei Monate vorher zu notifizieren.

20. Beteiligung Österreich-Ungarns am Erdölvertrag.

In Österreich-Ungarn hatte man sich für die Erdölpläne der deutschen Regierung nie besonders erwärmen können. Man befürchtete, daß ein solches Servitut, welches die von der rumänischen öffentlichen Meinung als größter Nationalschatz betrachteten Erdölländereien betraf, zu fortwährenden Reibungen führen und ein freundschaftliches Verhältnis mit Rumänien erschweren werde. Die Besorgnis, daß die kräftige Ausgestaltung der rumänischen Erdölindustrie auf den bis dahin nur unzulänglich exploitierten staatlichen Domänen, die im Falle der Durchführung dieses Abkommens gewiß zu erwarten gewesen wäre, die galizische Erdölproduktion und die Interessen der österreichischen und ungarischen Raffinerien schmälern könnte, spielten dabei auch eine gewisse, wenn auch nicht die entscheidende Rolle. Man kannte das Interesse, das in Rumänien der Erdölfrage in weitesten Kreisen entgegengebracht wurde, aus den parlamentarischen Kämpfen, die über diese Frage seit 1900 in Rumänien entbrannt waren, viel zu gut, als daß man nicht befürchtet hätte, Rumänien werde sich mit einem solchen fremden Pfahl in seinen wirtschaftlichen Körper niemals abfinden. In-

des legte Deutschland gerade auf diese Frage, in der es in erster Reihe interessiert war, da österreichisches und ungarisches Kapital in der rumänischen Erdölindustrie kaum beteiligt war, so großes Gewicht, daß Österreich-Ungarn von dem Augenblick an, in welchem der ursprüngliche Plan auf eigentumsweise Abtretung der staatlichen Ländereien fallen gelassen wurde, seinen weiteren Widerstand gegen das Projekt aufgeben zu müssen glaubte. Von da an war man bestrebt, im Falle der Verwirklichung dieses Vorschlages, der für Deutschland und Österreich-Ungarn eine feste, maßgebende Position in der rumänischen Petroleumindustrie schaffen sollte — was sowohl aus militärischen Gründen als auch für die Versorgung Deutschlands mit Erdölerzeugnissen und der österreichisch-ungarischen Raffinerien mit Rohöl von großer Bedeutung sein mußte —, an den Vorteilen, welche er darbot, teilzunehmen. Deutscherseits wurde das zunächst abgelehnt und der Standpunkt vertreten, die Position in der rumänischen Petroleumindustrie sei der einzige wesentliche Erfolg Deutschlands beim Friedensschluß mit Rumänien und müsse ihm allein überlassen werden. Als Österreich-Ungarn auf einer Beteiligung bestand, machte man Ende Dezember 1917 deutscherseits das Angebot, von den Stammaktien der für die Ausbeutung der staatlichen Petroleumfelder in Rumänien zu gründenden Gesellschaft 10 % Österreich-Ungarn zu überlassen, während die Vorzugsaktien ganz bei Deutschland verbleiben sollten. Abgesehen von der Geringfügigkeit der Beteiligung hätte die eigentümliche Konstruktion der Gesellschaft bei der Annahme dieser Lösung Österreich-Ungarn von jeder tatsächlichen Einflußnahme auf die Gesellschaft, weil diese eben nur auf den Vorzugsaktien beruhte, ganz ausgeschlossen. Es mußte schließlich ein politischer Druck auf Deutschland geübt werden, um eine Verbesserung des deutschen Angebotes durchzusetzen. Die Gelegenheit dazu bot sich am 26. Februar 1918, unmittelbar vor der Begegnung zwischen dem König von Rumänien und dem Grafen Czernin. Dieser sollte in der Unterredung mit dem König erklären, daß die Mittelmächte zur Offensive übergehen werden, wenn Rumänien die ihm gestellten Bedingungen nicht in der kürzesten Zeit annimmt. Graf Czernin erklärte nun, daß er diese Erklärung nicht abgeben könne, sofern in der Petroleumfrage kein Einvernehmen erzielt wird. Diese Erklärung war angesichts des Umstandes, daß da-

mals Österreich-Ungarn doppelt soviel Divisionen gegen Rumänien stehen hatte als Deutschland, so daß eine Offensive von Deutschland allein gar nicht möglich gewesen wäre, von entscheidender Bedeutung. Deutscherseits erklärte man sich bereit, ein neues Angebot zu stellen.

Die entscheidenden Verhandlungen hierüber fanden am 27. und 28. Februar in Bukarest statt. Ihr Ergebnis läßt sich im folgenden schildern:*)

Die geplante Konstruktion der Gesellschaft ließ es nicht zu, daß der Einfluß Österreich-Ungarns durch Beteiligung an dem Besitz von Vorzugsaktien gesichert werde, es sei denn, daß Österreich und Ungarn in Form der Erwerbung von Stammaktien bedeutende staatliche Mittel zu diesem Zweck binden würden. Deshalb willigte Österreich-Ungarn ein, daß die Vorzugsaktien Deutschland belassen werden und trachtete seinen Einfluß dadurch sicherzustellen, daß grundlegende Fragen, ferner Fragen, die österreichisch-ungarische Interessen berühren, endlich die Ernennung der Geschäftsleiter nicht ohne Zustimmung je eines im Einvernehmen mit der österreichischen und der ungarischen Regierung zu ernennenden Kommissars entschieden werden dürfen. Für die Beteiligung an dem finanziellen Gewinn der Gesellschaft ist der Besitz von Stammaktien maßgebend. Von diesen wurden Österreich-Ungarn ein Drittel zugesichert. Von dem nach Abzug des Inlandsbedarfs Rumäniens erübrigenden Rohölquantum wurde Österreich-Ungarn ein Viertel zugesprochen. Bei der Erweiterung der bestehenden oder der Gründung neuer Raffinerien erhielt Österreich-Ungarn ebenfalls eine Beteiligung von einem Viertel zugesichert.**)

Diese zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zustande gekommenen Abmachungen wurden in Deutschland bekämpft und auch in den beteiligten österreichischen und ungarischen Kreisen anfangs als unzulänglich erachtet. In Deutschland fand das Reichswirtschaftsamt, daß durch die Sonderrechte der österreichischen und ungarischen Kommissare die Aktionsfähigkeit der Gesellschaft gehemmt werde. Auch hielt man den Anteil, der Österreich-Ungarn an der Rohölausfuhr zugesichert

*) Telegramm des Grafen Czernin an das Ministerium des Äußern vom 28. Februar 1918.

**) Abkommen über die Beteiligung Österreich-Ungarns und Deutschlands an der rumänischen Petroleumindustrie vom 6. April 1918.

wurde, für zu hoch und meinte, daß es dadurch einen zu starken Einfluß auf die Gestaltung der rumänischen Mineralölwirtschaft erlangen werde. Am 26. März erhielten die deutschen Delegierten eine hierauf bezügliche Instruktion.

Auf österreichisch-ungarischer Seite wieder stieß man sich besonders daran, daß Österreich-Ungarn von den Vorzugsaktien nichts besitzen solle, hielt den 25 %igen Anteil, den Österreich-Ungarn von dem Exportüberschuß Rumäniens erhalten sollte, für zu gering und hatte auch Bedenken dagegen, daß das Abkommen die Erweiterung der bestehenden rumänischen Raffinerien, beziehungsweise die Gründung neuer Raffinerien ermögliche, wodurch die ungarischen und österreichischen Raffinerien in ihrer Tätigkeit eingeschränkt würden. Im Beisein der zu einer neuerlichen Verhandlung dieser Angelegenheit nach Bukarest entsendeten Fachreferenten gelang es jedoch, diese davon zu überzeugen, daß diese Kritik nicht stichhältig ist. *)

Was die Vorzugsaktien betrifft, so wurde darauf hingewiesen, daß diese am Geschäftsgewinn nicht beteiligt seien, ihr Besitzer jedoch den maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft habe. Da Deutschland auf die Majorität keinesfalls verzichten wolle, so würde es, wenn es einen Teil der Vorzugsakten Österreich-Ungarn überließe, einen so großen Anteil an den Stammaktien behalten, beziehungsweise ankaufen, als zur Sicherung der Majorität nötig ist. Österreich-Ungarn hätte unter allen Umständen nur eine Minorität, und müßte, um seine Rechte zu wahren, wahrscheinlich ebenfalls bedeutende Mittel in Stammaktien anlegen. Wenn es sich aber unter allen Umständen mit einer Minorität begnügen müsse, dann sei es vorteilhafter, wenn es den Schutz seiner Interessen durch einen mit Vetorecht ausgestatteten Kommissar sicherzustellen vermöge. Ein solcher Kommissar sichere die österreichischen Interessen wirksamer als beispielsweise der Besitz von 49 % aller Aktien.

Bezüglich des angeblich zu geringen Anteiles an Rohöl, der Österreich-Ungarn zugesichert wurde, mußte darauf hingewiesen werden, daß die 25 %, abweichend von dem ursprünglichen Plan, vom gesamten Exportüberschuß Rumäniens zu rechnen seien, die Produktion der alten deutschen Erdölgesellschaften in

*) Telegramm des Sektionschefs Gustav Gratz an das Ministerium des Äußern vom 5. März 1918.

Rumänien somit dabei mitgerechnet werde. 25 % des gesamten Exportüberschusses seien daher mehr als ein Drittel von den nach Befriedigung des rumänischen Bedarfs übrigbleibenden Produkten der in die neue Gesellschaft einzubringenden Ölländereien.

Was endlich die Erweiterung der rumänischen Raffinerien betrifft, so wurde geltend gemacht, daß Österreich-Ungarn gewiß kein Mittel habe, zu verhindern, daß das auf Deutschland entfallende Rohöl dort raffiniert werde, wo Deutschland dies für gut befindet.

Infolgedessen blieb das später am 6. April tatsächlich unterzeichnete Abkommen über die Beteiligung Österreich-Ungarns und Deutschlands an der rumänischen Petroleumindustrie im Wesen unverändert. Es enthält noch die Bestimmung, daß ein Drittel der von den Besitzern der Vorzugsanteile zu wählenden Aufsichtsrats-, beziehungsweise Verwaltungsratsmitglieder aus von Österreich-Ungarn zu bestimmenden Persönlichkeiten bestehen soll. Je zwei dieser Persönlichkeiten sollen als Kommissare Österreichs und Ungarns bei den betreffenden Gesellschaften bezeichnet werden. Es wurde ferner festgestellt, daß den alten rumänischen Raffinerien, an denen deutsches, österreichisches oder ungarisches Kapital überwiegend beteiligt ist, eine gleichmäßig starke Beschäftigung im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit bei der Verarbeitung des Rohöls gesichert werden solle. Bei Raffinerienerweiterungen oder Neubauten sollen die österreichisch-ungarischen Interessen im Vergleich zu den deutschen Interessen im Verhältnis von 1 : 4 berücksichtigt werden.

21. Die Verhandlungen über das Erdölabkommen.

Die Verhandlungen über das Erdölabkommen wurden ausschließlich von deutscher Seite geführt. Sie wurden beeinflusst durch den Widerstand, dem die deutschen Projekte im Kreise der vor dem Kriege in Rumänien tätig gewesenen deutschen Gesellschaften (Deutsche Bank und Discontogesellschaft) begegneten. Gerade diese beiden Gesellschaften wurden auffallenderweise von der deutschen Regierung in dieser Frage nicht konsultiert, was vielfach den Eindruck erweckte, daß die Projekte zum Teile auch gegen die Position dieser beiden Konzerne in der rumänischen Erdölindustrie gerichtet seien. Es war schon zur Zeit der Friedensverhandlungen in Bukarest bekannt, daß sich

diese beiden Gesellschaften in ausführlichen Eingaben gegen eine Verwirklichung der in Rede stehenden Pläne ausgesprochen haben, die Argumente, mit denen dies geschah, sind jedoch erst später öffentlich bekannt geworden. *)

Mit Rücksicht auf die Gegnerschaft, welche die deutschen Projekte in Deutschland selbst gefunden haben, suchte man deutscherseits die Unterzeichnung des Erdölabkommens zu beschleunigen. Es bestand die Gefahr, daß einzelne deutsche maßgebende Stellen, besonders das Reichswirtschaftsamt, sich die von der Deutschen Bank und der Discontgesellschaft ins Treffen geführten sachlichen und vielfach richtigen Einwendungen zu eigen machen könnten, und deshalb wurde alles daran gesetzt, um möglichst bald einen fertigen Vertrag zustande zu bringen. Daß Ende März eine Anzahl von bis dahin fertiggestellten Verträgen, zu denen auch der Petroleumvertrag gehörte, paraphiert wurden, war hauptsächlich auf diese Erwägung zurückzuführen.

Im letzten Augenblick indes ergaben sich neue Schwierigkeiten. Als man nämlich am 29. März zur Paraphierung der Verträge zusammentrat, erklärte der rumänische Minister des Äußern Arion, daß er zur Paraphierung dieses Übereinkommens wegen dessen auf das Handelsmonopol bezüglichen Bestimmungen auf keinen Fall bereit sei und drohte mit der Demission. Es wurden mehrere Versuche zu einer Beilegung der Schwierigkeiten unternommen, doch stieß jeder von ihnen irgendwo auf ein Hindernis. Schließlich machte man der rumänischen Regierung das Zugeständnis, daß man nach Unterzeichnung des Friedens mit der rumänischen Regierung noch einmal darüber verhandeln wolle, ob sich die in dem Abkommen, beziehungsweise in seinen Bestimmungen über das Handelsmonopol verfolgten Ziele nicht etwa auf einem anderen, für alle Beteiligten günstigeren Wege erreichen ließen. Komme bis zum 1. Dezember 1918 keine andere Einigung zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien zustande, so werde das Monopol so wie es bereits vereinbart wurde in Kraft treten.

Dieser Zusatz genügte allerdings nicht, die Bedenken des rumänischen Ministers des Äußern zu beschwichtigen, der nach wie vor bei seiner Weigerung blieb, das Abkommen zu paraphieren. Dagegen genügte das Zugeständnis, um ihn abzuhalten,

*) Haase a. a. O., S. 128, gibt eine Darstellung dieser Argumente.

aus dem Abkommen Konsequenzen abzuleiten und schon jetzt seine Demission zu geben. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Abkommen bis zum 1. Dezember durch ein anderes ersetzt werden wird, sollte das nicht der Fall sein, werde er dann seine Demission geben.

Um den Frieden nicht an dieser Frage scheitern zu lassen, erklärte sich an Stelle Arions Ministerpräsident Marghiloman zur Paraphierung des Vertrages bereit.

22. Das Wirtschaftsabkommen.

Einer der leitenden Gedanken bei Abschluß des Friedensvertrages war es, den Mittelmächten die Überschüsse der rumänischen Produktion besonders an Lebensmitteln für die Dauer des Krieges und für die ersten Jahre nach Abschluß des Krieges sicherzustellen. Die Bedeutung dieser Frage läßt sich daran ermessen, daß Rumänien vor dem Kriege jährlich durchschnittlich Nahrungsmittel und Rohstoffe im Werte von mehr als 600 Millionen Lei ausführte. Es wurden durchschnittlich 12 Millionen Meterzentner Brotgetreide und 8 Millionen Meterzentner Mais exportiert.

Nur durch die Bezüge von Nahrungsmitteln aus Rumänien war es gelungen, die Katastrophe hintanzuhalten, die im Jänner 1918 die Ernährung Österreich-Ungarns bedrohte. Im Februar und März wurden durchschnittlich täglich 200 bis 250 Waggons Getreide aus Rumänien nach Österreich-Ungarn gesendet. Als im April Deutschland die Rückerstattung des der Monarchie geliehenen Getreides verlangte und die rumänischen Zuschübe auf 90 Waggons pro Tag sanken, weil die Vorräte in Rumänien nicht mehr ausreichten, konnte in Österreich das zur Deckung des dringendsten Bedarfes notwendige Getreide nicht aufgebracht werden. Die Not wurde so groß, daß am 30. April die Regierung die durch Österreich-Ungarn nach Deutschland durchrollenden und schwimmenden rumänischen Maistransporte mit Beschlag belegte. Diese Gewaltmaßregel rief in Berlin große Erregung hervor. Hindenburg protestierte in den heftigsten Worten und Botschafter Hohenlohe meldete, vor völliger Aufklärung dieses Zwischenfalles könne von dem beabsichtigten Besuch Kaiser Karls bei Kaiser Wilhelm, der sich in größter Erregung befinde, nicht die Rede sein.*)

*) Telegramm Hohenlohes an das Ministerium des Äußern vom 6. Mai 1918.

Nach Beilegung des Zwischenfalles wurden die rumänischen Getreidesendungen nach Österreich-Ungarn wieder auf 200 Waggons täglich erhöht, indem Deutschland auf die Rück-erstattung seiner Vorschüsse vorläufig verzichtete.

Es war für die Mittelmächte von größter Wichtigkeit, die Fortsetzung der Lebensmitteltransporte auch nach dem Friedensschluß mit Rumänien zu sichern. Dies geschah durch das Wirtschaftsabkommen.*) In diesem verpflichtete sich Rumänien, in den Jahren 1918—1926 seine Überschüsse an Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln, Vieh und Fleisch, Spinnstoffen und Wolle sowie an Ölsaaten an die Zentralmächte zu liefern. Die Überschüsse der Ernten von 1918 und 1919 wurden von den Zentralmächten angekauft, für die folgenden Jahre behielten sie sich die Option auf die Überschüsse vor. Die Preise wurden für die Ernten 1918 und 1919 festgestellt. Über ihre Höhe fanden langwierige Verhandlungen statt, und schließlich war ihr Ausmaß ein für die rumänische Produktion unter den damaligen Verhältnissen sehr günstiges. Der Weizen und Roggen wurde mit 38 Lei, der Mais mit 29 Lei, Erbsen mit 42, Bohnen mit 47, Leinsaat mit 75 Lei berechnet. Für die folgenden Jahre wurde vereinbart, daß die Preise auf Grund analoger Marktpreise in anderen Ländern durch eine gemeinsame Kommission zu bestimmen seien. Die Feststellung der Mengen, die als «Überschüsse» über den eigenen Bedarf Rumäniens zu betrachten sind, erfolgt auf Grund des Verhältnisses zwischen der rumänischen Produktion und Ausfuhr in den Jahren 1908—1913. Jene Produkte, auf welche Österreich-Ungarn Anspruch erhebt, darf Rumänien nicht nach anderen Staaten ausführen. Auch ist es verpflichtet, für diese Erzeugnisse Ausfuhrverbote zu erlassen.

Bezüglich der Überschüsse an Obst, Wein und an anderen nicht ausdrücklich bezeichneten landwirtschaftlichen Produkten verpflichtete sich Rumänien, diese Erzeugnisse 1918 gleichfalls an die Zentralmächte zu liefern. In den folgenden Jahren wurden für diese Artikel besondere Abmachungen vorbehalten. Die Zentralmächte übernahmen die Verpflichtung, Rumänien nach Möglichkeit landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und andere Betriebsmittel zu liefern.

*) Deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänisches Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen. Zweiter Teil.

Die Abwicklung des Warenverkehrs sollte durch eine rumänische Ausfuhrstelle und eine in Rumänien von Deutschland, Österreich und Ungarn zu errichtende Stelle organisiert werden. Zur Bestreitung der Zahlungsverpflichtungen aus diesem Vertrag erklärten sich die beteiligten Staaten bereit, einander die notwendigen Zahlungsmittel gegen Einräumung von Guthaben in der Währung des anderen Landes zur Verfügung zu stellen, d. h. Rumänien soll den Zentralmächten die für ihre Käufe notwendigen Lei zur Verfügung stellen und erhält dafür ein Mark-, beziehungsweise Kronenguthaben und umgekehrt.

23. Wechselseitige Bereitstellung von Zahlungsmitteln.

In einer Konferenz, die nach Abschluß der Friedensverhandlungen in Berlin mit den rumänischen Finanzdelegierten stattfand, wurde die eben erwähnte Bestimmung des Wirtschaftsabkommens über die wechselseitige Bereitstellung von Zahlungsmitteln auch in den Einzelheiten geregelt. (Abmachungen vom 8. Juli 1918.)

Dieses Abkommen stellt fest, daß die in Zusammenhang mit dem Wirtschaftsabkommen angeforderten Zahlungsmittel von Österreich-Ungarn bei der Österreichisch-ungarischen Bank in Kronen und bei der rumänischen Nationalbank in Lei bereitgestellt werden, doch können beide Banken bei Anforderung der Zahlungsmittel den Nachweis verlangen, daß die Zahlungsmittel zur Bestreitung der mit der Durchführung des Wirtschaftsabkommens zusammenhängenden Zahlungen bestimmt sind. Zum Ausgleich für die in Anspruch genommenen Beträge räumt jeder Staat dem andern ein entsprechendes Guthaben in seiner eigenen Währung — Österreich-Ungarn also in Kronen, Rumänien in Lei — ein.

Außerdem erklärt sich Österreich-Ungarn bereit, Rumänien auf dessen Wunsch jene Kronenbeträge zur Verfügung zu stellen, die es zur Bezahlung des Aufwandes für seine Kriegsgefangenen, für die Erstattung der aus österreichisch-ungarischen Mitteln in Rumänien für öffentliche Arbeiten gemachten Aufwendungen und für den Dienst der in österreichischem oder ungarischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen Rumäniens bedarf. Die unter diesen drei Titeln flüssig gemachten Beträge bilden einen 5%igen Vorschuß, zu dessen Ausgleich Österreich-Ungarn

am 30. Juni 1919 ein Leiguthaben bei der rumänischen Nationalbank erhält. Über dieses kann zur Bezahlung des österreichischen und ungarischen Einfuhrbedarfes aus Rumänien verfügt werden.

Sollte Österreich-Ungarn auch außer Zusammenhang mit dem Wirtschaftsabkommen zur Bestreitung seines Einfuhrbedarfes aus Rumänien Lei benötigen, so wird Rumänien ihm dieselben bei seiner Nationalbank gegen Eröffnung eines entsprechenden Kronenguthabens bei der Österreichisch-ungarischen Bank zur Verfügung stellen.

Für die Kursverrechnung gilt bis Ende Juni 1919 das feste Verhältnis von 100 Lei = 113 Kronen, dann der Leikurs in Wien, beziehungsweise bei größeren Abweichungen die Mitte zwischen der Wiener Leinotierung und der Bukarester Kronennotierung.

Die gegenseitigen Guthaben werden mit 5% verzinst. Am Ende eines jeden Jahres werden die gegenseitigen Guthaben rechnungsmäßig festgestellt. Der Unterschied des Gesamtbetrages der gegenseitigen Guthaben soll jeweils 1500 Millionen Kronen oder deren Gegenwert in Lei nicht übersteigen. Der endgültige Ausgleich der gegenseitigen Guthaben erfolgt innerhalb eines halben Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsabkommens, also spätestens bis zum 31. Dezember 1927.

Falls Rumänien ausländische Zahlungsmittel benötigen sollte, erklärte die Österreichisch-ungarische Bank sich bereit, der rumänischen Regierung bis zur Höhe ihres Guthabens und in Anrechnung auf dasselbe zur Befriedigung notwendiger wirtschaftliche Bedürfnisse nach Möglichkeit Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Bank gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie in der Regel den Wünschen Rumäniens Rechnung tragen können werde, behielt sich jedoch die Prüfung dessen vor, ob sie jeweils die angeforderten Beträge an Devisen aus ihren Beständen abgeben oder den Wünschen Rumäniens in anderer Weise Rechnung tragen könne. Unter allen Umständen erklärte sich die Österreichisch-ungarische Bank bereit, bis zur Höhe von 10% (jedoch bis ein Jahr nach dem allgemeinen Frieden nur 5%) des gesamten, im Laufe des Wirtschaftsabkommens etwa zugunsten Rumäniens sich ergebenden Guthabensaldos in Teilbeträgen, die nicht mehr als 5 Millionen Kronen betragen dürfen, für die eben erwähnten Zwecke Devisen zur Verfügung zu stellen oder zu beschaffen.

24. Wiederherstellung von Friede und Freundschaft.

Bisher wurden jene Spezialvereinbarungen geschildert, welche über einzelne wichtigere Fragen getroffen werden mußten. Außerdem enthalten jedoch die Friedensabmachungen und die sie ergänzenden Zusatzverträge noch eine große Anzahl von Einzelbestimmungen von zum Teil recht erheblicher Tragweite. Sie haben Bezug auf die rechtspolitischen Verhältnisse, auf die Wirtschaftsbeziehungen, ferner auf finanzielle, Eisenbahn- und Schiffsfahrtsfragen.

Der Friedensvertrag erklärt zunächst den Kriegszustand für beendet. Die vertragsschließenden Teile seien bereit, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben (Art. 1).

Im wirtschaftspolitischen Zusatzvertrag wird hinzugefügt, daß mit dem Friedensschluß die Beendigung des Krieges auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet erfolgt. Alle an dem Frieden beteiligten Staaten übernehmen die Verpflichtung, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete abzielen und innerhalb ihrer Staatsgebiete solche Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern (Wirtsch. ZV., Art. 1). Die von den einzelnen Staaten erlassenen Bestimmungen, durch die mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in bezug auf ihre Privatrechte einer besonderen Regelung unterliegen (Kriegsgesetze), treten außer Anwendung (Rechtspol. ZV., Art. 6). Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, werden wiederhergestellt. Ebenso werden die Schuldverhältnisse im allgemeinen wieder anerkannt. Die Verzählungsfristen werden um die Kriegszeit verlängert.

25. Inkrafttreten der alten Verträge.

Die Frage der Wiederinkrafttretung der vor Kriegsausbruch mit Rumänien in Geltung gestandenen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen wurde im Artikel 4 des rechtspolitischen Zusatzvertrages geregelt. Es wurde das Prinzip aufgestellt, daß die Verträge administrativen Inhalts bei der Ratifikation des Friedens ihre Wirksamkeit wiedererlangen.

Bezüglich der politischen Einzelverträge und der Kollektivverträge politischen Inhalts wurde die Frage ihres Wiederauflebens späterer Stellungnahme vorbehalten.

Im Zusammenhang mit diesen Bestimmungen allgemeiner Natur nimmt Artikel 5 speziell Rücksicht auf die Notwendigkeit, den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz auf eine neue vertragsmäßige Basis zu stellen. Es wird daher die Verpflichtung ausgesprochen, sowohl wegen einer Neuregelung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse zwischen Rumänien und beiden Staaten der Monarchie als auch wegen einer vertragsmäßigen Regelung des Urheberschutzes im Verhältnis zwischen Rumänien und Ungarn Vereinbarungen zu treffen. Zwischen Österreich und Rumänien bestand bereits seit 1906 ein Urheberrechtsschutzübereinkommen, das mit der Ratifikation des Vertrages ohnehin wieder in Kraft treten sollte.

26. Unterdrückung irredentistischer Agitationen.

Um das wiederhergestellte freundschaftliche Verhältnis vor einer künftigen Gefährdung zu bewahren, wurde in den Vertrag (Rechtsp. ZV., Art. 15) die Bestimmung aufgenommen, daß die vertragschließenden Parteien auf ihren Gebieten keine Agitation, keine Propaganda und auch keine andere Handlung dulden werden, welche mittelbar oder unmittelbar gegen die Unversehrtheit der Gebiete, die gesetzliche Ordnung, die Sicherheit oder die öffentliche Ruhe des anderen Teiles gerichtet ist. Insbesondere verpflichten sie sich, Vereinen und einzelnen Personen, die eben gekennzeichnete Tätigkeit zu verbieten, das Sammeln und Zuwenden von Spenden und Subventionen für derartige Zwecke zu verhindern, dafür zu sorgen, daß nur solche Schulbücher und Lehrmittel verwendet werden, deren Inhalt gegen diese Bestimmungen nicht verstößt und nötigenfalls auch Strafbestimmungen zur Verhinderung der in diesem Artikel umschriebenen Agitationen innerhalb eines Jahres, von der Ratifikation des Vertrages gerechnet, im Wege der Gesetzgebung beschließen zu lassen.

27. Konsularkonvention.

Seit Jahrzehnten war Österreich-Ungarn bestrebt, seine konsularischen Beziehungen zu Rumänien auf eine feste und moderne Grundlage zu stellen, doch ist dieses Bemühen an der

ablehnenden Haltung Rumäniens stets gescheitert. Nun wurde die Gelegenheit benützt, um sowohl Österreich-Ungarn als auch Rumänien zu verpflichten, binnen Jahresfrist in Verhandlungen einzutreten, um eine solche Konsularkonvention nach dem Vorbilde von gleichartigen, in den letzten Jahren zwischen Österreich-Ungarn und anderen Staaten vereinbarten Verträgen zu schließen.

28. Gleichheit der Konfessionen. Judenfrage.

In Anlehnung an die einschlägigen, bereits im Berliner Vertrag Rumänien auferlegten Verpflichtungen, betreffend die Gleichstellung der Religionsbekenntnisse in Rumänien, wird im Artikel XXVII des Friedensvertrages ausgesprochen, daß den übrigen Kulte dieselbe Freiheit sowie derselbe gesetzliche und behördliche Schutz wie dem rumänisch-orthodoxen Kultus gewährt werde und daß dieses Prinzip der Gleichberechtigung auch hinsichtlich der Errichtung von Pfarreien und Kultusgemeinden sowie der Gründung von Schulen streng eingehalten werden soll. Die Ursache der neuerlichen Festlegung dieses Grundsatzes bildeten die Schwierigkeiten, denen besonders die protestantischen Gemeinden ungarischer Sprache in Bukarest vielfach begegnet waren.

Längere Erörterungen erforderte die Regelung der Judenfrage. Seit mehr als 50 Jahren war die Lage der Juden in Rumänien eine solche, daß sie dauernd die Aufmerksamkeit der leitenden Politiker der europäischen Großmächte auf sich lenkte. Der Gang der Weltereignisse sowie die Gestaltung der inneren Politik Rumäniens führten schließlich zur Formulierung des Artikels 44 des Berliner Kongresses, dessen sinngemäße Durchführung den Klagen über die Rechtlosigkeit und Bedrückung der rumänischen Juden ein Ende gemacht hätte. Trotz der in dieser Akte zum Ausdruck gelangten Willensmeinung der Großmächte verstand es jedoch die rumänische Regierung, im Laufe der darauffolgenden Jahre durch eine Reihe von gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen, meist ohne ausdrückliche Erwähnung der Juden als solcher, Mittel und Wege zu finden, um die Juden von vielen Möglichkeiten des Erwerbs auszuschließen und sie nach wie vor als Fremde zu betrachten. Auch spätere Versuche vermochten in der Lage der rumänischen Juden kei-

nen günstigen Wandel zu schaffen, so blieb z. B. der Schritt, den die amerikanische Unionsregierung in dieser Hinsicht im Jahre 1902 machte, ohne praktisches Ergebnis.

Die Bestrebungen Deutschlands und Österreich-Ungarns waren nun auch in den Bukarester Verhandlungen darauf gerichtet, eine Lösung für diese Frage zu finden. Zu diesem Zweck mußte für die Formulierung der schon in der Berliner Kongreßakte aufgestellten Forderung der Ausstattung der Juden mit vollen staatsbürgerlichen Rechten ein Wortlaut gefunden werden, welcher einerseits den Befürchtungen der rumänischen Regierung, durch eine mit einem Schlage eintretende Masseneinbürgerung der Juden die Zukunft ihres Volkstums dauernd zu schädigen, Rechnung trug, andererseits aber Rumänien doch bestimmte Verpflichtungen nach dieser Richtung auferlegte und eine dilatorische Behandlung oder Außerachtlassung ausschloß. Die erste (deutsche) Formel zur Regelung dieser Frage lautete: «In Rumänien soll die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses keinen Einfluß auf die Rechtsstellung der Einwohner, insbesondere ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben. Dieser Grundsatz wird auch insoweit zur Durchführung gelangen, als es sich um die Einbürgerung der staatenlosen Bevölkerung handelt.» Diese Formulierung erschien jedoch den österreichisch-ungarischen Vertretern viel zu verwaschen und sie befürchteten, daß dieselbe ebenso auf dem Papier bleiben werde wie seinerzeit die Bestimmung der Berliner Kongreßakte. Die rumänische Regierung Marghiloman sah auch die Notwendigkeit ein, nach dem Kriege, in welchem die jüdische Bevölkerung mitgekämpft hatte, gewisse Zugeständnisse an die Juden zu machen. Sie schwankte zwischen einer Fassung, welche allen in Rumänien ansässigen Juden das Bürgerrecht gewährt, und einer Formel, nach welcher alle Juden, deren Eltern schon im Lande ansässig waren (also die zweite Generation), das Bürgerrecht erhalten würden.

Schließlich einigte man sich auf die Formulierung der folgenden, als Artikel XXVIII in den Friedensvertrag aufgenommenen Bestimmung:

«Die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses soll in Rumänien keinen Einfluß auf die Rechtsstellung der Einwohner, insbesondere auf ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben.

Der im Absatz 1 ausgesprochene Grundsatz wird auch insoweit zur Durchführung gebracht werden, als es sich um die Einbürgerung der staatslosen Bevölkerung Rumäniens mit Einschluß der dort bisher als Fremde angesehenen Juden handelt. Zu diesem Zwecke wird in Rumänien bis zur Ratifikation des Friedensvertrages ein Gesetz erlassen werden, wonach jedenfalls alle Staatslosen, die am Kriege, sei es im aktiven Militärdienst, sei es im Hilfsdienst, teilgenommen haben oder die im Lande geboren und dort ansässig sind und von dort geborenen Eltern stammen, ohneweiters als vollberechtigte rumänische Staatsangehörige angesehen werden sollen und sich bei den Gerichten als solche einschreiben lassen können; der Erwerb der rumänischen Staatsangehörigkeit wird sich auch auf die Ehefrauen, die Witwen und die minderjährigen Kinder solcher Personen erstrecken.»

29. Handelsvertrag.

Ein besonderes wirtschaftliches Zusatzabkommen zum Friedensvertrag regelt jene Fragen, die im internationalen Leben in der Regel in Form von Handelsverträgen geregelt zu werden pflegen. Es ist in der Tat ein Handelsvertrag, den Rumänien gleichzeitig mit dem Friedensvertrag abgeschlossen hat. Dieser Vertrag beginnt mit der bereits erwähnten Bestimmung über die Beseitigung der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen und über die künftige Ausschaltung jedes Wirtschaftskrieges. Die vertragschließenden Parteien übernehmen die Verpflichtung, einander in der Beschaffung der notwendigen Güter möglichst keine Schwierigkeiten durch Einführung hoher Eingangszölle zu bereiten.

Der vor dem Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien bestandene Handelsvertrag vom Jahre 1909 wird mit einer Reihe von Änderungen und Ergänzungen wieder in Kraft gesetzt und bis zum Jahre 1930 verlängert. Österreich-Ungarn behält sich jedoch das Recht vor, die Rumänien eingeräumten Vertragszölle vom September 1919 anfangen dreimonatlich zu kündigen.

Diese Bestimmung erfolgte lediglich mit Rücksicht auf das noch nicht definitiv geklärte wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn. Die Regierungen dieser beiden Staaten hatten sich wohl über einen neuen Ausgleich geeinigt, derselbe

war jedoch von den Parlamenten noch nicht genehmigt und konnte auch nicht genehmigt werden, weil man mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß in Zusammenhang mit den Verhandlungen, welche mit Deutschland wegen Abschluß eines Wirtschaftsverbündnisses geführt wurden, noch gewisse Änderungen an einzelnen Ausgleichsbestimmungen unvermeidlich sein würden. Da somit das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn nur provisorisch geregelt war, mußte wenigstens theoretisch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß nach Ablauf des Provisoriums Ungarn eventuell zum selbständigen Zollgebiet werden könnte. Eine Bindung des österreichisch-ungarischen gemeinsamen Zoll- und Wirtschaftsgebietes gegenüber einem fremden Staate hätte dieses Recht illusorisch gemacht. Dadurch daß die Möglichkeit einer dreimonatlichen Kündigung des Vertrages mit Rumänien festgelegt wurde, sollte die freie Hand Ungarns gesichert werden.

Die Einfuhr lebenden Viehs aus Rumänien — in den Zeiten vor dem Krieg mit Rücksicht auf den Widerstand der ungarischen agrarischen Kreise eine schwierige und heikle Frage — wurde bis Ende 1919 zugelassen, die Regelung des Viehverkehrs über diesen Zeitpunkt hinaus einer besonderen späteren Abmachung vorbehalten.

Rumänien übernahm die Verpflichtung, bis zum Jahre 1930 weder die geltenden Vertragszölle noch seine autonomen Zölle zu erhöhen. Rumänischerseits wurde diese Bestimmung mit Rücksicht auf die finanziellen Bedürfnisse des Staates, welche eine Erhöhung der Zölle als notwendig erscheinen lassen können, bekämpft. Um diesen Bedenken Rechnung zu tragen, wurde ihm das Zugeständnis gemacht, daß es im Falle der Kündigung der österreichisch-ungarischen Vertragszölle eine Reihe von Finanzzöllen, die für die österreichisch-ungarische Ausfuhr keine Bedeutung haben oder nur eine geringe Rolle spielen, wie die Zölle auf Kaffee, Tee, Kolonialwaren, Parfümerien usw., in die Höhe setzen könne. Im übrigen waren die rumänischen Zölle für Waren, die auch in Rumänien erzeugt werden, zum Teil sehr hoch, was den Wert ihrer Festlegung bis 1930 verringerte. Doch waren Detailverhandlungen über die einzelnen Zollsätze im Rahmen des Friedensvertrages nicht gut möglich. Auch mußte berücksichtigt werden, daß angesichts des erhöhten Preisniveaus die gleichen Zölle die Einfuhr weniger erschweren würden als

dies vor dem Krieg der Fall war. Endlich fiel ins Gewicht, daß durch das Wirtschaftsabkommen über die Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und durch das Petroleumabkommen für eine starke Steigerung des Verkehrs mit Rumänien ohnehin gesorgt war. Der Abschluß eines neuen Handelsvertrages zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wurde einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Die Bindung der autonomen rumänischen Zölle erfolgte einseitig, während die Zentralmächte die freie Verfügung über ihre autonomen Zölle behielten. Die Meistbegünstigung dagegen wurde gegenseitig gewährt.

Wegen der Gefahr, daß die österreichisch-ungarische Einfuhr durch hohe innere Steuern belastet werden könnte, wurde festgestellt, daß solche Steuern für Artikel, die für Österreich-Ungarn von Wichtigkeit sind, nicht mehr als 10% der Zölle betragen dürfen und daß die Tarifklasse «Metalle und Maschinen» von derartigen Steuern freibleiben müsse.

Rumänien verpflichtete sich schließlich, die Ausfuhrzölle auf Holz und Häute nicht zu erhöhen und Ausfuhrzölle auf Nahrungsmittel und Rohstoffe, die auf Grund des Wirtschaftsabkommens zu liefern sind, nur zu Lasten des Verkäufers einzuhoben. Holz aus den Grenzgebieten sollte bei der Einfuhr in Rumänien provisorisch die gleichen Vorteile genießen wie bisher.

30. Besitzerwerb von Ausländern in Rumänien.

Nach der rumänischen Verfassung konnten Ausländer auf rumänischem Gebiete keinerlei unbewegliches Vermögen erwerben. Diese Bestimmung, die weder in der österreichischen noch in der ungarischen Gesetzgebung ihresgleichen hatte, erschwerte nicht nur die Errichtung von Fabriken in den ländlichen Bezirken Rumäniens, sondern wurde auch von vielen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen, die beispielsweise durch Erbschaft zu rumänischem Grundbesitz gelangt waren, drückend empfunden. Infolgedessen wurde nach längerem Widerstreben der rumänischen Delegierten im Artikel 8 des wirtschaftlichen Zusatzvertrages die Bestimmung durchgesetzt, daß die österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen sowie alle Erwerbsgesellschaften, die nach österreichischem oder ungarischem Recht errichtet sind, das Recht

haben sollen, bewegliches Vermögen jeder Art sowie unbewegliches Vermögen in den Städten zu erwerben, zu besitzen und darüber zu verfügen. In den ländlichen Gemeinden wollten die rumänischen Unterhändler dieses Recht Ausländern nicht in demselben Umfang zugestehen. Es wurde jedoch vereinbart, daß österreichische und ungarische Staatsbürger und Erwerbsgesellschaften berechtigt sein sollen, für Zwecke des Betriebs von Handel, Gewerbe und Verkehrsunternehmungen unbewegliches Vermögen in den ländlichen Gemeinden für eine 30 jährige Frist in Pacht zu nehmen und innerhalb der Pachtzeit darüber zu verfügen. Der zweimaligen Erneuerung dieses Pachtvertrages um je 30 Jahre wird seitens der rumänischen Regierung kein Hindernis bereitet werden. Jenen österreichischen und ungarischen Staatsbürgern, welche in Rumänien Grund und Boden welcher Art immer bereits zur Zeit des Abschlusses des Friedens besessen haben, wird dieses Eigentumsrecht sowohl für ihre Person als auch für ihre Erben uneingeschränkt gemäß den rumänischen Landesgesetzen zugesichert.

Diese Formulierung trägt den Charakter des Kompromisses mit dem rumänischen, den Grunderwerb von Ausländern ausschließenden Standpunkt deutlich an sich. Insbesondere die Worte, daß das Eigentumsrecht nur «gemäß den rumänischen Landesgesetzen» anerkannt wird, nimmt der letzterwähnten Bestimmung jeden Wert.

31. Post- und Telegraphenwesen.

Bezüglich des Post- und Telegraphenwesens war die Einigung leicht. Es wurde einfach ausgesprochen, daß Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen Österreich, Ungarn, Bosnien und der Herzegowina und den von Österreich-Ungarn besetzten Gebieten einerseits und Rumänien anderseits unverzüglich wieder aufgenommen werden.

Beide Teile verpflichteten sich, die für die Wiederaufnahme des wechselseitigen Telegraphen- und Telephonverkehrs erforderlichen Anschlußleitungen auf ihren Gebieten mit möglichster Beschleunigung herzustellen und dauernd in betriebsfähigem Zustand zu erhalten. Besonders gelte dies für die vorher bestandenen unmittelbaren Leitungen Wien—Bukarest und Budapest—Bukarest. Auch verpflichteten sich die vertragschließenden

Staaten, die für den internationalen Verkehr erforderlichen Transitleitungen einander zur Verfügung zu stellen. Bezüglich des funkentelegraphischen Verkehrs wurden besondere Vereinbarungen für später in Aussicht genommen.

32. Beitritt Rumäniens zur Donauakte.

Rumänien hatte die Donauschiffahrtsakte vom Jahre 1857 niemals anerkannt und stützte darauf in den Fragen der Donauschiffahrt eine Politik, die mit der allzu scharfen Betonung des Territorialprinzips und der sich hieraus ergebenden weitgehenden Bevorzugung der nationalen Donauschiffahrt zu einer Reihe von Klagen geführt und ein loyales und gesundes Nebeneinanderarbeiten der einzelnen Schiffahrtsunternehmungen auf dem rumänischen Teile der Donau verhindert hatte. Es war eine der Aufgaben des Friedensschlusses mit Rumänien, nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen.

Die in den Artikeln 108 bis 113 der Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 für die Freiheit der Schiffahrt auf internationalen Strömen aufgestellten Grundsätze wurden bekanntlich durch die Artikel 15 bis 19 des Pariser Friedensvertrages vom 30. März 1856 auf die Donau angewendet. Zur Durchführung dieser Bestimmungen wurde eine aus den Vertretern der Signatarmächte zusammengesetzte internationale Donaukommission eingesetzt, welche in Galatz residierte und deren Wirkungskreis sich nur auf das Mündungsgebiet der Donau beschränkte. Diese Kommission war provisorisch für die Dauer von zwei Jahren eingesetzt worden, ihr Mandat wurde aber immer wieder verlängert und sie blieb bis zum Ausbruch des Krieges in Tätigkeit. Neben dieser Kommission wurde durch den Pariser Vertrag eine Uferstaatenkommission eingesetzt, welche die Freiheit der Donauschiffahrt längs des ganzen Stromes zu überwachen hatte. Diese Uferstaatenkommission hatte die Schiffahrtsakte vom 7. November 1857 ausgearbeitet, welche die kleine Kabotage (die Schiffahrt zwischen den Donauhäfen eines und desselben Staates) den Uferstaaten vorbehielt, den übrigen Staaten bloß die Schiffahrt vom freien Meere aus gestattete und die Nebenflüsse überhaupt nicht erwähnte. Doch setzte sie immerhin die Befreiung der Schiffahrt von verschiedenen Abgaben, Péagetaxen und sonstigen Gebühren fest. Als die Pariser Konferenz vom 16. August 1858 gegen

die Beschränkung der kleinen Kabotage auf den Uferstaat Stellung nahm, machte die Uferstaatenkommission das Zugeständnis, die Zulassung fremder Flaggen zur Kabotage jedem einzelnen Uferstaat freizustellen. In Österreich-Ungarn war diese Schifffahrtsakte anerkannt und in Geltung gesetzt, in Rumänien dagegen nicht. Eine neue internationale Regelung der Donauschifffahrt hat von da angefangen — mit Ausnahme des Mündungsgebietes der Donau — nicht stattgefunden. Mit den Verhältnissen in den Donaumündungen beschäftigten sich zahlreiche internationale Abmachungen. Was die anderen Teile der Donau betrifft, so versuchte zwar die im Februar 1883 in London zusammengetretene Konferenz auch für sie ein internationales Reglement zu schaffen, doch scheiterte diese Absicht gerade an den tiefgehenden Gegensätzen, welche zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zutage traten. Es wurde wohl die Einsetzung einer «Commission mixte du Danube» beschlossen, diese konnte jedoch wegen des heftigen Protestes Rumäniens niemals zusammenkommen. Seither verwaltete jeder Staat sein eigenes Flußgebiet selbständig.

Im Artikel XXIV des Friedensvertrages übernahm nun Rumänien die Verpflichtung, die Donauschifffahrtsakte von 1857 auch auf dem rumänischen Teile der Donau entsprechend anzuwenden. Im übrigen wurde in Aussicht genommen, daß Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei und Rumänien eine neue Donauschifffahrtsakte vereinbaren werden, um die Rechtsverhältnisse auf dem ganzen schiffbaren Teil der Donau einheitlich zu regeln. Verhandlungen über eine solche neue Schifffahrtsakte waren damals zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bereits im Gang. Den späteren Verhandlungen über diese Frage in München wurde auch Rumänien zugezogen.

Bezüglich der bisherigen Donaukommission, deren Wirkungskreis sich bloß auf das Mündungsgebiet der Donau bis Braila erstreckte, wurde festgestellt, daß diese unter dem Namen «Donaumündungskommission» als dauernde Einrichtung mit den früheren Befugnissen aufrechterhalten werden solle. Diese Kommission sollte jedoch in Zukunft nicht mehr aus den Vertretern der Signatarmächte des Pariser Vertrages, sondern bloß aus Vertretern jener Staaten bestehen, die an der Donau oder an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres gelegen sind.

In den Diskussionen, welche dieser Regelung vorhergingen, verursachten zwei Fragen größere Schwierigkeiten.*)

Zunächst verlangte Rumänien, daß an der Donaumündungskommission bloß die Uferstaaten der Donau und höchstens noch die Türkei teilnehmen sollen, während Rußland, beziehungsweise die Ukraine aus der Kommission ausgeschlossen blieben. Österreich-Ungarn war nicht abgeneigt, auf diese Fassung einzugehen, um so mehr als bei der Zulassung aller an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres gelegenen Staaten zur Donaukommission zu befürchten war, daß sich eine größere Anzahl kleinerer Schwarze-Meer-Republiken in der Donaukommission breit machen könnten. Solche Republiken schossen gerade zur Zeit der Bukarester Verhandlungen als ephemere Gebilde auf dem Gebiete des alten russischen Reiches wie Pilze empor. An eine Zulassung der Ukraine zur Donaukommission waren die Mittelmächte deshalb nicht gebunden, weil in den Verhandlungen von Brest-Litowsk der ukrainische Bevollmächtigte Ostapenko den Eintritt der Ukraine in die Donaukommission ausdrücklich abgelehnt hatte. Die deutschen Delegierten nahmen jedoch nach längerem Schwanken für die Einbeziehung der Ukraine in die Donaukommission Stellung, so daß die rumänische Anregung abgelehnt wurde.

Die zweite Differenz bezog sich auf den Wunsch Rumäniens, die Vollmachten der neuen Donaumündungskommission auf eine Dauer von 12 Jahren zu beschränken, während die Mittelmächte sie als dauernde Einrichtung im Sinne des Pariser Vertrages betrachteten. Da die Annahme des rumänischen Standpunktes den durch den Pariser Vertrag und seine späteren Ergänzungen geschaffenen Rechtszustand zugunsten Rumäniens verschoben und zur Folge gehabt hätte, daß nach 1930 Rumänien der unbeschränkte Herr in den Donaumündungen gewesen wäre, wurde auch diese Anregung abgelehnt.

33. Abgabenfreiheit auf der Donau.

Gleichzeitig übernahm Rumänien die Verpflichtung, den Schiffen der anderen vertragsschließenden Teile den freien Verkehr auf dem rumänischen Teile der Donau und in den dazu-

*) Telegramm des Sektionschefs Dr. Gratz aus Bukarest an den Grafen Czernin in Wien vom 1. April 1918.

gehörigen Häfen zu gewährleisten. Es verpflichtete sich auch, von Schiffen und Flößen der vertragschließenden Teile keine Gebühr einzuheben, die sich lediglich auf die Tatsache der Befahrung des Stromes gründet (Friedensvertrag Art. XXIV b).

Auch mit jener von der Donauschiffahrt schwer empfundenen Maßregel mußte aufgeräumt werden, mit welcher Rumänien eine Abgabe von $\frac{1}{2}\%$ auf den Wert der in den Häfen des Königreiches eingeführten oder ausgeführten Waren einhob. Die rumänische Regierung verpflichtete sich, diese Abgabe nach Inkrafttreten der neuen Donauakte und sobald sie gemäß derselben für die Benützung öffentlicher Anstalten, die der Abwicklung des Schiffsverkehrs und der Güterbewegung dienen, Abgaben eingeführt haben wird, spätestens jedoch fünf Jahre nach Ratifikation des Friedensvertrages aufzuheben (Art. XXIV c).

Endlich wurde ausgesprochen, daß die auf der Donau zur Beförderung gelangenden Güter und Flöße aus Anlaß dieser Beförderung einer Verkehrssteuer nicht unterworfen werden sollen (Art. XXIV c).

34. Schiffahrtskonvention.

Der Plan, die auf rumänischem Gebiete gelegenen, während der Okkupation von den Mittelmächten zustande gebrachten Hafeneinrichtungen in eine gemeinsame deutsch-österreichisch-ungarische Hafenbetriebsgesellschaft zu überführen, an welcher auch Rumänien beteiligt werden sollte, wurde wohl intern verhandelt, ist jedoch fallen gelassen worden. Es wurde vereinbart, daß die von Deutschland und Österreich-Ungarn in den rumänischen Donauhäfen während des Krieges geschaffenen Anlagen zur Verbesserung des Hafenbetriebes, einschließlich Eisenbahnanlagen, gegen Erstattung der Kosten an Rumänien übergeben werden (Art. II g.)

Dagegen wurde eine besondere deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänische Schiffahrtskonvention *) geschlossen, in welcher hinsichtlich der Ausübung der Schiffahrt, der Behandlung der Schiffe und ihrer Ladungen und hinsichtlich der Benützung der Schiffahrtszwecken dienenden Anlagen und Einrichtungen Vereinbarungen getroffen wurden.

*) Deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänisches Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen. Dritter Teil.

Diese Konvention sichert den österreichischen und ungarischen, wie übrigens auch den deutschen Schiffen, Schiffahrtsunternehmungen und ihren Angestellten in Rumänien die paritätische Behandlung mit den rumänischen Schiffen, Schiffahrtsunternehmungen und Angestellten oder mit denen eines meistbegünstigten Staates. Alle Begünstigungen, die in Rumänien der nationalen Flagge oder jener der meistbegünstigten Nationen auf der Donau hinsichtlich des Schiffahrtsbetriebes und der Benützung der dem öffentlichen Schiffsverkehr dienenden Anlagen und Anstalten gewährt werden, sollten somit auch den österreichischen und ungarischen Unternehmungen zufallen. Analoge Vorteile einer paritätischen Behandlung mit rumänischen Gütern oder solchen einer meistbegünstigten Nation wurden für die Zukunft auch allen Ladungen auf österreichischen und ungarischen Schiffen sowie allen österreichischen und ungarischen Ladungen auf fremden Schiffen hinsichtlich aller Gebühren und öffentlichen Abgaben sowie auch hinsichtlich der Abfertigung und Behandlung in den rumänischen Häfen, Anlege- und Umschlagplätzen zugesichert.

Den österreichischen und ungarischen Binnenschiffahrtsunternehmungen, welche einen regelmäßigen Personen- und Güterverkehr unterhalten, sicherte Rumänien das Recht, an der Donau pachtweise auf 30 Jahre geeignete Uferstreifen zu erwerben, damit die Unternehmungen hier Magazine und Bureauräume, Anlege- und Niederlageplätze, Lade-, Lösche- und Umschlagvorrichtungen, Reparaturanstalten, Kohlenplätze sowie die für diese Betriebe erforderlichen Geleise herstellen können. Damit war eine der wichtigsten Klagen der österreichischen und ungarischen Schiffahrtsunternehmungen, denen bei der Errichtung von Landungsstellen in Rumänien stets Schwierigkeiten gemacht wurden, aus dem Wege geräumt. Die ursprüngliche Forderung, daß diese Gesellschaften das nötige Gelände auch eigentümlich erwerben können, ließ sich angesichts des Standpunktes der Rumänen, welcher die Erwerbung von unbeweglichem Besitz durch Ausländer nicht zuläßt, nicht durchsetzen.

Auch für die österreichischen und ungarischen Seeschiffahrtsgesellschaften wurden in den Seehäfen Rumäniens für ihre regelmäßigen Linien ständige Anlegeplätze und Magazine gesichert.

35. Die Eisernen-Tor-Gebühren.

Im Laufe der Verhandlungen drückten die rumänischen Delegierten den Wunsch aus, daß das für die Schifffahrt ihrer Ansicht nach hinderliche System, nach welchem Ungarn die Taxen am Eisernen Tor einhob, in dem Sinne abgeändert werde, daß diese Taxen nicht nach der Natur der Waren, sondern nach dem Schiffsraum bemessen werden, so wie dies an den Donaumündungen geschieht.

Ungarischerseits wurde diesbezüglich eine Erklärung zu Protokoll gegeben, welche auch dem Friedensvertrage als Beilage beigegeben wurde. Ungarn verwies darauf, daß die internationalen Verträge, auf Grund deren es die Regulierungsarbeiten am Eisernen Tor durchgeführt hatte und für deren Kosten es sich durch Einhebung von Taxen entschädigen durfte, keinerlei Beschränkung bezüglich der Art und Weise der Bemessung dieser Taxen enthalten. Doch habe die ungarische Regierung die Absicht, den Gebührentarif für die Eiserne-Tor-Strecke nach Rückkehr normaler Verhältnisse einer Revision zu unterziehen. Welches Ausmaß diese Revision haben werde und ob hiebei eine Änderung des bestehenden Systems eintreten soll, müsse die ungarische Regierung sich selbst vorbehalten.

36. Eisenbahnfragen.

Dürftig waren die Abmachungen, die Rumänien gegenüber auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens durchgesetzt werden konnten.*)

Rumänien willigte lediglich ein, die rumänischen Gütertarife im Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr mit der Monarchie für die Dauer des Handelsvertrages (Ende 1930) an die rumänischen Lokaltarifsätze vom 1. Juli 1916, welche als Maximalsätze gelten sollten, zu binden. Auch die indirekte Erhöhung dieser Tarife durch Steuern wurde verboten. Bezüglich der Durchfuhr durch Rumänien und der Tarife für rohes Erdöl und dessen Derivate wurden noch einige weitergehende Tarifbindungen vorgenommen. Angesichts der allgemein steigenden Tendenz der Tarife war das immerhin von einer gewissen Tragweite.

*) Wirtschaftlicher Zusatzvertrag, § 5. — Eisenbahnkonvention zwischen Österreich und Rumänien. — Eisenbahnkonvention zwischen Ungarn und Rumänien.

Als durchsetzbar erwies sich die paritätische Behandlung, welche beide vertragsschließenden Teile einander sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr zusicherten. Allerdings mußte mit Rücksicht auf das bestehende rumänische Industrieförderungsgesetz, welches die sofortige Aufhebung gewisser tarifarischer Spezialbegünstigungen für die Erzeugnisse bestimmter rumänischer Industrieunternehmen ausschloß, eine fünfjährige Übergangsfrist vereinbart werden, während welcher die österreichischen und ungarischen Waren diese Spezialbegünstigung nicht genießen sollten. Der Einfuhr und Durchfuhr der Waren des anderen Teiles wurde beiderseits die Meistbegünstigung zugestanden, die Bestrebungen der österreichischen und ungarischen Unterhändler, wenigstens in diesem Punkte eine einseitige Meistbegünstigung durchzusetzen, blieben erfolglos. Für den Personen- und Güterverkehr waren direkte Tarife vorgesehen. Ferner wurde die Wiederaufnahme Rumäniens in den Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen vereinbart und ein günstiger Personen- und Güterfahrplan beiderseits zugesagt. Günstiger für Österreich-Ungarn waren die Bestimmungen, welche den Ersatz des bei Kriegsausbruch in Rumänien befindlichen Fahrparks betrafen.

Ein wichtiger Wunsch der österreichisch-ungarischen Eisenbahnverwaltungen war der Wunsch, Rumänien zum Eintritt in die Eisenbahnkonvention vom 9. Mai 1883 — die sogenannte *Convention à quatre* — zu bewegen. Diese zwischen Österreich-Ungarn, Bulgarien, Serbien und der Türkei bestandene Konvention enthielt die Grundsätze der Parität, der Meistbegünstigung und der gleichen Einheitssätze bei direkten Tarifen. Ihr Hauptwert lag darin, daß sie unkündbar war. Sie enthielt wohl auch gewisse maximale Tarifsätze — den sogenannten Konventionaltarif —, doch waren die bis zum Ausbruch des Krieges tatsächlich geltenden Tarife niedriger als die Konventionalsätze, was deren praktische Bedeutung herabsetzte. Niedrigere Tarife — die sogenannten Orienttaxen — waren zwischen den an der Konvention teilhabenden vier Staaten in späteren Vereinbarungen, zum letztenmal im Jahre 1909, festgelegt, doch nicht in unkündbarer Form. Österreichisch-ungarischerseits wurden Anstrengungen gemacht, Rumänien sowohl zum Beitritt zur *Convention à quatre* als auch zur Einführung der Orienttaxen vom Jahre 1909 zu bewegen, doch blieben diese Bemühungen ohne Erfolg. Bloß für

den Fall, daß es zur Herstellung einer neuen Eisenbahnverbindung zwischen dem rumänischen und bulgarischen Eisenbahnnetz kommen werde, was nur im Falle einer oberhalb von Cernavoda durchwegs fehlenden Überbrückung der Donau möglich war, verpflichtete sich Rumänien, mit Österreich-Ungarn und den übrigen an der Convention à quatre beteiligten Staaten ebenfalls eine Konvention abzuschließen. Der Eintritt Rumäniens in dieses sowohl tarifarisch als auch sonst bewährte Vertragssystem lag somit auch nach dem Friedensschluß in weiter Ferne.

37. Eisenbahnanschlüsse.

Ebenso erfolglos blieben die Bemühungen der österreichisch-ungarischen Vertreter, den Ausbau gewisser, für den internationalen Verkehr wichtiger neuer Eisenbahnlinien auf rumänischem Gebiete durchzusetzen.

Die eine der Verbindungen, auf welche Österreich-Ungarn Wert gelegt haben würde, war die Verbindung des ungarischen Eisenbahnnetzes durch den südlich von Hermannstadt gelegenen Rotenturmpass mit dem rumänischen Eisenbahnnetz, die den Ausbau einer Eisenbahnlinie in dem gebirgigen Karpathenterrain zwischen Jiblea und Curtea d'Arges erfordert hätte. Diese Verbindung würde die Entfernung zwischen Budapest und Bukarest, die bisher teils über Temesvar-Verciorova, teils über Brasso-Predeal abgewickelt wurde, wesentlich abgekürzt haben. Sie hätte es ferner ermöglicht, auch eine kürzere zweite Verbindung zwischen Budapest und Sofia herzustellen, falls zwischen Giurgiu und Rustschuk eine Brücke über die Donau geschlagen worden wäre. Besonders die bulgarischen Delegierten erhoben mit großem Nachdruck die Forderung, daß Rumänien diese Brücke auf eigene Kosten ausbaue, und lange Zeit hindurch spielte diese Frage in den Verhandlungen eine große Rolle. Rumänien erklärte jedoch, daß es aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sei, sei es die gewünschte Anschlußlinie, sei es die Brücke über die Donau auszubauen, und so mußten diese Forderungen ebenso fallen gelassen werden, wie die österreichische Forderung nach einem Ausbau einer neuen Bahnlinie, welche, von Jassy ausgehend, es ermöglicht hätte, die Distanz zwischen Wien und Odessa abzukürzen und eine direkte Verbindung zwischen diesen beiden Orten herzustellen.

38. Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Vereinbarungen.

Es muß auffallen, daß die wirtschaftlichen Vereinbarungen in ihrem ganzen Inhalt nur einen geringen Bruchteil dessen enthielten, was die beteiligten Wirtschaftskreise in den Mittelmächten von ihnen erwarteten. Die rumänischen Delegierten hatten die weitesten Möglichkeiten, die ihnen als unannehmbar scheinenden Forderungen nicht nur zu bekämpfen, sondern auch abzulehnen, und wenn sie konsequent bei ihrer Weigerung blieben, so wußten sie ihren ablehnenden Standpunkt in der Regel auch durchzusetzen. Auf diese Verhandlungsweise, die mehr an Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen gleichgestellten Staaten als an eine Friedensverhandlung zwischen Sieger und Besiegtem erinnerte, ist es zurückzuführen, daß zahlreiche Bestimmungen des Friedensvertrages, so z. B. fast die ganzen Eisenbahnbestimmungen, die Regelung der Schifffahrtsfragen, die Ermöglichung des Erwerbs unbeweglichen Eigentums durch Ausländer usw., in Form von Kompromissen geregelt wurden, die vom österreichisch-ungarischen Standpunkt aus betrachtet absolut unzulänglich waren.

Die Ursache der Unzulänglichkeit dieser Bestimmungen lag in dem festen Entschluß der österreichisch-ungarischen Leiter der Verhandlungen, daß der Friede mit Rumänien ein Verständigungsfriede sein müsse. Zu Beginn der Verhandlungen war es notwendig, einigemal ein Ultimatum zu stellen, um besonders die Abtretung der Dobrudscha durchzusetzen, ohne welche ein Ausspringen Bulgariens aus dem Kriege zu befürchten war, und um die Möglichkeit von Friedensverhandlungen überhaupt zu sichern. Als aber einmal die Hauptpunkte durchgesetzt waren, wollte man zu den Mitteln des Friedensdiktates, so sehr dies auch in der gegebenen Sachlage möglich und denkbar gewesen wäre, nicht mehr greifen. Es ist im Laufe der Verhandlungen der Gedanke aufgetaucht, die Punkte, in welchen die Stellungnahme der Rumänen eine unbefriedigende war, zusammenzufassen und dann die österreichisch-ungarischen Vorschläge im Wege eines Ultimatums in ihrer Gesamtheit durchzusetzen. Das wäre möglich gewesen und der Weg hätte auch ohne Zweifel zum Ziele geführt. Nach reiflicher Prüfung wurde aber auf jeden solchen Versuch verzichtet. Man wollte einen Verständigungsfrieden und hielt an diesem Ziele fest, auf die

Gefahr hin, daß in diesem Falle eine sich vielleicht nie mehr wiederholende Gelegenheit versäumt werde, Rumänien auf dem Gebiete der Schifffahrt, der Behandlung des Eigentums der Ausländer, des Eisenbahnwesens usw. Grundsätze aufzuzwingen, die in Österreich-Ungarn als etwas Selbstverständliches galten und auch den Rumänen gegenüber auf österreichischem und ungarischem Gebiete angewendet wurden.

Wahrscheinlich hätten Österreich und Ungarn diese auf einen Verständnisfrieden gerichtete und jedes Diktat vermeidende Politik unter allen Umständen verfolgt. Gewiß trat daneben aber auch die Erwägung zutage, daß man mit Rumänien keinen Frieden schließen dürfe, welcher es verhindere, daß die Monarchie mit diesem Lande, mit welchem es immer auch viele übereinstimmende Interessen hatte, abermals in ein freundschaftliches Verhältnis treten könne. Dieses Ziel wurde niemals aus den Augen verloren, lieber wollte man sich in der Heimat dem Vorwurf aussetzen, der auch tatsächlich erhoben wurde, daß Österreich-Ungarn seine Stellung als Sieger nicht genügend ausgenützt habe. Man mußte sich also damit begnügen, was ohne den Zwang eines Ultimatus, ohne Drohung mit der Gewalt des Stärkeren, in unermüdlichen Verhandlungen den rumänischen Delegierten abzuhandeln war. Daß Rumänien in jener Zeit einen Ministerpräsidenten hatte, von dessen loyaler Gesinnung die Mittelmächte überzeugt waren und der durch Nachgiebigkeit am rechten Orte einem Ultimatum, dort wo es wirklich drohte, auszuweichen wußte, hat die Verfolgung dieser Politik gewiß wesentlich erleichtert.

39. Anerkennung der neuen Leinoten.

Auf die finanziellen Bestimmungen der Friedensvereinbarungen übergehend, ist zunächst die Verpflichtung Rumäniens auf Anerkennung, Einziehung und Auswechslung der auf Weisung der deutschen Militärverwaltung durch die Banca Generala Romana ausgegebenen Leinoten, der sogenannten «neuen» oder «deutschen» Lei, zu erwähnen (Rechtspol. ZV., Art. 3).

Nach der Besetzung Rumäniens wurden zur Beschaffung eines Teiles der Zahlungsmittel für den Aufwand des Besetzungsheeres und der Landesverwaltung sowie zur Begleichung des Anschaffungspreises der für die Armee und für das Hinterland in Rumänien requirierten Nahrungs- und Futtermittel, Mineralöle

und Rohstoffe von der Banea Generala Romana neue Leinoten emittiert, deren Betrag zur Zeit der Friedensverhandlungen die Summe von einer Milliarde überstieg. Als Deckung für diese neuen Leinoten dienten Mark- und Kronenbeträge, welche die Mittelmächte in Berlin erlegt hatten. Der Friedensvertrag legte nunmehr Rumänien die Verpflichtung auf, diese Leinoten aus eigenen Mitteln gegen Noten der rumänischen Nationalbank oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel einzulösen, wodurch die in Berlin als Deckung für die Banea-Generalanoten erliegenden Mark- und Kronendepots frei wurden. Auf diesem Wege leistete Rumänien Ersatz für die Kosten der Okkupation und entsprach dadurch einem in der Haager Landkriegsordnung aufgestellten Grundsatz.

Die rumänische Nationalbank verfügte jedoch in Berlin außerdem noch über bedeutende Markguthaben und Golddepots, die aus jenen Getreidekäufen herrührten, welche Deutschland und Österreich-Ungarn noch vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg in den Jahren 1915 und 1916 in Rumänien getätigt hatten. Für diese Guthaben wurde nach der rumänischen Kriegserklärung ein Zwangsverwalter eingesetzt, welcher einen Teil der Markguthaben als Deckung für die neuen Lei verwendete und auch über das Golddepot disponierte. Diese Anordnungen wurden nun (Art. 18 des Rechtsp. ZV.) von Rumänien anerkannt. Die noch verbleibenden Guthaben, beziehungsweise Depotbeträge wurden für mindestens fünf Jahre als Pfand für den rumänischen Staatsschuldendienst in Deutschland und in Österreich-Ungarn zurückbehalten.

40. Verrechnungen und Schadenersatzforderungen.

Während der Okkupation wurde von den Besetzungstruppen, beziehungsweise von dem die wirtschaftliche Ausnützung Rumäniens leitenden Wirtschaftsstab, eine Anzahl von Industrieanlagen gegründet. Es wurden ferner Eisenbahninvestitionen und sonstige öffentliche Arbeiten von bleibendem Werte vorgenommen. Artikel XXIII des Friedensvertrages bestimmt, daß die Kosten dieser Arbeiten von Rumänien zu ersetzen seien.

Eine gegenseitige Vergütungspflicht statuiert Artikel 8 des rechtspolitischen Zusatzvertrages bezüglich des Aufwands für

Kriegsgefangene in der Art, daß Österreich-Ungarn an Rumänien für jeden dort befindlichen Kriegsgefangenen einen bestimmten Pauschalsatz zu leisten, andererseits Rumänien für jeden von Österreich-Ungarn gefangengenommenen Rumänen ebenfalls einen Pauschalbetrag zu entrichten habe. Da die Zahl der in Rumänien in Gefangenschaft gehaltenen Österreicher und Ungarn wesentlich niedriger war als die Zahl der in österreichisch-ungarische Gefangenschaft geratenen Rumänen, ergab sich aus dieser Verrechnung ein Aktivsaldo für Österreich-Ungarn.

Artikel 12 des rechtspolitischen Zusatzvertrages statuiert die gegenseitige Verpflichtung zur Rückgabe der zu Beginn des Krieges beschlagnahmten Flußfahrzeuge und Seehandelschiffe, beziehungsweise den eventuellen Schadenersatz für dieselben, ferner die Entschädigungspflicht für die Zeit bis zur Rückgabe oder Ersatzleistung und die Verpflichtung zur Tragung der Kosten für die Hebung und Instandsetzung versunkener Schiffe.

Analoge Vereinbarungen wurden für jenes Eisenbahnmateriale getroffen, welches sich bei Kriegsausbruch im feindlichen Gebiet befand. Auch dieses sollte zurückgegeben, beziehungsweise in Geld ersetzt werden; für die Zeit bis zur Rückgabe, beziehungsweise Ersatzleistung aber sollte eine Entschädigung gewährt werden.

Die gegenseitige Ersatzpflicht wurde ferner durch Artikel 2 des rechtspolitischen Zusatzvertrages für die den Konsularen oder Konsulatsgebäuden völkerrechtswidrig zugefügten Schäden festgelegt.

Rumänien hatte weiters (Art. 3 des rechtspolitischen Zusatzvertrages) den österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen alle jene Schäden zu vergüten, die ihnen auf rumänischem Gebiete durch militärische Maßnahmen — gleichviel ob durch Freund oder Feind — zugefügt wurden. Ausgenommen sind Schäden, die Militärpersonen im Kampf erlitten haben. Dieser Entschädigungsanspruch gebührt auch für jene Schäden, welche Österreicher oder Ungarn als Teilnehmer, insbesondere als Aktionäre rumänischer Unternehmungen erlitten haben. Es bestanden nämlich in Rumänien zahlreiche Unternehmungen, besonders Holzexploitationsgesellschaften, die zu großem Teil mit österreichischem oder ungarischem Kapital begründet waren

und daher nur formell als rumänische Gesellschaften betrachtet werden konnten.

Endlich wurde Rumänien zum Schadenersatz verpflichtet für Vermögensschäden, welche Neutrale auf rumänischem Gebiet erlitten haben, soweit nach völkerrechtlichen Grundsätzen eine Ersatzpflicht für dieselben überhaupt besteht.

Reziprok gefaßt ist die Bestimmung, laut der jeder Staat den Zivilangehörigen des anderen jene Schäden ersetzt, die ihnen in seinen Gebieten völkerrechtswidrig zugefügt wurden, wobei der Schutz wieder auch auf die Teilhaber (Aktionäre) der im Gebiete des ersatzpflichtigen Staates bestehenden Unternehmungen ausgedehnt wurde.

Die Höhe der Schadenersatzansprüche in den einzelnen Fällen sollte durch ein Schiedsgericht unter neutralem Obmann bestimmt werden.

Auf Rechnung all dieser Verbindlichkeiten verpflichtete sich Rumänien, binnen zwei Jahren nach der Ratifikation des Vertrages an Österreich-Ungarn einen Betrag von 35 Millionen Kronen effektiv in Gold zu bezahlen. Es wurde jedoch Rumänien erklärt, daß Österreich-Ungarn auf diese Zahlung verzichten werde, wenn hinsichtlich der Ordnung des in den nächsten Jahren abzuwickelnden Zahlungsverkehres zwischen der Monarchie und Rumänien eine beide Teile befriedigende Regelung zustande kommt. Nachdem die nach Unterzeichnung des Friedens in Berlin hierüber abgeführten Verhandlungen am 8. Juli 1918 tatsächlich zu der bereits erwähnten*) befriedigenden Vereinbarung geführt hatten, leistete Österreich-Ungarn auf die Zahlung dieser 35 Millionen Kronen im effektiven Gold endgültig Verzicht.**)

Die Berliner Abmachungen vom 8. Juli 1918 enthielten zunächst jene Bestimmungen über die wechselseitige Bereitstellung von Zahlungsmitteln, die schon im Anschluß an die Erörterung des Wirtschaftsabkommens dargestellt wurden, und weiters Bestimmungen über die Erfüllung und Sicherstellung der in diesem Absatz auseinandergesetzten, aus dem rechtspoliti-

*) Siehe Abschnitt 23.

**) Berliner Protokoll vom 8. Juli 1918 anläßlich der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien über die wechselseitige Bereitstellung von Zahlungsmitteln.

schen Zusatzvertrag fließenden Verpflichtungen Rumäniens. In diesem Abkommen verpflichtete sich die rumänische Regierung, bei der rumänischen Nationalbank für die von Österreich-Ungarn zu bezeichnenden Dienststellen Guthaben in solcher Höhe bereitzustellen, daß die für den Unterhalt des Besetzungsheeres zu zahlenden Beträge und die Summen, welche die mit der Feststellung der Entschädigungsansprüche betrauten Stellen verlangen, jederzeit behoben werden können. Die zu zahlenden Beträge für Kriegs- und Zivilschäden können rumänischerseits auch in rumänischen, mindestens 5% verzinslichen und nicht länger als ein Jahr laufenden Staatsschatzscheinen beglichen werden, sofern diese von der Nationalbank jederzeit zum Nennwert eingekauft werden müssen. Endlich wurde ausgesprochen, daß Rumänien seine Staatsmonopole bis zur Erfüllung seiner Verpflichtungen ohne Zustimmung Österreich-Ungarns weder abschaffen oder vermindern noch belasten könne, da in dem Falle, wenn es seine Zahlungsverpflichtungen nicht rechtzeitig erfüllt haben würde, die Einkünfte aus seinen Staatsmonopolen zu verpfänden gewesen wären.

41. Beteiligung der Türkei am wirtschaftlichen Gewinn.

Schon im ersten Stadium der Bukarester Verhandlungen äußerten die türkischen Vertreter den Wunsch, an jenen Vorteilen mitzupartizipieren, welche die Mittelmächte durch ihre vereinigten militärischen Kraftanstrengungen in Rumänien erzielt haben. Über diese Frage fanden langwierige Verhandlungen statt, welche schließlich gleichzeitig mit der Unterzeichnung des rumänischen Friedens abgeschlossen wurden.

Laut dieser Abmachung sollte die Türkei von der eigentlichen Kriegsbeute in Rumänien ein Viertel, von dem später zu ermittelnden eventuellen Gewinn der Tätigkeit des Wirtschaftsstabes ebenfalls ein Viertel erhalten. Des weiteren wies jedoch die Türkei auch darauf hin, daß bei dem Bezug von Waren aus Rumänien während der Okkupation dadurch Gewinne erzielt wurden, daß die Waren in den Heimatstaaten mit besserem Erlös verwertet wurden, als sie beim Bezug aus Rumänien unter Berücksichtigung aller für die Beschaffung aufgewandter Mittel einstanden. Von diesem Differenzgewinn, dessen Höhe in einer späteren Vereinbarung ermittelt werden

sollte, wurden der Türkei ebenfalls 25 % zuerkannt. Endlich wurde der Türkei noch eine entsprechende Beteiligung an dem Gewinne aus der Emission der Banca Generala-Lei in Aussicht gestellt.

Die Summen, welche die Türkei unter diesem Titel erhalten sollte, wurden endgültig nicht fixiert, doch wurde bereits in Bukarest eine detaillierte Rechnung aufgestellt, aus welcher hervorging, daß die Türkei aus dem Titel der Kriegsbeute 10 Millionen Lei, aus dem Titel des Differenzgewinnes 32 Millionen Lei und aus dem Titel des Gewinnes des Wirtschaftstabes 5 Millionen Lei erhalten würde. Der Aufwand für die türkischen Besetzungstruppen in Rumänien, dessen Erstattung ebenfalls zugestanden wurde, ist von der Türkei selbst mit 15 Millionen Lei beziffert worden. Das ergab somit einen Gesamtanspruch der Türkei aus diesen Titeln im Betrage von 62 Millionen Lei. Dieser Betrag sollte im Wege der Beteiligung der Türkei an dem aus der Leieinlösung herrührenden Gewinn auf etwas über 100 Millionen Lei erhöht werden. *) (Türkischerseits bezifferte man den Anspruch ursprünglich infolge der höheren Veranschlagung des Leigewinnes auf 250 Millionen.) **)

Dieser Betrag sollte jedoch der Türkei nicht bar ausbezahlt, sondern lediglich von den Forderungen der Mittelmächte an die Türkei abgestrichen werden.

Ein besonderes Übereinkommen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ***) anerkannte, daß die unter dem Titel des Differenzgewinnes erfolgende Zahlung an die Türkei von beiden Mächten zu leisten sei, doch konnte über die Quote der Beitragsleistung eine Einigung nicht erzielt werden. Österreich-Ungarn nahm den Standpunkt ein, daß die beiden Reiche zu dem der Türkei auszahlenden Anteil in demselben Verhältnisse beitragen sollen, in welchem sie an dem Differenzgewinne selbst partizipiert haben, während Deutschland die Hälfte des Betrages selbst decken und die andere Hälfte auf Österreich-Ungarn abwälzen wollte. Die Austragung dieser Meinungsver-

*) Telegramm des Sektionschefs Dr. Gratz an das Ministerium des Äußern vom 2. April 1918.

**) Telegramm des Sektionschefs Dr. Gratz an das Ministerium des Äußern vom 1. April 1918.

***) Protokoll vom 6. Mai 1918.

schiedenheit wurde aufgeschoben, bis die Höhe des Differenzgewinnes festgestellt sein wird.

Bulgarien hatte einen ähnlichen Anspruch nicht erhoben, doch bestand die Absicht, ihm bei Liquidierung des Krieges eine Pauschalsumme unter denselben Titeln anzubieten. Auch diese Summe wäre von Österreich-Ungarn und Deutschland gemeinsam zu tragen gewesen.

42. Die Frage des Wirtschaftsbündnisses mit Rumänien.

Zu den letzten Fragen, die im Laufe der Friedensverhandlungen zur Erörterung gelangten, gehörte die Frage des eventuellen Beitrittes Rumäniens zu dem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis, über dessen Schaffung seit längerer Zeit zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn verhandelt wurde und dessen Zustandekommen allgemein als wahrscheinlich angesehen wurde.

Die Voraussetzung der Schaffung eines solchen deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbündnisses war die Durchsetzung des Grundsatzes, daß andere Staaten auf Grund der Meistbegünstigung keinen Anspruch erheben werden auf Begünstigungen, welche Österreich-Ungarn an Deutschland oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an die Gebiete Österreich-Ungarns unmittelbar oder durch ein anderes mit diesen Gebieten oder Deutschland zollverbündetes Land unmittelbar angrenzt. Diesen Grundsatz hat Rumänien im Friedensschluß ausdrücklich anerkannt. Reziprok wurde auch Rumänien das Recht zugestanden, Zollbündnisse zu schließen, in welchem Falle Österreich-Ungarn auf die diesem zollverbündeten Land seitens Rumäniens eingeräumten Begünstigungen keinen Anspruch erhob (Art. 4 des Wirtsch. ZV.). Die Durchsetzung dieser Bestimmung erfolgte glatt, ohne jeden Widerspruch von rumänischer Seite. Es wurde lediglich die Forderung der Reziprozität erhoben und ebenso glatt und ohne Widerspruch zugestanden.

Die Aufnahme dieser Bestimmung hatte jedoch bloß den negativen Zweck, ein eventuelles Hindernis für die Schaffung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes aus dem Wege zu räumen. Die eigentlichen Ziele der österreichisch-ungarischen Politik gingen jedoch weiter: sie bestanden darin,

Rumänien zum Eintritt in das geplante Wirtschaftsbündnis selbst zu bewegen.

Der erste Plan, der vom österreichischen Handelsministerium ausgearbeitet und vom gemeinsamen Ministerium des Äußern aus politischen Gründen nachdrücklich unterstützt wurde, ging dahin, daß in dem Friedensvertrag etwa die folgende Vereinbarung getroffen werde :

«Wenn Deutschland und Österreich-Ungarn ein Zollbündnis miteinander schließen, verpflichten sich Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien, für die gleiche Zeitdauer ebenfalls ein Zollbündnis zu vereinbaren, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Der gegenseitige Verkehr soll teils zollfrei, teils zu Zöllen stattfinden, die nicht mehr betragen als die Hälfte der Zölle, die für andere nicht am Zollbündnis beteiligten Staaten gelten.

2. Rumänien nimmt das zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vereinbarte Zolltarifschema an.

3. Die Verhandlungen über das Zollbündnis sind spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu Ende zu führen. Insofern über einzelne Positionen keine Einigung erzielt würde, sind gegenseitig die halben Zölle zu gewähren.»

Der Gedankengang, der zu dem Wunsche nach Einbeziehung Rumäniens in das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsbündnis führte, wurde in einem kurzen Promemoria des Sektionschefs im österreichischen Handelsministerium Dr. R. Schüller folgendermaßen entwickelt:

«Das Zollbündnis mit Deutschland ist für die österreichische und ungarische Industrie nur möglich, wenn es durch entsprechende Vereinbarungen mit den Balkanstaaten ergänzt wird. Wenn wir der deutschen Industrie das Tor öffnen, muß unserer Industrie das Tor nach dem Balkan und insbesondere nach Rumänien geöffnet werden. Dies ist aber auch möglich, denn wenn unserer Landwirtschaft das deutsche Tor geöffnet wird, können auch wir dem Balkan das Tor öffnen. Hiedurch würden wir unserer Landwirtschaft kein Opfer auferlegen, und zwar aus folgenden Gründen:

Rumänien, Bulgarien und Serbien können auch vereint den landwirtschaftlichen Importbedarf Deutschlands nicht decken. Es betrug im Durchschnitt der Jahre 1901—1910:

	Die Ausfuhr Rumäniens, Bulgariens und Serbiens	Die Mehreinfuhr Deutschlands
	in Meterzentnern	
Weizen	14,000.000	21,000.000
Roggen	1,500.000	2,500.000
Gerste	4,000.000	18,000.000
Mais	9,000.000	10,000.000
Summe . .	28,500.000	51,500.000

Das ganze Gebiet wäre demnach noch immer ein Getreideimportgebiet und die Außenzölle würden daher ihre Wirkung auf die inländischen Getreidepreise üben. Für diese Preise wäre es also gleichgültig, ob wir gegen Rumänien die bisherigen Zölle oder die halben Zölle oder gar keine Zölle hätten. Dagegen würde dies für Rumänien von größter Wichtigkeit sein, weil es desto mehr für sein Getreide bekommt, je weniger Zoll es zu zahlen hat. Für uns käme nur der Ausfall an Zolleinnahmen in Betracht, der bei uns nicht bedeutend, für Deutschland allerdings ungleich größer wäre.

Auch wenn das gesamte Balkangetreide nach Deutschland ginge, bliebe in Deutschland noch ein Importbedarf von mehr als 20 Millionen Meterzentner Getreide zu decken. Und dieser Bedarf ist, wie auch unser eigener, in raschem Steigen begriffen.

Es ergibt sich also, daß wir ohne einen für unsere Landwirtschaft in Betracht kommenden Nachteil Rumänien die Zollfreiheit für Getreide gewähren können, wenn wir sie von Deutschland erhalten. Vorläufig soll jedoch bloß die Verpflichtung eingegangen werden, Rumänien in diesem Falle die halben Zölle einzuräumen.

Was die Vieheinfuhr betrifft, so hängt diese vor allem von der Behandlung der Veterinärfrage ab. Es könnte vorläufig nur erklärt werden, daß unter den notwendigen Kautelen die Einfuhr von Lebendvieh zugelassen würde, wie dies im Ausgleich vereinbart ist.

Die gestellten Anträge kommen mit den zwischen den Regierungen Österreichs und Ungarns vereinbarten, wenn auch parlamentarisch noch nicht genehmigten Ausgleichsabmachungen überein. Diese enthalten auf Seite 89 die bezügliche Bestimmung über die Getreideminimalzölle, ferner auf Seite 90 und 21 die allgemeine Bestimmung über die Änderungen und Ergänzungen infolge der Neuordnung der wirtschaftlichen Bestimmungen, insbesondere zum Deutschen Reiche.

Die Neuregelung unseres Verhältnisses zum Deutschen Reiche würde sehr erschwert werden, wenn es uns nicht gelänge, gleichzeitig den Anschluß Rumäniens zu sichern. Sie wird andererseits durch diesen Anschluß sehr erleichtert. Die engere wirtschaftliche Verbindung mit Rumänien wäre aber auch an und für sich politisch und ökonomisch von der größten Bedeutung. Nicht außer acht zu lassen ist endlich, daß das Zollbündnis mit Rumänien die Voraussetzung des angestrebten Währungsbündnisses mit diesen Staaten ist, welches für die Wiederherstellung unserer Valuta sehr wichtig wäre, weil wir an Rumänien für unsere großen Getreideimporte im Kriege die Zahlungen zu leisten haben und auch nach dem Kriege in der Lage wären, Nahrungsmittel und Rohstoffe aus Rumänien in unserer Währung zu begleichen.»

Trotz dieser Beweisführung hatte die ungarische Regierung Bedenken, diesem Plane zuzustimmen. Sie mußte mit dem Druck der agrarischen Kreise rechnen, die auf Grund ihrer Traditionen jede Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Rumänien stets als eine Gefahr ihrer eigenen Interessen betrachtet hatten. Infolgedessen erklärte Ministerpräsident Wekerle, der im übrigen, ebenso wie sein Handelsminister Baron Szterényi, ein Anhänger der Bildung möglichst großer Wirtschaftsgebiete war, er könne nicht sofort seine Entscheidung treffen, sondern müsse die Angelegenheit erst mit den Vertretern der agrarischen Interessen besprechen und dann einem Ministerrat vorlegen. Am 8. März wurde die Stellungnahme der ungarischen Regierung den Friedensunterhändlern in Bukarest mitgeteilt. Sie war negativ.

Anfangs April kam jedoch Graf Cernin, der sich um jene Zeit in Wien befand, auf den Gedanken zurück und verfolgte ihn mit Energie. Er äußerte maßgebendenorts seine Absicht, mit der rumänischen Regierung über die Aufnahme einer neuen

Klausel in den Friedensvertrag zu verhandeln, laut welcher Rumänien sich verpflichten würde, für den Fall, als zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein Präferenzvertrag zustande kommt, auch zwischen Rumänien einerseits und Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits einen Präferenzvertrag zu schließen. In dieser Sache wurde auch mit dem deutschen wirtschaftlichen Friedensunterhändler Herrn v. Koerner Fühlung genommen. Dieser nahm den Standpunkt ein, daß eine solche Klausel, welche sowohl Deutschland als auch Österreich-Ungarn dem ganzen Ausland gegenüber Zollbegünstigungen einräumen würde, auch vom Standpunkt der deutschen Wirtschaftsinteressen wärmstens zu begrüßen wäre. Graf Czernin trat jedoch zurück, bevor er die Verhandlungen über diesen Punkt zum Abschluß bringen konnte.

Sein Nachfolger, Graf Burián, griff jedoch die Idee mit dem gleichen Eifer auf und brachte sie auch Rumänien gegenüber zur Sprache. Bis dahin war die Frage nur ein einzigesmal mit Marghiloman besprochen worden, und zwar noch bevor er Ministerpräsident wurde, in einer Privatunterredung, welche den Eindruck zurückließ, daß er bereit wäre, unter einigen vom Standpunkt der Zolleinnahmen nötigen Kautelen der Idee näherzutreten. Nunmehr wurde der österreichische Vorschlag mit Ministerpräsidenten Marghiloman in aller Form verhandelt, und dieser erklärte sich bereit, eine konditionell gefaßte Abmachung über ein Zollbündnis abzuschließen.

Am 1. Mai wandte sich hierauf Burián direkt an den ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle. «Im Laufe der Vorarbeiten für die rumänischen Friedensverhandlungen» — führt er in einem längeren Telegramme aus*) — «ist wiederholt der Wunsch aufgetaucht, Rumänien die Verpflichtung aufzuerlegen, daß es im Falle des Zustandekommens eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auch seinerseits ein Zollbündnis mit den Mittelmächten schließe. Wichtige Gründe politischer und wirtschaftlicher Natur sprechen demalen in verstärktem Maße dafür, diesem Gedanken näherzutreten und Rumänien zu bewegen, mit uns in engere wirtschaft-

*) Telegramm Baron Buriáns an den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle vom 1. Mai 1918.

liche Beziehungen zu treten, und zwar annähernd auf derselben Grundlage, auf welcher wir unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland regeln wollen. Rumänien wird auch nach dem Kriege, trotz der erheblichen Opfer, welche ihm der Friedensschluß auferlegt, einer unserer wichtigsten Nachbarstaaten bleiben, besonders wenn man berücksichtigt, daß es durch die infolge des in Rußland eingetretenen Auflösungsprozesses wahrscheinliche Angliederung Beßarabiens, die zu verhindern wir kein Mittel haben, einen neuen, beträchtlichen Machtzuwachs erhalten wird. Es ist daher ein ganz eminentes Interesse Österreich-Ungarns, für Bürgschaften zu sorgen, daß die rumänische Politik dauernd eine uns freundliche Richtung beibehalte. Eine der wirksamsten Bürgschaften dieser Art wären aber gewiß die tausenderlei Fäden, die sich zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien spinnen würden, wenn es gelingt, engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen ihnen zustande zu bringen. Daß ein solches engeres wirtschaftliches Verhältnis auch unseren wohl aufgefaßten wirtschaftlichen Interessen entsprechen und ein Korrelat der geplanten wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland bilden würde, brauche ich Eurer Exzellenz nicht darzulegen. Es ist selbstverständlich, daß die Verpflichtung Rumäniens, in ein Zollbündnis mit uns einzutreten, eine einseitige bleiben müßte, da wir derzeit nicht in der Lage wären, unsererseits eine ähnliche feste Verpflichtung zu übernehmen. Die in den Vertrag aufzunehmende Formel müßte daher eine solche sein, daß wir unsererseits vollkommen freie Hand bewahren, das Zollbündnis mit Rumänien nur in dem Falle abzuschließen, wenn die wirtschaftlichen Abmachungen mit Deutschland uns die Möglichkeit hierzu eröffnet haben. Die in den Vertrag aufzunehmende Formel müßte daher nur einseitig die Bereitswilligkeit Rumäniens zum Abschluß eines Zollbündnisses mit uns aussprechen, während unsererseits ein Eingehen auf ein solches engeres wirtschaftliches Verhältnis nicht bloß von der Tatsache, sondern auch von dem Inhalt des Zollbündnisses mit Deutschland abhängig bleiben müßte.» Burián macht verschiedene Vorschläge zur Lösung dieser Frage und setzt dann fort: «Ich möchte noch erwähnen, daß in einer Ende Dezember stattgefundenen Zoll- und Handelskonferenz auch die Vertreter der beiden Ackerbaumministerien einer solchen einseitigen und für uns konditionellen Verpflichtung zugestimmt haben, wie auch

Graf Stefan Tisza vor dem Sektionschef Gratz vor kurzem gegen die Aufnahme einer ähnlichen Bestimmung in den Friedensvertrag keine Bedenken erhob.»

Nun erst gab die ungarische Regierung der geplanten Abmachung mit Rumänien ihre Zustimmung. Der Abmachung wurde die Form eines Notenwechsels gegeben, der gleichzeitig mit dem Abschluß des Friedensvertrages stattfand. Die Note der rumänischen Regierung lautete in deutscher Übersetzung:

«Mit Bezug auf unsere Besprechung wegen eines Zollbündnisses der Mittelmächte mit Rumänien beehre ich mich, Euer Exzellenz hiemit zu bestätigen, daß Rumänien bereit ist, im Falle eines eventuellen Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn diesem Bündnis unter näher zu vereinbarenden Bedingungen beizutreten und darüber auf Einladung der Mittelmächte unverzüglich in Verhandlungen einzutreten. Indem ich Euer Exzellenz bitte, die vorstehende Mitteilung streng vertraulich zu behandeln, bleibe ich usw. Marghiloman m. p.»

43. Die Grundtendenzen des Bukarester Friedens.

Der Bukarester Friede läßt die Tendenzen der österreichisch-ungarischen Politik für die Zeit nach dem Kriege deutlich erkennen als der Friede von Brest-Litowsk, da Österreich-Ungarn in Rumänien unmittelbarer interessiert war als in Rußland.

Der Friede war auch in seinen politischen Teilen als ein Verständigungsfriede gedacht. Es wäre von diesem Standpunkt aus vielleicht logischer gewesen, wenn gewisse Forderungen, wie z. B. die Grenzrektifikationen, weil sie nur durch ein Ultimatum durchgesetzt werden konnten, überhaupt nicht erhoben worden wären. Es muß jedoch anerkannt werden, daß die Leiter der österreichisch-ungarischen Politik bestrebt waren, diesen Grenzrektifikationen ihre Schärfe zu nehmen, indem sie auf praktisch unbevölkerte Gebietsteile beschränkt wurden, so daß sie nur wirtschaftlich — besonders wegen ihres Holzreichtums — von Wert waren.

In wirtschaftlicher Hinsicht war Österreich-Ungarn bestrebt, dahin zu wirken, daß Rumänien keine Verpflichtungen auferlegt werden, die es dauernd wie einen Pfahl in seinem Fleische

empfinden würde. In allen wichtigen Beziehungen wurde Rumänien die vollständige Reziprozität zuerkannt. Das Bestreben Österreich-Ungarns war darauf gerichtet, Rumänien zu solchen Maßregeln zu bewegen, die, wie z. B. bezüglich des Grunderwerbs von Ausländern, bezüglich der Zulassung der Juden zur Staatsbürgerschaft, bezüglich der Abgabefreiheit der Donau usw., in allen modernen Staaten längst bestehen. Auch andere Forderungen, wie z. B. die des Ausbaues internationaler Eisenbahnabschlüsse, einer internationalen Regelung der Schifffahrtsverhältnisse auf der Donau und auf dem Dnjestr, waren nur zum Teil im österreichisch-ungarischen Interesse gelegen und verfolgten eher das Ziel einer Verbesserung der internationalen Verkehrsverhältnisse überhaupt. Im allgemeinen ging das Bestreben der österreichisch-ungarischen Politik dahin, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Monarchie und Rumänien möglichst innig auszugestalten und festzuknüpfen. Einer der österreichisch-ungarischen Verhandlungsteilnehmer drückte damals diese Tendenz in folgenden Worten aus: «Rumänien kann nicht so sehr geschwächt werden, um aufzuhören, ein wünschenswerter Freund zu sein. Andererseits kann es auch nicht so sehr geschont werden, daß Rauegefühle gegen seine glücklichen Gegner ausgeschlossen wären. Der einzige Weg, es zum Freund zu machen, kann in der innigen Verankerung seiner wirtschaftlichen Interessen in Österreich-Ungarn liegen. Das ist das Ziel, dem wir zustreben müssen.» Und an dieser Linie wurde auch festgehalten.

Am deutlichsten trat diese Tendenz in den Bestrebungen zutage, Rumänien für ein Wirtschaftsbündnis mit den Mittelmächten zu gewinnen. Der Handel Rumäniens richtete sich aus naheliegenden geographischen Gründen auch bisher hauptsächlich nach Mitteleuropa. Ein Zollbündnis zwischen Rumänien und den Mittelmächten bot besonders Rumänien greifbare Vorteile und hatte immer Anhänger in Rumänien. Die Schwierigkeiten eines derartigen Bündnisses, an welches in den achtziger Jahren tatsächlich gedacht worden war, lagen weniger in Rumänien als in Österreich-Ungarn. Dem großen Plan zuliebe, ein möglichst großes einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, wurden jedoch die Bedenken, die vom Standpunkt der agrarischen Interessen gegen dieses Bündnis erhoben wurden, zurückgestellt. Man dachte in Österreich-Ungarn an eine Zukunft.

welche die Reibungsflächen zwischen den Staaten nach Möglichkeit vermindert und dasjenige, was sie einander näher bringen konnte, schärfer hervorgehoben hätte. Gerade infolge der ungeheuren Verluste, welche der Krieg jedem an ihm beteiligten Staat zufügte, hielt man für die Zeit nach dem Kriege eine Politik des Überbrückens der Gegensätze, der Vereinigung und Ausgleichung der Interessen für geboten. Der Friede von Bukarest weist nach dieser Richtung hin gewiß Fehler auf, daß dies aber seine Grundtendenz war, läßt sich aber bei all seinen in den Verhältnissen begründeten Mängeln doch klar erkennen.

IV.

DIE POLNISCHE FRAGE.

1. Die Anfänge der polnischen Frage.

Im Laufe einer wechselvollen Geschichte ist das ehemalige Königreich Polen zwischen den Nachbarmächten, Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn, aufgeteilt worden. Die Sehnsucht der Polen auf Wiedererlangung ihrer früheren Selbständigkeit war jedoch niemals ausgestorben, und im Weltkrieg, der die politische Geographie Europas in einen Zustand der Flüssigkeit brachte, mußten auch die Bestrebungen der Polen nach einer Wiedervereinigung der auseinandergerissenen Teile ihres Vaterlandes besonders intensiv wiedererwachen.

Die Konstellation zu Beginn des Weltkrieges schien indessen der Verwirklichung dieser Bestrebungen nicht günstig zu sein. Von jenen drei Mächten, welche Teile des alten Polens an sich gebracht hatten, befand sich die eine — Rußland — im Lager der Entente, die anderen beiden — Deutschland und Österreich-Ungarn — befanden sich im Lager der Mittelmächte. Es war daher anzunehmen, daß ein Sieg der Entente an dem Schicksal der zu Rußland gehörigen polnischen Gebiete, ein Sieg der Mittelmächte aber an dem Schicksal Galiziens und Posen nichts ändern werde. Die Vereinigung dieser Teile zu einem selbständigen und unabhängigen Lande schien in weite Ferne gerückt. Am wahrscheinlichsten erschien noch die Vereinigung aller Polen — allerdings nicht in Form eines selbständigen Staates — im Rahmen Rußlands, falls dieses als Sieger aus dem Kriege hervorgehen sollte. Erst der Zusammenbruch Rußlands ermöglichte eine Vereinigung aller Polen zu einem selbständigen Staate.

Nach dem Beginn des Weltkrieges trat eine Phase ein, während welcher Teile Russisch-Polens unter die Herrschaft der Militärgewalt der Mittelmächte gerieten. Das künftige Schicksal dieser Gebiete beschäftigte wohl schon damals die Diplomatie, da man es jedoch vorderhand nur mit einer möglicherweise vorübergehenden Kriegslage zu tun hatte, waren politische Entscheidungen endgültiger Art vorläufig noch unnötig. Auf deutscher Seite hörte man damals, daß Deutschland bereits mehr als genug polnische Staatsangehörige innerhalb seiner

Grenzen habe und den nationalen Charakter des Reiches nicht durch Annektierung neuer polnischer Gebiete schmälern wolle. In Österreich waren es besonders die Polen Galiziens, welche begreiflicherweise ein lebhaftes Interesse für die Wiederherstellung eines polnischen Staates zeigten, den sie sich in enger staatsrechtlicher Verbindung mit Österreich-Ungarn vorstellten. Aber auch die österreichische Regierung war — wohl unter dem Einfluß der galizischen Polen — diesem Plan günstig gestimmt. In Ungarn befaßte man sich mit diesem Plane hauptsächlich vom Standpunkt der inneren (staatsrechtlichen) Struktur der Monarchie. Man war besonders im Kreise der Regierung besorgt darüber, daß die Angliederung Polens eine Verschiebung der im Innern der Monarchie bestandenen Machtverhältnisse zum Nachteil Ungarns nach sich ziehen könnte. In diesem Sinne richtete der damalige ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza schon am 11. August 1914 ein Schreiben an den Minister am allerhöchsten Hoflager in Wien, Baron Stephan Burián, durch den er seinen Einfluß auf die auswärtige Politik oft auszuüben pflegte. In diesem Schreiben*) gibt Tisza der Ansicht Ausdruck, daß ihm die Errichtung eines ganz selbständigen Polens als die einfachste Lösung der Frage erschiene. Von ihr halte ihn nur die Erwägung zurück, daß im Falle der Bildung eines selbständigen Polenstaates die galizischen Polen, die bisher eine zentripetale Kraft und eine Stütze der österreichischen Regierung waren, zu einem zentrifugalen, feindlichen Element würden und daß Galizien früher oder später verloren ginge. Müßte aber infolgedessen die Monarchie Russisch-Polen absorbieren — sagt Tisza weiter —, dann könne das nur bei unversehrter Beibehaltung des Dualismus und der Parität zwischen Österreich und Ungarn geschehen. Jene Dreier-Kombination, nach welcher der 20 Millionen Seelen zählende ruthenisch-polnische Block als gleichberechtigter dritter Faktor in die Organisation der Monarchie eingegliedert würde, hielt Tisza für bedenklich, sowohl vom ungarischen Standpunkt als auch vom Standpunkt der Großmachtstellung der Monarchie. Der Ein-

*) Abgedruckt in dem einen Teil der Korrespondenz Tiszas enthaltenden zweiten Band der vierten Serie der von der ungar. Akademie der Wissenschaften herausgegebenen sämtlichen Werke des Grafen Stephan Tisza (Gróf Tisza István összes munkái, 4 sorozat, 2 kötet, Budapest, 1924, Franklingesellschaft). S. 61 f.

fluß, den die in einer ganz anderen Atmosphäre aufgewachsenen Russisch-Polen auf die Politik der Monarchie üben könnten, sei in diesem Falle unberechenbar. Auch würde das in diesem Falle unvermeidliche Ausscheiden Galiziens aus dem österreichischen Reichsrat die Schwierigkeiten der österreichischen Regierung gegenüber den Tschechen und Südslawen vermehren. Es sei daher zweckmäßiger, Polen nicht zu einem dritten selbständigen Faktor der Monarchie zu machen, sondern Österreich anzugliedern, in welchem Fall ein deutsch-polnischer Block das Rückgrat einer gemäßigten Politik in Österreich bilden könnte. Vom ungarischen Standpunkt aus betonte Tisza das Recht Ungarns, daß es allen anderen, unter demselben Herrscher lebenden Staaten stets als gleichberechtigter Faktor gegenüberstehen müsse und von diesen unter keinen Umständen majorisiert werden könne. Dieses Recht wäre gefährdet, wenn Polen der Monarchie mit denselben Rechten angegliedert würde, wie sie Österreich und Ungarn zukommen. Als Kompensation für die Angliederung Polens an Österreich schwebte Tisza die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn vor. Der in diesem Schreiben eingenommene Standpunkt Tiszas wurde jedoch auch in Ungarn selbst bekämpft, so besonders vom Grafen Julius Andrássy. Andrássy war der Ansicht, daß man sich mit der trialistischen Lösung der staatsrechtlichen Frage befreunden könne. Er stützte diese Ansicht auf die Erwägung, daß Österreich ohne Galizien 20 Millionen Einwohner zähle, Ungarn auch 20 Millionen und Polen mit Hinzurechnung Galiziens ebenfalls 20 Millionen, daraus ergebe sich aber von selbst eine Dreiteilung des Einflusses, die durch keinerlei staatsrechtliche Künsteleien verhindert werden könne. Wie sehr aber Tisza auf seinem Standpunkt verharrte, zeigt sich auch daraus, daß er am 28. August 1914 in einem an den Sektionschef im Ministerium des Äußern Grafen Forgách gerichteten Schreiben dagegen protestiert, daß das Ministerium des Äußern in einem nach Berlin gerichteten Telegramm von einer «losen Angliederung» Polens an Österreich gesprochen habe. Er betont dabei abermals, daß die Frage wohl derzeit keine aktuelle Bedeutung habe, wenn sie aber aktuell würde, so müsse man Polen möglichst eng mit dem österreichischen Staat verbinden.*)

*) Siehe Tisza a. a. O., S. 98.

2. Die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten.

Schon in diesen noch ziemlich akademischen Erörterungen zeigen sich Unterschiede in den Auffassungen über die Form, welche Polen in Zukunft erhalten soll. Außer diesen wurden jedoch auch noch andere Möglichkeiten diskutiert.

Professor Pribram erwähnt neun solche Lösungsmöglichkeiten. *) Diese wurden jedoch in ihrer Mehrzahl lediglich in der Presse erörtert oder sind in offiziellen Besprechungen bloß flüchtig aufgetaucht, um als unzweckmäßig sofort ausgeschieden zu werden, sie dürfen also nicht so aufgefaßt werden, als ob sie neun aufeinanderfolgende Phasen der offiziellen Verhandlungen darstellen würden. Die von Professor Pribram erwähnten neun Möglichkeiten sind die folgenden:

1. Die Rückgabe Polens an Rußland, welche sowohl 1915 als auch im Juli 1916, als Stürmer an der Spitze der russischen Regierung stand, von Deutschland befürwortet wurde, um auf diesem Wege zu einem Sonderfrieden mit Rußland zu gelangen. — Angesichts der damaligen militärischen Lage hätte gegen eine Rückgabe Polens an Rußland zwecks Erreichung eines Sonderfriedens mit dem russischen Reiche gewiß niemand eine Einwendung erhoben. Das war so selbstverständlich, daß besondere Verhandlungen darüber zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn gar nicht nötig waren. Sie haben auch nicht stattgefunden.

2. Die Teilung Polens zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Diese Idee kann jedoch höchstens als eine akademische Möglichkeit angesehen werden, denn den Gegenstand von Verhandlungen hat sie nie gebildet. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Grenzziehung war es klar, daß in diesem Falle sowohl Deutschland als auch Österreich-Ungarn je ein Stück mit lauter Unzufriedenen bevölkerten Polens erhalten hätten, das für beide nur eine Quelle endloser Verlegenheiten gewesen wäre. **)

*) Austrian Foreign Policy 1908—1918, London, George Allen & Unwin, 1923.

**) Graf Burián sagt hierüber (Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege, S. 64): «Das eben erst im Sturme des Weltkrieges zusammengebrochene alte Experiment der Teilung ließ sich zu zweien nicht ernstlich wiederholen. Es wäre dies die Einführung einer nicht zu bewältigenden Irredenta in den Organismus beider verbündeter Reiche gewesen.» Ähnlich auch auf S. 70.

3. **Annexion durch Deutschland.** Diese Idee wird auch von Professor Pribram als eine solche dargestellt, welche wohl in einem Teile der öffentlichen Meinung Deutschlands und in deutschen militärischen Kreisen erwogen, jedoch vom deutschen Reichskanzler und von Österreich-Ungarn gleicherweise verworfen worden ist. Verhandlungen über diese Möglichkeit haben somit ebenfalls nicht stattgefunden.

4. **Polen als autonomer Pufferstaat.** Über diese Möglichkeit, deren Erörterung die erste Phase der Regierungsverhandlungen bildete, soll noch gesprochen werden.

5. **Personalunion mit Österreich-Ungarn,** wobei Galizien dem neuen Königreich Polen einverleibt worden wäre. Die Monarchie hätte in diesem Falle aus drei gleichberechtigten Teilen bestanden (trialistische Lösung). Es ist dies jene Möglichkeit, gegen welche Tisza in seinem bereits erwähnten Schreiben an Burián Stellung nimmt, welche dagegen vom Grafen Andrassy befürwortet wurde.

6. **Annexion durch Österreich.** Die einfache Annexion, wobei Polen mit Galizien vereint einfach zu einem österreichischen Kronland geworden wäre, kam niemals in Frage. Dieses Kronland wäre allein so groß gewesen wie das übrige Österreich zusammengenommen. Dadurch würden sich die Machtverhältnisse in Österreich und insbesondere die Stimmenverhältnisse im österreichischen Reichsrat so stark verschoben haben, daß sich daraus eine sowohl im allgemeinen als auch besonders vom Standpunkt des österreichischen Deutschtums unhaltbare Lage ergeben hätte. Die Annexion war daher unter Formen geplant, welche Polen eine gewisse Sonderstellung neben Österreich gelassen hätte. Diese Form mußte wegen des Widerstandes des Grafen Tisza gegen die trialistische Lösung gewählt werden. Dem Wesen nach hätte diese Lösung bedeutet, daß ein mit Polen in dualistischer Verfassung verbundenes Österreich mit Ungarn als zweitem Partner ebenfalls in dualistischer Verfassung verbunden gewesen wäre — gewiß keine einfache Konstruktion.

7. **Unabhängigkeit Polens unter deutschem Protektorat** mit geringen Grenzrekifikationen zugunsten Österreichs. Diese Idee ist von den politischen Leitern der Mittelmächte im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Pufferstaatprojekt in ernstliche Erwägung gezogen worden.

8. Vollständige Autonomie Polens und Bündnis mit den beiden Mittelmächten. Dieser Plan wurde in der letzten Verhandlungsphase unter dem Titel der Kandidatenlösung erörtert.

9. Gegenüber des von Professor Pribram erwähnten, angeblich nach der Niederlage bei Luck in Aussicht genommenen Verzehs auf das Kondominium muß betont werden, daß Österreich bis zum Waffenstillstand, der dem Weltkrieg ein Ende bereitete, auf seine polnischen Ansprüche nicht verziehtet hat.

Da eine Teilung Polens zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland nicht in Frage kam, eine Angliederung von Russisch-Polen an Deutschland den deutschen Staatsmännern selbst unerwünscht schien und die Schaffung eines ganz unabhängigen Polens mit Rücksicht auf die Gefahr der Irredenta von beiden Seiten abgelehnt wurde, blieben praktisch genommen nur zwei Möglichkeiten übrig: die Schaffung eines unter deutscher Hegemonie stehenden Polens oder die Vereinigung Polens mit dem national ohnehin gemischten Österreich-Ungarn, in welchem Falle dem neuen Reich Galizien als Morgengabe von selbst zu gefallen wäre. Die erste Form der Lösung wurde als die deutschpolnische bezeichnet, weil sie in erster Reihe von deutscher Seite befürwortet wurde und weil im Falle ihrer Verwirklichung Deutschland den entscheidenden Einfluß in Polen geübt haben würde. Man nannte sie auch die Pufferstaatlösung, weil im Falle ihrer Verwirklichung Polen zum Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland geworden wäre. endlich hieß sie auch die kleinpolsche Lösung, weil sie die Schaffung eines polnischen Königreiches ohne Galizien ins Auge faßte. Die andere Lösung wurde immer als die austropolsche bezeichnet. Nachdem über diese beiden Lösungen nacheinander längere Zeit verhandelt wurde, ohne daß man zu einem Abschlusse gelangte, kam schließlich die Möglichkeit zur Sprache, daß Polen durch die Wahl seines Kandidaten für den polnischen Thron selbst bestimme, ob es in Personalunion mit Österreich-Ungarn treten oder aber ein selbständiges Königreich bleiben, das heißt, ob es die austropolsche oder die deutschpolnische Lösung vorziehen wolle. Diese Lösung, welche die Entscheidung über die beiden Varianten der Lösung der polnischen Frage den Polen selbst überlassen und ihr die Form einer Wahl unter verschiedenen in Betracht kommenden Thronkandidaten

österreichisch-ungarischen oder deutschen Ursprungs geben wollte, wurde unter dem Namen der «Kandidatenlösung» bekannt. In der Entwicklung der polnischen Frage lassen sich deutlich drei verschiedene Phasen unterscheiden. Mit der Eroberung von Warschau — Sommer 1915 — wurde erst die Pufferstaatlösung ernstlich erwogen. Im September 1917 trat die austropolnische Form der Lösung in den Vordergrund. Endlich im Sommer 1918, nach dem die austropolnische Lösung gefährdenden ukrainischen Frieden, begann man über die Kandidatenlösung zu verhandeln. Die Aussicht auf eine Vereinigung Polens mit Galizien und der in nationalen Dingen tolerantere Charakter der österreichisch-ungarischen Monarchie hat eine große Anzahl der polnischen Patrioten, sofern sie nicht im feindlichen Ausland weilten, dazu bewogen, sich für die austropolnische Lösung einzusetzen. Auch Deutschland neigte lange dieser Lösung zu.

3. Die Pufferstaatlösung.

In den ersten Tagen nach der am 5. August 1915 erfolgten Besetzung Warschaus durch die Truppen der Mittelmächte war jedoch zu merken, daß das bis dahin zu beobachtende Desinteressement Deutschlands an Polen einem steigenden Interesse für dieses Gebiet gewichen war. *) Die polnische Hauptstadt wurde von deutschen Truppen genommen, aber auch später war man deutscherseits bestrebt, österreichisch-ungarische Truppen von der polnischen Hauptstadt nach Möglichkeit fernzuhalten. Als Österreich-Ungarn sich anschickte, zur Wahrung seiner Interessen in Warschau eine Delegation unter Leitung eines Diplomaten aufzustellen, wurde dieses Bestreben auf deutscher Seite mit Mißtrauen aufgenommen und man war eine Zeitlang bestrebt, die Monarchie zu bewegen, daß sie sich mit der Aufstellung eines Generalkonsulates begnüge, worauf Österreich-Ungarn nicht einging. Bei der Erteilung von Reisebewilligungen für österreichisch-ungarische Beamte, Politiker und Kaufleute wurden seitens der deutschen militärischen Behörden unaufhörlich Schwierigkeiten gemacht, was so aufgefaßt wurde, als ob Deutschland den Einfluß Österreich-Ungarns in diesem Gebiete nach Möglichkeit ausschalten wolle.

*) Siehe auch Graf Burián a. a. O., S. 69 f.

Man glaubte sich einstweilen damit begnügen zu können, das Verhältnis zwischen Deutschland und der Monarchie in dem polnischen Okkupationsgebiet provisorisch, für die Dauer der Okkupation, zu regeln. Am 13. und 14. September fanden in Teschen Konferenzen deutscher und österreichisch-ungarischer Delegierter statt, um das gegenseitige Verhältnis der beiden Mächte in dem Okkupationsgebiete zu regeln. An diese Konferenz schlossen sich wiederholte Verhandlungen des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin Prinzen Hohenlohe an, die endlich am 14. Dezember 1915 zu einer Abmachung über die Interessenvertretung Österreich-Ungarns in Warschau und über die Abgrenzung des österreichisch-ungarischen und des deutschen Verwaltungsbezirkes von Russisch-Polen führten. Es wurde beschlossen, daß zur Aufrechterhaltung der Verbindung dem deutschen Generalgouverneur in Warschau ein höherer österreichisch-ungarischer Offizier, dem österreichisch-ungarischen Generalgouverneur in Lublin ein deutscher Vertreter zugeteilt werden solle, daß ferner ein Delegierter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern in Warschau die Vertretung der Interessen österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger übernehmen werde. Es wurde ferner die Einreise österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger in das Okkupationsgebiet geregelt, die Verpflichtung zur Annahme österreichischen Geldes — zum Tageskurse der Mark — durch die Bahnkassen und Bahnwirtschaften ausgesprochen, Bestimmungen wegen der Post- und Eisenbahnverbindungen getroffen usw. Als die Grenze des deutschen und österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes in den neu hinzugekommenen, östlich der Weichsel gelegenen Teile Polens wurde die Südgrenze des Gouvernements Siedlee bestimmt. Auch im Laufe dieser Verhandlungen zeigte sich das starke Interesse der deutschen militärischen Kreise, in Polen dauernd Fuß zu fassen. Verhältnismäßig am längsten hatten die deutschen diplomatischen Stellen an dem Prinzip des Desinteresses in Polen festgehalten. Wohl hatte der deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Baron Burián am 11. November 1915 mitgeteilt, daß es der deutschen Regierung angesichts des Druckes ihrer öffentlichen Meinung immer schwieriger werde, den Standpunkt zu vertreten, daß das größtenteils mit deutschen Truppen eroberte

Polen an die Monarchie fallen solle, während für Deutschland im Kriege gar keine oder nur sehr geringe territoriale Erwerbungen zu erwarten seien, doch zog der Kanzler aus dieser Lage vorerst noch keine Konsequenzen.*) Im Gegenteil, bis zum März 1916 äußern sich Kanzler v. Bethmann-Hollweg und die deutsche Regierung immer dahin, daß es besser sei, wenn Polen an Österreich-Ungarn falle, da Deutschland einen Zuwachs seiner polnischen Bevölkerung nicht für wünschenswert halte. Es wurde nur auf die Notwendigkeit verwiesen, daß Deutschland für die Überlassung Polens eine Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Interessen in Polen beanspruchen könne und daß ihm eine wirtschaftliche Vorzugsstellung in Polen eingeräumt werden müsse.

Im März 1916 trat jedoch auf deutscher Seite in der polnischen Frage ein völliger Kurswechsel ein und die Vereinigung Polens mit Österreich-Ungarn wurde ganz vom Programm abgesetzt.

Am 25. Februar 1916 hatte der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Burián an den Kanzler Bethmann-Hollweg ein Schreiben gerichtet, in welchem er meinte, der Zeitpunkt sei gekommen, um über Polen und die Angliederung dieses Landes an die Monarchie ins Reine zu kommen, schon damit man den weder Deutschland noch Österreich-Ungarn angenehmen, sich immer mehr vordrängenden Unabhängigkeitsbestrebungen unter den Polen wirksamer entgegentreten könne. In einer ausführlichen Denkschrift vom 10. April**) führte Burián diesen seinen Standpunkt noch des näheren aus. Auch diese Denkschrift wurde dem deutschen Kanzler zugesandt. Indes erklärte Reichskanzler Bethmann-Hollweg in der mündlichen Besprechung, welche er am 14. und 15. April in Berlin mit Burián hatte, daß er seine Ansicht über die Zukunft Polens geändert habe. Es sei dies besonders mit Rücksicht auf die deutsche Öffentlichkeit geschehen, welche die Überlassung Polens an Österreich-Ungarn nicht wünsche, da die Monarchie ohnehin auf territoriale Erwerbungen — im Süden — eher rechnen könne als Deutschland. Auch Erwägungen in bezug auf die innere Politik der Monarchie hätten ihn zu diesem Meinungswechsel

*) Vgl. Graf Burián a. a. O., S. 72.

**) Erlaß des Barons Burián an den Botschafter Prinzen Hohenlohe in Berlin vom 10. April 1916, Nr. 1650.

bestimmt, denn die Angliederung Polens würde die Gefahr einer Majorisierung des deutschen Elementes in Österreich-Ungarn vergrößern. Nach der damals geäußerten Meinung des Kanzlers wäre es das beste, aus Polen einen selbständigen Pufferstaat unter militärischer und wirtschaftlicher Hegemonie Deutschlands zu machen. *)

Baron Burián nahm gegen dieses Pufferstaatsprojekt sofort Stellung. Er gab der Befürchtung Ausdruck, daß die in diesem Falle nach keiner Richtung hin befriedigten Polen zu einem Herde für die russische Agitation werden könnten, für Österreich-Ungarn aber wären in diesem Falle in Galizien unerträgliche Zustände geschaffen. Seine Argumente gegen das Pufferstaatsprojekt entwickelte Burián eingehender am 12. Mai, **) doch ohne Erfolg, denn am 3. Juni machte ihm der deutsche Botschafter die Eröffnung, daß Deutschland bei dem Pufferstaatsprojekt verharre. Es wurde allerdings die Möglichkeit angedeutet, daß ein österreichisch-ungarischer Erzherzog — Karl Stephan — zum König von Polen gemacht werden könnte, außerdem könnten einige südliche Kreise Polens, insbesondere Dombrowa (Kohlenbezirk), mit Österreich vereinigt werden. Burián bezeichnet dieses Projekt als undurchführbar.

Im Laufe des Juli fügt sich jedoch die österreichisch-ungarische Regierung dem deutschen Standpunkt. ***) Bestimmend dafür war zum Teil die Niederlage, welche Österreich-Ungarn in Ostgalizien und bei Luck erlitten hatte und welche die Position der Monarchie Deutschland gegenüber nachteilig beeinflusste. Noch mehr aber wirkte für die Schwenkung Österreich-Ungarns das Votum mit, das der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza über die polnische Frage am 22. Juli abgegeben hatte. Tisza befürchtete von der austropolnischen Lösung, wie bereits erwähnt, eine für Ungarn ungünstige Veränderung der staatsrechtlichen Struktur Österreich-Ungarns. In Ungarn dachte man, daß die austropolnische Lösung, unter welchen Kautelen sie auch erfolge, schließlich zu einer Ersetzung der dualistischen durch eine trialistische Verfassung führen werde, bei einer solchen aber die Möglichkeit der Majorisierung Ungarns durch die beiden anderen Partner nicht verhindert werden

*) Erlaß an den Prinzen Hohenlohe vom 12. Mai 1916, Nr. 1297.

**) Graf Burián a. a. O., S. 73 f.

***) Siehe Graf Burián a. a. O., S. 76.

könne. Graf Andrassy war auch bei diesem Entschluß der ungarischen Regierung, der die austropolnische Lösung vorläufig zum Fall brachte, anderer Ansicht und machte noch später dem Grafen Burián Vorwürfe, weil er diese Lösung, als sie deutscherseits vom Kanzler Bethmann-Hollweg angeregt wurde, nicht sofort aufgegriffen habe, so daß der günstige Moment für die Durchführung dieser Lösung verpaßt wurde. Die große Mehrheit in Ungarn unterstützte jedoch den Grafen Tisza. Als dann später Ungarn dennoch seine Zustimmung zur austropolnischen Lösung nicht verweigern konnte, wirkte der ursprünglich ablehnende Standpunkt des Grafen Tisza noch immer zurück. Er kam in dem Vorbehalt zum Ausdruck, daß infolge der Angliederung Polens innerhalb der Monarchie keine solchen verfassungsrechtlichen Neuregelungen der Verhältnisse stattfinden dürfen, welche Ungarns bis dahin paritätischen Einfluß auf die auswärtige Politik und auf das Heerwesen schmälern würden.

4. Einigung über die Pufferstaatlösung.

Eine Zeitlang wurden hierauf die Besprechungen über die germanopolnische Lösung fortgeführt.

Am 27. Juli erklärte sich Baron Burián mit der Errichtung eines souveränen Staates Polen als Königreich einverstanden.*) Polen sollte auch Litauen umfassen; die bisher zu Deutschland, beziehungsweise zu Österreich-Ungarn gehörigen polnischen Provinzen, Posen, beziehungsweise Galizien, sollten jedoch außerhalb Polens bleiben. Die österreichisch-ungarische Monarchie strebte innerhalb dieses polnischen Staates die Gleichstellung mit Deutschland bei allen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Sonderrechten an, die Deutschland sich in Polen vorbehalten wollte. Eingehend sollte diese Gleichstellung später in einer Spezialkonvention umschrieben werden. Doch setzte sich Österreich-Ungarn dafür ein, daß die Selbständigkeit Polens eine möglichst geringe Beschränkung erfahre und daß die Souveränität des polnischen Königs, abgesehen von den zu vereinbarenden Sonderrechten, eine absolute sei. Auch verlangte es, daß die polnische Verfassung mit Heranziehung von Polen ausgearbeitet werde.

*) Privatschreiben des Grafen Burián an den Prinzen Hohenlohe vom 27. Juli 1916 im Archiv des Ministerium des Äußern.

Am 11. August wurden dann diese Prinzipien in einer gemeinsamen Besprechung der Leiter der auswärtigen Politik in Deutschland und Österreich-Ungarn noch näher ausgeführt. *) Die hierüber aufgenommene offizielle Aufzeichnung besagt:

«Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß ein selbständiges Königreich Polen mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung errichtet werden soll. Über die Absicht der Gründung dieses Nationalstaates soll baldmöglichst eine Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen erfolgen, während die Konstituierung des neuen Staates selbst einem späteren Zeitpunkt — nach Beendigung des Krieges — vorbehalten bleiben muß. Solange der Krieg dauert, muß Polen Okkupations-, beziehungsweise Etappengebiet bleiben. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, daß die Zoll- und Verkehrsschranken, die jetzt das deutsche und österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet trennen, möglichst herabgesetzt werden. Die beiderseitigen Regierungen werden hierüber in Verhandlung treten.

Über die genaue Abgrenzung des neuen Staates, welcher in der Hauptsache aus Kongreßpolen zu bilden wäre, wird später Entscheidung getroffen werden. Der deutsche Reichskanzler erklärte, daß zur militärischen Sicherung der deutschen Grenze gewisse Abtrennungen des jetzigen russisch-polnischen Gebietes erforderlich sein würden, doch sollten dieselben auf das militärisch unbedingt Nötige beschränkt werden. Das Gouvernement Suwalki wird dem neuen Königreiche nicht angehören. Baron Burián erklärte sich prinzipiell hiemit einverstanden und behielt sich auch seinerseits die vom österreichisch-ungarischen Standpunkt erforderlichen militärischen Grenzberichtigungen vor. Er äußerte ferner den Wunsch, daß von Litauen möglichst die Gebietsteile mit vorwiegend polnischer Bevölkerung — vor allem die Stadt Wilna — dem polnischen Staate zugeteilt werden. Der deutsche Reichskanzler stimmte dieser Auffassung grundsätzlich zu. Der polnische Staat soll schließlich, soweit dies im Frieden mit Rußland durchzusetzen sein wird, möglichst weit nach Osten ausgedehnt werden.

Die innere Verwaltung des polnischen Staates bleibt diesem überlassen, vorbehaltlich einer erforderlichen Übergangsperiode. In außenpolitischer Hinsicht wird Polen dem Bündnis der beiden

*) Siehe hierüber Graf Burián a. a. O., S. 78.

Zentralmächte angeschlossen, eine eigene auswärtige Politik kann Polen nicht führen. Die eventuellen Beschränkungen des Gesandtschaftsrechtes Polens bleiben weiterer Erwägung vorbehalten. Verträge mit anderen Staaten zu schließen, ist Polen nur insoweit berechtigt, als der Inhalt dieser Verträge nicht mit den in den Abmachungen der beiden Zentralmächte enthaltenen Beschränkungen in Widerspruch steht. Deshalb müssen die Verträge vorher den beiden Zentralmächten vorgelegt werden.

Polen erhält seine eigene Armee. Über deren Einrichtung sowie hinsichtlich der gesamten Organisation der militärischen Verhältnisse soll die erforderliche Vereinbarung durch eine gemischte militärische Kommission vorbereitet werden. Baron Burián wird dafür eintreten, daß hierbei die Aufsicht und oberste Leitung der Armee einheitlich sei und Deutschland zufalle. Der Abschluß der erforderlichen Militärkonvention wird nach Maßgabe der vorstehenden Gesichtspunkte seitens beider Zentralmächte erfolgen.

In wirtschaftlicher Hinsicht vertrat der deutsche Reichskanzler die Notwendigkeit der Einbeziehung des polnischen Staates in das deutsche Zollgebiet, und zwar unter dem Gesichtspunkt der eigenen ökonomischen Interessen des polnischen Staates. Baron Burián vertrat dagegen den Standpunkt, daß beide Zentralmächte gleiche ökonomische Rechte in Polen haben müßten, ein Zollanschluß an Deutschland aber eine Benachteiligung der österreichisch-ungarischen Interessen darstelle sowie politisch sehr bedenklich sei und daher ein eigenes polnisches Zollgebiet gebildet werden solle. Es wurde vereinbart, daß die Frage der praktischen Wirkungen der verschiedenen Zollsysteme zunächst durch Sachverständige geprüft werden soll. Baron Burián stellte die baldigste Entsendung solcher Sachverständiger nach Berlin in Aussicht.

Es wurde angeregt, daß aus den polnischen Eisenbahnen, die fast durchgängig russischer Staatsbesitz waren, eine Aktiengesellschaft gegründet werden solle. Der Aktienbesitz soll unter den Zentralmächten verteilt werden.

Die beiden Zentralmächte garantieren sich gegenseitig durch einen besonderen Vertrag, daß kein Teil ihrer bisherigen polnischen Landesteile dem neuen polnischen Staat zu fallen darf.»

5. Die Frage der zollpolitischen Stellung Polens im Fall der Pufferstaatlösung.

In der nächsten Zeit trat nun die Frage des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Polen und den beiden Mittelmächten, die in den eben erwähnten Beschlüssen offen blieb, in den Vordergrund der Erörterungen.

In einer gemeinsamen österreichischen und ungarischen Ministerbesprechung am 16. August*) ging die Meinung im allgemeinen dahin, daß die Einverleibung Polens in das deutsche Zollgebiet für Österreich-Ungarn ungünstiger sei als ein selbständiges polnisches Zollgebiet. Auch die Polen würden diese letztere Lösung gewiß vorziehen. Jedenfalls sei darauf zu achten, daß die Stellung Österreich-Ungarns in Polen dem Deutschen Reiche gegenüber keine inferiore sei. Hieraus könnten sich für die österreichische Regierung in Hinblick auf Galizien die größten Schwierigkeiten ergeben. Auch wirtschaftlich sei ein selbständiges Polen vorzuziehen, ganz abgesehen davon, daß die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Deutschland sehr erschwert würde, wenn letzteres auf die Ressourcen Polens rechnen kann. Die Angliederung Polens an eine der beiden Zentralmächte würde nach Ansicht der Konferenz unter allen Umständen mit schweren Schädigungen der polnischen Volkswirtschaft verbunden sein, besonders gelte das für die polnische Industrie. Da es aber außerordentlich schwierig sei, über das wirtschaftliche Schicksal Polens zu entscheiden, ohne in den anderen wirtschaftlichen Fragen, die im Gefolge des Krieges gelöst werden sollen, klar zu sehen, wurde empfohlen, die Frage vorerst dilatorisch zu behandeln. Für den Fall, wenn es doch zur Bildung eines selbständigen polnischen Zollgebietes kommen sollte, wurden auch die Modalitäten geprüft, unter welchen dieses Zollgebiet an das wirtschaftliche System der beiden Zentralmächte angegliedert werden solle, weil dies die einzige Möglichkeit darstelle, um Polen vom wirtschaftlichen Anschluß an Rußland zurückzuhalten. Als zweckmäßigste Lösung wurde eine Präferenzbehandlung seitens jeder der beiden Zentralmächte bezeichnet, wobei jedoch ein einvernehm-

*) «Aufzeichnung über die gemeinsame Ministerbesprechung vom 16. August 1916, betreffend die Einverleibung Polens in das deutsche Zollgebiet.» Im Archiv des Ministerium des Äußern.

liches Vorgehen als unerläßlich bezeichnet wurde. Eine Entscheidung über den Inhalt dieser Präferenz sowie darüber, ob sie von beiden Mächten gleichartig oder verschieden gewährt und ob die Polen von einer der beiden Mittelmächte gewährten Zugeständnisse auf Grund der Meistbegünstigung von der anderen in Anspruch genommen werden können, werde erst möglich sein, wenn die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland in der Hauptsache zu einem Abschluß gekommen sind. Dieser ganze Gedankengang, der zeigt, welch großes und schwieriges Problem für die Teilnehmer an der Ministerberatung die wirtschaftliche Struktur Polens im Verhältnis zu den beiden Mittelmächten bildete und wie wenig klar ihre Stellungnahme zu diesem Problem war, endete schließlich in folgender Feststellung:

«Es ergibt sich Einvernehmen darüber, daß Polen ein selbständiges Zollgebiet werden solle. Es ist vorgesehen, daß dieses selbständige Zollgebiet seitens der beiden Zentralmächte einvernehmlich in ein solches zollpolitisches Verhältnis zu den Zollgebieten der beiden Zentralmächte gebraucht werde, welches seitens dritter Staaten nicht beansprucht werden kann. Die Frage, ob seitens der beiden Zentralmächte Polen gleiche oder differentielle Begünstigungen gewährt werden und ob die Polen gewährten Begünstigungen auch im gegenseitigen Verhältnis der beiden Zentralmächte zu gelten haben oder nicht, muß vorläufig als offene Frage behandelt werden. Diesbezüglich müssen dormalen noch alle Möglichkeiten offen gelassen werden.»

6. Delegiertenverhandlungen über die zollpolitische Stellung Polens im Fall der Pufferstaatlösung.

In der Zeit vom 29. August bis zum 1. September 1916 fanden hierauf Delegiertenbesprechungen über die zollpolitische Stellung Polens statt, in deren Verlauf die Frage von allen Seiten eine gründliche Beleuchtung erfuhr.*)

Der deutsche Staatssekretär Dr. Helfferich bezeichnete die handelspolitische Angliederung Polens an das Deutsche Reich im gemeinsamen Interesse der beiden Zentralmächte und Polens

*) Bericht des Botschafters v. Mérey vom 6. September 1918 über die Delegiertenbesprechungen in Berlin, betreffend die zollpolitische Stellung Polens.

als die beste Lösung. Er begründete dies mit der Notwendigkeit, den Schwierigkeiten, die sich für Polen durch die Lösung von Rußland in wirtschaftlicher Hinsicht ergeben, dadurch abzuhefen, daß dem neuerstandenen Staate an Stelle des verlorenen Anschlusses an Rußland der Anschluß an ein anderes großes Wirtschaftsgebiet ermöglicht werde. Es seien keineswegs deutsche Interessen, welche die deutsche Regierung für die wirtschaftliche Angliederung Polens an das Deutsche Reich bestimmen. Dieser Anschluß sei ihr sogar an sich keineswegs übermäßig erwünscht, da die polnische Industrie eine gefährliche Konkurrentin der deutschen Industrie sei, sondern ausschließlich Gesichtspunkte, die Österreich-Ungarn ebenso sehr betreffen wie die Lebensinteressen Polens selbst. Für Deutschland sprechen die schon bisher vorhandenen überaus regen Verkehrs-, Handels- und finanziellen Beziehungen und der Umstand, daß Danzig den natürlichen Hafen Polens bilde. Es finde durch den Anschluß an Deutschland auf natürlichem Wege den Ersatz für das, was es in Rußland verliere. Ein selbständiges Zollgebiet brächte insbesondere der polnischen Industrie Schaden und würde auch sonst zu einer unbefriedigenden Entwicklung der polnischen Volkswirtschaft führen. Es sei zu befürchten, daß die hieraus sich ergebende Unzufriedenheit Polen dazu führen werde, wieder den Anschluß an Rußland zu suchen, was politisch sehr bedenklich und gewiß gefährlicher wäre, als wenn Polen überhaupt bei Rußland verbliebe. Dieser Gefahr könne nur durch den engsten Anschluß an das Deutsche Reich vorgebeugt werden.

Der österreichisch-ungarische Delegierte Botschafter Herr v. Mérey erwiderte, daß für Österreich-Ungarn der leitende Gesichtspunkt bei der Regelung der polnischen Frage der sei, in jeder Hinsicht ein nach Möglichkeit tatsächlich selbständiges Polen zu errichten. Dies sei in bezug auf die zollpolitischen Verhältnisse jedenfalls möglich, wie die Existenz viel kleinerer Staaten als Polen es beweise. Die Tatsache, daß Deutschland schon bisher in regen wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen gestanden sei, könne auch bei Errichtung des selbständigen Zollgebietes gewiß genügende Berücksichtigung finden. Die Selbständigkeit Polens sei nach der Auffassung Österreich-Ungarns vor allem eine politische Notwendigkeit und diese politischen Gesichtspunkte müsse es unbedingt aufrecht halten.

unbeschadet der im gegenwärtigen Zeitpunkt noch rein theoretischen Erörterung der Frage der Rückwirkung auf das wirtschaftliche Gebiet, worüber dermalen noch keine bindende Abmachung getroffen werden könne. In dieser Beziehung kämen für die Beurteilung der zollpolitischen Union Polens mit Deutschland drei Richtungen in Betracht: 1. die Rückwirkung auf das Interesse Deutschlands, 2. die Interessen Polens und 3. die Interessen Österreich-Ungarns. Herr v. Mérey schlug vor, die Erörterung des ersten Punktes aus der Diskussion zu eliminieren, da einerseits kaum zu widerlegende Gründe dafür sprechen, daß Deutschland aus der wirtschaftlichen Angliederung Polens erhebliche Vorteile erwüchsen, andererseits diese Tatsache für Österreich-Ungarn, das sich ja nicht von Neid und Eifersucht leiten lasse, nicht ausschlaggebend wäre, wenn nicht die im Falle der Annahme der deutschen Kombination für Polen selbst und für Österreich-Ungarn erwarteten Nachteile der Monarchie die Akzeptierung des deutschen Standpunktes unmöglich erscheinen ließen.

Deutscherseits wurde nun — insbesondere vom Unterstaatssekretär Dr. Richter — ausgeführt, daß es fraglich sei, ob ein selbständiges Polen wirtschaftlich lebensfähig wäre. Der Hinweis auf andere kleine Staaten sei nicht stichhältig, denn es handle sich bei diesen um das Ergebnis einer allmählichen Entwicklung, während Polen gewaltsam und plötzlich aus einem wirtschaftlichen Organismus, dem es bisher angehörte und innerhalb dessen es sich entwickelt hat, herausgerissen werde. In landwirtschaftlicher Hinsicht produziere Polen genügend, um sich selbst erhalten zu können und sei so sehr entwicklungsfähig, daß wahrscheinlich sogar eine Exportmöglichkeit vorliege. Gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie z. B. Kartoffeln, seien in natura oder zu Spiritus verarbeitet in erheblichen Mengen stets nach Rußland ausgeführt worden. Wenn nun dieser russische Absatz abgeschnitten werde, so müßte ein Absatz nach anderer Richtung gesucht werden. In dieser Hinsicht biete Deutschland ein sehr erwünschtes *Débouché*. In noch höherem Maße gelte dies für die polnische Industrie, die im eigenen Lande keinen Absatz finden könne. Die Baumwollindustrie sei nur lebensfähig, wenn sie nach Rußland exportieren oder einen solchen Markt erhalten könne, der ihr den russischen ersetze. Als solcher käme nur der deutsche in Betracht. Wenn

man der polnischen Industrie diesen Markt durch Zollgrenzen verschließe, so werde sie notgedrungen einen anderen Weg suchen, sei es über See, sei es durch Wiederanlehnung an Rußland. Hievon werde man ein zollpolitisch selbständiges Polen mit keinen Machtmitteln abhalten können. In finanzieller Hinsicht könne Polen schwer auf eigenen Füßen stehen. Es würde nicht imstande sein, die Mittel für seine Armee, seine Verkehrsanlagen usw. aufzubringen. Auf direkte Steuern könne man nach dem bisherigen Steuersystem und der ganzen Veranlagung des Landes und seiner Bevölkerung nicht in erheblicherem Maße greifen, die indirekten Steuern seien ohnehin schon bis an die Grenze der Tragfähigkeit ausgenützt und eine weitere Erhöhung könne nur Unzufriedenheit im Lande hervorrufen. Die Haupteinnahmequelle würden also die Zölle bilden. Polen müßte daher, um höhere Einnahmen zu erzielen, sehr hohe Zölle einführen, wodurch es sich vom Auslande immer mehr abschließen würde. Im Falle der Zollunion aber könnte Deutschland Polen eine genügende Zollquote überlassen, um es finanziell lebensfähig zu machen. Auch vom Standpunkt des Selbstständigkeitsgefühles der Polen — wurde von deutscher Seite ausgeführt — sei der Anschluß Polens an das deutsche Wirtschaftsgebiet vorzuziehen, denn uneingeschränkt werde man Polen das Recht auf Abschluß von Handelsverträgen doch nicht einräumen können, und ein wirtschaftliches Servitut auf diesem Gebiete würde ein viel stärkeres Gefühl der Abhängigkeit zur Folge haben, als wenn Polen in den ganzen großen Komplex der deutschen Volkswirtschaft eingereiht werde. Deutschland wäre auch nicht in der Lage, für eine Verbesserung der Verkehrswege in Polen, so insbesondere für die Zwecke der Weichselregulierung und der Einrichtung des Wasserweges nach Danzig auf polnischem Gebiete, Beitrag zu leisten, wenn Polen wirtschaftlich selbständig würde.

Österreichisch-ungarischerseits wurde das Hauptgewicht auf das politische Moment gelegt. Wenn schon Polen gewisse Einschränkungen seiner staatlichen Selbständigkeit auf militärischem und politischem Gebiet hinnehmen müsse, so solle ihm wenigstens die wirtschaftliche Selbständigkeit eingeräumt werden. Man könne es keinesfalls als ausgemacht halten, daß Polen das Recht, seine Handelsverträge unabhängig von den Zentralmächten zu schließen, nicht zugestanden werden könne.

Überdies aber sei die Zollunion jedenfalls eine weitergehende und drückendere Beschränkung der Autonomie, als selbst das eventuelle Erfordernis der Zustimmung der Zentralmächte zu einzelnen Handelsverträgen. Es wurde österreichisch-ungarischerseits aber auch in Zweifel gezogen, daß Polen wegen seiner Überproduktion als selbständiges Zollgebiet nicht bestehen könne. Nach dem vom Verein der Industriellen Polens über «Die Handelsbilanz des Königreiches Polen» herausgegebenen Werke sei Polen in landwirtschaftlichen Produkten des Ackerbaues, der Gartenkultur, der Viehzucht sowie der damit zusammenhängenden Industrien mit über 60 Millionen Rubel passiv. Dieses Passivum werde durch die Einfuhr an entsprechenden Produkten aus Rußland, die einen Wert von 75 Millionen Rubel repräsentieren, gedeckt, und nur dadurch wurde es ermöglicht, daß Polen einen Export im Werte von 15 Millionen Rubel erreiche. Das Passivum der polnischen Handelsbilanz in Getreide allein betrage 11·7, in Mehl 19·2 Millionen Rubel, so daß die Produktion Polens nicht einmal für den eigenen Bedarf genüge. Es sei somit überflüssig, Polen nur deshalb zollpolitisch an Deutschland anzugliedern, damit es für seine — tatsächlich gar nicht vorhandenen — landwirtschaftlichen Überschüsse ein *Débouché* erhalte. Auf eine rasche Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und insbesondere des Getreidebaues sei durch Änderung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Landes gleichfalls nicht zu rechnen, da der durchschnittliche Ertrag des Bodens in Polen heute schon erheblich den russischen Ertrag übertreffe und ziemlich auf gleicher Stufe mit jenem in Galizien stehe. Die Änderung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Landes werde daher an und für sich nicht ein Steigen des Bodenertrages herbeiführen können; die Voraussetzung hiefür bilde eine rationellere Bewirtschaftung und die Agrarreform, welche aber so delikate Seiten der sozialen und nationalen Struktur des Landes berühre, daß sie besser von einer selbständigen nationalen Regierung, als durch deutsche Initiative oder doch unter deutschem Einfluß durchzuführen sein werde. Was die Lage der polnischen Industrie betrifft, zeige die Handelsstatistik, daß diese Industrie in der Rohstoffbeschaffung in hohem Maße vom Ausland abhängig sei. Das Passivum der polnischen Handelsbilanz an industriellen Roh-

stoffen betrage etwa 180 Millionen Rubel, wovon ein Drittel durch Importe aus Rußland, zwei Drittel durch solche aus dem Ausland gedeckt werden. Bei der nach dem Kriege zu gewärtigenden stürmischen Nachfrage nach industriellen Rohstoffen werde denn auch die polnische Industrie schwerlich in der Lage sein, ihren Rohstoffbedarf rechtzeitig zu decken, am wenigsten jedoch im Falle der Zollunion mit Deutschland, weil die deutsche Industrie wohl trachten werde, sich mit den in das deutsche Wirtschaftsgebiet gebrachten Rohstoffen erst selbst zu versorgen. Die Handelsbilanz der polnischen Fertigindustrie zeige ein Aktivsaldo von 176 Millionen Rubel, welches sich ausschließlich aus den Exportüberschüssen nach Rußland (in der Textilindustrie von 194 Millionen Rubel, in der Lederindustrie von 20 Millionen Rubel) ergebe. In allen anderen Zweigen der Fertigindustrie sei Polen passiv. Der industrielle Export Polens nach Rußland bewertete sich im ganzen auf 325·2 Millionen Rubel, wolehem eine Einfuhr im Werte von 148·6 Millionen Rubel aus dem Auslande gegenüberstehe. Wenn es also auch feststehe, daß die polnische Industrie ihre Entwicklung dem Absatze nach Rußland verdanke, so könne andererseits darauf hingewiesen werden, daß die russische Industrie in Polen selbst einen großen Markt gefunden habe; der Jahreswert der russischen Industrielieferungen nach Polen lasse sich mit 135·4 Millionen Rubel berechnen, wovon 70 Millionen allein auf Gewebe fallen. Hieraus folge, daß durch die Loslösung Polens von Rußland der innere Markt der polnischen Industrie im Falle der Errichtung des selbständigen Zollgebietes einen erheblichen Ersatz durch die Ausschaltung der russischen und sonstigen fremden Konkurrenz zu bieten vermöchte, welcher Vorteil im Falle der zollpolitischen Angliederung an Deutschland unbedingt an die deutsche Industrie verloren ginge. Auch in industrieller Beziehung sei daher in der Zollunion mit Deutschland eher ein Nachteil für die wirtschaftliche Entwicklung Polens zu sehen. Bezüglich der deutscherseits vorgebrachten finanziellen Einwendungen wurde schließlich österreichisch-ungarischerseits betont, daß diese Frage noch einer eingehenden Prüfung der Ertragsfähigkeit der Einnahmequellen Polens erfordere, die sich wohl nicht nur bei den Zöllen steigern lassen werde.

Deutscherseits wurde auch die Frage berührt, der polnischen Industrie für eine gewisse Übergangszeit den Absatz in Rußland zu ermöglichen, in welcher Hinsicht Polen keinesfalls sich selbst überlassen bleiben dürfe, weil es sonst den Anschluß an Rußland betreiben könnte. Rußland aber habe ein Interesse daran, sich seinen alten Baumwoll- und Wollwarenlieferanten für einige Zeit zu erhalten, so daß anzunehmen sei, daß es ein Übergangsregime zugestehen werde. Österreichisch-ungarischerseits wurde dieser Anregung Skepsis entgegengebracht, weil Rußland keine Ursache habe, Polen den neuen Zustand annehmlich zu machen und ihm den Übergang zu erleichtern. Abgesehen davon wurde darauf verwiesen, daß ein solches Übergangsregime für Polen nur dann seinen Zweck erfüllen würde, wenn es für längere Zeit, beispielsweise zehn Jahre, durchgesetzt werden könnte. Das wäre aber bedenklich, da dies ein deutlicher Hinweis auf die Unentbehrlichkeit Rußlands für Polen wäre und bei jeder Staffel der sukzessiv eintretenden Zollerhöhungen neue Klagen der Polen entstehen würden. Die Polen würden die wirtschaftliche Trennung von Rußland bei gleichzeitiger Herstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit leichter in den Kauf nehmen, weshalb ein Übergangsregime auch politisch kaum annehmbar erscheine.

Österreichisch-ungarischerseits wurden Befürchtungen geäußert, daß die zollpolitische Vereinigung Polens mit Deutschland den wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns nachteilig wäre. Es sei zu befürchten, daß man die deutsche Landwirtschaft und Industrie, die sich durch die Union mit Polen geschädigt fühlen würden, auf Kosten der landwirtschaftlichen und industriellen Ausfuhr Österreich-Ungarns nach Deutschland entschädigen werde. Bisher seien in Polen Deutschland und Österreich-Ungarn gleichgestellt gewesen, durch die zollpolitische Vereinigung Polens mit Deutschland würde diese Gleichstellung der Monarchie aufgehoben, das wäre also eine Verschlechterung des Zustandes vor dem Kriege. Auch für den Transit nach Rußland würde die Monarchie, wenn sich ein mit Deutschland wirtschaftlich vereinigt Polen zwischen die Monarchie und Rußland einschieben würde, in die volle Abhängigkeit von Deutschland geraten. Deutscherseits wurde die Absicht, den Agrariern oder den Industriellen für die zollpolitische Union

mit Polen Zugeständnisse zu gewähren, entschieden in Abrede gestellt. Eines gewissen agrarischen Schutzes gegenüber der Monarchie werde Deutschland allerdings unbedingt bedürfen. Was den industriellen Export Polens anbelangt, so wäre die Möglichkeit gegeben, durch Zustimmung gewisser Ausfuhrkontingente zu ermäßigten Zollsätzen nach Rußland den Andrang der polnischen Fabrikate auf den deutschen Markt für eine kurze Übergangszeit einzudämmen. Im übrigen könnten Zwischenzölle zwischen Deutschland und Polen, welche auch österreichisch-ungarischerseits für polnische Provenienzen eingehoben werden müßten, eine ausgleichende Wirkung ausüben. Was die Gleichstellung der beiden Zentralmächte auf dem polnischen Markte betreffe, so liege die Remedur für Österreich-Ungarn in der Gewährung begünstigter Zölle für seine speziellen Exportartikel. Die Durchfuhr durch Polen werde gewiß ungehindert bleiben und könne im Wege von Freilagern geregelt werden. Für die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland müsse man mit den größten Schwierigkeiten rechnen, wenn man mit Polen als einem wirtschaftlich selbständigen Staate sich zu verständigen haben sollte. Es käme dann ein dritter Kompaziszent hinzu, dessen Warenverkehr nach den beiden Zentralmächten durch ein kompliziertes System von Zwischenzöllen, Ursprungszertifikaten u. dgl. erschwert wäre. Außerdem wäre es grundsätzlich besser, zu vermeiden, daß die beiden Zentralmächte, die ja zueinander in ein engeres wirtschaftliches Verhältnis treten sollen, sich nicht in jeder Beziehung die Meistbegünstigung gewähren. Da Deutschland für die Ausfuhr gewisser Artikel Polen die Zollfreiheit zugestehen und der polnischen Volkswirtschaft dadurch nützen könnte, ohne Österreich-Ungarn zu schaden, das gleiche Zugeständnis aber Österreich-Ungarn nicht gewährt werden könnte, erscheine die deutsch-polnische Zollunion doch in jeder Beziehung als die zweckmäßigste Lösung.

Die Delegiertenbesprechung schloß, ohne daß es zu einer Einigung gekommen wäre. Für längere Zeit verschwanden jedoch die wirtschaftlichen Fragen von der Tagesordnung und sie sollten nur mehr in einem Zeitpunkt, in dem sich die Grundtendenzen in der polnischen Frage völlig verschoben hatten, wieder zur Sprache kommen.

7. Proklamierung des Königreiches Polen.

Im Oktober 1916 wurden deutscherseits mit Berufung auf die militärische Lage zwei Wünsche geäußert,*) die Polen bestraften. Der eine Wunsch ging dahin, daß so bald als möglich eine polnische Armee gebildet werde, welche an der Seite der Mittelmächte besonders gegen Rußland kämpfen sollte. Der andere Wunsch ging dahin, daß Österreich-Ungarn das Generalgouvernement Lublin der deutschen Militärverwaltung überlasse.

Diese beiden Wünsche wurden bei der Begegnung, die am 18. Oktober 1916 im deutschen Hauptquartier in Pleß zwischen dem deutschen Reichskanzler Bethmann-Hollweg, dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Baron Burián und den beiden Heeresleitungen stattfand, eingehend erörtert.***) In der Armeefrage wurde beschlossen, daß schon am 23. Oktober in Warschau eine gemischte Kommission zusammentreten solle, um die Organisation der polnischen Armee vorzubereiten. Nach Abschluß dieser Arbeiten sollte, wie vereinbart wurde, jene Proklamation Deutschlands und Österreich-Ungarns an die polnische Nation veröffentlicht werden, durch welche die Selbständigkeit der polnischen Nation anerkannt wurde. Dann sollte unverzüglich mit der Werbung der militärischen Organisation der polnischen Armee, die als eine Freiwilligenarmee gedacht war, begonnen werden. Die Forderung einer Abtretung des Gouvernements Lublin an die deutsche Militärverwaltung wurde entschieden abgelehnt.

Am 5. November 1916 wurde dann die Zwelmächteproklamation ausgegeben und in Warschau feierlich verkündet.***)

Kurz darauf starb Franz Josef I. und bald nachher trat auch Baron Burián das Ministerium des Äußern an den Grafen Czernin ab.

8. Stillstand in den Verhandlungen über das definitive Schicksal Polens.

Die Aussprache über das definitive Schicksal Polens, die von Mitte 1915 bis Mitte 1916 die Kabinette in Deutschland und in Österreich-Ungarn so viel beschäftigt hatte, trat in der ersten

*) Tagesbericht des Ministeriums des Äußern vom 10. Oktober 1916.

**) Siehe Graf Burián a. a. O., 82 f.

***) Telegramm Baron Andrians vom 5. November 1916, Nr. 187.

Zeit der Amtstätigkeit des Grafen Czernin mehr in den Hintergrund. Er selbst führt in seinen Denkwürdigkeiten *) aus, daß er im Jänner 1917 in einem gemeinsamen Ministerrat dieser Frage skeptisch gegenübergestanden sei. Er war der Ansicht, daß der Krieg nicht mit einem Diktatfrieden seitens der Mittelmächte beendet werden würde, was, auf Polen angewendet, heißt, daß sich auch die polnische Frage nicht ohne Hinzutun der Entente lösen lassen werde, daß es daher auch nicht viel Sinn habe, solange der Krieg dauert, faits accomplis zu schaffen. Er deutete jedoch gleichzeitig an, daß es sein Hauptzweck sei, in Polen zu bleiben und bei Friedensschluß im Verhandlungswege gemeinsam mit der Entente und den Bundesgenossen die austropolnische Lösung zu erreichen. Offenbar war somit Graf Czernin nicht geneigt, sich den Standpunkt Buriáns, welcher der deutschpolnischen Lösung bereits zugestimmt hatte, zu eigen zu machen. Er stützte seine Hoffnung, die austropolnische Lösung dennoch zu erreichen, hauptsächlich auf die Tatsache, daß ein großer Teil der polnischen Politiker für die austropolnische Lösung eingenommen war und diese der Eventualität der deutschpolnischen Lösung vorzog. Es bestand also die Hoffnung, daß Polen, wenn es sein Selbstbestimmungsrecht erlangt und wenn der Krieg einen für die Mittelmächte halbwegs günstigen Ausgang nimmt, sich von selbst für den Anschluß an Österreich-Ungarn aussprechen werde. Graf Stephan Tisza wiederholte auch bei dieser Gelegenheit seinen ablehnenden Standpunkt gegen die austropolnische Lösung und war dafür, daß Österreich-Ungarn sein Anrecht auf Polen gegen wirtschaftliche und finanzielle Zugeständnisse an Deutschland überlasse. Sein österreichischer Kollege Graf Clam dagegen trat für die austropolnische Lösung ein.

Um dieselbe Zeit, am 22. Februar 1917, sah sich Graf Tisza auch bewogen, in einem Privatschreiben, daß er an den Grafen Czernin richtete und das in den Denkwürdigkeiten Czernins im Wortlaut veröffentlicht ist, **) für den Fall eines «wenn auch nicht wahrscheinlichen, so doch nicht unmöglichen Fall eines neuen Hervortretens der austropolnischen Lösung» daran zu erinnern, daß eine Angliederung Polens an die Monarchie die

*) S. 281.

**) S. 274 f.

dualistische Struktur dieser letzteren unter keinen Umständen tangieren dürfe, was seinerzeit von den damaligen Leitern des Ministeriums des Äußern und den beiden Ministerpräsidenten ausdrücklich anerkannt und von Franz Josef I. genehmigend zur Kenntnis genommen wurde. Er führte in diesem Schreiben die Gründe an, die dafür sprechen, daß Polen auch in diesem Falle nicht als dritter gleichberechtigter Faktor zu Österreich oder Ungarn kommen dürfe, sondern nur mit Österreich vereint werden könne, so daß die Monarchie auch weiterhin aus zwei gleichberechtigten Teilen bestanden haben würde; aus dem um Polen vergrößerten Österreich einerseits und aus Ungarn andererseits. Auch diese Opposition Tizzas hat wohl dazubeigetragen, daß das polnische Problem einstweilen ruhte.

Die Zeit wurde mit Verhandlungen über den Ausbau des polnischen Staatswesens ausgefüllt. Im Mai hatte der provisorische Staatsrat in dieser Angelegenheit ein Memorandum ausgearbeitet, welches nach längeren Verhandlungen zu dem Patent vom 12. September 1917, betreffend die Staatsgewalt im Königreiche Polen, führte. In diesem Patent wurde ein aus drei Mitgliedern bestehender Regentschaftsrat eingesetzt, der die oberste Staatsgewalt im Königreiche Polen bis zu ihrer Übernahme durch einen König oder Regenten bekleiden sollte und dem ein verantwortliches Ministerium beigegeben wurde. Die gesetzgebende Gewalt wurde dem Regentschaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates übertragen. Dieser Staatsrat, als dessen Sitz Warschau bezeichnet wurde, hatte 100 Mitglieder. Unter diesen waren 12 Virilisten (6 katholische Bischöfe, 2 protestantische Superintendenten, der Präsident der Warschauer jüdischen Gemeinde, 2 Universitätsrektoren und der erste Präsident des Obergerichtes), 58 von den Stadträten, beziehungsweise Kreisräten gewählte und 30 vom Regentschaftsrat ernannte Mitglieder. Dem Staatsrat, dessen Beratungen für nichtöffentlich erklärt wurden, war das Recht eingeräumt, Gesetzentwürfe vorzuschlagen, über den Staatshaushalt zu beschließen und einen Verfassungsentwurf für Polen sowie eine Wahlordnung für die Landbotenkammer und den Senat des künftigen polnischen Landtages festzustellen. Ohne seine Zustimmung konnten neue Steuern nicht eingeführt, bestehende nicht erhöht werden.

9. Vordringen der austropolnischen Lösung.

Im Laufe des Jahres 1917 traten mehrere Änderungen in der Lage ein, die ein Zurückgreifen auf die austropolnische Lösung zur Folge hatten.

Der in diesem Jahre eingetretene Zusammenbruch Rußlands rückte die Möglichkeit nahe, daß Polen von Rußland dauernd getrennt bleiben werde. Es mußte daher neuerdings erwogen werden, in welcher Weise die polnische Frage in einer den Interessen der Mittelmächte entsprechenden Form gelöst werden könnte. Gleichzeitig war aber in Deutschland mancher Zweifel darüber aufgetaucht, ob Deutschland sich mit einer dauernden Hegemonie in Polen nicht allzusehr belasten würde. In den militärischen Kreisen war der Wunsch, daß Deutschland die Herrschaft über Polen in der einen oder in der anderen Form behalte, wohl immer noch vorhanden, und in der Tat haben einflußreiche militärische Kreise auch weiterhin stets in diesem Sinne gewirkt, für die Politiker aber war die Aussicht, sich mit dieser stacheligen Frage abgeben zu müssen, eher unangenehm, und man fand, daß Österreich-Ungarn, das ohnehin verschiedene Nationen und Nationalitäten in sich vereinte, zur Lösung einer solchen Aufgabe geeigneter wäre. Auch die Stimmung in Polen war einer Vereinigung mit Österreich-Ungarn günstiger. Dazu kam, daß einzelne deutsche Staatsmänner, wie z. B. Reichskanzler Graf Hertling, mit Hilfe der Überlassung Polens an Österreich-Ungarn ein ihnen wichtiger erscheinendes Ziel, nämlich den wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns, erreichen zu können hofften. Endlich waren einige in diesem Jahre eingetretene Personalveränderungen dem Zurückgreifen auf die austropolnische Lösung günstig. Insbesondere Herr v. Kühlmann, der an die Spitze der auswärtigen Politik Deutschlands trat, war von Anbeginn an ein Anhänger dieser Lösung. Graf Tisza aber, der sich ihr auf österreichisch-ungarischer Seite entgegengestemmt hatte, war schon im Mai von den Geschäften zurückgetreten.

Am 1. und 6. September 1917 kamen Herr v. Kühlmann und Graf Czernin in Berlin und in Wien zu Besprechungen zusammen. Bei dieser Gelegenheit kam Herr v. Kühlmann aus eigener Initiative auf die austropolnische Lösung der Polenfrage zurück. Er erklärte sich bereit, sich für eine solche Lösung einzusetzen und

keine Einwendungen dagegen zu erheben, daß die Agitation für den Anschluß Polens an Österreich-Ungarn offen betrieben werde, falls die Monarchie bereit wäre, Abmachungen zu einer Vertiefung des bestehenden Bundesverhältnisses in Form militärischer Konventionen und eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses die Hand zu bieten, ferner Deutschland gewisse Grenzrekifikationen auf Kosten Polens zu bewilligen und endlich die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Deutschlands in Polen zu sichern. Graf Czernin war geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Er verlangte jedoch,*) daß die Gebietsabtretungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Gegen eine Ausgestaltung des militärischen Bündnisses erhob er prinzipiell keine Einwendungen und schlug vor, daß sich über diese Frage vorerst die beiden Heeresleitungen ins Einvernehmen setzen. Für eventuelle Gebietsabtretungen solle Polen im Osten entschädigt werden. Schließlich verlangte er, daß die Hoheitsrechte des Herrsehers (dem Grafen Czernin schwebte eine Personalunion zwischen Polen und Österreich-Ungarn vor) in Polen in keiner Weise eingeschränkt werden, insbesondere müßte das Monarchenabkommen über die künftige oberste Leitung der polnischen Armee außer Kraft gesetzt werden. Später**) präziserte Graf Czernin seine Vorschläge bezüglich der von Deutschland geforderten Grenzrekifikationen noch dahin, daß er bereit sei, einzuwilligen, daß der nördliche Teil des Gouvernements Suwalki mit Deutschland vereinigt werde. Als Kompensation für Polen verlangte er das Gebiet von Bialystok, wo die Bevölkerung polnisch oder doch größtenteils polnisch sei. Von den wirtschaftlichen Abmachungen über ein zwischen Deutschland und der Monarchie abzuschließendes Wirtschaftsbündnis brauchte nicht ausführlich gesprochen zu werden, da die Verhandlungen hierüber um jene Zeit bereits in vollem Gange waren.

In Besprechungen mit führenden polnischen Politikern wurde der Plan erwogen, erst den Friedenssehluß mit Rußland abzuwarten, dann aber solle der polnische Regentsehaftsrat auf Grund eines Mandates der Nation die polnische Königs-

*) Erlaß an den Prinzen Hohenlohe vom 18. November 1917, Nr. 6020.

**) Brief des Grafen Czernin an Herrn v. Kühlmann vom 14. Dezember 1917, Nr. 6501.

krone dem Kaiser und König Karl antragen, der sich etwa sechs Monate später zum König von Polen krönen ließe.

Die Freigebung der Agitation für die austropolnische Lösung führte tatsächlich dazu, daß aus Polen Adressen in großer Menge einliefen, in denen die Vereinigung des Landes mit Österreich verlangt wurde. Gegen diese Lösung gab es jedoch in Polen und in Deutschland immer eine gewisse Strömung, welche unter dem Schlagwort, daß Polen seinen Herrscher frei wählen solle (Kandidatenlösung), gegen die Personalunion zwischen Polen und Österreich-Ungarn Stellung nahm. Von dieser Bewegung unter den Polen wurde vielfach angenommen, daß die über das Fallenlassen der deutschpolnischen Lösung unzufriedenen militärischen Kreise Deutschlands ihr nicht ganz ferne standen.

Die Vorteile der austropolnischen Lösung erblickte man für Österreich-Ungarn darin, daß sie eine Lösung der galizischen Frage ohne territorialen Verlust für die Monarchie und unter Beseitigung der in jedem anderen Falle drohenden Gefahr einer polnischen Irredenta ermöglicht hätte. Durch das Ausscheiden Galiziens aus dem Verband Österreichs wäre aber auch die innere Lage in Österreich günstig beeinflußt worden, da dadurch das Deutschtum im österreichischen Reichsrat die Mehrheit erlangt haben würde. Schließlich kam auch der Macht- und Prestigezuwachs für die Monarchie in Betracht. Vom deutschen Standpunkt aus schien es ein Vorteil dieser Lösung zu sein, daß Deutschland dadurch die volle Sicherheit an seiner polnischen Grenze erhalten haben würde. Im Falle der deutschpolnischen Lösung hätte sich — wegen der politischen Lage in den preussischen Ostprovinzen entspringenden tiefen Gegensatzes zwischen Polen und Deutschen — ein freies Regime in Polen nicht ohne schwere Nachteile für die deutschpolnischen Beziehungen aufrecht halten lassen, woraus sich die Notwendigkeit ergeben konnte, Polen unter Anwendung von Gewaltmaßregeln als unterjochte Provinz zu regieren. Auch das sprach für die austropolnische Lösung. Vom polnischen Standpunkte aus schien diese Lösung günstig zu sein, weil sie den Polen Galizien verschaffte, auch hatten sich die Polen im alten Österreich relativ wohl befunden.

Kaiser Wilhelm wurde für die austropolnische Lösung von Herrn v. Kühlmann während der Reise gewonnen, die der Kaiser

im Herbst 1917 nach Konstantinopel unternommen hatte. Kaiser Wilhelm ist auf diese Lösung nicht leicht eingegangen; wenn er es dennoch tat, so scheint dabei ausschlaggebend gewesen zu sein, daß er auf diesem Wege zu der von ihm angestrebten Vertiefung des Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu gelangen hoffte. Aber auch Kaiser Karl schwärmte niemals für die austropolnische Lösung. Er war vom ersten Tage der Thronbesteigung angefangen im Klaren darüber, daß die Mittelmächte einen Sieg, welcher es ihnen ermöglichen würde, über so wichtige Fragen, wie es die polnische Frage ist, selbständig zu entscheiden, nicht davontragen werden und hielt darum die Beschäftigung mit dem Plane einer austropolnischen Lösung für ein müßiges Spiel. Dabei war er der Ansicht, daß das Spielen mit diesem Gedanken auch seine Gefahren habe, da es eventuell das Mißtrauen gegen die Mittelmächte erhöhen und die Aussichten auf einen Verständigungsfrieden verringern konnte. Endlich war ihm jene Vertiefung des militärischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit Deutschland, welche dieses für die Überlassung Polens an Österreich-Ungarn begehrte, nichts weniger als sympathisch. Er war an sich dagegen, befürchtete aber auch, daß diese Pläne die Chancen eines Verständigungsfriedens schmälern könnten. Wiederholt wollte er die austropolnische Lösung offen aufgeben und Graf Czernin mußte ihm in verschiedenen Telegrammen aus Brest-Litowsk und Bukarest immer wieder zureden, bei dieser Lösung auszuharren.

10. Verfassungsrechtliche Form der eventuellen Angliederung Polens an Österreich-Ungarn.

Es war klar, daß im Falle der Angliederung Polens an die Monarchie die ohnehin nicht einfache verfassungsrechtliche Konstruktion der Monarchie sich noch schwieriger gestalten mußte. Eingehende und ernste Verhandlungen über diese Frage haben zwischen den maßgebenden Stellen nicht stattgefunden, doch war es klar, daß es dabei große Schwierigkeiten zu überwinden geben würde.

Auf ungarischer Seite stellte man sich, dem Standpunkte des Grafen Tisza entsprechend, die Angliederung Polens etwa so vor, daß in den für die gemeinsamen Angelegenheiten Österreichs und Ungarns kompetenten Delegationen die österreichi-

sche Delegation von Österreich und Polen gemeinsam zu wählen gewesen wäre, ihr wäre dann die ungarische Delegation in ihrem alten Gefüge mit paritätischen Rechten gegenübergestanden.

Österreichischerseits dagegen hielt man diese Lösung nicht für möglich. Man stellte sich in Wien das Gefüge der Monarchie im Falle der Begründung einer österreichisch-ungarisch-polnischen Monarchie etwa folgendermaßen vor:

Österreich-Ungarn, dessen dualistisches Gefüge dem ungarischen Wunsche zufolge unberührt bleibt, wird in Personalunion mit Polen verbunden. Die Union sollte sich jedoch nicht bloß auf die Person des Herrschers, sondern auch auf eine Anzahl im gemeinsamen Einvernehmen zu regelnder Fragen erstrecken.

Als unbedingt gemeinsam sollte bezeichnet werden: die Person des Souveräns, das gleiche Erbfolgerecht (Pragmatische Sanktion) und die gemeinsame auswärtige Vertretung.

Auch die Verteidigung nach außen hin sollte gemeinsam sein, doch gab es dabei zwei Möglichkeiten. Nach der einen hätte ein einheitliches Heer für die ganze Monarchie errichtet werden sollen, daneben wäre neben der schon bestehenden österreichischen, ungarischen und kroatischen Landwehr auch eine polnische Landwehr zu bilden gewesen. Nach der zweiten Alternative sollte jedes Land sein eigenes Heer erhalten, mit gleicher Bewaffnung, gleichem Wehrgesetz und einem gemeinsamen großen Generalstab, der aus den hiezu kommandierten Offizieren der drei separaten kleinen Generalstäbe zu bilden gewesen wäre. Die Dienstsprache des großen Generalstabes sollte die deutsche sein.

Als gemeinsam wurde schließlich das Zollgebiet und das Währungswesen gedacht.

Große Schwierigkeiten mußte die Regelung der Gesetzgebung für die gemeinsamen Angelegenheiten bereiten. Diesbezüglich wurden in Wien die folgenden Alternativen erörtert:

Das legislatorische Forum für die Angelegenheiten der gemeinsamen Verteidigung und auswärtigen Vertretung wäre eine entsprechend ergänzte Delegation, in welcher Beschlüsse, um die Majorisierung zu vermeiden, in gemischter Sitzung mit etwa Dreiviertelmehrheit gefaßt werden müßten.

Eine andere Alternative wäre die völlige Abschaffung der Delegationen bei direkter Verantwortlichkeit des Kriegsmini-

sters und des Ministers des Äußern vor den einzelnen Parlamenten.

Eine dritte Alternative erblickte man darin, die Delegationen in ihrem Wesen unverändert zu lassen, d. h. die Polen in dieselbe nicht einzubeziehen. Dafür sollte gleichzeitig und auf demselben Orte, wo die Delegationen tagten, auch eine zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten kompetente polnische parlamentarische Kommission tagen.

Keine dieser Alternativen schien jedoch geeignet, eine alle Teile befriedigende Lösung der Frage herbeizuführen, und so blieb es bis zuletzt im Dunkel, in welcher Weise man sich die Einfügung Polens in die österreichisch-ungarische Monarchie verfassungsrechtlich eigentlich vorstellte. Die angedeuteten Alternativen und Möglichkeiten, die nur privat diskutiert worden sind, hatten nach keiner Richtung hin einen offiziellen Charakter. Die offiziellen Kreise haben im Gegenteil zu dieser Frage überhaupt niemals definitiv Stellung genommen.

11. Deutscherseits verlangte Gegenkonzessionen.

Über die Bedingungen, unter welchen Deutschland der austropolnischen Lösung zuzustimmen bereit war, entspannen sich äußerst langwierige Erörterungen. Diese Bedingungen betrafen teils Grenzrektifikationen sehr wesentlicher Art, teils wirtschaftliche Vorrechte, die sich Deutschland in Polen sichern wollte, teils einen festeren Zusammenschluß Österreich-Ungarns mit Deutschland sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung.

12. Deutsche Grenzforderungen.

Am 14. Dezember 1917 hatte Graf Czernin seinen deutschen Kollegen Herrn v. Kühlmann über seinen Standpunkt zu den Grenzforderungen Deutschlands informiert. Unter Berufung auf das Gutachten der österreichisch-ungarischen militärischen Sachverständigen erklärte er die Forderung Deutschlands nach einer Verbesserung seiner strategischen Grenze im Norden Polens für gerechtfertigt. Nach Ansicht dieser Sachverständigen wäre die Abtretung der Hälfte des Gouvernements Suwalki und eines großen Teiles des Gouvernements Lomza tatsächlich nötig, um Deutschland eine wirklich gute strategische Grenze

zu geben. Das in Rede stehende Gebiet hatte einen Umfang von 9000 Quadratkilometer und rund eine halbe Million Einwohner. «Ich meinerseits» — führte Graf Czernin aus — «wollte mich, um dem von General Ludendorff so nachdrücklich aufgestellten Postulat nach einer sicheren Grenze geehrt zu werden, nicht gegen diese Abtretungen, die über den Rahmen einer Grenzkorrektur stark hinausgehen, aussprechen, obwohl ich mir darüber klar bin, daß besonders die Zession eines Gebietes mit mehreren hunderttausend Einwohnern rein polnischer Abstammung und Sprache, wie das der nördlichen Kreise des Gouvernements Lomza, von den Polen sehr schwer hingenommen werden wird. Ich kann auch hierüber noch keine bindende Verpflichtung übernehmen, würde aber im geeigneten Zeitpunkt mit den polnischen Führern in Verbindung treten und ihnen klar zu machen suchen, daß sie dieses Opfer bringen müssen. Allerdings weiß ich schon jetzt, daß die Polen, die die Einverleibung wenn auch nicht ganz Litauens so doch der überwiegend polnischen Teile dieses Landes bis über Wilna hinaus erwarten und die volle Integrität des Königreiches als absolute Vorbedingung jeder annehmbaren Lösung bezeichnen, das jetzt vom Armee-Oberkommando vorgeschlagene Arrangement lebhaft kritisieren werden. Jedenfalls werde ich trachten, falls meine Fühlungnahme mit allen in Betracht kommenden Faktoren das gewünschte Resultat ergibt, die Einwilligung Seiner Majestät für die ganze Abmachung, deren Teil auch diese Abtretung wäre, zu erhalten.»

Deutscherseits war man mit diesen als möglich bezeichneten Zugeständnis nicht befriedigt und man verlangte die Abtretung der ganzen Gouvernements Suwalki und Lomza.

Eine zweite Grenzforderung Deutschlands bezog sich auf die Hinauschiebung der Grenze südlich von Thorn bis zum Höhenzug von Wlodzlawek. Sie wurde österreichisch-ungarischerseits nie formell angenommen, spielte jedoch in den Verhandlungen nur eine untergeordnete Rolle.

13. Das Dombrowaer Kohlenrevier.

Von den deutschen Grenzforderungen war besonders diejenige, die den das Kohlenrevier Polens umfassenden Dombrowaer Kreis betraf, eine ernste Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung Polens.

Das Dombrowaer Kohlenrevier zog sich längs der ober-schlesischen Grenze hin und erzeugte in den Jahren 1910—1912 341, 361 und 394 Pud Kohle. Das 1913er Quantum entspricht einem Gewicht von 426 Millionen Pud = 6,978.000 Tonnen. Die Kohle war überwiegend Steinkohle guter Qualität. Von den 394 Millionen Pud des Jahres 1912 entfielen z. B. nur 9 Millionen Pud auf Braunkohle. Die Dombrowaer Kohle wurde hauptsächlich in den Weichselgouvernements Rußlands, also in Polen, konsumiert. Ihre Verwendung außerhalb dieses Gebietes hatte wohl eine steigende Tendenz, doch wurden 1912 noch immer 90·4 % der Gesamtproduktion in den Weichselgouvernements abgesetzt. Der Wert der Kohle pro Pud betrug in der Zeit vor dem Kriege 9 bis 12 Kopeken, soviel scheinen die russischen Staatsbahnen dafür gezahlt zu haben. Die Gesamtproduktion des Dombrowaer Reviers hatte somit einen Wert von 39 bis 50 Millionen Rubel oder (zur Münzparität umgerechnet) 98 bis 130 Millionen Kronen. Da Österreich-Ungarn in den Jahren 1910—1912 einschließlich englischer Kohle (Schiffskohle) jährlich 10½ bis 13 Millionen Tonnen importierte, hätte der Besitz des Dombrowaer Reviers die Monarchie zum mindesten von deutscher Kohle unabhängig machen können, wobei dann allerdings im Falle der Einbeziehung Polens in das österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet dieses mit anderer Kohle hätte versorgt werden müssen. Auf dem Dombrowaer Gebiete arbeiteten 9 größere Gesellschaften, und zwar die Franco-Russische Bergwerksgesellschaft, welche russische staatliche Gruben gepachtet hatte (französisch-belgisch), die Franco-Italienische Bergwerksgesellschaft (französisch, Sitz Lyon), die Warschauer Gesellschaft für Berg- und Hüttenwesen (rein polnisch, aber von deutschen Banken finanziert), die Gesellschaft für Kohlenbergbau usw. in Sosnowice (französisch, unter Führung der Société Générale), die Bergwerksgesellschaft Czeladz (französisch, Sitz Paris), die Gewerkschaft Graf Renard (französisch, vom Crédit Lyonnais finanziert), die Aktiengesellschaft Saturn (deutsch-polnisch) und die Bergwerksgesellschaft Grodziec (deutsch). Die ersten vier Gesellschaften fielen in das österreichisch-ungarische, die letzten vier in das deutsche Okkupationsgebiet, die Sosnowicer Gesellschaft arbeitete in beiden Gebieten. Die im deutschen Gebiet liegenden Gesellschaften feindlicher Ausländer wurden während des Krieges liquidiert. Im übrigen war das Dombro-

waer Revier beiweitem nicht das größte Kohlengebiet im alten Rußland, denn das Donezgebiet produzierte etwa dreimal soviel wie das Dombrowaer.

Ende Dezember 1917 wurde deutscherseits der Wunsch geäußert, die durch das Dombrowaer Gebiet laufende und dieses durchschneidende Grenze zwischen den beiden Okkupationsgebieten weiter östlich bis zur Eisenbahnlinie Wien—Warschau zu verlegen und diese Linie auch als Grenze des künftigen Polens zu betrachten. Dieser Wunsch, der die Überlassung des ganzen Dombrowaer Kohlenreviers an Deutschland bezweckte, wurde mit der militärischen Schutzbedürftigkeit des oberschlesischen Kohlenggebietes motiviert. Österreichisch-ungarischerseits wurde erklärt, daß sich auch im Falle der Annahme dieser Grenzlinie an der gegebenen Situation, wonach sich die deutschen Kohlenminen bis hart an die russische, beziehungsweise polnische Grenze erstrecken, nichts ändern würde, da ja in diesem Falle eben auch die Dombrowaer Gruben selbst schutzbedürftig würden. Andererseits aber würde die Trennung des Dombrowaer Kohlenreviers von Polen die wirtschaftliche Existenz des Landes in Frage stellen, da die polnische Industrie ihre Kohle meist von Dombrowa bezog. Im Laufe der Verhandlungen wurde österreichisch-ungarischerseits vorgeschlagen, als Grenze des künftigen Polens jene Linie anzunehmen, die im Spätherbst 1914 bei dem großen strategischen Rückzug aus Polen als Schutzlinie für das oberschlesische Gebiet ausgebaut worden war und den wichtigsten strategischen Punkt des Dombrowaer Kreises, den Grodziceer Hügel, bei Deutschland belassen hätte.

Am 28. Dezember erklärt Herr v. Kühlmann in einer Besprechung in Brest-Litowsk dieses Zugeständnis als unbefriedigend. Die deutsche Heeresleitung lege auf die Hinausschiebung der Grenze, so weit als dies zum Schutze der oberschlesischen Kohlenreviers nötig ist, großes Gewicht. Als künftige Grenze müßte ungefähr die Bahnlinie Granica—Stremieszczyce gelten. Man könne nicht einen Zustand verlängern, der dazu führen könne, daß bei neuen kriegerischen Verwicklungen die oberschlesischen Gruben, so wie dies im Herbst 1914 geschehen ist, wegen Feindesgefahr gesprengt werden müssen. Wenn Polen sich mit Österreich vereine, so sei diese Gefahr allerdings geringer, aber Polen habe eine bewegte Vergangenheit gehabt und man müsse für die Zukunft jedenfalls vorsichtig sein. Die Berg-

werke von Dombrowa seien übrigens ohnehin meist deutscher Besitz. Österreich aber habe in Westgalizien nach geologischen Feststellungen noch reiche Kohlengebiete, an deren Erschließung man bisher überhaupt nicht herangetreten ist. Es sei bedauerlich, daß die Gegend, welche Deutschland zum Schutze seiner Grenze bedarf, nicht ein unfruchtbarer Sumpf sei, sondern aus wertvollen Kohlengruben bestehe, aber das könne keinen Grund bilden, den oberschlesischen Gruben den notwendigen strategischen Schutz zu verweigern.

Österreichisch-ungarischerseits antwortete man, daß die strategischen Erwägungen überhaupt nicht stichhältig seien. Wenn die Grenze an die Bahnlinie Granica—Stremieszczyce verlegt werde, so werden sich hart an der polnischen Grenze eben wieder deutsche Kohlenbergwerke — die Dombrowaer Gruben — befinden, und man werde gewiß nicht darauf verzichten, in diesen Gruben Bergbau zu treiben und werde sie gewiß nicht als strategischen Schutzrayon allein betrachten. Wie jetzt die oberschlesischen, so werden dann die Dombrowaer Gruben eines strategischen Schutzes bedürfen. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung Polens seien die Dombrowaer Kohlen unerläßlich. Polen sei immer der ausschließliche Verbraucher der Dombrowaer Kohle gewesen. Mit der Dombrowaer Kohle habe man daher die wirtschaftliche Entwicklung Polens in der Hand. Im Interesse nicht Österreichs, sondern des zu schaffenden Polens könne von einem Verzicht auf dieses Gebiet keine Rede sein. Daß die Gruben deutsches Eigentum bilden, sei nur zum Teile richtig, es könnte aber auch nicht den Wert der Kohle für Polen und für Österreich herabsetzen. Die Handels- und Zahlungsbilanz Polens — und im Falle seiner wirtschaftlichen Vereinigung mit Österreich auch Österreichs — würde noch weiter verschlechtert werden, wenn Polen seinen Kohlenbedarf aus Deutschland decken müßte.

Was die westgalizischen Kohlenvorkommnisse betrifft, so handle es sich hier nur um Vermutungen. Angesichts des großen Defizits an Kohle, an dem die Monarchie leide, und das auch im Falle der Angliederung der Dombrowaer Kohlenlager an Österreich nicht verschwinden würde, könne aber in dem eventuellen Vorhandensein neuer Kohlenlager kein Grund dafür erblickt werden, auf die Dombrowaer Kohlenlager zu verzichten.

Herr v. Kühlmann erklärte schließlich, er sei bereit, die

deutschen Wünsche auf jenes Minimum zu reduzieren, welches sich nach militärischem Urteil mit den strategischen Interessen noch vereinbaren lasse. Es wurde daher beschlossen, eine gemischte militärische Kommission nach Dombrowa zu entsenden, um dort nach sorgfältigem Lokalaugensein eine geeignete, für beide Teile annehmbare Grenzlinie vorzuschlagen.

Für diese Kommissionsverhandlung wurde österreichisch-ungarischerseits ein Vorschlag ausgearbeitet, der den folgenden Gedankengang hatte:

Es wurde zunächst darauf hingewiesen, daß die deutschen Gebietsforderungen gerade jenen Teil des Bezirkes Bendzin umfassen, der die größten Industriewerke Polens (fast alle Steinkohlengruben, das Eisenwerk «Huta Bankowa» und die hochentwickelten Fabriken in Sosnowice, Sielec und Dombrowa) enthält. Überdies sei der strategische Wert dieser deutscherseits vorgeschlagenen Grenzlinie illusorisch, denn abgesehen davon, daß ein solches Industriegebiet hart an der deutschen Grenze ein noch empfindlicherer Punkt wäre als es das ober-schlesische Kohlenrevier ist, könne das Gebiet den modernen weittragenden Geschützen gegenüber den deutschen Interessen keinen Schutz gewähren. Es solle daher jene Grenzlinie angenommen werden, die im Spätherbst 1914 als Verteidigungslinie für die ober-schlesischen Werke von General v. Hoffmann entworfen und von österreichisch-ungarischen Truppen befestigt wurde. Im Falle der Annahme dieser Grenzlinie würden in deutsches Gebiet fallen: die Aktiengesellschaft Saturn mit der höchst leistungsfähigen Neuanlage «Jupiter» bei Wojkowice, ferner die Kohlengesellschaften Grodzice und Czeladz sowie mehrere kleinere Gruben mit einer Förderung von insgesamt 21,800.000 Meterzentner, also insgesamt 32 % der Förderung des ganzen Dombrowaer Reviers. Dieser Vorschlag war Deutschland gegenüber viel entgegenkommender als der deutsche Vorschlag Österreich-Ungarn gegenüber, da der letztere bloß die der Sosnowicer Gesellschaft gehörige, zum größten Teile bereits abgebaute Grube «Georg» in Niwka und den größeren Teil des Grubenfeldes der Warschauer Gesellschaft bei Polen belassen hätte. Die Förderung dieser Gruben betrug im Jahre 1913 zusammen rund 9,500.000 Meterzentner, das ist 14 % der Förderung des ganzen Reviers.

Die militärischen Kommissionsverhandlung nahm indes

einen sehr eigentümlichen Verlauf. Als am 10. Jänner die Vertreter der beiden Heeresleitungen in Kattowitz zusammenkamen, bezeichneten zunächst die deutschen Vertreter die Grenzlinie, welche die deutsche Heeresleitung aus strategischen Gründen für notwendig halte. Sie gingen dabei weit über die Forderungen Kühlmanns hinaus, forderten von Polen ein etwa viermal so großes Gebiet als es von Herrn v. Kühlmann verlangt wurde und gingen sogar noch weiter, indem sie verlangten, daß Österreich noch ein Stück galizisches Gebiet aus seinem eigenen Territorium an Deutschland abtrete. Darauf konnten die österreichisch-ungarischen militärischen Vertreter selbstverständlich nicht eingehen, worauf deutscherseits die Verhandlungen mit der Begründung abgebrochen wurden, daß die österreichisch-ungarischen Vertreter nicht mit entsprechenden Vollmachten versehen seien. Diese Sabotierung einer Verständigung war ausschließlich ein Werk der deutschen militärischen Kreise, von dem die politischen Stellen in Deutschland nicht einmal Kenntnis hatten. Das unkluge und schroffe Vorgehen der deutschen Militärs in dieser Frage hat jedoch große Verstimmung erregt, und die Bedeutung dieses Zwischenfalles ging weit darüber hinaus, was damit eigentlich erreicht werden sollte.

In der Besprechung, die im Berliner Reichskanzleramt am 5. Februar 1918 zwischen den leitenden Staatsmännern stattfand, verwies Graf Czernin nachdrücklich darauf, daß sich in der Frage der austropolnischen Lösung nicht bei allen deutschen Faktoren der gleiche gute Wille zeige. Insbesondere berief er sich — zum Beweis für diese Behauptung — auf den Verlauf der Besprechung von Kattowitz, welche ergab, daß Deutschland sogar immer zu Österreich, beziehungsweise zu Galizien gehörige Gebiete erwerben wolle, was sich mit dem Bundesverhältnis schwer vereinbaren lasse. Ludendorff entschuldigte sich damals damit, daß er nur eine Antwort geben wollte, aus welcher die Unhaltbarkeit des österreichischen Angebots, welches Deutschland im Dombrowaer Revier bloß einen 2 bis 3 Kilometer breiten Streifen zuerkennen wollte, klar hervorgehen sollte. Man habe ihn gefragt, welches die für den militärischen Schutz von Kattowitz nötige Grenze sei. Er habe diese Frage rein theoretisch beantwortet und gesagt, daß ein wirklicher Schutz bloß erreicht würde, wenn auch die bezeichneten Teile Galiziens an Deutschland kämen. Das sei jedoch noch keine Annexionsforderung

gewesen, und was Deutschland verlangte, sei auf ein Feilschen und Handeln abgestellt gewesen. Den diplomatischen Stellen Deutschlands war diese Art der Behandlung der Frage immer peinlich und sie suchten ihren Eindruck in jeder Weise zu verwischen.

Über die Frage wurde noch oft verhandelt, ohne daß die Verhandlungen einen Fortschritt gemacht hätten. Man hatte sich auf deutscher Seite in diese Forderung in einer Weise verrannt, die bei aller Wichtigkeit der Frage in keinem Einklang mit ihrer wirklichen Bedeutung stand. Ein hervorragender deutscher Politiker erzählte einmal, daß wegen dieser Frage — so komisch das auch klinge — ganz Deutschland beinahe aus den Fugen gegangen wäre. Die Frage sei bis in einen Kronrat gelangt und hier hatten ihretwegen Hindenburg und Ludendorff mit ihrer Demission gedroht, andererseits habe man mit der Demission des Kanzlers, mit der Auflösung des Reichstages und sogar mit der Einführung der Militärdiktatur rechnen müssen, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als den militärischen Standpunkt anzunehmen. Diese Äußerung mag übertrieben sein, sie ist dennoch charakteristisch für die Bedeutung, die dieser Frage beigelegt wurde. Das gleiche war aber auch auf österreichisch-ungarischer Seite der Fall. Hiefür ist die Auffassung des Grafen Stephan Tisza charakteristisch, der erklärte, daß er wohl ein überzeugter Freund des Bündnisses mit Deutschland sei, wenn man jedoch der Monarchie Dinge zumute, wie es die Abtretung des Dombrowaer Reviers an Deutschland sei, so sei er eher bereit, auf die deutsche Bundesgenossenschaft zu verzichten. Ja er trat dafür ein, daß Österreich-Ungarn aus dem Dombrowaer Gebiet einfach nicht hinausgehe. «Mögen die Deutschen schießen lassen, wenn sie die Dinge auf die Spitze treiben wollen.»

14. Das handelspolitische Verhältnis Polens zu Rußland.

Schon in der Delegiertenbesprechung über die handelspolitische Stellung Polens, die Ende August und Anfang September 1918 in Berlin für den Fall der deutschpolnischen Lösung stattgefunden hatte, war — und zwar deutscherseits — der Gedanke aufgetaucht, für eine Übergangszeit eine engere wirtschaftliche Verbindung und ein besonderes Zollregime zwischen Rußland und Polen ins Auge zu fassen, weil die sofortige Verwirklichung der wirtschaftlichen Loslösung Polens von Rußland besonders

der polnischen Industrie, die sich auf den russischen Absatz eingerichtet hatte, einen empfindlichen Schaden zugefügt hätte. Auch bestand wohl die Befürchtung, daß diese Industrie sich im Falle ihrer plötzlichen Absperrung von Rußland auf das deutsche Absatzgebiet werfen und hier den Markt drücken werde. Österreichisch-ungarischerseits wurde damals dieser Gedanke bekämpft. Nun, nachdem die deutschpolnische Lösung fallen gelassen und durch die austropolnische Lösung ersetzt wurde, fand ein Frontwechsel statt, denn jetzt war es Österreich-Ungarn, welches — auf nachdrücklichen Wunsch der Polen — die Forderung eines solchen Übergangsregimes im Verhältnis zwischen Polen und Rußland vertrat, und Deutschland war es, das diese Idee bekämpfte.

Deutscherseits wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß Polen, falls es die Begünstigung erhalte, nach Rußland auch weiterhin gewisse Artikel zollfrei oder mit Zollermäßigung ausführen zu können, sich auch weiterhin wirtschaftlich nach Rußland orientieren werde, was politisch bedenklich sei. Auch sei zu befürchten, daß bei Gewährung von Zollerleichterungen für eine bestimmte Übergangszeit das seinerzeitige Erlöschen dieser Begünstigungen zur Stärkung der den Mittelmächten feindlichen politischen Strömungen in Polen beitragen könnte. Endlich wurde geltend gemacht, daß im Falle der zollpolitischen Vereinigung zwischen Österreich und Polen, die beabsichtigt war, jede Zollerleichterung, welche Polen von Rußland erhielt, auch der österreichischen Industrie zugute käme, so daß Österreich-Ungarn nicht bloß in Polen, sondern auch in Rußland eine Vorzugsstellung vor Deutschland hätte.

Österreichisch-ungarischerseits wurde diesen Bedenken entgegengehalten, daß eine wirtschaftliche Orientierung Polens nach Rußland in dem Falle, daß die in Rede stehenden Zollerleichterungen nur für eine Übergangszeit gewährt werden, nicht zu befürchten sei, denn in diesem Falle werde sich die polnische Industrie, die während des Krieges ohnehin zerstört worden sei und neu aufgebaut werden müsse, auf eine Änderung der Absatzgebiete von vornherein einrichten. Eben deshalb seien für den Fall des allmählichen Erlöschens dieser Begünstigungen auch feindselige Tendenzen unter den Polen nicht zu befürchten. Die Gefahr solcher Tendenzen bestehe in viel höherem Maße, wenn man Polen von Rußland sofort abschneiden wollte, weil die

Schäden, welche die polnische Volkswirtschaft dadurch erlitte, als ein Argument für das Verbleiben bei Rußland gelten würden. Dem durch die Notwendigkeit einer vollständigen wirtschaftlichen Neuaufrichtung ohnehin schwer belasteten Polen dürfe man die bestehenden Entwicklungsmöglichkeiten nicht ganz nehmen. Eine Bevorzugung der österreichischen Industrie lasse sich, wenn es sein müsse, durch Ursprungszeugnisse oder Kontingentierungen vermeiden, übrigens aber stünde ja Deutschland auf dem Wege über die Ostseeprovinzen, die Deutschland behalten wollte, derselbe Weg nach Rußland offen. Dazu komme, daß in den polnischen Industrien viel deutsches Kapital arbeite, so daß die in Aussicht genommenen Zollerleichterungen indirekt auch Deutschland zugute kommen. Das Hauptargument aber war, daß Deutschland gar nicht verhindern könne, daß später solche Zollermäßigungen im Grenzverkehr vereinbart werden, es sei also keinerlei Grund vorhanden, nicht schon jetzt, im Frieden mit Rußland, darüber schlüssig zu werden.

Den Hintergrund dieser Frage beleuchten einige Gesichtspunkte, die in dem zu jener Zeit stattgefundenen Briefwechsel zwischen dem damaligen österreichischen Handelsminister Freiherrn v. Wieser*) und dem Sektionschef im Handelsministerium Dr. Richard Schüller einerseits und dem mit der Leitung der wirtschaftlichen Verhandlungen betrauten Sektionschef des Ministerium des Äußern andererseits erörtert wurden.

«Die Art, in der die Requisitionen in Polen vorgenommen wurden,» — heißt es in einem dieser Briefe — «macht den Eindruck, daß die polnische Industrie absichtlich zerstört wird, so wenn wertvolle Maschinen wegen ganz geringfügiger Metall- oder Lederbestandteile und durch die rücksichtslose Art ihrer Lostrennung ruiniert werden. Die Requisitionen sind nicht bezahlt. Jetzt soll die Wiederaufrichtung der polnischen Industrie unmöglich gemacht werden. Das ist offenbar die Absicht, alles andere ist ein Vorwand. Es ist aber gewiß, daß durch ein solches Vorgehen die größte Feindseligkeit gegen Deutschland und gegen uns hervorgerufen werden muß. Überdies würde ein ruiniertes Land mit uns vereinigt werden, dem wir nicht aufhelfen und von

*) Schreiben des Handelsministers Baron Wieser an Sektionschef Doktor Gratz vom 10. Jänner 1918, des Sektionschefs Dr. Schüller an Dr. Gratz vom 10. und 14. Jänner 1918.

dem wir wirtschaftlich und finanziell nichts haben könnten. Unser Plan dagegen ist: Wir wünschen den freien Verkehr Polens mit Rußland für eine Übergangszeit von zehn Jahren. Dieser Zeitraum würde es der polnischen Industrie ermöglichen, wenn auch nicht die frühere, so doch wieder eine Position auf dem russischen Markte zu gewinnen, die es später auch ohne differentielle Begünstigungen aufrecht halten könnte, insbesondere wenn Rußland, wie es wahrscheinlich ist, von seinen bisherigen ganz übermäßigen Schutzzöllen auf ein gemäßigteres Regime übergeht. Polen soll so in die Lage kommen, neben Deutschland für den russischen Markt dauernd weiterzuarbeiten. Zugleich würde es in pragmatische Verbindung mit uns und dadurch in immer engere Verbindung mit dem Deutschen Reiche treten. So könnte es sich wirtschaftlich wieder aufrichten und in einem seinen Interessen entsprechenden gesunden Verhältnis zu uns und Deutschland stehen. Die Behauptung, daß Zollerleichterungen uns feindliche Strömungen in Polen hervorrufen könnten, ist ganz unbegründet, ja unverständlich. Die wirtschaftliche Orientierung nach Rußland ist eine unklare Phrase, hinter der nichts steckt. Was unsere angebliehe Bevorzugung, das heißt den befürchteten Mißbrauch der Ursprungszeugnisse durch unsere Industriellen betrifft, so handelt es sich um eine technische Frage, die nicht schwer zu lösen ist. Sowohl die Polen als auch die Russen werden das größte Interesse daran haben, daß tatsächlich nur polnische Waren die Begünstigung genießen. Die in Lodz für dortige Textilien auszustellenden Ursprungszeugnisse sind leicht zu kontrollieren und werden gewiß nicht für unsere Textilien zu haben sein. Übrigens sind wir gerne bereit, jede Garantie gegen Mißbräuehe zu übernehmen. Sehr richtig und wichtig ist die Bemerkung Eurer Exzellenz, daß Deutschland uns gar nicht daran hindern kann, später solche Vereinbarungen mit Rußland zu treffen. Ich möchte noch hinzufügen, daß auch wir Polen nicht mit einer irgend stichhaltigen Begründung daran hindern könnten. Die deutsche Forderung, daß wir auf Zollerleichterungen für Polen verzichten sollen, zeigt, wie wenig die Frage deutscherseits durchdacht ist. Polen wird in dem Augenblick, in dem die Truppen daraus zurückgezogen werden, wieder im freien Verkehr mit Rußland stehen. In dem Zeitpunkt, wo es von seinem Selbstbestimmungsrechte Gebrauch machen soll, wird Rußland, falls es nicht in diesem

Punkte durch den Friedensvertrag gebunden ist, den Polen sagen: Wenn ihr bei uns bleibt, besteht der freie Verkehr weiter, wenn ihr euch mit Österreich verbindet, so habt ihr keinen Anspruch auf unseren inneren Markt. Dies wird in Polen die Strömung gegen den Anschluß an uns sehr verstärken, würde diese die Oberhand gewinnen, so kämen wir und Deutschland in eine schwierige politische Lage. Aber auch wenn diese Strömung nicht so stark würde, wird Polen jedenfalls Erleichterungen für seinen Absatz nach Rußland verlangen. Wir werden das Odium und die Folgen tragen, wenn diesen so starken Interessen nicht Rechnung getragen wird, oder es werden wir und die Polen große wirtschaftliche und politische Zugeständnisse für die teilweise Erfüllung des polnischen Wunsches an Rußland machen müssen. Und trotzdem wird uns das von Polen gebrachte Opfer angerechnet und überdies der Vorwurf nicht erspart werden, daß wir handgreifliche Interessen Polens im Friedensschluß nicht gewahrt haben. Durch den Widerstand der deutschen Unterhändler wird die wirtschaftliche Zukunft Polens, das politische und wirtschaftliche Verhältnis Polens zu uns und unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland geschädigt und gefährdet.»

Eine Einigung mit Deutschland ist in dieser Frage nicht zustande gekommen.

15. Handelspolitisches Verhältnis Polens zu Deutschland im Fall der austropolnischen Lösung.

Mit besonderem Nachdruck erhoben die deutschen Reichsämter für den Fall der austropolnischen Lösung die Forderung, daß Deutschland in Polen nicht nachteiliger behandelt werden dürfe als Österreich-Ungarn. Zwischen Deutschland und Polen sollte dasselbe zollpolitische Verhältnis bestehen, wie zwischen Österreich-Ungarn und Polen. Wenn also zwischen Österreich-Ungarn und Polen die Zollfreiheit proklamiert würde, was tatsächlich beabsichtigt war, so müßte auch von der Einhebung von Zöllen an der deutsch-polnischen Grenze abgesehen werden. Wenn dagegen an der deutschen Grenze Zölle eingehoben werden, so müßten die gleichen Zölle auch im Verkehr zwischen Polen und Österreich-Ungarn zur Anwendung gelangen. Ende Dezember 1917 bezeichnete Herr v. Kühlmann die Ausschaltung

der differentiellen Behandlung Deutschlands als die *conditio sine qua non* der austropolnischen Lösung und er berief sich dabei auf einen diesen Standpunkt einnehmenden Beschluß des deutschen Staatsministeriums.

Österreichisch-ungarischerseits wurde dieser Wunsch nicht als unberechtigt, wohl aber als unerfüllbar bezeichnet. Die Zollfreiheit Polens mit Deutschland und zugleich auch mit Österreich-Ungarn sei solange nicht durchführbar, als zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Zölle bestehen. Würde man diese Zollfreiheit dennoch statuieren, so würden die zollgeschützten Waren aus dem einen Reiche zollfrei nach Polen und von dort wieder zollfrei nach dem anderen Reiche gelangen können, so daß der ganze Zollschutz zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn illusorisch würde.

Im Laufe des Februar 1918 wurde hierauf deutscherseits der Ausweg vorgeschlagen, Polen als selbständiges Zollgebiet bestehen zu lassen, ja der Leiter des Reichswirtschaftsamtes erklärte, seinen Standpunkt zur Polenfrage überhaupt einer Revision unterziehen zu müssen, wenn Polen wirtschaftlich zu Österreich-Ungarn kommen soll. Bekanntlich hatte auch Österreich-Ungarn zur Zeit, als die deutschpolnische Lösung im Vordergrund stand, das Recht Polens auf ein selbständiges Zollgebiet verteidigt, damals gegen den Widerspruch Deutschlands. Nun, nachdem die austropolnische Lösung im Vordergrund der Erörterungen stand, hatte sich auch hier ein Frontwechsel vollzogen: Deutschland wollte Polen als selbständiges Zollgebiet erhalten wissen, während Österreich-Ungarn für eine Zollvereinigung Polens mit den österreichischen und ungarischen Ländern war. Österreich-Ungarn motivierte jedoch diesen Standpunkt mit den besonderen Verhältnissen, die durch die geplante Vereinigung Galiziens mit Polen geschaffen würden. Würde das mit Galizien vereinigte Polen zu einem selbständigen Zollgebiet erklärt worden sein, welches Deutschland und Österreich-Ungarn gleich behandelt hätte, so wäre auch Galizien vom übrigen Teile des österreichisch-ungarischen Zollgebietes abgeschlossen worden. Die österreichische und ungarische Industrie würde daher nicht nur in Polen, sondern auch in Galizien, einem für sie ungemein wichtigen Absatzgebiet, dem Wettbewerb der deutschen Industrie begegnet sein, das heißt sie würde eines ihrer wichtigsten Absatzgebiete verloren haben.

Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten wurden auch deutscherseits anerkannt, und es wurde angeregt, die künftige Zollgrenze zwischen Galizien und den übrigen Teilen des künftigen Polens laufen zu lassen. Auch das schien jedoch schwer möglich, weil die Polen sich mit einem solchen Zustand, der ihr verhältnismäßig kleines Land in zwei verschiedene Zollgebiete getrennt haben würde, kaum willig abgefunden hätten.

Die Frage der künftigen handelspolitischen Stellung Polens mußte unter solchen Verhältnissen notwendigerweise zur Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hinüberführen. Es war dies der Punkt, in welchem die austropolnische Lösung stets mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung und des Wirtschaftsbündnisses zwischen den beiden Mittelmächten enge zusammenhing.

Dieser Standpunkt gelangte in allen Verhandlungen über die austropolnische Lösung und insbesondere auch in der im Berliner Reichskanzleramt am 5. Februar 1918 durchgeführten Ministerbesprechung unverhüllt zum Ausdruck. In dieser Besprechung erklärte besonders der Leiter des deutschen Wirtschaftsamtes Freiherr v. Stein, daß die deutsche Regierung es immer als eine *Conditio sine qua non* der austropolnischen Lösung angesehen habe, daß Deutschland in Polen wirtschaftlich nicht ungünstiger behandelt werde als Österreich-Ungarn. Das sei dadurch motiviert, daß die deutsche Ausfuhr nach Polen das 15- bis 16fache der österreichisch-ungarischen Ausfuhr dahin betrage. Sollte es daher nicht gelingen, in dieser Frage den deutschen Standpunkt zur Annahme zu bringen, so müsse sich die deutsche Regierung das Recht vorbehalten, ihre bereits erteilte Zustimmung zur austropolnischen Lösung einer Revision zu unterziehen. Helfferich bestätigte, daß diese Voraussetzung immer bestanden habe. Der Diskussion, welche sich stark zuzuspitzen schien, bereiteten Herr v. Kühlmann und Reichsfinanzminister Graf Roedern auch diesmal durch den Hinweis auf die mitteleuropäische Lösung ein Ende, welche der Frage der handelspolitischen Stellung Polens die Spitze nehmen werde. Als österreichisch-ungarischerseits Sektionschef Gratz, über die bisherigen Ergebnisse der Besprechungen über die mitteleuropäischen Frage referierend, der Meinung Ausdruck gab, daß höchstens ein Präferenzvertrag zustande kommen werde, bei welchem etwa zwei Drittel der Zölle ganz wegfallen könnten,

während für die übrigen Zollpositionen ein von fünf zu fünf Jahren stattfindender Abbau vorhergesehen werden könnte, mit der einzigen allgemeinen Richtschnur, daß das allgemeine Zollniveau nicht steigen dürfe, schien man sich auf deutscher Seite damit auch vom Standpunkt der Polenfrage aus zufrieden zu geben, nur bemerkte Freiherr v. Stein, daß ihm ein Zusammengehen in der Wirtschaftspolitik noch wichtiger dünke, als eine Einigung über das Zollsystem.

Stillschweigend einigte man sich schließlich dahin, die Frage des künftigen zollpolitischen Verhältnisses Polens ruhen zu lassen, bis man über das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein klareres Bild haben werde. Deutscherseits hoffte man zeitweilig, unter dem Druck der polnischen Frage ein vollständiges Zollbündnis zwischen den beiden Mächten, mit voller Zollfreiheit, zu erreichen. Es schien aber wahrscheinlich, daß man auch im Falle eines Präferenzvertrages, wie er schließlich ausgearbeitet wurde, deutscherseits keine Einwendung dagegen erhoben hätte, daß Polen dem österreichisch-ungarischen Zollgebiete angegliedert und mit Deutschland durch denselben Präferenzvertrag verbunden werde, der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vereinbart sei.

16. Staatsschuldenfrage.

Das deutsche Reichsschatzamt legte großes Gewicht auf die Forderung, daß Polen gewissermaßen unter dem Titel einer Befreiungsschuld einen Teil der deutschen Kriegsschuld, wie übrigens auch der österreichischen Kriegsschuld, übernehme. Nach dem deutschen Vorschlag sollten alle zum früheren Rußland gehörigen und auf Grund des Brester Vertrages in die deutsche, beziehungsweise österreichisch-ungarische Interessensphäre fallenden Gebiete vom Standpunkt der Beteiligung an den Kriegsschulden der Mittelmächte als ein Ganzes betrachtet werden. Dieses ganze Gebiet sollte dann von der deutschen, beziehungsweise österreichischen und ungarischen Kriegsschuld einen Anteil übernehmen, wie er der Beteiligung des deutschen, beziehungsweise österreichisch-ungarischen Heeres an der Befreiung dieses Gebietes entspricht. Nach deutscher Ansicht würde sich dabei etwa der Schlüssel 2 (Deutschland) : 1 (Österreich-Ungarn) ergeben.

Österreichisch-ungarischerseits wurde die Möglichkeit einer Abwälzung deutscher und österreichischer Staatsschuld unter dem Titel einer Befreiungsschuld bestritten, weil ein klarer Rechtstitel dafür fehlte, eine freiwillige Übernahme fremder Staatsschulden durch Polen kaum erreichbar schien, und man überdies Polen, das so große Kosten für seine Wiederherstellung zu tragen hatte, nicht auch noch in dieser Weise belasten wollte. Doch dachte auch Österreich-Ungarn daran, die Vereinigung Galiziens mit Polen von der Übernahme eines Teiles der österreichischen Kriegsschuld abhängig zu machen.

Eine gewisse Entspannung in dieser Frage trat in der am 5. Februar 1918 im Berliner Reichskanzleramt stattgefundenen Besprechung ein. Der deutsche Reichsfinanzminister Graf Roederer entwickelte hier den Plan, auf die östlichen Gebiete (Polen, Kurland, Litauen usw.) von der deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsschuld einen Betrag von 10 Milliarden abzuwälzen. Schuldenfrei können diese Gebiete nicht bleiben, da sonst eine allgemeine Kapitalsflucht nach diesen minder belasteten Gebieten eintreten würde. Alle Erwerbungen im Osten haben nun eine Bevölkerung von 12 bis 15 Millionen Seelen, von welchen etwa 10 bis 12 Millionen im Falle der austropolnischen Lösung durch Polen an Österreich fallen würden. Trotzdem wäre man deutscherseits eventuell bereit, einer Lösung zuzustimmen, laut welcher die auf die territorialen Neuerwerbungen entfallenden und von ihnen zu übernehmenden 10 Milliarden zwischen dem Deutschland und dem Österreich zufallenden Gebiete zur Hälfte geteilt würden, wodurch sich, angesichts der Unterschiede in der Bevölkerungszahl, ein Vorteil für Polen ergäbe. Im Detail sei das eine Aufteilungsfrage, die in den allgemeinen Topf der nach dem Krieg zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ohnehin notwendigen Abrechnung geworfen werden könne. Österreichisch-ungarischerseits wurde diesem Vorschlag nicht sofort beigegeben. Es wurde indes auch auf dieser Seite ein Kompromiß erwogen, demgemäß Polen die Einlösung der deutschen Requisitionsscheine, ferner die Einlösung der während der Okkupation emittierten polnischen Mark und endlich den Ersatz der von Deutschland in Polen gemachten Investitionen zu übernehmen gehabt hätte. In den letzten Verhandlungen, die über diese Frage stattfanden, sollte diese Frage dann noch ausführlich erörtert und eine Lösung angebahnt werden.

17. Eisenbahnfrage.

Zu den Forderungen, die Deutschland für den Fall einer austropolnischen Lösung stellte, gehörte auch die Erwerbung eines entsprechenden Einflusses auf die polnischen Staatsbahnen.

Die in Polen angelegten Eisenbahnlinien bildeten vor dem Kriege zum größten Teil das Eigentum des russischen Staates. Die staatlichen Eisenbahnlinien in Polen hatten eine Länge von 3300 Werst, also von rund 3500 Kilometern. Dazu kamen noch Privatbahnen in der Länge von rund 300 Werst, und außerhalb Kongreßpolens, aber auf dem russischen Okkupationsgebiete gelegene Bahnen (hauptsächlich Staatsbahnen) mit einem Netz von rund 1300 Werst.*) Die Hauptlinien wurden in den Jahren 1842 bis 1848, beziehungsweise (Verbindung mit Oberschlesien) 1859 hergestellt. Es bestanden in Russisch-Polen drei verschiedene Typen von Eisenbahnlinien: die breite russische, die normale europäische und die Ein-Meter-Spur. Die vom Staate angelegten Strecken von Warschau nach Granica (Verbindung mit Österreich) und Lowitsch (Verbindung mit Deutschland) wurden von allem Anbeginn in der normalen Spurweite angelegt; ein vor dem Kriege erwogener Plan, auch diese Bahnen auf die breite russische Spurweite umzubauen, konnte nicht mehr ausgeführt werden. Infolge des Unterschiedes in der Spurweite konnten die Bahnen in Russisch-Polen nach der Okkupation vom deutschen und österreichisch-ungarischen Fahrpark nicht ohne weiteres befahren werden. Sie mußten mit erheblichen Kosten umgenagelt werden, und da auch die in Rußland erbeuteten Fahrbetriebsmittel zum Teil auf die russische Spurweite hergestellt waren, konnten auch sie nicht ohneweiters benützt werden, und Deutschland mußte den für den Bahnbetrieb notwendigen Fahrpark beistellen. In dem polnischen Verkehrsnetz zeigten sich große Lücken, besonders in dem fruchtbaren, dicht besiedelten Warthegebiet und an der russisch-österreichischen Grenze. An letzterer bestand z. B. auf einer Strecke von mehr als 500 Kilometern (zwischen Granica und der Bahn Rowno—Lemberg) keine einzige Eisenbahnverbindung von Polen nach Öster-

*) Siehe «Materialien für die Friedensverhandlungen: Russische Eisenbahnen von Sektionsrat Dr. Friedrich v. Boschan, Wien, April 1916», und «Wirtschaftsgeographie des k. u. k. Verwaltungsgebietes von Polen, unter Berücksichtigung des gesamten neuen Polens, von Dr. Hermann Leiter». (Beide Werke vertraulich für den internen Gebrauch des Ministeriums des Äußern bestimmt.)

reich, obwohl galizischerseits sieben Stichbahnen bis nahe an die Grenze führten und noch weitere fünf Bahnen neuen Verbindungen entgegenstrebten. Erst während des Krieges, als Rußland Galizien eine Zeit lang als russisches Gouvernement behandelte, wurden drei weitere Verbindungen zwischen dem russischen und dem galizischen Bahnnetz ausgebaut. Aus sehr sorgfältigen und umständlichen Berechnungen, die der damalige Sektionsrat v. Boschan in seiner für den internen Gebrauch des Ministeriums des Äußern in Wien hergestellten, bereits angeführten Studie durchgeführt hat, würde hervorgehen, daß die polnischen Bahnen in hohem Maße rentabel waren. Boschan berechnet, daß diese Eisenbahnen, von den erst in der Kriegszeit entstandenen Linien abgesehen, einen Ertragswert repräsentieren, der in österreichisch-ungarischer Währung bei 6%iger Kapitalisierung für die Staats- und Privatbahnen zusammen rund 1,560 Millionen Kronen und bei 5%iger Kapitalisierung 1863 Millionen Kronen ausmacht. Es handelte sich in den Verhandlungen über die polnische Eisenbahnfrage, die zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geführt wurden, um ein nicht nur politisch, strategisch und wirtschaftspolitisch, sondern auch vom rein finanziellen Standpunkt aus sehr stark ins Gewicht fallendes Objekt.

Deutschland legte auf die Beherrschung der polnischen Bahnen, die ursprünglich zu den russischen Staatsbahnen gehörten, teils aus strategischen Gründen, teils mit Rücksicht auf seine Handelsbeziehungen und auf den ungehinderten und billigen Transit zwischen Deutschland und Rußland besonderen Wert. Als Form wurde die Übergabe der polnischen Eisenbahnen an eine private Gesellschaft bezeichnet, deren Aktien Deutschland behalten wollte. Diese Forderung wurde motiviert: erstens mit den großen Investitionen, die Deutschland während des Krieges auf den polnischen Eisenbahnen durchgeführt hatte, zweitens mit der Notwendigkeit, zur Aufrechthaltung des Betriebes auf den polnischen Bahnen auch weiterhin deutsches Betriebsmaterial zur Verfügung zu stellen, und drittens mit den großen wirtschaftlichen Interessen, welche sich deutscherseits an den Besitz der den Verkehr mit Rußland und der Ukraine beherrschenden polnischen Bahnen knüpfen.

Österreichisch-ungarischerseits bestanden auch gegen diese Forderung Bedenken, weil kein Staat sich leicht damit abfinden kann, seine Rechte auf seinem wichtigsten Verkehrsnetz sich

dermaßen einschränken zu lassen. Auch wäre angesichts der ausgesprochenen Rentabilität der polnischen Bahnen daraus auch ein empfindlicher Ausfall für den polnischen Staatshaushalt entstanden. Es wurde daher vorgeschlagen, daß Polen seine Eisenbahnen behalte, jedoch die deutschen Investitionen ersetzen und einen Eisenbahnvertrag mit Deutschland schließen solle, in welchem die Interessen des letzteren für den Durchzugsverkehr nach dem Osten zu sichern gewesen wären. Insbesondere war eine Vereinbarung geplant, laut der Polen verpflichtet gewesen wäre, alle seine Eisenbahntarife den deutschen Waren von der Grenze ab ebenfalls einzuräumen.

Während der Bukarester Friedensverhandlungen, als ähnliche Projekte auch für die rumänischen Bahnen vorübergehend aufgetaucht waren, trat die Möglichkeit in den Vordergrund, auf den deutschen ersten Plan in Form einer privaten Betriebsgesellschaft, welche die Eigentum des polnischen Staates bleibenden Bahnen nur gepachtet haben würde, zurückzugreifen, die Aktien dieser Gesellschaft aber zwischen deutschen, österreichisch-ungarischen und polnischen Aktionären aufzuteilen.

In welcher Weise eine solche Betriebsgesellschaft gedacht war, darüber gibt ein lehrreiches Exposé Aufschluß, welches der damalige Sektionsrat im Wiener Ministerium des Äußern Friedrich v. Bosehan über den Plan ausgearbeitet hatte.*) Nach seinem Entwurf sollte der Betrieb der polnischen Bahnen von einer nach polnischem Recht gegründeten Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Polen übernommen werden. Ungeachtet des Eigentumsrechtes des polnischen Staates wäre das Verhältnis im allgemeinen dasselbe wie bei Eisenbahngesellschaften, die selbst Eigentümer der von ihnen betriebenen Bahn sind. Veräußerungen von Immobilienbesitz könnte die Betriebsgesellschaft allerdings nur mit Zustimmung des Eigentümers vornehmen, und ebenso wären hypothekarische, exequierbare Belastungen durch Anlehen an diese Zustimmung gebunden. Polen müßte die Verpflichtung übernehmen, bei Ausübung seines Eigentums- und Hoheitsrechtes die gesellschaftlichen Interessen stets ausreichend zu berücksichtigen und bei even-

*) Exposé über die Errichtung einer Aktiengesellschaft für den Betrieb der polnischen Eisenbahnen von Sektionsrat Dr. Frh. v. Bosehan. (Vertraulich für den internen Gebrauch des Ministeriums des Äußern.)

tuellen gegen diese Interessen gerichteten Akten (bei Ablehnung von Emissionen, von Fahrplanentwürfen, von Tarifierhöhungen usw.) das Einvernehmen mit den Eisenbahnaufsichtsbehörden Deutschlands und der Monarchie zu pflegen. Für eine Reihe von charakteristischen, im Bereiche der Voraussicht liegenden Fällen wäre zu vereinbaren, wie sich die polnische Regierung in derlei Fällen verhalten wird. In anderen Beziehungen wieder könnte Polen a priori freie Hand gewährt werden. Dadurch könnte der Kreis jener Fragen, in denen ein fallweises Einvernehmen zu suchen wäre, wesentlich eingeschränkt werden. Es würde sich somit ein ganzer Komplex von konstitutiven Verträgen als nötig erweisen. Auf der einen Seite stünde der Vertrag der Zentralmächte mit Polen, der die Errichtung und den gesicherten Bestand der Betriebsgesellschaft, die erwähnten internen Bindungen der polnischen Regierung usw. vorzusehen hat, auf der anderen Seite der in Konzessionsform gekleidete Vertrag Polens mit den Gründern der Betriebsgesellschaft. Daneben sind Abmachungen zwischen den finanzierenden Instituten und zwischen diesen und ihren Territorialregierungen erforderlich, z. B. betreffend die Schaffung und Aufrechthaltung der Parität Deutschlands und der Monarchie in der Generalversammlung und im Verwaltungsrate, daher auch betreffend die Nichtveräußerung bestimmter Aktienkapitalquoten usw.

Das Exposé fordert nicht unbedingt, daß das Aktienkapital zur Hälfte in deutschen, zur Hälfte in österreichisch-ungarischen Händen verbleibe, bezeichnet es sogar als wünschenswert, daß neben etwa je 40 % deutschem und österreichisch-ungarischem Aktienbesitz 20 % der Aktien in polnischen Händen verbleiben oder auf freiem Markt begeben werden. Für einzelne Fälle müßte jedoch eine qualifizierte Majorität festgestellt werden; in diesem Falle könnte man sich zur Not auch damit abfinden, daß Deutschland eventuell einen höheren Prozentsatz der Aktien erhalte als Österreich-Ungarn. Die von den Zentralmächten zu übernehmenden Aktien müßten mit Rücksicht auf die Hoheitsrechte des polnischen Staates an Banken überlassen werden, diese hinwieder die Verpflichtung übernehmen, die Aktien in ihrem Portefeuille zu behalten. Die Aktionäre hätten sowohl ihren eigenen Regierungen als auch der polnischen Regierung ein Gewinnbeteiligungsrecht einzuräumen. Deutschland und Österreich-Ungarn würden sich das Pécagerecht,

der polnische Staat das Einlösungsrecht und das Heimfallrecht ausbedingen, doeh könnte das Einlösungsrecht erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten, und jene Ingerenzen, welche den Zentralmächten der polnischen Regierung gegenüber vor der Ablösung zustanden, wären ihnen auch für die Zeit nach der Ablösung zu siehern.

Zu einer Aussprache über die Einzelheiten dieses Projektes ist es zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vorerst nicht gekommen. Auch die polnische Eisenbahnfrage wurde erst in den letzten Verhandlungen über die austropolnische Frage Ende September 1918 eingehend verhandelt und der Lösung näher geführt.

18. Polnische Krndomänen.

Auf dem Gebiete Russisch-Polens lagen zahlreiche sogenannte Krndomänen, die vor dem Kriege als russisches Staatseigentum betrachtet wurden. Diese Domänen waren über ganz Polen verstreut. Ihr Umfang betrug in den von deutschen Truppen okkupierten Gouvernements: Warschau 58.000 Desjatinen, Kalisch 17.500 Desjatinen, Lomza 110.500 Desjatinen, Plock 23.000 Desjatinen, Suwalki 204.000 Desjatinen und Sielce 21.000 Desjatinen, insgesamt 434.500 Desjatinen; in dem zum österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet gehörenden Gouvernements: Kielee 76.500 Desjatinen, Lublin 24.500 Desjatinen und Radom 82.500 Desjatinen, insgesamt 183.000 Desjatinen, und im Gouvernement Petrikau, das teils zum deutschen, teils zum österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet gehörte, 51.000 Desjatinen.

Deutscherseits wurde die Theorie aufgestellt, daß durch die Okkupation die Mittelmächte Eigentümer der russischen Staatsimmobilien, insbesondere der staatlichen Domänen (wie übrigens auch der Eisenbahnen) geworden seien und daß es ihnen daher freistehe, ob und unter welchen Modalitäten sie dieselben an Polen weitergeben wollen. Diese Auffassung ließe zwei Möglichkeiten zu: entweder die Staatsdomänen zu behalten oder aber sie gegen Zugeständnisse (hier kam beispielsweise auch die Übernahme eines Teiles der Kriegsschuld der Mittelmächte durch Polen in Betracht) bei dem polnischen Staate zu belassen. Tatsächlich war praktisch bloß das letztere geplant. In der Be-

sprechung, welche im Berliner Reichskanzleramt am 5. Februar 1918 stattfand, wurde von deutscher Seite ausdrücklich versichert, daß die Domänen nicht deutsches oder österreichisch-ungarisches Eigentum werden sollen, sie sollen vielmehr bloß als Sicherstellung für alle Forderungen der Zentralmächte dienen und dann zurückgegeben werden. Österreich-Ungarn bekämpfte auch diesen Plan mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des polnischen Staatswesens; aber auch diese Frage sollte in den Septemberverhandlungen noch einmal zur Sprache kommen.

19. Der ukrainische Friede und die austropolnische Lösung.

In diesem Stadium befanden sich etwa die Verhandlungen über die mit der austropolnischen Lösung zusammenhängenden Fragen, als im Februar 1918 die Mittelmächte ihren Frieden mit der Ukraine schlossen. Dieser Friede, der unter dem Druck äußerst schwieriger Verhältnisse zustande gebracht war und der daneben auch den Stempel einer gewissen Überhastung an sich trägt, verletzte das polnische Nationalgefühl, indem er den zwischen der Ukraine und Polen strittigen Kreis Cholm ohne jeden Vorbehalt ganz der Ukraine zuerkannte. Nicht gleich in der ersten Zeit nach dem Brester Frieden, aber bald darauf, ist in polnischen Kreisen nach und nach auch durchgesickert, daß neben der Abtretung des Cholmer Gebietes noch eine andere den polnischen Interessen nachteilige Vereinbarung in Zusammenhang mit dem ukrainischen Frieden getroffen worden sei: nämlich die Vereinbarung, daß aus den von Ruthenen bewohnten Gegenden Ostgaliziens und der Bukowina ein eigenes österreichisches autonomes Kronland geschaffen werden soll. Darüber wurde den ukrainischen Unterhändlern ein Schreiben der österreichischen Regierung übermittelt, welches dieses Versprechen enthielt. Erst später, als die Ukraine ihren vertragsmäßig ausbedungenen Getreidelieferungen nicht nachkommen konnte, wurde dieses Schreiben zurückgenommen.

Die Abtretung des Cholmer Gebietes, die Graf Czernin durch seinen Warschauer Vertreter v. Ugron am 9. Februar der polnischen Regierung mitteilen ließ, erregte in Polen einen Sturm der Entrüstung und führte zu einer schweren Krise in den Verhandlungen über eine austropolnische Lösung. Auf die erwähnte Mitteilung Herrn v. Ugrons hatte der Regentschaftsrat eine

formell und inhaltlich ungebührliche Antwort erteilt, weshalb die österreichische Vertretung für mehrere Wochen alle Beziehungen zum Regentschaftsrat abbrach. *) Graf Czernin suchte den hochgehenden Wogen der politischen Leidenschaft in Polen ein Zugeständnis zu machen, indem er am 4. März eine Abänderung des Artikels 2 des ukrainischen Friedensvertrages durchsetzte, laut welcher die Kommission zur Bestimmung der ukrainisch-polnischen Grenze das Recht erhielt, sich nicht ganz an die im Vertrag angegebene Cholmer Grenzlinie zu halten und diese nötigenfalls weiter nach Osten zu verlegen, wodurch die Möglichkeit gegeben war, daß Polen einen Teil des Cholmer Gebietes eventuell zurückerhalten könne. Die Absicht wurde jedoch nicht erreicht, da der Sturm der Entrüstung in Polen nicht verstummen wollte.

Graf Czernin war sich, als er den ukrainischen Frieden unter dem Druck der Gesamtlage abzuschließen müssen glaubte, der Konsequenzen, die sich daraus für die austropolnische Lösung ergeben mußten, vollständig bewußt. Als er am 19. Jänner diesen Entschluß einigen seiner Mitarbeiter zur Kenntnis brachte, erklärte er offen, er wisse, daß die Bedingungen, die er den Ukrainern damals im Wege des Generals v. Hoffmann bereits zugestanden hatte, ernste Konsequenzen haben und die austropolnische Lösung vielleicht unmöglich machen würden. Er sei ganz im Reinen damit, daß der ukrainische Friedensvertrag alle Polen in die Opposition gegen Österreich-Ungarn jagen werde, wisse auch, daß er sich politisch unmöglich mache und einen zu seinem Sturz führenden Weg betrete, indem er diesen Vertrag unterzeichne, doch halte er sich in der gegebenen Lage angesichts der äußersten Not Österreich-Ungarns verpflichtet, alle diese Gefahren auf sich zu nehmen. Herr v. Kühlmann legte großes Gewicht darauf, gleich nach Abschluß des Friedens zu betonen, daß er sich absichtlich während der kritischen Tage jedes Einflusses auf die Entschlüsse des Grafen Czernin enthalten habe, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß er auf diesem Wege die Stellung Österreich-Ungarns in Polen erschüttern wolle. Das war auch richtig. Herr v. Kühlmann hat sich immer als ein Anhänger der austropolnischen Lösung er-

*) Telegramm des Grafen Czernin an Baron Lago in Warschau vom 20. Februar 1918.

wiesen, er wäre daher vielleicht dem Vorwurf, diese verhindern zu wollen, niemals begegnet, auch wenn er Einfluß auf die Entschlüsse des Grafen Czernin geübt haben würde. Leider haben die deutschen militärischen Kreise, welche ausgesprochene Gegner der austropolnischen Lösung waren, die gleiche Zurückhaltung nicht auch für ihre Person beobachtet, obgleich man allerdings zugeben muß, daß ihre Tätigkeit in dieser Frage auf direkten Wunsch des Grafen Czernin ausgeübt wurde. Im übrigen glaubte Herr v. Kühlmann, daß auch der ukrainische Friede kein absolutes Hindernis der austropolnischen Lösung sein werde, da Polen allein nicht lebensfähig sei, sich an einen Nachbar schließlich doch anlehnen müssen werde, das aber werde nach der Natur der Dinge doch wahrscheinlich immer Österreich sein.

Im März waren die Aussichten der austropolnischen Lösung noch immer äußerst ungünstig. Die früher nur latente irredentistische Strömung in Galizien war infolge des Konfliktes wegen der Cholmer Frage elementar zum Ausbruch gekommen und die Bewegung für die «volle Unabhängigkeit» Polens machte sowohl in Galizien als auch im Königreiche Polen unaufhaltsame Fortschritte. Deutscherseits wurde Gelegenheit gesucht und gefunden, den Polen mitzuteilen, daß das Zustandekommen des Brester Vertrages mit der Ukraine keinesfalls auf Betreiben der Deutschen zurückzuführen sei und die Verantwortung für diese Abmachungen ganz Österreich-Ungarn treffe. Infolge der schwieriger gewordenen austropolnischen Lösung erwachte auf deutscher Seite auch von neuem die Lust, eine Deutschland genehmere Lösung durchzusetzen. Alle diese Umstände hatten aber auch zur Folge, daß die Abneigung des Kaisers und Königs Karl gegen die austropolnische Lösung eine immer ausgesprochenere und stärkere wurde.

20. Die «Kandidatenlösung» und die Vorbereitung der Septemberbesprechungen 1918.

Im April 1918 trat Graf Czernin von seinem Amte zurück und Baron Burián, der sein Vorgänger gewesen, wurde auch sein Nachfolger. Burián suchte in der polnischen Frage wieder festen Fuß zu fassen und hielt an der austropolnischen Lösung, für die er übrigens immer eingenommen gewesen, auch weiterhin fest.

In den Besprechungen, die im Mai und Juni teils im deutschen Hauptquartier, teils in Berlin stattfanden, stellte er die Regelung der polnischen Frage noch schärfer, als dies bisher der Fall gewesen, in die Reihe jener Fragen ein, die im Rahmen der Aktion zur Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses geregelt werden mußten. Eingehend wurde die polnische Frage in diesen Besprechungen nicht erörtert, es wurden auch keinerlei präjudizierende Vereinbarungen getroffen und alles blieb den späteren Abmachungen vorbehalten. Nichtsdestoweniger hatte auch Burián den Eindruck, daß die Aussichten auf die austropolnische Lösung wegen des Widerstandes der deutschen Heeresleitung immer mehr verblaßten. *) Auf eine baldige Klärung der Frage drängten nun die Polen. Der polnische Ministerpräsident Steczkowski hatte am 29. April nach Wien und Berlin die Bitte gerichtet, die Verhandlungen über die Zukunft Polens ehestens wieder aufzunehmen, doch wurde es Juli, bis die Verhandlungen wieder in Fluß kamen, und zwar abermals auf einer neuen Grundlage.

Die deutsche Regierung machte dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern im Wege des Botschafters Grafen Wedel einen neuen Vorschlag. Dieser ging im Wesen dahin, daß in erster Reihe zwischen Berlin und Wien die Bedingungen festgesetzt würden, unter welchen der Aufbau des polnischen Staates erfolgen solle. Als solche Bedingungen, die den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Berlin und Wien bilden sollten, wurden bezeichnet: 1. Abmachungen über das künftige wirtschaftliche Verhältnis Polens zu Deutschland und zu Österreich-Ungarn, 2. ein Übereinkommen bezüglich der polnischen Eisenbahnen, 3. Vereinbarungen über die Teilnahme Polens an den Kriegsausgaben, und 4. Grenzrektifikationen. Wenn alle diese Fragen geklärt seien, dann erst solle Polen die Königswahl vornehmen, und zwar solle es dabei seine Freiheit haben, den ihm als geeignet erscheinenden Thronkandidaten selbst auszuwählen. Sollte jedoch Polen sich dafür entscheiden, die Krone dem Kaiser von Österreich oder aber einem deutschen Bundesfürsten zu übertragen, so müßte zu den erwähnten, in vier Gruppen zerfallenden Abmachungen noch eine Zusatzkonvention kommen. Dieser Vorschlag hatte die Verhandlungen

*) Siehe Graf Burián: Drei Jahre usw., S. 256.

über die Polenfrage auf eine neue Grundlage gestellt. Man ging nun weder davon aus, daß Polen ein Pufferstaat werden sollte, wie es Deutschland einst wünschte, noch waren die Verhandlungen auf eine Vereinigung Polens mit Österreich-Ungarn eingestellt, wie es der Wunsch der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik gewesen. Man wollte zunächst unabhängig davon, ob die eine oder die andere Lösung zur Durchführung gelangen werde, die Bedingungen feststellen, unter denen Polen seine selbständige Staatlichkeit erlangen sollte, dann aber sollte Polen selbst zwischen den beiden Möglichkeiten wählen, und zwar gelegentlich der Wahl seines Königs. Entschiede es sich für die Wahl des Kaisers und Königs Karl, so wäre damit die austropolnische Lösung beschlossen, entschiede es sich für die Wahl eines selbständigen Königs, so hätte es damit die Entscheidung zugunsten der deutschpolnischen Lösung getroffen. Damit war somit die Kombination der Kandidatenlösung in den Vordergrund gerückt.

Der neue Vorschlag schien in dem Sinne, wie er auf österreichisch-ungarischer Seite ausgelegt wurde, auch für die Monarchie annehmbar zu sein, man stieß sich bloß an dem Standpunkt Deutschlands, daß in dem Falle, wenn Polen sich für die Wahl des Kaisers und Königs Karl entscheiden sollte, eine Zusatzkonvention ins Auge gefaßt war, von der man annahm, daß sie die Selbständigkeit und Souveränität Polens noch weiter beschränken würde. Diese Gefahr hätte Polen eventuell bestimmen können, sich gegen die austropolnische Lösung zu erklären, auch wenn ihm diese sonst genhm gewesen wäre. Indes konnte der Vorschlag eine neue Verhandlungsgrundlage bilden und wurde als solche auch akzeptiert.*)

Ein noch weiteres Zurückweichen vom Plane der austropolnischen Lösung bedeutete der am 3. August mitgeteilte Vorschlag der deutschen Regierung, daß sich die beiden Mittelmächte auch über die Person des künftigen Königs von Polen einigen mögen. Dabei wurde offen und entschieden erklärt, daß man deutscherseits an einen in Warschau tatsächlich residierenden König denke, womit die Idee der Personalunion mit Österreich-Ungarn und der Wahl des Kaisers und Königs Karl zum König von Polen beseitigt gewesen wäre. Österreich-Ungarn

*) Erlaß an Prinz Hohenlohe vom 21. Juli 1918.

erklärte sich wohl einverstanden, in eine vertrauliche Besprechung über die Königsfrage einzutreten, erklärte jedoch, daß es an der in den Julivorsehlagen Deutschlands angebotenen Verhandlungsgrundlage festhalte.*)

Am 14. August findet hierauf im deutschen Hauptquartier in Spaa eine persönliche Begegnung der Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns, aber auch der beiden Kaiser statt. Das Ergebnis sind detailliertere Vereinbarungen über die Vertiefung des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. In der polnischen Frage fiel jedoch keinerlei Entscheidung, auch in der Königsfrage nicht. Man kam bloß überein, die polnische Frage ehestens zu lösen, und zwar im Einvernehmen mit den Polen.

Am 25. August wurde mit dem Fürsten Radziwill, der zu Besprechungen in Wien erschienen war, vereinbart, daß Österreich-Ungarn die Abhaltung der Konferenz mit den deutschen und polnischen Faktoren in der polnischen Frage beschleunigen wolle, daß es sich ferner einsetzen wolle, daß deutscherseits nicht durch Androhung verschiedener Nachteile auf die freie Entschließung der Polen in der Königsfrage ein Druck geübt werde. Auch erklärte Österreich-Ungarn seine Bereitwilligkeit, sich in dieser mit Deutschland und Polen gemeinsam zu halten: den Konferenz dafür einzusetzen, daß Polen mit Österreich-Ungarn in einer Personalunion vereinigt werde, sofern die polnischen Delegierten in der Konferenz hiefür eintreten sollten.

Um dieselbe Zeit, am 26. August, teilte jedoch in vollem Gegensatz dazu der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Hintze der österreichisch-ungarischen Regierung mit,**) daß Deutschland der austropolnischen Lösung im Sinne einer Union Polens mit Österreich-Ungarn nie zustimmen könne. Sollte Österreich-Ungarn hierauf dennoch bestehen und Polen es verlangen, so würde Deutschland sich jedenfalls bemüßigt sehen, ausgiebige Gebietsabtretungen von Polen zu verlangen. Drei Tage später antwortet Graf Burián,***) daß Österreich-Ungarn bei der Lösung der polnischen Frage völlig gleiche Rechte

*) Telegramm an Prinz Hohenlohe vom 5. August 1918.

**) Telegramm des Prinzen Hohenlohe an Graf Burián vom 26. August, Nr. 564.

***) Telegramm des Grafen Burián an Prinz Hohenlohe vom 29. August, Nr. 537.

wie Deutschland beanspruche. Sollte Polen eine andere Lösung als die austropolnische wünschen, werde sich Österreich-Ungarn diesem Wunsche fügen, doch dürften die Polen nicht in die Lage versetzt werden, sich im Falle einer Entscheidung für die austropolnische Lösung vor einer Bestrafung fürchten zu müssen. Polen solle die freie Königswahl erhalten, ohne nachteilige Folgen, je nachdem, für welchen Thronkandidaten es sich entscheidet.

Angesichts dieser Gegensätze hielt man es für das Klügste, in der am 5. September 1918 zwischen dem Grafen Burián und Herrn v. Hintze geführten Besprechung eine möglichst baldige Eröffnung der kommissarischen Besprechungen über die einzelnen polnischen Fragen in Aussicht zu nehmen.

21. Österreichisch-ungarische Instruktionen zur politischen Frage.

Die kommissarischen Besprechungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wurden in Berlin in der Zeit zwischen dem 24. und 28. September abgeführt. Es war dies die letzte Aussprache zwischen den beiden Mächten über diesen Gegenstand, da ihre Fortsetzung wegen der inzwischen eingetretenen unglücklichen Kriegseignisse unterbleiben mußte. Die österreichisch-ungarischen Vertreter, die zu dieser Besprechung entsandt wurden, erhielten ausführliche Instruktionen, in welchen der letzte Standpunkt, den Österreich-Ungarn in der polnischen Frage einnahm, enthalten war. Es wurden Instruktionen über die politischen und über die wirtschaftlichen Fragen ausgearbeitet.

In der politischen Instruktion wird zunächst hervorgehoben, daß die Besprechungen nicht den Charakter von Verhandlungen haben, das heißt sich vorderhand auf die gegenseitige Mitteilung der beiderseitigen Standpunkte beschränken sollen. Es wird ferner festgestellt, daß zwischen den beiden Reichen bezüglich folgender Punkte eine Einigung bestehe:

1. Beiderseits besteht die Absicht, die polnische Frage in einer beide Zentralmächte vollkommen befriedigenden und den polnischen Interessen Rechnung tragenden Weise zu lösen.

2. Beide Regierungen haben sich zu dem Prinzip bekannt, daß den Polen die Freiheit der Königswahl eingeräumt werden soll. Diese Wahlfreiheit muß eine wirkliche und vollkommene

sein, das heißt sie darf von keiner Seite durch Androhung von Nachteilen (z. B. Aneignung polnischen Gebietes, Hemmung des polnischen Staatsausbaues u. dgl.) beeinträchtigt werden.

3. Beide Regierungen anerkennen das Axiom, daß über das künftige Schicksal des Landes ohne Befragen der Polen keine Entscheidung getroffen werden soll, und daß, sobald in den Besprechungen zwischen Wien und Berlin eine entsprechende Grundlage für die Lösung der polnischen Frage vorbereitet ist, diesen Verhandlungen auch polnische Unterhändler zugezogen werden sollen.

4. Volle Einigkeit besteht auch darüber, daß der polnische Staat, welche Lösungsformel auch zur Realisierung gelange, in der österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisgruppe bleiben solle. Die näheren Modalitäten des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Anschlusses Polens an die Zentralmächte hängen selbstverständlich von der Vorfrage ab, welche Lösungsformel zur Verwirklichung gelangt. Hierüber kann eine einvernehmliche Entscheidung erst dann getroffen werden, wenn zwischen den beiden Reichen über die Lösungsweise eine prinzipielle Entscheidung erzielt sein wird.

5. Einigkeit besteht auch darin, daß sich die beiden Mächte im Falle des Zustandekommens der Pufferstaatlösung ihre polnischen Landesteile gegenseitig garantieren. Es ist daher nicht angängig, wenn deutscherseits jetzt den Polen eingeflüstert wird, sie mögen auf die deutsche Lösung vorerst nur eingehen, Galizien werde ihnen als reife Frucht zufallen.

Unbedingt muß Österreich-Ungarn daran festhalten, daß die Integrität Kongreßpolens bei den beiden Lösungen respektiert werde. Eine andere Haltung wäre mit dem auch von deutscher Seite angenommenen Grundsatz der freien Königswahl nicht zu vereinbaren.

Vor Annexionen polnischer Gebiete muß dringendst gewarnt werden, da solche dem Frieden hinderlich im Wege stünden und bei allgemeinem Friedensschluß doch herausgegeben werden müßten. Österreich-Ungarn muß darauf bestehen, daß territoriale Verfügungen, sei es zugunsten, sei es zuungunsten Polens, nur im gemeinsamen Einvernehmen der beiden Mittelmächte durchgeführt werden können, was aus der gemeinsamen Besetzung polnischen Gebietes von selbst folge. Im übrigen steht Österreich-Ungarn, was Territorialfragen anbelangt, im all-

gemeinen auf der Basis des Brester Friedens und sei der Ansicht, daß territorialen Verschiebungen, die über den Brester Frieden hinausgingen, das Merkmal des Provisoriums anhaften würde, da sie sich in einem allgemeinen Friedensschluß schwer aufrecht halten ließen.

Im Falle der austropolnischen Lösung würde die Regelung des Verhältnisses Polens zu Österreich-Ungarn den Gegenstand interner Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Staaten bilden, wobei es immer als selbstverständliche Voraussetzung gilt, daß Polen unter allen Umständen in das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis einbezogen wird. Das geheime Monarchenabkommen vom 8. Juni 1917 müßte in diesem Falle selbstverständlich abgeschafft werden, da die Aufrechthaltung desselben mit den Hoheitsrechten Sr. k. u. k. apost. Majestät nicht zu vereinbaren wäre. Das Aufwerfen dieser Frage bei den Besprechungen wäre jedoch besser zu vermeiden und auf einen Zeitpunkt zu verschieben, wo die Entwicklung der Dinge dieses Abkommen von selbst beiseite schaffen werde.

Im Falle der deutscherseits befürworteten Lösung eines in Warschau residierenden Königs besteht Österreich-Ungarn darauf, daß dieser polnische König im Besitze vollständiger Souveränitätsrechte sei und nicht durch deutsche Vor- und Sonderrechte militärischer oder wirtschaftlicher Natur zur Rolle eines Scheinsouveräns verurteilt werde. Auch müsse österreichisch-ungarischerseits im Falle dieser Lösung unbedingt daran festgehalten werden, daß Österreich-Ungarn und Deutschland in allen auf Polen bezüglichen Belangen vollkommen gleichberechtigt seien. Hieraus folgt insbesondere, daß der Abschluß einer Militärkonvention Polens mit Deutschland allein für Österreich-Ungarn unannehmbar wäre.

Die Verhandlungen haben sich nicht um die Frage zu bewegen, ob man sich für die austropolnische Lösung oder für die Lösung mit einem in Warschau residierenden König (kleinpolnische Lösung) entscheiden soll, sondern lediglich darum, wie die Bedingungen für die Wiederherstellung des selbständigen Polens formuliert werden sollen. Das natürliche Ziel der Besprechungen sei, diese Bedingungen so aufzustellen, daß sie für Polen in beiden Fällen möglichst die gleichen seien, da in diesem Falle die Möglichkeit einer Vereinigung Polens mit Galizien von selbst den Ausschlag für die österreichisch-ungarischerseits angestrebte

austropolnische Lösung geben werde. Es sei daher jedem Versuch entgegenzutreten, diese sich aus den natürlichen Verhältnissen ergebende günstigere Position Österreich-Ungarns künstlich zu seinen Ungunsten zu verschieben, indem man Polen für den Fall der austropolnischen Lösung besondere Nachteile (z. B. ausgiebige Grenzrektifikationen) oder für den Fall der kleinpolnischen Lösung besondere Vorteile (z. B. Vereinigung mit Litauen) in Aussicht stelle.

22. Politisches Ergebnis der Septemberbesprechungen.

Das politische Ergebnis der vom 24. bis 28. September geführten kommissarischen Besprechungen wurde in gemeinschaftlicher Textierung in elf Punkten zusammengefaßt. *) Sie hatten folgenden Inhalt:

1. Die Zentralmächte stehen auf der Basis des Aktes vom 5. November 1916, laut welchem aus den dem russischen Reiche entrissenen polnischen Gebieten eine erbliche konstitutionelle Monarchie gebildet werden soll.

2. Beiderseits besteht die Absicht, die polnische Frage in einer den polnischen Interessen Rechnung tragenden Weise zu lösen, wobei aber auch beide Zentralmächte ihre volle Befriedigung finden müssen.

3. Die Okkupationsmächte anerkennen im Prinzip das Recht der Polen, ihren König frei zu wählen. Diese Wahlfreiheit soll eine wirkliche und volle und nicht eine illusorische sein.

4. Über das zukünftige Schicksal des Landes kann ohne Befragung und Zustimmung der Polen keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Sobald die Besprechungen zwischen Wien und Berlin befriedigende Resultate aufweisen werden, sind die Polen zu den weiteren Verhandlungen herbeizuziehen. Innerhalb der von uns gezogenen Grenzen müssen die Polen über die zukünftige Gestaltung ihres Landes selbst frei entscheiden können.

5. Der polnische Staat muß unter allen Umständen in der österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisgruppe bleiben.

*) «Ergebnis der kommissarischen Beratungen in Berlin vom 24. bis 28. September 1918 über die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Errichtung des polnischen Staates.» (Vertraulich für den internen Gebrauch des Ministeriums des Äußern.)

6. Der polnische König muß im Besitz der vollen Souveränitätsrechte sein und nicht durch Vor- oder Sonderrechte militärischer und wirtschaftlicher Natur zur Rolle eines Schattenkönigs verurteilt werden.

7. Beide Okkupationsmächte haben sich ihre polnischen Landesteile gegenseitig zu garantieren.

8. Im Sinne des Aktes vom 5. November 1916 muß Kongreßpolen in seiner Gesamtheit dem polnischen Staate zufallen. Über die Grenzen Kongreßpolens hinaus können einvernehmlich noch weitere polnische Gebiete des früheren russischen Reiches dem neuen Staate angegliedert werden, insoweit dies im Sinne des mit Rußland abgeschlossenen Friedensvertrages möglich ist oder diesbezüglich mit der Ukraine eine Einigung erzielt werden kann. Die beiderseitigen Vertreter der Grenzfeststellungskommission werden angewiesen werden, bei der Lösung der Cholmer Frage möglichst zugunsten der Polen zu wirken.

Deutscherseits wird zwar im Prinzip anerkannt, daß Kongreßpolen in seiner Gesamtheit dem polnischen Staate zufallen soll, es wird aber darauf hingewiesen, daß auf Grund der Abmachungen im August 1916 der größte Teil des Gouvernements Suwalki in das Gebiet des polnischen Staates nicht einbezogen werden könne. Gleichzeitig werden auch Ansprüche auf die durch die militärischen Erfordernisse dringend gebotene Grenzrektifikation erhoben.

9. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen in jeder Beziehung dem polnischen Staate gegenüber vollkommen paritätisch gestellt sein.

Österreichisch-ungarischerseits wird bemerkt, daß im Falle der austropolnischen Lösung die vollkommene Parität beider Zentralmächte Polen gegenüber schon dem Wesen nach undurchführbar ist.

Deutscherseits wird bemerkt, daß die nichtparitätische Stellung der Zentralmächte Polen gegenüber in militärischer Hinsicht bereits festgelegt sei.

10. Österreichisch-ungarischerseits wird nachdrücklich betont, daß die Monarchie auf die einverständliche Regelung der Zukunft auch der übrigen von Rußland losgetrennten Gebiete nicht verzichte. Deutscherseits wird diese Erklärung vorläufig lediglich zur Kenntnis genommen.

11. Auf Wunsch der deutschen Vertreter sollen die in Übereinstimmung mit der polnischen Regierung von den deutschen Okkupationsbehörden erlassenen Gesetze zum Schutze des Deutschtums, insbesondere auf dem Gebiete von Kirchen und Schulen, dauernd aufrecht halten sowie auf jene Gebiete des Königreiches Polen, in denen sie nicht eingeführt sind, ausgedehnt werden.

23. Instruktionen für die wirtschaftlichen Fragen.

Für die Behandlung der Polen betreffenden wirtschaftlichen Fragen wurden den österreichisch-ungarischen Unterhändlern besondere Instruktionen erteilt, deren Gedankengang in der Hauptsache darauf gerichtet war, eine differentielle Behandlung Polens im Falle der austropolnischen Lösung und im Falle der kleinpolnischen Lösung auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu verhindern.

In der Konferenz selbst sind die wirtschaftlichen Fragen nur zum Teile zur Sprache gekommen. Wo dies geschah, brauchen die österreichisch-ungarischen Instruktionen nur kurz geschildert werden; wo sie dagegen nicht zur Sprache kamen, müssen die Instruktionen dargestellt werden, weil sie die letzte Stellungnahme Österreich-Ungarns zu diesem Problem enthielten.

24. Handelspolitische Fragen.

Die Frage der zollpolitischen Stellung Polens wurde aus persönlichen Gründen (anderweitige Beschäftigung des zuständigen Funktionärs) einer späteren Besprechung vorbehalten. Die österreichisch-ungarische Instruktion führte über diese Frage aus, daß auf handelspolitischem Gebiete sich verschiedene Bedingungen für den Fall der austropolnischen und für den Fall der kleinpolnischen Lösung kaum vermeiden lassen werden.

Im Falle der kleinpolnischen Lösung bestehe die Möglichkeit, daß Polen entweder ein selbständiges Zollgebiet bilden, das die deutschen und die österreichisch-ungarischen Waren gleich behandelt, oder aber sich mit einem der beiden Wirtschaftsgebiete (Deutschland oder Österreich-Ungarn) vereinige. Eine Vereinigung mit dem österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebiet komme jedoch für diesen Fall praktisch nicht in Betracht, da Deutschland dagegen schon im Falle der austro-

polnischen Lösung schwere Bedenken geäußert hat. Die Möglichkeit, daß Polen mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet handelspolitisch vereinigt werde, sei wieder von österreichisch-ungarischer Seite abzulehnen, und zwar aus denselben Gründen, aus welchen sich Deutschland gegen die Zollvereinigung zwischen Polen und Österreich-Ungarn stemmt, indem es die Notwendigkeit einer paritätischen Behandlung Deutschlands und Österreich-Ungarns in Polen betont. Die Berechtigung dieses Verlangens sei österreichisch-ungarischerseits nie bestritten worden, da Österreich-Ungarn es immer nur als unmöglich bezeichnet hat, im Falle der austropolnischen Lösung und der mit dieser zugleich erfolgenden Vereinigung Galiziens mit Polen dieser an sich gewiß berechtigten Forderung Deutschlands nach Gewährung voller Parität zu entsprechen. Dieses Ziel lasse sich nämlich nur durch Schaffung eines selbständigen polnischen Zollgebietes erreichen, dieses aber würde entweder zu einer Lösung Galiziens vom österreichisch-ungarischen Zollgebiete führen und der österreichischen Industrie den für sie wichtigen galizischen Absatzmarkt nehmen, oder aber zur Folge haben, daß quer durch das mit Galizien vereinigte Polen eine Zollgrenze aufrechterhalten werden müßte, was politisch und wirtschaftlich bedenklich wäre, eine ganz verschiedene Entwicklung der verschiedenen Teile Polens nach sich zöge und sich daher nicht als dauernder Zustand erweisen könnte. Im Falle der kleinpolnischen Lösung aber sei das selbständige polnische Zollgebiet, welches eine paritätische Behandlung Deutschlands und Österreich-Ungarns ermöglicht, gewiß nicht unmöglich, da ja in diesem Falle Galizien bei der Monarchie verbleiben würde. In diesem Falle würden sich für die Vereinigung Polens mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet solche aus der speziellen Sachlage fließende Argumente, wie sie Österreich-Ungarn für den Fall der Vereinigung Polens mit Galizien geltend machen mußte, überhaupt nicht anführen lassen. Ohne zwingende Notwendigkeit aber dürfe von dem an sich gerechtfertigten Wunsche der gleichen Behandlung deutscher und österreichisch-ungarischer Provenienzen in Polen nicht abgegangen werden.

Die Aufstellung anderer Bedingungen auf handelspolitischem Gebiete für den Fall der austropolnischen Lösung, welche zur Vereinigung Polens mit dem österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebiete führen würde, und für den Fall der klein-

polnischen Lösung, bei der Polen zum selbständigen Zollgebiete würde, ließe sich somit kaum vermeiden. Ein selbständiges polnisches Zollgebiet aber würde einen der wichtigsten wirtschaftspolitischen Gründe, die gegen die austropolnische Lösung angeführt werden (Polen müsse auch weiter Absatzgebiet der deutschen Industrie bleiben), wohl nicht ganz aus dem Wege räumen, denn auch in einem selbständigen polnischen Zollgebiet wird die deutsche Industrie einen stärkeren Absatz haben als die österreichische und ungarische Industrie, wohl aber wesentlich abschwächen, weil in diesem Falle die eigene polnische Industrie der deutschen Industrie Konkurrenz machen würde.

In der kommissarischen Besprechung von Ende September erklärten sich die österreichisch-ungarischen Delegierten nicht für kompetent, in die Erörterung über das zollpolitische Verhältnis Polens zu den beiden Mittelmächten einzutreten.

Deutscherseits wurde erklärt, daß die Gleichstellung der Mittelmächte in Polen sicherzustellen sei, worauf Österreich-Ungarn für den Fall der austropolnischen Lösung einen Vorbehalt machte. Nach dem deutschen Vorschlag hätte Polen sich dem Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, falls dieses zustande komme, auf Grund noch näher zu treffender Vereinbarungen anzuschließen gehabt, was österreichisch-ungarischerseits vorläufig zur Kenntnis genommen wurde. Es wurde festgestellt, daß für beide Mittelmächte der Durchgangsverkehr durch Polen für Güter und Personen (Wanderarbeiter usw.) sicherzustellen sei, ferner seien für sie Freizebezirke an der polnischen Grenze gegen Osten einzurichten. Umgekehrt könne auch Polen der Durchgangsverkehr durch die Gebiete der Mittelmächte, insbesondere soweit Deutschland in Frage kommt, mit Danzig und Königsberg sichergestellt werden. Österreichisch-ungarischerseits wurde ein Wunsch auf Aufrechthaltung des Danziger Freizebezirks geäußert, was die deutschen Delegierten vorläufig zur Kenntnis nahmen. Deutschland hatte Bedenken gegen die Zulassung polnischer Amtshandlungen in Danzig, um dort keinen Herd für nationale Agitationen entstehen zu lassen, die Waren sollten also dort wohl zollfrei eingelagert, aber nicht von Polen zollamtlich behandelt werden (Unterschied zwischen «Freizebezirk» und «Freihafen»).

In Erwartung der definitiven Regelung der zollpolitischen Stellung Polens wurde in der Besprechung der Abschluß vor-

läufiger Handels- und Tarifverträge mit Polen in Aussicht genommen. Für diese provisorischen Verträge wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Meistbegünstigung.
 2. Gleichstellung der deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen mit den polnischen Staatsangehörigen in bezug auf den Betrieb von Handel und Gewerbe sowie auf den Erwerb von Vermögen aller Art, insbesondere von Grundstücken und Bergwerken.
 3. Gleichstellung mit der inländischen Schifffahrt auf allen Flüssen, Kanälen und sonstigen Binnengewässern Polens und Meistbegünstigung.
 4. Freiheit der Schifffahrt auf allen eben genannten Binnengewässern.
- (In den Punkten 1 bis 4 sollte Polen die Reziprozität zugesichert werden.)
5. Vereinbarung einer Weichelschifffahrtsakte, die auf dem Grundsatz der Freiheit der Schifffahrt für die Uferstaaten hinsichtlich der ganzen schiffbaren Stromstrecke beruht.
 6. Vereinbarung über den Ausbau der Weichsel und der für die Schifffahrt in Betracht kommenden übrigen Flüsse Polens sowie über den Ausbau der Grenzflüsse im Interesse der allgemeinen Landeskultur.

Bei Regelung der Tarife auf den polnischen Eisenbahnen und Wasserstraßen soll auf die möglichste Förderung und Erleichterung des Verkehrs Bedacht genommen werden. In dieser Hinsicht wurde Polen die Gegenseitigkeit zugesichert.

25. Staatsschuldenübernahme seitens Polens.

In der Frage der Übernahme eines Teiles der deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsschulden durch Polen herrschte in den Septemberbesprechungen*) Einigkeit darüber, daß Polen an den Kriegsschulden der Mittelmächte nur nach Maßgabe seiner durch die Zerstörungen des Krieges und durch die Erfordernisse des Wiederaufbaues herabgesetzten Leistungsfähigkeit mitzutragen habe. Andererseits wurde einmütig anerkannt, daß die Belastung Polens, beziehungsweise seiner einzelnen

*) Siehe Bericht des Ministerialrates v. Boschan an den Minister des Äußern vom 29. September 1918.

Staatsangehörigen (auf dem Wege der Besteuerung) für den Staatsschuldendienst immerhin annäherungsweise gleich weit zu gehen hätte, wie der Durchschnittssatz pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland und Österreich-Ungarn oder wenigstens wie dieser Durchschnittssatz bei der verhältnismäßig am mindesten belasteten Mittelmaecht. Sollte eine solche gleiche Belastung nicht erreicht werden, würde sich daraus die Gefahr ergeben, daß alle Vermögen die Tendenz hätten, aus dem stärker belasteten Deutschland und Österreich-Ungarn in das minderbelastete Polen auszuwandern. Österreichisch-ungarischerseits war man bereit, auch in ziffernmäßige Erörterungen über die von Polen zu übernehmenden Staatsschulden einzutreten, die deutschen Vertreter hatten jedoch hierfür keine Instruktionen und auch das Ziffernmaterial nicht bei der Hand, so daß davon abgesehen werden mußte. Die Einigung über diesen Punkt wurde folgendermaßen formuliert:

«Polen wird unter Bedaehtnahme auf seine Leistungsfähigkeit und auf den Gesichtspunkt einer möglichst weitgehenden Ausgleichung der Wirtschaftsbedingungen der Mittelmächte und Polens verpflichtet werden, einen Teil der Kriegslasten zu übernehmen, die Deutschland und Österreich-Ungarn erwachsen sind. Der Schlüssel, nach welchem diese Überwälzung von Deutschland einerseits und von Österreich-Ungarn andererseits vorzunehmen sein wird, bleibt besonderer Erörterung vorbehalten, da die deutschen Vertreter erklären, hiezu nicht berufen zu sein.»

Meinungsverschiedenheiten bestanden in den früheren Stadien der Verhandlungen darüber, ob Polen tatsächlich an den Kriegsschulden beider Mittelmächte, gewissermaßen unter dem Titel einer Befreiungsschuld, teilnehmen oder eine solche Verpflichtung nur Österreich-Ungarn gegenüber gewissermaßen als Entgelt für die Überlassung Galiziens eingehen solle. Dieser letztere Standpunkt Österreich-Ungarns wurde auch in den Septemberverhandlungen für den Fall der austropolnischen Lösung aufrecht erhalten, und die Teilnehmer an den Verhandlungen hatten den Eindruck, daß Deutschland diesen Standpunkt vielleicht akzeptieren werde, obgleich es für diesen Fall selbstverständlich eine ausgleichende Regelung im internen Verhältnis zwischen den beiden Mächten suchen und verlangen würde, sei es, indem Österreich-Ungarn die Einlösung der deutschen

Requisitionsscheine in Polen durchführt oder die dortigen deutschen Investitionen vergütet oder durch gewisse Schadloshaltungen für devastierte Wälder usw. auf eigene Rechnung übernimmt oder in irgendeinem anderen, Polen vielleicht gar nicht berührenden Zusammenhang Zugeständnisse an Deutschland macht.

Für den Fall der kleinpolnischen Lösung wurde österreichisch-ungarischerseits auf die frühere deutsche Anregung zurückgegriffen, derzufolge die Überwälzung deutscher und österreichisch-ungarischer Kriegsschulden nicht allein auf Polen, sondern auf den Gesamtkomplex der vormals russischen Randstaaten vorgenommen werden sollte.

26. Domänenfrage.

In der Frage der polnischen Staatsdomänen führte eine längere Diskussion zu einer befriedigenden Abmachung. Die deutschen Delegierten vertraten auch bei dieser Gelegenheit die Auffassung, daß durch die Eroberung Polens die Mittelmächte an Stelle des früheren russischen Staates Eigentümer der ehemals russischen Staatsimmobilien (Domänen und Eisenbahnen) geworden seien und daß es ihnen daher freistehe, ob und unter welchen Modalitäten sie diese an Polen weitergeben wollen. Indes zeigte es sich, wie schon früher, daß Deutschland auf diesem Wege bloß den Zweck verfolgte, die Überlassung der Domänen an Polen als einen freiwilligen, eventuell zur Forderung von Gegenzugeständnissen berechtigenden Akt hinzustellen, die Domänen selbst aber keineswegs behalten wollte. In erster Reihe handelte es sich Deutschland darum, einen Rechtstitel zu konstruieren, auf Grund dessen es die polnischen Eisenbahnen dauernd in eigene Hand bekommen konnte. Es wurde schließlich die Übergabe der Domänen an Polen beschlossen, wie es die österreichisch-ungarischen Delegierten verlangt hatten, und man bediente sich dabei der folgenden Formulierung:

«Das unbeschränkte Verfügungsrecht über das ehemals russische unbewegliche Kron- und Staatseigentum aller Art in den von den verbündeten Heeren eroberten polnischen Gebieten wird Polen zustehen, wobei deutscherseits die Überlssung der in diesen Gebieten liegenden Staatsbahnen an eine Eisenbahngesellschaft als Bedingung aufgestellt wird.»

Die Hauptsache also, an welcher es den österreichisch-ungarischen Delegierten gelegen war, daß der polnische Staat Eigentümer und Verfügungsberechtigter sei, wurde erreicht.

27. Eisenbahnfrage.

Dagegen machte sich Österreich-Ungarn den Standpunkt Deutschlands zu eigen, daß die auf polnischem Gebiete gelegenen ehemals russischen Staatsbahnen nicht polnisches Staatseigentum werden, sondern einer privaten Betriebsgesellschaft übergeben werden sollen. Dieses Zugeständnis war schon früher in Aussicht genommen; es war in diesem Stadium der Verhandlungen um so leichter, als man doch auch mit der Möglichkeit der kleinpolnischen Lösung rechnen mußte, für diesen Fall aber das deutsche Projekt auch für Österreich-Ungarn Vorteile gegenüber dem polnischen Staatsbetrieb auf diesen Bahnen bot. Deutschland übernahm es, die Idee der privaten Betriebsgesellschaft den Polen mundgerecht zu machen, indem es ihnen andeuten wollte, daß sie sich durch Überlassung der Eisenbahnen an eine Gesellschaft von einem Teil der Verpflichtung zur Übernahme von Staatsschulden befreien könnten.

In der Diskussion zeigte es sich, daß Deutschland aus strategischen Gründen und mit Rücksicht auf seine Handelsbeziehungen zu Rußland gerade auf diese Frage das allergrößte Gewicht legte und vor allen Dingen auf eine Beherrschung der polnischen Eisenbahnen und auf den ungehinderten und billigen Transit zwischen Deutschland und der polnischen Ostgrenze ausging. Infolgedessen mußte Österreich-Ungarn damit rechnen, daß es sich auch im Falle der austropolnischen Lösung zum mindesten eine Art Kondominium Deutschlands auf den polnischen Bahnen gefallen lassen mußte. Unter keinen Umständen wollte sich Deutschland auf diesem Gebiete mit bloß papierernen Garantien begnügen. Es forderte einen unmittelbaren und maßgebenden Einfluß auf die Eisenbahnen, der sich nur durch die Eisenbahnbetriebsgesellschaft mit überwiegend deutscher Ingenierenz auf die Gesellschaft erreichen ließ. Österreich-Ungarn hielt es für unvermeidlich, sich diesem Standpunkt anzupassen. Es verlangte jedoch, daß im Falle der kleinpolnischen Lösung die Betriebsgesellschaft paritätisch, bei der austropolnischen Lösung aber überwiegend österreichisch-ungarisch sein solle, ein Stand-

punkt, der deutscherseits allerdings nicht geteilt wurde, so daß die Frage der Majoritätsverhältnisse der Betriebsgesellschaft offen bleiben mußte. Es schien nur bei Zugestehen des überwiegend deutschen Einflusses Hoffnung darauf vorhanden zu sein, daß Deutschland das Eigentumsrecht Polens an den Staatsbahnen (unbeschadet der gesellschaftlichen Betriebsrechte) anerkennen und in die künftige Aufrechthaltung dieses Eigentumsrechtes einwilligen werde, statt die Übertragung des Eigentums vom polnischen Staat auf die neue Gesellschaft zu verlangen. Von der Bestimmung, daß die Gesellschaft auch ein Vorrecht auf Herstellung und Betrieb neuer Bahnen haben sollte, wurde auf Anregung der österreichisch-ungarischen Vertreter Abstand genommen. Die galizischen Staatsbahnen sollten ohne Rücksicht auf die Art der Lösung des polnischen Problems jedenfalls außerhalb der Betriebsgesellschaft bleiben, womit Deutschland sich einverstanden erklärte. Eine starke Waffe zur Durchsetzung ihres Standpunktes besaßen die Deutschen dadurch, daß der Fahrpark in Polen größtenteils deutschen Beständen entliehen war. Die Beschlüsse erhielten schließlich die folgende Formulierung:

«Es ist eine Gesellschaft nach polnischem Recht zu errichten. Diese soll so organisiert werden, daß der deutsch-österreichisch-ungarische Einfluß überwiegt. Bezüglich des Schlüssels, nach dem sich die beiden Mittelmächte in den Einfluß zu teilen haben, wird österreichisch-ungarischerseits Deutschland nur die Parität, und auch diese nur für den Fall der Pufferstaatlösung zugestanden.

Deutscherseits wird demgegenüber ohne Rücksicht auf die Art der Lösung der polnischen Frage ein Überwiegen des deutschen Einflusses in der Gesellschaft gewünscht. Deutschland wäre für den Fall, daß diesem Wunsche entsprochen wird, damit einverstanden, daß das österreichisch-ungarischerseits behauptete Eigentumsrecht des polnischen Staates an den früher russischen Staatseisenbahnen anerkannt wird und daß die während der Besetzungszeit aus deutschen Mitteln gebauten Eisenbahnen entgeltlich der Betriebsgesellschaft überlassen werden. Außerdem wäre Deutschland unter der gedachten Voraussetzung bereit, der Betriebsgesellschaft die deutschen Betriebsmittel entgeltlich zu überlassen und den polnischen Staat am Reinertrag der Betriebsgesellschaft zu beteiligen. Ob die

Betriebsgesellschaft, wie es deutscherseits gewünscht wird, zugleich auch Eigentums-gesellschaft werden wird, soll weiterer Erörterung vorbehalten werden.»

28. Zusammenfassende Mitteilung über die austropolnische Idee.

Am 1. Oktober 1918 wandte sich Graf Burián in einem Schreiben an die beiden Ministerpräsidenten*) und teilte ihnen mit, daß er die Absicht habe, der polnischen Regierung eine ausführliche Darstellung zukommen zu lassen, worin die austropolnische Lösung eigentlich bestehe. Dies sei um so eher nötig, als man deutscherseits demnächst einen schriftlichen Entwurf der sogenannten deutschpolnischen Lösung in Warschau mitteilen wolle. Die österreichisch-ungarische Mitteilung, zu der sich Graf Burián entschloß, sollte auf folgendem Gedankengang aufgebaut sein:

1. Der selbständige polnische Staat tritt durch freie Wahl Sr. k. u. k. apost. Majestät zum König von Polen in eine organische Union mit Österreich-Ungarn und wird mit Galizien vereint.

2. Das Wesen dieser Verbindung unter dem in Österreich-Ungarn geltenden dynastischen Erbfolgerecht wird durch Ausdehnung der Pragmatischen Sanktion mit allen ihren Bestimmungen auf Polen festgestellt.

3. Die innere Selbständigkeit und Unabhängigkeit in der Union bleibt gewahrt.

4. Die auswärtigen Angelegenheiten und alles, was mit denselben zusammenhängt, sind zwischen Österreich-Ungarn und Polen gemeinsam.

5. Der Aufbau der Wehrmacht wird in Österreich-Ungarn und Polen unter gemeinsamem allerhöchsten Oberbefehl auf den gleichen Grundsätzen beruhen, und es wird das polnische Heer eine Organisation erhalten, welche die Aufgabe der gemeinsamen Verteidigung der Union zu sichern geeignet erscheint.

6. Die handelspolitischen Angelegenheiten (Zollgebiet) werden gemeinsam zu regeln sein.

7. Österreich-Ungarn und Polen werden das gleiche Währungssystem haben.

*) Noten 4579 und 4580 vom 1. Oktober 1918.

8. Polen wird in der Behandlung der gemeinsamen und der im gemeinsamen Einvernehmen zu regelnden Angelegenheiten einen auf Gleichheit fußenden Anteil haben.

9. Die genaue Feststellung dieser Richtlinien wird in einem Unionpakt erfolgen, dessen Ausarbeitung den maßgebenden Faktoren Österreich-Ungarns und Polens vorbehalten ist. Die durch den Unionpakt festgelegten organischen Bestimmungen werden seinerzeit in den beiden Staaten der Monarchie sowie in Polen durch gleichartige Gesetze inartikuliert werden.

In einem letzten Punkt 10 sollte die Zurückziehung der Okkupationsarmee in Aussicht gestellt werden, sobald Polen einen eigenen geeigneten Verwaltungsapparat besitze.

Zu dieser Aufforderung des Grafen Burián hatte der österreichische Ministerpräsident Hussarek schon am 5. Oktober Stellung genommen. Es ist für die wirtschaftspolitischen Bestrebungen der österreichischen Regierung charakteristisch, daß er vor allem eine schärfere Hervorhebung der zollpolitischen Vereinigung Polens mit Österreich-Ungarn wünschte. «Wenn die österreichische Regierung» — heißt es in der Note des Ministerpräsidenten — «dem Übergange Galiziens an Polen zustimmt, so vermöchte sie dieses große Opfer vor der übrigen Bevölkerung des Staates nur dann zu vertreten, wenn zum mindesten deren wirtschaftliche Bedürfnisse, und zwar sowohl jene der Produktion als des Konsums in wirksamerer Weise geschützt bleiben, als dies gegenüber den Ländern der ungarischen Krone der Fall ist. Deshalb müßten wir Wert darauf legen, daß wenn schon nicht die dauernde Festlegung der Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes erlangt werden kann, doch zum mindesten das Prinzip des freien Verkehrs und der Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses auf unbesehränkte Zeitdauer festgelegt werde.» Herr v. Hussarek schlug daher die folgende Formulierung des Punktes 6 vor:

«Über die wirtschaftlichen Angelegenheiten wäre ein besonderes Abkommen zu treffen, das insbesondere folgendes zu regeln hätte:

a) Österreich und Polen schließen unter wechselseitiger Zusicherung des freien Verkehrs ein dauerndes Zoll- und Handelsbündnis. Handelsverträge werden durch gemeinsame Delegierte abgeschlossen.

b) Polen wird einen angemessenen Teil der Staatsschuld Österreichs übernehmen.

c) Über die Durchführung der Überlassung Galiziens an Polen sind nähere Vereinbarungen zu treffen, wobei insbesondere auch die Fragen des Eigentums an den Eisenbahnen und sonstigem Staatsgut zu ordnen sind.

d) Zwischen Österreich und Polen werden die Angelegenheiten des Münzwesens, der Währung und der Notenbank so geordnet werden, wie es den zu schaffenden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Staaten angemessen und förderlich ist.

e) Die Hauptbahnen in den beiden Staatsgebieten sollen, insoweit militärische oder allgemeine Verkehrsinteressen dies erfordern, nach gleichen Grundsätzen gebaut, betrieben und verwaltet werden.»

Für den Punkt 8 schlug Ministerpräsident Hussarek vor, daß aus dem Unionspakt noch ein Vertrag zwischen Österreich und Polen über die Überlassung Galiziens und über ein dauerndes Zoll- und Wirtschaftsbündnis abzuschließen sei.

Die Verhandlungen über diese Vorschläge waren noch nicht abgeschlossen, als neue Ereignisse in Polen eine neue Situation schufen. Am 7. Oktober erließ der Regentschaftsrat eine Proklamation an die Polen, in welcher er die Vereinigung aller polnischen Gebiete, die Auflösung des Staatsrates, die Einberufung eines Landtages und die Bildung einer aus allen Parteien zusammengesetzten Regierung ankündigte. Diese Proklamation war eine Folge mehrerer Ursachen. Eine davon war die Nachricht, daß die Entente den in Paris befindlichen polnischen Nationalrat als polnische Regierung anerkennen werde. Beeinflußt wurde der Regentschaftsrat auch durch die am 2. Oktober erfolgte Erklärung des Polenklubs im Wiener Parlament, in der von einer Anlehnung Polens an Österreich überhaupt nicht mehr die Rede war. Endlich gefährdeten die politischen Strömungen im Lande selbst den Bestand des Regentschaftsrates, falls es ihm nicht gelingen sollte, die Initiative an sich zu reißen.

Von da angefangen wird den Polen in rascher Reihenfolge Konzession auf Konzession gemacht: ein klarer Beweis dafür, daß die Mittelmächte nicht mehr die Macht hatten, Polen irgend etwas aufzuerlegen oder irgend etwas zu verhindern. Der Regentschaftsrat stellt die Mittelmächte vor ein *fait accompli* nach dem

anderen, so besonders am 12. Oktober, als er die Formel für die Beendigung des polnischen Heeres auf den Regentschaftsrat veröffentlicht, die Mittelmächte müssen, um wenigstens den Schein zu wahren, ihre Zustimmung geben und tun, als ob sie diese Schritte billigen würden. Kurze Zeit darauf erfolgte die Niederlage der Mittelmächte.

Immerhin bilden die Verhandlungen, welche über die polnische Frage während des Krieges geführt wurden, ein interessantes Kapitel in der äußeren Wirtschaftsgeschichte der Mittelmächte während des Weltkrieges und sind in vielen Punkten, im Guten wie im Schlechten, charakteristisch für die Tendenzen, welche die Mittelmächte auf wirtschaftlichem Gebiete nach außen hin verfolgten.

ANHANG

PLAN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELT- KRIEGES.

I.

HERAUSGEBER UND SCHRIFTFÜHRUNGEN.

(Allfällige Abänderungen und Ergänzungen werden in den späteren Bänden
mitgeteilt werden.)

ÖSTERREICH UND UNGARN.

GEMEINSAME SCHRIFTFÜHRUNG.

Professor Dr. James T. Shotwell, Vorsitzender.

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFÜHRUNG.

Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, Vorsitzender.

Gesandter a. D. Richard Riedl.

Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

UNGARISCHE SCHRIFTFÜHRUNG.

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz.

SCHRIFTFÜHRUNG DER ABTEILUNG FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN.

Professor Dr. Clemens Pirquet.

DEUTSCHLAND.

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender.

Geheimrat Dr. Hermann Bücher.

Geheimrat Professor Dr. Carl Duisberg.

Geheimrat Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy.

Geheimrat Professor Dr. Max Sering.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

Gratz-Schüller.

BELGIEN.

Professor H. Pirene, Herausgeber.

FRANKREICH.

Professor Charles Gide, Vorsitzender.

M. Arthur Fontaine.

Professor Henri Hauser.

Professor Charles Rist.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

GROSSBRITANNIEN.

Sir William Beveridge, Vorsitzender.

Professor H. W. C. Davis.

Mr. Thomas Jones.

Mr. J. M. Keynes.

Mr. F. W. Hirst.

Professor W. R. Scott.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

ITALIEN.

Professor Luigi Einaudi, Vorsitzender.

Professor Pasquale Jannaccone.

Professor Umberto Ricci.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

NIEDERLANDE.

Professor H. B. Greven, Herausgeber.

RUMÄNIEN.

Mr. David Mitrany, Herausgeber.

RUSSLAND.

ERSTE SERIE.

Professor Sir Paul Vinogradoff, Herausgeber.

SKANDINAVISCHES STAATEN.

Professor Harald Westergaard (Dänemark), Vorsitzender.

Professor Eli Heckscher (Schweden).

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

II.

VERZEICHNIS DER VERÖFFENTLICHUNGEN.

Dieses Verzeichnis enthält nur die bereits veröffentlichten oder in Vorbereitung befindlichen Publikationen und wird von Zeit zu Zeit vermehrt, beziehungsweise geändert werden. Die Publikationen, deren Titel nachstehend angeführt werden, sind teils solche, die einen eigenen Band der Serie im Umfange von 300 bis 400 Seiten bilden, teils Monographien und Spezialstudien im Umfange von etwa 100 Seiten, die mit Abhandlungen ähnlichen Charakters zu einem Band der Serie vereinigt werden dürften. Bereits publizierte Werke sind durch ein Sternchen gekennzeichnet.

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE.

ABTEILUNG ÖSTERREICH-UNGARN.

* Das Geldwesen im Kriege, vom Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, Minister a. D., vormals Gouverneur der Österr.-ungar. Bank Dr. Alexander Popovics.

Die militärische Kriegswirtschaft; eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, den Generalen Hoen und Krauss und Oberstleutnant Glaise-Horstenau.

Die Kriegswirtschaft in den okkupierten Gebieten:

Serbien, Montenegro, Albanien, von General Hugo Kerchnawe.

Italien, von General Ludwig Leidl.

Rumänien, von Generalkonsul Felix Sobotka.

Ukraine, von General Alfred Krauss.

Polen, von Major Rudolf Mitzka.

Die Kriegskosten Österreich-Ungarns, von Präsident Dr. Friedrich Hornik.

* Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: «Mittleuropäische Pläne», Österreich-Ungarns letzter Ausgleich und Wirtschafts-

bündnis mit dem Deutschen Reiche; die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest; die Verhandlungen über die Polenfrage, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

Die Erschöpfung und Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, mit einem Anhang: Die Zerreißung des österreichischen und ungarischen Wirtschaftsgebietes, von Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

ABTEILUNG ÖSTERREICH.

*Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar Spann.

Der Einfluß des Weltkrieges auf Geist und Sitte der Gesellschaft, von Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel.

*Österreichische Regierung und Verwaltung im Kriege, von Minister a. D. Professor Dr. Josef Redlich.

Die Regelung der Industrie im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung des Gesandten Richard Riedl.

Die Regelung der Volksernährung und Landwirtschaft im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Russ.

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand Hanusch (im Druck).

Die österreichischen Eisenbahnen im Kriege, von Sektionschef Ing. Bruno Enderes.

*Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil Homann-Herimberg.

Krieg und Kriminalität, von Professor Dr. Franz Exner.

ABTEILUNG UNGARN.

Die Geschichte der Kriegswirtschaft Ungarns, ein allgemeiner Überblick, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz.

Die Wirkungen des Krieges auf die Staatsverwaltung und die öffentliche Meinung in Ungarn, von Minister a. D. Graf Albert Apponyi.

Die Industrie Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Baron Josef Sztérényi.

Der Handel Ungarns während des Krieges, von Staatssekretär a. D. Dr. Alexander von Matlekovits.

- Die Finanzwirtschaft Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Dr. Johann von Teleszky.
- Die landwirtschaftliche Produktion Ungarns während des Krieges, von Generalsekretär Dr. Karl von Muschenbacher; die Regelung der Volksernährung in Ungarn, von Professor Johann Bud.
- Die sozialen Verhältnisse in Ungarn während des Krieges, von stellv. Staatssekretär Dr. Desiderius Pap.

ABTEILUNG FÜR VOLKSGESUNDHEIT IN ÖSTERREICH UND UNGARN.

- Allgemeine Übersicht, von Professor Dr. Clemens Pirquet.
- Studien über Volksgesundheit und Krieg; eine Reihe von Monographien, verfaßt von den Doktoren J. Bokay, B. Breitner, C. Economo, A. Edelmann, H. Elias, E. Finger, C. Helly, J. Hockauf, K. Kassowitz, C. Kirchenberger, J. Kyrle, E. Mayrhofer, A. Müller-Deham, E. Nobel, W. Raschofsky, G. Schacherl, J. Steiner, R. Wagner, unter der Leitung von Professor Dr. Clemens Pirquet (im Druck).

BELGISCHE SERIE.

- Belgien und der Weltkrieg, von Professor H. Pirenne.
- Deportation und Zwangsarbeit der Zivilbevölkerung während der Besetzung, von Fernand Passelecq.
- * Die Lebensmittelversorgung in Belgien während der Besetzung, von Dr. Albert Henry.
- * Legislative und Verwaltung während der Besetzung, von Dr. J. Pirenne und Dr. M. Vauthier.
- Die Arbeitslosigkeit in Belgien während der Besetzung, von Professor Ernest Mahaim.
- Die Zerstörung der belgischen Industrie, von Graf C. de Kerchove.
- Die Volkswirtschaftspolitik der belgischen Regierung während des Krieges, von Professor F. J. van Langenhove.

DEUTSCHE SERIE.

- Bibliographie der deutschen kriegswirtschaftlichen Literatur, von Geheimrat Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy und Direktor Dr. E. Rosenbaum; mit einem Anhang über deutsche Archive, von Dr. Müsebeck.
- Die Wirkung des Krieges auf Verfassung und Verwaltung des Reiches. Die Verwaltung Deutschlands während des Krieges, von Geheimrat Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy;

Die Staatsverwaltung in den besetzten Gebieten, von Freiherrn von Gayl, Wirkl. Geh. Rat Dr. von Kries und Dr. L. F. von Köhler.

Die geistigen und sittlichen Wirkungen des Krieges:

Die Wirkungen des Krieges auf die öffentliche Moral, von Professor Dr. Otto Baumgarten;

Die Wirkungen des Krieges auf die Religion, von Professor Dr. Erich Foerster und Professor Dr. Arnold Rademacher;

Die Wirkungen des Krieges auf die Jugend, von Dr. Wilhelm Flitner.

Krieg und Kriminalistik, von Geheimrat Prof. Dr. Moritz Liepmann.

Die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung, das Einkommen und die Lebenshaltung in Deutschland:

Die Wirkungen des Krieges auf das Bevölkerungswesen, eine statistische Studie, von Professor Dr. Rudolf Meerwarth.

Die Wirkungen des Krieges auf die Einkommen, von Professor Dr. Adolf Gunther.

Die allgemeinen Wirkungen des Krieges auf die Produktion, von Geheimrat Professor Dr. Max Sering.

Die staatliche Kontrolle während des Krieges:

Aufbau und Abbau der industriellen Zwangswirtschaft, von Staatssekretär a. D. Professor Dr. Göppert.

Die Rohstoffwirtschaft unter staatlicher Kontrolle, von Staatssekretär a. D. Dr. Koeth.

Wirtschaftliches Zusammenwirken mit den Verbündeten Deutschlands und die staatliche Nahrungsmittelorganisation, von Geheimrat Dr. W. Frisch.

Die wirtschaftliche Nutzung der besetzten Gebiete: in Belgien und Nordfrankreich, von Professor Dr. Jahn; in Rumänien und der Ukraine, von Professor Dr. Mann; in Polen und im Baltikum, von Freiherrn von Gayl und Wirkl. Geh. Rat Dr. von Kries.

Die Wirkungen des Krieges auf den deutschen Handel, von Ministerialdirektor Professor Dr. Kurt Wiedenfeld.

Die Wirkungen des Krieges auf die Schifffahrt und die Eisenbahnen: Der Krieg und die deutsche Schifffahrt, von Direktor Dr. E. Rosenbaum.

Der Krieg und die deutschen Eisenbahnen (Verfasser noch nicht bestimmt).

- Die Wirkungen des Krieges auf die deutsche Industrie, von Geheimrat Dr. Hermann Bücher.
- Der Krieg und die deutschen Arbeitervereinigungen, in Verbindung mit Reichskanzler a. D. Gustav Bauer, A. Erkelenz und Ministerpräsident a. D. Stegerwald, von Schriftleiter Paul Umbreit.
- Die Sozialgeschichte der arbeitenden Stände während des Krieges und nach demselben:
 Der Krieg und der deutsche Arbeiter, von Minister a. D. Dr. David.
 Der Krieg und die Löhne, von Professor Dr. Waldemar Zimmermann.
- Die Lebensmittelversorgung und die Landwirtschaft:
 Der Krieg und die landwirtschaftliche Bevölkerung, von Geheimrat Professor Dr. Max Sering.
 Die Nahrungsmittelversorgung während des Krieges, von Professor Dr. A. Skalweit.
 Die Nahrungsmittelstatistik während der Kriegszeit, von Professor Dr. Ernst Wagemann.
 Der Krieg und die landwirtschaftliche Produktion, von Dr. Friedrich Oereboe.
- Die Wirkungen des Krieges auf das deutsche Geldwesen:
 Geld- und Bankwesen (Verfasser noch nicht bestimmt).
 Deutsche Staatsfinanzen, von Professor Dr. Walter Lotz.

FRANZÖSISCHE SERIE.

- Bibliographischer Führer durch die kriegswirtschaftliche Literatur Frankreichs, von Dr. Camille Bloch.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Regierung und Verwaltung Frankreichs:
 Die Wirkungen des Krieges auf die Zivilverwaltung, von Professor Pierre Renouvin.
 Die offiziellen kriegswirtschaftlichen Organisationen Frankreichs, von Armand Boutillier du Retail.
 *Probleme des Regionalismus, von Professor Henri Hauser.
 Die Vorbereitung der Friedenswirtschaft, von Henri Chardon.
- Studien über die kriegswirtschaftliche Statistik:
 Die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung und die Einkommensverhältnisse, von Michel Huber.
 Preise und Löhne während des Krieges, von Lucien March.

Lebensmittelversorgung und Lebensmittelkontrolle während des Krieges:

* Volksernährung und Rationierung, von Adolphe Pichon und P. Pinot.

* Die Landwirtschaft während des Krieges, von Michel Augé-Laribé.

* Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.

* Die Wirkungen des Krieges auf die französische Textilindustrie, von Professor Albert Aftalion.

Die Wirkungen des Krieges auf die Metall- und Maschinenindustrie, von Robert Pinot; die Wirkungen des Krieges auf die chemischen Industrien, von Eugène Maucière.

Die Wirkungen des Krieges auf die Brennstoffe und Wasserkräfte:

Die Kohle und die mineralischen Brennstoffe, von Henri de Peyerimhoff.

* Die Wasserkräfte, von Professor Raoul Blanchard.

Die Forstwirtschaft und die Nutzholzindustrie während des Krieges, von General Georges Chevalier; die Flugzeugindustrie während des Krieges, von Oberst Paul Dhé.

Die Organisation der Kriegsindustrien, von Albert Thomas.

Die Arbeitsbedingungen während des Krieges, von William Oualid und M. C. Picquenard.

Studien über die Arbeitsverhältnisse während des Krieges (2 Bände):

Die Arbeitslosigkeit, von A. Crehange.

Der Syndikalismus, von Roger Picard.

Fremde und koloniale Arbeitskräfte in Frankreich, von B. Nogaro und Oberstleutnant Weil.

Die Frauenarbeit, von Marcel Frois.

Die Wirkungen des Krieges auf die besetzten Gebiete:

Die Organisation der Arbeit in den besetzten Gebieten, von Pierre Boulín.

Die Lebensmittelversorgung in den besetzten Gebieten, von Paul Collinet und Paul Stahl.

Die Kriegsschäden, von Edmond Michel und M. Prangey.

Kriegsgefangene und Kriegsflüchtlinge:

Die Kriegsflüchtlinge und die Zivilinternierten, von Professor Pierre Caron.

Die Kriegsgefangenen, von Georges Cahen-Salvador.

Die Wirkungen des Krieges auf das Transportwesen:

Die französischen Eisenbahnen während des Krieges, von Marcel Peschaud.

- Die Binnenwasserstraßen und der Güterverkehr, von Georges Pocard de Kerviler.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Schifffahrt:
Die französische Handelsschifffahrt während des Krieges, von Henri Cangardel.
Die französischen Häfen während des Krieges, von Georges Hersent.
- Die Wirkungen des Krieges auf den Handel Frankreichs, von Professor Charles Rist.
- Die französische Handelspolitik während des Krieges (2 Bände), von Etienne Clémentel.
- Die finanziellen Wirkungen des Krieges:
Die Finanzen Frankreichs während des Krieges, von Henri Trouchy.
Das Bankwesen Frankreichs während des Krieges, von Albert Aupeit.
- Sozialpolitische Probleme:
Die Konsumgenossenschaften und der Kampf gegen die Preissteigerungen, von Professor Ch. Gide.
Die Wirkungen des Krieges auf das Wohnungsproblem, von Henri Sellier.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit:
Volksgesundheit und Hygiene, von Dr. Léon Bernard.
Die Kriegsgeschädigten, von M. Cassin und M. Ville-Chabrolle.
- Die wirtschaftlichen Verhältnisse der französischen Städte während des Krieges (2 Bände):
*Lyon, von Edouard Herriot.
Rouen, von J. Levainville.
Bordeaux, von Paul Courteault.
Bourges, von C. J. Gignoux.
Paris, von Henri Sellier.
*Tours, von Professor L'Héritier und Camille Chautemps.
Marseille, von Paul Masson.
Elsaß-Lothringen, von Georges Delahache.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Kolonien:
Die französischen Kolonien während des Krieges, von Arthur Girault.
Nordafrika während des Krieges, von Augustin Bernard.
- Die französischen Kriegskosten:
Die unmittelbaren Kriegsauslagen, von Professor Gaston Jèze.
Die Kriegskosten Frankreichs, von Professor Charles Gide.

GROSSBRITANNISCHE SERIE.

- *Bibliographische Übersicht, von Miß M. E. Bulkley.
- *Handbuch des Archivwesens, von Hilary Jenkinson.
- *Britische Archive im Frieden und im Kriege, von Dr. Hubert Hall.
- Die Kriegsverwaltung in Großbritannien und Irland (mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse), von Professor W. G. S. Adams.
- *Die Kriegsverwaltung in den britischen Dominions, von Professor A. B. Keith.
- *Preise und Löhne im Vereinigten Königreiche 1914—1920, von Professor A. L. Bowley.
- Britisches Kriegsbudget und Finanzpolitik, von F. W. Hirst und J. E. Allen.
- Die Besteuerung, das Kriegseinkommen und die Kriegsgewinne, von Sir J. C. Stamp.
- Das Versicherungswesen während des Krieges, eine Reihe von Monographien:
 - Lebensversicherung, von S. G. Warner; Feuerversicherung, von E. A. Sick und S. Preston; Schiffsverkehrsversicherung, von Sir Norman Hill; Gesundheitsversicherung, von Sir Alfred Watson; Arbeitslosenversicherung, von Sir William Beveridge; mit einem Anhang von Sir William Schooling.
- *Versuche staatlicher Bewirtschaftung im Kriegs- und Ernährungsministerium, von E. M. H. Lloyd.
- Die Approvisionierung Englands, von Sir William Beveridge und Sir Edward Gonner.
- *Die Nahrungsmittelerzeugung während des Krieges, von Sir Thomas Middleton.
- Die Wirkungen des Krieges auf die britische Textilindustrie:
 - Der Wollhandel während des Krieges, von E. T. Hitchcock.
 - *Das Baumwollkontrollamt, von H. D. Henderson.
- *Die Schiffskontrolle der Alliierten; Versuch einer internationalen Verwaltung, von Sir Arthur Salter.
- Allgemeine Darstellung der britischen Schifffahrt während des Krieges, von C. Ernest Fayle.
- *Die britische Kohlenindustrie während des Krieges, von Sir Richard Redmayne.
- Die britische Eisen- und Metallindustrie während des Krieges, von W. T. Layton.

*Die britischen Arbeitervereinigungen und der Krieg, von G. D. H. Cole:

*Gewerkschaftswesen und Munitionsindustrie;

*Bergarbeiter-Gewerkschaften;

*Werkstättenorganisation.

*Der Arbeitsmarkt und seine Regelung, von Humbert Wolfe.

Die Wirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit:

Die Volksgesundheit Englands während des Krieges, von Dr. W. J. Macfadden.

Die Gesundheitsverhältnisse der heimgekehrten Krieger, von Dr. E. Cunyngham-Brown.

*Die Industrie des Clyde-Tales während des Krieges, von Professor W. R. Scott und J. Cunnison.

Die Landwirtschaft und Fischerei Schottlands:

Eine Serie von kriegswirtschaftlichen Studien, von H. M. Conacher, Joseph Duncan, D. T. Jones und Dr. J. P. Day mit einer Einleitung von Professor W. R. Scott.

Wales im Weltkriege, von Dr. Thomas Jones.

Anleitung zum Studium der Kriegswirtschaft:

Verzeichnis der staatlichen Kriegsorganisationen, von Dr. N. B. Dearle.

Wirtschaftschronik des Krieges, von Dr. N. B. Dearle.

Die Kriegskosten Großbritanniens (Verfasser noch nicht bestimmt).

Studien über die sozialen Verhältnisse in England während des Krieges (Verfasser noch nicht bestimmt).

ITALIENISCHE SERIE.

Bibliographische Übersicht über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Krieges, von Professor Vincenzo Porri, mit einer Einleitung über die Beschaffung und Benützung kriegswirtschaftlicher Dokumente, von Comm. Eugenio Casanova.

Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung, von Professor Alberto de' Stefani.

Die landwirtschaftliche Produktion in Italien 1914—1919, von Professor Umberto Ricci.

Die Bauernschaft Italiens während des Krieges, von Professor Arrigo Serpieri.

Volksernährung und Rationierung, von Professor Riccardo Bachi; die Nahrungsmittelversorgung der italienischen Armee, von Professor Gaetano Zingali.

- Die Finanzen Italiens während des Krieges, von Professor Luigi Einaudi.
- Die Kriegskosten Italiens, von Professor Luigi Einaudi.
- Die Inflation in Italien und ihre Wirkung auf die Preise, das Einkommen und die fremden Valuten, von Professor Pasquale Jannaccone.
- Die Bevölkerungsstatistik und Volksgesundheit Italiens während des Krieges und nach demselben, von Professor Giorgio Mortara.
- Das italienische Volk während des Krieges und nach demselben: ein soziologisches Bild, von Professor Gioacchino Volpe.
- Das wirtschaftliche und soziale Leben in Piemont während des Krieges, von Professor Giuseppe Prato.

JUGOSLAWISCHE SERIE.

- Serbien bei Kriegsausbruch und während des ersten Kriegsjahres, von Professor Velimir Bajkitch.
- Die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Krieges auf Serbien (Verfasser noch nicht bestimmt).

NIEDERLÄNDISCHE SERIE.

- * Die finanziellen Wirkungen des Krieges auf die Niederlande bis 1918, von Dr. M. J. van der Flier.
- Die Finanzen der Niederlande 1918—1922, von Professor H. Bordewyk.
- Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf die Niederlande, eine Reihe von Monographien:
- Die Wirkungen des Krieges auf die Versorgung, von Dr. F. E. Posthuma; Die niederländische Industrie, von Dr. C. J. P. Zaalberg; Niederlands Handel und Schiffahrt, von E. F. de Monchy; Preise, Löhne etc., von H. B. Methorst; Bank- und Geldwesen, von Dr. G. Vissering und Dr. Holstyn; Die niederländischen Kolonien, von J. H. Carpentier Alting; Das Haushaltungsproblem 1914—1922, von Dr. H. J. Romeyn.

RUMÄNISCHE SERIE.

- Die agrarische Umwälzung in Rumänien und Südosteuropa, von D. Mitrany.
- Die Wirkungen der Besetzung Rumäniens, von Dr. G. Antipa.

Die Wirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit Rumäniens, von Professor J. Cantacuzino.

Die Wirkungen des Krieges auf die Volkswirtschaft Rumäniens (Verfasser noch nicht bestimmt).

ERSTE RUSSISCHE SERIE

(bis zur bolschewistischen Revolution).

Die Wirkungen des Krieges auf die Verwaltung und die Staatsfinanzen Rußlands:

Die Wirkungen des Krieges auf die Zentralregierung, von Professor Paul P. Gronskey.

Die Staatsfinanzen in Rußland während des Krieges, von Alexander M. Michelson.

Der russische Staatskredit während des Krieges, von Paul N. Apostol.

Die Wirkungen des Krieges auf die Währung und das Bankwesen Rußlands:

Die Währung Rußlands während des Krieges, von Professor Michel B. Bernadsky.

Die Gemeinden und Semstvos während des Krieges:

Die Semstvos im Frieden und während des Krieges, von Prinz G. E. Lwoff.

Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Gemeindevertretungen und die allrussische Städteunion, von N. I. Astroff.

Die Semstvos, von Prinz Vladimir A. Obolensky; die allrussische Union der Semstvos und die «Zemgor» (Vereinigung der Semstvos der Städteunion), von Sergius P. Turin.

Der Krieg und die geistige Verfassung der Arbeiter der Semstvos, von Isaak V. Shlovsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die genossenschaftliche Bewegung in Rußland:

Die Wirkungen des Krieges auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das genossenschaftliche Kreditwesen, von Professor Dr. A. N. Anziferoff.

Die russische Armee im Weltkrieg; eine sozialhistorische Studie, von General Nicolaus N. Golovine.

Die Landwirtschaft Rußlands und der Krieg, von Professor Dr. A. N. Anziferoff, Professor Dr. Alexander Bilimovitch und M. O. Batcheff.

- Die Wirkungen des Krieges auf die ländliche Siedlung in Rußland, von Professor Dr. Alexander Bilimovitch und Professor V. A. Kossinsky.
- Die Nahrungsmittelversorgung Rußlands während des Krieges, von Professor Peter B. Struve.
- Die staatliche Kontrolle der russischen Industrie während des Krieges, von Simon O. Zagorsky.
- Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Industrien:
 Kohlenproduktion, von Boris N. Sokoloff.
 Petroleum, von Alexander M. Michelson.
 Chemische Industrie, von Mark A. Landau.
 Flachs- und Wollindustrie, von Sergius N. Tretiakoff.
- Die Wirkungen des Krieges auf die industriellen Arbeitsbedingungen:
 Die Löhne während des Krieges, von Anna G. Eisenstadt.
 Das Familienbudget der Arbeiter, von Stanislas S. Kohn.
 Die Änderungen der Lebensbedingungen und der Zusammensetzung der arbeitenden Klassen, von W. T. Braithwaite.
- Die Wirkungen des Krieges auf Handel und Verkehr:
 Der russische Binnenhandel während des Krieges, von Paul A. Buoryshkine.
 Rußland und der Wirtschaftskrieg, von Professor Boris R. Nolde.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Verkehrsverhältnisse Rußlands, von Michael B. Braikevitch; die Ukraine während des Krieges, von Nicolas M. Mogilansky.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit und Volkserziehung:
 Die Volksgesundheit in Rußland während des Krieges, von Professor L. A. Taracievitch.
 Die Volks- und Mittelschulen Rußlands während des Krieges, von Professor D. M. Odinez.
 Die Hochschulen und akademischen Einrichtungen während des Krieges, von Professor P. J. NovgorodzoFF.
- Die Bevölkerungsstatistik Rußlands während des Krieges, von Professor A. A. Tschuproff.
- Rußland und der Weltkrieg; eine geschichtliche Zusammenfassung, von Sir Paul Vinogradoff.

SKANDINAVISCHIE SERIE.

- Die Wirkungen des Krieges auf Schweden; eine Reihe von Monographien:
 Das Leben und Wirken des schwedischen Volkes (allgemeine Einleitung), von Professor E. F. Heckscher; Die schwedische

Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung, von Carl Mannersfelt; Die schwedische Industrie, von Olaf Edström; Die arbeitenden Stände, von Otto Jarte.

Die Wirkungen des Krieges auf die Finanzen und den Handel Schwedens: Geld und Finanzen, von Professor E. F. Heckscher; Der schwedische Handel, von Kurt Bergental.

Norwegen und der Weltkrieg, von Dr. Wilhelm Keilhau.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Dänemark, von Dr. Einar Cohn; mit einer Abteilung über Island, von Thorstein Thorsteinsson.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SERIE.

*Die Finanzpolitik der Tschechoslowakei während des ersten Jahres nach dem Kriege, von Dr. A. Rašin.

Die Wirkungen des Krieges auf das tschechoslowakische Volk; eine Reihe von Monographien unter der Leitung des Präsidenten Dr. Th. G. Masaryk.

Form 45

940.9

C 216au

v.5

Carnegie endow. for
int'l. peace-Div. of econ.&
hist.-Econ. & soc.hist. of
the world war-Austrian &
Hungarian series. 218094

Form 47

940.9

C 216 au

v.5

PENNSYLVANIA STATE LIBRARY

Harrisburg

218094

In case of failure to return the books the borrower agrees to pay the original price of the same, or to replace them with other copies. The last borrower is held responsible for any mutilation.

Return this book on or before the last date stamped below.

